

Das Argument

88

16. Jahrgang 1974

Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (I)

- Rolf Nemitz: Die Einbeziehung von Fragen der Naturwissenschaften in das Programm dieser Zeitschrift (Editorial) 801
- Volker Schurig: Naturgeschichte als Erkenntnis- und Gesellschaftstheorie. Zu Lorenz' »Rückseite des Spiegels« 806
- Axel Goldau, Holger Jeske, Johann-Wolfgang Landsberg und Michael Schmitt: Biologische Argumente gegen das Aggressions-Konzept von Lorenz 819
- Peter M. Kaiser: Monods Versuch einer Widerlegung materialistischer Dialektik auf dem Boden der Naturwissenschaft 827
- Werner Haberditzl: Sir Karls neue Kleider. Bemerkungen zu Poppers Entwurf einer Theorie der objektiven Erkenntnis 845
- Manfred Wetzel: Die Behandlung des Widerspruchs in der Analytischen Wissenschaftstheorie 862
- Frigga Haug: Zum Streit um die Bildungsökonomie. Altvater und die Folgen 883

Besprechungen:

- Kritische Theorie (Benjamin, Adorno, Habermas, A. Schmidt);
Linguistische Methoden; Emanzipation der Frau; Bildung und
Erziehung; Deutsche Parteiengeschichte; Kolonialismus;
Befreiungsbewegungen und Sozialismus in der Dritten Welt;
Wachstumstheorie 910

Editorial

Rolf Nemitz

Die Einbeziehung von Fragen der Naturwissenschaften in das Programm dieser Zeitschrift

Die Frage, warum eine „Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften“ ein Heft zu Problemen der Naturwissenschaften veröffentlicht, liegt auf der Hand. Kennern marxistischer Theorie mag es wie ein Versuch erscheinen, Forderungen und Voraussagen der Klassiker in die Tat umzusetzen: „Die Naturwissenschaft wird später ebensowohl die Wissenschaft von dem Menschen wie die Wissenschaft von dem Menschen die Naturwissenschaft unter sich subsumieren: es wird *eine* Wissenschaft sein.“¹ Dieser Integrationsprozeß scheint bereits im Gange zu sein — ohne daß hierzulande von marxistischer Seite viel dazu beigetragen worden wäre. Es sind bürgerliche Naturwissenschaftler², die versuchen, sich über die klassische Spaltung von Natur- und Gesellschaftswissenschaften hinwegzusetzen. Dieses Heft reflektiert diese Situation. Drei Beiträge befassen sich mit den Veröffentlichungen führender Vertreter biologischer Spezialdisziplinen zu philosophischen und sozialwissenschaftlichen Fragen. Es ist dabei kein Zufall, daß es ausgerechnet Biologen sind, die sich zu Wort melden, ist doch die Biologie zur Zeit „Avantgarde-Wissenschaft“, die physikalische und chemische Verfahren unter sich subsumiert hat und die in letzter Zeit die aufsehenerregendsten Erfolge erzielt hat. Es geht auch keinesfalls darum, daß prominente Biologen ihre politische Meinung und private Weltanschauung vermarkten. Sie erheben vielmehr den Anspruch, mit den Mitteln und Einsichten ihrer naturwissenschaftlichen Disziplinen zur Lösung philosophischer und sozialwissenschaftlicher Fragen beizutragen.

Das Verbot, die Grenze zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaften zu überschreiten, soll verhindern, daß sich die Sozialwissenschaftler vom Anspruch auf die Erkenntnis objektiv gültiger Bewegungsgesetze infizieren lassen. Wer das Tabu bricht, sieht sich vor die Frage gestellt: Wie hältst du's mit den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft? Besonders drängend wird die Frage hier, wo es sich um Biologen handelt, die sich mit den Entwicklungsgesetzen des Le-

1 K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: K. Marx, F. Engels: Werke. Ergänzungsband, 1. Teil. Berlin/DDR 1968, S. 544.

2 Zur Frage bürgerlicher Wissenschaft und vor allem auch bürgerlicher Naturwissenschaftler vgl. F. Tomberg: Was heißt bürgerliche Wissenschaft?, in: Das Argument 66, „Wissenschaft als Politik (II)“, 13. Jg. (1971), S. 461—477.

bens befassen. Lorenz und Monod kommen, wie die folgenden Beiträge zeigen, zu völlig entgegengesetzten Antworten. Lorenz hält an der Geltung objektiver Entwicklungsgesetze auch für den Bereich der menschlichen Geschichte fest. Seine Abwehr der Einsicht in soziale Gesetze besteht, wie Schurig analysiert, darin, die Eigengesetzlichkeit menschlicher Geschichte zu unterschlagen — sie ist ihm reine Naturgeschichte. In dem Beitrag von Goldau u. a. wird dabei nachgewiesen, daß sich dieser Fehler bis in die binnen-naturwissenschaftliche Argumentation zurückverfolgen läßt und sich hier bereits als methodische Schwäche erweist. Das Ignorieren der Besonderheiten menschlicher Gesellschaft gilt, wie Kaiser zeigt, auch für Monod; insofern besteht Ähnlichkeit mit Lorenz. Monod ist jedoch in der Abwehr des Marxismus — ausdrückliches Ziel seiner Veröffentlichung — viel radikaler: er glaubt, daß die Analyse der Entstehung und Entwicklung des Lebens den Beweis dafür erbringe, daß „einzig und allein der Zufall jeglicher Neuerung, jeglicher Schöpfung in der belebten Natur zugrunde liegt. Der reine Zufall, die absolute, blinde Freiheit als Grundlage des wunderbaren Gebäudes der Evolution...“³. Für Lorenz ist Zufall dagegen nur ein „resignierender Terminus“⁴.

Der Neopositivismus ist sich mit den beiden analysierten Biologen in der Abwehr der Spaltung von Natur- und Gesellschaftswissenschaften einig. Er versucht, ausgehend von den offensichtlichen Leistungen der Naturwissenschaften, die Bedingungen solchen wissenschaftlichen Fortschritts zu analysieren und in bewußte Erkenntnis- und Methodenlehre zu übersetzen. Dieses Programm, das in seinem allgemeinen Verständnis von Wissenschaft Ähnlichkeit mit dem Marxismus zeigt, stand von Anfang an in ausdrücklicher Gegnerschaft zu ihm.⁵ Da die Stärke des Positivismus im Bezug auf die Naturwissenschaften liegt, halten wir es für sinnvoll, in dieses Heft auch die Auseinandersetzung mit dem Neopositivismus und seiner Spielart der „Philosophy of Science“ aufzunehmen.⁶ Es wird unter anderem geprüft, ob und inwiefern die Berufung auf die Praxis empirischer Wissenschaften berechtigt ist. Haberditzl geht es darum, zu

3 In diesem Heft, S. 832 f.

4 In diesem Heft, S. 810.

5 Popper ist auch insofern für die marxistische Diskussion von besonderem Interesse, als er bis heute nahezu der einzige bedeutende Vertreter des Neopositivismus ist, der sich ausführlich mit dem Marxismus auseinandergesetzt hat. Erst vor kurzem ist dies Monopol gebrochen worden durch Ch. Helberger: *Marxismus als Methode. Wissenschaftstheoretische Untersuchungen zur Methode der marxistischen politischen Ökonomie*. Frankfurt/M. 1974; eine Besprechung dieses Buchs ist für eines der nächsten Hefte in Vorbereitung.

6 Vgl. zur Auseinandersetzung mit dem Positivismus auch M. Brentano: *Die unbescheidene Philosophie. Der Streit um die Theorie der Sozialwissenschaften*, in: *Das Argument* 43, „Wissenschaft und Politik (I)“, 9. Jg. (1967), S. 102—116; und dies.: *Wissenschaftspluralismus. Zur Funktion, Genese und Kritik eines Kampfbegriffs*, in: *Das Argument* 66, S. 476—493.

zeigen, daß Poppers Falsifikationsauffassung den praktischen Anforderungen der Naturwissenschaft nicht entspricht; Wetzel belegt für die Sozialwissenschaften, daß die Tabuierung des Begriffs „objektiver Widerspruch“ auch von bürgerlichen Wissenschaftlern nicht eingehalten wird und werden kann. Es ist dabei geradezu verblüffend, mit welcher Grobheit und welchen Verdrehungen und Fälschungen die Auseinandersetzung mit dem dialektischen Materialismus geführt wird und wie sehr dieser Abwehr-Aspekt von Poppers Philosophie ihn an Einsichten hindert. Doch auch in entgegengesetzter Hinsicht ergeben sich erstaunliche Ergebnisse: Will Popper den Wissenschaften wirklich Dienste leisten, so geraten Abwehr- und Leistungsaspekt sich ins Gehege und zwingen ihn zu einer kompliziert verdrehten Position, die Haberditzl „Materialismusähnlichkeit“ getauft hat.

Es erweist sich als vorteilhaft, daß (bis auf Wetzel) die genannten Autoren dieses Heftes Naturwissenschaftler sind. Die Beiträge führen eindrücklich vor, daß die Auseinandersetzung um die Sozialwissenschaften auf vielen Gebieten nur unter Einbeziehung der Naturwissenschaften geführt werden kann — und umgekehrt. Eine wirklich materialistische Wissenschaft kann nicht davon absehen, daß der Mensch auch ein Stück Natur ist, der es in seiner Arbeit letztlich mit Naturstoff zu tun hat, und man wird etwa Lorenz darin zustimmen müssen, daß eine Erkenntnistheorie *auch* auf naturgeschichtlicher Basis zu entwickeln ist.⁷ Es gilt also, bürgerlich ideologisierten Naturwissenschaftlern das Feld streitig zu machen, das sie zu weiten Teilen beherrschen (vgl. die ungeheure Popularität von Lorenz) und eine Integration von Natur- und Sozialwissenschaften voranzutreiben, die an der wissenschaftlichen Analyse der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft festhält. Über weite Strecken ist die Erforschung dieses Zusammenhangs noch Desiderat. Die Studentenbewegung und damit die Entwicklung marxistischer Wissenschaft an den Hochschulen war auf einige gesellschaftswissenschaftliche Fakultäten konzentriert. Die Naturwissenschaften wurden zwar von der Seite der Indienstnahme her untersucht, vor allem die Verwendung für militärische Zwecke, sie wurden jedoch kaum selbst zum Gegenstand gemacht (abgesehen von ihrer abstrakten Negation als bürgerlich in einigen Theorien. Die Vernachlässigung dieses Bereichs steht im umgekehrten Verhältnis zu seiner gesellschaftlichen Bedeutung.

Einiges ist in dieser Zeitschrift bereits getan worden. Die Medizin ist längst an die Grenzen des Sozialen gestoßen⁸ und die Ökonomie

7 Ein exemplarischer Versuch der Integration natur- und sozialwissenschaftlicher Verfahren in der Psychologie ist die Analyse von K. Holzkamp: Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/M. 1974.

8 Vgl. Rudolf Virchow 1849: „Die Medizin hat uns unmerklich in das soziale Gebiet geführt und uns in die Lage gebracht, jetzt selbst an die großen Fragen unserer Zeit zu stoßen.“ Zit. nach: H.-U. Deppe: Zum „Objekt der Medizin“, in: Das Argument 50, „Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften“, S. 284.

an die Grenzen der Natur. Wir haben eine Reihe von Beiträgen zur Entwicklung der „Sozialen Medizin“ veröffentlicht und werden die Analyse dieses Bereichs auch weiterhin vorantreiben.⁹ In der Diskussion über Ökologie und sogenannte Umweltforschung ist ein Anfang mit dem Aufsatz von Immler gemacht¹⁰; weitere Arbeiten sollen folgen. Große Gebiete der Naturwissenschaften sind jedoch noch unbearbeitet. In weiteren Heften soll es vorrangig um folgende Komplexe gehen:

Philosophische Probleme der Naturwissenschaften: Ein wichtiger Schritt wird hier die Auseinandersetzung mit den Einsichten der marxistischen Klassiker sein. Es ist bei allen in diesem Heft analysierten Autoren festzustellen, daß ihre klarsten philosophischen Aussagen die sind, in denen sie sich Formulierungen der Klassiker annähern. Das mag, angesichts der enorm beschleunigten Entwicklung der Naturwissenschaften in den letzten 100 Jahren, paradox erscheinen — als Aufgabe läßt sich daraus ableiten, daß der neueste Stand der Naturwissenschaften und die dazu bereits vorliegenden philosophischen Untersuchungen (vor allem von Autoren aus den sozialistischen Ländern) verarbeitet werden müssen. — Die Debatte geht hier über in die Diskussion von Streitfragen materialistischer Dialektik¹¹; das Problem etwa der Naturdialektik zu klären ohne die Einbeziehung von Naturwissenschaftlern, wäre borniert. Gerade diese Frage ist sehr umstritten — von ihrer Beantwortung hängt viel ab. Ließe sich etwa zeigen, daß moderne naturwissenschaftliche Verfahren mit der marxistischen logisch-genetischen Methode verwandt sind, hätte dies Konsequenzen für die Möglichkeiten der Vermittlung marxistischer Wissenschaft. — Zu diskutieren wäre auch die Bedeutung philosophischer Ansichten für die naturwissenschaftliche Praxis. Monods Zufalls-Philosophie scheint mit seiner naturwissenschaftlichen Arbeit nicht in Konflikt zu geraten. Haberditzl verweist dagegen auf die Bedeutung des Streits um Idealismus oder Materialismus für die Entwicklung der Atomphysik. — Weitere Themenkomplexe wären etwa: Die neopositivistische Deutung naturwissenschaftlicher Arbeit. — Der Zusammenhang von sozialer und gegenständlicher Determination in der naturwissenschaftlichen Erkenntnis. — Die Naturwissenschaften im System bürgerlicher Wissenschaften. — Das Verhalten der klassischen bürgerlichen Ideologien zu den Naturwissenschaften.

9 Vgl. die „Argumente für eine soziale Medizin“ in: Das Argument 50, 60, 69, 71, 78 und den Argument-Sonderband AS 4 „Entwicklung und Struktur des Gesundheitswesens“. In Vorbereitung sind Heft 89 („Konservative Gehalte der Antipsychiatrie“) und ein weiterer Argument-Sonderband über „Soziale Medizin“.

10 H. Immler: Grenzen des Wachstums oder Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise?, in: Das Argument 82, „Beiträge zu Theorie und Praxis des Sozialismus“, 15. Jg. (1973), S. 804—822.

11 Bislang sind hierzu erschienen die Hefte 81, 84 und 85, weitere Hefte sind in Vorbereitung.

Ideologische Funktion der Naturwissenschaften: Die Beiträge dieses Heftes liefern anschauliche Belege für die Zwiespältigkeit naturwissenschaftlich argumentierender Ideologien: einerseits ist der antimarxistische Charakter durchgängig, andererseits ist die naturwissenschaftliche Beweisführung latent materialistisch — soweit nicht nur potemkinsche Dörfer nirgends befolgter Verfahrensideale aufgebaut werden.

Ökonomische Funktion der Naturwissenschaften: Hierzu gehört etwa die Untersuchung des Problems, was gegenwärtig die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus noch vorantreibt. Einen Beitrag dazu haben wir mit der Arbeit von A. Leisewitz¹² veröffentlicht, die gewichtige historische Belege für die These liefert, daß im Imperialismus die Produktivkräfte entscheidend nur noch als Vernichtungskräfte entwickelt werden können. — Hierzu gehört auch die Untersuchung der Anforderungen, die die modernen Naturwissenschaften und ihre Umsetzung in der Produktion an Kapital und Staat stellen. Es ergeben sich Übergänge zu Fragen der Bildungsökonomie, wie sie Frigga Haug in diesem Heft untersucht; sie hält in ihrem Beitrag an dem Anspruch fest, die Widersprüchlichkeit der Produktivkraftentwicklung, die „Umwälzungsfermente“ in den Anforderungen an die Produzenten zum Ausgangspunkt politischer Strategien im Bildungsbereich zu machen. — Weiterer Themenkomplex: Die Rolle der Naturwissenschaften im Entwicklungsgang der bürgerlichen Gesellschaft.

Soziale Lage der Naturwissenschaftler: Hierzu gehört z. B. die Untersuchung der These von der zunehmenden Proletarisierung der Naturwissenschaftler. Die soziale Lage der Naturwissenschaftler wird langfristig auch über die „soziale Lage“ der Naturwissenschaften entscheiden — noch gehören die bedeutendsten Vertreter, wie Lorenz und Monod belegen, ins Lager der Rechten. — Zu untersuchen wären auch die Perspektiven von Naturwissenschaftlern, die als Lehrer arbeiten, sowie Probleme und Möglichkeiten des naturwissenschaftlichen Unterrichts.

Wir fordern Leser und Mitarbeiter auf, sich an der weiteren Arbeit zu beteiligen! Dazu gehört auch die Rezension von Neuerscheinungen zu naturwissenschaftlichen Themen. Falls das Echo stark genug ist, besteht die Möglichkeit, im Rezensionsteil dafür eine eigene Abteilung einzurichten.

12 A. Leisewitz: Die Auswirkungen der Verwissenschaftlichung der Produktion auf die Monopolbildung und auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik am Beispiel der chemischen Industrie, in: Das Argument 73, „Probleme der Produktivkraftentwicklung (I)“, 14. Jg. (1972), S. 444—508.

Volker Schurig

Naturgeschichte als Erkenntnis- und Gesellschaftstheorie

Zu Lorenz' „Rückseite des Spiegels“¹

I. Zur gesellschaftlichen Bedeutung der modernen Biologie

Der Erfolg der Publikationen von Lorenz, aber auch anderer ethologischer Sachbücher (Ethologie = Verhaltensforschung; einige Autoren verwenden auch den umfassenderen Begriff „Verhaltensbiologie“) stellt ein wissenssoziologisches Phänomen dar, für das es außer Faktoren wie verständlicher Darstellung oder allgemeinem Interesse an tierischem Verhalten gesellschaftliche Ursachen gibt, die die Wirkung dieser subjektiven Voraussetzungen vervielfachen und ihnen zu allgemeiner Bedeutung verhelfen. Bedingung für die rasche Umsetzung naturwissenschaftlicher Aussagen in öffentliches Bewußtsein ist die zunehmende Bedeutung biologischer Erkenntnis, die unter anderem dazu führt, daß die Biologie im allgemeinen Bewußtsein allmählich die Stelle der Physik als typischer Repräsentantin der Naturwissenschaften einnimmt, die sie seit der Entstehung der Newtonschen Mechanik innehat. Am Beispiel der Entstehung und Funktion von drei Einzeldisziplinen soll diese Entwicklung der Biologie im folgenden skizziert werden.

Vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten ist über die Biochemie und Biophysik die *Molekularbiologie* der biologischen Systeme experimentell aufgeschlossen worden². Als repräsentativ für die naturphilosophische Verallgemeinerung des molekularebiologischen Aspektes der Biologie können Monods „Zufall und Notwendigkeit“³ und Jacobs „Logik des Lebendigen“ angesehen werden, französische Varianten der Lorenzschen Position bei der Generalisation von biologischen Forschungsergebnissen. Auch hier ist das zentrale Thema die Auswirkung der biologischen Evolution auf die menschliche Geschichte. Beide Entwicklungsvorgänge unterscheiden sich wesentlich dadurch, daß in der Naturgeschichte der Selektionsvorgang

1 Lorenz, Konrad: Die Rückseite des Spiegels. Versuch einer Naturgeschichte menschlichen Erkennens. Piper Verlag, München 1973 (338 S., Ln., 34,— DM).

2 Wichtige Ergebnisse waren die Aufstellung des Watson-Crick-Modells der DNS, die Entschlüsselung des genetischen Codes in einigen grundsätzlichen Gesetzmäßigkeiten wie der Universalität des genetischen Codes für alle Organismen, die Aufklärung des kausalen Ablaufs der Proteinbiosynthese, die biochemische Strukturanalyse wichtiger biologischer Substanzen wie Insulin und Hämoglobin u. a.

3 Vgl. hierzu den Beitrag von P. M. Kaiser in diesem Heft.

allein der Zufallswirkung von Mutationen unterliegt, deren Auslese durch die Umwelt dann die Anpassung des Organismus erzwingt, während in der menschlichen Geschichte die Wirkung biologischer Gesetzmäßigkeiten 1. unbewußten oder gezielten gesellschaftlichen Korrekturen unterworfen ist und 2. im Prozeß der Naturaneignung qualitativ neue (ökonomische) Gesetzmäßigkeiten entstehen. — Wichtiges Motiv dieses überwiegend genetisch orientierten Aspekts der Naturforschung ist die zunehmende Möglichkeit der Manipulation durch praktische Ausnutzung der biochemischen Rekombination des Erbmaterials.

Die *Ökologie* als eine weitere biologische Disziplin, deren Funktion sich im Zusammenhang mit allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen gewandelt hat, verfügt über eine längere Tradition als die Molekularbiologie, ohne daß sie aber den Rahmen einer biologischen Spezialdisziplin hätte verlassen können. Gegenwärtig sind jedoch in zahlreichen Gebieten bei der Anzapfung der Naturressourcen die maximal möglichen Grenzen erreicht worden, deren Überschreiten zu zahlreichen negativen Rückwirkungen auf die direkte Umwelt des Menschen führen⁴. Diese in vielen Lebensbereichen unmittelbar spürbare Konsequenz hat den Blick für die ökologische Belastbarkeit des nur scheinbar unbegrenzten Naturreichtums geöffnet. Im Unterschied zur Molekularbiologie verändert sich das allgemeine Bewußtsein aber nicht über anspruchsvolle theoretische Modelle, die z. B. das ethische Selbstverständnis des Menschen in zentralen Fragen betreffen (etwa das Problem künstlichen Lebens), sondern durch die allmähliche Veränderung äußerst allgemeiner biophysikalischer Lebensbedingungen (wie der Wasser- und Luftqualität oder der Verschiebung ökologischer Gleichgewichte in der Landschaft bis zu ihrem Zusammenbruch). Der Aufstieg der Ökologie hat seine Grundlage in den verschiedenen sich zum Teil spontan durchsetzenden Umweltinitiativen.

Die *Verhaltensforschung* und mit ihr die zahlreichen Publikationen von Lorenz, die wiederum zu einer umfangreichen kritischen Literatur über die theoretischen Vorstellungen von Lorenz geführt haben, stellt in diesem Umsetzungsprozeß von gesellschaftlicher Entwicklung und biologischem Kenntnisstand ein weiteres Glied dar, in dem vor allem die kausale Struktur des menschlichen Verhaltens, seine naturhistorische Basis (z. B. unbedingte Reflexe, Erbkoordinationen usw.) und Möglichkeiten der Modifizierbarkeit des Verhaltens diskutiert werden.

Die Stellung der „Rückseite des Spiegels“ im Kontext der Diskussion über naturphilosophische und erkenntnistheoretische Fragen der Biologie ist in zweifacher Weise zu relativieren: Einmal repräsentiert das Buch den Fall eines erfolgreichen biologischen Sachbuches in einer Reihe weiterer, zum Teil auf anderen empirischen Teilgebieten

⁴ Vgl. hierzu H. Immler: Grenzen des Wachstums oder Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise?, in: Das Argument 82, 15. Jg. (1973), S. 804—822.

fußenden Publikationen, deren allgemeine Bedeutung von der veränderten gesellschaftlichen Funktion biologischer Erkenntnis getragen ist und in denen dieser Prozeß zum Teil selbst wieder reflektiert wird. Zum anderen ist die „Rückseite des Spiegels“ aber auch in der Verhaltensforschung nur selbst wieder ein Ereignis in einer ganzen Kette ethologischer Sachbücher, in denen sehr häufig äußerst einfache und auch radikale Vorstellungen über menschliche Verhaltenskontrolle mit dem Nimbus naturwissenschaftlicher Tatsachen umgeben werden sollen⁵. Eine Besonderheit derartiger ethologischer Menschenbilder ist die zentrale Stellung von Wertkategorien, die gelegentlich in Entwürfe einer naturwissenschaftlich begründeten Ethik einmünden⁶.

II. Geschichte und aktuelle Lage der Verhaltensforschung

Die Analyse der Geschichte der Verhaltensforschung ist eine wichtige Grundlage, um den Stellenwert von Lorenz' Aussagen in der Diskussion um die Bedeutung der Verhaltensforschung für die kausale Erklärung bestimmter menschlicher Verhaltensmuster näher begründen zu können. Global können in der Geschichte der Ethologie drei Etappen unterschieden werden:

1. Um 1900 entsteht durch die Aktivitäten einzelner Biologen (z. B. Whitman, Heinroth, Craig) ein umfangreiches Tatsachenmaterial über tierisches Verhalten, das bis zur Gegenwart eine empirische Grundlage der Verhaltensforschung geblieben ist. Der soziale Prototyp dieser Entwicklungsphase ist der Natur- bzw. Tierfreund, der noch außerhalb des akademischen Wissenschaftsbetriebes seinen Neigungen nachgeht. Dementsprechend bilden verschiedene „Liebhaberswissenschaften“ wie die Ornithologie (die auch gegenwärtig noch häufig von „Laien“ und aus Passion betrieben wird) eine wichtige historische Quelle. Die methodische Grundlage bleibt die Verhaltensbeobachtung, die den Ethologen bis zur Gegenwart zu einem Feldbiologen werden läßt. Im Gegensatz zu der methodisch und erkenntnistheoretisch in vieler Hinsicht belasteten Tierpsychologie ist die Ethologie von Beginn an eine zoologische Disziplin, die sich der Objektivität der Tatsachenermittlung verschreibt, ein Aspekt, der es verständlich erscheinen läßt, daß sich Lorenz auf die Objektivität der Natur und damit auch auf die Objektivität der Naturbetrachtung beruft.

2. Die Ansammlung eines umfangreichen Datenmaterials zwingt dann in einer zweiten Phase zu einer Verallgemeinerung in bestimmten Gesetzmäßigkeiten des tierischen Verhaltens und zur Einführung einer ethologischen Fachterminologie. Zugleich kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der klassischen, traditionellen Tierbetrachtung und ihrer teleologischen (Schein-)Begründung

5 Z. B. D. Morris: Der nackte Affe. München-Zürich 1968.

6 Z. B. K. Lorenz: Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit. München 1973; W. Wickler: Biologie der zehn Gebote. München 1972.

und dem kausalen Erklärungsmodell der in das wissenschaftliche Bewußtsein einziehenden Verhaltensforschung. Typische Vertreter der kausalen Richtung dieser 2. Entwicklungsetappe sind Lorenz, Tinbergen und Baerends, die aber in sich nochmals in eine synthetische, zur Generalisation neigende Richtung (Lorenz) und in eine analytische, teilweise an der Verhaltensphysiologie orientierte Richtung (Tinbergen, Baerends) zerfällt. Auch in dieser Phase werden häufig noch durch einfache Beobachtungen grundlegende Gesetzmäßigkeiten des tierischen Verhaltens wie die Ritualisationsprozesse (Signalhandlungen z. B. als Balz) in ihrer Funktion für den Selektionsvorgang erkannt. Die gegenwärtige Autorität von Lorenz als Verhaltensforscher resultiert zu einem großen Teil aus den wissenschaftlichen Leistungen dieser Periode⁷.

3. Die moderne Ethologie hat sich längst vom Stadium einer biologischen Grundlagenwissenschaft gelöst und Eingang in den industriellen Verwertungsprozeß gefunden. Die Massenhaltung von Haustieren wie Rindern und Hühnern, bei der Rücksicht auf spezifische Verhaltensweisen genommen werden muß, wenn ökonomische Verluste vermieden werden sollen, aber auch spezielle Probleme der Domestikation haben die Ethologie auch zu einer angewandten Wissenschaft werden lassen. In der Hochseefischerei wird z. B. die Kenntnis des Schwarmverhaltens zur Steigerung der Fangerträge ausgenutzt. Im Mittelpunkt des moralischen Interesses steht hier häufig nicht mehr der theoretische Glanz der Harmonie des tierischen Verhaltens in seiner natürlichen Umgebung, sondern die z. T. barbarischen Haltungsbedingungen in der auf tierischen Produkten aufbauenden Industrie⁸.

Innerhalb dieser Entwicklung der Ethologie ist Lorenz der Periode zuzuordnen, die sich am besten als „klassische Ethologie“ charakterisieren läßt, in der sowohl eine theoretische Verselbständigung als eigenständige Spezialdisziplin als auch die allgemeine Diskussion um das Instinktproblem einsetzt. „Klassisch“ ist dabei — dies schlägt sich dann auch auf die „Rückseite des Spiegels“ nieder — als eine durchaus positive Bestimmung anzusehen, die sowohl eine bestimmte Fundamentalität und den Blick für das Wesentliche als auch eine umfassende Breite der Problemstellungen einschließt.

Ein derartiger historischer Abriß kann allerdings eine aktuelle Strukturanalyse der theoretischen Situation der Ethologie nicht ersetzen, von der hier jedoch nur ein Aspekt angeführt werden kann. Lorenz gehört zu der Gruppe deutsch-österreichischer Ethologen,

7 Wie z. B. die Entdeckung der Prägungsvorgänge bei nestflüchtenden Vögeln, die Funktion Angeborener Auslösemechanismen (AAM) oder die Präzisierung des Instinktbegriffs zur Instinkthandlung bzw. zur Erbkoordination und Taxis.

8 Neben ihrem Beitrag zur Sicherung tierischer Nahrungsquellen spielt die angewandte Verhaltensforschung auch eine wichtige Rolle in der Unterhaltungsindustrie (z. B. Zirkus, Zoo, private Tierhaltung von Exoten usw.).

deren Programm auch als „vergleichende Verhaltensforschung“ bezeichnet wird, der die Konzeption der „vergleichenden Psychologie“ überwiegend angelsächsischer Naturforscher (z. B. Hinde, Lehrmann usw.) gegenübersteht. Unter dem Einfluß der behavioristischen Lernpsychologie ist die absolute Ahistorizität des Lernvorganges durch die vergleichende Psychologie nur partiell zurückgenommen und in einen Vergleich verschiedener Lernformen von Tieren aufgelöst worden, während die Bedeutung angeborener Verhaltensweisen für die Entwicklung des Lernens bei Tieren zurückgestellt, teilweise sogar bestritten wird. In der vergleichenden Verhaltensforschung steht dagegen die Kausalstruktur der Instinkthandlung im Mittelpunkt des Interesses, was die theoretische Brisanz bei der populären Verallgemeinerung empirischer Einzelbefunde erklärt, da es um die Existenz durch Sozialisationsprozesse unveränderlicher biologischer Verhaltensradikale geht. Durch die umfassende naturhistorische Ausrichtung werden in der vergleichenden Verhaltensforschung zahlreiche Problemstellungen konsequenter verfolgt, was z. B. dazu führte, daß neue Spezialdisziplinen wie die Humanethologie entstanden sind, in der der Frage nach angeborenen menschlichen Verhaltensweisen systematisch nachgegangen wird.

III. Lorenz' Entwurf einer naturgeschichtlich begründeten Widerspiegelungstheorie

Zwei der wichtigsten philosophischen Prämissen der Naturforschung sind nach Lorenz die Objektivität der Natur und die Wechselwirkung zwischen Subjekt und Objekt, die, verbunden mit noch mehreren anderen methodologischen Forderungen, den „hypothetischen Realismus“ der Naturerkenntnis ergeben. Das wichtigste Prinzip der Naturforschung ist die Kausalitätsforderung für alle Ereignisse, die, für evolutionstheoretische Überlegungen immerhin bemerkenswert, noch in ihrer mechanischen Version entwickelt wird, da Zufall lediglich ein resignierender Terminus ist (54).

Das Besondere der Stellung von Lorenz zur Existenz von Widerspiegelungsformen in der objektiven Realität ist darin zu sehen, daß sie aus der phylogenetischen Entwicklung des biologischen Systems abgeleitet und damit auch begründbar sind, sowie in seinem Blick für die Mehrschichtigkeit dieses Prozesses. So bilden z. B. die Flossen- und Bewegungsformen der Fische die hydrodynamischen Eigenschaften des Wassers in bestimmter Weise ab, die allgemein zu einer besonderen Entwicklung des Körperbaues, der Morphogenese, als Bild der Außenwelt führt. „Auch das *Verhalten* von Tier und Mensch ist, soweit es an die Umwelt angepaßt ist, ein Bild von ihr.“ (15) Es muß jedoch zwischen den am Modell des Spiegels orientierten mechanischen Abbildvorstellungen und dem dialektischen Widerspiegelungsbegriff differenziert werden. Lorenz vertritt noch eine recht urtümliche Form der mechanischen Abbildtheorie. „Das so entstehende Bild einer Umweltgegebenheit ist sozusagen ein *Negativ* der Wirklichkeit, vergleichbar mit dem Gipsabguß einer Münze“ (38).

Unter der Formel „Rückseite des Spiegels“ faßt Lorenz das Programm einer naturwissenschaftlich begründeten Erkenntnistheorie zusammen. Während der Realist nur nach außen schaut und nicht reflektiert, daß er ein Spiegel ist, und der Idealist nur in den Spiegel schaut, der Außenwelt aber den Rücken zukehrt, interessiert sich Lorenz für die Rückseite des Spiegels, den physiologischen Apparat, dessen Leistungen die Voraussetzungen für das wirkliche Erkennen der Realität sind. Die „Brillen“ der menschlichen Denk- und Anschauungsformen wie Kausalität, Raum und Zeit werden als Funktionen der neurosensorischen Organisation begriffen, die im Dienste der biologischen Arterhaltung entstanden sind, oder, wie Lorenz es kurz ausdrückt, die Erkenntnistheorie wird zur (physiologischen bzw. ethologischen) Apparatekunde. Die in der Selektion ständig neu erzwungene Anpassung des Organismus interpretiert Lorenz einfach als „Wissenserwerb“. Jede Auswahl der Informationsaufnahme geht über den Mutationsmechanismus und damit völlig ungerichtet vor sich. Neben augenblicklichen Anpassungen ohne langfristige Auswirkungen (wie einsichtiges Verhalten bei höheren Tieren) gibt es auch phylogenetische Anpassungen, deren Informationen biochemisch in Nukleinsäuren gespeichert werden. Da kein Erkenntnisprozeß sich von den vorgegebenen morphologischen und physiologischen Bedingungen zu lösen vermag, kommt Lorenz zu der Schlußfolgerung, daß auch das kreativste Denken immer durch die vorgegebenen Bedingungen des phylogenetischen Gedächtnisses determiniert bleibt und es deshalb unumgänglich ist, der Analyse dieses Sachverhalts durch die Naturwissenschaften den Status einer Erkenntnistheorie zu geben.

Die Grundlage jedes phylogenetischen Informationsgewinnes bildet die Reizbarkeit. Amöboide Reaktionen der Einzeller, verschiedene Formen der Kinesis und angeborene Auslösemechanismen stellen ebenso wie die arteigene Triebhandlung bereits komplizierte angeborene Verhaltensmuster dar, die aber, wie die Synchronisierung von angeborenem Auslösemechanismus und Instinktbewegung zeigt, einen spezifischen Systemcharakter besitzen. Lorenz sieht in ihnen die Grundlage jeder möglichen Erfahrung und billigt ihnen „apriorischen Charakter“ zu, da sie biologisch gegen Modifikationen gesichert sind. Sensitivierung, Gewöhnung, Prägung, motorisches Lernen usw. sind dagegen bereits einfache adaptive Modifikationen, die zu den komplizierteren Mechanismen der tierischen Kommunikation wie Nachahmung, Neugierverhalten und Selbstexploration überleiten. Die Wahrnehmung bestimmter Reizgestalten führt sowohl zu den kognitiven Leistungen der Raumorientierung, wie sie dem Tiefensehen zugrunde liegen, als auch zur Herausbildung der Form- und Farbkonstanz in der Wahrnehmung, die einen durchschnittlichen Informationswert über einen Gegenstand auch bei dessen quantitativer Veränderung vermitteln. Die abstrahierenden Leistungen der Wahrnehmung, die häufig noch mit motorischen Vorgängen koordiniert werden, bilden ebenso wie die komplizierten tierischen Lernformen eine der Grundlagen des begrifflichen Denkens.

Das psycho-physische Problem interpretiert Lorenz mechanisch: „Wir sind überzeugt, daß alles, was sich in unserem subjektiven Erleben spiegelt, auf engste mit objektiv erforschbaren physiologischen Vorgängen verflochten und auf ihnen begründet, ja mit ihnen in geheimnisvoller Weise identisch ist“ (13). Daraus ergibt sich eine Konsequenz, die für die Vermittlung scheinbar psychologischer Sachverhalte in der „Rückseite des Spiegels“ von Bedeutung ist: „Unsere Überzeugung von der Einheit des lebenden und erlebenden Subjektes gibt uns das Recht, Physiologie und Phänomenologie als gleichberechtigte Quellen unseres Wissens zu behandeln“ (13). Die phänomenologische Betrachtungsweise schlägt bei der weiteren Problembetrachtung häufig direkt in eine introspektive Sichtweise um.

Lorenz betont, daß jeder Versuch, den Prozeß der organischen Entwicklung zu schildern, auf die Schwierigkeit eines adäquaten Vokabulars stößt, da der Wortschatz der menschlichen Sprache zu einer Zeit entstand, in der lediglich die ontogenetische (individuelle) Entwicklung bekannt war und er versagt, wenn es darum geht, den phylogenetischen Entwicklungsaspekt zu veranschaulichen. Der Ablauf der biologischen Evolution, in der Lorenz besonders die Problematik einer Veränderung ihrer Geschwindigkeit durch kulturelle Faktoren hervorhebt, wird vielleicht aus diesen Gründen in anthropomorphe Modellvorstellungen wie der Informationsanreicherung während der Lebensprozesse als „Erkenntnisvorgang“ oder der organismischen Anpassungen als „Wissenserwerb“ aufgelöst.

Obwohl in den Grundzügen ein naturwissenschaftlicher Materialismus vertreten wird — den negativen Auswirkungen des erkenntnistheoretischen Idealismus in den Naturwissenschaften wird ein besonderer Abschnitt gewidmet —, werden doch auch an zahlreichen Einzelproblemen die Grenzen der spezifischen naturhistorischen Vorgehensweise von Lorenz sichtbar, die zu einer Reaktivierung des klassischen „Ignorabimus“ führen, das den mechanischen Materialismus in der Biologie seit Du Bois Reymond begleitet. M. Hartmann hat dann diesen „nicht rationalisierbaren Rest“ ausführlich begründet, und Lorenz erneuert ihn in seiner Weise, in der die historische Vorgehensweise auf den Kopf gestellt erscheint. Nicht die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Erklärung erzwingen allmählich eine historische Begründung aus der Entwicklung des Gegenstandes, sondern gerade die aktuellen Probleme sind gelöst, und nur die Frage nach dem historischen Gewordensein ist unlösbar, da nicht mehr alle Kausalbeziehungen rekonstruiert werden können. Der Agnostizismus wird aber nicht aus der Struktur des Erkenntnisprozesses, sondern auch aus objektiven Eigenschaften des Untersuchungsbereiches einschließlich der Struktur menschlicher Rezeptoren und des Gehirns begründet: „Der große Hiatus zwischen dem Objektiv-Physiologischen und dem subjektiven Erleben ist nun insofern anderer Art, als er keineswegs nur durch eine Lücke in unserem Wissen bedingt ist, sondern durch eine apriorische, in der Struktur unseres Erkenntnisapparates liegende prinzipielle Unfähigkeit zu wissen“ (226). Die nativistische Grundhaltung, alle Dinge, die nicht erklärt werden

können, selbst wieder für angeboren zu erklären, gibt endlich auch der Dialektikdiskussion neue Impulse: „Die Einteilung der Welt in Gegensatzpaare ist ein uns angebornes Ordnungsprinzip, ein apriorischer Denkwang urtümlicher Art“ (238).

IV. Grenzen der naturhistorischen Konzeption von Lorenz

1. Die physiologischen Grundlagen des menschlichen Erkenntnisvorganges haben immer zwei naturhistorische Dimensionen: Eine phylogenetische und eine ontogenetische. Lorenz beschränkt sich in der „Rückseite des Spiegels“ ausschließlich auf den phylogenetischen Entwicklungsaspekt, von denen einige elementare psychische Verarbeitungsmechanismen primitiver Organismen wie Kinesen, phobische Reaktion usw. für die menschliche Orientierung selbst mehr von theoretischer Bedeutung sind. Außerdem ergibt natürlich die Systematik einer phylogenetischen Aufeinanderfolge verschiedener Entwicklungsformen des Psychischen bei Tieren noch keine Erkenntnistheorie, solange sie nicht mit der spezifisch gesellschaftlichen Natur des menschlichen Wahrnehmungs- und Denkvorganges in Beziehung gesetzt wird. Gerade die ontogenetische Struktur z. B. des visuellen Wahrnehmungssystems des Menschen — selbst wieder Ergebnis der phylogenetischen Entwicklung — ist in dem morphologischen und physiologisch-funktionellen Aufbau sehr gut bekannt und hätte einen Einblick in die Abhängigkeit des Wahrnehmungsprozesses von seinen biologischen Grundlagen vermitteln können.⁹

2. Innerhalb der phylogenetischen Entwicklung wird bestimmten Entwicklungssprüngen wie dem Übergang vom Tier zum Menschen nicht die ihnen zukommende Bedeutung zugemessen; sie erscheinen lediglich in der Abstufung der einzelnen ethologischen Begriffe oder lernpsychologischer Kategorien. Das Tier-Mensch-Übergangsfeld, Verhaltensformen bei Primaten, die Entstehung des Werkzeuggebrauchs usw. als die Problembereiche, die den qualitativen Unterschied zwischen psychischen Prozessen bei Tieren und dem menschlichen Bewußtsein naturwissenschaftlich genauer begründen könnten, finden keine Erwähnung.

3. Obwohl die „Rückseite des Spiegels“ stark naturphilosophisch orientiert ist, verfügt Lorenz über keine allgemeine Theorie der Naturgeschichte. An deren Stelle rückt die Evolutionstheorie, die zugleich auch die allgemeinste Theorie der Entwicklung gesellschaftlicher Organisation wird, da eine Theorie der Eigengesetzlichkeit ökonomischer Entwicklung als Geschichte und ihr Unterschied zur Naturgeschichte ebenfalls fehlt. Die überdimensionale Funktion der

9 Dazu gehören z. B. der Aufbau der Netzhaut aus spezifischen Photorezeptoren für Helligkeits- und Farbsehen, verschiedene Adaptionsprozesse, der Einfluß retinaler rezeptiver Felder auf solche Wahrnehmungsphänomene wie der Simultankontrast oder die Gesetzmäßigkeiten der Zuordnung verschiedener Photorezeptoren zu Neuronengruppen im visuellen Cortex und damit verbundene Widerspiegelungsprobleme.

biologischen Evolutionstheorie als naturphilosophisches Entwicklungsmodell signalisiert also zugleich auch ein Theoriedefizit, das eine Erörterung allgemeiner philosophischer Probleme der Naturgeschichte (wie der Struktur der Naturdialektik, ihres Unterschieds zur Dialektik der menschlichen Geschichte und anderer Fragen) von vornherein ausklammert.

4. Die gesellschaftlich-historische Entwicklung des Menschen erscheint als eine direkte Fortschreibung seiner naturgeschichtlichen Herkunft, die dementsprechend durch die Anwendung biologischer Begriffe, so die unausgesprochene Vorstellung von Lorenz, dem wissenschaftlichen Verständnis zugänglich gemacht werden soll. Das Ergebnis ist ein über weite Strecken platter Biologismus, hinter dem sich, das sollte dabei aber nicht vergessen werden, auch rationale Elemente verbergen wie die Erkenntnis der Bedeutung physiologischer Bedingungen wie des Aufbaus von Sinnesorganen und des Gehirns für den Erkenntnisprozeß selbst und die Einsicht, daß die phylogenetische Vorgeschichte des physiologischen Apparates und der psychischen Struktur des Menschen der durch sie materiell ermöglichten Erkenntnis selbst wieder zugänglich ist.

Die verschiedenen wissenschaftstheoretischen und methodologischen Möglichkeiten der Biologie, das Verhältnis von naturhistorischer Entwicklung und menschlicher Geschichte genauer zu erfassen, werden von Lorenz nicht genutzt, sondern beide Prozesse in ein System globaler Analogien aufgelöst. „Wir wollen damit beginnen, die menschliche Kultur mit der gleichen Fragestellung und Methodik zu untersuchen, mit der wir als vergleichende Stammesgeschichtsforscher an jedes lebende System heranzutreten pflegen.“ (235) Genau diese generelle Übertragung ist eine methodische Grundlage des Biologismus, der jedoch vermieden werden kann, wenn *einzelne* Seiten der Kulturentwicklung (z. B. die Analyse angeborener und sozial bedingter mimischer Bewegungen oder die kulturelle Ritualisation tierischer Demutsgesten zu sozialem Grußverhalten usw.) in ihrer Vergleichbarkeit präzise definiert und ihre spezifische Stellung im Gesamtkontext phylogenetischer und gesellschaftlicher Entwicklung geklärt wird.

Ebenso bedenkenlos, wie phylogenetische Gesetzmäßigkeit ohne Einschränkung ihres Wirkungsbereiches als Gesetze der gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung ausgegeben werden, erfolgt auch eine fragwürdige Extrapolation streng definierter biologischer Begriffe in einen theoretischen Kontext, der sachlich nicht mehr belegt werden kann. Paradigmatisch dafür ist z. B. der Abschnitt „Die Vererbung erworbener Eigenschaften“ (229, 230), in dem der Vererbungsbegriff so weit ausgedehnt wird, daß durch ihn auch die Weitergabe sozialer Erfahrung, die Geräteentwicklung usw. erfaßt wird. „Kumulierbare Tradition bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die *Vererbung erworbener Eigenschaften*.“ (229) Es wird nicht darauf hingewiesen, daß die Vererbung erworbener Eigenschaften zu den umstrittensten genetischen Aussagen gehört, sondern vielmehr

eine neue spekulative Version eingeführt. Andererseits bleibt Lorenz damit seiner schon im Titel angedeuteten Tendenz treu, statt klarer Problembeschreibungen häufig nur Metaphern als Erklärungen anzubieten.

V. Evolutionstheorie als Gesellschaftstheorie

Die fatale gesellschaftswissenschaftliche Theorielosigkeit von Lorenz macht sich sofort bemerkbar, wenn er sich über soziale und ökonomische Probleme äußert. Sie werden danach ausgewählt, inwieweit sie in evolutionstheoretische Analogiebeispiele aufgelöst werden können. So plädiert Lorenz, die Wirkung der Selektion bei der Artbildung vor Augen, für eine ungeplante Kulturentwicklung und beklagt sich über affektive Widerstände gegenüber seiner These, daß die Entwicklung der Kultur weder von dem menschlichen Willen noch durch begriffliches Denken erfaßt werden könne, da in ihr nicht Planung, sondern Selektion wirke. Erst die nichtgeplante und vollständig dem Zufall überlassene Kulturentwicklung ist für Lorenz in einer evolutionistischen Kulturbetrachtung wieder rational erklärbar.

Behauptungen wie die, daß durch die naturwissenschaftliche Reflexion erstmals der Abstieg der jetzigen Hochkultur (die natürlich in keiner Weise bestimmt wird) abgewendet werden könne, gehören zu den fragwürdigen Essenzen, an denen sich das allgemeine Interesse an diesem Buch festmacht. Die Ursache dafür liegt in der falschen Einschätzung der Darwinschen Evolutionstheorie als möglicher Gesellschaftstheorie. Während Loeb die Bedeutung der Tropismen und Pawlow die Entdeckung der bedingten Reflexe überschätzt habe, habe Darwin die Bedeutung des Selektionsprinzipes unterschätzt, was Lorenz nun korrigieren will. Den konkreten Anlaß dazu gibt die Existenz angeborener Verhaltenselemente im menschlichen Verhalten, die von der Ethologie nachgewiesen, von extrem milieutheoretischen Lerntheorien jedoch bisher bestritten wurde. Insgesamt wird daraus jedoch eine naturwissenschaftliche Rechtfertigung gesellschaftlicher Konkurrenz. Die Aufforderung, die Wirkung des Selektionsprinzipes nicht zu beschränken, kann in keinem marktwirtschaftlichen Ökonomieprogramm klarer formuliert werden. Gerade aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit des Lesers heraus sollten ihm deshalb einige der auf gesellschaftliche Sachverhalte bezogenen Schlußfolgerungen von Lorenz allzu plausibel erscheinen.

VI. Zur ideologischen Funktion naturwissenschaftlicher Theorien

Lorenz schreibt nicht nur für das Bildungsbürgertum, sondern gehört ihm auch selbst an. Von der Diskussion über die Interpretationsmöglichkeiten von Goetheziten, Verweisen auf die Geschichtsphilosophie Toynbees oder Aussagen wie „Die kulturelle Entwicklung des Menschen läuft seiner ‚Natur‘ davon, und der Geist kann, wie Klages gesehen hat, zum Widersacher der Seele werden“ (252), wer-

den genügend theoretische Identifizierungsmöglichkeiten geboten, um die Schwierigkeiten naturwissenschaftlicher Problementwicklung im Detail zu überbrücken, aber auch, um die eigene angebotene Interpretation der Natur nun auch selbst wieder als Teil eben dieses Bildungsgutes von Leser akzeptieren zu lassen. Lorenz ortet intuitiv richtig die Nichtbiologen als eigentliches Leserreservoir, dem er mit der Autorität des Naturforschers gegenübertritt, und wendet sich dann besonders an den „nichtbiologisch denkenden Philosophen“. Die Schwierigkeiten der theoretischen Verständigung, die bei der Erörterung naturwissenschaftlicher Sachverhalte mit Notwendigkeit bei diesem Empfängerkreis entstehen, werden durch eine episodenhafte Schilderung, Anekdoten aus dem Königsberger und Wiener Bekanntenkreis und die Ich-Form der Darstellung gemildert. Der theoretische Stellenwert der „Rückseite des Spiegels“ liegt daher auch in einer Dimension, die man global als ideologische Funktion naturwissenschaftlicher Theorien umschreiben kann.

Der Versuch von Lorenz, gesellschaftliche Probleme zum Gegenstand naturwissenschaftlicher Betrachtung zu machen, gehört zu jener Gruppe von Sachbüchern, durch die das latente gesellschaftswissenschaftliche Theoriendefizit der spätbürgerlichen Gesellschaft in der Weise behoben wird, daß gut bestätigte naturwissenschaftliche Aussagen, entsprechend vereinfacht und hypothetisch extrapoliert, Erklärungsmodelle für undurchschaubar gehaltene historische Prozesse bieten sollen, die in dieser Ersatzfunktion zunächst noch vorsichtig formuliert, aber nicht zuletzt über den Marktmechanismus der Nachfrage zunehmend bestätigt, letztlich tatsächlich allgemein gesellschaftliche Bedeutung erhalten, wenn auch nicht in dem angestrebten — wie man Lorenz unterstellen darf — aufklärerischen Sinne.

Die Übernahme ideologischer Funktionen fällt um so einfacher, je unklarer die eigenen theoretischen Vorstellungen von der Lösungsstruktur und dem Diskussionsstand gesellschaftlicher Probleme gefaßt werden, vor deren Hintergrund dann der Versuch, die Objektivität naturwissenschaftlicher Theorien z. B. auf ein so strittiges Gebiet wie die Erkenntnistheorie zu übertragen, als geradezu zwingend erscheint. Insgesamt entsteht eine Neuauflage des spätbürgerlichen Kulturpessimismus, der in Gestalt des wohlmeinenden Arztes und Helfers auftritt: „Der fortschreitende Verfall unserer Kultur ist so offensichtlich *pathologischer* Natur, trägt so offensichtlich die Merkmale einer *Erkrankung* des menschlichen Geistes, daß sich daraus die kategorische Forderung ergibt, Kultur und Geist mit der Fragestellung der medizinischen Wissenschaft zu untersuchen“ (31). Sowohl für die Krankheiten des menschlichen Geistes als auch für die Verfallserscheinungen der Kultur wird auch bereits eine tieferliegende Ursache gesehen: Das Nachlassen der Selektionswirkung in der menschlichen Kulturentwicklung, die zu einer nicht erwünschten Gleichheit zwischen ethischen Gruppen, Kulturen und Menschen führt. „Dadurch, daß alle Menschen aller Kulturen mit denselben Waffen kämpfen, mittels derselben Technik konkurrieren und mit-

einander auf derselben Weltbörse zu übervorteilen trachten, *verliert die interkulturelle Selektion ihre schöpferische Wirkung.*“ (257)

Die Reaktivierung eines „Zurück zur Natur“ ist die tieferliegende emotionelle Schicht, in der das Unbehagen an der eigenen gesellschaftlichen Situation auch in der „Rückseite des Spiegels“ thematisiert wird. Das instinktgebundene Tier verhält sich zwar auch aggressiv und tötet seine Nahrungsobjekte, aber es unterliegt Verhaltensgesetzen, aus denen es nicht heraustreten kann, während der Mensch seine ethologischen Hemmechanismen kennt, sie damit aber abbauen oder ihnen aus dem Weg gehen kann und es dadurch zu den pathologischen Entartungserscheinungen verschiedenster Art kommt. Der „Rückweg“, den Lorenz aus dieser Situation anbietet, ist ebenso konsequent wie paradox: die teilweise unverhüllte Aufforderung, sich dem „eigentlichen“ Naturzustand wieder anzunähern. Das Kapitel „Entstehung und divergierende Entwicklung von Arten und Kulturen“ (252—258) ist aber nicht nur ein Dokument des modernen Sozialdarwinismus, sondern zeigt auch, wie die Assoziierung von individuellen Erfahrungen des gesellschaftlichen Konkurrenzverhaltens mit dem biologischen Selektionsprinzip als „Theorie“ äußerst wirksam werden kann.

Der innere Zusammenhang zwischen den ökonomischen Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise und der biologischen Konkurrenz wird nicht reflektiert, sondern setzt sich hinter dem Rücken des Autors durch und erscheint ihm nur völlig uneinsichtig in der ständigen Nachfrage nach seiner „Theorie“.

VII. Resümee

Jede Kritik an Lorenz kann nur, wenn sie sich nicht in einer plakativen Etikettierung erschöpfen will, über eine differenzierte Bewertung seiner verschiedenen theoretischen Positionen entwickelt werden. Die Argumentation in der „Rückseite des Spiegels“ ist widersprüchlich, wenn auch insgesamt bereits ausgewogener als in der vergleichbaren Publikation „Das sogenannte Böse“¹⁰. Insgesamt sollte man nicht bei der Abstemplung unbestreitbar sozialdarwinistischer Passagen stehenbleiben, sondern sie als Medium benutzen, um zu tieferliegenden philosophischen Problemstellungen der Biologie vorzustoßen, die in der „Rückseite des Spiegels“ in mannigfacher, wenn auch häufig nur angedeuteter und keimhafter Form zu finden sind. Zu den Positiva gehört zweifellos, daß jede Auseinandersetzung mit Lorenz zu einer Konfrontation mit den Ergebnissen der modernen Naturwissenschaft führt und eben damit auch manche einseitige, nur gesellschaftstheoretische Vorstellung korrigieren kann. Der naturwissenschaftliche Materialismus von Lorenz, von ihm selbst verschämt als „hypothetischer Realismus“ deklariert, führt durch die

¹⁰ Konrad Lorenz: Das sogenannte Böse. Zur Naturgeschichte der Aggression. Wien 1963. — Vgl. hierzu ausführlich den folgenden Beitrag von Goldau u. a.

langjährige gründliche Naturbeobachtung häufig zu spontanen dialektischen Einsichten z. B. dann, wenn nicht von einer abstrakten Natur, sondern von der Naturgeschichte gesprochen wird oder die allgemeinen Strukturen einer naturgeschichtlichen Theorie des tierischen Verhaltens entwickelt werden.

Der andere, über Lorenz hinausweisende Gesichtspunkt betrifft die allgemeine Funktion der Ethologie in der Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft, in der sich eine Schizophrenie im Verhältnis zur Natur bricht. Auf die erbarmungslose ökonomische Ausbeutung des tierischen Verhaltens wurde bereits hingewiesen. Im harten Gegensatz dazu steht die Unterhaltungsfunktion der Ethologie im Fernsehen und auf dem Buchmarkt. Hier wird häufig nicht nur das antiquierte Bild des Naturfreundes gezeichnet, der seiner Passion nachgeht, sondern auch ein von den wirklichen gesellschaftlichen Verhältnissen abstrahierendes romantisierendes Naturbild voller positiver Attribute (z. B. gesund, ursprünglich, normal usw.) entworfen. Das ethologische Natur- und Menschenbild projiziert deshalb häufig eine Scheinwirklichkeit, die wiederum zu einer der wichtigsten Quellen für den Erfolg ethologischer Sachbücher wird. Der Filmbericht aus der heilen Welt eines Naturschutzgebietes, das nur einen Bruchteil der wirklichen Landesfläche ausmacht, vermittelt gerade in der Beschränkung auf ein künstlich in seinem Naturzustand belassenes Gebiet nur ein idealisiertes Naturbild, ein Stück Wirklichkeit, wie sie nicht mehr ist. Man sollte sich deshalb von vornherein nicht der Vorstellung hingeben, in ethologischen Sachbüchern unabhängig vom Verfasser nur das objektive biologische Wissen in populärer Form aufbereitet zu finden. Häufig wird die naturwissenschaftliche Objektivität zu einem Schutzschild, hinter der sich die wissenschaftlich verbrämte alltägliche Weltansicht des Autors verbirgt, der, wenn er auf dem Buchmarkt erfolgreich sein will, auch die alltäglichen Tier- und Natur-, damit aber auch Gesellschaftsvorstellungen seiner Leser in bestimmtem Umfang mit zu berücksichtigen hat. Die Naturwissenschaft ist dann keineswegs mehr ein Weg zu einem wissenschaftlichen Natur- und Weltbild, sondern ein theoretisches Mittel, mit dem Illusionen, Phantasien oder einfach nur Unterhaltung erzeugt wird, in denen sich in ideologischer Weise die besonderen historischen Bedingungen des Verhältnisses zwischen Natur und Geschichte reproduzieren.

Axel Goldau, Holger Jeske, Johann-Wolfgang Landsberg,
Michael Schmitt

Biologische Argumente gegen das Aggressions- Konzept von Lorenz

Auf dem letzten Ethologen-Treffen¹, dessen Thema „Aggression“ war, wurde es tunlichst vermieden, vom „Aggressionstrieb“ zu sprechen. Bis auf einige wenige Jünger (darunter v. a. I. Eibl-Eibesfeldt) mochte offensichtlich keiner für K. Lorenz eine Lanze brechen. Nicht nur Ethologen distanzieren sich zunehmend von Lorenz' Aggressionstrieb-Hypothese², sondern auch „die meisten Psychologen und Neurologen“ lehnen „das sogenannte Böse“ ab³. Dennoch scheint uns eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Lorenz' Lehre vom Aggressionstrieb des Menschen weiterhin sinnvoll. Dafür spricht zum einen die erstaunlich große Anzahl an vulgärwissenschaftlichen — „populärwissenschaftlich“ ist hier u. E. unpassend — Erzeugnissen, die in immer höheren Auflagen, neuerdings auch als Taschenbücher, vertrieben werden⁴, zum anderen ist es die in Schulbüchern⁵ und Kinderbüchern⁶ nicht wenig verbreitete Unsitte, als „Verhaltensforschung“ ausschließlich die Lorenz-Richtung anzusprechen.

Unsere Kritik richtet sich im folgenden von zwei Seiten gegen Lorenz' Aussagen über „die Aggression“: gegen die Unzulänglichkeit der

1 4. Ethologentreffen in Mainz am 8. 10. 1974.

2 Vgl. A. Kortlandt: Diskussionsbeiträge, in: W. Hollitscher: Aggressionstrieb und Krieg. Stuttgart 1973; H. Kummer: Aggression bei Affen, in: A. Plack (Hrsg.): Der Mythos vom Aggressionstrieb. München 1973; N. Tinbergen, in: G. Roth (Hrsg.): Kritik der Verhaltensforschung. München 1974.

3 E. Fromm: Lieber fliehen als kämpfen, in: Bild der Wissenschaft 10 (1974), S. 52—58.

4 Z. B. K. Lorenz: Das sogenannte Böse. Wien 2^o 1971; ders.: Die acht Todsünden der Menschheit. München 1973; Ardrey: Adam und sein Revier. München 1972; I. Eibl-Eibesfeldt: Liebe und Haß. München 2^o 1972; ders.: Der vorprogrammierte Mensch. Wien 1973; Hacker: Aggression. Reinbek 1973; König: Kultur und Verhaltensforschung. München 1970; ders.: Das Paradies vor unserer Tür. München 1973; Tiger, Fox: Das Herrentier. München 1973.

5 Z. B. Lange, Strauss, Dobers: Biologie 3. Hannover 2^o 1973; Linder: Biologie. Stuttgart 17 1971.

6 Reihe universell, München 1973; Schneider-Lexikon a—z. München 1974.

naturwissenschaftlichen Induktionsbasis und die Unzulässigkeit vieler von ihm vorgenommener Übertragungen⁷.

I. Die Unzulänglichkeit der Induktionsbasis

a) Cichliden: Lorenz berichtet von Buntbarschen der Art *Etroplus maculatus* (ostindischer gelber Buntbarsch), deren Männchen regelmäßig die eigenen Weibchen angriffen, wenn man ihnen die Möglichkeit entzog, gegen andere Männchen zu kämpfen. Dagegen rannten sie nur gegen Männchen an — und Weibchen nur gegen Weibchen —, wenn man ihnen durch eine Trennscheibe den Anblick derselben bot. Lorenz führt dies als Beispiel dafür an, daß der „Aggressionstrieb“, der unter natürlichen Lebensbedingungen am feindlichen Reviernachbarn abreagiert werde, sich ohne die Gelegenheit hierzu gegen den eigenen Gatten richte, wenn er genügend „gestaut“ worden sei⁸.

Lorenz' Schluß ist jedoch nicht gerechtfertigt, da zum einen die Ergebnisse auch anders gedeutet werden können und zum anderen bei genauer Einhaltung exakter Versuchsbedingungen die Tiere sich anders verhalten. Argumente hierfür lieferten schon früher Heiligenberg, Lamprecht und Wickler⁹. In jüngster Zeit führte Reyer (in Seewiesen) mit *Etroplus maculatus* dieselben Versuche durch wie Lorenz und kommt zu dem Ergebnis, daß erstens durch Isolation die Häufigkeit aggressiven Verhaltens nicht erhöht, sondern herabgesetzt wird und zweitens das eigene Weibchen stärker angegriffen wird als das nach Lorenz adäquate Objekt des Aggressionstriebes, der Reviernachbar¹⁰.

b) Leerlauf: Wenn „die Aggression“ ein Trieb ist, muß sich für sie eine Appetenz, Schwellenerniedrigung und, als wichtigstes Kriterium, der Ablauf „ins Leere“ nachweisen lassen, das heißt, wenn eine gewisse Zeit der „Aggressionstrieb“ nicht mehr aktiviert wurde, müßte das betreffende Tier oder der betreffende Mensch aktiv nach einer Situation suchen, in der dies möglich ist (Appetenz). Fände es (er) keine Gelegenheit, die gestaute Aggression an einem geeigneten, d. h. unter natürlichen Bedingungen sinnvollen Partner abzureagie-

7 Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit den erkenntnistheoretischen Implikationen von Lorenz' Theorie sei auf den Beitrag von Schurig in diesem Heft verwiesen sowie auf R. Denker: Aufklärung über Aggression. Stuttgart⁴ 1971.

8 Lorenz, Das sogenannte Böse, a.a.O.

9 W. Heiligenberg: Ein Versuch zur ganzheitsbezogenen Analyse des Instinktverhaltens eines Fisches, in: Zeitschrift für Tierpsychologie 21 (1964), S. 1—52; J. Lamprecht: Paarbindung bei Cichliden. Zur Spontaneität der Aggression, in: Die Naturwissenschaften 59 (1972), S. 275—276; W. Wickler: Die Biologie der zehn Gebote. München³ 1972.

10 H.-U. Reyer: Experimentelle Untersuchungen zum Einfluß von Isolation und Anwesenheit verschiedener Artgenossen auf das aggressive Verhalten des Buntbarsches *Etroplus maculatus* (Cichlidae). Referat, gehalten auf dem 4. Ethologentreffen in Mainz am 8. 10. 1974.

ren, so müßte eine Schwellenerniedrigung erfolgen, mit dem Erfolg, daß mit zunehmender Zeit zunehmend ungeeignete Objekte angegriffen werden, bis schließlich, wenn genügend lange kein wie auch immer gearteter auslösender Reiz zur Verfügung stand, die Aggression ganz ohne Ziel, als Leerlaufhandlung, abläuft. Lorenz behauptet: „Schwellenerniedrigung und Appetenz sind nun, leider muß es gesagt werden, bei wenigen instinktmäßigen Verhaltensweisen so deutlich ausgeprägt wie gerade bei denen der intraspezifischen Aggression.“¹¹ Als Belege dafür nennt er neben einigen anderen Fischen den oben erwähnten Buntbarsch *Etroplus maculatus* und geht unmittelbar darauf zu menschlichen Beispielen für Schwellenerniedrigung über: seine Tante, die „gesetzmäßig und voraussagbar“, kein Dienstmädchen länger als etwa 8 bis 10 Monate hatte, und der sogenannte Expeditionskoller oder die Polarkrankheit, die darin besteht, daß in „kleinen Gruppen von Männern“ unter extremen Bedingungen — wie im Namen angedeutet — „alle Reize, die Aggression und innerartliches Kampfverhalten auslösen, einer extremen Erniedrigung ihrer Schwellenwerte (unterliegen)“¹². Sie führt „oft“ dazu, daß Un-Einsichtige in solcher Lage den Freund umbringen.

Die von Lorenz gegebenen Beispiele sind jedoch kein Nachweis für Appetenz, Schwellenerniedrigung und Leerlauf bei aggressiven Verhaltensweisen. Die Auseinandersetzung mit den Fisch-Beispielen findet sich oben; eine intimere Beschäftigung mit den von Lorenz angegebenen menschlichen Beispielen ist unnötig: ihre Insuffizienz ist offensichtlich¹³. Es sei nur vermerkt, daß Prof. Franck (Hamburg), am 8. Okt. 1974 die in Mainz versammelten deutschsprachigen Ethologen fragte, ob jemand der Anwesenden auch nur ein Beispiel nachgewiesener Leerlaufaggression nennen könne, ihm sei keines bekannt. Niemand meldete sich.

c) Ute-Indianer: Als Argument für die Hypertrophie des Aggressionstriebes beim Menschen führt Lorenz „sehr genaue psychoanalytische und sozialpsychologische Studien“ des amerikanischen Psychiaters S. Margolin ins Feld¹⁴. Nach diesen — nie veröffentlichten — Studien leiden die Ute-Prärie-Indianer unter einem überstarken Aggressionstrieb, der ihnen während der „verhältnismäßig wenigen Jahrhunderte“ eines „wilden, fast nur aus Krieg und Raub bestehenden Lebens“ angezchtet worden ist. Nun, da sie diesen Trieb „unter den geregelten Bedingungen der heutigen nordamerikanischen Indianer-Reservate nicht abzureagieren vermögen“, leiden sie

11 Lorenz, a.a.O., S. 74.

12 Ebd., S. 76.

13 Näheres hierzu findet sich bei E. Fromm: Über die Ursprünge der menschlichen Aggression. Rundfunksendung des Süddeutschen Rundfunks am 5. 9. 1971. Ms; Kaiser: Aggressivität als anthropologisches Problem, in: Plack, Der Mythos vom Aggressionstrieb, a.a.O., S. 43 ff.; H. Nolte: Gesellschaftstheoretische Implikationen des Aggressionsbegriffs, in: W. Lepenies, H. Nolte: Kritik der Anthropologie. München 1971, S. 103 ff.

14 Lorenz, a.a.O., S. 326.

extrem häufig unter Neurosen, Selbstmord und Autounfällen; „Gewalttätigkeit und Totschlag gegen nicht zum Stamm Gehörige sind an der Tagesordnung“.

Die Ute-Indianer sind jedoch kein stichhaltiges Argument für einen hypertrophierten Aggressionstrieb: Zum einen können die Utes — die in Wirklichkeit gar nicht in einer Prärie leben — höchstens 300 Jahre lang ein solch wildes Leben geführt haben. Diese Zeit reicht, entgegen Lorenz' Behauptung, höchstwahrscheinlich nicht aus, um einen Trieb hypertrophieren zu lassen, vor allem, wenn man die strengen Exogramieregeln der nordamerikanischen Indianer in Rechnung stellt. Zum andern berichten andere Forscher¹⁵ von durchaus nicht erhöhter Aggressivität, Neurosen-, Selbstmord- und Unfallhäufigkeit.

d) Jähzornige Schimpansen und aggressive Jäger: Lorenz behauptet, der Mensch habe ursprünglich ererbte Hemmungen gehabt, Artgenossen zu töten, diese seien jedoch unnütz geworden, als der Mensch Schlag- und sonstige Tötungsinstrumente entwickelt habe. Lorenz führt uns folgendes Schwarz-in-schwarz-Gemälde vor Augen: „Man kann sich lebhaft vorstellen, was geschehen würde, wenn ein nie dagewesenes Naturspiel jählings einer Taube den Schnabel eines Kolkrahen verleihen würde. Der Lage dieser Mißgeburt scheint die des Menschen genau zu entsprechen, der eben den Gebrauch eines scharfen Steines als Schlagwaffe erfunden hat. Man schaudert bei dem Gedanken an ein Wesen von der Erregbarkeit und dem Jähzorn eines Schimpansen, das einen Faustkeil in der Hand schwingt. ... Der uns mit dem Schimpansen gemeinsame Ahne ... hatte dieselben Tötungshemmungen wie diese Tiere. (Wildgans, Dohle, Pavian, Wolf) ... In der Vorgeschichte der Menschen waren keine besonders hochentwickelten Hemmungsmechanismen zur Verhinderung plötzlichen Totschlags nötig, da ein solcher sowieso nicht möglich war. ... Als dann die Erfindung künstlicher Waffen mit einem Schlag neue Tötungsmöglichkeiten eröffnete, wurde das vorher vorhandene Gleichgewicht zwischen den verhältnismäßig schwachen Aggressionshemmungen und der Fähigkeit zum Töten von Artgenossen gründlich gestört.“¹⁶

Dieser Komplex von Aussagen ist unlogisch, sachlich zum Teil nicht zutreffend und somit allenfalls ärgerlich, unter keinen Umständen jedoch wissenschaftlich haltbar: Schimpansen sind nach Berichten von langjährigen Beobachtern¹⁷ außerordentlich friedliche

15 Beatty: Widerspruch gegen Lorenz, die Ute betreffend, in: A. Montagu (Hrsg.): Mensch und Aggression. Weinheim—Basel 1974, S. 143 ff.

16 Lorenz, a.a.O., S. 321 ff.

17 J. Godall: Chimpanzees of the Gombe Stream Reserve, in: I. DeVore (ed.): Primate Behavior. New York 1965, S. 466; K. R. L. Hall: Aggression in Monkey and Ape Society, in: Ph. Jay: Primates. New York 1968, S. 159; J. v. Lawick-Goodall: Expressive Movements and Communications in Chimpanzees, in: Jay, a.a.O.; V. u. F. Reynolds; Chimpanzees of the Bundo Forest, in: DeVore, a.a.O., S. 416.

Tiere. Sie besitzen die Fähigkeit, mit Hilfe von Prügeln Tiere zu erschlagen, könnten also wohl Artgenossen mit Werkzeugen umbringen, tun es aber nicht. Weshalb also sollte man schaudern? Mindestens 1,6 Mill. Jahre lang besitzen die Menschen Werkzeuge¹⁸, sie waren mindestens 1 Mill. Jahre lang, bis vor ca. 10 000 Jahren, Jäger und Sammler, wie noch heute einige sogenannte primitive Stämme¹⁹. Alle heute noch lebenden Jäger- und Sammler-Stämme sind ausgesprochen friedfertig, zur Feststellung aggressiven Verhaltens muß man bei ihnen das Repertoire von registrierten Verhaltensweisen auf Spucken, Kratzen, Schimpfen, Anschreien etc. ausdehnen, um überhaupt nennenswerte Anzahlen zu erhalten. Sicherlich haben die Jäger und Sammler vor 1 Mill. Jahren nicht genau dasselbe Leben geführt wie die heute lebenden, doch dürfte die Lebensform der letzteren die beste Rekonstruktion erlauben, die überhaupt möglich ist²⁰. Danach müssen wir annehmen, daß durch mehr als 1 Mill. Jahre die Menschheit nicht wesentlich aggressiver lebte als die Jäger und Sammler von heute, daß demnach die Instinktausstattung des Menschen von dieser relativ längsten Phase seiner Evolution zum größten Teil für ein friedliches Leben eingerichtet wurde. Es ist nun überhaupt nicht einzusehen, weshalb einmal — im Falle der Ute-Indianer — 300 Jahre ausreichen sollten, um einen hypertrophierten Aggressionstrieb hervorzubringen, und ein anderes Mal 1 Mill. Jahre nicht genügen, um die Tötungshemmungen den Tötungsmöglichkeiten, die durch diese Zeit im wesentlichen dieselben blieben, anzugleichen.

II. Die Unzulässigkeit der Übertragungen

Beim Vergleich von Strukturen oder Leistungen im Bereich der Biologie ist es unerlässlich, zwischen *Konvergenzen* und *Homologien* zu unterscheiden. Strukturen oder Leistungen von Tieren sind *homolog*, wenn sie sich von entsprechenden Strukturen oder Leistungen gemeinsamer Vorfahren herleiten. Ähnlichkeit homologer Strukturen geht also auf stammesgeschichtliche Verwandtschaft ihrer Träger zurück. *Konvergente* Strukturen oder Leistungen sind unter gleichen, im Laufe der Evolution denselben Erfolg bewirkenden Umweltbedingungen entstanden. Sie erfüllen analoge Funktion, müssen aber keineswegs auf gemeinsame Vorfahren zurückgehen.

Lorenz betont²¹, die „bis in lächerliche Einzelheiten“ gehende Ähnlichkeit des Verhaltens der Graugänse mit dem der Menschen sei rein konvergent, andererseits suggeriert er an etlichen Stellen *Homologien*²², damit vortäuschend, die aggressiven Verhaltensweisen z. B.

18 G. H. R. v. Koenigswald: Die Geschichte des Menschen. Berlin/West 1968.

19 Schmidtbauer: Ethnologische Aspekte der Aggression, in: Plack (Hrsg.), Der Mythos vom Aggressionstrieb, a.a.O., S. 249 ff.

20 Schmidtbauer, a.a.O., S. 258.

21 Lorenz, a.a.O., S. 291.

22 Ebd., S. 41, 143.

der Hähne hätten linear kausal etwas mit denen der Menschen zu tun.

Wissenschaftliche Erkenntnisse können in der Biologie nur an beschränkten Anzahlen von Individuen gewonnen werden, aus verständlichen Gründen niemals an sämtlichen Individuen einer Art und äußerst selten nur an allen einer Population. Selbstredend ist daher ein Biologe gehalten, nachzuweisen, daß seine Befunde nicht nur für die relativ wenigen Tiere gelten, die er untersucht hat. Lorenz tut das im „sogenannten Bösen“ nie. Seine Argumentation verläuft in den meisten Fällen nach dem Muster: Mein Hund Stasi . . . ; als die Graugans Martina . . . ; ich sah einmal einen Buntbarsch . . . etc. Mit derlei Episoden ist keineswegs gewährleistet, das Verhalten einzelner Tiere, die in einer Gruppe zusammenleben, voraussagen zu können, das heißt, das artspezifische Verhalten auch nur für bestimmte Situationen umfassend beschrieben zu haben. Mithin können viele von Lorenz' Beispielen nicht mehr sein als bestenfalls Fingerzeige, wo man genauer analysieren müßte. Ähnlich skrupellos wie von einzelnen Individuen auf Arten schließt Lorenz von einer Art auf andere Arten oder auf größere systematische Einheiten, so, wenn er pauschal von „aggressiven Buntbarschen“ spricht²³, obwohl es auch friedliche gibt (*Tilapia leucosticta*), oder wenn er „dem Affen“²⁴ Eigenschaften zuschreibt, die man höchstens an einer Auswahl aus den ca. 130 lebenden Affenarten gefunden hat.

Besonders zweifelhaft wird Lorenz' Methode, von einer Art auf andere zu übertragen, bei der Einbeziehung der Art *Homo sapiens* in die „Naturgeschichte“. Auch und gerade hier stellt Lorenz an kaum einer Stelle seines Buches klar, ob er in einem Vergleich mit Tieren konvergente oder homologe Ähnlichkeiten sieht, auch hier argumentiert er vorwiegend kasuistisch und überträgt vorbehaltlos von einzelnen Individuen — nicht selten sich selbst — auf „den Menschen“. Der wesentlichste Kritikpunkt an Lorenz' Darstellung menschlicher Aggression aber ist das gänzliche Fehlen spezifisch menschlicher Verhaltensparameter im „sogenannten Bösen“. Für Lorenz scheint die Geschichte der Menschen eine Fortsetzung der Naturgeschichte mit — beinahe — denselben Mitteln zu sein. Er verliert keinen Satz über den qualitativen Unterschied zwischen der Art *Homo sapiens* und anderen Arten. Das Spezifikum „menschliche Arbeit“ ist ihm offensichtlich nicht als solches geläufig, desgleichen die damit in Wechselbeziehung stehenden Besonderheiten menschlicher Gesellschaft, menschlicher Kommunikation und damit auch menschlichen Verhaltens.

Ein schwerwiegender Einwand auf einer anderen Ebene wendet sich gegen den Anspruch, eine „Naturgeschichte der Aggression“ geschrieben zu haben, den Lorenz im Untertitel seines Buches über „Das sogenannte Böse“ erhebt. Abgesehen davon, daß „Das sogenannte Böse“ keine einzige systematische Untersuchung einer naturgeschichtlich zusammenhängenden Tiergruppe enthält, sondern nur

23 Ebd., S. 289.

24 Ebd., S. 346.

Fallstudien an willkürlich aus dem gesamten Tierreich gepickten Gruppen, ist es sinnlos, die Naturgeschichte einer einzelnen Erscheinung des sozialen Verhaltens zu schreiben. Nicht weniger relevant dürfte eine „Naturgeschichte des Urinierens“ sein. Nicht Gliedmaßen oder Verhaltensweisen evolvieren, sondern Systeme von miteinander in Wechselwirkung stehenden Organismen.

Ebenso zweifelhaft ist es, ein Buch „zur Naturgeschichte der Aggression“ zu schreiben, denn es ist weder aus dem Tier- noch aus dem Menschenreich ein Fall von „Aggression an sich“ bekannt, immer kommen aggressive Verhaltensweisen in bestimmten *Funktionszusammenhängen* vor: Territorialität, Rivalität mit Sexualkonkurrenten, Nahrungserwerb, Spiel etc. In jedem dieser Funktionszusammenhänge kommen auch andere als aggressive Verhaltensweisen vor. Die meisten dieser Verhaltenskomplexe beziehen ihre Antriebe höchstwahrscheinlich aus getrennten Quellen. Daher mutet es seltsam an, wenn ausgerechnet den aggressiven Teilen aller Funktionszusammenhänge ein einheitlicher Trieb zugesprochen wird. Wir halten dies für falsch — in Übereinstimmung mit den weitaus meisten Ethologen, die heute von der Annahme eines solchen Supertriebes Abstand nehmen.

Dies bedeutet keineswegs, daß kein zeitgenössischer Verhaltensforscher mehr unangebrachte, spekulative Übertragungen von Tieren auf die Menschen vornähme. Es sei hier nur Hassenstein angeführt, der beispielsweise postuliert, der Mensch habe mit seinen tierischen Verwandten eine „aggressive soziale Exploration“ gemeinsam²⁵, die darin bestehe, daß ein Jungtier während des Heranwachens in einer Gruppe sich sowohl kontaktsuchend als auch aggressiv den Gruppenangehörigen zuwende und es zu „Auftritten und Kämpfen“ komme. Diese Kämpfe haben nach Hassenstein drei Eigenschaften: „Sie sind in der Regel unblutig und werden durch ostentatives Aufgeben des Unterlegenen beendet; dieses Kämpfen wirkt nicht ansteckend auf andere Gruppenmitglieder, d. h. es kommt zu keiner Ausbreitung der aggressiven Motivation durch die ganze Gruppe; und der Ausgang der Kämpfe führt nicht zum Ausschluß des Unterlegenen aus der Gruppe, sondern zu einem Lernergebnis: Der Unterlegene respektiert in der Folge für eine Zeitlang den Sieger und läßt ihm überall, wo sich ihre Intentionen kreuzen, den Vortritt“. Für den Autor dieser Sätze liegt darin, daß dem Menschen diese Form der Aggressivität im Laufe der Evolution angeblich nicht verlorengegangen ist, eine der natürlichen Wurzeln dafür, „daß kritiklos nachgiebige Erziehung einerseits, konzessionistische Schul- und Hochschulpolitik wie die der letzten Jahre andererseits nicht zur

25 B. Hassenstein: Menschliche Aggressivität, Heimerziehung und gesellschaftspolitische Wertmaßstäbe. Vortrag, gehalten am 12. 10. 1972 in München auf der 107. Versammlung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte, Ms; ähnliches findet sich in vielen der späteren Veröffentlichungen Hassensteins, z. B. in: Wesensverschiedene Formen menschlicher Aggressivität, in: Universitas, Bd. 28, Heft 3, S. 287—295.

Befriedung, sondern zur Steigerung der Aggressivität aller Beteiligten geführt hat.“ Hassenstein sehnt ausdrücklich die Lorenzsche Triebtheorie ab, seine Aussagen über menschliche Aggressivität sind nichtsdestoweniger ähnlich simplifizierend und politisch reaktionär²⁶.

Das Wesentliche unserer Kritik an Lorenz und ähnlichen Autoren, auch wenn diese sich anders gerieren mögen, sei im folgenden benannt: Sie lassen methodisch die unterschiedlichen Gesetzmäßigkeiten unterschiedlicher Systeme außer acht. Die unzulässigen Übertragungen von Tieren auf die Menschen sind demnach nur Spezialfälle, an denen dies offensichtlich wird. Dieser methodische Fehler ist Ausdruck des Interesses, die Systemgrenzen zwischen Natur und menschlicher Gesellschaft zu verwischen, um dadurch die gesellschaftlichen Herrschaftssysteme in der Natur wiederzufinden und als naturgegeben zu rechtfertigen.

26 Zur ausführlichen Kritik von Lorenz' politischen Konsequenzen vgl. den Beitrag von Schurig in diesem Heft.

Peter M. Kaiser

Monods Versuch einer Widerlegung materialistischer Dialektik auf dem Boden der Naturwissenschaft

I. Der Zwang zur Philosophie in den modernen Naturwissenschaften

Was bewegt heute einen Naturwissenschaftler, aus seiner unmittelbaren, hochspezialisierten Forschung philosophische Schlußfolgerungen zu ziehen? Ist dies zufällig oder gibt es eine objektive Gesetzmäßigkeit, die zu einem „Zwang zur Philosophie in den Naturwissenschaften“ führt?¹ Es gibt dazu Antworten von der Antike bis zur Gegenwart; heute stellt sich diese Frage auf dem Hintergrund der modernen Wissenschaften. Nachdem in diesem Jahrhundert zunächst die Quantenphysik und Relativitätstheorie einen starken Einfluß auf die Philosophie ausgeübt haben, kann man dies heute von der Biologie sagen, „... weil sie in hohem Grade zu einer Zusammenarbeit wesentlicher Gebiete der modernen Naturwissenschaften vorgeedrungen ist“². Die Zahl der Veröffentlichungen über philosophische Fragen der Biologie ist stark angewachsen, seit es Biochemikern in den 50er Jahren gelang, Strukturen und Regelmechanismen der molekularen Gebilde aufzudecken, die für die Übertragung der Erbinformationen verantwortlich sind. Damit bekam der Streit um die Vererbbarkeit oder Nichtvererbbarkeit bestimmter menschlicher Eigenschaften und damit zusammenhängend die allgemeinere Frage nach den Gesetzmäßigkeiten menschlicher Entwicklung von den Naturwissenschaften her neue Nahrung.

Ein besonders interessantes Beispiel für den Versuch, aus der Einzelwissenschaft Biologie philosophische Schlußfolgerungen zu ziehen, ist das Buch des Biochemikers Jacques Monod, der selbst großen Anteil an der Aufklärung der erwähnten Mechanismen hatte und deshalb 1965 zusammen mit François Jacob und André Lwoff den Nobelpreis für Medizin erhielt, „Zufall und Notwendigkeit, Philosophische Fragen der modernen Biologie“³. Besonders erwähnenswert ist

1 Vgl. Hermann Ley: Über die Schwierigkeiten des Einzelwissenschaftlers. Des Biologen Jaques Monod Kritik am historischen Materialismus und der Zwang zur Philosophie in den Naturwissenschaften, Frankfurt/M. 1973; siehe auch ders.: Jaques Monod und die Relevanz von Kategorien, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie (DZfPh), Jg. 20, Heft 6/1972, S. 681 ff.

2 Ley, Über die Schwierigkeiten des Einzelwissenschaftlers, a.a.O., S. 9.

3 Monod, Jacques: Zufall und Notwendigkeit. Philosophische Fragen der modernen Biologie. Piper Verlag, München 1971 (238 S., Ln., 26,— DM).

dieses Buch nicht zuletzt deshalb, weil es in Frankreich und der BRD ein Bestseller war⁴. Jacques Monod gibt im Vorwort zu seinem Buch folgende Antwort auf die eingangs gestellte Frage: es sei „... die Pflicht, die den Wissenschaftlern heute mehr denn je auferlegt ist, ihre Fachdisziplin im Gesamtzusammenhang der modernen Kultur zu sehen und diese nicht nur durch technisch bedeutende Erkenntnisse zu bereichern, sondern auch durch Gedanken, die sich aus ihrer Fachwissenschaft ergeben und die nach ihrer Ansicht für die Menschheit wichtig sein könnten“⁵. Monods Pflichtgefühl hat objektive Ursachen, die mit der historischen Entwicklung der Naturwissenschaften zusammenhängen.

Mit der ungeheuren Entfaltung der Naturwissenschaften seit dem vorigen Jahrhundert hat sich ein dialektischer Prozeß der Spezialisierung und Vereinheitlichung, der interdisziplinären Synthese der Wissenschaften vollzogen. Dies hängt mit dem immer tieferen Eindringen in den Gegenstand und der systematischen Anwendung der Naturwissenschaften zusammen, was zwar durch die zunehmende Kompliziertheit neue Zweig-Wissenschaften entstehen läßt, aber durch Überschneidungen auch größere Komplexe und Theorien vereinheitlicht⁶. Biochemie, Molekularbiologie und Biophysik z. B. sind solche Gebiete, entstanden aus dem Vordringen einerseits der Biologie in molekulare Einzelheiten, andererseits der Chemie und der Physik in makromolekulare und organismische Größenordnungen. Vergleicht man nun die Ergebnisse zweier oder mehrerer Wissenschaften miteinander, so kann dies nur innerhalb einer übergeordneten Theorie geschehen, da es sonst keine Vergleichskriterien gibt. Diese übergeordnete Theorie kann als *Philosophie* in dem Sinne bezeichnet werden, daß ihr Gegenstand die allgemeinsten Gesetze der Natur, des Denkens und des Handelns sind.

Eine weitere Ursache für die Entwicklung philosophischer Fragestellungen ist die Entwicklung der Wissenschaften zu unmittelbaren Produktivkräften. Damit löst sich die bürgerlich-ideologische Illusion vom Betreiben der Wissenschaft als Selbstzweck auf. Durch die technische Anwendung der Wissenschaften, z. B. für Kriegszwecke, stel-

4 Vgl. Lucien Sève: Über den Strukturalismus. Zu einem Aspekt des ideologischen Lebens in Frankreich, in: *Marxismus Digest* 1/72, S. 148. — Auf der Spiegel-Bestellerliste war Monod 1971/72 sechs Monate lang (höchster Platz: 6; *Der Spiegel* Nr. 44/1971 bis 15/1972). — Während der Arbeit am Manuskript erschien die deutsche Übersetzung einiger kritischer Beiträge zu Monod in Frankreich, die deshalb nur z. T. berücksichtigt werden konnten (G. Besse et al.: *Kritische Betrachtungen zu Jacques Monods „Zufall und Notwendigkeit“*. Frankfurt/M. 1973).

5 Monod, a.a.O., S. 5.

6 Vgl. z. B. N. P. Fedorenko: Über die Wechselwirkung von Natur- und Gesellschaftswissenschaften, in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, 3/1974, S. 298—305; Michael Otte: Notizen zum Problem der Interdisziplinarität, in: *Schriftenreihe des Instituts für Didaktik der Mathematik der Universität Bielefeld* 1/1974, S. 85—107; Jean Piaget: *Erkenntnistheorie der Wissenschaften vom Menschen*, hrsgg. von der Unesco, Frankfurt/M.-Berlin/West-Wien 1972, besonders S. 74—86.

len sich immer zwingender philosophisch-weltanschauliche Fragen wie folgende: „Für wen ist der wissenschaftlich-technische Fortschritt von Nutzen? Wer ist das Subjekt dieser Entwicklungsetappe menschlicher Naturaneignung und -beherrschung? Bedroht dieser Prozeß gar die menschliche Kultur ... oder sind die sozialen Folgen ebenso beherrschbar wie die neuen technologischen Prozesse selbst?“⁷

Das Problem des Erkennens objektiver Verhältnisse wird dann noch komplizierter, wenn der zu untersuchende Gegenstand die menschliche Gesellschaft selbst ist. Die menschliche Gesellschaft, in der der Mensch als Subjekt und Objekt der Natur einen ganz besonderen Platz unter den Lebewesen einnimmt, ist daher Gegenstand eines gesonderten Wissenschaftsbereichs, der Gesellschaftswissenschaften, auf deren erkenntnistheoretische Probleme hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann. Was wir zu betrachten haben, ist der Einfluß der Naturwissenschaften und der Übergang zu ihnen, denn dies ist das Problem, dessen sich Monod angenommen hat⁸.

II. Zufall und Notwendigkeit in der Biologie

Das im Buchtitel angesprochene Begriffspaar „Zufall und Notwendigkeit“ steht hier synonym für Entstehung des Lebens bzw. Einzelschritte der Evolution — ausgelöst durch Mutationen — einerseits und relative Konstanz der Arten andererseits (Konstanz der genetischen Information), von Monod als „reproduktive Invarianz“ bezeichnet⁹. Das Erkenntnisproblem ist beispielsweise, wie die noch heute lebende Schnecke *Pleurotomaria* entstanden ist, wenn sie seit 185 Millionen Jahren genau dieselbe geblieben ist. Monod beruft sich auf die Darwinsche Evolutionstheorie¹⁰, die kürzlich erstmalig durch einen mathematisch-statistischen Ansatz auch physikalisch-chemisch erklärbar wurde¹¹, sowie auf die bis jetzt bekannten molekular-

7 Günther Bohring, Reinhard Mocek: Vorbemerkung zu: Wissenschaft als Produktivkraft, hrsgg. von Š. V. Suchardin, Berlin/DDR 1974, S. 7. — Vgl. auch André Leisewitz: Die Auswirkungen der Verwissenschaftlichung der Produktion auf die Monopolbildung und auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik am Beispiel der chemischen Industrie, in: Das Argument 73, „Probleme der Produktivkraftentwicklung (I)“, 14. Jg. (1972), S. 444 bis 508.

8 An dieser Stelle soll bemerkt werden, daß es mir hier um eine Kritik der philosophischen Schlußfolgerungen Monods geht. Ganz außer Betracht bleiben seine mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Beiträge zur Molekularbiologie des genetischen Code.

9 Monod, a.a.O., S. 21.

10 Vgl. Charles Darwin: The origin of species by means of natural selection. London 1859; deutsch: Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl. Stuttgart 1963 (nach der 6. Aufl. 1872, London).

11 Manfred Eigen: Selforganization of Matter and the Evolution of Biological Macromolecules, in: Naturwissenschaften, Jg. 58/1971, S. 465 ff.; siehe auch Hans Kuhn: Selbstorganisation molekularer Systeme und die Evolution des genetischen Apparates, in: Angewandte Chemie, Jg. 84, Heft 18/1972, S. 838—862.

biologischen Vorgänge der Informationsübertragung des genetischen Materials, Mechanismen, die letztendlich die relative Konstanz der Arten, besonders des Menschen, ermöglichen¹².

Was sind die wesentlichen Aussagen der Evolutionstheorie? Nehmen wir an, „Leben“ sei schon entstanden, so findet man innerhalb einer Art eine große Variabilität in zahlreichen körperlichen Besonderheiten, die in komplexer Weise durch Erbfaktoren bestimmt sind. Ein weiteres Merkmal der biologischen Entwicklung ist die Überproduktion von Nachkommen, die aber durch ungünstige Umweltverhältnisse wieder auf ein Verhältnis von etwa 1:1 eingeschränkt wird, d. h. die Zahl der Individuen bleibt über größere Generationszeiträume etwa konstant. Die Umweltverhältnisse werden auf zwei Arten wirksam, nämlich durch Situationstod und durch Selektion. Mit Situationstod wird die Vernichtung von Lebewesen durch Katastrophen bezeichnet, wobei individuelle Differenzen keine Rolle spielen. Sie spielen eine Rolle allerdings in der Selektion. Bestimmte individuelle Eigenschaften, u. a. auch körperliche Tüchtigkeit wie schnelle Fortbewegung, führen in bestimmten Umweltsituationen zum Überleben dieser Individuen, deren Fortpflanzungsrate dadurch so groß wird, daß diese Population sich durchsetzt. Es ist dabei wichtig zu erkennen, daß es sich nicht um einen aktiven Prozeß der individuellen Anpassung handelt, wie es Lamarck im vorigen Jahrhundert behauptet hatte, sondern um eine *passive* Auslese bereits vorhandener Erbmerkmale. Mit dem erst um 1900 formulierten Begriff *Mutation*, der das Entstehen solcher Erbmerkmale bezeichnet, ergibt sich damit der Prozeß der Evolution: sprunghafte Änderungen des Erbgutes, deren Ursachen weitgehend unbekannt sind, lassen immer neue Variationen innerhalb der Arten entstehen, von denen nur die „Angepaßtesten“ eine genügend hohe Fortpflanzungsrate zum Überleben besitzen¹³.

Monods Problem ist nun folgendes: wenn Mutationen tatsächlich zufällig sind, wie die moderne Genetik behauptet¹⁴, andererseits die Arten sich gesetzmäßig (Selektion durch Umweltfaktoren etc.) entwickelt haben, wie ist dann das Problem Zufall und Notwendigkeit zu lösen? Beide Begriffe spielen offenbar eine Rolle für das Begreifen ein und desselben Prozesses, nämlich der gesetzmäßigen Ent-

12 Leider werden von Naturwissenschaftlern selbst diese Erkenntnisse auf dem Gebiet der Genetik zuweilen derart in Richtung auf eine potentielle Beeinflussung und Steuerung des Erbmaterials überinterpretiert, daß kaum noch betont werden muß, welches Unheil und welche Ängste solche abstrusen Meinungen und Meldungen hervorrufen, von der kapitalistischen Buchproduktion immer wieder neu auf den Büchermarkt geworfen und von der bürgerlichen „Kritik“ entsprechend empfohlen.

13 Der Mensch nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als der Prozeß der zahlenmäßigen Konstanz mit zunehmender Beherrschung der Natur außer Kraft gesetzt wurde.

14 Vgl. A. Remane, V. Storch, U. Welsch: Evolution. Tatsachen und Probleme der Abstammungslehre. München 1973, S. 145 ff.

wicklung der Pflanzen- und Tierarten, die vor Darwin geleugnet wurde. Das noch schwierigere Problem ist die Frage nach der Entstehung des Lebens überhaupt, das dann, denkt man an eine notwendige Entwicklung, *nicht* zufällig entstanden sein kann.

Die Kategorie „Zufall“ läßt sich in dem Sinne auf atomare und molekulare Prozesse anwenden, daß „zufällig“ „geringe Wahrscheinlichkeit“ bedeutet. Berechnet man aufgrund eines einfachen statistischen Ansatzes die Zeit, in der sich ein so hochkomplizierter und geregelter Mechanismus wie die menschliche Erbübertragung entwickeln haben könnte, so kommt man auf einen Zeitraum, der größer ist als die Lebensdauer der ganzen Erde. Dieses falsche Ergebnis sagt etwas aus über den Geltungsbereich der reinen Zufallstheorie, nicht, daß diese Theorie grundsätzlich falsch ist. D. h. sie gilt nur in einem bestimmten Bereich, nicht in bezug auf den Gesamtprozeß der Evolution. Berücksichtigt man nämlich, daß das häufig so bezeichnete „zufällige Ereignis“ der Entstehung des Lebens in Wirklichkeit kein Einzelereignis darstellt, sondern das Ergebnis einer exorbitanten Zahl — die Entwicklung eines Bakteriums hat immerhin 2 Milliarden Jahre gedauert! — konkreter, molekularer Einzelereignisse, dann kann man nicht mehr sagen, daß dieses so komplexe Ereignis „zufällig“ stattgefunden haben soll. Diese „Gesetzmäßigkeit des Zufalls“ wird allgemein mit dem Begriff „statistische Notwendigkeit“ bezeichnet, der etwa auch beim Würfelspielen seine Rolle spielt: es läßt sich sehr leicht angeben, daß nach einer genügenden Zahl von Würfeln auf jeden Fall das Ereignis vorkommt, sechsmal hintereinander eine sechs zu würfeln. Nur weiß man nicht, zu welchem exakten Zeitpunkt dies der Fall ist. Wichtig ist bei diesem Gesetz, daß es für Kollektive gilt und für diese objektive Gesetzmäßigkeiten beschreibt, auch wenn seine individuellen Teile scheinbar zufällig reagieren¹⁵.

Die neueren Evolutionstheorien erklären also die Entstehung des Lebens auf der Erde vor etwa 3,5 Milliarden Jahren als allenfalls *begrenzten* Zufall, als ein Ereignis, das unter damaligen atmosphärischen Bedingungen die Entstehung organischer, lebender Materie *zeitlich* zwar nicht exakt vorhersehbar erscheinen läßt, aber eben unter diesen Bedingungen mit statistisch voraussagbarer Notwendigkeit erfolgte¹⁶.

15 Dasselbe gilt in der Quantenphysik, wenn Atome als Kollektive von Elementarteilchen beschrieben werden.

16 Vgl. Eigen, a.a.O. Über die Bildung „organischer“ Moleküle in einer künstlichen Uratmosphäre sowie ihre weiteren Reaktionen ist inzwischen eine Fülle experimenteller Befunde vorhanden (vgl. Remane, a.a.O., S. 205 ff.; A. I. Oparin: Entstehung und Evolution des Stoffwechsels, in: Wissenschaft und Fortschritt, 14/1964, S. 489 ff.; R. M. Lemmon: Chemical Evolution, in: Chemical Reviews, Jg. 70/1970, S. 95 ff. u. a.). — Man unterscheidet eine erste Phase der Evolution als „Selbstorganisation der biologischen Makromoleküle“ mit der Fähigkeit zur Vermehrung (Kuhn, a.a.O., S. 842 f.). Sie begann vor etwa 4 Mrd. Jahren und dauerte vermutlich 500 Millionen Jahre. Danach beginnt die Phase der „biologischen Evolution“,

Die nach der Entstehung des Lebens einsetzende Entwicklung ist ohnehin alles andere als zufällig, denn mit jedem Schritt zur immer höheren und komplizierteren Entwicklung vergrößert sich die Wahrscheinlichkeit für bestimmte Einzelereignisse: die schon vorhandene Organisierung schränkt den Bereich der Möglichkeiten stark ein, weil jede neue Stufe auf der anderen aufbaut¹⁷.

III. Monods Philosophie des Zufalls

Interessant ist nun, wie Monod diesen Prozeß darstellt und welche Konsequenzen er daraus zieht. Zunächst stellt er die Rolle des Zufalls dar, wie sie sich anscheinend in den Mutationen manifestiert; molekularbiologisch tritt der Zufall z. B. auf in Form von Übersetzungsfehlern bei der Informationsübertragung in der Zelle¹⁸: „Wir sagen, diese Änderungen seien akzidentell, sie fänden zufällig statt.“¹⁹ Auf der anderen Seite sieht Monod die Notwendigkeit, mit der ein Prozeß wie der der Selektion abläuft: „Ihr Wirkungsfeld ist ein Bereich strenger Erfordernisse, aus dem jeder Zufall verbannt ist.“²⁰ An anderer Stelle spricht er vom „Plan des Organismus“²¹. Jedoch gelingt es Monod nicht²², die dialektische Einheit von Zufall und Notwendigkeit zu begreifen, er kapituliert vor diesem Problem: „Hier ist also, zumindest scheinbar, ein tiefer erkenntnistheoretischer Widerspruch.“²³ Monod versucht, diesen Widerspruch durch eine außerordentliche Hypostasierung des Zufalls zu lösen²⁴. Er folgert sehr einseitig, daß „... einzig und allein der Zufall jeglicher Neuerung, jeglicher Schöpfung in der belebten Natur zugrunde liegt. Der reine Zufall, nichts als der Zufall, die absolute, blinde Freiheit als Grundlage des wunderbaren Gebäudes der Evolution — diese zen-

in der aus den primitiven Einzellern allmählich die Organismen entstehen, die auch heute z. T. noch existieren. Organismen in dem schwierig zu definierenden Grenzbereich des Nichtleben-Leben-Übergangs sind z. B. Bakterien, Viren, bestimmte Pilze u. ä. Ein Biologe würde sie weder als Pflanze noch als Tier, aber auf keinen Fall als „tote“ Materie bezeichnen können.

17 Vgl. J. D. Bernal: *Der Ursprung des Lebens*. Lausanne 1972, S. 222.

18 Die Rate für das Auftreten von Erbfehlern beim Menschen liegt bei 1:10 000 bis 1:100 000.

19 Monod, a.a.O., S. 141.

20 Ebd., S. 149.

21 Ebd., S. 150.

22 Im Gegensatz zu Eigen: Vorrede zur deutschen Ausgabe, in: J. Monod, a.a.O., S. XIII f.

23 Monod, a.a.O., S. 30.

24 Vgl. auch die Kritik von Klaus Fuchs-Kittowski, S. M. Rapoport, H.-A. Rosenthal, Georg Wintgen: *Zur Dialektik von Notwendigkeit und Zufall in der Molekularbiologie*, in: *DZiPh*, Jg. 20, Heft 4/1972, S. 422; K. Fuchs-Kittowski, H.-A. Rosenthal: *Selbstorganisation und Evolution*, in: *Wissenschaft und Fortschritt* 7/1972, S. 308 ff. sowie den Verriß von Wolfgang Harich: *Alte Wahrheiten, neuer Bluff*, in: *Der Spiegel* Nr. 46/1971, S. 188—193.

trale Erkenntnis der modernen Biologie ist heute nicht mehr nur eine unter anderen möglichen oder wenigstens denkbaren Hypothesen; sie ist die einzig vorstellbare, da sie allein sich mit den Beobachtungen und Erfahrungstatsachen deckt.“²⁵

Diese Aussage ist eindeutig falsch, denn man kann die beiden Seiten der evolutionären Entwicklung, Mutation und Selektion, nicht voneinander trennen. Man muß sie vielmehr miteinander verbinden, um sie wissenschaftlich überhaupt erklären zu können. Auch ein zufälliges Ereignis stellt sich immer nur unter bestimmten Bedingungen ein, was die *blinde* Freiheit sofort wieder einschränkt. Außerdem ist Monods Wahrscheinlichkeitsbegriff nicht exakt. So meint Monod, der statistische Charakter einer Theorie habe die Wahrscheinlichkeit der *Existenz* der Objekte zur Folge, auf die sich die Theorie erstreckt. Die Wahrscheinlichkeit kann jedoch nur die Beziehungen der Objekte untereinander, ihre nicht exakt vorhersehbare Bewegungsrichtung usw. meinen. Aber nach Monod ist „... die Biosphäre keine prognostizierbare Klasse von Objekten oder Erscheinungen..., sondern selber ein besonderes Ereignis..., ... das seinem Wesen nach also unvorhersehbar ist“²⁶. Ob die Existenz von Materieformen vorhersehbar ist oder nicht, kümmert die Naturwissenschaft wenig²⁷. Übrigens hat sich Monod mit dieser Ansicht, jeglicher Neuerung in der Natur liege einzig und allein der Zufall zugrunde, unter seinen Kollegen sehr isoliert. Weder die Physiker Eigen und Heisenberg noch der Physikochemiker Kuhn, noch der Biologe und Verhaltensforscher Grassé stimmen mit Monod überein²⁸. So schreibt z. B. Grassé: „Den Zufall zum Gott zu machen und ihn für die Erklärung von Phänomenen zu bemühen, deren Determinanten komplex sind, heißt die Unfähigkeit zur Analyse eingestehen und vor einer schwierigen Aufgabe die Waffen strecken.“²⁹

Monods Stoßrichtung mit seiner Überbetonung des Zufalls gilt auf den ersten Blick dem mechanischen Determinismus, der allerdings in der modernen Naturwissenschaft gar keine ernsthafte Rolle mehr spielt. Monod meint in Wirklichkeit etwas anderes. Sein eigentliches Anliegen ist, den dialektischen Materialismus zu widerlegen, und in diesem Unterfangen liegt vor allem die Bedeutung seines Werkes. Wenn er bereits innerhalb der Naturwissenschaften dialektische Gesetzmäßigkeiten leugnet, so können für ihn solche erst recht nicht in

25 Monod, a.a.O., S. 141 f.

26 Ebd., S. 57.

27 „Jedes System bleibt so lange in seiner Evolutionsstufe gefangen, bis das entscheidende Ereignis, das es auf eine höhere Stufe hebt, eintritt. Da sich dieses Ereignis mit *Notwendigkeit* früher oder später einstellt, ist nicht der Schritt an sich, jedoch der Zeitpunkt seines Eintritts durch den Zufall bedingt.“ (Kuhn, a.a.O., S. 852, Hervorhebung P. M. K.)

28 Eigen, a.a.O.; Werner Heisenberg: Die Evolution ist kein Betriebsunfall, in: Edition Arche Nova, Zürich 1972, S. 7—26, bes. S. 22; Hans Kuhn, a.a.O.; Pierre P. Grassé: Das Ich und die Logik der Natur. Die Antwort der modernen Biologie, München 1973.

29 Grassé, a.a.O., S. 23.

der menschlichen Gesellschaft vorhanden sein. Naturwissenschaftliche Gesetze selbst lassen sich zwar nicht auf die menschliche Gesellschaft übertragen, aber innerhalb von Begriffen wie Materialität der Welt, Einheit der Welt, Dialektik von Zufall und Notwendigkeit, Einheit von Struktur und Bewegung, Individuum und Kollektiv etc. läßt sich doch auch die menschliche Gesellschaft erörtern.

IV. Monods Kritik der materialistischen Dialektik

Monod versucht, *alle* bisherigen Philosophien, die er in Alte Mythen, vitalistische und animistische Philosophien unterteilt, zu widerlegen: „Von Plato bis Whitehead, von Heraklit bis Hegel und Marx liegt es offen zutage, daß diese metaphysischen Erkenntnistheorien immer eng mit den moralischen und politischen Ideen ihrer Urheber verbunden waren. Diese ideologischen Gebilde, die als *apriorische* dargestellt wurden, waren in Wirklichkeit Konstruktionen *a posteriori*, die eine vorgefaßte ethisch-politische Theorie rechtfertigen und begründen sollten.“³⁰ Zu zeigen, daß die „Vitalisten“ mit ihrem Glauben an einen „elan vital“ als spiritualistische Eigenschaften der Materie heute nicht mehr relevant sind — Bergson, Driesch, Elsasser, Pohlanyi und Bohr erwähnt Monod³¹ — bedarf keines großen Aufwandes³². Den Animismus, eine Art primitiv-religiöse Auffassung der „Personifizierung, Beseelung, phantastische(r) Belebung von Erscheinungen der Natur und Gesellschaft“³³, definiert Monod so, „... daß er das Bewußtsein, welches der Mensch von der stark teleonomischen Wirkungsweise seines eigenen Zentralnervensystems hat, in die unbeseelte Natur projiziert“³⁴. Zu diesen

30 Monod, a.a.O., S. 127; als Kronzeugen seiner Ansicht über den Marxismus zitiert Monod K. R. Popper! (ebenda).

31 A.a.O., S. 38—42.

32 Vor allem durch ein entscheidendes Experiment, das Buchner 1897 durchführte, war zumindest der biologische Vitalismus eindeutig widerlegt. Die Vitalisten, hauptsächlich Pasteur und Schwann, nahmen im Gegensatz zu den Chemikern Liebig und Wöhler an, daß chemischen Molekülen, besonders Eiweißen, eine geheimnisvolle „vis vitalis“ als besonderer Stoff inkorporiert sei, bzw. daß die Substanzen Träger dieser Kraft seien; man verstand vor Buchner z. B. nicht den Vorgang der alkoholischen Gärung beim Bierbrauen etwa und nahm an, die Hefezellen seien kleine Lebewesen, Infusorien. Liebig karikierte diese Vorstellung in zahlreichen Artikeln, die er 1839/40 in seinen Annalen der Chemie anonym und in pseudowissenschaftlicher Manier veröffentlichte, wobei er die kleinen „Tierchen“ genauestens „beschrieb“. Durch einen Zufall entdeckte Buchner, daß auch ein *zellfreier* Extrakt die alkoholische Gärung durchführen konnte, und damit hatte er die Funktion der Enzyme, der biochemischen Katalysatoren, entdeckt, die beim Brauen die Umsetzung von Zucker in Alkohol ermöglichen. (E. Buchner, in: Berichte der deutschen chemischen Gesellschaft, Jg. 30/1897, S. 117 ff.).

33 Philosophisches Wörterbuch, hrsgg. von Georg Klaus und Manfred Buhr, Berlin 1969, S. 71.

34 Monod, a.a.O., S. 43.

Vorstellungen bzw. Philosophien zählt Monod die Alten Mythen, die Philosophie Teilhard de Chardins, den Positivismus Spencers und schließlich den „dialektischen Materialismus Marx und Engels“³⁵, der von den anderen „Projektionen“ sich nur deshalb abhebe, weil er die zentrale und wirksamste „wissenschaftsgläubige Ideologie“ des 19. Jahrhunderts sei³⁶.

In seiner Definition des Animismus unterstellt Monod dem Menschen ein Bewußtsein von der Wirkungsweise seines eigenen Zentralnervensystems. Damit bricht bereits seine gesamte Argumentation zusammen. Es ist gerade die Besonderheit des Zentralnervensystems, *vollständig unbewußt* zu funktionieren. Dem Menschen kann die Wirkungsweise seines Zentralnervensystems niemals bewußt werden, und sie unterliegt auch nicht seinem Willen. Das kann man in jedem medizinischen Lehrbuch nachlesen! (Selbstverständlich läßt sich das Zentralnervensystem objektiv untersuchen, aber das ist etwas anderes und nicht gemeint. Es wäre ja dann auch keine ausschließlich-subjektive Vorstellung mehr darüber konstruierbar.)

Monod unterscheidet in seiner Animismus-Definition implizit zwischen dem beseelten Menschen und der unbeseelten Natur. Damit erweist er sich selbst als Animist, da er offenbar glaubt, das Leben zeichne sich dadurch aus, daß es „beseelte“ Materie sei — eine ganz und gar mystische Vorstellung. Monods Erfahrungshorizont bewegt sich auf der Stufe der dualistischen Trennung von Gehirn und Geist, wie das im 17. Jahrhundert vorherrschende Auffassung war³⁷. Dem Marxismus unterstellt Monod eine Dialektik nur des Denkens³⁸, die Marx und Engels — mittels der berühmten Umstülpung des hegelianisch-idealistischen Systems — in die Natur hineinprojiziert hätten: „Diese subjektiven ‚Gesetze‘ (gemeint sind Hegels Gesetze der Dialektik, P. M. K.), aber so wie sie sind, zu nehmen und daraus die Gesetze einer rein materiellen Welt zu machen, das bedeutet, in aller Deutlichkeit und in allen Konsequenzen die animistische Projektion zu vollziehen, angefangen mit der Aufgabe des Objektivitätspostulates.“³⁹ Monod ist offenbar der Auffassung, die marxistische Gesellschaftstheorie gehe von der Analyse des Individuums aus und leite „Gesetze“ ab für „... das bewußte, absichtsvolle und *subjektive* Handeln der Menschen“⁴⁰. Gegen diese „subjektiven Gesetze“ richtet sich seine Kritik nicht, nur gegen ihre „Projektion in die Natur“.

35 Ebd., S. 43—50.

36 Ebd., S. 43 f.

37 Vgl. auch H. Ley: Über die Schwierigkeiten des Einzelwissenschaftlers, a.a.O., S. 100; Monod artikuliert es sogar selbst an einer Stelle (a.a.O., S. 193).

38 A.a.O., S. 47 f.; siehe auch S. Wollgast, K. Gutmann, H. Hegewald: Bemerkungen zu einer „neuesten Widerlegung“ des Marxismus-Leninismus. Jaques Monod und die Philosophie, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden, Jg. 22/1973, S. 8.

39 Monod, a.a.O., S. 42; auf das Objektivitätspostulat gehe ich später ein.

40 Monod, a.a.O., S. 43 (Hervorhebung P. M. K.).

Vollkommen unzureichend und willkürlich interpretierend, rekonstruiert Monod sodann in einer Art „8-Punkte-Programm“⁴¹ den dialektischen Materialismus „... nach den zahlreichen Anwendungsbeispielen, die insbesondere Engels (im ‚Anti-Dühring‘ und in der ‚Dialektik der Natur‘) gibt“⁴²; Ausführungen zum Verhältnis von Zufall und Notwendigkeit fehlen, obwohl Engels einiges dazu gesagt hat⁴³. Er unterschlägt vor allem folgenden Satz von Engels: „Darüber sind wir alle einig, daß auf jedem wissenschaftlichen Gebiet in Natur wie Geschichte von den gegebenen Tatsachen auszugehen ist, in der Naturwissenschaft also von den verschiedenen sachlichen und Bewegungsformen der Materie.“⁴⁴ Monod ist anscheinend nicht dazu bereit; statt dessen tut er die Theorien der ‚materialistischen Dialektiker‘ als „theoretisches‘ Geschwätz“ ab⁴⁵. In einem Gespräch mit der ‚Welt‘⁴⁶ behauptet Monod sogar, den Marxismus entlarvt zu haben. Allerdings ist er sich selbst gar nicht so sicher, ob er das ‚wahre Denken von Marx und Engels‘⁴⁷ richtig dargestellt hat. Einem möglichen Einwand von daher begegnet er mit der lapidaren Feststellung: „Das ist jedoch von untergeordneter Bedeutung. Der Einfluß einer Ideologie ist abhängig von der Bedeutung, die sie im Geiste ihrer Anhänger hat und die die Epigonen ihr geben.“⁴⁸ Seine Darstellung habe ‚mindestens als ‚Vulgata‘ des dialektischen Materialismus ihre Bedeutung“⁴⁹. Was will Monod eigentlich widerlegen? Den Marxismus oder einen Vulgärmarxismus? Sollte Monod mit seinem Traktat tatsächlich den Vulgärmarxisten den Kampf angesagt haben, so wäre dies von Marxisten begrüßenswert. In Wirklichkeit jedoch bekämpft er den Marxismus, indem er sich einen absurden Vulgärmarxismus zurechtbastelt, der dann einer vernichtenden Kritik anheim fallen kann.

Es ist nun insofern auf Monods Thesen noch einzugehen, als er weitere naturwissenschaftliche Ergebnisse zu seiner Marxismus-„Widerlegung“ heranzieht. Es handelt sich hierbei um Verfälschungen von Aussagen der Marxismus-Klassiker über Naturwissenschaftler und bestimmte naturwissenschaftliche Theorien.

Monod zufolge sei Engels „... dahin gekommen, im Namen der Dialektik zwei der größten Entdeckungen seiner Zeit abzulehnen: den zweiten Hauptsatz der Thermodynamik und — trotz seiner Be-

41 Wollgast, a.a.O., S. 9.

42 Monod, a.a.O., S. 47 f.

43 Friedrich Engels: Dialektik der Natur, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 20, Berlin/DDR 1973, z. B. S. 326, 479, 486 ff., 491.

44 Ebd., S. 334.

45 Monod, a.a.O., S. 53.

46 Vom 3. 2. 1972; Wollgast et al. (a.a.O., S. 9) bemerken hierzu: „Aber damit etwas zu ‚entlarven‘, was man nicht kennt, ist für einen Wissenschaftler so ziemlich der schlimmste Vorwurf, der ihm gemacht werden kann. Monod verdient diesen Vorwurf.“

47 Monod, a.a.O., S. 48.

48 Ebd.

49 Ebd.

wunderung für Darwin — die rein selektive Erklärung der Evolution“⁵⁰.

Der zweite Hauptsatz der Thermodynamik drückt die Erkenntnis aus, daß eine periodisch arbeitende Maschine keine Arbeit auf Kosten von Wärme (Energie) gewinnen kann, ohne daß ein irreversibler Prozeß damit verknüpft ist, z. B. daß gleichzeitig Wärme auf einen kälteren Körper übergeht. Als ein sehr einfaches Beispiel sei auf die Erfahrung hingewiesen, daß beim Öffnen einer Tür zwischen einem kalten und einem warmen Zimmer die Wärme von selbst nur vom warmen auf das kalte Zimmer übergehen kann, bis ein Ausgleich eingetreten ist. Das vorher kältere Zimmer ist nun etwas wärmer geworden, trotzdem kann diese Wärme z. B. für eine Maschine jetzt nicht mehr genutzt werden, ohne daß gleichzeitig von einem dritten, wärmeren Körper wiederum Wärme abgegeben wird usf. Nach Clausius (1850), den Engels in diesem Zusammenhang häufig zitiert, lautet der zweite Hauptsatz tatsächlich so, daß Wärme *spontan*⁵¹ nur von einem wärmeren auf einen kälteren Körper übergehen kann⁵².

Es stimmt, daß Engels Clausius kritisiert hat, aber in einem anderen Punkt, nämlich des Schlusses — später von Planck und Gibbs — von Messungen an experimentell zugänglichen Systemen auf das unendliche oder besser unbegrenzte Weltall. Das Problem, das bis heute strittig ist, stellt sich so dar: In einem abgeschlossenen System, wie man es annähernd ideal aufbauen kann, läuft ein spontaner Wärmeaustausch so lange ab, bis ein Gleichgewichtszustand erreicht ist. Die Fähigkeit zur weiteren spontanen Änderung ist damit erschöpft, es muß erst wieder Energie zugeführt werden, wie in dem Beispiel mit den beiden Zimmern⁵³. Sehr wichtig ist hierbei, daß es sich um ein abgeschlossenes System handelt. Nun ist das Weltall, zumindest für unsere Maßstäbe, kein abgeschlossenes System und auch für physikalische Wärmeversuche nicht zugänglich. Trotzdem behaupteten die genannten Naturwissenschaftler, durch ständig ablaufende Energieaustauschprozesse, die ja nach dem zweiten Hauptsatz in Richtung auf einen kälteren Körper verlaufen müßten, würden im-

50 Ebd., S. 53; ebenso auch S. 55.

51 „Spontan“ heißt in der naturwissenschaftlichen Terminologie: ohne zugeführte oder aufzuwendende Arbeit.

52 An der Gerichtetheit dieses Vorgangs zeigt sich sehr gut die Historizität der Naturvorgänge: jede Herstellung eines ursprünglichen Zustandes würde eine Veränderung anderweitig in der Natur erzwingen, da hierzu Energie notwendig ist. Es ergibt sich daher, daß ein Zustand der Welt, der der Vergangenheit angehört, sich grundsätzlich nie wieder einstellen kann (vgl. Wilhelm H. Westphal: Physik. Ein Lehrbuch. Berlin/Göttingen/Heidelberg 1959, S. 265).

53 Man kann sich den gleichen Vorgang auch in einem System vorstellen, in dem es nicht um Wärmeenergie, sondern Bewegungsenergie geht: läßt man einen Stein vom Tisch fallen, so fällt er bis auf den Boden und bleibt liegen, d. h. er befindet sich in einem Gleichgewichtszustand, der diesem System entspricht (Höhe des Tisches etc.). Ohne Energie aufzuwenden, wird der Stein niemals wieder auf den Tisch „hochfliegen“.

merzu kleine Mengen von Energie ins Weltall abgegeben, bis sich schließlich — allerdings nach sehr langer Zeit — ein Gleichgewichtszustand einstellt, bei dem vollkommener Temperatúrausgleich eingetreten ist und die gesamte Energie des Weltalls in Wärmeenergie umgewandelt sein soll. Diesen hypothetischen Zustand bezeichnete Planck als „Wärmemethode des Weltalls“⁵⁴. Gegen diese spekulative Konsequenz ist Engels angegangen, nicht gegen den zweiten Hauptsatz der Thermodynamik. Hier ist nicht weiter darauf einzugehen. Der Exkurs sollte zeigen, wie Monod argumentiert und Engels Polemiken unterstellt, die dieser gar nicht geführt hat.

Es ist auch falsch, daß Engels die Selektionstheorie Darwins abgelehnt hat. Es gibt keinen Anhaltspunkt hierfür. Alle kritischen Bemerkungen von Engels beziehen sich auf die von Spencer beeinflussten, ins Soziale rückübertragenen, falschen Konsequenzen der Selektionstheorie⁵⁵, also den Sozialdarwinismus. Damit einen „erkenntnistheoretischen Zusammenbruch des dialektischen Materialismus“ beweisen zu wollen, wie es bei Monod heißt⁵⁶, muß hoffnungslos scheitern. Es zeigt viel eher den Zusammenbruch der Monodschen Beweisführung.

V. Monods antidialektische Gesetzeskonstruktion

„Grundpfeiler der wissenschaftlichen Methode ist das Postulat der Objektivität der Natur.“⁵⁷ Dieser einfache Satz ist bemerkenswert, denn Monod postuliert als Voraussetzung der Wissenschaften die Objektivität der Natur; allerdings postuliert er sie eben nur, sie ist für ihn nicht unbedingt wirklich. Trotzdem heißt dies, daß Monod damit den Materialismus als theoretische Voraussetzung anerkennt. Er will aber gleichzeitig zeigen, daß die objektive Natur undialektisch strukturiert und zu beschreiben ist. Monods Versuch, eine naturwissenschaftlich begründete Beweiskette gegen dialektische Gesetze aufzubauen, beginnt folgendermaßen: „Die Hauptstrategie der Wissenschaft bei der Untersuchung der Erscheinungen läuft auf die Entdeckung der Invarianten hinaus... Die grundlegenden Sätze der Naturwissenschaft sind universelle Erhaltungspostulate. An jedem beliebigen Beispiel ist leicht einzusehen, daß es in der Tat unmöglich ist, irgendeine Erscheinung anders zu analysieren als in Begriffen der in ihr bewahrten Invarianten.“⁵⁸ Und: „In der unendlichen Vielfalt der Erscheinungen kann die Wissenschaft nur die Invarianten suchen.“⁵⁹ Der Gedankengang geht dann über die anatomischen

54 Vgl. Brdicka: Grundlagen der physikalischen Chemie. Berlin/DDR 1971, S. 378.

55 Engels, a.a.O., S. 563 ff.

56 Monod, a.a.O., S. 51.

57 Ebd., S. 30. — Zum Objektivitäts-Problem vgl. in diesem Heft auch den Beitrag zu Poppers „Materialismusähnlichkeit“ und die Ausführungen zu Lorenz' „hypothetischem Realismus“ (S. 817 f.).

58 Ebd., S. 128.

59 Ebd., S. 129.

Invarianten, die chemischen Invarianten⁶⁰ zur Erbsubstanz (DNS) als grundlegender biologischer Invariante. Monod erwähnt dabei die Irreversibilität der Weitergabe der Erbinformation bei der Eiweißsynthese und schließt dann: „Das ganze System ist folglich total konservativ, *streng in sich abgeschlossen* und absolut unfähig, irgendeine Belehrung aus der Außenwelt anzunehmen... Durch seine Eigenschaften wie durch seine Funktionsweise... widersetzt sich dieses System jeder ‚dialektischen‘ Beschreibung. Es ist von Grund auf kartesianisch und nicht hegelianisch: Die Zelle ist sehr wohl eine *Maschine*.“⁶¹

Monod hat eins vergessen: Sowohl eine Maschine als auch die Eiweißsynthese und der gesamte Organismus sowie die Biosphäre sind *nicht* in sich abgeschlossene Systeme, denn sie brauchen eine ständige Energiezufuhr, um sich zu erhalten, also gewissermaßen invariant zu sein. D. h. lebende Systeme können sich nur erhalten auf Kosten eines ständigen Stoffaustausches.

Sehen wir uns die Kategorie Invarianz näher an, die er als Spitze gegen die Dialektik verwendet. Monod selber sagt, das klarste Beispiel für die in einer Naturerscheinung bewahrte Invarianz seien die Gesetze der Bewegungslehre, wobei die adäquate Mathematik, die Differentialrechnung, das Mittel sei, „die Veränderung durch das unverändert Bleibende zu bestimmen“⁶². Dialektischer kann man es nicht ausdrücken. Monod kann nicht davon absehen, daß Invarianz oder Erhaltung nicht von Veränderung und Austausch getrennt werden können. Dazu ein Beispiel⁶³. Das bekannteste Erhaltungsgesetz ist der Energieerhaltungssatz. Man kann etwa die Energie des Wasserfalls dazu nützen, sie in elektrische Energie umzuwandeln. Während des Vorganges tritt eine Umwandlung einer *Energieform* in eine andere auf, die mechanische Energie des Wassers ist aber äquivalent der elektrischen Energie, die man gewinnt (bis auf nicht zu vermeidende Verluste). Da also die Energie erhalten geblieben ist, ihre Erscheinungsform jedoch sich verändert hat, kann für diesen Vorgang nicht *absolute* Invarianz gelten. Monod gelingt nur deshalb scheinbar ein Angriff auf die Dialektik der Natur, weil er Kategorien wie Invarianz u. a. nicht genau definiert bzw. die ihnen zugrundeliegenden *konkreten* Prozesse nicht präzise darstellt oder sogar in falschem Zusammenhang erwähnt⁶⁴. Er geht sogar soweit, über die Quantenmechanik zu behaupten: „Eines ihrer grundlegenden Postulate ist die *absolute* Identität zweier Atome,

60 Bei allen Lebewesen findet man eine begrenzte Anzahl der gleichen molekularen Bausteine.

61 Monod, a.a.O., S. 139 (Hervorhebung bis auf „Maschine“, P. M. K.).

62 Ebd., S. 128.

63 Vgl. zum Folgenden auch Pierre Jaeglé: Entropie-Information-Invarianz, in: Besse, a.a.O., S. 69 ff.

64 Siehe auch Jaeglé, S. 70: „... es gibt keinen Fall, bei dem die Invarianz sich außerhalb einer Verwandlungsoperation auswirken könnte...“

die sich im gleichen quantischen Zustand befinden.“⁶⁵ In dieser Formulierung ist der Satz unsinnig. Es gibt kein Identitätsprinzip zweier konkreter Körper, in der Quantenmechanik schon gar nicht; dort ist allenfalls von Gleichartigkeit die Rede, was sich auf die Quantenzustände selbst bezieht; also gewisse *Eigenschaften* der betrachteten Körper⁶⁶ wie räumliche Ausdehnung, Bewegung, Struktur usw. von Atomen oder anderen Körpern sind gleich oder weisen Symmetrie auf. Sieht man von ihren materiellen Substraten ab, wie es augenscheinlich Monod tut, so kann man z. B. die Eigenschaften zweier Körper als vollkommen gleich oder absolut symmetrisch ansehen. Das ist aber eine Denkspekulation auf formaler Ebene, und nicht von ungefähr sieht Monod hierin „ein platonisches Element ... in den Naturwissenschaften“⁶⁷.

Läßt man das konkrete Objekt nicht außer acht, so entdeckt man z. B. in der Elementarteilchenphysik in bestimmten materiellen Prozessen genauso auch Asymmetrie, Durchbrechung der Erhaltungssätze usw., wofür ebenfalls Gesetze gelten müssen. Diese scheinbare Gegensätzlichkeit, die eine Eigenschaft der Materie schlechthin ist, kann nur in einer dialektischen Theorie wieder aufgehoben werden⁶⁸.

Genau diese Notwendigkeit hat ja bekanntlich mit der Entwicklung der Quantenphysik und Relativitätstheorie zum Zusammenbruch des mechanistischen Weltbildes geführt, aber eben nur des Weltbildes. Die mechanische Physik ist dadurch nicht ungültig geworden, sondern sie ist in der Quantenphysik aufgehoben, denn sie kann mathematisch als Grenzfall innerhalb der Quantenphysik betrachtet werden.

Monods Auffassung, die den Begriff für die Wirklichkeit nimmt, wurde von Engels und Lenin als metaphysischer Materialismus bezeichnet, eine Spielart des philosophischen Idealismus.

Es kommt hier allerdings weniger darauf an, Monod als philosophischen Idealisten zu „entlarven“, als hervorzuheben, wie ein Naturwissenschaftler aus ideologischen Gründen hinter die Entwicklung seiner eigenen Wissenschaft zurückfällt: Der Standpunkt des dialektischen Materialismus und der Geschichtlichkeit aller Naturvorgänge hat sich, wenn auch nicht immer mit Begriffen der marxistischen Klassiker und ohne ausformulierte Philosophie, längst in den Naturwissenschaften durchgesetzt. Dies kann hier nicht ausführlich begründet werden. Einige Hinweise mögen genügen. Alle Naturwissenschaften gehen heute ganz selbstverständlich davon aus, daß die konkrete Natur unabhängig vom individuellen Bewußtsein existiert: „Mit Realität bzw. realer Welt meinen wir ... das unabhängig und außerhalb vom Bewußtsein Existierende und Wirkende.“⁶⁹ In Phy-

65 Monod, a.a.O., S. 129.

66 Hörz gebraucht den Begriff „bestimmte Beziehungen in Objekten“ (Herbert Hörz: *Materiestruktur*. Berlin/DDR 1971.)

67 Monod, a.a.O., S. 129.

68 Vgl. dazu auch Hörz, a.a.O.

69 R. W. Kaplan: *Der Ursprung des Lebens*. Stuttgart 1972, S. 17.

sik und Chemie markiert der Übergang von der klassischen zur Quantenmechanik und damit von der strengen zur statistischen Kausalität den Zusammenbruch des mechanistischen Weltbildes; in der Biologie/Biochemie wird die Dialektik der Lebensprozesse in der Evolution und der Genetik deutlich; in der Psychologie und Anthropologie wird, wie z. B. beim Problem der Aggression zu sehen ist, der individuell-psychoanalytische Ansatz abgelöst von der dialektischen Beziehung Individuum — Gesellschaft usw.

VI. Politische Konsequenzen von Monods „Ethik der Erkenntnis“

Monod nimmt in seinem letzten Kapitel wieder den Begriff der Evolution auf. Wie alle Kategorien wird auch diese bei ihm äußerst unscharf verwendet und definiert. Nicht nur eine Evolution der Arten gebe es, sondern auch eine „Evolution der Kultur“. ⁷⁰ Der Mensch sei der Erbe einer doppelten Evolution: „der natürlichen und der ‚ideellen‘ Evolution“ ⁷¹. Es wird also eine rein geistige Entwicklung des Menschen unterstellt („beseelte Natur“), die sich immer mehr ablöst von der rein physischen, ein Vorgang, der dann in den modernen Gesellschaften bei völliger Loslösung die „Selektionsmechanismen“ außer Kraft setze. Weiter wird unterstellt, daß die Selektion beim Menschen — insbesondere der „kulturelle Selektionsdruck“ — zunächst dazu führe, daß die „Tüchtigsten“ überlebten: „In welche Richtung mußte dieser Selektionsdruck die menschliche Entwicklung drängen? Selbstverständlich hat er die Ausdehnung jener Rassen fördern können, die mit Intelligenz, Phantasie, Zähigkeit und Ehrgeiz am besten ausgestattet waren.“ ⁷² Die Form dieser Auslese sei der intraspezifische Kampf, „... der Stammes- und Rassenkrieg“ ⁷³. Hier haben wir es mit reinstem Sozialdarwinismus zu tun, denn solche Eigenschaften, wie sie von Monod aufgezählt werden, sind nicht vererbbar ⁷⁴, unterliegen also auch keinem Evolutionsdruck. Außerdem steht es fest, daß Außeneinflüsse (Modifikationen) in der Evolution sich nicht in den Erbanlagen manifestieren können ⁷⁵. Infolgedessen muß Monod, will er bei seiner Behauptung bleiben, auf genetische Invarianten zurückgreifen, d. h. er muß annehmen, daß

⁷⁰ Monod, a.a.O., S. 197.

⁷¹ Ebd.; Monods Kollege F. Jacob ist anderer Meinung: „Man wird den kulturellen und sozialen Revolutionen mit dem Schema einer Selektion von Ideen nicht gerecht.“ (F. Jacob: Die Logik des Lebenden. Frankfurt/M. 1972, S. 341).

⁷² Monod, a.a.O., S. 199.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Vgl. C. Bresch: Klassische und molekulare Genetik. Berlin/West-Heidelberg-New York 1965, S. 310 f.; C. G. Liungmann: Der Intelligenzkult. Eine Kritik des Intelligenzbegriffs und der IQ-Messung. Reinbek 1973, S. 146 ff.; Max Steenbeck, Werner Scheler: Essay über den Einfluß von genetischem und gesellschaftlichem Erbe auf das Verhältnis Mensch-Gesellschaft, in: DZfPh 7/1973, S. 781—798.

⁷⁵ Vgl. Remane, a.a.O., S. 136.

alle Eigenschaften eines Menschen, alle Verhaltensregeln, alles Handeln im Erbgut festgelegt sei, außerdem in qualitativ unterschiedlichem Maße. Daß Monod sich schließlich als Rassist erweist⁷⁶, dürfte nicht mehr verwundern. Auf einer Londoner Konferenz der British Society for Social Responsibility in Science im Jahre 1970 bemerkte er in einem Vortrag: „Angenommen, Sie wären Sozialanthropologe mit Erfahrungen auf den Gebieten der Experimentalpsychologie und der Genetik, könnte diese (sehr seltene) Kombination von Fähigkeiten Sie in Versuchung führen, beispielsweise die Genetik der Intelligenz zu untersuchen? ... Was ist, wenn Sie sich nicht beirren lassen, und tatsächlich herausfinden, daß gewisse ethnische Gruppen Ihres eigenen Vaterlandes nach bestimmten Maßstäben tatsächlich minderwertig sind?“^{77,78}

Auf den ersten Blick überraschend ist die Tatsache, daß Monod ganz richtig bemerkt, daß der Kampf als Selektionsfaktor bei den Tieren keine Rolle spielt und dann sagt: „Das gilt jedoch nicht für den Menschen.“⁷⁹ Dadurch entsteht bei Monod plötzlich auch *biologisch* ein Diskontinuum zwischen Mensch und Tier. Tatsächlich ist jedoch der Kampf überhaupt kein Selektionsfaktor, auch nicht beim Menschen, denn er ist ein soziales Phänomen, *nachdem* die Art *homo sapiens* entstanden war, und hat sich bis jetzt auch noch nie gegen die gesamte Menschheit gerichtet. (Daß dies Atombomben leisten könnten, ist eine andere Frage.) Monod sucht ganz bewußt nicht den Vergleich mit dem Tier, denn bei den hochentwickelten und sozial lebenden Säugetieren, den Menschenaffen, gibt es z. B. keinen „Aggressionstrieb“ unter natürlichen Bedingungen, auch wenn es Konrad Lorenz und seine Schüler⁸⁰ anhand anderer, dem Menschen aber sehr fern stehender Tierpopulationen noch so sehr glauben.

76 Vgl. auch Max Steenbeck, Werner Scheler, a.a.O., S. 791.

77 J. Monod: Über die logischen Beziehungen zwischen Wissen und Werten, in: Watson Fuller (Hrsg.): *Biologie und Gesellschaft*. München 1973, S. 22.

78 In der biologischen Erscheinungsform des Menschen ist in den letzten 5000 Jahren keine wesentliche Änderung aufgetreten und die Mutationsrate etwa gleich geblieben (vgl. H. Ley, a.a.O., S. 67). — Das Biologisieren der Gesellschaft führt immer zum Rassismus, wie das CIBA-Symposium 1962 in London zeigte, auf dem Genetiker allen Ernstes erörterten, ob eine Zuchtwahl der Menschen nötig werden würde und wie diese durchzuführen sei (vgl. Robert Jungk, J. Mundt: *Das umstrittene Experiment — Der Mensch*. München 1966). Unbesorgt und unkritisch gelangten ausgerechnet diese Erörterungen in die popularwissenschaftliche Literatur, z. B. in Knaurs Buch der modernen Biologie, München/Zürich 1967, S. 275 ff.; Gordon Rattray Taylor: *Die biologische Zeitbombe*. Frankfurt/M. 1969, S. 241; Theo Löbsack: *Die Biologie und der liebe Gott. Aspekte einer zukunftsreichen Wissenschaft*, München 1968, S. 43, 50, 100.

79 Monod, a.a.O., S. 198.

80 Konrad Lorenz: *Das sogenannte Böse, Zur Naturgeschichte der Aggression*, Wien 1963; Irenäus Eibl-Eibesfeldt, *Der vorprogrammierte Mensch*, Wien/München/Zürich 1973. Vgl. hierzu auch die Beiträge zu Lorenz in diesem Heft.

Monod kolportiert einen Grundfehler, den schon Engels im Zusammenhang mit Darwin kritisierte: Es wird nicht genau genug unterschieden zwischen den Selektionsbedingungen, die die außerordentliche Vielfalt der Arten ermöglichten, und den Bedingungen, unter denen die Individuen und Gesellschaften (Populationen) lebten und leben⁸¹. M. E. ist für das letztere der Begriff Evolution unspezifisch. Er sollte ausschließlich nur im Zusammenhang mit der Entwicklung der Arten verwendet werden, also als rein biologischer Begriff.

Was also im Gegensatz zu Monods Hypothese von der „geistigen Selektion“ geleistet werden müßte, ist eine Analyse der *Tätigkeit* des Menschen, im besonderen als *Subjekt* der Natur; diese gesellschaftliche Praxis des Menschen, die *Arbeit*, ist ihm eigentümlich, und diese bringt ihn in die Lage, die Natur, deren Teil er ist, und die Gesellschaft bewußt zu gestalten.

Zu einer solchen Analyse ist Monod nicht bereit und nicht fähig. Statt dessen sinniert er vom Durchsetzungsvermögen einer Idee, vom Reich der Ideen, von der geistigen Not, von der Evolution der Ideen und dergl. mehr⁸², um schließlich ganz und gar irrational zu werden: Durch die *Entscheidung*, das Objektivitätspostulat zu akzeptieren, entschieße man sich zur Ethik der Erkenntnis: „In der Ethik der Erkenntnis wird die Erkenntnis durch die ethische Entscheidung für einen grundlegenden Wert begründet.“⁸³ Wer solche Werte setzt, danach fragt Monod nicht, im Gegenteil, „... der Mensch weiß endlich, daß er in der teilnahmslosen Unermeßlichkeit des Universums allein ist, aus dem er zufällig hervortrat. Nicht nur sein Los, auch *seine Pflicht steht nirgendwo geschrieben*. Es ist an ihm, zwischen dem Reich und der Finsternis zu wählen“⁸⁴. Die Werte, die von Monod als die „höchsten menschlichen Eigenschaften“ bezeichnet werden⁸⁵, sind: der Mut, die Nächstenliebe, die Großmut und der schöpferische Ehrgeiz⁸⁶. Zu den Institutionen bemerkt Monod: „Die von dieser Ethik verlangten Institutionen sind der Verteidigung, Erweiterung und Entfaltung des transzendentalen Reiches der Ideen, der Erkenntnis und der Schöpfung gewidmet.“⁸⁷ Und dies ist die Konsequenz der dezisionistischen Konstruktion: „Es ist absolut unmöglich, objektiv nachzuweisen, daß es *schlecht* ist, Kriege zu führen, einen Menschen zu töten, ihn zu berauben oder mit der eigenen Mutter zu schlafen.“⁸⁸ Mag Monod auch ein ernsthaftes moralisches Anliegen vortragen, so muß man doch fragen, wen solche Bemer-

81 Engels, a.a.O., S. 563 ff.

82 Monod, a.a.O., S. 203 ff.

83 Ebd., S. 215.

84 Ebd., S. 219 (Hervorhebung P. M. K.).

85 Ebd., S. 217.

86 Ebd.

87 Ebd., S. 219.

88 Monod, Über die logischen Beziehungen zwischen Wissen und Werten, a.a.O., S. 21.

kungen rechtfertigen. Monods Dezisionismus hebt all seine postulierte Wissenschaftlichkeit wieder auf, die Kriterien für die Entscheidung, überhaupt alle menschlichen Probleme, verschwinden in der Abstraktheit des einsamen Individuums, das sich in den illusionären Elfenbeinturm zurückzieht: „Dieses Reich (das transzendente der Ideen etc., P. M. K.) ist im Menschen, und hier würde er, von materiellen Zwängen wie auch von der Knechtschaft der animistischen Lüge immer mehr befreit, endlich sein wahres Leben entfalten können.“⁸⁹ Die objektive Folge dieser politischen Askese ist eine gigantische Rechtfertigung des Imperialismus: Da die Schlechtigkeit, Kriege zu führen, nicht beweisbar ist, wäre es unsinnig, dem Einhalt zu gebieten. Auch die Wissenschaft vermöchte dies nicht, denn nach Monod ist sie durch die radikale und axiomatische Unterscheidung von Erkenntnis und Ethik erst entstanden⁹⁰.

Im Namen der „Ethik der Erkenntnis“ fordert Monod schließlich nichts geringeres, als daß die Arbeiterklasse den Klassenkampf aufgeben möge: „Die Ethik der Erkenntnis ist schließlich in meinen Augen die zugleich rationale und bewußt idealistische Haltung, auf der allein ein wirklicher Sozialismus begründet werden könnte.“⁹¹ „Der Sozialismus hat nur dann eine Hoffnung, wenn er die Ideologie, die ihn seit mehr als einem Jahrhundert beherrscht, statt sie zu ‚revidieren‘, total aufgibt.“⁹² Das ist also die Quintessenz seines Buches!⁹³

Das Scheitern des Versuchs, die Dialektik in Natur und Gesellschaft zu widerlegen, zeigt aber auch, daß auf naturwissenschaftlicher Grundlage eine bürgerlich-idealistische Philosophie zu entwickeln unmöglich geworden ist, ohne gleichzeitig naturwissenschaftliche Ergebnisse zu verschweigen, zu verfälschen, zu isolieren oder sie in falsche Zusammenhänge zu stellen⁹⁴.

89 Monod, Zufall und Notwendigkeit, a.a.O., S. 219.

90 Ebd., S. 213.

91 Ebd., S. 218.

92 Ebd. (Hervorhebung P. M. K.).

93 So abwegig ist Monods Klassenstandpunkt gar nicht: Monod leitet eine pharmazeutische Firma und will mit den Überschüssen das von ihm ebenfalls geleitete Pasteur-Institut retten (Süddeutsche Zeitung vom 2. 1. 1974); vgl. auch Robin Laurance: Guiding the Pasteur through financial troubles, in: Nature, Vol. 248, No. 5447/1974, S. 371 f.

94 Vgl. auch Reinhard Mocek und Dieter Pälke: Zum Funktionswandel der bürgerlichen Naturphilosophie im System der imperialistischen Ideologie, in: DZfPh 7/1971, S. 857—879.

Werner Haberditzl

Sir Karls neue Kleider

Bemerkungen zu Poppers Entwurf einer Theorie der objektiven Erkenntnis

„Nach meiner Auffassung ist der größte Skandal der Philosophie, daß, während um uns herum die Natur — und nicht nur sie — zugrunde geht, die Philosophen weiter darüber reden — manchmal geseit, manchmal nicht —, ob diese Welt existiert. Sie treiben Scholastik, beschäftigen sich mit sprachlichen Problemen wie dem, ob es Unterschiede zwischen ‚sein‘ und ‚existieren‘ gibt. ... Unter diesen Umständen muß man sich entschuldigen, wenn man Philosoph ist, besonders wenn man (wie ich es, wenn auch nur nebenbei, vor habe) etwas ausspricht, was eine Trivialität sein sollte, nämlich den *Realismus*, die These, daß die Welt wirklich ist. Welche Entschuldigung habe ich?

Folgende. Wir haben alle unsere Philosophien, ob wir dessen gewahr werden oder nicht, und die taugen nicht viel. Aber ihre Auswirkungen auf unser Handeln und unser Leben sind oft verheerend. Deshalb ist der Versuch notwendig, unsere Philosophien durch Kritik zu verbessern. Das ist meine einzige Entschuldigung dafür, daß es überhaupt noch Philosophie gibt.“ (44)

Mit dieser „Entschuldigung“, die jedoch eine Anklage sein soll, leitet Popper im zweiten Aufsatz seines neuen Buches „Objektive Erkenntnis“¹ ein energisches „Plädoyer für den Realismus des Alltagsverstandes und gegen die Erkenntnistheorie des Alltagsverstandes“ ein. Das Zitat macht deutlich, daß es bei dieser Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen Popper besonders darum geht, seine als „realistisch“ deklarierte Erkenntnistheorie schärfer als früher gegenüber dem Neopositivismus abzugrenzen. Die erkenntnistheoretischen Positionen, die Popper bereits in seinen Büchern „Logik der Forschung“² und „Conjectures and Refutations“³ abgesteckt hat, werden hier weiter ausgebaut und vor allem verdeutlicht.

Der aufmerksame Leser wird in einigen versteckten Fußnoten überraschenderweise beinahe respektvolle Erwähnungen des Begriffs „Materialismus“ entdecken. (Noch in „Logik der Forschung“ tauchte dieser Begriff nur einmal auf, und zwar synonym mit „mechanistisch“.) Diese scheinbar nebensächliche Feststellung führt jedoch auf das in fast allen Aufsätzen auftretende, nicht nur für Pop-

1 Popper, Karl Raimund: Objektive Erkenntnis. Ein evolutionärer Entwurf. Hoffmann und Campe, Hamburg 1973 (417 S., br., 36,— DM); englisches Original: Objective Knowledge. Oxford 1972.

2 K. R. Popper: Logik der Forschung. Wien 1934.

3 K. R. Popper: Conjectures and Refutations. London 1963.

per unlösbare Kernproblem, das eine gründliche Beschäftigung mit diesem Buch rechtfertigt und das — den folgenden Ausführungen vorgreifend — verkürzt und vereinfacht so formuliert werden kann: Wie bringt man der bürgerlichen Gesellschaft (von Popper bekanntlich als „offene“ Gesellschaft bezeichnet, die es vor ihren Feinden zu schützen gelte⁴) bei, daß es höchste Zeit ist, wieder eine Philosophie zu installieren, die die Frage der „Wirklichkeit“ der Welt nicht als Scheinproblem denunziert und trotzdem der Entscheidung zwischen Idealismus und Materialismus auszuweichen versucht?

Im Jahre 1937 schrieb Horkheimer an Adorno nach London: „Anläßlich des Vortrags im Institute of Sociology bitte ich Sie äußerst szientivistisch zu reden und ja kein Wort zu sagen, das politisch ausgelegt werden könnte. Auch Ausdrücke wie materialistisch sind unbedingt zu vermeiden. Es darf jedenfalls nicht passieren, daß Ihr Vortrag . . . die Vorstellung erweckt, die Anwürfe gegen das Institut wegen seines Materialismus seien etwa berechtigt.“⁵ Der vorliegende Sammelband stellt eine Art Gebrauchsanweisung dar, einen „Realismus“ so zu servieren, daß er Gefahren entgeht, wie sie in Horkheimers Warnung zum Ausdruck kommen. Popper versucht eine sehr verschämte „Materialismusähnlichkeit“ (dieses Wort findet sich bei Popper nicht, ich habe seinen oft strapazierten Begriff „Wahrheitsähnlichkeit“ — „verisimilitude“ — bei der Wortwahl Pate stehen lassen) seinen Lesern schmackhaft zu machen.

I. Falsifikationsdogmatismus

Dabei wendet Popper folgende Methode an: Diejenige „Welt“, mit der es sich zuerst einmal zu beschäftigen gilt, ist in erster Linie die „dritte Welt“. Sie ist die Welt der „wissenschaftlichen, besonders der naturwissenschaftlichen Argumentation“. Diese „dritte Welt“, von der weiter unten noch ausführlicher gesprochen wird (insbesondere über ihre Abgrenzung zur „ersten“ und „zweiten Welt“), ist hier deshalb vorgreifend zu zitieren, weil man — und das ist für Popper der entscheidende Ausgangspunkt — in dieser Welt sich an etwas scheinbar Festes, Klares und Unmißverständliches halten kann: an das Falsifikationskriterium, also das Kriterium der Widerlegbarkeit. Daß das „positive“ Kriterium der Bestätigung, der Verifikation, in vielen Fällen weniger präzise formuliert wird als das „negative“ Kriterium der Falsifizierbarkeit, ist aus der Praxis der Naturwissenschaft bekannt. Deshalb erklärt Popper:

„Der grundlegende Unterschied zwischen meinem Ansatz und demjenigen, den ich schon vor langer Zeit ‚induktivistisch‘ genannt habe, ist meine Betonung der *negativen Argumente* wie Gegenbeispiele, Widerlegungen, Widerlegungsversuche — kurz: Kritik —, während der Induktivist den Nachdruck auf die ‚*positiven Fälle*‘

4 K. R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. II: Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen. Bern 1958.

5 Zitiert nach H. Gumnior und R. Ringguth: Max Horkheimer in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek bei Hamburg 1973, S. 60.

legt, aus denen er ‚nicht-deduktive Schlüsse‘ zieht und von denen er sich eine Garantie der ‚Verlässlichkeit‘ dieser Schlüsse verspricht. Nach meiner Auffassung ist das einzige mögliche ‚Positive‘ an der wissenschaftlichen Erkenntnis, daß gewisse Theorien zu einem Zeitpunkt anderen Theorien im Lichte unserer kritischen Diskussion — Widerlegungsversuche, empirische Prüfungen — vorgezogen werden. Auch das, was man ‚positiv‘ nennen könnte, ist es also nur aufgrund negativer Methoden.“ (32)

Popper übersieht dabei jedoch, daß Falsifizierbarkeitskriterien für das wirkliche Verständnis eines wissenschaftlichen Zusammenhangs zumeist unwesentlich sind. Dies sei an einem Beispiel aus der Mathematik, das später noch eine Rolle spielen wird, erläutert: Die „Goldbachsche Vermutung“ der Zahlentheorie besagt, daß jede gerade Zahl als Summe zweier Primzahlen dargestellt werden kann. Für sie gilt nun ein für konkrete Situationen der wissenschaftlichen Praxis typischer Sachverhalt: 1. Es liegt eine Vermutung vor, die ein ganz einwandfreies Falsifikationskriterium besitzt (man braucht ja nur eine einzige gerade Zahl zu finden, die nicht Summe zweier Primzahlen ist). 2. Es liegt kein Grund vor, die Vermutung für wahr zu halten, außer der Tatsache, daß sie bisher nicht mit Hilfe des angegebenen Kriteriums falsifiziert wurde. (Die „Goldbachsche Vermutung“ konnte bisher nicht bewiesen werden, es ist aber auch keine Zahl bekannt, für die sie nicht zutrifft.)

Man sieht an diesem Beispiel (das nur wegen seiner knappen und klaren Formulierbarkeit gewählt wurde, die Geschichte der Naturwissenschaften ist voll von ähnlichen Beispielen), daß für die wissenschaftliche Praxis die Falsifizierbarkeit wertlos sein kann: wenn ein Zahlentheoretiker wissen will, ob Goldbach recht oder unrecht hatte, kann er mit dem Falsifikationskriterium gar nichts anfangen. Wir werden in den meisten Fällen finden, daß Poppers Kriterium zu „schwach“ ist (z. B. erfüllt die Astrologie durchaus dieses Kriterium: wenn ein Astrologe für das Jahr 1975 den Weltuntergang voraussagt, so liegt eine Aussage mit einem geradezu idealen Falsifikationskriterium vor), und daß es andererseits gerade auf jene Situationen in der Naturwissenschaft nicht anwendbar ist, die am interessantesten und fruchtbarsten sind: Übergänge von alten zu völlig neuen wissenschaftlichen Konzeptionen, die häufig sehr lange Zeit brauchen, um Falsifikationsmöglichkeiten zu entwickeln. Es sei nur daran erinnert, daß Planck und Einstein bei der Verteidigung ihrer bahnbrechenden Arbeiten zur Quantenphysik und Relativitätstheorie sehr viel Zeit damit verschwenden mußten, sich mit dem Vorwurf des experimentell nicht Nachgewiesenen und vor allem nicht Nachweisbaren auseinanderzusetzen. Aber auch im „normalen“ Entwicklungsgang der Wissenschaft kann man mit Poppers Konzeption nicht viel anfangen: In fast allen Fällen sind Assimilationen von Widersprüchen durch eine Theorie (also „Immunisierungen“ gegenüber dem Falsifizierbarkeitskriterium im Sprachgebrauch von Lakatos⁶) durch-

6 I. Lakatos: Proofs and Refutations, in: British J. Philos. of Science 14, 1963—1964.

aus nicht schädlich, sondern im Gegenteil wissenschaftlich sehr fruchtbar. (Beispiel: Abänderungen der „idealen“ Gasgleichung der Thermodynamik durch Korrekturen, die wiederum auf neue unbekannte Zusammenhänge führten.)

Poppers Falsifikations-Huberei hat also mit der Alltagspraxis naturwissenschaftlicher Forschung viel weniger zu tun, als es den Anschein hat. Noch wichtiger aber: sie trivialisiert den langfristigen, sich über Jahrhunderte hinweg erstreckenden Entwicklungsgang wissenschaftlicher Theorien. Am Beispiel der klassischen Newtonschen Mechanik soll kurz gezeigt werden, daß Theoriengebäude dieser Art nicht im Sinne eines mechanischen Falsifikationskriteriums widerlegt werden, nicht „zusammenstürzen“. Hier hilft nur die (von Popper völlig mißverständene und geradezu erbittert desavouierte) dialektische Betrachtungsweise: Durch die Relativitätstheorie und die Quantenmechanik wurde die Newtonsche Mechanik in dreifacher Hinsicht „aufgehoben“: 1. Es wurde klar, daß sie ein Grenzfall einer allgemeineren nichtklassischen Mechanik ist. In diesem Sinne wurde ihre bisherige Interpretation und Anwendung ungültig. 2. Es wurde geklärt, unter welchen Voraussetzungen sie anwendbar ist, ihre Methoden also bewahrt bleiben. 3. Sie wurde auf eine höhere Stufe gehoben, indem wir sie heute besser und tiefer verstehen.

Auf die in diesem Zusammenhang durch die völlige Entleerung des Fortschrittbegriffs in der Naturwissenschaft unergiebig Kritik T. S. Kuhns⁷ an Popper soll hier nicht näher eingegangen werden. Nur soviel: Kuhn geht an die Wissenschaft grundsätzlich so heran, wie in speziellen Fällen (und dort natürlich durchaus berechtigt und erfolgreich) die moderne Spieltheorie der Mathematik: er betrachtet den Wissenschaftsbetrieb als eine Art Gesellschaftsspiel mit wechselnden Spielregeln („Wechsel der Paradigmata“). So heißt es: „Um es genauer zu sagen: wir müssen vielleicht — explizit oder implizit — die Vorstellung aufgeben, daß der Wechsel der Paradigmata die Wissenschaftler und die von ihnen Lernenden näher und näher an die Wahrheit heranführt.“ Im Anschluß daran entwickelt er eine Art vulgärsozialdarwinistische Theorie der Wissenschaftsentwicklung, die „analog der Evolution von Organismen“ verläuft, und zwar als „Evolution von dem, was wir wissen“ und nicht als „Evolution zu dem, was wir wissen möchten“⁸.

Die ideologische Funktion des Falsifikationsdogmatismus wird besonders deutlich, wenn er auf das Gebiet der philosophischen und weltanschaulichen Auseinandersetzung übertragen wird⁹. Schon 1919

⁷ Th. S. Kuhn: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt/M. 1973; I. Lakatos und A. Musgrave (Hrsg.): Criticism and the Growth of Knowledge. Proceedings in the International Colloquium in the Philosophy of Science Vol. 4, London 1965. Cambridge 1970.

⁸ Kuhn, a.a.O., S. 223.

⁹ K. R. Popper: Die Logik der Sozialwissenschaften. — T. W. Adorno: Zur Logik der Sozialwissenschaften. — R. Dahrendorf: Anmerkungen zur Diskussion der Referate von K. R. Popper und W. Adorno. Alle in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 14. Jg. (1962), S. 233 ff. — J. Habermas: Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik. Ein Nach-

begann ja Popper „Zweifel an der Prävention auf einen wissenschaftlichen Status“ des Marxismus (und übrigens auch der Freud-schen Psychoanalyse) zu hegen. Auf seine früheren Versuche (sie spielen im vorliegenden Buch keine große Rolle), den wissenschaftlichen Sozialismus zu widerlegen, soll hier nicht eingegangen werden¹⁰.

II. Wahrheit und Wahrheitsähnlichkeit

Mehrfach wiederholt Popper seine aus den früheren Büchern her bekannte durchaus vernünftige Polemik gegen die Argumentationsakrobatik scholastischer „Wahrheitstheorien“ neopositivistischer und insbesondere instrumentalistischer Provenienz (z. B. Carnap, Bridgman). Allerdings kommt auf den ca. 80 Seiten dieses Abschnitts auch nicht mehr heraus als in dem großartigen (von ihm zitierten) Vierzeiler Wilhelm Buschs:

„Zweimal zwei gleich vier ist Wahrheit,
Schade, daß sie leicht und leer ist.
Denn ich wollte lieber Klarheit
Über das, was voll und schwer ist.“¹¹

Versucht nun Popper das besonders von Lenin klar diskutierte Problem der Annäherung unserer Erkenntnis an die objektive Wahrheit (von Popper als „Suche nach Wahrheitsähnlichkeit“ wesentlich verschwommener charakterisiert) aufzugreifen, wird er nicht nur (wie übrigens in fast allen anderen Aufsätzen des Buches) sehr weitschweifig und unscharf, sondern (man kann es leider wirklich nicht höflicher ausdrücken) geschwätzig: wo Kriterien für die

trag zur Kontroverse zwischen Popper und Adorno, in: M. Horkheimer (Hrsg.): Zeugnisse. T. W. Adorno zum 60. Geburtstag. Frankfurt/M. 1963. — Hans Albert: Der Mythos der totalen Vernunft. Dialektische Ansprüche im Lichte einer undialektischen Kritik. — J. Habermas: Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus. Erwiderung eines Pamphlets. Beides in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16. Jg. (1964), S. 224 ff.

¹⁰ Bemerkenswert ist, daß in diesem Sammelband jede Polemik gegen den Marxismus ausgespart bleibt. Nur in der für den Argumentationszusammenhang unwesentlichen Einleitung des zweiten Aufsatzes (44) serviert uns Popper eine „glänzende und zeitgemäße“ (anscheinend von Rolf Hochhuth stammende) Abwandlung der 11. Feuerbachthese: „Vielleicht mit Ausnahme einiger Marxisten scheinen die meisten Philosophen die Verbindung mit der Wirklichkeit verloren zu haben. Und was die Marxisten betrifft — ‚Die Marxisten haben den Marxismus nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, ihn zu verändern!‘“ Ob Popper als Produkt einer solchen Veränderung etwa seine „Trend“-Sozialphilosophie und „Stückwerk-Sozialtechnik“ (siehe dazu sein Buch „Das Elend des Historizismus“, Tübingen 1965) im Sinne hat, bleibt offen. Zur Auseinandersetzung mit dem Amateur-Sozialtechniker Popper vgl. H. Wessel: Philosophie des Stückwerks. Berlin/DDR 1971.

¹¹ W. Busch: Schein und Sein. München 1909; zitiert nach Popper, Objektive Erkenntnis, S. 9.

Qualität einer Theorie im Hinblick auf „Wahrheitsähnlichkeit“ erwartet werden, speist er den Leser mit Banalitäten wie „wenn wir Glück haben“ (z. B. S. 97 gleich zweimal) ab:

„Um es prägnant zu sagen: Man kann nie eine Theorie — das heißt, die Behauptung, man wisse, daß sie wahr sei — rational rechtfertigen; *aber wenn man Glück hat* (Hervorhebung von mir, W. H.), kann man die vorläufige Bevorzugung einer aus einer Menge konkurrierender Theorien rational rechtfertigen: Bezüglich des gegenwärtigen Standes der Diskussion.“ (97)

Das Abspeisen mit solchen „Glück-haben“-Banalitäten kennzeichnet vor allem den Aufsatz über das Induktionsproblem. Er beginnt so:

„Ich glaube ein wichtiges philosophisches Problem gelöst zu haben: Das Induktionsproblem. (Ich muß die Lösung etwa 1927 gefunden haben.) Die Lösung erwies sich als außerordentlich fruchtbar und ermöglichte mir die Lösung einer ganzen Reihe weiterer philosophischer Probleme.“ (13)

Allerdings hat Popper das Humesche Induktionsproblem nicht nur nicht gelöst, sondern auf die Ebene der Widerlegung der folgenden Beispiele herabgezogen, deren unglaubliche Trivialität für einen Naturwissenschaftler schon einen Anstrich von Komik hat:

„Das führte mich dazu, weitere ‚gesicherte Gesetze‘ genauer anzusehen, insbesondere die drei Paradebeispiele der Induktivisten:
a) daß die Sonne alle 24 Stunden (oder etwa 90 000 Pulsschläge) auf- und untergehen wird,
b) daß alle Menschen sterblich sind,
c) daß Brot ernährt.“ (22)

Es mag hier Poppers „Widerlegung“ von c) genügen:

„Dieses Paradebeispiel Humes wurde widerlegt, als Menschen, die ihr tägliches Brot aßen, an Mutterkornvergiftung starben, wie es vor kurzem in einem französischen Dorf geschah. Natürlich bedeutete c) ursprünglich: Wenn Getreide auf althergebrachte Weise gesät und geerntet und vermahlen und daraus auf übliche Weise Brot bereitet wird, werden die Menschen davon ernährt und nicht vergiftet. Sie wurden aber doch vergiftet.“ (23)

Dieses Beispiel illustriert das völlige Mißverstehen der Bedingungen physikalischer Induktion (Invarianz der Anfangs- und Randbedingungen, hier also ganz einfach: Vorliegen mutterkornfreien Getreides). Aber selbst wenn Popper das Induktionsproblem nicht mißverstanden hätte und wenn in unseren physikalischen Laboratorien so etwas wie eine erfolgreiche Anwendung der Induktion möglich wäre, bliebe noch ein weiterer Popperscher Einwand:

„Selbst wenn wir annehmen, wir hätten Erfolg gehabt — unsere physikalischen Theorien seien wahr —, lehrt uns die Kosmologie, wie unendlich unwahrscheinlich dieser Erfolg ist: die Welt ist nach den einschlägigen Theorien fast völlig leer, und der leere Raum ist mit chaotischer Strahlung gefüllt. Fast alle Stellen, die nicht leer sind, werden von chaotischem Staub, Gas oder sehr heißen Sternen eingenommen — alle in Zuständen, die die Anwendung irgendeiner

physikalischen Erkenntnismethode jeweils als unmöglich erscheinen lassen.“ (35)

Hier irrt sich Popper gleich zweifach: 1. in logischer Hinsicht: was uns hier die Kosmologie angeblich lehren soll, ist ein typisches Beispiel einer besonders weitmaschigen Induktionskette: sein Einwand gegen den Erfolg von Induktion beruht also auf Induktion; 2. in physikalischer bzw. astrophysikalischer Hinsicht: alle im Zitat genannten kosmischen Zustände werden seit vielen Jahren mit Erfolg durch die Anwendung physikalischer Erkenntnismethoden untersucht.

Das Humesche Induktionsproblem ist von Popper nicht nur nicht gelöst worden, er hat es nicht einmal richtig formuliert. Eine stringente Formulierung mit Lösungsansatz hätte Popper einem Buch entnehmen können, das von ihm nicht zitiert wird (ob er es gelesen hat?): Friedrich Engels schreibt in seiner „Dialektik der Natur“: „Die regelmäßige Aufeinanderfolge gewisser Naturphänomene kann zwar die Vorstellung der Kausalität erzeugen . . . , aber hierin liegt kein Beweis, und sofern hätte der Humesche Skeptizismus recht, zu sagen, daß das regelmäßige post hoc nie ein propter hoc begründen könne. Aber die Tätigkeit des Menschen macht die Probe auf die Kausalität . . . Wenn wir in eine Flinte Zündung, Sprengladung und Geschosß einbringen und dann abfeuern, so rechnen wir auf den erfahrungsmäßig im voraus bekannten Effekt, weil wir den ganzen Prozeß der Entzündung, Verbrennung, . . . in allen seinen Einzelheiten verfolgen können. Und hier kann der Skeptiker nicht einmal sagen, daß aus der bisherigen Erfahrung nicht folge, es werde das nächste Mal ebenso sein. Denn es kommt in der Tat vor, daß es zuweilen nicht ebenso ist, daß die Zündung oder das Pulver versagt . . . etc. Aber gerade dies beweist die Kausalität, statt sie umzustoßen, weil wir für jede solche Abweichung von der Regel bei gehörigem Nachforschen die Ursache auffinden können . . .“¹² Lenin drückt diesen Sachverhalt noch etwas komprimierter und folgenschwerer aus: „Freilich darf dabei nicht vergessen werden, daß das Kriterium der Praxis dem Wesen nach niemals irgendeine menschliche Vorstellung völlig bestätigen oder widerlegen kann. Auch dieses Kriterium ist ‚unbestimmt‘ genug, um die Verwandlung der menschlichen Kenntnisse in ein ‚Absolutum‘ zu verhindern, zugleich aber auch bestimmt genug, um gegen alle Spielarten des Idealismus und Agnostizismus einen unerbittlichen Kampf zu führen.“¹³

III. Die drei Welten und die Erkenntnistheorie ohne erkennendes Subjekt

Nach Popper gibt es, wie oben erwähnt, drei Welten: die „reale“ Welt der physikalischen Gegenstände, die Welt der „Bewußtseinszustände“ und „Verhaltensdispositionen“ und schließlich die „dritte

12 F. Engels: Dialektik der Natur, in: MEW Bd. 20. Berlin/DDR 1952, S. 244.

13 W. I. Lenin: Materialismus und Empiriekritizismus. Moskau 1947, S. 143.

Welt der objektiven Gedankeninhalte“, insbesondere der wissenschaftlichen und dichterischen Gedanken und der Kunstwerke. Nach Meinung Poppers interessiert sich die herkömmliche „vor-Poppersche“ Erkenntnistheorie vorwiegend für die zweite Welt. Popper dagegen fühlt sich nur in Welt Nr. 3 wirklich wohl, Welt Nr. 2 ist ihm nicht ganz geheuer und Welt Nr. 1 kommt bei ihm nicht vor; oder richtiger: Popper versucht, so zu tun, als ob sie bei ihm nicht vorkommt — man kann ihn jedoch ständig beim Mißlingen dieses Versuches ertappen. Denn immer wieder muß er Verben wie „prüfen“, „experimentieren“, „mißlingen“ in seinen Gedankengängen verstecken. Dieses Versteckspiel wird durch seine Weitschweifigkeit begünstigt:

„Der Unterschied zwischen unseren Bemühungen und denen eines Tieres oder einer Amöbe ist nur der, daß unser Seil in einer dritten Welt kritischer Diskussion Halt finden kann: Einer Welt der Sprache, der objektiven Erkenntnis. Das ermöglicht uns, einige unserer konkurrierenden Theorien auszuschalten. Und wenn wir Glück haben, gelingt es uns, einige unserer falschen Theorien zu überleben (die meisten sind ja falsch), während eine Amöbe mit ihrer Theorie, ihrem Glauben und ihren Gewohnheiten zugrundegeht... Auf der Ebene des Menschen spielt sich diese Ausprobieren fast ausschließlich in der dritten Welt ab, indem wir versuchen, unsere erste Welt durch die Theorien der dritten Welt darzustellen, vielleicht auch unsere zweite Welt; und das mit immer mehr Erfolg; indem wir der Wahrheit näherzukommen versuchen — einer vollständigeren, interessanteren, logisch stärkeren und relevanteren Wahrheit — relevant für unsere Probleme.“ (168)

Dieses Zitat ist ein konzentrierter Extrakt der Popperschen erkenntnistheoretischen Mixtur von Unfug und relativer Wahrheit. Hierzu zwei Feststellungen: 1. Wenn wir zum Überleben falscher Theorien nur Glück haben müssen, brauchen wir natürlich Poppers Bücher nicht zu lesen: Glück genügt ja. 2. Aber immerhin: Das Ausprobieren „in der Phantasie entworfenen Möglichkeiten“ spielt sich nur „fast ausschließlich“ in der dritten Welt ab.

In welcher Welt ist die Wahrheit aber nun vollständiger, interessanter und relevanter? Und in welcher Welt spielt sich das „Ausprobieren der Möglichkeiten“ der englischen Bergarbeiter ab, wenn sie streiken? Doch wohl in jener Welt, in der auch Sir Karl Popper friert, wenn der Schornstein nicht mehr raucht. Und das ist allemal die Welt Nr. 1, seine reale „Welt der physikalischen Gegenstände“, eine „Welt“, die sehr konkret und spürbar unsere alltägliche Praxis bestimmt. Doch diese Praxis hält Popper für unerheblich, ja für störend. Deshalb siedelt er sich in der dritten Welt und gewissermaßen im leeren Raum an — abgetrennt von der ersten Welt, so daß der Zusammenhang mit ihr liquidiert wird.

Auch in dem Beitrag „Zur Theorie des objektiven Geistes“ kann sich Popper nicht recht entscheiden, in welcher Welt er Fuß fassen soll. Er versucht hier zu zeigen, „daß der Begriff der dritten Welt für eine Theorie des Verstehens von Interesse ist, die ein intuitives Verstehen der Wirklichkeit mit der Objektivität rationaler Kritik zu

verbinden versucht“ (212). Die Verwendung des Wortes „Wirklichkeit“ in diesem Zusammenhang ist wiederum für Poppers Variante einer Art Materialismusersatz symptomatisch: immer wenn bei seiner Charakterisierung der dritten Welt (sie ist hier vor allem historisch durchgeführt: Nachspüren der Beziehungen zu den „Stoikern“, die von Popper als „Materialisten“ bezeichnet werden, zu Bolzano und Frege und vor allem zum Problem des „historischen Verstehens“ der Theorienbildung bei Galilei) der Frage nach der Abhängigkeit der dritten Welt von der ersten Welt der Wissenschaft von der Wirklichkeit nicht mehr ausgewichen werden kann, verwandelt sich Poppers epische Breite in einen nur mit Aphorismen argumentierenden Lakonismus. Wenn er dabei zu an sich erfreulich prägnanten und unmißverständlichen Formulierungen kommt, wird allerdings deutlich, daß sein „Realismus“ ein ganz und gar mechanischer ist. Die Dialektik des Erkenntnisprozesses wird auch dann nicht wahrgenommen, wenn sie sich an einem Beispiel geradezu aufdrängt. So heißt es beim Nachweis der „Selbständigkeit“ der dritten Welt:

„Was aber noch viel bemerkenswerter ist, es entstehen unerwartete neue Probleme als unbeabsichtigtes Nebenprodukt der Folge der natürlichen Zahlen, etwa die ungelösten Probleme der Theorie der Primzahlen (z. B. die Goldbachsche Vermutung). Diese Probleme sind offensichtlich *selbständig*. Sie werden in keiner Weise von uns geschaffen; vielmehr *entdecken* wir sie, und in diesem Sinne existieren sie schon vor ihrer Entdeckung.“ (180)

Solche Feststellungen dürften den Anhängern der „Konstituierung“ physikalischer (geschweige denn mathematischer) Entitäten durch menschliche Arbeit die Sprache verschlagen. Die Konstitutionalisten insbesondere Frankfurter Provenienz, die versuchen, hier Marx gegen Engels und Lenin auszuspielen, arbeiten ja damit, solche simplifizierte Version einer „Widerspiegelungstheorie“, wie sie im obigen Zitat zum Ausdruck kommt, dem dialektischen Materialismus unterzuschieben, wobei sie das „vor aller menschlichen Arbeit gegebene Natursubstrat“¹⁴ meiden wie der Teufel das Weihwasser.

Im übrigen kann man mit den sich vor allem in diesem Kapitel zu findenden Popperschen Rekonstruktionen historischer Problemsituationen (z. B. Galileis Gezeitentheorie) durchaus einverstanden sein.

Der Naturkonstitutionalismus der Anti-Naturdialektiker der Traditionslinie Lukács — Merleau-Ponty — Alfred Schmidt, dessen ideologische Funktion zur Zeit in dieser Zeitschrift neben anderem Gegenstand einer begrüßenswerten Diskussion¹⁵ ist, bringt gerade für eine Auseinandersetzung mit allen Spielarten der „Philosophy of Science“ eine Gefahr mit sich: Da er bisher von Leuten vertreten wird, die sich für besonders gute Marxisten oder Marxkenner halten, im Hinblick auf die Naturwis-

14 Siehe in diesem Zusammenhang vor allem A. Leist: Widerspiegelung der Realität — Realität der Widerspiegelung, in: Das Argument 81, S. 612.

15 Vgl. die Themenreihe „Streitfragen materialistischer Dialektik“ (Das Argument 81, 84, 85).

senschaften aber mit ungenügenden Kenntnissen ausgerüstet sind¹⁶, wird die Gefahr (auf die K. Holzkamp¹⁷ mit Recht hinweist) verstärkt, daß die „faktische Ausklammerung der Natur als Gegenstand marxistischer Forschung“ tatsächlich von manchen Leuten ernstgenommen wird und dies den sich ja sehr intensiv mit naturwissenschaftlichen Forschungsergebnissen auseinandersetzenen Vertretern der „Philosophy of Science“ à la Popper in die Hände spielt. Abgesehen von der naturwissenschaftlichen Praxisferne der Vertreter der „Konstitution der Natur durch menschliche Arbeit“¹⁸, haben diese auch die Dialektik des Naturerkenntnisprozesses nicht begriffen: die Natur wird in dem Maß eine „Natur für uns“ (indem Teile von ihr zu Produktivkräften werden), wie wir verstehen lernen, wie „Natur ohne uns“ wirklich beschaffen ist. Gewiß war die Entdeckung von Elementarteilchen ohne vorhergehende lange und komplizierte Abstraktionsprozesse nicht möglich, aber gerade dadurch wurden z. B. Protonen, Neutronen und Elektronen (aus denen auch die von Menschen geschaffenen Makromoleküle der „Kunststoffe“ bestehen) „Konkreta“ wie Tintenfische, Bergkristall, Schwefel oder das Pepsin im Magen eines Anhängers der „Konstitution der Natur durch menschliche Arbeit“. Man möge auch das künstlichste Kunstprodukt menschlicher „naturschaffender Praxis“ in die Hand nehmen: es ist immer auch gleichzeitig „vor aller menschlichen Arbeit gegebenes Natursubstrat“.

16 Vgl. W. Haberditzl: *Naturdialektik und kritische Theorie. Ein Beitrag zur Funktion naturwissenschaftlicher Ignoranz in der Marxismusfälschung*, in: *Wiss. Zeitschr. der Humboldt-Universität Berlin, Math.-Naturwiss. Reihe* 20 (1971), S. 263 ff.

17 K. Holzkamp: *Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verkennung durch J. Bischoff*, in: *Das Argument* 84, S. 73.

18 Am konsequentesten wäre es natürlich, die Natur am besten gleich ganz abzuschaffen oder aber das, was wir heute über sie wissen, als „Moment bürgerlicher Ideologie“ zu deklarieren. Die Naturwissenschaftler werden mit Spannung der Entscheidung entgegensehen, die R. Rotermundt in Konsequenz seiner Polemik hier fällen wird (in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift). Einerseits findet man bei diesem Autor einen der bedeutungsschwersten und rätselhaftesten Sätze, die wohl je im ‚Argument‘ standen: „Denn was bleibt vom menschlichen ‚Sein‘, sieht man von den gesellschaftlichen Beziehungen ab? Es bleibt im Grunde nur Physiologie (an deren Naturgegebenheit man wohl — nebenbei bemerkt — gleichfalls Zweifel anmelden müßte), menschliche Natur im engsten Sinne, sofern man — was Charakteristikum bürgerlicher Theorie — nicht versucht, dem Menschen irgendwelche soziale oder psychische Naturkonstanten anzudichten.“ Andererseits aber werden wir von ihm belehrt, daß es um viel höheres geht als z. B. „nur“ um „Psychologie“: um das „innere Wesen“ der Natur: „Zeigt denn nicht schon die Atomphysik, daß viele vorgebliche Naturgesetze nichts sind als hohle Abstraktionen aus einem begrenzten Ausschnitt empirischer Beobachtungen, mitnichten aber das innere Wesen der Naturprozesse?“ Einstein, Schrödinger, Dirac oder Landau hätten sich eben bei Rotermundt Rat holen sollen, bevor sie ihre „vorgeblichen Naturgesetze“ und „hohlen Abstraktionen“ formulierten. Mit einer Lehre daraus zurück zur Kritik der Theorie der „objektiven Erkenntnis“: Man täte gut daran, bei dieser Kritik Polemik nicht mit Arroganz zu verwechseln und auch wenn man sich mit Naturwissenschaften beschäftigt, Lenins „Lernen, lernen und nochmals lernen“ zu beherzigen.

IV. Das Ziel der Erfahrungswissenschaft und das Problem des Determinismus

Der Aufsatz über „Das Ziel der Erfahrungswissenschaft“ bringt weitere Beispiele dafür, daß Popper sich bei der praktischen Erprobung seiner Falsifikationstheorie unlösbar in materialistische Fangstricke verfangt:

„Jedes Mal, wenn wir dazu fortschreiten, irgendein vermutetes Gesetz oder eine Theorie durch eine neue vermutete Theorie von höherem Grad der Universalität zu erklären, entdecken wir Neues über die Welt, indem wir versuchen, tiefer in ihre Geheimnisse einzudringen. Und jedes Mal, wenn es uns gelingt, eine Theorie dieser Art zu falsifizieren, machen wir eine neue wichtige Entdeckung. Denn diese Falsifizierungen sind höchst wichtig. Sie lehren uns das Unerwartete; und sie lehren uns wieder, daß unsere Theorien, obwohl sie von uns selbst aufgestellt wurden, obwohl sie unsere eigene Erfindung sind, dennoch echte Aussagen über die Welt sind; denn sie können mit etwas zusammenstoßen, sie können an etwas scheitern, das wir nicht selbst erfunden haben.“ (219 f.)

Dem könnte man zustimmen, wenn nicht Popper offenlassen würde, was wohl „echte“ Aussagen über die Welt sind. Denn hier erschrickt er vor seiner eigenen Courage und muß revozieren:

„Und scheint es mir, daß wir in der *Methodologie* weder einen metaphysischen Realismus voraussetzen müssen, noch irgendwelchen Nutzen aus ihm ziehen können, abgesehen davon, daß er uns intuitiv helfen kann. Denn nachdem uns einmal gesagt worden ist, daß es das Ziel der empirischen Wissenschaft ist, zu erklären, und daß die befriedigendsten Erklärungen die am strengsten prüfbar und am strengsten geprüften sind, ist uns alles gesagt worden, was wir als Methodologen brauchen.“ (227)

Doch unmittelbar vorher sagt Popper das Gegenteil, nämlich daß gerade eine solche Methodologie der empirischen Wissenschaft nur so verstanden werden kann:

„Die Aufgabe der empirischen Wissenschaft, die, wie ich angedeutet habe, darin besteht, befriedigende Erklärungen zu finden, kann kaum verstanden werden, wenn wir nicht Realisten sind. Denn eine befriedigende Erklärung ist eine, die nicht ad hoc ist; und diese Idee — die Idee unabhängiger Zeugnisse — kann kaum verstanden werden ohne die Idee der Entdeckung, des Fortschreitens zu tieferen Schichten der Erklärung: Ohne die Idee daher, daß es für uns etwas zu entdecken gibt, das kritisch diskutiert werden kann.“ (227)

Popper erscheint der Erfolg empirischer Wissenschaft als „wunderbar“:

„Wenn das Bild der Welt, das die moderne Erfahrungswissenschaft entwirft, der Wahrheit irgendwie nahe kommt — mit anderen Worten: Wenn wir irgendetwas wie ‚erfahrungswissenschaftliche Erkenntnis‘ besitzen —, dann machen die Bedingungen, die fast überall im Universum herrschen, ‚erfahrungswissenschaftliche Erkenntnis‘, d. h. die Entdeckung struktureller Gesetze von der Art, wie wir sie suchen, fast überall unmöglich. Denn fast alle Ge-

biete des Universums sind von chaotischer Strahlung erfüllt, und fast alle übrigen Gebiete von Materie in ähnlich chaotischem Zustand. Trotzdem ist die empirische Wissenschaft auf wunderbare Weise erfolgreich; erfolgreich im Sinne dessen, was ich als ihr Ziel zu betrachten vorschlage.“ (227 f.)

Kein Wunder ist es jedoch, wenn Poppers ständige Verstöße gegen die elementare Logik seine Theorie der objektiven Erkenntnis in einen ähnlich „chaotischen Zustand“ versetzen, wie (nach Popper, aber nicht nach den Erkenntnissen der Astrophysik) „fast alle Gebiete des Universums“.

Eine in der Entwicklung der modernen nichtklassischen Physik besonders wichtige Problematik beschäftigt auch Popper schon sehr lange, die philosophische Herausforderung der Quantenmechanik. Für sie gilt besonders Engels' und Lenins Betonung der Notwendigkeit, „daß der Materialismus mit jeder epochemachenden Entdeckung auf naturwissenschaftlichem Gebiet seine Form ändern muß“¹⁹. So ist es auch zu verstehen, daß durch die außerordentlich zahlreichen Arbeiten marxistischer Naturwissenschaftler und Philosophen auf diesem Gebiet (es seien hier nur stellvertretend für viele Hörz²⁰ und Fock²¹ genannt) die grundlegenden Engelsschen Analysen der Begriffe Zufall und Notwendigkeit im dialektischen Sinne „aufgehoben“ worden sind, vor allem auf eine qualitativ neue und höhere Stufe „gehoben“ werden konnten. Poppers Horizont reicht leider nicht so weit, von dieser Entwicklung auch nur durch Sekundärliteratur irgend etwas zur Kenntnis genommen zu haben. Da er aber offensichtlich auch nicht einmal Engels richtig gelesen hat, kommt er dazu, daß fast hundert Jahre nach Engels Ausführungen über Zufall und Notwendigkeit²² diese von Popper gewissermaßen wiederentdeckt werden:

„Wenn der Determinismus wahr ist, dann ist die ganze Welt eine fehlerlose, vollkommen gehende Uhr, einschließlich aller Wolken, Organismen, Tiere und Menschen. Ist andererseits die Peircesche oder die Heisenbergsche oder eine andere Form des Indeterminismus wahr, dann spielt der reine Zufall in unserer physikalischen Welt eine große Rolle. Ist aber der Zufall wirklich befriedigender als der Determinismus?“ (252)

19 F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: Marx/Engels Werke Bd. 21, Berlin 1962, S. 278; W. I. Lenin: Materialismus und Empiriokritizismus, in: Lenin Werke Bd. 14, Berlin/DDR 1964, S. 250.

20 H. Hörz: Ergebnisse und Aufgaben einer marxistischen Theorie des objektiven Gesetzes. Berlin/DDR 1968.

21 W. A. Fock: Quantenphysik und Struktur der Materie, in: Struktur und Formen der Materie. Dialektischer Materialismus und moderne Naturwissenschaft. Berlin/DDR 1969.

22 Engels, Dialektik der Natur, a.a.O., S. 231; zur Dialektik von Zufall und Notwendigkeit vgl. auch den Beitrag von Kaiser über Monod in diesem Heft.

Und im Anschluß an Auffassungen Moritz Schlicks formuliert Popper:

„Daß die schwarzen Zeichen auf weißem Papier, die ich zur Vorbereitung dieser Vorlesung erzeugt habe, einfach ein Ergebnis des Zufalls seien, ist kaum befriedigender als zu sagen, sie seien physikalisch vorherbestimmt. Es ist sogar weniger befriedigend.“ (252)

Ausgehend von den Arbeiten von Compton zum Problem des Determinismus²³, kommt Popper mit dem zitierten Gedankengang zum „Kern seines Problems“: Wie kommen wir von der Aussage, „daß der Induktionismus nicht genügt“, weiter? Auch hier vollzieht Popper rudimentär Gedankengänge der marxistischen Naturdialektik nach, und zwar mit dem Begriff der „plastischen Steuerung“ (worunter Popper das versteht, was man als „kybernetische Steuerung“ bezeichnet):

„Kann man zeigen, daß es plastische Steuerung gibt? Gibt es in der Natur anorganische Systeme, die als Beispiele oder als physikalische Modelle für plastische Steuerung gelten können?“ (275)

Mit Navigationsinstrumenten des 19. Jahrhunderts tastet sich Popper zumindest in die richtige Richtung:

„Das Bewußtsein seinerseits, so kann man vermuten, wird durch physikalische Zustände hervorgebracht; doch es beeinflußt sie auch in erheblichem Maße. So wie ein juristisches oder soziales System von uns erzeugt ist, aber uns beeinflußt und in keinem vernünftigen Sinne ‚identisch‘ oder ‚parallel‘ mit uns ist, sondern mit uns in Wechselwirkung tritt, so beeinflussen Bewußtseinszustände (der ‚Geist‘) den Körper und treten in Wechselwirkung mit ihm.“ (278)

Nur: Die marxistische Forschung (es sei nur an die Arbeiten von Georg Klaus²⁴ zur Dialektik der kybernetischen Steuerung erinnert) ist Popper hier um Jahrzehnte voraus.

Auch in seinen Ausführungen zur biologischen Entwicklung kommt Popper dicht an dialektisch-materialistische Auffassungen der Evolution heran:

„Hat sich einmal in der zentralen Neigungsstruktur ein neues Ziel, eine neue Tendenz oder Disposition, eine neue Fähigkeit oder eine neue Verhaltensweise entwickelt, so wird das die Wirkungen der natürlichen Auslese so beeinflussen, daß bisher ungünstige (aber der Möglichkeit nach günstige) Mutationen tatsächlich günstig werden, wenn sie die neu entwickelte Tendenz unterstützen. Das bedeutet aber, daß die Entwicklung der Ausführungsorgane von dieser Tendenz oder diesem Ziel gesteuert wird, also eine ‚zielgerichtete‘ wird.“ (305)

23 A. H. Compton: *The Freedom of Man*, 1935; *The Human Meaning of Science* 1940.

24 G. Klaus: *Kybernetik und Erkenntnistheorie*. Berlin/DDR 1966.

V. Materialismus und „Materialismusähnlichkeit“

Wenn man Popper bis hierhin gefolgt ist, kann man ein gewisses Gefühl von Spannung und Anteilnahme bei der Lektüre der letzten beiden Vorträge nicht unterdrücken. Denn hier kulminiert die Poppersche Sisyphusarbeit der Konstruktion einer „materialismusähnlichen“ Theorie der objektiven Erkenntnis, die aber auf keinen Fall so „materialismusähnlich“ sein darf, daß Ähnlichkeit in Identität umschlägt. Deshalb muß der Materialismus nach uraltem Rezept entstellt und mit Mechanismus und Behaviorismus gleichgesetzt werden:

„Die Behavioranisten und Materialisten sind Anti-Idealisten und sie wenden sich mit Recht gegen Berkeleys ‚esse = percipi‘ oder
sein = beobachtbar sein.

Nach ihnen heißt ‚sein‘: ‚materiell sein‘, ‚sich als Körper in Raum und Zeit verhalten‘. Trotzdem kann man sagen, sie blieben unbewußt bei Berkeleys Gleichung, wenn auch in einer etwas anderen sprachlichen Form:

sein = beobachtet werden

oder vielleicht

sein = wahrgenommen werden.

Denn sie behaupten, nur beobachtbare Dinge existieren.“ (323)

Dies ist die Poppersche Auffassung von Materialismus! Es bleibt natürlich die alte Frage: Was liegt hier vor: Naivität oder bewußte Verdrehung? Ich möchte das letztere ausschließen, denn Popper macht kein Hehl daraus, daß ihm selbst dieser bis zur Unkenntlichkeit verkümmerte mechanische Materialismus noch sympathischer ist als jeder Idealismus. Er schreibt:

„... so könnte ich mich sogar als Materialisten bezeichnen, da ich an die Realität der Materie glaube; ich bin aber entschieden kein Materialist in dem Sinne, daß die (ausgedehnte) Materie etwas Letztes oder Irreduzibles oder das einzig Wirkliche wäre.“ (351)

Wie sähe dieses Zitat aus, wenn Popper Lenins Materiedefinition zur Kenntnis nehmen würde? Diese Frage ist berechtigt, denn Poppers Sympathie mit einem solchen naiven Materialismus nimmt an manchen Stellen geradezu einen bekenntnishaften Charakter an. In Zusammenhang mit einer respektvollen, aber auch kritischen Würdigung Alfred Tarskis schreibt Popper:

„Ich interessierte mich für die wirkliche Welt, den Kosmos, und ich lehnte jeden Idealismus, Positivismus und sogar Neutralismus in der Philosophie nachdrücklich ab. Gab es keine wirkliche Welt, so reich und noch viel reicher als die Welt, die wir aus unserer Alltagserfahrung so oberflächlich kennen, und war die Untersuchung dieser Welt nicht die Hauptaufgabe der Philosophie, so interessierte mich die Philosophie nicht.“ (351)

Und wenig später, wiederum bei dem Versuch, Tarski „realistisch“ zu interpretieren, dessen Wahrheitstheorie gewissermaßen vom Kopf auf die Füße zu stellen, heißt es:

„Ich bin aber insofern Realist, als ich glaube, daß die Frage, ob unsere von Menschen gemachten Theorien wahr sind oder nicht,

von den realen Tatsachen abhängt, die mit wenigen Ausnahmen ganz gewiß kein Menschenwerk sind. Unsere von Menschen geschaffenen Theorien können diesen realen Tatsachen widersprechen, und so müssen wir bei unserer Wahrheitssuche unsere Theorien oft abändern oder aufgeben.“ (357)

Also doch Entscheidung zwischen Idealismus und Materialismus? Natürlich nicht. Denn wenn sich nun Popper durch seine streckenweise sehr folgerichtige Argumentationskette in die Lage versetzt sieht, gewissermaßen den materialistischen Offenbarungseid leisten zu müssen, bricht seine gesamte Argumentation zusammen. Dieser Offenbarungseid müßte ja etwa so aussehen: Menschliches Wissen ist zwar keine einfache, unmittelbare Kopie der objektiven Realität (die zu leugnen nach Popper ein „Skandal“ ist), jedoch Ergebnis des durch gesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten vermittelten aktiven Reproduktionsprozesses im menschlichen Bewußtsein, der mit dem historisch entstandenen Codewort²⁵ „Widerspiegelung“ bezeichnet wird. Und damit ist Wahrheit die in einer gegebenen historischen Situation jeweils adäquateste Widerspiegelung der objektiven Realität. Angesichts der gesellschaftlichen Relevanz seiner philosophischen Konkursmasse kann Sir Karl Popper diesen Offenbarungseid nicht leisten. Und auch ihm fällt in dieser Situation nichts anderes ein, als den Materialismus mit Physikalismus gleichzusetzen und die entscheidende Alternative umzufälschen:

„Ich gebe zu, wenn ich gezwungen wäre, zwischen irgendeiner subjektivistischen oder personalistischen Sicht der menschlichen Erkenntnis und der materialistischen oder physikalistischen zu wählen, ... dann würde ich letztere wählen; doch diese Wahl steht ganz gewiß nicht zur Diskussion.“ (325)

Allerdings: Die Wahl zwischen subjektivistischer (sprich idealistischer) und materialistischer = physikalistischer Sicht steht wegen dieses Gleichheitszeichens „ganz gewiß nicht zur Diskussion“.

Was aber zur Diskussion steht, sind die Inkonsequenz der Popperischen „objektiven Erkenntnis“ und ihre Wurzeln: Um der Konsequenz eines nicht entstellten, eines folgerichtig dialektischen Materialismus zu entgehen, werden Argumentationsketten gerade an der Stelle abgerissen, wo sie besonders interessant werden. Ihre Weiterverfolgung wird als Scheinproblem deklariert oder aber einfach verboten:

„Aufgrund dieser Betrachtungen ist Humes und mein negatives Ergebnis so wichtig: wir sehen jetzt ganz deutlich, daß wir uns davor hüten müssen, daß unsere Erkenntnistheorie zuviel beweist. Genauer: keine Erkenntnistheorie sollte versuchen, zu erklären, warum uns Erklärungen gelingen.“ (35)

So trifft sich Popper, so sehr es ihm widerstrebt, folgerichtig mit den von vor allem von Carnap und Wittgenstein in die philosophi-

25 Für die weltanschauliche Diskussion wichtige Bestandteile unserer Alltagssprache sind selbstverständlich häufig metaphorisch belastet und können nicht „wörtlich“ genommen werden. Man denke an Worte wie „Fortschritt“, „Rückschritt“, „Gesetz“.

sche Diskussion eingebrachten „Scheinproblemen“. Bei Carnap liegt der Scheinproblem-Denunzierung eine Behauptung zugrunde, die in entscheidenden Fällen nicht stimmt: Im Zusammenhang mit dem berühmten Beispiel der beiden Geographen, einem „Idealisten“ und einem „Realisten“, die einen vermuteten Berg suchen, trifft folgende Feststellung nicht zu: In allen empirischen Fragen herrscht Einigkeit. Die Wahl des philosophischen Standpunktes hat also keinen inhaltlichen Einfluß auf die Naturwissenschaft. Gerade diese (durch die großen „Revolutionen“ in der Geschichte der Wissenschaft [Kopernikus, Galilei, Einstein] vielfach widerlegte) Auffassung ist das Gegenteil von Poppers temperamentvoll vorgetragenen Standpunkt (siehe die am Anfang zitierte Stelle), daß unsere „Philosophien“ oft verheerende Auswirkungen auf unser Leben und unser Handeln haben. Für solche verheerenden Auswirkungen finden wir in der Geschichte der Naturwissenschaft besonders in neuerer Zeit viele Beispiele. Es sei nur daran erinnert, daß Einstein nachdrücklich darauf hinwies, daß positivistische Befangenheit der Grund dafür war, daß Ernst Mach und Wilhelm Ostwald lange und hartnäckig gegen die (besonders von Ludwig Boltzmann verteidigte) atomistische Theorie Stellung bezogen (vgl. z. B. F. Herneck: *Albert Einsteck*. Leipzig 1974). Und über den Grund, warum der Atomphysiker Ernest Rutherford und andere Physiker seiner Zeit lange nicht die Bedeutung seiner Entdeckungen verstanden, schreibt der amerikanische Physiker F. J. Dyson²⁶: „Sie hatten sich daran gewöhnt, Theorien über das Innere der Atome eher als zur Metaphysik denn zur Physik gehörig anzusehen. Sie verschlossen sich instinktiv gegen jede Information, die ein Gebiet betraf, das jahrhundertlang die Domäne von Scharlatanen und Philosophen gewesen war.“ Zu unserem Leben und Handeln gehört ebenso das Suchen nach „vermuteten Bergen“, wie die Suche nach der Antwort auf die Frage, warum „Philosophien“ oft verheerende Auswirkungen auf das „Suchen nach Bergen“ haben. Popper hatte sich vorgenommen, dieser Frage — im Gegensatz zum Positivismus — nicht auszuweichen. Er ist — besonders in den vorliegenden Vorträgen und Aufsätzen — häufig einer Antwort nahegekommen: nämlich so nahe, daß es die Antwort des dialektischen Materialismus ist. Und die „steht ganz gewiß nicht zur Diskussion“.

Was Popper und manche anderen „Realisten“ schließlich doch gemeinsame Sache mit den Positivisten machen läßt, ist die Umgehung, ja Liquidierung einer Frage, die nicht als Scheinproblem oder gar unwichtig deklariert werden kann. Die Frage lautet: „Was ist wissenschaftlicher Fortschritt?“ oder „Was meinen wir, wenn wir von der Wandlung von Nichtwissen in Wissen sprechen?“

Wenn eine Philosophie diese Frage nicht beantworten kann oder will, ist sie für die wissenschaftliche und gesellschaftliche Praxis unbrauchbar, ja hemmend und gefährlich, besonders wenn sie in einem pseudomarxistischen Gewand auftritt und deshalb von man-

26 F. J. Dyson: *Innovation in Physics*, in: *Scientific American*, 199 (1958), 3, S. 80.

chen gerade in der gesellschaftlichen Praxis für den Fortschritt kämpfenden Vertretern der Linken ernstgenommen wird²⁷. Philosophien dieser Art können traditionalistisch sein oder sich „revolutionär“ von aller bisherigen Philosophie abgrenzen, in einem sind sie sich einig: Sie halten sich streng an Horkheimers Rezept (s. S. 846): „Es darf jedenfalls nicht passieren, daß eine Philosophie die Vorstellung erweckt, die Anwürfe gegen sie wegen ihrer Nähe zum dialektischen Materialismus seien etwa berechtigt.“ Darüber können auch nicht die in den letzten Jahren inszenierten „Streite“ (z. B. der „Positivismusstreit“ zwischen den „Frankfurtern“ und Popper bzw. Albert²⁸) oder die Kontroverse zwischen Popper und Kuhn²⁹ hinwegtäuschen, die die Funktion haben, mit „interessanten“ („die Kritik T. Kuhns an meiner Meinung zur Wissenschaft ist die interessanteste von allen, die mir bis jetzt begegnet sind“³⁰) Kulissenwechseln die uniforme Öde einer sich „offen“ und „pluralistisch“ bezeichnenden „Erkenntnistheorie ohne dialektischen Materialismus“ zu bemänteln. Sind etwa Frankfurter Konstitutionalismus und Popperscher mechanistischer Scheinrealismus eine echte Alternative? Oder etwa der letztere und der Kuhnsche fortschrittsliquidierende Vulgärdarwinismus der Wissenschaftsentwicklung? Denn darin stimmen alle überein (um einen Satz P. K. Feyerabends³¹ abzuwandeln): Ein braver Materialist ist ein toter Materialist.

Das Spezielle und besonders Bemerkenswerte bei Popper ist, daß er sich im Vorraum des nicht verbalen, des „streitbaren“ Materialismus relativ offensiv argumentierend niedergelassen hat, aber keine Argumente für einen Rückzug vorlegt. So muß er sich auf eine besonders unauffällige, ja heimliche Art wieder aus diesem Vorraum herausschleichen. Dies wird bei ihm nicht scheinmotiviert, wie das mit großem Aufwand und erschreckendem Dogmatismus bei vielen Neopositivisten und kritischen Empiristen der Fall ist (was Scheinprobleme sind, bestimmen wir!). Ich kenne keine Arbeit eines Anti-Marxisten, bei der die den eigenen Fall verursachenden Fallstricke mit soviel Mühe geknüpft wurden.

27 Der Versuch, selbst den absurdesten und damit konsequentesten Positivismus — nämlich den des späten Wittgenstein — mit seinem „Erfahrungsbegriff, der von der gleichen theoretischen Grundlosigkeit ist wie die Grundumgangssprache selbst“, in die Nähe von Marx zu rücken, ist sogar Bestandteil der in dieser Zeitschrift geführten „Widerspiegelungsdiskussion“ (s. R. Zimmermann: Semantik, „Widerspiegelung“ und marxistische Erkenntnistheorie, in: *Das Argument* 85, „Widerspiegelungsdiskussion — Streitfragen materialistischer Dialektik (III)“, 16. Jg. (1974), S. 187—201).

28 Vgl. Anmerkung 9.

29 Vgl. Anmerkung 7.

30 Popper, in: Lakatos u. Musgrave, a.a.O.

31 P. K. Feyerabend: How to be a good empirist — a plea for tolerance in matters epistemological, in: *Philos. of Science, the Delaware Seminar* Bd. 2, New York 1963.

Manfred Wetzel

Die Behandlung des Widerspruchs in der Analytischen Wissenschaftstheorie

Poppers Darstellung und Kritik der Dialektik kann als repräsentativ für die Sichtweise der sonst durchaus recht pluralistisch beschaffenen Analytischen Wissenschaftstheorie gelten. Im folgenden wird daher *zuerst* versucht nachzuweisen, daß die Widersprüche und Ungereimtheiten, die Popper bei Hegel und Marx auffinden zu können glaubt, in Wahrheit Widersprüche seines eigenen Denkens sind. Im *zweiten* Abschnitt werden die vier wohl unterschiedenen Bestimmungen „Verschiedenheit“, „Unterschied“, „Gegensatz“ und „Widerspruch“ im Anschluß an Hegel knapp skizziert und an Grundbestimmungen aus Marx' Kritik der Politischen Ökonomie erläutert, um exemplarisch gegen Popper und Anhänger darzustellen, wie es mit dem Widerspruch bei den „Dialektikern“ bestellt ist. *Drittens* wird gezeigt, daß die an sich sehr sinnvollen Strategien zur Beseitigung der sogenannten logischen und semantischen Antinomien unausgesprochen zur Leugnung der Widersprüche in der Realität führen. Dies trifft insbesondere, wie im *vierten* Abschnitt erläutert wird, für die Widersprüche in Kommunikations- bzw. Intersubjektivitätsstrukturen zu, die im allgemeinen die Reflexion der Subjekte auf ihre Beziehung als Teil ihrer selbst enthalten; zu diesem Zweck werden die Analysen von Watzlawick, Beavin und Jackson herangezogen.

I. Darstellung und Kritik der Popperschen Kritik an der Dialektik

Die Dialektik hat nach Popper als der absurdeste und unglaublichste Unsinn zu gelten, der in der Geschichte der Philosophie jemals gedacht wurde¹. Zum Beweis dieses Verdikts ist Popper genö-

1 Poppers Auffassung und Kritik der Dialektik findet sich in seinem 1937 verfaßten Aufsatz „What ist Dialectic?“; abgedr. in: *Conjectures and Refutation*. London 1969; übers. in: Ernst Topitsch (Hrsg.): *Logik der Sozialwissenschaften*. Köln-Berlin/West 1965, S. 262—290. Die darin von Popper zum Ausdruck gebrachte Sichtweise der Dialektik ist nicht nur bei ihm selbst bis heute unverändert geblieben (s. K. R. Popper: *Objektive Erkenntnis*. Hamburg 1973); sie wird auch von seinen Anhängern absolut kritiklos rezipiert und keiner „kritischen Prüfung“ zwecks eines Erkenntnisfortschritts über das, was etwa Hegel und Marx tatsächlich gedacht haben, für notwendig befunden. Aus diesem Grunde beschränken wir uns in unserer Darstellung und Kritik der Kritik der Dialektik im Kritischen Rationalismus auf Popper; seinen Anhängern, allen voran Hans Albert, kommt in diesem Punkt keinerlei Originalität zu. — Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem oben angegebenen neuesten Werk Poppers findet sich in dem Aufsatz von Haberditzl in diesem Heft.

tigt, die Grundprinzipien der Dialektik, so wie er sie verstanden hat, selber darzustellen; dabei darf er selbstverständlich, um das, was in seinen Augen an der Dialektik fehlerhaft, ja absurd ist, darzustellen, den s. E. aufweisbaren Fehlern der darzustellenden Dialektik gerade nicht verfallen. Und dies nicht nur in dem allgemeinen Sinne, daß ein Autor in seiner Kritik an einem anderen Autor zumindest nicht freiwillig das reproduziert, was er an dem von ihm verhandelten Autor zu kritisieren hat, sondern auch in dem speziellen Sinne, daß die „Identität einer vorgängig widersprüchlich gemachten Vernunft mit der Wirklichkeit“ gerade das Grundübel der Dialektik sein soll. Die „Dialektiker“ haben nach Popper nämlich die Einstellung, erstens den Widerspruch in der Theorie selbst zum Prinzip zu erheben, zweitens die Theorie oder die Vernunft als streng identisch mit der Wirklichkeit zu betrachten und folglich drittens alle in der Theorie auftretenden Widersprüche in die Wirklichkeit hineinzuprojizieren^{1a}. Wenn Popper nun beabsichtigt, diese drei „Absonderlichkeiten“ der Dialektik darzustellen, so darf er gemäß seiner Intention *in* seiner eigenen Darstellung zumindest nicht eben diese Fehler machen, die er *mit* seiner Darstellung gerade rügen möchte; anderenfalls wären nämlich die „Fehler“ der *Dialektik* vielmehr Projektionen und damit Fehler Poppers.

Die folgende Darstellung und Kritik der Popperschen Auffassung und Kritik der Dialektik geht insofern immanent vor, als sie die Unhaltbarkeit des Popperschen Dialektik-Bildes an der Ungereimtheit und Widersprüchlichkeit der Popperschen Argumentation selbst festmacht, dabei aber immer zugleich systematisch nach Möglichkeiten fragt, ob in das Poppersche Dialektik-Bild nicht doch irgendeine Konsistenz zu bringen ist. Erst nachdem diese Möglichkeiten — und zwar mit negativem Ergebnis — erschöpft sind, wird als letzter für Popper offen stehender Ausweg seine dogmatische Negation der Widersprüche in der Realität ins Feld geführt. — Gegen dieses Verfahren könnte der Einwand erhoben werden: „Warum dann der ganze Aufwand?“ Darauf ist zu antworten: Popper und Anhänger geben sich stets als Vertreter, ja als die einzigen und wahren Vertreter von Kritik, Rationalität und Offenheit aus, als die einzigen, die frei seien von dogmatischer Voreingenommenheit und stets uneingeschränkten Respekt vor der tatsächlichen Beschaffenheit der Realität hätten. Es ist deshalb erforderlich, exemplarisch zu zeigen, wie es damit in Wahrheit bestellt ist, und den Gang der Argumentation auseinanderzunehmen. Dazu dürfte kein Lehrstück des „kritischen Rationalismus“ besser geeignet sein als die kritiklos rezipierte Poppersche Kritik an der Dialektik.

Beginnen wir mit dem schlichtesten. Popper wirft den „Dialektikern“ vor, sie ließen Widersprüche in der Theorie zu. Dies könnte zunächst auf zwei verschiedene Weisen geschehen: *Zum einen* so, daß über einen bestimmten in sich selbst widerspruchsfreien und zum Gegenstand der Theorie gemachten Sachverhalt einander widerspre-

1a Vgl. Popper, Was ist Dialektik, a.a.O.

chende Aussagen gemacht werden; das bedeutet, daß einem Sachverhalt x , der die Eigenschaft F in bestimmter Hinsicht und zu einer bestimmten Zeit eindeutig besitzt, diese Eigenschaft F in eben dieser Hinsicht und bezüglich dieser Zeit zugesprochen und zugleich abgesprochen wird. Die beiden Aussagen „ $\exists x(Fx \wedge x(t))$ “ und „ $\neg \exists x(Fx \wedge x(t))$ “ widersprechen einander; sie können jedoch nicht deshalb nicht zugleich gemacht werden, weil sie einander widersprechen, sondern weil *beide zusammen* dem von ihnen dargestellten Sachverhalt widersprechen. Dies muß auch für Popper so sein, der ja von einer Korrespondenztheorie der Wahrheit ausgeht, gemäß der sich eine Theorie über die Wirklichkeit nach der Beschaffenheit derselben zu richten hat. *Zum anderen* kann jedoch das Auftreten eines Widerspruchs in einer Theorie auch besagen, daß der zum Gegenstand gemachte Sachverhalt x in sich selbst widerspruchsvoll ist, ihm also in derselben Hinsicht und zu derselben Zeit die Eigenschaft F zukommt und nicht zukommt. Dann können, ja müssen die beiden einander widersprechenden Aussagen „ $\exists x(Fx \wedge x(t))$ “ und „ $\neg \exists x(Fx \wedge x(t))$ “ tatsächlich zugleich gemacht werden. Aber es kann *nicht zugleich behauptet und geleugnet* werden, diese beiden Aussagen treffen zugleich zu; oder es kann *nicht behauptet* werden, diese beiden Aussagen treffen zugleich zu und sie treffen auch nicht zugleich zu. Auch diese Feststellung steht in Übereinstimmung mit dem Korrespondenzprinzip der Wahrheit; denn wenn ein Sachverhalt in sich selbst widerspruchsvoll ist, dann ist dieser widerspruchsvolle Charakter u. U. in einander widersprechenden Sätzen darzustellen, aber es kann nicht zugleich das Gegenteil behauptet werden. Die erforderliche Widerspruchsfreiheit der Theorie liegt hier eine Reflexionsstufe höher, d. i. auf der metasprachlichen Ebene². Diese Widerspruchsfreiheit auf der metasprachlichen Ebene bzw. auf der obersten im Spiele befindlichen metasprachlichen Ebene ist nichts anderes als ein Ausdruck der Notwendigkeit der Konsistenz des Denkens mit sich selbst.

Wie hält es nun Popper mit den „Dialektikern“ bzw. wie halten es die „Dialektiker“ in Poppers Augen mit diesen beiden Formen des Widerspruchs in der Theorie? Wenn Popper selbst kein Dogmatiker sein will, dann müßte er im zweiten Fall den Widerspruch zulassen, ja sogar selbst fordern; und in seiner Kritik an den „Dialektikern“ müßte er selbst eben diese Differenzierung vornehmen.

2 Es ist allerdings keineswegs von vornherein auszuschließen, daß Widersprüche in der Wirklichkeit um eine Stufe komplizierter sind, nämlich so, daß zwei einander widersprechende Sachverhalte und auch die sie darstellenden Aussagen zugleich zutreffen und auch nicht zutreffen; die Widerspruchsfreiheit liegt dann auf der metametasprachlichen Ebene. Das ist jedoch nur in solchen Fällen möglich, in denen die Realität Selbstbewußtsein besitzt, folglich zur Selbstreflexion fähig ist und diese Selbstreflexion selbst für ihre Struktur wesentlich ist. Zu denken wäre dabei an die widersprüchlichen Intersubjektivitätsstrukturen, in denen zu dem objektiv vorliegenden Widerspruch auch noch die — notwendig — widersprüchliche Selbstreflexion hinzukommt; s. hierzu Teil 4 dieses Aufsatzes.

Setzen wir beim letzteren an, so haben wir festzustellen, daß Popper nicht nur diese Unterscheidung ignoriert, sondern darüber hinaus in seiner weiteren Darstellung der „Dialektik“ sich selbst in Widersprüche verwickelt.

Da die „Dialektiker“ nach Popper Vernunft und Wirklichkeit bzw. Theorie und Realität von vornherein als identisch setzen, entsteht die Frage, was im dialektischen Denken passieren soll, wenn die Wirklichkeit — entgegen der bei den „Dialektikern“ ja durchgängig widerspruchsvollen Theorie *nicht* durchgängig in sich widerspruchsvoll ist. Entweder sind die „Dialektiker“ dann keine „Identitätstheoretiker“ und erklären in ihrer Theorie die Wirklichkeit für widerspruchsvoll, *obwohl* sie es nicht ist, oder aber die „Identitätstheoretiker“ sind keine „Dialektiker“ und nehmen in ihrer mit der Wirklichkeit identischen Theorie von den Widersprüchen Abstand — eben *weil* dieselben nicht vorliegen. Popper behauptet jedoch beides. Daher bleibt ihm, wenn er seine beiden Vorwürfe, also der Widersprüchlichkeit der Theorie und der vorgängigen, d. i. nicht geprüften Identität der Theorie mit der Wirklichkeit gleichzeitig aufrechterhalten will, nur der Ausweg, den „Dialektikern“ zu unterstellen, sie setzten die Wirklichkeit als durchgängig widerspruchsvoll, ihre Theorie als durchgängig identisch mit der Wirklichkeit und folglich diese ihre Theorie entsprechend der durchgängig als widerspruchsvoll gesetzten Wirklichkeit selber als durchgängig widersprüchlich an.

Aber dann entsteht für Poppers Darstellung der Dialektik von neuem das Problem, daß er selbst die dogmatische „Identitätsphilosophie“ der „Dialektiker“ und die Widersprüchlichkeit ihrer Theorie in dem *eigentlich* unmöglichen Sinne nicht widerspruchsfrei denken kann und folglich in das Dilemma gerät, seine *beiden* Vorwürfe *nicht zugleich aufrechterhalten zu können*. (1) *Entweder* wirft er den „Dialektikern eine durchgängige „Identitätsphilosophie“ in Verbindung mit einer durchgängig und a priori gesetzten Widersprüchlichkeit der Wirklichkeit vor; dann wäre dies in der Tat ein „doppelt verschanzter Dogmatismus“³, aber die Widerspruchsfreiheit wäre auf der metasprachlichen Ebene gegeben⁴. Die „Dialektiker“ könnten dann nämlich *nicht zugleich* die durchgängige Widersprüchlichkeit der Wirklichkeit behaupten *und auch nicht* behaupten; ihre objektsprachlichen Aussagen hätten ja die durchgängige Widersprüchlichkeit der Wirklichkeit widerzuspiegeln und *nicht zugleich nicht* widerzuspiegeln. (2) Eben *diesen metasprachlichen Widerspruch und zwar jeweils auf der obersten und letzten Metastufe* muß Popper aber den „Dialektikern“ unterstellen, wenn anders sein Vorwurf nicht in dem Sinne sogar selbst vorgängig dogmatisch sein soll, indem er Widersprüche in der Wirklichkeit, die folglich in der objektsprachlichen Theorie widerzuspiegeln wären, selber a priori ausschließt. Aber dann ließe sich das Verdikt der „Identitätsphilosophie“ nicht mehr halten. Denn wenn die „Dialektiker“ auf der obersten und letzten Metastufe zugleich die Widersprüchlichkeit behaupteten und auch nicht behaupteten, dann entstünde eine Ungereintheit des Denkens in sich selbst, so daß nicht einmal mehr

3 Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, a.a.O., S. 279.

4 Bzw. auf der metametasprachlichen Ebene, wenn man den Fall selbstreflexiver doppelt-widersprüchlicher Intersubjektivität hinzunimmt. (i. S. v. Fußnote 2); dieser Fall bringt hier aber nichts Neues, da es jeweils nur auf die Widerspruchsfreiheit der *letzten* Metastufe ankommt, welche hier genauso gegeben ist.

sinnvollerweise dessen apriorische Identität mit der Wirklichkeit behauptet werden könnte; ist nämlich seine widersprüchliche Seite mit der Wirklichkeit identisch, dann könnte es nicht zugleich seine nicht-widersprüchliche Seite sein und umgekehrt; denn solches Denken müßte — wegen seiner letzten und damit totalen Widersprüchlichkeit — seine Identität mit der Wirklichkeit zugleich behaupten und bestreiten und auch noch zugleich behaupten und bestreiten, daß es beides zugleich tut. Solches unterstellt Popper den „Dialektikern“ nun freilich nicht — zumindest nicht in seinen Schriften. Aber eben deshalb liegen in Poppers Darstellung der Dialektik Ungereimtheiten und Widersprüche, die auf das Konto seiner eigenen Darstellung der Dialektik gehen; daß man aber von der Darstellung oder Theorie einer Sache nicht ohne kritische Prüfung auf die Beschaffenheit derselben schließen darf, dies sollte Popper nicht nur unermüdlich betonen, sondern auch auf sein eigenes Denken anwenden.

Die bisherige Kritik an Poppers widersprüchlicher und zu seinen Lasten gehenden Darstellung der Dialektik lief allerdings immer unter der Prämisse, daß mit Widersprüchen in der Wirklichkeit zumindest zu rechnen ist, d. h. daß sie nicht von vornherein also dogmatisch gelehnet werden können. Dies zu tun, wäre nun noch der einzige Ausweg, der Popper bliebe, um seine „Darstellung der Dialektik“ in sich konsistent zu machen. Und Popper beschreitet diesen Ausweg in der Tat.

Nach Popper können nämlich — und zwar unabhängig von aller empirischen Prüfung der Realität — Widersprüche in der Realität nicht existieren:

„... Dieses Gesetz (vom Widerspruch) besagt, daß kein in sich widerspruchsvoller Satz oder kein Paar kontradiktorischer Sätze wahr sein, d. h. mit den Fakten übereinstimmen können. Mit anderen Worten: Das Gesetz impliziert, daß in der Natur, d. h. in der Welt der Fakten, niemals Widersprüche vorkommen können und daß Fakten sich niemals widersprechen können. Aber auf der Grundlage der Philosophie der Identität von Vernunft und Wirklichkeit wird behauptet, daß Fakten einander widersprechen können, da Ideen dies tun, und daß Fakten sich durch Widersprüche entwickeln, wie die Ideen es tun; somit muß also das Gesetz vom Widerspruch aufgegeben werden.

Aber abgesehen von dem, was mir als die äußerste Absurdität der Identitätsphilosophie erscheint (worauf ich später noch zu sprechen kommen werde), finden wir bei näherer Betrachtung dieser sogenannten kontradiktorischen Fakten, daß alle von den Dialektikern vorgebrachten Beispiele lediglich feststellen, daß die Welt, in der wir leben, manchmal eine bestimmte Struktur aufweist, die sich vielleicht mit Hilfe des Wortes ‚Polarität‘ beschreiben läßt. Ein Beispiel für eine solche Struktur wäre die Existenz positiver und negativer Elektrizität. Es wäre aber lediglich eine metaphorische und verschwommene Ausdrucksweise, zu sagen, daß sich positive und negative Elektrizität kontradiktorisch gegenüberstehen. Ein Beispiel für einen wahren Widerspruch würden die beiden folgenden Sätze bilden: ‚Dieser Körper hier wurde am 1. November 1938 zwischen 9 und 10 Uhr vormittags positiv aufgeladen‘, und ein analoger Satz über den gleichen Körper, der aussagt, daß er zur gleichen Zeit nicht positiv aufgeladen wurde.

Dies wäre ein Widerspruch zwischen zwei Sätzen, und die entsprechende kontradiktorische Tatsache bestünde darin, daß ein Kör-

per in seiner Gesamtheit gleichzeitig positiv und nicht positiv aufgeladen wäre und somit gleichzeitig gewisse negativ geladene Körper anziehen und auch nicht anziehen müßte. Die Feststellung jedoch, daß derartige kontradiktorische Fakten nicht existieren, erübrigt sich. (Eine tiefer gehende Analyse könnte zeigen, daß die Nichtexistenz solcher Fakten nicht ein Gesetz nach Art der Gesetze der Physik ist, sondern sich auf die Logik gründet, d. h. auf die Regeln, die den wissenschaftlichen Sprachgebrauch beherrschen.)“⁵

Es verdient festgehalten zu werden, daß Popper, der Hegel und Marx einen dogmatischen Schluß von einer normativen Theoriebeschaffenheit auf die Realität unterstellt, mit seinem Verdikt gegen den Widerspruch sich selbst eines solchen Schlusses schuldig macht: Er schließt aus „Regeln des wissenschaftlichen Sprachgebrauchs“ auf die Beschaffenheit der Realität selbst. Daß er dabei den objekt-sprachlichen Widerspruch im unerlaubten Falle, nämlich da, wo in der Realität überhaupt kein Widerspruch vorliegt, mit dem objekt-sprachlichen Widerspruch, der selbst den am Objekt angetroffenen Widerspruch konstatiert, vermengt, wurde gezeigt; dies ist jedoch nicht der einzige Fehler Poppers. Ein zweiter, nicht minder gravierender Fehler besteht in einem gänzlichen Außerachtlassen der Differenzen zwischen Verschiedenheit, Unterschied, Gegensatz und Widerspruch.

II. Verschiedenheit, Unterschied, Gegensatz und Widerspruch in Hegels Logik und ihre Anwendung in Marx' Kritik der Politischen Ökonomie

Popper und Anhänger pflegen Hegel und Marx zu unterstellen, daß sie alle Theoriebildung dogmatisch über den Leisten des Widerspruchs schlagen. Die Wahrheit ist freilich, daß bei Hegel und Marx nicht nur sehr subtile Begriffsunterscheidungen und -anwendungen bezüglich des kategorialen Umkreises des Widerspruchs vorliegen, sondern darüber hinaus eine methodische Basis geliefert wird, die auch erst *die* Reflexionsform aus diesem Umkreis zu begreifen gestattet, die im positivistischen Verstande die einzig legitime, ja überhaupt die einzig bekannte ist: die Reflexionsform der Verschiedenheit.

Beginnen wir mit der einfachsten Kategorie, mit der *Verschiedenheit*. Sie ist die gängigste und wird deshalb auch häufig keiner weiteren Klärung für bedürftig erachtet. Daß Dinge im allgemeinen untereinander verschieden sind in vielerlei „Eigenschaftsdimensionen“, wird als trivial anerkannt. Dieser Einstellung wäre an sich auch beizupflichten, wenn sie nicht in der Regel einherginge mit einem gänzlichen Mangel einer Unterscheidung zwischen der *äußerlichen* und der *selbstreflexiven Beziehung* und in der Folge davon zu einer Beschränkung auf die *äußerliche* Beziehung selbst führte. Während nämlich nach Hegel unter der Kategorie der *Verschiedenheit* Dinge, die nebeneinander im Raum und/oder nacheinander in der Zeit auftreten, einfach hinsichtlich ihrer Gleichheit oder Ungleichheit in ir-

5 Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, a.a.O., S. 280 f.

gendwelchen „Merkmalsdimensionen“ verglichen werden und dabei als selbstverständlich vorausgesetzt wird, daß gerade wegen der gänzlich äußerlichen Beziehung der Dinge das — ebenso — äußerliche Vergleichen genau angemessen ist, betrifft die Kategorie des *Unterschieds* eine Beziehung auf sich selbst. „Der Unterschied ist das Ganze und sein eigenes Moment“⁶, d. h. die Beziehung „Unterschied“ ist in sich selbst nochmal als das enthalten, worauf die Beziehung geht. Für dieses Verhältnis lassen sich folglich auch nicht mehr die zwischen Dingen möglichen Vergleichsbeziehungen als Beispiel anführen — man muß sich vielmehr nach anderen Wirklichkeitsstrukturen/-verhältnissen umsehen. Ein solches Verhältnis, auf das die Hegelsche Kategorie des Unterschieds zutrifft, ist z. B. das Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein: das gesellschaftliche Bewußtsein ist selbst ausgezeichneter Teil des gesellschaftlichen Seins und zwar so, daß es dessen von ihm selbst auch unterschiedenes Moment ist. *Zugleich* aber ist das gesellschaftliche Bewußtsein selbst nochmal der Unterschied zwischen dem gesellschaftlichen Sein und ihm selbst; denn als gesellschaftliches Bewußtsein „geht es ja auf“ das gesellschaftliche Sein, bezieht sich auf dieses, hat es zu seinem Gegenstand⁷. Das ist etwas von dem nach Vergleichungsgesichtspunkten darstellbarem Verhältnis der Verschiedenheit wohl „Verschiedenes“⁸.

Von der Verschiedenheit und dem Unterschied ist wiederum der *Gegensatz* zu unterscheiden; er ist die Einheit von Verschiedenheit und Unterschied. Das besagt folgendes: Zwei im Gegensatz befindliche Bestimmungen haben einerseits die äußerliche und gleichgültige Beziehung der Verschiedenheit zueinander, enthalten aber andererseits ihre Beziehung aufeinander jeweils selbst als die ihnen eigentümliche Bestimmung. Die Verflechtung dieser beiden Strukturen der Verschiedenheit und des Unterschiedes ergibt, daß die im Gegensatz befindlichen Bestimmungen — die entgegengesetzten Bestimmungen — *sich wechselseitig ausschließen*, denn *jede* enthält selbst, ja ist selbst die ganze Beziehung des Gegensatzes, und *zugleich gegeneinander gleichgültig sind*, eben weil *jede* genauso gut die *gesamte* Beziehung ist wie auch die andere und folglich beide einander so äußerlich sind wie zwei gleichartige Dinge. Die *Urform des Gegensatzes* ist das Verhältnis zwischen dem Positiven und dem Negativen:

6 G. W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik. Hamburg 1966, Bd. II, S. 33.

7 Dabei ist jetzt allerdings von allen Verschleierungen des gesellschaftlichen Seins im gesellschaftlichen Bewußtsein abgesehen. Die im weiteren Fortgang selbstverständlich unerläßliche Berücksichtigung dieser Verschleierungen macht aber die Hegelsche Kategorie des Unterschieds nicht etwa überflüssig, sondern erst recht notwendig und zwar in der weiter entwickelten Gestalt des Widerspruchs.

8 Auf die schwierige Frage, wie das Verhältnis von Verschiedenheit und Unterschied zu seiner eigenen Charakterisierung selbst heranzuziehen ist, können wir hier nicht eingehen. Vgl. Manfred Wetzel: Reflexion und Bestimmtheit in Hegels Wissenschaft der Logik. (Diss. Hamburg 1968) Hamburg 1971, § 9.

Das Positive und das Negative sind einesteils *einander entgegengesetzt*; jedes ist das Negative oder Entgegengesetzte des Anderen und *ist* insofern selbst diese Entgegensetzung zu seinem Anderen — denn allein in dieser Entgegensetzung hat es ja seine Bestimmung. Beide sind aber auch *gegeneinander gleichgültig*; jedes ist das Entgegengesetzte zum Anderen, *jedes* folglich auch dasjenige, *zu dem* das andere das Entgegengesetzte ist, beide stehen somit zueinander auch im Verhältnis der Positivität oder der Gleichgültigkeit.

Der *Widerspruch* schließlich verhält sich zum Gegensatz wie der Unterschied zur Verschiedenheit. Das bedeutet: So wie sich der Unterschied durch seine selbstreflexive Beziehung gegenüber der bloß äußerlichen Beziehung der Verschiedenheit auszeichnet, so kommt im Widerspruch gegenüber dem Gegensatz dies hinzu, daß jetzt die gesamte, den Gegensatz ausmachende Einheit von Positivem und Negativem nochmal als ihr eigenes Moment auftritt. Einen solchen Fall von Widerspruch haben wir im Verhältnis des gesellschaftlichen Seins zu einem *falschen* Bewußtsein dieses Seins und folglich auch von sich selbst. Während nämlich beim Unterschied zwischen dem gesellschaftlichen Sein und dem in ihm „enthaltenen“ gesellschaftlichen Bewußtsein sich gleichsam nur der Gegenstandsbezug *des* Bewußtseins *im* Bewußtsein verdoppelte, kommt jetzt als neue, in sich widerspruchsvolle Qualität hinzu, daß das *falsche* Bewußtsein eben das, worauf es sich — als Teil des gesellschaftlichen Seins — bezieht, zugleich von sich ausschließt: Es ist *in seiner Falschheit* einerseits durch das gesellschaftliche Sein vermittelt, weiß dies aber andererseits nicht und schließt folglich, da es ja ein anderes Bewußtsein vom gesellschaftlichen Sein ist als demselben angemessen wäre, dasjenige, aus dem seine Falschheit allererst resultiert, von sich selber aus. Das falsche gesellschaftliche Bewußtsein wird vom gesellschaftlichen Sein gleichsam hinters Licht geführt, ohne zu wissen, daß es von ihm hinters Licht geführt wird: das falsche Bewußtsein schließt mithin eben dies aus, was sein wahrhafter Grund ist, und schließt es von sich auch *insofern* aus, als es sein wahrhafter Grund ist: es macht gerade die spezifische, vom gesellschaftlichen Bewußtsein nicht durchschaute Qualität des gesellschaftlichen Seins aus, sich im Bewußtsein seiner selbst zu verschleiern. — Diese Verschleierung, die allemal interessenbedingt ist, muß nun aber keineswegs ein für allemal bleiben. Damit kommen wir zur Anwendung der Hegelschen Kategorien in Marx' Kritik der Politischen Ökonomie.

Diese Anwendungen — das sei vorweg gesagt — bestehen natürlich nicht darin, daß Marx einfach in die Stellen der Hegelschen Logik, an denen die „reinen“ Kategorien auftreten, gleichsam die Kategorien der Kritik der Politischen Ökonomie bloß eingesetzt und im übrigen dann von Hegel die gesamte Entwicklung derselben praktisch schon bereit gehabt hätte. Das wäre genauso, wie wenn ein Physiker einfach die Variablen, Funktionen, Operatoren etc. einer *mathematischen* Disziplin durch physikalische, auf real in Raum und Zeit Existierendes bezogene Bestimmungen ersetzen wollte und so-

dann beanspruchte, eine *physikalische* Theorie zu haben⁹. Vielmehr stellt die Kritik der Politischen Ökonomie eine *eigene* Entwicklung einer Theorie dar, die sehr bestimmte und grundlegende gesellschaftlich-geschichtliche Verhältnisse auf den Begriff bringt. Im folgenden sollen einige, allerdings grundlegende Bestimmungen herausgegriffen werden, in der Absicht, zu zeigen, daß sie nur unter Berücksichtigung der genannten Hegelschen Kategorien verständlich sind.

Die Kategorie der *Verschiedenheit* tritt bei Marx z. B. dort auf, wo beim Tausch Waren hinsichtlich ihres Gebrauchswerts miteinander verglichen werden¹⁰. Verschieden ist der Gebrauchswert des Rocks vom Gebrauchswert der Leinwand, und diese Verschiedenheit ist Voraussetzung für den Tausch. In bezug auf die Wertseite der Waren gilt das Entgegengesetzte: Voraussetzung für den Tausch ist die Nicht-Verschiedenheit, die Gleichheit der Werte.

So wie die Kategorie der Verschiedenheit für die Bestimmung des praktischen Vergleichs von Gebrauchswerten und Tauschwerten untereinander von Bedeutung ist, so ist es die Kategorie des *Gegensatzes* für die Bestimmung des Verhältnisses von Gebrauchswert und Tauschwert. *Gebrauchswert und Tauschwert* als solche selbst stehen zueinander im Verhältnis des *Gegensatzes*; sie sind die beiden einander entgegengesetzten Momente einer Ware. Beide sind einerseits selbständig, indem jeder den anderen von sich ausschließt; der Tauschwert ist nicht und gerade nicht Gebrauchswert und ebenso umgekehrt der Gebrauchswert nicht und gerade nicht Tauschwert. Aber diese Selbständigkeit ist andererseits keine absolute; indem jede der beiden Bestimmungen einer Ware diese ihre „selbständige“ Bestimmung nur in der ausschließenden Beziehung auf ihr anderes hat, ist sie auf dies ihr anderes zugleich bezogen; für alle Waren gilt, daß sie keinen Gebrauchswert ohne Tauschwert und auch keinen Tauschwert ohne Gebrauchswert haben. Der Tauschwert tritt stets nur „an“ einem Gebrauchswert auf; er ist selbständig gegenüber demselben, sieht gerade ab von den konkreten Eigenschaften der Ware und hat dennoch diese seine Selbständigkeit nur in seiner ausschließenden Beziehung auf sein anderes, auf den Gebrauchswert; so ist er demselben gegenüber gleichgültig und zugleich entgegengesetzt. Umgekehrtes gilt vom Gebrauchswert gegenüber dem Tauschwert: Die Verwirklichung des Gebrauchswerts bedeutet die

9 Einsteins Benutzung der Riemannschen Geometrie in der Allgemeinen Relativitätstheorie wie auch die Anwendung des Hilbert-Raumes in der Quantentheorie sind *keine* Gegenbeispiele. In beiden Fällen wurde zwar das mathematische Gerüst *angewandt*; aber die in einer Darstellung der Riemannschen Geometrie oder des Hilbert-Raumes auftretenden Gleichungen etc. sind strukturell nicht die Bewegungsgleichungen, die der Physiker aufstellt. Vielmehr sind die physikalisch relevanten Gleichungen aus mathematischer Perspektive gesehen nur irgendwelche, nicht weiter ausgezeichnete Gleichungen aus praktisch unendlich vielen möglichen Gleichungen.

10 K. Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin/DDR 1969. Marx Engels Werke, Bd. 23, z. B. S. 52.

Vernichtung des Tauschwertes. Der Gegensatz ist so selbst die Einheit der Gleichgültigkeit und der Entgegensetzung zweier Bestimmungen; eben insofern beide selbständig sind, zu „ihrer eigenen Logik des jeweils anderen nicht bedürfen“, sind sie in „dieser ihrer eigenen Logik“ zugleich durch ihre Entgegensetzung gegenüber ihrem anderen vermittelt. Eben insofern der Tauschwert seinen eigenen Gesetzmäßigkeiten, also nicht denen des Gebrauchswerts unterliegt, ist er zugleich auf ihn bezogen; nur durch den Ausschluß seines anderen von sich selbst und damit in der ausschließenden Beziehung auf sein anderes kann seine eigentümliche Logik erfaßt werden.

Hegels Kategorie des Unterschieds dagegen wird für den Fetischcharakter der Ware gebraucht. Der Fetischcharakter der Ware ist der „gegenständliche Schein der gesellschaftlichen Charaktere der Arbeit“¹¹, den Menschen werden die gesellschaftlichen Charaktere der Privatarbeiten als „gesellschaftliche Natureigenschaften“ der Dinge zurückgespiegelt¹². Der Fetisch ist insofern ein unterschiedenes Ganzes und sein eigenes Moment, als er den Unterschied des „gegenständlichen Scheins“ und des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit in sich trägt, aber in diesem „gegenständlichen Schein“ selber das Gesellschaftliche ist und eben darin seine spezifische Bestimmtheit hat. Für die Wissenschaft besteht dieser Unterschied, aber es ist eben für den Fetischcharakter wesentlich, daß sie „keineswegs den gegenständlichen Schein der gesellschaftlichen Charaktere der Arbeit“¹³ verscheucht.

Der *Widerspruch* schließlich ist selbst die ganze „selbständige Reflexionsbestimmung“, die „in derselben Rücksicht, als sie die andere enthält und dadurch selbständig ist, die andere ausschließt“ und so „in ihrer Selbständigkeit ihre eigene Selbständigkeit“ von sich selbst ausschließt¹⁴. Ein solcher Widerspruch ist *das Kapital*. Es ist einesteils das Selbständige, nämlich das Herrschende. Es bedarf anderenteils seines Anderen, des Nicht-Kapitals, der lebendigen, wertschöpfenden Arbeitskraft¹⁵; seine Selbständigkeit beruht darauf, daß es dies sein Anderes sich beständig einverleibt „in unersättlicher Gier“. Jedoch in eben der Hinsicht, als es ständig Nicht-Kapital schlechthin, also wertschöpfende Arbeitskraft in sich einsaugt, schließt es dieses sein Anderes, von dem es gleichwohl allein „leben“ kann, aus sich aus; das Kapital vereinnahmt das Nicht-Kapital als sein entgegengesetztes und kann dies wiederum nur, indem es dies von sich ausschließt, es Nicht-Kapital, nämlich wertschöpfende Potenz sein läßt. Da aber die Selbständigkeit des Kapitals gerade daran hängt, selbständig über das es allein Vermehrende, nämlich über Nicht-Kapital, verfügen zu können, solches aber wiederum nur vermag

11 Ebd., S. 86.

12 Ebd., S. 86.

13 Ebd., S. 88.

14 Hegel, *Wissenschaft der Logik*, a.a.O., Bd. II, S. 49.

15 Vgl. K. Marx: *Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie*. Berlin/DDR 1953, S. 185 in Verbindung mit S. 183.

wenn dieses es selbst Vermehrende sein schlechthin Anderes, das schlechthin von ihm Ausgeschlossene ist, schließt das Kapital in seiner Selbständigkeit diese seine eigene Selbständigkeit von sich aus; so ist es der Widerspruch. Dieser Widerspruch des Kapitals hat selbstverständlich seine objektiv-reale gesellschaftliche Grundlage im gesellschaftlichen Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, d. i. der eigentümlichen Trennung von Produktionsmitteln und lebendiger wertschöpfender Arbeitskraft¹⁶.

Popper und im allgemeinen auch seine Anhänger lassen derartige Unterscheidungen vermissen. Sie schlagen alles über den Leisten eines zudem vordergründig als simple Kontradiktion aufgefaßten Widerspruchs, wo bei Hegel und Marx subtilste Begriffs- und damit Sachunterscheidungen vorliegen. So wird Hegel und Marx nicht nur etwas unterstellt, was es bei ihnen gar nicht gibt, nämlich Widersprüche auf der letzten Meta-Ebene nach dem Muster einer simplen Kontradiktion mit anschließender Projektion auf die Wirklichkeit, sondern es wird darüber hinaus die Gedankenarbeit dieser beiden Denker in einer Weise ignoriert, die ihresgleichen sucht. Vergegenwärtigt man sich *in diesem Zusammenhang*, daß nach Popper Widersprüche in der Wirklichkeit nicht existieren können, weil sie nicht existieren dürfen, dann ist klar, wo die Dogmatiker zu suchen sind^{16a}.

16 Vgl. Marx, Das Kapital, Zweiter Band, MEW Bd. 24, S. 36 f. Es ist im übrigen kein Einwand gegen die objektive gesellschaftliche Realität des so als Widerspruch charakterisierten Kapitals, daß zusätzlich diesen Widerspruch dämpfende Verhältnisse vorliegen, etwa in Gestalt staatlicher Steuerungsmaßnahmen. Der Sinn einer Aussage, daß in der Realität der und der Widerspruch auftritt, ist nicht — wie häufig unterstellt wird —, daß dieser Widerspruch gleichsam nackt vorliegt. Genausowenig wie der Luftwiderstand, dem ein fallender Körper ausgeliefert ist, ein Einwand gegen das Fallgesetz ist, genausowenig ist der Tatbestand staatlicher Regulation des ökonomischen Prozesses im Kapitalismus ein Einwand gegen die objektive Realität des Kapitals und den für es charakteristischen Widerspruch; allerdings sind im Falle solcher Dämpfung die Werte des Kapitals, etwa der Profit, die Profitverteilung etc. andere als im Falle fehlender Dämpfung genau wie beim fallenden Körper. — Freilich hat dieser Vergleich seine Grenze dort, wo der historisch-gesellschaftliche Charakter des Kapitals zum Tragen kommt; das Fallgesetz gilt in allen Gesellschaftssystemen, die Gesetze des Kapitals keineswegs.

16a Bezüglich der in Marx' Theorie dargestellten Widersprüche ist in jüngster Zeit eine an sich sehr scharfsinnige Arbeit erschienen, die an einem Grundpfeiler des Marxschen Theoriegebäudes, nämlich an der Wertlehre, den Nachweis zu führen sucht, daß Marx nur deshalb vermehren konnte, in der ökonomischen Realität Widersprüche anzutreffen, weil er derselben in seinem eigenen Kopfe nicht gewahr wurde und sie folglich einfach auf die Realität projizierte; gemeint ist Werner Becker: Kritik der Marxschen Wertlehre. Hamburg 1972, bes. S. 72. Becker macht freilich den fundamentalen Fehler — und darin ist er wohl Schüler des von der bürgerlichen Ökonomie herkommenden Hans Albert geworden —, überhaupt nicht mit dem Denken und der Tätigkeit, kurzum der Praxis

III. Die Liquidation des Widerspruchs mit der Unterscheidung zwischen Objekt- und Metasprache

Popper ist unter den namhaften Vertretern der analytischen Philosophie und Wissenschaftstheorie der einzige, der zur Dialektik überhaupt explizit Stellung genommen hat. Nun ist einerseits klar, daß die übrigen Vertreter der analytischen Philosophie und Wissenschaftstheorie, hätten sie zur Dialektik Stellung genommen, sich nicht wesentlich anders geäußert hätten als Popper. Es darf jedoch andererseits nicht verkannt werden, daß die im Zuge der mathematischen Logik und Grundlagenforschung zu Tage getretenen Antinomien zu einer in bestimmter Hinsicht sehr gründlichen Beschäftigung mit dem Gesamtkomplex „Widerspruch“ Anlaß gegeben haben und daß in diesem Rahmen sehr scharfsinnige Analysen zur Aufhellung von Widerspruchsstrukturen vorgenommen wurden, die implizit auch zur Interpretation der Hegelschen Logik beitragen können. Die Behandlung des Komplexes „Widerspruch“ beginnt in der Analytischen Philosophie freilich dort problematisch zu werden, wo Widersprüchliches, sofern es die Realität betrifft, einfach als nicht-existent erklärt, und sofern es die Theorie betrifft, schlicht verboten wird, ohne zu fragen, ob damit nicht wesentliche Strukturen der Realität und der Theorie im Verhältnis zur Realität dem philosophischen Bewußtsein verloren gehen¹⁷. Im folgenden wird die in diesem Punkt

der wirklichen Subjekte zu rechnen. Marx konstatiert doch die Widersprüche als Widersprüche der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sich die Subjekte befinden. Hier zeigt sich ganz deutlich der in Alberts gesamter Theorie der Gesellschaftswissenschaften nach dem Modell der Naturwissenschaften unterstellte externe Beobachter, dem allein stillschweigend Subjektivität zugebilligt wird und in Beziehung zu dem dann alles, was sein Gegenstand wird, konsequenterweise unter die Ding-Kategorie fällt. Da nun Dingen allerdings keine Widersprüche von der Art zukommen können, wie Marx sie darstellt, bleibt für Albert und Becker tatsächlich nur übrig, die Widersprüche dem einzig noch vorhandenen Subjekt anzulasten, dem ökonomischen Theoretiker, und das ist hier Karl Marx. Es ist jedoch anzumerken, daß Werner Becker unter den Popperianern insofern eine Ausnahme darstellt, als er in früheren Schriften eine sehr gründliche Kenntnis der Hegelschen Logik gezeigt hat, die durch eine offensichtliche Frontstellung gegenüber Adorno bestimmt wird; unter dem Einfluß von Popper, Albert und sogar Topitsch läßt er dann allerdings vermissen, was er früher immerhin gekonnt als „Negative Dialektik“ gegen Adorno praktizierte (s. W. Becker: *Hegels Begriff der Dialektik* und das Prinzip des Idealismus. Stuttgart 1969; ders.: *Idealistische und materialistische Dialektik*. Stuttgart 1970).

17 Als Beispiel dafür kann Stegmüller dienen. In seinem umfassenden Werk „Probleme und Resultate der Analytischen Philosophie und Wissenschaftstheorie“ (Berlin/West-Heidelberg-New York 1969 ff.) wird gegen Hegel in einer Weise polemisiert, die an Grobschlächtigkeit sogar Popper, Albert und Topitsch noch übertrifft. So heißt es in Bd. II, daß Hegel in seiner Logik „ganze Hierarchien sinnloser Begriffe übereinander türmt“ (S. 197); ja es wird sogar erklärt, Hegels Logik und Naturphilosophie stell-

ziemlich einheitliche Sichtweise der Analytischen Philosophie knapp geschildert mit dem Ziel, die unausgesprochenen Konsequenzen dieser Sichtweise bloßzulegen. Wir orientieren uns dabei an Wolfgang Stegmüller, dem zumindest für die BRD maßgebenden Vertreter dieser Richtung¹⁸.

Unter Widerspruch wird zunächst die schlichte Kontradiktion nach dem Muster zweier kontradiktorischer Sätze verstanden. Damit wird bereits im Ansatz der Poppersche Fehler begangen, aus dem für die Theorie- bzw. Darstellungsebene charakteristischen Widerspruch einfach auf die Realität zu schließen, ohne zu sehen, daß kein einziger der für die Realität in Frage kommenden Fälle diesem Theorie-Fall entspricht; das hat zur Folge, daß nach derselben Methode, nach der der Widerspruch in der Theorie ausgeschaltet wird, auch in der Realität Widersprüchliches zum Verschwinden gebracht wird (die Marxschen Beispiele würden ohnehin als schlechte Metaphysik gelten). Unabhängig von dieser so ziemlich für die gesamte Analytische Philosophie und Wissenschaftstheorie charakteristischen Weigerung, Widersprüche in der Realität anzuerkennen¹⁹, wurden jedoch im Zuge der Grundlagenforschung in der Logik und Mathematik Unterscheidungen getroffen, die — wenn auch via negationis — als Darstellungsmittel für Real-Widersprüche nicht mehr gut vernachlässigt werden können. Zunächst wird — was philosophie-historisch gesehen allerdings nicht völlig neu ist — auf der Theorie-Ebene zwischen *Widerspruch* als dem allgemeinen Fall zweier kontradiktorischer Sätze und der *Antinomie* als dem speziellen Fall zweier kontradiktorischer und zugleich beweisbarer Sätze unterschieden. Die Antinomien wiederum werden in *logische* und *semantische Antinomien* unterteilt. *Semantische Antinomien* liegen immer dann vor, wenn eine Aussage, die sich auf ein von ihr wohl unterschiedenes Objekt bezieht, zugleich sich auf sich selbst als ihr eigenes Objekt bezieht; *logische Antinomien* sind dagegen einfach diejenigen, in denen dieser semantische Selbstbezug nicht auftritt.

Das einfachste Beispiel für eine *semantische Antinomie* ist die Aussage „Ich lüge“, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß das Subjekt „Ich“ in eben der Hinsicht und insofern sich auf sich selbst

ten „eine amorphe Masse“ dar, die „als Unsinn zu entlarven“ sei (a.a.O., S. 368). Das ist die Polemik und der Gedankenhorizont des Wiener Neopositivismus, den die Analytische Philosophie und Wissenschaftstheorie doch heute weit hinter sich gelassen haben will. Daß es mit dem Studium von Hegel und Marx nicht weit her ist, zeigt auch deren pauschale Abqualifizierung als „Metaphysiker“, die angeblich ohne Zuhilfenahme von Erfahrung etwas über die Wirklichkeit ausmachen wollen (a.a.O., S. 183).

18 W. Stegmüller: Das Wahrheitsproblem und die Idee der Semantik. Eine Einführung in die Theorien von A. Tarski und R. Carnap. Wien 1957, 2 1968.

19 Eine Ausnahme könnte höchstens die Spätphilosophie Wittgensteins bilden, die aber dann wohl dahingehend zu interpretieren wäre, daß Wittgenstein mit ihr etwas anderes gezeigt hat, als was er zeigen wollte.

bezieht, als es von sich sagt, daß es lügt²⁰. Sage ich damit nun die Wahrheit oder die Unwahrheit? Angenommen nämlich, ich sage die Unwahrheit, so spreche ich dies, daß ich die Unwahrheit sage, selber zugleich aus, denn ich sage ja, daß ich lüge; folglich sage ich die Wahrheit. Angenommen dagegen, ich sage die Wahrheit, so sage ich dagegen die Unwahrheit, da ich mit dem Vollzug der Aussage „Ich lüge“ eben zu sagen intendiere, daß ich faktisch lüge und folglich die Unwahrheit sage. Das bekannteste *Beispiel einer logischen Antinomie* ist die Russellsche Antinomie der Menge aller Mengen, die sich nicht selbst als Element enthalten. Enthält diese Menge nun sich selbst als Element oder aber nicht? Angenommen, sie enthält sich selbst als Element; dies kann jedoch nicht sein, da sie nur all die Mengen enthält, die sich nicht selbst als Element enthalten, folglich, wenn sie sich selbst als Element enthielte, eine in ihr enthaltene Menge wäre, die ihrem Begriff widerspricht. Angenommen aber, sie enthält sich selbst nicht als eigenes Element; dies kann wiederum nicht sein, da sie in diesem Fall gemäß ihrer Begriffsbestimmung zu den in ihr als Element enthaltenen Mengen gehören muß und eine dritte Möglichkeit nicht existieren soll.

Nun wurden bekanntlich zur Vermeidung solcher Antinomien bestimmte Strategien erdacht, die und zwar *weil und insofern* sie eine Vermeidung der Antinomien zur Folge haben, selbst als axiomatische Forderungen dem Aufbau von Kalkülen und Sprachsystemen vorangehen. Zur Beseitigung der *logischen Antinomien* wurde die sogenannte Typentheorie konzipiert, gemäß der zwischen Mengen verschiedener Stufe unterschieden und sodann gefordert wird, daß eine Menge immer um eine Stufe höher als ihre Elemente angesetzt werden muß; die *semantischen Antinomien* können mit Hilfe der bekannten Unterscheidung zwischen Objektsprache und der über diese redenden Metasprache vermieden werden. — Nun kann man gegen diese Unterscheidungen und die im Anschluß daran *ausgesprochenen* Konsequenzen kaum etwas einwenden, wohl aber gegen die *unausgesprochenen* Konsequenzen:

Das ist *im Fall der Auflösung der logischen Antinomien* die Konsequenz, daß Widersprüche in der Realität vom Typus der Russellschen Antinomie sein müßten; da jedoch, wenn der Gegenstand eines Widerspruchs real-existent sein soll, er nicht bloß wie die Menge aller Mengen, die sich nicht selbst als Element enthalten, aussprechbar, sondern auch in Raum und Zeit aufweisbar sein muß, dies aber, wie sich an entsprechend konstruierten Beispielen zeigen läßt, nicht gelingen kann, führt die Prämisse, daß die Widersprüche, wenn es sie überhaupt geben sollte, nur vom Typus der Russellschen Antinomie sein können, konsequent zu dem Schluß, daß es in der Realität keine Widersprüche gibt. Gängige Beispiele, die genau nach der Rus-

20 Die übliche Version dieser Antinomie „Alle Kreter lügen“ ist deshalb nicht korrekt; entweder muß es heißen „Alle Kreter lügen immer“ oder aber es muß die Selbstbezüglichkeit des Kreters, der von sich sagt, daß er lügt, ausdrücklich genannt werden.

sellschen Antinomie konstruiert sind, und bezüglich derer die Nicht-Existenz tatsächlich einsichtig ist, sind der Barbier, der all diejenigen rasiert, die sich nicht selbst rasieren, oder der Mörder, der all diejenigen umbringt, die sich nicht selbst umbringen²¹. Jedesmal kann man die Ungereimtheit zeigen: Jener Barbier kann sich weder selbst noch nicht selbst rasieren, und der Mörder kann sich weder selbst noch nicht selbst umbringen. Stegmüller geht sogar noch einen Schritt weiter: Auch im Falle jenes „Mörders“, der all diejenigen umbringt, die sich nicht selbst umbringen, konstatiert er nicht etwa empirisch, daß es diesen „Massenmörder“ nicht gibt, sondern deduziert dessen Nicht-Existenz aus den widerspruchsvollen Ergebnissen, die durch Existenzannahme folgen, und führt sodann — und das ist der entscheidende Punkt — *solche Deduktion stellvertretend für alle Realitätsfälle*, bezüglich derer einander widersprechende Sätze formulierbar sind. Zwar bringt Stegmüller keine weiteren Beispiele, aber nach allem, was man aus seiner sonstigen Philosophie weiß, ist anzunehmen, daß seine Argumentation im Falle des Gegensatzes und des Widerspruchs im Hegelschen und Marxschen Sinne (s. o.) nicht anders verlaufen würde, denn diese Fälle lassen sich in zueinander kontradiktorischen objektsprachlichen Aussagen darstellen. Es ist dann dieselbe Vermengung wie bei Popper, nämlich zwischen dem im Fall eines vorliegenden Realwiderspruchs widersinnigen objektsprachlichen Widerspruchsverbot und dem unumgänglichen metasprachlichen Widerspruchsverbot auf der jeweils obersten Metastufe. Es wäre wohl Marx nicht im Traum eingefallen zu behaupten, das Kapital sei in ein und derselben Hinsicht und zugleich der Widerspruch und auch nicht der Widerspruch, oder in ein und derselben Hinsicht und zugleich brächte das systemnotwendige Steigen der Profitrate den tendenziellen Fall derselben hervor und auch nicht hervor. Vielmehr ist gemäß Marx' Argumentation die objektive gesamtgesellschaftliche Realität „Kapital“ selbst der Widerspruch und zwar insofern, als es in eben der Hinsicht, in der es gegenüber der Lohnarbeit das Selbständige und Bestimmende ist, zugleich von derselben abhängig ist oder als es in eben der Hinsicht, in dem es zu einem Steigen der Profitrate führt, auch ein Fallen derselben bewirkt. Dies ist aber jeweils etwas ganz anderes, als zu behaupten, das Kapitel sei in ein und derselben Hinsicht der Widerspruch und auch nicht der Widerspruch, was Marx nur dann gemeint hätte, wenn er in seinem methodischen Verfahren dem Popperschen „Bild“ von Dialektik entsprechen würde. Nicht Marx und Hegel, sondern die Analytischen Philosophen sind folglich die Dogmatiker, wenn sie aus Verbotsschlüssen Wirklichkeit deduzieren.

Die strenge Trennung zwischen Objekt- und Metasprache zur *Vermeidung der semantischen Antinomien* hat nicht minder fatale Kon-

21 Stegmüller, der das Beispiel mit dem Mörder bringt, bezeichnet diesen Mörder merkwürdigerweise als „Selbstmörder“; es handelt sich hier doch wohl um einen Massenmörder, der als real-existent nicht denkbar ist, aber nur deshalb, weil er weder Selbstmörder noch Nicht-Selbstmörder sein kann — tertium non datur.

sequenzen; sie impliziert nämlich eine rigide Trennung zwischen Erkenntnisstruktur und Erkenntnistätigkeit, zwischen Erkenntnisgeltung und Erkenntniswirklichkeit, zwischen Erkenntnisbegründung und Erkenntnisentwicklung²². Nach der einheitlichen Lehre der Analytischen Theorie der empirischen Wissenschaften wird das zweite Glied jeweils zum ausschließlichen Gegenstand empirischer Forschung, des näheren als beobachtbares Verhalten von Versuchspersonen durch Versuchsleiter aufgefaßt, die nach den Kriterien der intra- und intersubjektiven Nachprüfbarkeit über die verdinglichte Erkenntnistätigkeit verfügen und für sich selbst nur das erste Glied, die Erkenntnisgeltung, reklamieren²³. Dieses erste Glied ist Gegenstand einer mehr oder minder normativen Wissenschaftstheorie, die ihren Gegenstand, die Wissenschaftstätigkeit, stillschweigend nach dem Muster der Naturwissenschaft als extern gegenüber dem Gegenstand der Wissenschaft zu wissen glaubt. Die aus dem Widerspruchsverbot und der Sprachebenentrennung resultierenden Vergewaltigungen von Subjektivität und Intersubjektivität sollen im folgenden Teil skizzenhaft aufgezeigt werden.

IV. Intra-subjektive und inter-subjektive Widerspruchsstrukturen

Watzlawick, Beavin und Jackson haben in ihrer Schrift über „Menschliche Kommunikation“²⁴ eine eindrucksvolle Systematik der in intersubjektiven Verhältnissen auftretenden Widersprüche vorgelegt. Im folgenden werden die wichtigsten Strukturen knapp dargestellt, und zwar *in der Absicht* zu zeigen, daß auf der allgemeinen Ebene stets die Struktur vorliegt, die nach *Hegel* für den Widerspruch charakteristisch ist. Damit wird die Tragweite des Dogmatismus, der im Verdikt der Analytischen Philosophie gegen den Widerspruch liegt, nochmals sichtbar: es wird *erstens* die wahre Struktur des Widerspruchs überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, *zweitens* unterstellt, die schlichte Kontradiktion zweier Sätze werde von den „Dialektikern“ in der Theorie bedenkenlos zugelassen und ebenso bedenkenlos auf die Realität projiziert, *drittens* angenommen, daß, sofern in der Realität Widersprüche existieren, sie ausschließlich und unmittelbar nach dem Modell dieser Kontradiktion zu denken seien, sodann *viertens* aus dem Verbot solcher Kontradiktionen in der Theorie auf die Unmöglichkeit derselben in der Realität geschlossen, worunter schließlich *fünftens* die wirklichen Widersprüche selbst

22 Auch für Stegmüller ist ein absoluter Dualismus zwischen dem jeweils ersten und zweiten Glied eine undiskutierte Prämisse, ein Axiom (Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie, Bd. I, S. 1). Die Psychologie wird von ihm selbstverständlich ganz im Sinne des methodologischen Behaviourismus verstanden (Probleme und Resultate, a.a.O., Bd. II, S. 18 u. 233 f.).

23 Vgl. dazu meinen Beitrag „Wider den soziologischen Behaviorismus“, in: Das Argument 83, „Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Theorien“, 15. Jg. (1973), S. 909—926.

24 New York 1967, dt. Bern/Stuttgart/Wien 1969, 1974.

fallen insofern, als sie — zumindest in einer Reihe von Fällen — gut in einander widersprechende Sätze gekleidet werden können.

„Kommunikation“, oder besser Intersubjektivität, ist immer dann, wenn nicht der reine Fall des adaptiven Verhaltens nach dem Modell der operanten Konditionierung Skinners vorliegt, ein Verhältnis zu sich selbst; sie ist stets Kommunikation und Metakommunikation zugleich, indem die Subjekte mit dem Vollzug der Kommunikation zugleich setzen, daß sie gemäß den und den — seien es fremdbestimmte, seien es selbstbestimmte — Normen kommunizieren. Dies hat nun grundlegende Implikationen zur Folge; Watzlawick, Beavin und Jackson stellen sie in fünf „Axiomen“ dar²⁵, wobei der Begriff „Axiom“ allerdings irreführend, wenn nicht falsch ist; es handelt sich um objektiv-reale, aufweisbare Strukturen und nicht um bloße Setzungen, an deren Stelle auch andere treten können so wie am Anfang einer axiomatisch aufgezogenen mathematischen Disziplin. Diese fünf Grundstrukturen sehen folgendermaßen aus:

1. Es ist unmöglich, nicht zu kommunizieren. Schweigen, Verweigerung der Mitteilung, Teilnahmslosigkeit sind Formen der Kommunikation. Das sind aber Widerspruchsstrukturen im Sinne Hegels: Eben insofern ein Subjekt seine Eigenständigkeit oder Selbständigkeit dadurch erlangen möchte, daß es ein anderes Subjekt, sein alter ego, von sich ausschließt, nämlich die Kommunikation mit ihm abbrechen möchte, schließt es seine eigene Selbständigkeit von sich aus; denn es macht sich durch den Zwang zum Schweigen *eben und in der Hinsicht* vom anderen abhängig, in der es von ihm unabhängig sein wollte.

2. Eine Kommunikation bezieht sich im allgemeinen in dem Sinne auf sich selbst, daß sie zugleich ihr eigener Gegenstand ist; damit ist aber der Kommunikationsgegenstand oder -inhalt nicht mehr unabhängig von der Kommunikationsstruktur oder -beziehung. So z. B., wenn der Gegenstand eines Streites nur zum Teil oder überhaupt nur zum Schein der benannte Inhalt, in Wahrheit aber die Beziehung der Streitenden selbst ist, also dies, daß zwei Subjekte miteinander streiten, selbst der wahre Grund und Gegenstand des Streites ist. Mit Hegel: Eben insofern die beiden Subjekte sich vom Streit befreien, ihn beenden möchten, werden sie das Opfer des Streites.

3. Die Tatsache, daß Kommunikation und Metakommunikation eine Einheit bilden, kann zur typischen Eskalationsstruktur führen: Jeder versucht z. B., den anderen für den Streit verantwortlich zu machen, was dem jeweils anderen stets von neuem Anlaß ist, dem ersten die Fortsetzung des Streites vorzuwerfen, was von diesem wiederum konsequent als Akt des Streites ausgelegt wird. Eben der Versuch, den Streit zu beschränken oder gar über das Mittel der Analyse desselben zu beenden, führt zu einer Verschärfung des Streits.

Die *Gemeinsamkeit* von Punkt 2 und 3 liegt darin, daß sie die Kommunikationsstrukturen behandeln, die *als Form der Intention* der kommunikativen Akte selbst widersprechen. So widerspricht z. B. der wechselseitige Vorwurf zweier Kommunikationspartner, nicht spontan zu sein, dem jeweils Anderen keine spontane Zuwendung zukommen zu lassen, *als Vorwurf seiner eigenen inhaltlichen Intention*, die bislang vermißte spontane Zuwendung des Anderen zu erreichen, und zwar schlicht deshalb, weil er durch seine *Form* des Vorwurfs *verhindert*, daß der Kommunikationspartner der in seinem *Inhalt* liegenden Intention entgegenkommt. Die *Verschiedenheit* von Punkt 2 und 3 besteht dagegen darin, daß Punkt 2 von der *Qualität* des Widerspruchs zwischen Form und Inhalt der Kommunikation *als solcher* handelt, während Punkt 3 den *Fortgang* dieser Qualität in die schlechte Unendlichkeit thematisiert; das ist *strukturell* dieselbe Differenz wie die zwischen der Endlichkeit und der schlechten Unendlichkeit in *Hegels Logik des Daseins* (Wissenschaft der Logik, Erstes Buch, erster Abschnitt, zweites Kapitel). — Grundsätzlich ist noch anzumerken, daß im Sinne der hier geführten Argumentation *Form und Inhalt* von Intersubjektivität gleichermaßen zur objektiven Realität derselben gehören; anderenfalls wäre der Widerspruch zwischen beiden entweder praktisch nicht existent oder aber irrelevant. Absurd wäre es allerdings zu unterstellen, damit werde einem „freischwebenden“ Charakter von Intersubjektivität das Wort geredet: Selbstverständlich ist die Intersubjektivität eines-teils durch die organisch-materielle Grundlage der Subjekte einschließlich der schon darin liegenden Kommunikationsbedingungen und anderenteils durch die objektiv-realen geschichtlich-gesellschaftlichen Verhältnisse vermittelt; diese doppelte Vermittlung ändert aber nichts an den dargestellten Widerspruchsqualitäten.

4. Kommunikation involviert im allgemeinen digitale und analoge Modalitäten; es sollte allerdings statt „digital“ und „analog“ besser „diskursiv“ und „intuitiv“ heißen, einmal, damit auch nicht durch Terminologie das Mißverständnis der Verdinglichung von Intersubjektivität in Gestalt eines kybernetischen und informationstheoretischen Objektivismus aufkommt, zum anderen jedoch, weil der alte Gegensatz von *cognitio discursiva* und *cognitio intuitiva* genau den hier zur Debatte stehenden Unterschied zwischen einer mit Gründen arbeitenden Zergliederung einesteils und einer das Ganze erfassenden, nur nach Graden differenzierbaren Anschauung anderenteils trifft²⁶. Das Problem der „digitalen“ oder diskursiven Kommunikation ist, daß sie im Zuge der Selbstreflexion in Widerspruch zu sich selbst gerät, das Problem der „analogen“ oder intuitiven Kommunikation dagegen, daß sie nur im Falle absoluter wechselseitiger Gewißheit widerspruchlos selbstreflexiv werden kann, sonst

²⁶ Vgl. I. Kant: Vorlesungen über Logik, Werke in 6 Bänden, hrsgg. v. W. Weischedel. Darmstadt 21966, Bd. III, S. 524; vgl. ferner die gesamte Funktion und Bedeutung der Unterscheidung zwischen Anschauung und Vorstellung in der „Kritik der reinen Vernunft“.

aber am Mangel der Selbstverständigungsmöglichkeit zerbricht. Der Widerspruch der „digitalen“ oder diskursiven Form ist bedingt durch die bereits unter (2) genannte Rückkopplung der Kommunikationsform an den Kommunikationsinhalt, der Widerspruch der „analogen“ oder intuitiven Kommunikation ist eigentlich die unter (1) aufgeführte Unmöglichkeit der Nicht-Kommunikation.

5. Schließlich ist zwischen dem symmetrischen Verhältnis zweier Subjekte und dem komplementären zu unterscheiden, die beide im Sinne der bereits genannten Kommunikationsstrukturen zu Widersprüchen führen.

Eine der wichtigsten Konkretisierungen dieser intersubjektiven Widerspruchsformen ist die bekannte double-bind-situation:

„Zwei oder mehrere Personen stehen zueinander in einer engen Beziehung, die für einen oder auch alle von ihnen einen hohen Grad physischer und/oder psychischer Lebenswichtigkeit hat. Derartige Situationen ergeben sich u. a. in Familien (besonders zwischen Eltern und Kindern), in Krankheit, Gefangenschaft, materieller Abhängigkeit, Freundschaft, Liebe, Treue zu einem Glauben, einer Sache oder einer Ideologie, in durch gesellschaftliche Normen oder Traditionen bedingten Lagen, der psychotherapeutischen Situation usw.

In diesem Kontext wird eine Mitteilung gegeben, die a) etwas aussagt, b) etwas über ihre eigene Aussage aussagt und c) so zusammengesetzt ist, daß diese beiden Aussagen einander negieren bzw. unvereinbar sind. Wenn also die Mitteilung eine Handlungsaufforderung ist, so wird sie durch Befolgung mißachtet und durch Mißachtung befolgt; handelt es sich um eine Ich- oder Du-Definition, so ist die damit definierte Person es nur, wenn sie es nicht ist, und ist es nicht, wenn sie es ist. Die Bedeutung der Mitteilung ist also unentscheidbar ...

Der Empfänger dieser Mitteilung kann der durch sie hergestellten Beziehungsstruktur nicht dadurch entgehen, daß er entweder über sie metakommuniziert (sie kommentiert) oder sich aus der Beziehung zurückzieht. Obwohl also die Mitteilung logisch sinnlos ist, ist sie eine pragmatische Realität: Man kann *nicht* auf sie reagieren, andererseits aber kann man sich ihr gegenüber auch nicht in einer angebrachten (nichtparadoxen) Weise verhalten, denn die Mitteilung selbst ist paradox. Diese Situation kann für den Empfänger oft noch weiter durch das mehr oder weniger ausgesprochene Verbot erschwert sein, des Widerspruchs oder der tatsächlichen Zusammenhänge gewahr zu werden. Eine in einer Doppelbindung gefangene Person läuft also Gefahr, für richtige Wahrnehmung bestraft und darüber hinaus als böswillig oder verrückt bezeichnet zu werden, wenn sie es wagen sollte, zu behaupten, daß zwischen ihren tatsächlichen Wahrnehmungen und dem, was sie wahrnehmen ‚sollte‘, ein wesentlicher Unterschied besteht.“²⁷

Watzlawick, Beavin und Jackson bringen folgende konkrete Beispiele:

27 Watzlawick, Beavin, Jackson, a.a.O., S. 195 f.

„Du solltest mich lieben.“ ,Ich möchte, daß du mich mehr beherrscht.“ (Forderung einer Frau an ihren passiven Gatten.)

„Es sollte dir ein Vergnügen machen, mit den Kindern zu spielen — wie anderen Vätern.“ ,Sei nicht so gehorsam!“ (Eltern zu ihrem Kind, das sie für zu nachgiebig halten.) ,Du weißt, daß es dir freisteht zu gehen; kümmere dich nicht, wenn ich zu weinen beginne.“²⁸

Vor allem für die Analyse der Schizophrenie ist die Kategorie der Doppelbindung wichtig — natürlich nur, sofern man nicht auf dem Boden der beschränkten, ausschließlich somatisch orientierten Psychiatrie steht; freilich ist es nicht so, daß die permanente Wiederholung einer Doppelbindungssituation eines Kindes in einer Familie monokausal die Ursache der Schizophrenie wäre, aber es bleibt festzuhalten, daß das Kommunikationsverhalten Schizophrener die Strukturen der Doppelbindungssituation realisiert und umgekehrt Doppelbindungssituationen die Züge der Schizophreniebilder aufweisen.

Kritisch ist — im Zusammenhang mit der Darstellung der Realität „Widerspruch“ — an Watzlawick, Beavin und Jackson zweierlei anzumerken²⁹: Einmal wird nicht ausdrücklich der intrasubjektive Fall und damit das Verhältnis eines einzelnen Subjekts zum Kommunikationssystem insgesamt hervorgehoben; es ist nämlich strukturell eines, ob ein Verhältnis zweier Subjekte, also Intersubjektivität, vorliegt, und es ist strukturell ein anderes, ob ein Subjekt sich in einem mehr oder minder komplexen und anonymen Handlungssystem befindet und darin intrasubjektiv sich in Widersprüche verwickelt.

Zum anderen machen die Autoren an einigen Stellen in der Reflexion auf ihre eigene Darstellung der Analytischen Philosophie eine Konzession, die sie nach ihrer materialen Argumentation gerade nicht und zu Recht nicht machen können: Sie sprechen — gerade bezüglich der zuletzt gebrachten Beispiele — von „paradoxen Handlungsaufforderungen“ und könnten so dem Irrtum der Analytischen Philosophie Vorschub leisten, alle in ihrem Buch behandelten Widersprüche seien kein Gegenstand von Aussagen und Theorien, für

28 Ebd., S. 184.

29 Beachte in diesem Zusammenhang die oben bereits geführte allgemeine Kritik an dem Gebrauch des Begriffs „Axiom“ für die Grundstrukturen von Intersubjektivität sowie die in Punkt 4 angeführte spezielle Kritik an der Verwendung der schaltalgebraischen Begriffe „analog“ und „digital“ für die intuitive bzw. diskursive Kommunikationsstruktur. Diese beiden Kritikpunkte ergeben zusammen mit den beiden noch folgenden Einwänden interpretatorisch insofern eine nicht unerhebliche Abweichung von Watzlawick, Beavin und Jackson, als sie zum einen auf die relativ eigenständige Qualität von Intersubjektivität abheben und zum anderen der positivistischen Strategie der Verdinglichung Einhalt gebieten, nach welcher Intersubjektivität unproblematisch von einem Dritten, nämlich von einem externen Beobachter objektiviert werden kann.

die allein ein Wahrheitsbegriff existiere, sondern eine Frage einer „deontischen Logik“, die sich mit Vermutungen, dem Glauben, dem Auffordern und Befehlen etc. beschäftigt. Als ob solche paradoxen Handlungsaufforderungen von ungefähr kämen, als ob es nicht objektiv-reale gesamtgesellschaftliche Verhältnisse mit ganz bestimmten Systemen von mehr oder minder rigiden Verhaltenserwartungen gäbe, gemäß denen die Individuen handeln müssen. Darin zeigt sich der geheime gesellschaftswissenschaftliche Individualismus der Analytischen Philosophie; gemäß der Lehre des methodologischen Individualismus wird über vermeintlich gegenstandsunabhängige Postulate nachprüfbarer Erkenntnisprozeduren der gesellschaftlichen Wirklichkeit ein Schleier des falschen Bewußtseins übergezogen, der als individuelle Bewußtseinstrübung vortäuscht, was in Wahrheit die ureigene gesellschaftliche Realität des Individuums ausmacht.

Frigga Haug

Zum Streit um die Bildungsökonomie

Altvater und die Folgen

Inhalt

- I. Vorbemerkung
- II. Gegenstand und Funktion von Bildungsökonomie
- III. Zum Verlust der Einsicht in die „transitorische Notwendigkeit des Kapitalismus“ bei Altvater und Huisken
- IV. Über die Nutzlosigkeit marxologischer Gralshüterei — Kritik am Autorenkollektiv der VSA
- V. Zusammenfassende Thesen über die Widersprüche im Ausbildungssektor und die Chancen gewerkschaftlicher Bildungspolitik

I. Vorbemerkung

Kürzlich erschien auf dem mit „Bildungstiteln“ überfluteten Büchermarkt ein Band mit dem bemerkenswerten Titel „Zur Kritik der Bildungsökonomie“¹. Den Eingeweihten wird sofort nahegelegt, daß es hier um die Marx-Nachfolge geht — eine Anspielung auf die „Kritik der politischen Ökonomie“ also. Schon der Untertitel „Diskussionsbeiträge zu Altvater/Huisken . . .“ weist aber das Buch als metatheoretisch aus, als Theorie über Theorie, so daß wenig Hoffnung auf marxistische Kritik bleibt im Sinne einer Ableitung des Bestehenden als Aufdeckung der inneren Entwicklungsnotwendigkeiten, als zusammengesetztes Resultat, welches die einzige Möglichkeit ist, mit der inneren Struktur zugleich die Perspektive zu begreifen. — In weniger anspruchsvoller, herkömmlicher Weise, in negierender Absicht verwandt, scheint der Begriff Kritik im angeführten Zusammenhang unsinnig. Denn was hier namentlich kritisch zur Diskussion steht, ist Bildungsökonomie schlechthin, ganz gleich ob sozialistische, marxistische oder bürgerliche.

Die Vielfältigkeit der schon bis hierher angesprochenen Probleme legt es nahe, das angesprochene Buch nicht — wie ursprünglich vorgesehen — im Rahmen einer Rezension abzuhandeln. Vielmehr wird im folgenden Aufsatz der Bereich der Bildungsökonomie historisch und gesellschaftlich bestimmt, und die Dringlichkeit einer Auseinan-

1 Autorenkollektiv: Zur Kritik der Bildungsökonomie. Diskussionsbeiträge zu Altvater/Huisken, MG Erlangen und Kanzow/Roth. Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung, Berlin/West 1974 (165 S., br., 6,80 DM).

dersetzung mit den bürgerlichen Theorien und ihren praktischen Bedeutungen wird vor Augen geführt. Im Anschluß werden die Arbeiten von Altvater und Huisken als Alternativen zur bürgerlichen Bildungsökonomie diskutiert; die Kritik der Kritik des Autorenkollektivs des oben genannten Buchs versucht in diesem Zusammenhang Maßstäbe der Kritik zu verdeutlichen, die zugleich solche des wissenschaftlichen Arbeitens sind. Dementsprechend werden abschließend Thesen formuliert zu Fragen der Ausbildung im Kapitalismus, welche die Richtung weiterer wissenschaftlicher Arbeit in diesem Bereich zusammen mit ihrem praktischen Nutzen angeben.

II. Gegenstand und Funktion von Bildungsökonomie

Was heute unter Bildungsökonomie firmiert, ist — allgemein gesprochen — der wissenschaftliche Versuch, Ausbildungsprozesse gesamtgesellschaftlich zu planen, Aufwands- und Effektivitätsberechnungen anzustellen. So hat etwa sozialistische Bildungsökonomie die Aufgabe, „das Gesetz der Ökonomie der Zeit sowohl im Entwicklungsverhältnis von Bildungswesen und volkswirtschaftlichem Reproduktionsprozeß als auch im Bildungswesen selbst voll durchzusetzen“². Die bürgerliche Bildungsökonomie „untersucht Beziehungen zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Bildungsaufwand sowie die Probleme der wirtschaftlich günstigsten Verwendung aller für Bildungszwecke verfügbaren Mittel“³, bzw. — wie einer ihrer Kritiker zusammenfassend sagt — untersucht sie als „Ökonomie des Mangels“, d. h. als eine Disziplin von der optimalen Allokation knapper Ressourcen, ... einerseits die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Bildungswesen (explikative Bildungsökonomie) und entwirft andererseits Modelle zur Eruiierung der Nachfrage nach Ausbildung und des Bedarfs an Ausgebildeten (normative Bildungsökonomie), deren Umsetzung in Bildungsplanung staatlicher Bildungspolitik als Grundlage dienen soll“⁴.

Die Bildungsökonomie ist eine sehr junge Wissenschaft. Wenn gleichwohl einige ihrer bürgerlichen Vertreter⁵ bemüht sind, ihr und damit sich selber durch den Nachweis einer ehrwürdigen Reihe von Vorfahren (über Marx und Engels, Ricardo, Smith bis zu Petty) mehr wissenschaftliche Dignität zu verleihen⁶, haben sie insofern recht, als

2 Ökonomisches Lexikon, Berlin/DDR 1970, S. 369. Siehe auch Knauer, Maier, Wolter (Hrsg.): Sozialistische Bildungsökonomie. Berlin/DDR 1972, S. 11. Rezensiert in: Das Argument 80, S. 252 f.

3 Zit. nach Brockhaus-Enzyklopädie in 20 Bänden, 17. Aufl. 1967, Bd. 2, S. 731 f.

4 Huisken, Freerk: Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie. List Verlag, München 1972 (429 S., br., 10,80 DM).

5 So u. a. H. Berg und K. Hüfner.

6 Ein Versuch, den Altvater im Unterschied zu Huisken (Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie, S. 140) meines Erachtens zu Recht entschieden zurückweist. „Diese Fragestellung (warum Bildung zu

Überlegungen zum Zusammenhang von Bildung und Ökonomie überhaupt nichts Neues sind. Es herrscht jedoch im großen und ganzen die begründete Übereinkunft, daß die Bildungsökonomie im oben angenommenen wissenschaftlich-systematischen Sinn in der BRD gegen Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre ihren Anfang nahm ⁷.

Bereits bei diesen wenigen Bestimmungen fallen mehrere Besonderheiten auf, die schon — jede für sich genommen — die an der gesellschaftlichen Entwicklung Interessierten zur Beschäftigung und Auseinandersetzung mit diesem als Bildungsökonomie bezeichneten Bereich nötigen müßten.

Einmal verweist eine so nachhaltige Veränderung im Überbaubereich, wie die der Entstehung eines neuen und sich rasch entwickelnden Wissenschaftszweiges, auf eine Nachfrage und also vorhergegangene größere Veränderung an der Basis der Gesellschaft.

Zum zweiten wird ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Bildungssystem ausgesprochen, der für jene, die die üppige Geschichte der deutschen Wirtschaft und die magere des deutschen Schulwesens auch nur andeutungsweise kennen, überraschend sein muß, da die bisherige Geschichte eher den umgekehrten Schluß nahelegt, daß nämlich das Wirtschaftswachstum desto größer sei, je weniger für die Ausbildung der Bevölkerung ausgegeben werden muß.

Zum Dritten sind auf den ersten Blick die Parallelen zwischen den Bestimmungen sozialistischer und bürgerlicher Bildungsökonomie unverkennbar. Es soll mit Hilfe dieser Wissenschaft versucht werden, gesellschaftliche Prozesse zu planen; Gesetzmäßigkeiten sollen auffindig gemacht, Prognosen aufgestellt werden — kurz: ein Teil der gesamtgesellschaftlichen erweiterten Reproduktion soll bewußt geregelt und gesteuert werden. So wenig dies für den Sozialismus erstaunt, für den „gesamtgesellschaftlicher Plan“ ein redender Name ist, wie ja „Planwirtschaft“ das bekannteste, Entsetzen verbreitende

einem quantitativen Problem werden kann, F. H.) wirft auch das Problem der materialistischen Begründung für die Entstehung der Bildungsökonomie auf, die dieser Disziplin selbst und ihrer Dogmengeschichte nur mehr als wissenschaftsimmanenter Fortschritt erscheint (der übrigens nur im Rückblick einer zu sein scheint, wenn der neuen und jungen Disziplin der Bildungsökonomie eine Ahnengalerie von Petty über Marx und Thünen zugeordnet wird — ein völlig ahistorisch-voluntaristisches Unterfangen. Vgl. dazu die dogmengeschichtlichen Überblicke bei Kiker, Hüfner, Berg).“ (Alt Vater: Der historische Hintergrund des Qualifikationsbegriffs, in: Alt Vater/Huisken, Hrsg.: Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, S. 85.)

⁷ In der BRD etwa gilt Friedrich Edding, dessen in diesem Zusammenhang bekanntestes Werk (Ökonomie des Bildungswesens. Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition) im Jahre 1963 erschien, als Vater der Bildungsökonomie. In den USA tauchten „bildungsökonomische“ Schriften schon etwa 10 Jahre früher auf.

Reizwort des Kalten Krieges war, so sehr widerspricht der gesellschaftliche Plan der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise⁸.

Wo gegensätzliche Interessen herrschen, kann das Gesamtgesellschaftliche nur in pervertierter Form in die Pläne eingehen. Die Ausdehnung der Verfügung über den freien Lohnarbeiter müßte einige Grundprinzipien der „freien Marktwirtschaft“ ins Wanken bringen. Denn was hier außer Kraft gesetzt werden soll und wird, ist das Dogma der naturwüchsigen Selbstregulation des Arbeitsmarktes durch Angebot und Nachfrage, die Vorstellung der unbegrenzten Substituierbarkeit von Arbeit durch Kapital, ferner das System der bürgerlichen Freiheiten selbst mit dem Angriff auf die Freiheit der Berufswahl, auf das Recht, die Ausbildungsstätte frei zu wählen und Ähnliches mehr⁹.

Die verschiedenen theoretischen Ansätze im Bereich der bürgerlichen Bildungsökonomie spiegeln diese Widersprüche auf eindeutige Art wider. Eben weil er ein wirtschaftliches Erfordernis ist, treten die kompromißlosen Vertreter der Kapitalinteressen — deren theoretische Schule unter dem Namen „manpower approach“ bekannt ist — auf als begeisterte Verfechter des gesellschaftlichen Plans¹⁰. Ihre theoretischen Entwürfe finden ihre Grenze also nicht an einer hochgehaltenen *freien* Marktgesellschaft im Gegensatz zu einer *geplanten*, sondern an der, für sie sich als technisches Problem äußernden, weitgehenden Unberechenbarkeit des Kapitalismus, der Unzulänglichkeit und Unzugänglichkeit des statistischen Materials. Umgekehrt versuchen die liberalen Anhänger bürgerlicher Freiheiten — sie zählen sich zu einer Schule, die als „social demand approach“ bekannt ist — auf einer Bildungsplanung zu insistieren, die den Bil-

8 Was der Verzicht auf die Selbstregulierungskraft des Marktes in einem Sektor für die Legitimierungsfunktion dieses Regulativs im System der „freien Marktwirtschaft“ bedeutet, kann an dieser Stelle nicht ausgeführt werden. Es ist zudem der Bildungsbereich keineswegs der einzige, in dem seit dem letzten Jahrzehnt zunehmend versucht wird, eine Art kapitalistischer „Planwirtschaft“ einzuführen. Vgl. dazu etwa die jüngsten Auseinandersetzungen auf dem Gesundheitssektor. Zum Bedarfsplanungsvorschlag der Krankenkassen, in dem einige bürgerliche Freiheiten der Ärzte (so z. B. das der Niederlassungsfreiheit) ebenfalls „gesamtgesellschaftlichem Bedarf“ geopfert werden sollen, lese man die Analyse „Medizin auf dem Wege zur Vergesellschaftung?“ von Gaedt und Schagen, in: *Entwicklung und Struktur des Gesundheitswesens. Argumente für eine soziale Medizin* (V), AS 4, S. 1 ff.

9 Vergleiche hierzu etwa die Versuche bürgerlicher Liberaler, das Problem des Numerus Clausus an den Universitäten — welches doch nur die Erscheinungsform ist von darunterliegenden Vorgängen wie Arbeitsmarktproblemen, Qualifikationsungleichgewichten, Finanzierungsfragen und auch ständischer Politik — mit Hilfe der Rechtsprechung aus der Welt zu schaffen. So etwa zuletzt Gerhard Mauz aus Marburg in einem Rechtsgutachten im August 1974.

10 Vgl. hierzu die Ausführungen in dem Aufsatz unserer Projektgruppe *Automation und Qualifikation*, „Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals“, in: *Das Argument*, Sonderband 80, „Schule und Erziehung (VI)“, S. 13 ff.

dungswillen der Bevölkerung zum Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten macht.

Unschwer läßt sich folgern, daß kombinierte Modelle — etwa das „Integrierte Angebots-Nachfrage-Modell“ — am meisten Anerkennung finden, denn sie bieten ihre Dienste nach allen Seiten an. Sie achten die Freiheit des Individuums, ohne die Belange des Kapitals aus den Augen zu verlieren. Wo die Wünsche des einzelnen vom Bedarf des Arbeitsmarktes sich zu weit entfernen, können gezielte Berufslenkungsverfahren (bis in die Schulpläne hinein) den äußeren Zwang — der etwa bei der Praktizierung des „man-power-Ansatzes“ notwendig wäre — durch „innere“ Motivation ersetzen.

Organisator und Vollstrecker der — wie auch immer begründeten — Bildungsplanung und Politik ist der Staat, dessen ständig wachsender Aufgabenbereich und auch Anteil am Bruttosozialprodukt ohne Zweifel neue begriffliche Anstrengungen zu seiner Analyse notwendig machen¹¹.

Hält man sich noch einmal vor Augen, daß die Bewegungen im Bereich der Theorie und in der politischen Praxis des Staats Reflex sein müssen auf einschneidende Vorgänge an der Basis, also in der Produktion, wird schlagend deutlich, wie weitreichend die Umwälzung ist, wie notwendig materialistische Gesellschaftswissenschaft sich damit auseinandersetzen muß. Veränderungen müssen also in größerem Umfang stattgefunden haben und noch stattfinden in der Art und Weise zu produzieren, derart, daß der Arbeitskräftebedarf sich so geändert hat, daß wirtschaftliche Berechnungen über Ausbildungsfragen auf gesamtgesellschaftlichem Maßstab angestellt werden müssen, eine Tatsache, die anzeigt, daß teurere Ausbildung offenbar massenhaft notwendig wird. Es ändern sich also die konkreten Arbeitsplätze sowie die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse — zumindest im Ausbildungsbereich. Damit ändern sich die Ausbildungsaktivitäten von Kapital und Staat — sowohl quantitativ als auch qualitativ —, „Fragmente“ gesellschaftlicher Planung sind erkennbar; mit ihnen treten neue Anforderungen an die Wissenschaften auf.

Wiewohl an dieser Stelle über die Inhalte im Ausbildungsbereich noch nichts gesagt werden kann, dürfte auch von den genannten globalen Bestimmungen her unmittelbar einleuchten, daß die Veränderungen in der Produktionsweise und die dadurch notwendigen Versuche gesellschaftlicher Planung in einer Klassengesellschaft von außerordentlicher Bedeutung für die Klassenauseinandersetzungen sein müssen.

III. Zum Verlust der Einsicht in die „transitorische Notwendigkeit des Kapitalismus“ bei Altvater und Huisken

Der erste bekanntgewordene Versuch materialistischer Analyse der Strategien im Bildungsbereich ist der von Altvater und Huisken

11 Verwiesen sei hier auf die — in dieser Zeitschrift noch ausstehende — Diskussion um die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus.

herausgegebene Sammelband „Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors“ mit Seminartexten aus dem Wintersemester 1969/70, der im Jahre 1971 erschien¹². Trotz der eingestandenen Vorläufigkeit der dort dargebotenen Analysen und trotz der zahlreichen Fehler und Mängel, deren wesentlichste auch in der ein Jahr später erschienenen, ansonsten sehr viel stärker durchgearbeiteten Dissertation von Huisken¹³ wiederholt wurden, blieben die Ausführungen von Altvater und Huisken die beherrschende theoretische Grundlage für Seminare, für weitere Untersuchungen im Ausbildungsbereich, für strategische Überlegungen zumindest im universitären und universitätsnahen Bereich.

Die im praktischen Interesse — „für die Studentenbewegung“, für „Fragen von Strategie und Organisation“ — durchgeführten Analysen von Altvater und Huisken¹⁴ leisten im wesentlichen¹⁵ folgendes: Der Vorgang, der als zunehmende Subsumtion des Ausbildungsbereichs unter die Verwertungsinteressen des Kapitals bezeichnet werden kann, wird mit Hilfe von Kategorien, die aus dem *Kapital* von Karl Marx gewonnen wurden, in seinen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten nachgezeichnet. Ausbildung wird begriffen als Prozeß der Qualifizierung für den Arbeitsprozeß, um auf dem Arbeitsmarkt verkäuflich, für das Kapital „konsumierbar“ zu sein¹⁶. Die Art der

12 Die in diesem Band veröffentlichten Texte kursierten zum Teil schon vorher in einer Broschüre des VDS sowie in einem in Göttingen zusammengestellten Band, erlangten jedoch meines Wissens erst in der von Altvater und Huisken besorgten Auflage unter dem oben angegebenen Titel große Verbreitung. Der Band erschien 1973 in der 4. Auflage (19.—22. Tsd.).

13 Freerk Huisken: Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie, a.a.O.

14 Die folgende Kritik wird in den Hauptpunkten so vorgehen, als ob die beiden Autoren eine Einheit bildeten, d. h. auch die Kritik der theoretischen Ableitungen eines der beiden wird jeweils den anderen mitmeinen. Obwohl dieses Verfahren nicht ganz zulässig scheint, halte ich es wegen der prinzipiellen Übereinstimmung der beiden während ihrer „Erlanger Zeit“, aus der die behandelten Veröffentlichungen stammen, für gerechtfertigt.

15 Ich verzichte hier darauf, einzelne Detailfehler nachzuweisen. Der Hauptakzent soll im Anschluß an die positiven Ausführungen auf jenen grundlegenden Überlegungen liegen, die die weiteren theoretischen Arbeiten in Sackgassen führten oder eine Anleitung zu falscher Praxis darstellen.

16 So heißt es etwa bei Altvater und Huisken in ihrer Einleitung zu dem Band *Materialien zur Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors* (a.a.O., S. XX): „Es läßt sich daher argumentieren, daß der Ausbildungsprozeß nur verstanden werden kann, wenn diejenigen, die ihn durchlaufen und auf je verschiedenen Stufen verlassen (Hauptschule, Höhere Schule, Fachschule, Fachhochschule, Hochschule, Akademien usw.) als Träger von Arbeitsvermögen begriffen werden, das von ihnen als Arbeitskraft, als Vermögen, zugleich bestimmte konkrete Arbeiten zu verrichten und Werte produzieren zu können, auf den Markt getragen wird und dort zu einem Großteil sich mit dem Kapital austauscht.“

geforderten Ausbildung hängt also ab vom Diktat des Arbeitsplatzes, der wiederum in seiner Ausprägung vom Stand der Produktivkräfte bestimmt wird¹⁷. Richtig wird verwiesen auf das widersprüchliche Kräftefeld, in dem der Ausbildungsprozeß von Anfang an steht, nämlich einerseits notwendiges Mittel zu sein für den Hauptzweck kapitalistischer Produktion, die Verwertung des Kapitals, deretwegen der Produktionsprozeß überhaupt veranstaltet wird, und andererseits selbst unmittelbar Geld zu kosten, also — in welcher Form auch immer — Abzug vom Profit darzustellen.

Wiewohl die Ableitungsversuche aus dem „Kapital“ auch¹⁸ bei Altvater und Huisken zu vielen unnützen akrobatischen Gedankenleistungen führten (so etwa längere Ausführungen über produktive und unproduktive Arbeit, Huisken, a.a.O. S. 336, Altvater u. Huisken: Materialien ... S. 228 ff.), muß positiv vermerkt werden, daß sie über den Versuch der begrifflichen Nachzeichnung hinaus empirische Tatbestände der Gegenwart in ihre analytischen Überlegungen einbezogen. So verweisen sie bei der Frage nach der Bedeutung des plötzlichen Auftretens von Bildungsökonomie und Bildungsplanung auf die Verwissenschaftlichung der Produktion¹⁹, begründen sie die „Bildungskatastrophe“ mit der besonderen Geschichte der BRD²⁰ — wenn auch dem politischen Auftrag der Bundesrepublik als Bollwerk gegen den Kommunismus (welcher beispielsweise die einseitige Steigerung des Warenreichtums der westlichen Welt als Argument gegen den Sozialismus zuungunsten sämtlicher Infrastrukturbereiche beinhaltete) in diesem Zusammenhang mehr Beachtung hätte geschenkt

17 Hierzu Huisken: „Zunehmende Mechanisierung der Produktion zum Zwecke der Erhöhung des relativen Mehrwerts führte zu einer Veränderung der Arbeitsplatzstruktur in der Wirtschaft. Auswirkungen auf den Bereich der Zirkulation machten sich gleichfalls geltend. Dies bedingte insgesamt eine veränderte Struktur der Nachfrage nach ausgebildeten Arbeitskräften, die das Bildungswesen nicht hinreichend befriedigen konnte. ... Die Intensivierung von Forschung und Entwicklung, die Ausbildung von Arbeitskräften, die neue Technologien einsetzen, bedienen und warten können, wurde für das westdeutsche, stark exportabhängige Kapital zu einer unabdingbaren Notwendigkeit.“ (Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie, a.a.O., S. 339.) — Altvater führt bei der Bestimmung der konkret-nützlichen Arbeit noch eine komplizierte Abhängigkeit vom Verwertungsprozeß ein, hierzu später.

18 Wenn auch bei weitem nicht in dem Maße, wie ihre Kritiker in dem oben (Fußnote 1) genannten Buch; ich komme darauf zurück.

19 So etwa bei Altvater und Huisken in der Einleitung zu den Materialien, S. XII: „Mit der Verwissenschaftlichung der Produktion wurde deutlich, daß zu ihrer Bewältigung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß auch entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte in genügend großer Zahl notwendig sind.“ S. XXI: „Steigen also die Aufwendungen für den Ausbildungsprozeß im Verlauf der ‚technisch-wissenschaftlichen Revolution‘, so auch die Beträge, die für die Qualifizierung der Arbeitskraft aufgebracht werden müssen...“

20 Vgl. Altvater u. Huisken, Einleitung, a.a.O., S. XII ff.; Huisken, Zur Kritik, a.a.O., S. 338 ff.

werden müssen²¹. Begrüßenswert ist schließlich auch die Hinwendung zum Studium bürgerlicher Theorien und Materialien, da sie „als verkehrte Ausdrucksformen bestimmter Tendenzen“²² immerhin Aufschluß sowohl über die Basisvorgänge als auch in ihrer Verarbeitung Auskunft über den theoretischen Stand und die Form der ideologischen Klassenkämpfe vermitteln.

Unter den allgemeinen Ableitungen ist die Bestimmung der Funktionen des Staates nicht ganz eindeutig und auch stark unterbelichtet. So heißt es bei Huiskens in diesem Zusammenhang: „Auf der politischen Ebene, d. h. der Ebene der Veranstaltung, ‚Finanzierung‘ und Kontrolle des Ausbildungsprozesses durch den Staat, ist die ‚Knappheit der Ressourcen‘ für das Bildungswesen ein Ausdruck der auf die Redistribution beschränkten Funktion des Staates.“²³ Zwar wird davor gewarnt, einfach eine Identität von Kapital und Staat anzunehmen, da Staat in den Widersprüchen des Systems auftritt, wie dem, daß gleichzeitig Ausbildung für die Mehrung des Profits notwendig ist und doch auch einen Abzug vom Profit darstellt²⁴. Anschließend wird aber dennoch eine so starke Identität von Kapital und Staat angenommen, daß die gleichen Gesetze, die für das Kapital gelten, umstandslos auf den Staat angewandt werden. So bei Altwater, wenn er behauptet, die Grenze der vom Staat zu verausgabenden Bildungsgelder sei nach der einen Seite auferlegt „durch die Folgen einer Wertsteigerung der Ware Arbeitskraft für den Verwertungsprozeß“²⁵; und bei Huiskens²⁶, wenn er die Grenze gezogen sieht durch „das Interesse des Kapitals, ‚ökonomische Hörigkeit‘ zu erhalten“. Bei beiden wird kein Weg gewiesen zur Untersuchung und Beurteilung der möglichen Bildungsausgaben im Verhältnis der einzelnen Haushalte des Staates zueinander und deren jeweilige Funktion im System, die Grundlage wäre für gewerkschaftliche bildungspolitische Forderungen. Indem er die „Knappheit der Ressourcen“, welche doch wohl auch ein Merkmal sozialistischer Gesellschaften ist, als Ergebnis kapitalistischer Formbestimmtheit ausgibt, erscheint es bei Huiskens sogar so, als ob nicht-kapitalistische Gesellschaften einen

21 Vgl. etwa Kurt Steinhaus: Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland, in: BRD — DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme. Köln 1971, S. 402 ff.

22 Altwater und Huiskens, Einleitung, a.a.O., S. XXIII.

23 Huiskens, Zur Kritik bürgerlicher Didaktik, a.a.O., S. 338.

24 „Sie (die staatliche Bildungspolitik, F. H.) kann nicht mehr als bloße Erfüllungsgehilfin kapitalistischer Interessen oder als irgendwelchen Sachzwängen gehorchende effizienzgewährleistende Maßnahme verstanden werden, sondern als politischer Ausdruck der Widersprüche der kapitalistischen Reproduktion überhaupt. Sie dient also nicht bloß kapitalistischen Interessen, sondern erschwert zugleich auch die Kapitalverwertung, indem der Wert der Arbeitskraft gesteigert, der Mehrwert und vermittelt auch die Profitrate gesenkt werden.“ (Altwater und Huiskens, Einleitung, a.a.O., S. XII.) Vgl. auch ebenda, S. XVI.

25 Altwater und Huiskens, Einleitung, a.a.O., S. XXII.

26 Huiskens, Zur Kritik bürgerlicher Didaktik, a.a.O., S. 337.

unbeschränkt großen Teil des gesellschaftlichen Reproduktionsfonds für die Ausbildung ausgeben könnten.

Nach der Darlegung des Verhältnisses von Ausbildung, Kapital und Staat, die zweifellos jeder Analyse des Bildungsbereichs vorangehen muß — um aufgrund der Kenntnis der bewegenden Kräfte deren Zielsetzung sowie die darin enthaltenen Möglichkeiten, fortschrittliche Bildungsinhalte zu befördern, richtig erarbeiten zu können —, endet die Analyse von Altvater und Huisken eigentümlicherweise; d. h. alle weiteren Arbeiten sind nurmehr Bestätigungen der vorher dargelegten Zusammenhänge. Wo die eigentliche Arbeit der Analyse der Vorgänge im Bildungsbereich erst beginnen müßte, sind für Altvater und Huisken die Antworten bereits gegeben. Der Grund hierfür könnte zugleich eine der Ursachen für den großen Anklang sein, den diese Arbeiten insbesondere innerhalb der Neuen Linken, aber auch unter Liberalen gewonnen haben. Grund ist ein — trotz aller ökonomisch-historischen Ableitung und Berufung auf Marx — ganz und gar moralisches Verständnis von Kapitalismus. Auf alle Fragen wird als Schlußantwort, die weitere Untersuchungen überflüssig macht, der Hinweis gegeben, daß und warum etwas im Interesse des Kapitals geschieht. Auf dessen Seite stehen die zu bekämpfenden Mächte des Bösen; und im Namen des bürgerlichen Individualismus, dem es vor Vermassung graust — wie er zuletzt am klarsten von der als Frankfurter Schule bekannten „kritischen Theorie“ ausgesprochen wurde —, wird folgerichtig befürwortet, was „noch nicht“ kapitalistisch, und in alter Frankfurter Weise beklagt, was „nicht mehr“ der heilen Vergangenheit angehört. Bei Altvater schildern die Sätze zwischen richtigen ökonomischen Bestimmungen und Frankfurter Klage, so daß der moralische Protest sich im Grunde mehr als Gesamteindruck ergibt und nicht so sehr in einzelnen Sätzen zum Ausdruck kommt. So heißt es etwa: „Die Bildungsökonomie ist daher nichts anderes als Ausdruck dafür, daß Bildung oder Ausbildung gar nicht mehr ins Belieben der Individuen gestellt sein können“²⁷ — eine Formulierung, die sicher richtig ist, was den Aspekt der notwendigen Planung der Arbeitskräftestruktur angeht, gleichzeitig aber unterstellt, daß irgendwann einmal Bildung wirklich nach dem Belieben der Individuen angeeignet werden konnte.

Indem auf die Analyse von Inhalten gänzlich verzichtet wird, bekommen die Aussagen etwas seltsam Formalistisches. Altvater kommt etwa zu dem Schluß, daß die Qualifizierung des Arbeiters im Kapitalismus, da sie Mittel zur Mehrwertproduktion ist, eigentlich „Qualifizierung des Kapitals“ sei²⁸. Eine Bestimmung, die nicht

27 Der historische Hintergrund des Qualifikationsbegriffs, in: *Materialien*, a.a.O., S. 78.

28 „Die Qualifikation wird somit tatsächlich zu einem Mittel zur Leistung konkreter Arbeit in einem kapitalistischen Produktionsprozeß, dessen Zweck in der Verwertung des vom Kapitalisten vorgeschossenen Kapitals beruht. Sie wird damit im kapitalistischen Produktionsprozeß zur Qualifikation für den Kapitalisten, nicht für den Arbeiter.“ (Der histori-

so sehr falsch ist, als sie vielmehr vollkommen übersieht, daß sowohl die historische Rolle der Arbeiterklasse als auch — in anderer Weise — die Fähigkeit des einzelnen Arbeiters zur Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge abhängen von ihrer Qualifikation, von dem, was sie positiv wissen und können.

Kapitalismus wird nicht begriffen als jene Gesellschaftsformation, in deren Schoß die Keime für eine neue Gesellschaft, die Umwälzungsfermente bereits heranwachsen — also müssen sie auch nirgends gesucht, herausgefunden und unterstützt werden; Kapitalismus scheint für Altwater und Huisken in Wirklichkeit auch gar nicht widersprüchlich — trotz vieler gegenteiliger Versicherungen —, sondern was als „im Kapitalinteresse“ geschehend diagnostiziert werden kann, ist damit als im ganzen bekämpfenswert befunden.

So zieht sich als außerordentlich negativ gemeinte Bestimmung durch sämtliche Texte, daß „Ausbildung Heranbildung von Arbeitsvermögen“ ist. Welche bestimmten Fähigkeiten für die konkrete Arbeit ausgebildet werden, wie die Arbeit und mit ihr die notwendigen Qualifikationen sich verändern, zu was die Menschen befähigt werden, interessiert nicht. Wo doch darüber reflektiert wird, geschieht es wie bei Altwater in seinem Aufsatz „Über den historischen Hintergrund des Qualifikationsbegriffs“²⁹. Hier beschreibt er die zunehmende Verwandlung der konkret-nützlichen Arbeit von individuellem Geschick in bloße Verausgabung von Muskel, Nerv, Hirn und Hand — also den Prozeß der Entspezialisierung konkreter Arbeit — durch die Große Industrie. Da Marx zudem angibt, daß diese Weise zu produzieren die dem Kapitalismus am meisten entsprechende sei, kommt Altwater, der — wie schon oben ausgeführt — Kapitalismus nicht als Bewegung und Prozeß, sondern als festgefrorene Eigenschaft begreift, zu dem widersprüchlichen Ergebnis: konkrete Arbeit im Kapitalismus ist immer abstrakt. „Es ist also nicht etwa so, daß in bezug auf den Doppelcharakter der Arbeit die konkrete Seite als Naturbedingung der Produktion gegenüber der gesellschaftlichen Formbestimmtheit der Produktion gleichgültig bliebe; vielmehr impliziert die Leistung abstrakter Arbeit zur Produktion von Werten, und das heißt im Kapitalismus: zur Produktion von Mehrwert, also von Kapital, gerade die Veränderung konkreter Arbeit und damit auch der konkreten Qualifikationen eines Arbeitsvermögens, dessen Gebrauch gerade den Kapitalisten interessiert.“³⁰ Tatsächlich wird hier als einmaliger Sündenfall geschildert, was Marx als die „revolutionäre“³¹ Basis der Produktion bezeichnete — dies durch

sche Hintergrund des Qualifikationsbegriffs, in: Materialien, a.a.O., S. 83.) Vgl. auch ebenda, S. 85.

29 Ebd., S. 78 ff.

30 Ebd., S. 83.

31 „Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war.“ MEW 23, S. 511 f.

eine einfache Verwechslung von Mittel und Effekt. Denn nicht die Produktion von Mehrwert verändert unmittelbar die konkrete Arbeit — ob ich unter dem Diktat eines Kapitalisten nähe oder als freier Schneider, ändert an der Tätigkeit des Nähens zunächst nichts —, sondern der Verwertungstrieb treibt die Entwicklung der Produktivkräfte voran, wodurch die konkrete Arbeit — nämlich durch die Veränderung von Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstand und Produkt — verändert wird. Dies geschieht fortwährend. Deshalb müssen die Kategorien zur Beschreibung der Arbeit unter den Bedingungen der Großen Industrie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts auf die heutige Arbeit nicht notwendig zutreffen, wiewohl der Kapitalismus beibehalten wurde.

Nachdem nun Altvater eine allgemeine Entspezialisierung konkreter Arbeit zurück bis auf die bloße Verausgabung von Muskel, Nerv, Hirn und Hand — also auf Kräfte, die dem Menschen, so wie er geht und steht, eignen — als ewiges Kapitalgesetz festgestellt hat, bleibt rätselhaft, wieso dann zunehmend komplizierte Ausbildungsgänge notwendig werden, eine Tatsache, die auch von Altvater konstatiert wird. Auch die weiter oben zitierte Aussage, daß mit „der Verwissenschaftlichung der Produktion ... entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte in genügend großer Zahl notwendig sind“³² bleibt folgenlose Phrase, da mit der begrifflichen Festschreibung der Produktionsweise der Großen Industrie eine qualitative Veränderung ohnehin ausgeschlossen ist.

Nach Altvaters bisheriger Argumentation ist es hingegen konsequent, sich rasch — wie er dies auch tut — der Dequalifizierungstheese von Kern und Schumann³³ anzuschließen: „Nicht nur, daß die jeweilige Qualifikation dem Arbeiter bereits im Produktionsmittel, an das er gesetzt wird, materialisiert (und das heißt als ideelle Anforderung) entgegentritt und ihn lebenslang beherrscht — ganz entsprechend dem Prozeß technischer Veränderung der ‚Arbeitsgegebenheiten‘ (was dies für die Qualifizierung bedeutet, wird noch zu beschreiben sein) —, sie wird auch im Maschinensystem reduziert, was ihre technische Seite anbelangt (Dequalifikation im breiten Umfang bei gleichzeitiger Herausbildung einer Spezialistenschicht), und erweitert, was ihre unmittelbar ‚prozeßunabhängige Seite‘ anbelangt.“³⁴

32 Altvater und Huisken, Einleitung, a.a.O., S. XII.

33 Eine empirische Forschungsarbeit unserer Projektgruppe „Automation und Qualifikation“, in der u. a. die Thesen und Ergebnisse von Kern und Schumann widerlegt werden, wird zur Zeit durchgeführt. In Kürze erscheint der erste Band dieser Arbeit mit dem Titel „Genese und Perspektive der Automation in der BRD“.

34 Altvater, Der historische Hintergrund, a.a.O., S. 90. — Der Begriff „prozeßunabhängig“ wird bei Kern und Schumann verwandt zur Charakterisierung der zunehmend erforderlichen „Fabrik tugenden“ — Einstellungen und Haltungen —, um sie getrennt von unmittelbar tätigungsbezogenen Qualitäten beschreiben zu können. Daß die Trennung nicht haltbar ist, wird auch bei Altvater notiert.

Nachdem so die Tatsache, daß sie unter dem Verwertungsinteresse geschieht, als hinreichende Charakterisierung für die konkret-nützliche Arbeit betrachtet wird, ist zudem der notwendige analytische Weg versperrt, bei den Ausbildungsgängen die ausschließlich nur dem Kapitalismus geschuldeten Teile — im wesentlichen Strategien der Systemintegration —, die in die einzelnen „fachlichen Gebiete“ hineingemischt sind, wieder herauszulösen. Der oben gegebene Verweis auf die „prozeßunabhängigen Qualifikationen“ hilft hier auch nicht weiter; im Gegenteil zeigt sich im Fortgang, daß Altvater (ebenso wie Kern und Schumann) der Meinung ist, daß „Regelmäßigkeit, kasernenhafte Disziplin, Verantwortung“, also das, was Marx die Fabrikugenden nannte, nicht nur genetisch einer Produktionsweise entstammen, die unter kapitalistischen Verhältnissen ihren Anfang nahm, sondern an sich als formbestimmte Qualitäten aufzufassen sind. So beschließt er seinen Aufsatz „über den historischen Hintergrund des Qualifikationsbegriffs“ mit dem Hinweis, daß diese „Qualifikationselemente, ... von der Maschine in ihrer Form als Kapital wohlgermerkt dem Arbeitsprozeß und seinen Bestandteilen, den Arbeitern aufgeherrscht werden ... sie können nur so (als prozeßunabhängig, F. H.) erscheinen, wenn sie so sehr im Ausbildungsprozeß sozialisiert und von dem Arbeiter verinnerlicht worden sind, daß sie als selbstverständlicher Bestandteil der Individualität des Arbeiters und nicht mehr als Produkt des Kapitalverhältnisses erscheinen“³⁵. Soll damit der Schluß nahegelegt werden, daß also „sozialistische“ Maschinen die Möglichkeit zu Unregelmäßigkeit, Disziplinlosigkeit und Unverantwortlichkeit bei ihrer Handhabung einschließen müßten? Die einseitige Verbindung der Fabrikugenden mit dem Kapitalismus wird auch belegt durch folgendes Zitat aus der Einleitung zu den „Materialien“: „Auf der anderen Seite werden im Ausbildungsprozeß auch Dispositionen zur Unterwerfung unter die ‚Sachzwänge‘ der Berufspraxis erzeugt, die später bei der Anwendung des ausgebildeten Arbeitsvermögens für die wertbildende Potenz (durch Arbeitseifer, Pünktlichkeit, Unterwerfung usw.) der Arbeit von größter Bedeutung sind. So erklärt sich auch das Interesse von Formen und Inhalten der Ausbildung aus Momenten im Kapitalverwertungsprozeß.“³⁶

Altvater interessiert sich weniger für die „Inhalte der Ausbildung“, ein Mangel, der ihn wohl auch verleitet, die sogenannte Trennung von Bildung und Ausbildung als „zweckfreie und zweckhafte“, „konsumtive und investive“, zur „Begründung von Autonomie und von Heteronomie des Individuums“ weitgehend unkritisch aus der bürgerlichen Theorie zu übernehmen und den ganzen Prozeß mit der „Entwicklung und Entfaltung des Kapitalverhältnisses“³⁷ zusammenzubringen. Statt auszugehen von der Teilung der Arbeit und der Trennung der Hand- von der Kopfarbeit, die unschwer die Inhalte

35 Materialien, a.a.O., S. 90.

36 Materialien, a.a.O., S. XXIII.

37 Altvater, Der historische Hintergrund, a.a.O., S. 78.

des als Bildung bezeichneten Komplexes als Ausbildung für die Tätigkeiten der herrschenden Klasse (Planung, Leitung, Justiz, Verwaltung, ideologische Integration usw.) hätte erkennen lassen, konstruiert Altvater Einheit und Trennung der beiden Sphären als jeweiliges Resultat gebrauchswert- oder tauschwertorientierter Produktion: „Solange die Produkte der Arbeit noch nicht als Waren für den Markt produziert werden, sondern für den unmittelbaren individuellen oder gemeinschaftlichen Gebrauch, sei es zur Konsumtion, sei es zur Produktion neuer Güter, ist noch die Einheit von Arbeit und Arbeitsprodukt, von Produktion und Gebrauch gegeben. Eine Spaltung der Qualifikation in Bildung und Ausbildung oder in eine konsumtive und eine produktive Seite würde hier absurd sein. Bildung und Ausbildung fallen zusammen und Produktion und Konsumtion sind nicht voneinander als Sphären, die durch Zirkulationsbewegungen von Waren und Geld erst vermittelt werden können, getrennt. Sie sind jeweils Momente des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur.“³⁸ Wiewohl die Teilung der Arbeit, welche Voraussetzung ist für die verschiedenartige Ausbildung, die in der Folge dann als „Bildung“ und „Ausbildung“ auftritt, voraussetzt, daß nicht alles, was produziert wird, auch vom Produzenten konsumiert wird und umgekehrt, sind doch die Gesetze der Tauschwertproduktion davon völlig verschieden. Und so wenig etwas wie „Bildung“ je bloß „konsumtiv“ war, so wenig stehen „Bildung und Ausbildung“ „widersprüchlich zueinander“; denn etwa Juristen und Schlosser scheidet kein Widerspruch voneinander und auch nicht der Gegensatz von Produktion und Konsumtion, sondern eine — gewöhnlich durch die Herkunft ermöglichte — verschiedene Ausbildung, die beide in unterschiedener Weise für das Gesamtsystem des Kapitalismus nützlich macht, den einen als „Nährstand“ gewissermaßen von der Substanz her, den anderen als „Wehrstand“, als Wahrer bestimmter transitorischer Verhältnisse.

Auszugehen von einer Einheit von Produktion und Konsumtion für die Nicht-Getrenntheit von Bildung und Ausbildung, führt perspektivisch nicht nur zurück, zum „autarken Bauernhof“, sie verhilft

38 Altvater, Der historische Hintergrund, a.a.O., S. 79. Etwas später heißt es: „Indem also die Arbeit in der warenproduzierenden und erst recht in der kapitalistischen Gesellschaft doppelten Charakter erhält als konkrete, nützliche Arbeit zur Herstellung von Gebrauchswerten und als abstrakte, wertbildende Arbeit, erlangt die Qualifikation, die die Arbeit erst unter bestimmten objektiven Produktionsbedingungen möglich macht, den Charakter als ‚Investition‘, als Ausbildung, Bildung und Ausbildung können sich erst unter diesen Bedingungen voneinander scheiden und sich widersprüchlich zueinander stellen.“ (A.a.O., S. 84.) „Die Arbeit als Gebrauchswert des Kapitals selbst kann dies nur sein vermöge konkreter Qualifikationen, die erst dem Kapital zu diesem seinem Gebrauchswert verhelfen. Aus dieser Eigenschaft von Arbeit im Kapitalismus resultiert der dichotomische Bildungsbegriff; die Direktion von Bildung und Ausbildung ist nichts anderes als Abklatsch des doppelten Charakters der Arbeit.“ (A.a.O., S. 85.)

Altvater auch zu der oben kritisierten Ableitung der konkret-abstrakten Arbeit, die ihn vor der Beschäftigung mit den wirklichen Arbeitsanforderungen und den wirklichen Ausbildungsgängen bewahrt. Dadurch kann ihm auch entgehen, daß immer größere Teile der historisch zum Komplex Bildung zu zählenden Fähigkeiten — wie etwa: Kritikfähigkeit, Denken in größeren Zusammenhängen, Urteilsfähigkeit, Planungsvermögen, Vorausschau u. a. m. — in die allgemeine Ausbildung der Produzenten Eingang finden.

Bei Huisken, der sich auch in der Terminologie weiter von Marx entfernt hat zugunsten des Frankfurter Jargons, wird die totale Negation der unter wirtschaftliche Interessen subsumierten Lernprozesse noch deutlicher: „Durch den Anspruch der Steuer-, Plan- und Kontrollierbarkeit des gesamten Unterrichtsprozesses wird das Lernen selbst zum Prozeß der Herrschaftsausübung, wobei die Herrschaftsinstanz, d. h. die Instanz, die Entscheidungen fällt und ihre Durchführung betreibt, hinter der glatten Zweckrationalität des effektivierten Prozesses verborgen bleibt.“³⁹ Daß überhaupt geplant, gesteuert, kontrolliert wird, daß Lernen effektiviert⁴⁰ wird, scheint ihm hinreichendes Verdammungsurteil zu sein. Dieser ungerichtete Protest gegen die Versuche gesellschaftlicher Planung überhaupt — der auch große Teile der studentischen Linken bestimmte — könnte selber Produkt planungsfeindlicher Erziehung sein — Erziehung zur Übereinstimmung mit den anarchischen Freiheiten des Marktes.

So richtig und nachlesenswert bei Huisken im einzelnen die Referate über die verschiedenen Schulen der Bildungstheorie und -ökonomie und die jeweilige Zuordnung zum Wirtschaftswachstum, zur Arbeitsplatzstruktur und zum Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften sind, so endgültig scheint ihm der Abstieg ins Negative nachgewiesen durch ein Etikett wie „Dienstbarmachung für die Interessen der Wirtschaft“⁴¹. Indem er zudem eine „Bildung als Bürgerrecht“, als eine von den Anforderungen der Arbeit offenbar freie Bildung durch diesen Vorgang bedroht sieht, wird vergessen, daß das bürgerliche Recht auf Bildung einherging und einhergehen mußte mit massenhafter proletarischer und bäuerlicher Unbildung, daß der Kapitalismus als Prozeß zunehmender Vergesellschaftung der Arbeit zugleich mit der „Unterwerfung der Ausbildung unter die wirtschaftlichen Interessen“ überhaupt eine Ausbildung für große Teile der Bevölkerung erst ermöglicht, weil erfordert hat. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen.

„Je höher das ‚wirtschaftliche Niveau‘ eines Landes ist, desto weniger knapp sind die Ressourcen, die der Staat für das Bildungswesen aufwenden kann, und desto eher ist es möglich, Postulate wie

39 Huisken, a.a.O., S. 212.

40 Vgl. dazu Huisken, a.a.O., S. 217: „Erst im bildungsökonomischen Kontext wird somit der tatsächliche Hintergrund der gegenwärtigen didaktischen Konzeptionen, ihrer Depravation zur Technik der Effektivierung von Unterricht und Schule deutlich.“

41 Vgl. Huisken, a.a.O., S. 215 ff.

das ‚Bürgerrecht auf Bildung‘ zu realisieren. Solange jedoch die Ressourcen (öffentliche Mittel für das Bildungswesen) knapp sind, gilt es primär die ökonomisch vom wirtschaftlichen Wachstum her begründbare Nachfrage nach Ausgebildeten zu befriedigen. D. h. unter den gegebenen Bedingungen von Mangel kann die Nachfrage nach Bildung der privaten Haushalte nur in dem Umfang und in der Art befriedigt werden, wie dies der optimalen Versorgung der Wirtschaft und anderer Abnehmerbereiche mit Arbeitskräften entspricht. Und dies heißt letztlich, daß die nach den Gesetzen der Profitmaximierung unter den Bedingungen nationaler und internationaler Konkurrenz sich entwickelnde Arbeitsplatzstruktur der Privatwirtschaft die Nachfrage nach ausgebildeten Arbeitskräften weitgehend determiniert.“⁴² Durch die einseitige Verknüpfung der Knappheit der Mittel für die Bildung mit dem Kapitalismus und durch das Postulat produktionsunabhängiger Bildung als Bürgerrecht entgeht Huisken, daß etwa wesentlich für den Sozialismus die Freisetzung aller schöpferischen Kräfte des Menschen als „Springquell des genossenschaftlichen Reichtums“ ist — und das heißt und kann nichts anderes heißen, als daß es der gesellschaftliche Arbeitsprozeß ist, der die Mobilisierung aller Fähigkeiten erfordert, und daß Bildung und Ausbildung sich danach richten. Nicht die Zuordnung der Ausbildung zu den Anforderungen aus dem Produktionsprozeß ist also das spezifisch den Kapitalismus Kennzeichnende und zu Verändernde, sondern die anarchische Form seiner Durchsetzungsweise, die nicht nur im großen die beständigen Krisen auf dem Rücken der Arbeiter austrägt, sondern auch in dem angesprochenen Bereich der Ausbildung gerade durch eine nicht vollzogene rechtzeitige Veränderung der Ausbildungsgänge eine Katastrophe für die einzelnen Produzenten heraufbeschwört. Millionen sind von permanenter Arbeitslosigkeit bedroht, weil ihnen die für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt erforderlichen Kenntnisse fehlen — ihr altes Fachwissen ist wertlos geworden; Schulabgänger bekommen keine Lehrstellen, weil die notwendigen Ausbilder fehlen und weil die Ausbildungsgesetze und die in der Lehrzeit zu vermittelnden höheren Qualifikationen die Ausbildungszeit nicht mehr bloß zur profitlichen Sondereinnahmequelle für die Unternehmer machen usw. — So ließe sich eher formulieren, daß die nicht vollzogene Zuordnung der Ausbildung zu einem sich stets revolutionierenden Produktionsprozeß Merkmal kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist als umgekehrt. Ausgespart wird bei Huisken also, daß eine Dichotomie von Arbeit und Bildung oder Ausbildung allenfalls als Entwurf bildungsbürgerlicher Theoretiker vorkommt und in Wahrheit weder je für die Allgemeinheit existierte, noch als sozialistische Utopie anzielbar wäre. Es bleibt das Ideal des materiell vermögenden „einzelnen“. Eine ferne kommunistische Perspektive, bei der im allgemeinen gesellschaftlichen Überfluß weder die Leistung des einzelnen die Konsumtion bestimmt, noch seine Bildung den Beruf, läßt sich angesichts der

42 Huisken, a.a.O., S. 216.

großen weltweiten Armut wohl kaum kritisch gegen den Kapitalismus richten.

Wo innerhalb des Kapitalismus Fortschritt noch möglich ist und geschieht, werden auch seine Kritiker sich ihm nicht entgegenstellen. Und wenn konkrete Arbeit sich so verändert, daß die zu ihrer Ausführung erforderliche Qualifikation auf allen Ebenen Bildungsreformbemühungen hervorruft, die zumindest eine Verbreiterung der Ausbildung auf einen größeren Bevölkerungsteil anzielen müssen, ist es systemlogisch, daß gleichzeitig — gewissermaßen um den möglichen Überschuß an Wirkung wieder zu neutralisieren — vermehrte Anstrengungen der Systemintegration unternommen werden. — In diesem Zusammenhang wären auch die zunehmenden Berufsverbote für linke Lehrer einzuordnen, da gerade für die komplizierte Vermittlung von Fachwissen gepaart und vermischt mit Systembejahung gehorsame Diener als „Sinnvermittler“ unabdingbar sind. — Dies jetzt als Kern der Reformbemühungen und Inhalt der Ausbildung selbst zu mutmaßen, ist zwar nach den Ableitungen Altvaters und Huiskens naheliegend, verunmöglicht jedoch eine angemessene gewerkschaftliche Bildungspolitik, die in der Unterstützung und Verstärkung jener — durch die Anforderungen des Arbeitsprozesses gegebenen — Ausbildungsteile bestehen müßte und in der Abwehr der analytisch trennbaren Teile, die allein dem Ausbeutungscharakter des Prozesses geschuldet sind.

Bei Altvater und Huiskens folgt trotz einiger verbaler Kraftakte als allgemeine Strategie allenfalls, das ganze Bildungssystem zu bekämpfen, sich nicht näher damit zu befassen bzw. das Sich-Einlassen zu beschränken auf die Negation aller auf den Arbeitsprozeß rückführbarer Bildungselemente. Zwar heißt es etwa in der schon häufig zitierten Einleitung zu den Materialien: „Eine Kritik der technokratischen Schul- und Hochschulreform muß also an diesem Widerspruch (zwischen Notwendigkeit der Qualifizierung und Grenzen der Verwertung, F. H.) ansetzen, um sich über die praktische Relevanz und Realisierbarkeit von Forderungen Klarheit zu verschaffen. Die bloße Denunziation von hinter den bildungspolitischen Maßnahmen stehenden Interessen reicht dazu beileibe nicht aus“⁴³; jedoch geben die folgenden Analysen keinen Hinweis, daß es mit diesem Appell ernst gemeint sein könnte⁴⁴.

Zwischen der Analyse als Antwort auf die Frage, warum und wie Kapitalinteressen und Ausbildung etwas miteinander zu tun haben, und einer den Klassenkämpfen entsprechenden vernünftigen Bildungspolitik klafft ein tiefer Graben, für dessen Überschreitung Altvater und Huiskens wenn nicht gar die Mittel versteckt, so doch keine bereitgestellt haben.

43 Materialien, a.a.O., S. XXIII.

44 Ohne daß eine Gruppenidentität unterstellt werden soll, lassen sich doch solche ultralinken Lösungen wie etwa die des KSV „Kampf der kapitalistischen Ausbildung“ — bei der keiner weiß, was eigentlich genau darunter zu verstehen ist — durchaus aus den Altvater/Huiskenschen Analysen ableiten.

IV. Über die Nutzlosigkeit marxologischer Gralshüterei — Kritik am Autorenkollektiv des VSA

Unter diesen Voraussetzungen darf das Buch „Zur Kritik der Bildungsökonomie“⁴⁵ trotz des irreführenden Titels mit einiger Hoffnung auf praktischen Ausweg erwartet und gelesen werden. Nach einigen einleitenden Bemerkungen über den Stellenwert der Bildungsökonomie und Bildungspolitik, die das Autorenkollektiv den kritisierten Autoren einverständlich entnimmt und in denen daher die dort ausgeführten z. T. recht fragwürdigen Einschätzungen⁴⁶ aufs knappste wiederholt werden, wird man zusätzlich enttäuscht. Denn es soll nicht die Analyse der genannten Autoren kritisch daraufhin überprüft werden, ob sie die Wirklichkeit richtig erfaßt, sondern das Autorenkollektiv stellt sich die Frage, ob „insbesondere die Erlanger Autoren“ Marx richtig rezipiert haben; das geschieht allerdings unter phraseologischer Berufung auf „sozialistische Politik“. Nun ist zwar die Rezeption vor allem der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie unabdingbare Voraussetzung für die Analyse der bürgerlichen Gesellschaft, jedoch kommt es dabei wohl nicht so sehr auf Buchstabentreue an als vielmehr auf adäquate Erkenntnis der Wirklichkeit.

In der Folge erhält man einen längeren Nachdruck (teils zitierend, überwiegend referierend) aus dem *Kapital* von Marx und aus den *Grundrissen*, die man beide eigentlich schon im Bücherschrank hatte, durchsetzt mit Zitaten aus den Texten der kritisierten Autoren. Das Ergebnis des vom praktischen Interesse und praktischer Erfahrung vollkommen unberührten Vergleichs ausgewählter Texte zur Bildungsökonomie mit Schriften von Marx ist auf den ersten Eindruck

45 Autorenkollektiv: Zur Kritik der Bildungsökonomie. Diskussionsbeiträge zu Altwater/Huisken, MG Erlangen und Kanzow/Roth. Berlin 1974.

46 So findet sich z. B. kein Wort über die Widersprüche, die den gesamten Infrastrukturbereich prägen, wohl aber die Formel von den knappen Ressourcen. „Mit der Begründung knapper Ressourcen wurde jeder Schritt zur Reform des gesamten Ausbildungswesens blockiert.“ (A.a.O., S. 2.) — Es ist wohl überflüssig, an dieser Stelle noch einmal nachzuweisen, daß die Behauptung zudem falsch ist. Ein Blick in die Statistik zeigt beispielsweise, daß allein zwischen 1970 und 1973 die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für das Bildungswesen um fast 70 % stiegen, während der Gesamthaushalt im gleichen Zeitraum nur um 45 % stieg. Zwar kann man richtig einwenden, daß ein immer größerer Teil solcher Ausgaben von der Inflation geschluckt wird — jedoch lassen solche Angaben, wie die Steigerung der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt von 13,8 % (1970) auf 16 % (1973) bei absolut wachsendem Haushalt keinen Zweifel an der effektiven starken Erhöhung der Ausgaben. Nimmt man dazu noch die Zahlen über das absolute und relative Anwachsen der Abiturienten (ihre Zahl wuchs von 24 000 im Jahre 1952/53 = 2,7 % aller Schulabgänger — auf 107 000 im Jahre 1972/73 = 13,3 % der Schulabgänger laut „Blick durch die Wirtschaft“ vom 26. 7. 1974), der Studenten, der Fachschüler, die Zunahme von Lehrern und Hochschullehrern etc., läßt sich zwar argumentieren, daß dies alles noch nicht genug sei, aber wohl kaum, daß es nichts ist.

verwirrend bis unverständlich. Bei eingehender Überprüfung entdeckt man unterschiedslos durcheinandergemengt unnütze und bornierte Beckmesserei, gewolltes Mißverständnis, ausgesprochene Fehler, wo es die Kritisierten — etwa Altvater — mit Marx besser wissen, und einige richtige Hinweise, die aber leider im Meer angemäßigter philologischer Gralshüterei verlorengehen. Mit keinem Wort wird versucht, dem Leser zu verdeutlichen, warum irgendeine Lesart von Marx praktisch wichtiger ist als eine andere. Man wird vielmehr genötigt, bestimmte Sachverhalte deswegen interessant und wichtig zu finden, weil Marx sie beim Namen nannte, statt umgekehrt Marx ein eingehendes Studium wert zu finden, weil und sofern er diese und andere Sachverhalte richtig erkannte.

Die Handschrift erkennt man spätestens, wenn gegen Altvater fälschlich eingewandt wird, er habe „ein falsches Verständnis der entsprechenden Kapitel im *Kapital*, die keine historische Darstellung, sondern eine systematische Abfolge der Kategorien des spezifisch kapitalistischen Arbeitsprozesses beinhalten“⁴⁷, und wenn entgegen aller Vernunft Altvaters Aufforderung, einiges über die Wirklichkeit auch aus den bürgerlichen Theorien „als verkehrtem Reflex“ zu entnehmen, so lange hin- und herinterpretiert wird, bis krönend herauskommt, daß Marx ja eh schon alles geleistet hat: „Rückwärts aufgerollt‘ zu werden braucht die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr, der ‚Begriff der inneren Notwendigkeiten‘, der sich an der Oberfläche zeigt, ist mit der allgemeinen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise — mit dem *Kapital* — gegeben. Dort sind von Marx sowohl die inneren Gesetzmäßigkeiten als auch deren allgemeine Erscheinungsformen an der Oberfläche der Gesellschaft abgeleitet, d. h. die verwirrende Oberfläche ist dechiffriert worden“⁴⁸; den Nachgeborenen bleibt nurmehr die Funktion von Hütern Marxscher Formulierungen.

Das Verfahren dieser sich um das „Projekt Klassenanalyse“ am Soziologischen Institut der Freien Universität Berlin scharenden Marxierer ist folgendes: Es kommen prinzipiell nur bei Marx verwandte Satzstücke, Worte und Sequenzen vor. Es wird nicht so sehr

47 Autorenkollektiv, Zur Kritik der Bildungsökonomie, a.a.O., S. 36. — Bei Altvater und Huisken (Einleitung, S. XXIV) findet sich der Zusammenhang von Logischem und Historischem dagegen in seltener Klarheit wiedergegeben; dort heißt es: „Zweitens deutet sich in dem Heranziehen konkreter historischer Entwicklung auch an, daß die Kategorien des Kapitals im allgemeinen nicht nur begriffliche Abstraktionen, die sozusagen rein von einem zeitlosen Intellekt entfaltet werden können, sondern historische Kategorien sind, die eine historische Realität haben, bevor sie durch Abstraktion als Begriffe ideell die Wirklichkeit reproduzieren.“ — Zur Leugnung des Zusammenhangs von logischer und historischer Entwicklung vergleiche in dem genannten Buch des Autorenkollektivs die Fußnoten 26 und 27, S. 15 f.; ferner S. 41 und Fußnote 50, S. 22. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit diesem Komplex führte Klaus Holzkamp, Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verknennung durch J. Bischoff, in: Das Argument 84, 1974, S. 1 ff.

48 Autorenkollektiv, Zur Kritik, a.a.O., S. 17.

zitiert als vielmehr Marx imitiert. Der Effekt ist der, daß jene Leser, die Marx nicht kennen, ohnehin nichts verstehen, die Marx-Kenner aber allmählich eingeschlafert werden. Falls man doch einmal die Mühe sich macht, einen Satz genau zu durchdenken, stellt man durchweg fest, daß es sich um leere Wortaneinanderreihungen handelt, die zwar grammatisch stimmen, aber sonst keinen genau angebbaren Sinn haben. Die jeweiligen Fehler herauszulösen und zu verbessern, lohnt aber wiederum nicht, da sie zumeist konsequenzlos sind, Beweisstränge überhaupt nicht verfolgt werden. (Man vergleiche etwa hierzu die Seite 100 im Buch des Autorenkollektivs mit der Seite 377 im 1. Band *Kapital* von Karl Marx, MEW 23.) Dies wiederum liegt daran, daß die Autoren nichts im besonderen verfolgen, nicht den Fortschritt von Wissenschaft und Erkenntnis im Auge haben und auch dazu nichts beitragen, sondern einziges Motiv des Schreibens offensichtlich eine stagnante Rechthaberei auf der Grundlage eines angemaßten Marxbesitzes ist.

Schon in der Fußnote 10, S. 10/11 werden Altvater und Huiskens schulmeisterlich gemaßregelt, daß „die Ware Arbeitskraft . . . sich nicht gegen Lohn aus(tausche), sondern gegen Kapital, welches in der Hand des Arbeiters zu Lohn wird“; man ahnt, daß hier Altvater und Huiskens — offenbar voreilig? — den Standpunkt des Arbeiters auf dem Markt einnahmen, weiß bloß leider nicht, warum das verkehrt sein soll. Zumal man gerade zuvor auch bei Altvater lesen konnte, daß Arbeitskraft sich gegen Kapital austauscht!⁴⁹

Abgesehen davon, daß einem die sehr plastische und besondere Sprache von Marx vermiest zu werden droht, wenn sie immer wieder gebetsartig heruntergeleiert wird, ist es auch eine arge Zumutung, wenn man als Widerlegung der einfachen — auch von Altvater und Huiskens richtig aufgeführten — Tatsache, daß ein Widerspruch besteht zwischen der Notwendigkeit, aus Profitgründen Ausbildung zahlen zu müssen und sie aus den nämlichen Gründen nicht zahlen zu wollen, endlose Ausführungen lesen muß über das Sinken und Steigen des Werts der Ware Arbeitskraft⁵⁰.

49 Vgl. Fußnote 16 in diesem Text.

50 Um die mühsame Langeweile nachvollziehbar zu machen, ist es leider notwendig, einen größeren Passus zu zitieren; man wird sehen, daß alle Ausführungen zwar schülerhaft bemüht geradezu zwanghaft Marx wiedergeben, allerdings mit dem genannten Widerspruch im Kräftefeld um die Ausbildung wenig zu tun haben. „Die Revolutionierung des Arbeitsprozesses, welche sich niederschlägt in veränderten Qualifikationsanforderungen, kann in bezug auf die Mehrwertrate unterschiedliche Reaktionen hervorrufen: Erstens steigt der Wert der Arbeitskraft, wenn die Qualifikationen steigen [. . . hier folgt ein entsprechendes Marxzitat in der Fußnote, F.H.], in der Folge davon fällt die Mehrwertrate (hier vorausgesetzt: bei sonst gleichbleibenden Bedingungen) [lassen wir es dahingestellt, daß die höhere Qualifikation die Mehrwertrate nicht tangieren muß, da es unsinnig wäre, anzunehmen, erhöhte Qualifikation ginge in die Durchschnittsreproduktion ein, ohne gleichzeitig kompliziertere Arbeit zu leisten, F.H.]; zweitens sinkt der Wert der Arbeitskraft, wenn die Entwicklung der Produktivkräfte die Produktionszweige ergreift, die die

Der genannte Widerspruch ist plattgewalzt; Eingreifen und Funktion des Staates werden ebenso unerklärlich wie die forttreibenden Elemente von Entwicklung überhaupt. Folgerichtig behauptet das Autorenkollektiv ganz einfach — und selbstverständlich ohne Ableitung —, es sei ohnehin unmöglich, den „Ausbildungsbereich als allgemeine Produktionsbedingung der kapitalistischen Gesellschaft, die (das sagt der Begriff) grundsätzlich vom kapitalistischen Staat herzustellen sei, abzuleiten“, dies sei allein Aufgabe „zeitgeschichtlicher Untersuchungen“⁵¹.

Jene Leser, die der langwierigen Argumentation über die Mehrwertrate gefolgt sind, in denen, wenn überhaupt etwas, bewiesen wurde, daß vermehrte Ausbildung logisch fast immer zur Erhöhung der Mehrwertrate führt, müssen sich jetzt eigentlich fragen, warum das Kapital nicht immer schon viel mehr Geld für Ausbildung bereithielt, verbietet sich aber sogleich solche Gedanken aus der Platitude wirklichen Geschehens, um ferner in den kühnen Höhen reiner korrekter Gedanken sich aufzuhalten. So erfährt man zur Belohnung die „korrekte“ Ausführung der „systematischen“ Möglichkeit der einen Seite des oben genannten Widerspruchs: „Als allgemeines Ergebnis können wir nicht das Eintreten des Falls der Mehrwerte feststellen, sondern nur formulieren: wenn durch eine Steigerung der Qualifikationen der Arbeitskräfte auf gesellschaftlicher Ebene, die sich in einer Steigerung der Qualifikationskosten der Arbeitskräfte — damit in ihrem höheren Wert — widerspiegelt, weder durch eine Produktivitätssteigerung noch durch eine Steigerung der wertbildenden Potenz das Steigen des Wertes der Arbeitskräfte kompensiert werden kann, dann fällt die allgemeine Rate des Mehrwerts.“⁵² — Das allgemeine Ergebnis mehrerer Seiten angestrebten Marxisierung ist also praktisch sinnlos. Denn bekanntermaßen ist eine „Steigerung der Qualifikation der Arbeitskräfte auf gesellschaftlicher Ebene“ eine Produktivitätssteigerung, so daß diese nicht im Nachsatz als fehlende „Kompensation“ wieder herausgenommen werden kann; der praktisch nicht denkbare, wenn auch von müßigen Kopfarbeitern theoretisch vorstellbare Fall, daß Qualifikation und Produktivität der Arbeit auf gesellschaftlichem Maßstab auseinan-

Lebensmittel der Arbeiterklasse betreffen [Fußnote als Erläuterung zum Begriff Lebensmittel, F. H.]; Ergebnis dieser Tendenz ist eine steigende Mehrwertrate; drittens steigt die wertbildende Potenz der höher ausgebildeten Arbeitskraft, wenn sie sich als komplizierte Arbeit im Produktionsprozeß bestätigen kann — dieses gilt nur, solange sich die höhere Qualifikation nicht verallgemeinert hat — [hier folgt als Fußnote ein Verweis auf eine Seitenzahl im Kapital, auf der nichts über die „wertbildende Potenz der höher ausgebildeten Arbeitskraft“ zu lesen ist, F. H.] in der Folge dieser Tendenz steigt der Mehrwert“ usw. (A.a.O., S. 14 f.)

51 A.a.O., S. 12, Fußnote 12. Vgl. auch S. 116. — Diese Aussage wirkt allerdings nicht ganz so absurd, wie sie gemeint ist, weil außer dem Autorenkollektiv und der weiteren Gruppe niemand einen ausschließenden Gegensatz zwischen den beiden Auffassungen vermuten würde.

52 A.a.O., S. 15.

derfallen, würde wiederum keine Wertsteigerung der Arbeitskraft nach sich ziehen. Denn: vorgestellt etwa, daß alle Gärtner auf gleichem Produktivitätsstand wie bislang arbeiten, aber die Ausbildung von Professoren haben, ohne daß diese Qualifikation angewandt wird, könnten sie sich doch nicht auf dem Arbeitsmarkt entsprechend teuer verkaufen — die in ihnen steckende gesellschaftliche Arbeitszeit wäre daher vergeudet und berührte ihren Wert nicht.

Völlig absurd scheint auch der Nachvollzug der Altvaterschen „Dirermtion von Bildung und Ausbildung“, bei der das Autorenkollektiv einverständlich die seltsamsten Behauptungen des kritisierten Autors wiedergibt, um sich dann mit ganzer Kraft auf die von Altvater zitierte Stelle aus den Grundrissen über das „Abstrakter-Werden der Tätigkeiten in der Großen Industrie“ zu werfen und schlicht zu behaupten, Marx meine dort gar nicht die konkrete Arbeit — die er ohne Zweifel sehr wohl auch meint.

Altvater zitiert hier eine Seite aus den Grundrissen (S. 204 f.), in der es u. a. heißt: „Dies ökonomische Verhältnis — der Charakter, den Kapitalist und Arbeiter als die Extreme eines Produktionsverhältnisses tragen — wird desto reiner und adäquater, je mehr Arbeit allen Kunstcharakter verliert; ihre besondere Fertigkeit immer mehr etwas Abstraktes, Gleichgültiges wird, und sie mehr und mehr *rein abstrakte Tätigkeit*, rein mechanische, daher gleichgültige, gegen ihre besondere Form indifferente Tätigkeit wird; bloß formelle Tätigkeit oder, was dasselbe ist, bloß stoffliche Tätigkeit überhaupt, gleichgültig gegen die Form. Hier zeigt es sich dann wieder, wie die besondere Bestimmtheit des Produktionsverhältnisses, der Kategorie — Kapital und Arbeit hier — erst wahr wird mit der Entwicklung einer besonderen materiellen Weise der Produktion und einer besonderen Stufe der Entwicklung der industriellen Produktivkräfte...“ Das Autorenkollektiv zitiert diesen Passus (a.a.O., S. 23), um dann zu behaupten: „Altvater stützt sich bei seiner Argumentation fälschlicherweise auf die Grundrisse-Passage. Dort spricht Marx nicht davon, wie sich durch das Kapitalverhältnis die konkrete Seite der Arbeit verändert, sondern sein Thema ist die Gleichgültigkeit sowohl von seiten des Kapitals als auch von seiten des Arbeiters gegenüber der besonderen konkreten Form der Produktion“ (a.a.O., S. 24). Und nach weiteren längeren Ausführungen über konkrete und abstrakte Arbeit, Tauschwert, Gebrauchswert, Wert und Doppelcharakter der Arbeit heißt es: „Diesem Tauschakt der unterschiedlichen Waren muß ein Gleiches zugrundeliegen, damit die Waren quantitativ vergleichbar sind; dieses gemeinsame Gleiche ist der Warenwert, der durch die gleiche menschliche Arbeit als solche gebildet wird, unabhängig von ihrer je spezifischen konkreten Form. Eine ‚Annäherung‘ der beiden Seiten der Arbeit, worauf A./H.s Vorstellung hinausläuft, kann demnach solange nicht stattfinden, wie Waren produziert werden, die sich beim Austausch in ihrem Doppelcharakter bestätigen müssen.“⁵³

Das Autorenkollektiv arbeitet hier also falsch, zumindest einseitig, minuziös und palmströmartig — unter Wiederholung sämtlicher Marxscher Ableitungen, die in diesem Zusammenhang irgendwie brauchbar sein könnten — heraus, daß konkrete Arbeit unter den Bedingungen der Warenproduktion niemals abstrakter werden kann! Dabei hätte ein Blick etwa in das Kapitel über Maschinerie und große Industrie im *Kapital* sie schon eines Besseren belehrt.

Tatsächlich wird hier nämlich — sicher nicht zugunsten eines leichteren Verständnisses — der Begriff *abstrakt* für zwei unterschiedne Sachverhalte benutzt. Die Gleichheit, die den gleichen Begriff rechtfertigt, ist hergestellt dadurch, daß „abstrakt“ in beiden Fällen meint: Unter Absehung von bestimmter (Kunst-)Fertigkeit. Bezugspunkt ist jedoch einmal die Wertform der Arbeit im Unterschied zu ihrer Naturalform, zum anderen das Schicksal der Naturalform, der nützlichen Arbeit selber. Diese letztere ist bestimmt durch den Nutzeffekt, durch Zweck und Resultat und entsprechenden Einsatz von Gegenstand, Mittel und Operationsweise. Umgekehrt ist abstrakte Arbeit nicht zu betrachten in bezug auf ihr produktives Verhalten zum Produkt — also qualitativ —, sondern nur als Verausgabung menschlicher Arbeitskraft, gemessen in Zeiteinheiten — also quantitativ. In dem von Altvater und dem Autorenkollektiv wiedergegebenen Zitat wird nun von Marx — wie Altvater richtig anführt — ein „Abstraktwerden“ konkret-nützlicher Arbeit behauptet, bis hin zur bloßen Verausgabung von Kraft ohne Kunstfertigkeit. Dies wird als Prozeß dargestellt, der praktisch sichtbar macht, worauf es dem Kapitalisten schließlich ankommt, nämlich bloß auf die Verausgabung von Arbeit in der Zeitdauer. Dieses „Auf-den-Begriff-Bringen“ des Kapitalismus ist notwendig, um beispielsweise die transitorische Notwendigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsformation deutlich zu machen, da nur der Verwertungstrieb eine so vollkommene Zerlegung der Arbeit und damit inhumane Reduktion des Menschen auf ein organisches Anhängsel der Maschinerie — welche zugleich Voraussetzung für die Entwicklung derselben ist — herbeiführen konnte. Gleichwohl scheint die Verwendung des Begriffes „abstrakt“ für die konkrete Arbeit nicht sehr glücklich zu sein, da dies leicht — wie bei Altvater geschehen — dazu führen kann, die beiden Seiten der Arbeit tatsächlich ineins zu denken. Dagegen ist kapitalistische Produktion, obwohl sie nur an der Vermehrung des Werts interessiert ist, bekanntlich zum Umweg über die Herstellung von Produkten gezwungen. Daher muß bei aller Veränderung der konkreten Arbeit ihre gebrauchswertbezogene Bestimmtheit erhalten bleiben. Die Entspezialisierung der konkreten Arbeit in Richtung auf eine „abstrakte Tätigkeit“ hat also mit der abstrakten wertbildenden Arbeit deshalb nichts zu tun, weil das *Wie und Was* der Produktion das *Wieviel* der in den Produkten dargestellten Werte nicht berührt.

Wie weiter oben ausgeführt, sieht das Autorenkollektiv diese Schwierigkeit, verursacht sowohl durch Marxsche Formulierung sowie durch die tatsächliche Formveränderung der nützlichen Arbeit

gar nicht, sondern beschlagnahmt einfach den Begriff „abstrakt“ für die Wertgestalt. Einige dogmatische Wiederholungen Marxscher Lehren zum Wert, die schon oben angegebene Leugnung des Inhalts der Passage aus den Grundrissen sowie einige dunkle Andeutungen, daß „die Annäherung der beiden Seiten der Arbeit“ durch die Warenproduktion verhindert werde (wohl also im Kommunismus erfolge?), helfen hier kaum weiter.

Sie hätten statt dessen gegen Altvater kritisch einwenden müssen, daß heute nicht mehr unter den Bedingungen von 1850 gearbeitet wird — statt die Bedingungen wegzubeweisen — und daher weiterentwickelte Begriffe für die Bestimmung der konkreten Arbeit her müssen, um im Anschluß die Verschärfung der Widersprüche als Resultat der Veränderung der technischen und menschlichen Basis der Produktion und ihrer Formbestimmtheit herauszuarbeiten. Diese Bewegung nämlich ist es, die Altvater entgehen muß, weil er die Bedingungen der Großen Industrie zwar richtig für Kapitalismusadäquat hält, aber fälschlich eine starre Beziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen anzunehmen scheint. Da von solchen Überlegungen in der Kritik des Autorenkollektivs nichts zu lesen ist, muß auch das Ergebnis, daß Altvater zu Unrecht „die konkrete Arbeit in ihrer Veränderung schon dadurch (für) bestimmt (hält), daß er sie als spezifisch kapitalistisch formbestimmte bezeichnet“⁵⁴, dank der falschen Behauptungen in der Ableitung und dank der fehlenden praktischen Konsequenzen irrelevant bleiben.

Auch die im Altvaterschen Text fehlenden und angeblich dort notwendigen Ausführungen über die Produktion des relativen Mehrwerts lesen sich, da das Autorenkollektiv nicht gut das *Kapital* komplett nachdrucken konnte und also auswählen mußte, höchst einseitig — dies insbesondere, wenn man die vielfältigen Faktoren bedenkt, die zur Analyse der Entwicklung der Produktivkräfte herangezogen werden müssen (z. B. die Rolle des Wettrüstens bei der Entwicklung der Automation⁵⁵), wenn man endlich über die allerallgemeinsten Aussagen herauskommen möchte.

Für das Autorenkollektiv stellt sich die Entwicklung der Produktivkräfte dar als beständiger Versuch des Kapitals, den Wert der Ware Arbeitskraft zu reduzieren. Dies kann zwar ein möglicher Effekt sein, ist jedoch keineswegs das Triebrad der Bewegung. Wörtlich heißt es: „Bei den Produktionsmethoden des relativen Mehrwerts wird zum Zwecke der Erhöhung der Mehrwertrate bezogen auf eine gegebene Zeiteinheit (Arbeitstag), welche geteilt ist in notwendige Arbeit und Mehrarbeit — also auf der *Grundlage* der Produktion des absoluten Mehrwerts —, der Wert der Arbeitskraft gesenkt, indem durch Entwicklung der Produktivkräfte der Wert der für die Reproduktion des Arbeiters notwendigen Lebensmittel gesenkt und somit die für den Erhalt des Arbeiters notwendige Zeit des Arbeitstags ver-

54 A.a.O., S. 24.

55 Vgl. hierzu die Analyse in dem in Kürze erscheinenden Band „Genese und Perspektive der Automation in der BRD“.

kürzt wird. (Man sieht die Kapitalisten förmlich zusammenhocken und sagen: „Wir müssen die Brotherstellung automatisieren, damit der Wert der Ware Arbeitskraft gesenkt werden kann, wir in allen Produktionszweigen weniger Lohn zahlen können und damit unsere Mehrwertrate steigern!“ F. H.) Das Ergebnis ist eine höhere Mehrwertrate ohne Verlängerung des Arbeitstags, also eine größere Exploitation der Arbeitskraft.“⁵⁶ Die Marxwiedergabe ist nur scheinbar korrekt. Zwar wird oberflächlich, sozusagen nach außen hin, durch die Wortwahl des Marx-Dekor gezeigt, die Art der Aneinanderreihung jedoch und der Transport in einen anderen Zusammenhang ergeben eine falsche Wirkung. So verwechseln die Autoren auch noch an anderer Stelle Antrieb und Effekt⁵⁷; sie müssen dies tun, um, wie schon weiter oben ausgeführt, den Widerspruch, der in den Gesetzen des Kapitalverhältnisses selbst aufbricht und die Entwicklung desselben ist, zugunsten einer platt soziologistischen, von ihnen als „Systematik“ bezeichneten „Dechiffrierung“ von Strukturmerkmalen der bürgerlichen Gesellschaft negieren zu können. Nachdem auf diese Weise der dreizehnseitige Text von Altvater auf dreiundzwanzig Seiten verlängert wurde, widmen sich die Autoren einem weiteren Aufsatz von Altvater und Huiskens⁵⁸ über produktive und unproduktive Arbeit. Der Bezug zur Bildungsökonomie ist zwar ein wenig fern, doch wird wenigstens darauf verwiesen, daß das, was unproduktiv bzw. produktiv heißen soll, je nach Standpunkt etwas Verschiedenes ist, um allerdings sodann selber den Standpunkt des Kapitals als objektiven Maßstab zu verabsolutieren⁵⁹.

Nach diesem mühsamen Einblick in den Gral der Marxhüter scheint es nicht ungerecht, sich weitere Lektüre zu ersparen; zumal auch die Kritik der Kritik, da ihr gewissermaßen vom Gegenstand die Methode aufgezwungen wird, nicht weniger mühsam zu lesen wäre und nicht einmal neue Erkenntnisse bringen würde.

V. Zusammenfassende Thesen über die Widersprüche im Ausbildungssektor und die Chancen gewerkschaftlicher Bildungspolitik

Aus den hinter der Kritik durchscheinenden und auch zwischen- durch eingefügten Bemerkungen soll zusammenfassend noch einmal der hier vertretene Standpunkt materialistischer Analyse und politischer Strategie im Ausbildungssektor vorgetragen werden.

⁵⁶ A.a.O., S. 25.

⁵⁷ Vgl. hierzu etwa: Zur Kritik, a.a.O., S. 32.

⁵⁸ Die Kategorien produktive und unproduktive Arbeit im Rahmen der Reproduktionsbedingungen des Kapitals, in: Materialien, a.a.O., S. 228 ff.

⁵⁹ Vgl. hierzu: a.a.O., S. 49 ff. Vielleicht empfiehlt es sich für die Erarbeitung der Gesetzmäßigkeiten im Ausbildungssektor, insgesamt nur mit den Kategorien „gesellschaftlich notwendige Arbeit“, „Arbeit zur Erzeugung des gesellschaftlichen Reichtums“ und „Arbeit, die für den Kapitalisten profitlich ist“ zu arbeiten.

Ohne Zweifel ist es zunächst erforderlich, sich Klarheit zu verschaffen über das Verhältnis von Bildung, Ausbildung und Produktion unter den Gesetzen der Kapitalverwertung. Sind erst die Bewegungsgesetze des Kapitals bekannt, gilt als grundlegende Einsicht, daß in der kapitalistischen Gesellschaftsformation die Produktion wegen des Profits aufrechterhalten wird. Daher werden ständige Einsparungsversuche unternommen, die u. a. eine ebenso ständige Umwälzung der Produktivkräfte nach sich ziehen. — Alle Lehr- und Lernbemühungen, gleichgültig ob sie unter dem Namen Bildung oder Ausbildung auftreten, können begriffen werden als Instandsetzung der Individuen für einen Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit — sei es für eine Tätigkeit im Produktionsprozeß oder, wie im Fall der „ideologischen Stände“, für die Tätigkeit der Erziehung der Produzenten sowohl für die Produktion als auch für die Bejahung des Systems.

Schon mit diesen wenigen Bestimmungen lassen sich die unterschiedlichen Bildungstheorien enträtseln als mehr oder weniger vermittelter Reflex der jeweils historisch geforderten Fähigkeit zur Bewältigung der Anforderungen aus der gesellschaftlichen Produktion, übersetzt in die Sprache scheinbar abgehobener Bildungsziele. Andersherum erlauben die Theorien selbst wieder — bzw. ihre Kenntnis — Rückschlüsse zu ziehen auf den Stand der Produktivkräfte und den des ideologischen Klassenkampfes.

Ist aber die Ausbildung notwendige Befähigung für den Produktionsprozeß, so bewegt sie sich in jenem Kräfteverhältnis, das bestimmt wird durch den Widerspruch, der in den Kapitalgesetzen selbst seinen Ursprung hat, dem schon mehrfach erwähnten zwischen der Unlust des Kapitals, vom Profit einen Abzug zugunsten der Arbeiterklasse machen zu müssen, und der Notwendigkeit, zwecks Aufrechterhaltung der profitbringenden Produktion dennoch ausbilden zu müssen. Zur Systemerhaltung ist also eine Ausdehnung jenes Bereichs vonnöten, in dem unter Beibehaltung des Kapitalismus gleichwohl nicht nach Profitgesetzen gehandelt wird. Diese Geschäfte besorgt der Staat.

Nach den hier nur sehr skizzenhaft angeführten allgemeinen Zuordnungen scheint es einleuchtend, daß insbesondere zwei Bereiche jeweils aufs sorgfältigste analysiert werden müssen als Grundlage für jede fortschrittliche Politik im Bildungsbereich:

Dies ist zum einen das Studium der Ausbreitung und des Niveaus der Produktivkräfte, um die erforderlichen Fähigkeiten für die fortgeschrittenste Technik auszumachen. Es ist hierbei nicht notwendig, daß alle Bereiche das oberste Niveau der Produktivkraftentwicklung erreicht haben; die Zahl muß nur genügend groß sein, um die allgemeine Schulbildung zu tangieren. Die Analyse erbringt die Einsicht in die jetzt schon gesellschaftlich mögliche und auch notwendige Ausbildung und deren Perspektive. Sie kann und muß von den Organisationen der Arbeiterklasse gegen den Widerstand des Einzelkapitals und durch Druck auf den Staat mit mehr als bloß morali-

scher Fundierung durchgesetzt werden, wenn verhindert werden soll, daß die ganze Last des „moralischen Verschleißes“ als Entwertung veralteter Qualifikationen die Arbeiterklasse treffen soll.

Der bekannte Satz, daß ein zunehmender Widerspruch bestehe zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Kapitalismus, ist nicht leere Phrase. Denn unter den Bedingungen der Automatisierung rebellieren die Produktivkräfte gegen die Fesselung durch die Produktionsverhältnisse nicht nur auf großem Maßstab (in bezug auf die Masse der produzierten Güter, also Kapitaleinsatz und Absatzschwierigkeiten), sondern auch im Verhältnis Produktionstechnik — Arbeitsteilung — berufliche Qualifikation. Die Aufhebung der bornierten Schranken der alten Arbeitsteilung wird immer zwingender, bis hin zu den Vorboten der Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit, welche letztere mit der Klassenteilung einherging und -geht. Die notwendig werdende berufliche Qualifikation läßt das Fernziel der allseitig gebildeten Persönlichkeit als praktisches Produktionserfordernis erahnen. In dieser Situation werden zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft, bei gleichzeitigem Versuch, den „neuen Produzenten“ heranzuziehen, enorme Anstrengungen unternommen. So kommt es, daß eine Demokratisierung und qualitative Anhebung der Ausbildung für viele sich abwechselt und einhergeht mit einem Berufsverbot für Linke, mit verschärfter Reglementierung, mit fieberhafter Arbeit in den Werkstätten des „ideologischen Klassenkampfes von oben“.

Auch in der Bildungsökonomie sollten die Bemühungen der Wissenschaft — so sie sich nicht partikularen Sonderinteressen verpflichtet weiß — Analysen liefern und Materialien für eine gewerkschaftliche Politik im Bildungsbereich.

Aus den kritischen Überlegungen des vorgestellten Autorenkollektivs folgt für eine praktische Politik — nichts; aus den Analysen von Altwater und Huisken folgt — wie oben ausgeführt — der allgemeine Kampf gegen alle zum Produktionsprozeß gehörigen Ausbildungsinhalte sowie ein Eintreten für eine „zweckfreie Bildung“ „als Bürgerrecht“; aus der hier empfohlenen Analyse des Standes der Produktivkräfte, der Untersuchung der konkreten Arbeit und der Qualifikationsanforderungen des automatisierten Produktionsprozesses folgt eine zwingende materialistische Fundierung für Forderungen im Ausbildungsbereich, die als moralische Appelle zum Teil schon bekannt sind, eben weil sie auf der Tagesordnung stehen: so die nach der Verwissenschaftlichung des Unterrichts, welche die Verkleinerung der Klassen und eine bessere Ausbildung für die Lehrer einschließt⁶⁰; die Forderung nach Verlängern der Schulpflicht, nach einer theoretisch fundierten breiteren Berufsausbildung, nach der Aufhebung der Kontrolle der Unternehmer im „dualen System“; nach neuen Lerninhalten, die weniger Stoffvermittlung sind als viel-

60 Solche Forderungen liest man z. B. schon in dem 1971 veröffentlichten Buch von Carl-Heinz Evers u. a.: *Versäumen unsere Schulden die Zukunft?* Düsseldorf und Wien.

mehr Problemlösungen, selbständiges Denken, Kritikvermögen, Entfaltung schöpferischer Potenzen wie überhaupt das Lernen des Lernens beinhalten. — Konkret wird es möglich sein, aus der Analyse der Arbeitsanforderungen Ausbildungsplätze zu erarbeiten, die den vom Produktionsprozeß erforderlichen höheren Grad an Rationalität⁶¹ aufklärerisch nutzen, als auch dem Überschuß an bloßer Systembejahung, in Gestalt des Antikommunismus und der Ausschmückung der Tugenden der westlichen Welt in immer verfeinerter Technik, in den bestehenden Bildungsplänen entgegenwirken.

Darüber hinaus ist der sich verändernden Stellung und Funktion des Staates größte Aufmerksamkeit zu widmen. Vorangetrieben durch die Entwicklung der Produktivkräfte, das Zusammenwirken von Mensch und Maschine im Produktionsprozeß, wird die Notwendigkeit von gesellschaftlicher Planung, von Verwissenschaftlichung der Politik als Fortschritt in der Menschheitsgeschichte immer dringlicher, derart, daß tatsächlich zunehmend von Staatsseite Planungsversuche gemacht werden, unter denen die Bildungsplanung nur einer von vielen ist. Ein solches Vorgehen in einer Klassengesellschaft bedeutet aber eine schärfere Zuspitzung der Widersprüche. Wo das gemeinsame Gesellschaftliche als prinzipielle Grundlage des gesellschaftlichen Plans kein Gemeinsames ist, werden Wissenschaft und gesellschaftliche Planung, gepreßt in den Dienst privater Sonderinteressen, zum zusätzlichen Unterdrückungsinstrument. Kündigt sich so einerseits der Fortschritt in Gestalt wachsender Planungsnotwendigkeit, der Notwendigkeit allgemeiner gesellschaftlicher Rationalität an, so zugleich die Reaktion in Gestalt privater Indienstnahme des gesellschaftlich Allgemeinen.

In dieser Situation wächst zwar der kulturmoralische Protest liberaler Bürger, der im Namen der „Freiheit“ sich gegen die Verfügung über den Menschen, gegen Berechenbarkeit, gegen den Plan richtet. Es ist dies das gleiche Potential, welches bislang zur Legitimierung der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise in Dienst genommen werden konnte. Diese Kraft geht zwar als systemstabilisierende Ideologie für die herrschende Seite verloren, jedoch zeigt sie sich im Protest gegen die Subsumtion unter die Kapitalgesetze im weiteren Sinn noch als resignativer und nach rückwärts gewandter Protest gegen die Kassierung der bürgerlichen Freiheiten. Nicht daß überhaupt geplant und verfügt wird, kann in Frage stehen, sondern in welchem Interesse, zu wessen Nutzen dies geschieht.

61 Die obengenannte empirische Untersuchung des Projekts „Automation und Qualifikation“ kommt eindeutig — im Unterschied zu bisherigen, flach systemkritischen Arbeiten aus diesem Bereich — zu dem Ergebnis, daß eine höhere Qualifizierung der Produzenten unter automatisierten Bedingungen erforderlich ist und wird.

Besprechungen

Philosophie

Dahrendorf, Ralf: Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 80. Verlag für Literatur und Zeitgeschichte, Hannover 1971 (186 S., br., 19,80 DM).

Diese Neuauflage der 1953 erschienenen Dissertation ist geeignet, die Diskussion um die Marxsche Ideologielehre zu beleben. Gegenstand der Untersuchung ist die Frage, ob Marx die Idee des Gerechten kennt, und wenn ja, in welcher besonderen Gestalt? Sprachphilosophische Betrachtungen über den Begriff „gerecht“ bleiben im Formalen stecken. Methodisch, um nicht zu sagen schulmäßig, erläutert der Verfasser das Verhältnis Basis-Überbau bei Marx. Die Idee des Gerechten gehört selbstverständlich zum Überbau, in der Sprache Dahrendorfs: sie ist „deriviert“, abhängig von der Basis. Daraus folgt die Relativität der Idee des Gerechten, ihre Geschichtlichkeit. Sklaverei war für Aristoteles gerecht. „Die Vergänglichkeit der Ideen ist die Vergänglichkeit ihrer Gültigkeit.“ (53) Jede Gesellschaft sei nach dem ihrer Basis entsprechenden Begriff des Gerechten „auf eine gewisse Weise für Marx gerecht“ (56). Im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise sei demnach auch der Mehrwert gerecht. „Die bürgerliche Gesellschaft ist gerecht, insofern sie die Freiheit, Gleichheit und Eigentum, die Inhalte der Rechtsansprüche der in ihr lebenden Menschen garantiert.“ (63) Relativ sei dieser Begriff des Gerechten deshalb, weil er von der vergänglichen Produktionsweise des Kapitalismus bestimmt ist. In einer andern, etwa sozialistischen Gesellschaft wäre er ungerecht, da in dieser andere Rechtsansprüche gestellt werden.

Dem relativen Begriff des Gerechten stellt Dahrendorf den absoluten Begriff des Gerechten bei Marx entgegen. Die kommunistische Gesellschaft sei für Marx absolut gerecht, insofern diese absolut sei, d. h. nicht mehr historisch, vergänglich. Die kommunistische Gesellschaft beruhe auf dem Gemeineigentum der Produzenten, kenne weder Klassen noch Staat; diese Merkmale aber würden sie — so Marx nach Dahrendorf — noch nicht absolut gerecht machen; das werde sie dadurch, daß sie den Rechtsanspruch auf „volle und freie Entwicklung jedes Individuums“ garantiere. Das aber kann sie nur im Ergebnis der vorhergehenden Gesellschaften, insbesondere des Kapitalismus, die erst jene Entwicklung der Produktivkräfte ermög-

lichten, auf welchen die kommunistische Gesellschaft beruht. „Ohne jeden Sinnunterschied ist es möglich zu sagen: die kommunistische Gesellschaft enthält die materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer ... Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist (Marx) und: die kommunistische Gesellschaft ist gerecht“ (108).

Nach dieser ordentlichen Disposition verliert sich Dahrendorf in einer kritischen Argumentation, die man nur als sozial-liberale Scholastik bezeichnen kann. Hier seine Einwände: es sei eine von Marx weder begründete noch begründbare Behauptung, daß die kommunistische Gesellschaft zwar geworden, aber selbst nicht mehr vergänglich sei; zweitens, es sei eine von Marx weder begründete noch begründbare Behauptung, daß die Produktionsverhältnisse der kommunistischen Gesellschaft jedem Menschen die Verwirklichung aller seine Anlagen ermöglichten (111).

Der erste Einwand Dahrendorfs beruht auf einer vulgärmarxistischen Interpretation der Basis-Überbau-Relation. Dahrendorf versteht die Abhängigkeit der Ideen von der ökonomischen Basis mechanistisch. Er schreibt: „Daß die Ideen von den gesellschaftlichen Verhältnissen bestimmt sind, heißt jedenfalls, daß sie ihrerseits keine Bestimmungskraft haben.“ (43) Das übersieht den elementaren Grundsatz der Marxschen Ideologielehre, nämlich die Rückwirkung des Überbaus auf die Basis. Auf die Wechselbeziehung zwischen Basis und Überbau hat Engels, insbesondere in seinen späten Briefen, nachdrücklich hingewiesen (MEW 37/463). — Aus der mechanistischen Mißdeutung der Rolle der Ideen folgt die weitere Fehlbehauptung von der „Absolutheit“ der kommunistischen Gesellschaft, als ob sie das Ende der Geschichte wäre. Niemals haben Marx/Engels das behauptet. Im Gegenteil: ausdrücklich schreibt Engels: „Ebensowenig wie die Erkenntnis kann die Geschichte einen vollendeten Abschluß finden in einem vollkommenen Idealzustand der Menschheit; eine vollkommene Gesellschaft, ein vollkommener Staat sind Dinge, die nur in der Phantasie bestehen können. Im Gegenteil sind alle nacheinander folgenden geschichtlichen Zustände nur vergängliche Stufen im endlosen Entwicklungsgang der menschlichen Gesellschaft vom Niederen zum Höheren“ (MEW 21/267). Der Begriff der absoluten Gesellschaft ist unmarxistisch.

Mechanistisch, also unmarxistisch, ist auch die Ausklammerung des tätigen Menschen aus der Entwicklung der Produktionsverhältnisse. Tätig jedoch ist der Mensch mit Bewußtsein; im Tun der Menschen realisiert sich die Wechselbeziehung von ökonomischer Basis und Überbau. Um zum tätigen Menschen zu kommen, beruft Dahrendorf Kant. Er fragt: „Welche subjektive sittliche Haltung verlangt die Tatsache, daß die absolute und total gerechte kommunistische Gesellschaft aus der Geschichte hervorgeht“ (134)? Wir stehen vor dem Problem „Marxismus und Ethik“, für Dahrendorf vor einem Rätsel. Wie kann Marx, der die Begründung des Gerechten durch das moralische Gesetz nicht kennt, also einen moralischen Begriff des Gerechten nicht kennt, den einzelnen dazu bringen, die Maximen seines Handelns

den Prinzipien gemäß zu halten, die in einer vollkommen gerechten Gesellschaft allein zur Wirklichkeit kommen? (134)

Für Dahrendorf ergibt sich die „eigentliche Frage“ aus der Tatsache, daß Marx eben nicht ein Mensch in der kommunistischen Gesellschaft ist. „Wenn . . . erst durch die kommunistische Gesellschaft die richtige wahre Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich wird, an welchem Maß mißt Marx seine Erkenntnis, daß die kommunistische Gesellschaft kommen wird (muß) und daß sie diese Folge haben wird?“ (123) Das führt natürlich zu dem leidigen Vorwurf, zwischen einer „prophetischen Grundkonzeption“ und den sozialwissenschaftlichen Begriffen bestünde ein unüberbrückbarer Widerspruch. Es ist dies ein altbekanntes Mißverständnis hinsichtlich der „Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie“ (vgl. dazu die Analyse von W. F. Haug in *Das Argument* 74/1972). — Dahrendorf geht von dem subjektiven Urteil aus, Marx' Zukunftsvorstellung von der kommunistischen Gesellschaft mache seinen wesentlichen Gedanken aus, sei das, was von ihm bestehen bleiben werden (20). In dieser Voraussetzung liegen die Aporien, die Dahrendorf bei Marx nachzuweisen meint, bereits beschlossen. Denn in Wirklichkeit ist es nicht das Zukunftsbild der Gesellschaft, was bei Marx wesentlich und bleibend ist, sondern die Geschichtlichkeit der Klassenstruktur, wie dies Marx selbst bekennt. So gesehen, ist die kommunistische Gesellschaft nicht „Prophetie“, sondern fügt sich in ihrem prozeßhaften Sinn in die wissenschaftliche Kritik der politischen Ökonomie fugenlos ein. Marx schreibt: „Was ich neu tat war erstens, nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist, zweitens, daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt, drittens, daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet“ (MEW 28/508).

In der Fortsetzung charakterisiert Marx nicht gerade höflich jene Gegner, die „die gesellschaftlichen Bedingungen worin die Bourgeoisie herrscht, für das letzte Produkt, für das non plus ultra der Geschichte halten“. Ralf Dahrendorf bekennt sich im Vorwort zu der vorliegenden zweiten Auflage seiner Schrift stolz zur „sozial-liberalen Politik“. Was ist das anderes als der Kapitalismus?

Bruno Frei (Wien)

Garaudy, Roger: Die große Wende des Sozialismus.
Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1972 (217 S., br., 4,80 DM).

Dieses Buch markiert eine Etappe auf dem Wege Garaudys vom Marxismus zur „Alternative“, die keine ist. (Über Garaudys Buch „L'Alternative“ wird noch zu berichten sein.) Ausgangspunkt der Überlegungen Garaudys sind die Ereignisse von 1968, einerseits in Paris, andererseits in Prag. Die Krisen von 1968 hätten die „gewaltige Mutation“ in den gesellschaftlichen Verhältnissen durch die

technisch-wissenschaftliche Revolution sichtbar gemacht. Es seien neue gesellschaftliche Widersprüche entstanden, die nicht mehr in der alten Weise gelöst werden könnten. In der technisch-wissenschaftlichen Revolution, besonders in der Kybernetik, sieht der Verfasser „die radikalste Mutation des Menschen seit der Entstehung des Werkzeugs und des Feuers“ (17). Eine Umkehrung des Verhältnisses von Mensch und Maschine kündige sich an, die Überwindung des Gegensatzes zwischen Leitung und Ausführung, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit. Der Mythos der kapitalistischen Welt, die Entwicklung der Produktivkräfte werde ohne Änderung der Produktionsverhältnisse die Probleme der technisch-wissenschaftlichen Revolution lösen, sei dem Mythos der sozialistischen Welt ebenbürtig, die Änderung der Produktionsverhältnisse allein werde automatisch den neuen Menschen hervorbringen. Um diese Mythen zu überwinden, sei es notwendig, a) in den kapitalistischen Ländern den Begriff der Arbeiterklasse zu erweitern und im Sinne der Marxschen Formel vom „Ganzarbeiter“ die technische Intelligenz der Arbeiterklasse zuzurechnen. (Garaudy verwendet in Anlehnung an Gramsci den Begriff „neuer historischer Block“), b) in der sozialistischen Welt den „bürokratischen Zentralismus“ zugunsten eines „kybernetischen Leitungsmodells“ (33), aufzugeben. Es handle sich in der kapitalistischen Welt um eine neue Strategie im Klassenkampf, in der sozialistischen Welt um ein neues „Modell“ des Sozialismus. Mit diesen beiden Zielsetzungen ist das Anliegen von Garaudys „großer Wende“ umschrieben.

In der Ausführung dieses Konzepts behandelt der Verfasser einerseits die Gesellschaft in den USA, andererseits in der SU. Unter den Bedingungen des US-Kapitalismus führe die technisch-wissenschaftliche Revolution dazu, daß an Stelle der klassischen Verelendung neue Formen der Entfremdung entstehen, was, nach Meinung Garaudys, abzustellen wäre, ohne die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft aufzugeben (etwa durch Rückverwandlung der Rüstungsindustrie). Die Tatsache, daß die erste sozialistische Revolution in einem unterentwickelten Lande gesiegt hat, habe das sowjetische „Modell“ des Sozialismus hervorgebracht; in der Stalinära sei dieses Modell dogmatisiert und für verbindlich erklärt worden. Eine Verschiebung oder Ersetzung der Ziele sei eingetreten: „Die Endziele des Sozialismus wurden durch die Verwirklichung seiner Voraussetzungen überschattet“ (73). Die beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte habe Vorrang über alle andern Aspekte des Sozialismus erhalten, eine Wendung, die Garaudy für das Jahr 1929 annimmt. Fazit: das sowjetische „Modell“ sei für Länder mit einer höher entwickelten Ausgangsposition nicht anwendbar.

Garaudys Kritik an Ost und West mündet in eine Glorifizierung des jugoslawischen „Modells“, der sog. „Selbstverwaltung“. Da in diesem System der Staat sich nicht in einen „universellen Geschäftsführer“ verwandelt, könnte sich die „kybernetische Revolution“ mit allen ihren Konsequenzen voll entfalten (130). In Form eines Glaubenssatzes verkündet der Verfasser: „Damit das sozialistische Modell

der Selbstverwaltung die Befreiung der Arbeit von allen Entfremdungen voll verwirklicht, ohne unter die Herrschaft des Privateigentums noch unter die Herrschaft des staatlichen Zentralismus zurückzufallen, ist das gesellschaftliche Problem der festen Verknüpfung der Selbstverwaltung mit den Kräften der neuen technisch-wissenschaftlichen Revolution zu bewältigen“ (137).

Das Bestreben, die Durchführbarkeit seines Konzepts zu illustrieren, führt den Autor zu grotesken Fehleinschätzungen. Jedem wachen Beobachter sind Rekapitalisierungserscheinungen in Jugoslawien gegenwärtig, so etwa die Konkurrenz zwischen den Betrieben und bei der Preisfestlegung. Wirklichkeitsfremd ist auch der Vorschlag, eine Art Wahlreform — „Pakt zwischen Wähler und Gewählten“ — sollte in Frankreich die bürgerliche Demokratie sanieren (186). Die Machtfrage ist ausgeklammert. Mögen manche kritische Bemerkungen mehr oder minder realitätsgerecht sein, die ganze ehrgeizige Konstruktion Garaudys ruht auf Flugsand. Sein kybernetischer Aberglaube (der Computer ist keineswegs klassenneutral) macht ihn blind gegenüber dem Wühlen und Wüten des Imperialismus; so will er die Herrschaft der Monopole in den USA „ausklingen“ lassen (210). Der Tiger soll Vegetarier werden. Wie in Chile. Bruno Frei (Wien)

Holz, Hans Heinz: Strömungen und Tendenzen im Neomarxismus. Carl Hanser Verlag, München 1972 (118 S., br., 8,80 DM).

Polyzentrismus nicht als Schlagwort, sondern als Forschungsaufgabe verstanden, öffnet dem Verf. Zugänge zur Deutung der kommunistischen Weltbewegung, wie sie sich heute darstellt. Führt die Vielheit geschichtlich und gesellschaftlich unterschiedlicher Staaten zu einer Vielheit der marxistischen Theorie und Praxis? Gibt es einen gemeinsamen Nenner, auf den diese Vielheit gebracht werden kann? Wo liegt die Grenze zwischen Polyzentrismus als legitime, auf objektive Fakten begründete Variation der Theorie und „Abweichung“?

Holz untersucht vier Tendenzen einer sich auf den Marxismus berufenden, aber von der sowjetischen sich unterscheidenden Theorie. Ausgangspunkt ist die Begründung des Polyzentrismus bei Gramsci und Togliatti. Sofort wird eine Warntafel aufgestellt: „Die legitime Begründung des Polyzentrismus rechtfertigt nicht die Dissidenzen . . . Zwischen der Gramsci-Schule und Garaudy besteht ein qualitativer Unterschied“ (10). Gramsci hatte bereits vor dem zweiten Weltkrieg die Theorie ausgearbeitet, daß der kulturelle Überbau nicht einfach ein Derivat der ökonomischen Basis ist; die Kultur werde selbst zu einem wesentlichen Teil der gesellschaftlichen Verhältnisse. Daraus folgt: „Eine Klasse mit internationalem Charakter muß sich in gewissem Sinne nationalisieren, wenn sie eng national bestimmte Gesellschaftsschichten (Intellektuelle) und . . . partikularische, lokal gebundene (Bauern) führen will“ (17).

Gramscis Analyse wurde nach dem zweiten Weltkrieg von Togliatti

in die Praxis umgesetzt. Im Gegensatz zu den Entwicklungsländern könnten Revolutionen in hochkapitalistischen Ländern nicht von kleinen Avantgarden getragen werden, sie könnten nur das Ergebnis einer Bewegung sein, die von der Mehrheit der Nation gebilligt, unterstützt und getragen wird. Das Besondere an der italienischen Situation sei gewesen, daß der italienische Marxismus aus einer breiten, nationalen Massenbasis, dem „klassenkämpferischen Antifaschismus“, erwuchs und sich zum Sprecher der kulturellen Traditionen des Landes machen konnte. Togliatti hat in seinem berühmten „Testament“ dieser Besonderheit Ausdruck gegeben: „Wir sind stete Verfechter der Einheit unserer Bewegung, aber diese Einheit muß in der Vielfalt konkreter politischer Positionen verwirklicht werden, die der Situation und der Entwicklungsstufe eines jeden Landes entsprechen.“ Die Geburtsurkunde des Polyzentrismus!

Etwas anders war die Lage der französischen Kommunisten im Ausgang des zweiten Weltkrieges. Die *résistance*, mit starker Beteiligung der Bourgeoisie und der Bauern, sei mehr eine nationale Befreiungsbewegung als eine Klassenbewegung gewesen. „Für die theoretische Integrierung dieses Bündnisses wurde daher die kleinbürgerliche Intelligenz ausschlaggebend“ (31). Das politische Selbstbewußtsein der *résistance* sei in den bürgerlichen Kategorien der Aufklärungsphilosophie und den Ideen der Großen Revolution befangen geblieben. Die Massenbasis der *résistance* — ohne adäquates Klassenbewußtsein — habe die Aktivierung demokratischer Impulse möglich gemacht, die jedoch inhaltlich unbestimmt und diffus geblieben seien. Ihre theoretische Formulierung hätten diese in der Philosophie des Existentialismus gefunden, dessen spätbürgerlichen Charakter der Autor aufzeigt. Im Endergebnis: eine Annäherung Sartres an den Marxismus und eine Annäherung französischer Marxisten an den Existentialismus.

Einen völlig anderen Stellenwert haben die auf einen „sozialistischen Humanismus“ sich berufenden dissidenten Strömungen in einigen Volksdemokratien. Hier habe der „marxistische Pluralismus“ zu einer Preisgabe, zur Revision des Marxismus geführt, habe einer „romantischen Sehnsucht nach dem Westen“ Platz gemacht. Diese „irrationale Nostalgie“ müsse aber ebenfalls aus der gesellschaftsgeschichtlichen Besonderheit dieser Länder erklärt werden. Die Länder des westlichen Osteuropa hätten an der politischen Emanzipation Westeuropas nicht teilgenommen, seien unter zaristischer, preußischer und österreichischer Herrschaft geblieben. Die Befreiung von der deutschen Fremdherrschaft und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ließen diese Sehnsucht nach „bürgerlicher Liberalität“ unerfüllt. Eine besondere Erscheinungsform kultureller Entfremdung zwischen dem Mutterland des Sozialismus und seinen Tochterstaaten sei entstanden, die administrativ erfolgte Sozialisierung sei unter das Bürokratieverdikt gefallen. Demzufolge begriffen Teile der Intelligenz jener Länder Freiheit individualistisch. Ein Indiz dafür sei auch die verspätete, häufig affirmative Rezeption des französischen Existentialismus.

Das ist nach Holz der Ausgangspunkt jener ideologischen Bewegung, „die den Marxismus in Richtung auf eine individualistische Anthropologie weiterentwickeln will und dabei auf bestimmte Formulierungen des jungen Marx zurückgreift“ (50). Die moralisierende Begründung der Freiheit des Individuums bringt eine kantianische Färbung in den „Neomarxismus“, der damit nach Ansicht des Rezensenten aufgehört hat, Marxismus zu sein. Die Grundstruktur, besonders bei Kolakowski, sei subjektiver Idealismus, stellt auch Holz fest. Es wäre leicht, meint er, die Entwicklung innerhalb des osteuropäischen Marxismus als Revisionismus abzutun, aber wichtiger erscheint es ihm, daß sie als ein Ausdruck einer historischen Situation erkannt wird.

Vollends losgelöst und eher bei Proudhon als bei Marx beheimatet erscheint Holz mit Recht das jugoslawische Programm der „unmittelbaren Demokratie“. Mit der utopischen Hoffnung auf die unmittelbare Verwirklichung des Kommunismus, „ohne einen institutionellen Überleitungsprozeß in Form der sozialistischen Staatlichkeit“, sei der jugoslawische Neomarxismus weit hinter die Positionen des wissenschaftlichen Sozialismus zurückgefallen. „Der jugoslawische Sozialismus wird mehr und mehr von kapitalistischen Produktionsweisen und Verhaltensnormen durchsetzt“ (91). (Ob die jüngste Wendung zu einem „harten Kurs“ den Grundwiderspruch der jugoslawischen Utopie aufheben wird, bleibt abzuwarten.)

Schlußfolgerung aus den Beispielen: der Marxismus müsse, wenn er der Wirklichkeit Rechnung tragen wolle, die „multiple Geschichtswelt“ in seine Theorie aufnehmen. „Dissidenzen lassen sich nicht einfach mehr als ‚Abfall‘ oder ‚konterrevolutionär‘ klassifizieren. Sie müssen als Ausdruck objektiver Widersprüche auf dem Weg zum Kommunismus verstanden und theoretisch verarbeitet wie praktisch gelöst werden (110). Entsprechend dieser Regel müsse der sowjetische Weg „als die spezifisch russische Ausprägung eines polyzentristischen Marxismus verstanden werden, kein Paradigma, aber auch keine Entartung“.

Holz will seine Betrachtungsweise nicht als „Harmonisierung“ verstanden wissen, sondern als eine notwendige Kenntlichmachung der Widersprüche im Weltkommunismus; sie seien „systemnotwendig“. Es läßt sich jedoch nicht bestreiten, daß Holz von ihm selbst als nicht-marxistisch charakterisierte Theorien, etwa die polnisch-idealistischen oder die jugoslawisch-utopistischen, zusammen mit dem Marxismus sowjetischer Prägung in einen Sack steckt mit der Etikette „Polyzentrismus“.

Bruno Frei (Wien)

Arnold, Heinz Ludwig (Hrsg.): Walter Benjamin. Heft 31/32 von Text + Kritik. Zeitschrift für Literatur. Richard Boorberg Verlag, München 1971 (92 S., br., 8,80 DM).

Eine Charakteristik des Hefts, das Einsicht in Walter Benjamins Werk entscheidend zu fördern verspricht, gelingt der Vorbemerkung; auf problematisch Formuliertes: „Die Faszination, die Benjamin

auslöst, kapituliert davor, ihn als Philosophen, als poetischen Denker, als marxistischen Kunsttheoretiker, als größten Literaturkritiker der Weimarer Zeit einzuordnen“, folgt, was als die Ankündigung gewiß problematischer Interpretation zu lesen ist: „Texte, vor allem literarische, später auch sozialgeschichtlich-dokumentarische, waren Hauptgegenstand einer Kritik, die noch in der kleinsten Rezension den ‚Traditionsraum‘ festzuhalten sucht, in dem ‚Vergangenheit die Weißglut ihrer Aktualität‘ gewinnt“ (1). Benjamin hat, in der Besprechung von Eva Fiesels Buch „Die Sprachphilosophie der Deutschen Romantik“, geltend gemacht: „entscheidend erhellen sich die Zusammenhänge stets nur aus Zentren, die dem jeweils in Frage stehenden Denken unbekannt waren. Und eine eigene Stellung des Autors zu diesem Denken war nicht sowohl um ihrer selbst zu verlangen, als weil die innersten Strukturen des Vergangenen sich jeder Gegenwart nur in dem Licht erhellen, das von der Weißglut ihrer Aktualitäten ausgeht.“ (Gesammelte Schriften, Bd. III, Frankfurt/M. 1972, 96 f.) Was die Vorbemerkung des Walter Benjamin gewidmeten Heftes als Deutung und als Zitat anbietet, wird durch dessen eigene Formulierung disqualifiziert.

Benjamin hat darauf bestanden, daß gerade die einem Autor und seinen Texten geltende „philologische Interpretation“ in materialistischer Dialektik aufzuheben sei, daß „der Gegenstand in der historischen Perspektive konstruiert wird“; er hat hinzugefügt: die „Fluchlinien dieser Konstruktion laufen in unserer eignen historischen Erfahrung zusammen“ (Briefe, Frankfurt/M. 1966, II, 794). Für Benjamin „handelt es sich darum, den genauen Ort in der Gegenwart anzugeben, auf den sich meine historische Konstruktion als auf ihren Fluchtpunkt beziehen wird“ (Briefe II, 690). Den wesentlichen Mangel der in diesem Heft vorgelegten Interpretationen zum Benjaminschen Werk macht aus, daß es sich in ihnen darum gar nicht handelt; die Gegenwart, in der sie fundiert sind, wird nicht kritisch erörtert.

Das unausgetragene Problem eigener Aufmerksamkeit auf die faktische Geschichte und gesellschaftliche Vermittlung im interpretatorisch kritischen Verhältnis zum Benjaminschen Werk und in diesem Werk selber berührt im einzelnen die Sache, die die Interpretationen vertreten. Die Entfaltung des Problems, das, von einem Interpreten gefaßt: die „Entwicklung von Natur- und Geschichtsbegriffen als gesellschaftlichen“ (Lindner, 58, Anm. 34) ist, wird im Grunde, neben freilich wichtigen Hinweisen (Lindner, 54,55), auf eine entlastende Kritik reduziert. Zu dieser Kritik trägt nicht wenig bei, daß die Interpretationen auch selbst verschuldete Schwierigkeiten mit dem Problem einer immanent und unvermittelt genommenen Historizität haben, der üblichen von Frühwerk, Spätwerk, metaphysisch-theologischer Phase, früher Kunstbetrachtung usw. — Was Benjamin zur Geschichte und zu einem Begriff der Geschichte vorbringt, schreibt R. Tiedemann, „ist eine ästhetische Theorie, keine der Geschichte“ (Nachwort in: W. Benjamin, Charles Baudelaire, Ein Lyriker im Zeitalter des Hochkapitalismus, Frankfurt/M. 1969, 190). Das vorliegende Heft gibt zwei Modifikationen der Kritik: Was Benja-

min zur Geschichte und zu einem Begriff der Geschichte vorbringt, ist „eine Theorie der Erfahrung, keine der Politik“; die Benjaminsche „Rettung des Vergangenen richtet sich nicht am Interesse praktischer Vernunft aus“ (Krumme, 78). Benjamins „Theorie bleibt im Kern theologisch“ (Lindner, 56). Selbst problematisch bleibt in diesem Heft eine Kritik, die mit dem Einwand gegen Benjamins Versuch einer materialistisch dialektischen Geschichtshermeneutik zugleich einer ausdrücklich auf die Gegenwart bezogenen Erörterung dessen sich entzieht, das Benjamin dieser Geschichtshermeneutik als ihre parteiliche Fundierung und Funktion hat nachweisen wollen.

„Dialektiker sein heißt“, nach Benjamins Formulierung: „den Wind der Geschichte in den Segeln haben“; und dieser „Wind der Geschichte, das ist der ‚proletarische Standpunkt‘, den Benjamin nachdrücklich genug sich zu eigen machte“ (Tiedemann, in Kursbuch 20, 8). In den vorliegenden Interpretationen ist allerdings einiges vergessen, das Benjamins historischer Erfahrung und entscheidend der Konstitution seines Denkens zuzurechnen ist: Der Benjaminschen Geschichtsauffassung gehört die Perspektive auf einen „Wendepunkt historischen Geschehens“ zu, „wie ihn das Faktum ‚Sowjet-Rußland‘ wenn nicht setzt, so anzeigt“; in dieser Perspektive hat Benjamin „mit der Welt seinen dialektischen Frieden gemacht“ (Gesammelte Schriften, Bd. IV/1, Frankfurt/M. 1972, 317). Den Modus und Status der Benjaminschen Geschichtshermeneutik bestimmt, daß die geschichtlich interessierte Erörterung nicht allein die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit kritisch reflektiert, sondern sich auf die Produzenten selber einläßt. „Das Subjekt historischer Erkenntnis“, schreibt Benjamin, „ist die kämpfende, unterdrückte Klasse selbst“ (Illuminationen, 275). Die gesellschaftlich-geschichtliche Praxis, durch die sich diese Klasse in ihren Subjekten zum Selbstbewußtsein bringt, ist Konstitutionspraxis geschichtlich begreifender Theorie. Auf die mit Rücksicht auf Benjamin artikulierbaren Prolegomena zu einer materialistisch dialektischen Geschichtshermeneutik sind die Autoren nicht aufmerksam geworden. Wenn „Dialektiker sein heißt, den Wind der Geschichte in den Segeln haben“, so läßt von diesem Benjamin-Heft sich sagen: daß es in ihm vordialektisch windstill ist.

Das Heft bringt Benjamins Aufsatz über Johann Jakob Bachofen von 1934/35, Benjamins „erste größere Arbeit in französischer Sprache“ (Briefe II, 646), erstmals in deutscher Sprache, in einer Übersetzung; „eine deutsche Urfassung existiert nach Auskunft R. Tiedemanns nicht“ (Plumpe, 39, Anm. 1). Ferner enthält es eine von B. Lindner vorgelegte kommentierte Bibliographie; sie ist wichtig.

Klaus Inderthal (Gießen)

Unsel, Siegfried (Hrsg.): Zur Aktualität Walter Benjamins. Aus Anlaß des 80. Geburtstages von Walter Benjamin. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1972 (282 S., br., 5,— DM).

Drei Gesichtspunkte lassen dieses Buch lesenswert erscheinen: Eine Anzahl kleinerer, aufgrund einer undurchsichtigen Editions-

politik bislang nicht veröffentlichter Texte Benjamins sowie Briefe an Brecht nebst dessen Antwortschreiben. Zweitens Erinnerungen an Benjamin als Bausteine zu einer Biographie. Und als Drittes drei Aufsätze über Benjamin, die entweder direkt der Frankfurter Schule zuzurechnen sind oder gleichsam noch rechts von ihr stehen, wie im Falle Scholem als kenntnisreichem Vertreter jüdischer Mystik; sie geben als Dokumente jener Seite Aufschluß über den Stand der Kontroverse um das Werk Walter Benjamins.

Irreführend ist der Titel des Bandes. Denn „zur Aktualität Walter Benjamins“ hat er wenig zu sagen. Aktualität kommt der Philosophie insbesondere des späten Walter Benjamin zu, weil sie sich als Teilmoment innerhalb des Kampfes der unterdrückten Klasse begreift und dabei inzwischen auf eine Situation sich verschärfender Auseinandersetzung trifft. Dagegen setzte sich bereits Adornos metaphysischer Pessimismus mit einer Negativen Dialektik an die Stelle von Praxis als deren einzig mögliche Form. Aktuell im Sinne der Praxisabgekehrtheit der Frankfurter Schule erscheint deshalb ein Benjamin-Verständnis, das den Melancholiker herausdestilliert, dem die Historie zum Stillstand gekommen ist und dessen Eingedenken nicht mehr Reflexionsform eines Kampfes der Massen um Selbstbestimmung ist. So betont Habermas eine „tief pessimistische“ (190) Einschätzung der Möglichkeit politischer Insurrektion; Scholem spricht von einer „Melancholie“ (110) Benjamins. Autoren wie Helmut Lethen in seinem Buch über die Neue Sachlichkeit oder Helmut Heißenbüttel in seiner Aufsatzsammlung „Zur Tradition der Moderne“ widerlegen solch Benjaminbild zumindest als einseitig. Es ist vielleicht bezeichnend, daß nicht einer davon in dem Suhrkampband vertreten ist.

Mit einem gewichtigen Beitrag, der sich direkt auf die im Titel des Bandes angesprochene „Aktualität Walter Benjamins“ bezieht, ist Jürgen Habermas vertreten. Ursprünglich lautete der Titel dieses Vortrages in einem hektografierten Manuskript „Über Kultur und Gewalt — die Aktualität Walter Benjamins“. Inzwischen ist er durch den das Habermassche Anliegen präziser kennzeichnenden „Bewußtmachende oder rettende Kritik . . .“ (173) ersetzt worden. Habermas, der schon mit früheren schöpferischen Wortkombinationen, wie der des ‚linken Faschismus‘, nicht immer eine glückliche Hand bewiesen hat, trägt Benjamin eine Geschichtskritik an, die er im „eminenten Sinne konservativ“ (186) nennt; Benjamins Kritik „zielt(e) auf die Rettung einer mit Jetztzeit geladenen Vergangenheit“ (189). Das ist richtig und falsch zugleich. Richtig, sofern es Benjamins emphatisches Geschichtsverhältnis qualifiziert, das er in einen revolutionären Prozeß mit einbezieht. Falsch, weil trotz allem der „Fluchtpunkt“ (Briefe II 690) der Benjaminschen Geschichtsbetrachtung nicht in der Vergangenheit liegt, sondern in der Gegenwart. Der „rettende Eingriff in eine Vergangenheit“ (187) könnte schwerlich einer Vergangenheit gelten, deren Konstruktionsort, wie Benjamin in der 14. der geschichtsphilosophischen Thesen ausführt, die Gegenwart ist; der Begriff der Rettung setzt im Habermasschen Zusammenhang einen

dinglichen Vorbegriff von Vergangenheit voraus, der unvereinbar ist mit dem Benjaminschen Postulat einer „Erfahrung mit ihr, die einzig dasteht“ (Illuminationen, Frankfurt/M. 1961, 277). Um eine solche Erfahrung geht es dem historischen Materialisten, dem der „Klassenkampf“ (Illuminationen, 269) vor Augen steht. Genau diesen praktischen Gehalt des Benjaminschen Erfahrungsbegriffes stellt allerdings Habermas in Frage mit der Behauptung, „daß aus seiner Theorie der Erfahrung eine immanente Beziehung zu politischer Praxis sich nicht gewinnen läßt: die Erfahrung des Choks ist keine Handlung, und die profane Erleuchtung keine revolutionäre Tat“ (215). Dem ließe sich entgegenhalten, daß eine revolutionäre Tat ohne in Erfahrung zusammengezeugene Geschichte eine verbohrt putschistische Tat wäre.

Unter der Überschrift „Physiognomie eines Physiognomikers“ setzt sich Hermann Schweppenhäuser mit dem mimetischen Aspekt der Methode Benjamins auseinander. Schweppenhäusers eigenes Verfahren ähnelt dabei dem eines Stimmenimitators, der die Stimme des Herrn Adorno nachahmt und mit Benjaminschen Sprachpartikeln mischt. Dieser Formalismus führt zu einem unnötig schwer verständlichen Geraune, das kurios wird, wenn Schweppenhäuser definiert, was guter Stil ist: „Ein bedeutender Stilist ist der, der die konventionellen Sprachmuster zusamt den kategorialen Ordnungsschematen nach den Aspekten sich umzustrukturieren zwingt, die seine genuine Einsicht der erfahrenen Sache selber abzwang, und der dabei die Sprache dennoch nicht vergewaltigt“ (148).

Eine ähnlich gewaltsame Isolierung der Methode gegenüber dem Gehalt, wie sie Schweppenhäuser mit seiner Sprachimitation vornimmt, ist auch Konsequenz seines interpretatorischen Anliegens. In bezug auf die Moderne heißt es: „Und wenn Benjamin an ihrem Bild den Kontur des Diskontinuierlichen heraushebt und die Bruchlosigkeit der Kontinua Lügen straft, dann bewahrt er das Erbe der mit dem genuinen Marxismus verknüpften Intentionen, das ihm untergründig, durch den mimetischen Kontakt mit der historischen Triebkraft zufiel, ehe er es schließlich doch mit Bewußtsein antrat, besser als die, die sie erfüllt wähnen, wenn sie vom einmal erkannten spezifischen historischen Gesetz Universalität vindizieren“ (144). Benjamin wird hier zum Marxisten erklärt, bevor er es überhaupt war, kraft der materialistischen Züge seiner mimetischen Methode. Benjamins spätere Zuwendung zum Klassenkampf und Kommunismus wird damit unterbewertet und die Veränderungen, die sein neuer Standort für seine Methode hatte, wie sie sich zum Beispiel im Kunstverkaufsatz äußern, bleiben unerörtert.

Wird bei Schweppenhäuser mit dem Verweis auf eine Kontinuität in der materialistischen Vorgehensweise bei Benjamin seine mimetische Methode, der Annäherungsprozeß an den revolutionären Marxismus de facto als sekundär ausgeschieden, so geschieht das bei Gershom Scholem auf eine andere Weise. Scholem spricht in seinem Beitrag von einer Reflexion bei Benjamin, die sich streckenweise lediglich „marxistisch drapiert“ (88). Er stellt diesem äußerlich blei-

benden Marxismus eine Kontinuität „der mystischen Tradition“ (89) gegenüber, die „offen und unverstellt“ (89) zutage liege. Ohne Namen zu nennen, wirft er den materialistischen Benjamin-Interpreten vor, diese Verbindung mit mystischer Erfahrung werde von ihnen „verlegen beiseite geschoben“ (89).

Scholem interpretiert zwei im August 1933 im Exil verfaßte Versionen eines autobiographischen Textes mit dem Titel „Agesilaus Santander“. Den Titel entschlüsselt er als Anagramm von „Der Angelus Satanas“ (111 f.). Damit kommt ein dialektisches Grundmuster in Benjamins ‚neuem Namen‘ zum Vorschein. Ein versöhnender und ein rächender Pol sind in dieser Konstruktion zu einer untrennbaren Einheit, einer Person, verbunden. Gleichzeitig nennt diese dialektische Anordnung einen objektiven Prozeß beim Namen, dem Benjamins Lebensweg lediglich „ähnelte“ (101). Dem objektiven Widerspruch, den Benjamin den „längsten und verhängnisvollsten Umweg“ (101) nennt, korrespondiert auf der subjektiven Seite als provozierte Antwort darauf „die Geduld“, die Benjamin „unverrückbar“ (101) nennt und die in den geschichtsphilosophischen Thesen als „Unentwegtheit“ (Illumination, 269) figuriert. Diese dialektische Verfassung des Benjaminschen Textes läßt erkennen, daß er mehr als nur biographische Absichten verfolgt. Dafür spricht auch, daß Benjamin lediglich von einer „Fiktion“ (110) ausgeht, wenn er davon spricht, „seine Eltern hätten ihm bei der Geburt außer dem Namen Walter noch zwei weitere“ (110) gegeben. Scholem erwähnt diesen fiktiven Ausgangspunkt zwar, ist aber offenbar aufgrund seines mangelnden Interesses an Benjamins dialektischer Geschichtsauffassung nicht in der Lage, ihn zu deuten. Die unzureichende Vermittlung des Textes mit dem geschichtsphilosophischen Gesamtzusammenhang ist eine methodenbestimmte Konsequenz der Grenzen einer rein biographischen Textinterpretation. In der partiellen Berechtigung dieses Verfahrens liegt der eingeschränkte Wert des Scholemschen Beitrages.

Lienhard Wawrzyn (Berlin/West)

Kaiser, Gerhard: Benjamin, Adorno. Zwei Studien. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974 (168 S., br., 10,80 DM).

Der Freiburger Germanistik-Ordinarius legt in diesem Taschenbuch die beiden gewichtigsten Studien aus seinem gleichzeitig veröffentlichten Sammelband „Antithesen — Zwischenbilanz eines Germanisten 1970—1972“ vor. Er will Position beziehen durch Kritik aktueller wissenschaftlicher Tendenzen u. a. des Marxismus und der kritischen Theorie. Dem entspricht die Fragestellung der beiden Aufsätze. Benjamins „Geschichtsphilosophischen Thesen“, die im ersten interpretiert werden, wird eine Schlüsselstellung in der Auseinandersetzung um Benjamins Position zum Marxismus zugesprochen (5), Adornos ‚Ästhetik‘, mit der sich der zweite Aufsatz befaßt, wird in eine lange Reihe marxistischer Arbeiten zur Ästhetik einge-

reih (79—91). Die Beschäftigung mit der Ästhetik, die Kaiser (sicher zu Unrecht) zur Spitze der neomarxistischen Theorie ernannt (79), führe zur Auflösung traditioneller marxistischer Kategorien (87 f. u. ö.), an deren Ende Adornos Ästhetik stehe (91), während bei Benjamin eine Wendung zur Eschatologie diagnostiziert wird (73 u. ö.). In beiden Fällen ist es also implizite Absicht des Verfassers, eine Überwindung marxistischen Denkens bei marxistischen oder doch dem Marxismus nahestehenden Autoren herauszuarbeiten. Adornos „Ästhetische Theorie“ stellt einem solchen Unterfangen wenig in den Weg. Allerdings unterliegt Kaiser bereits einem Irrtum, wenn er meint, als marxistischen Ausgangspunkt von Adornos Analyse die Reflexion auf das Tauschverhältnis als Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft ausmachen zu können (91 f., 123). Denn in der Abstraktheit, in der Adorno darauf verweist, ohne irgendwelche historisch-konkreten Bestimmungen darüber hinaus anzuführen, liegt ja der entscheidende Mangel des Adornoschen Ansatzes, aus dem dann auch die unhistorisch-formalen Argumentationsgänge resultieren. Kaiser kritisiert sie vorsichtig (132, 134 f., 160 f.), ohne sich von der Faszination durch die daraus resultierenden, nichts und alles besagenden (vgl. 148) Allgemeinheiten lösen zu können.

Wesentlich problematischer ist die Sachlage bei der Interpretation der „Geschichtsphilosophischen Thesen“ Benjamins. Hier schlägt Kaiser vor allem seine oft eklatante Unkenntnis der marxistischen Theorie schlecht an. Möglicher Differenzierungen im Lager des historischen Materialismus offensichtlich unkundig, fundiert er seine Interpretation in einer *petitio principii*. Das Spannungsverhältnis zwischen einem offensichtlich mechanischen historischen Materialismus und der Theologie, das das Bild der ersten These enthält, wird umstandslos aufgelöst: Benjamins historischer Materialismus *ist* für Kaiser Theologie (17). Damit verstellt er sich von vornherein den Blick auf die kritischen Intentionen der „Thesen“. Ihrem historischen Ort entsprechend, ist der „Begriff der Geschichte“, den sie entwickeln sollen, dem Kampf gegen den Faschismus verpflichtet (These VIII und X). Von daher ist die Konstruktion von Geschichte zu verstehen, die Benjamin ansetzt (vgl. These IV) und die Kaiser ganz zu unrecht als entschieden unmarxistisch bezeichnet (23, auch 25, 46—48). In diesen Zusammenhang gehört auch Kaisers „Beleg“ für Benjamins „Widerlegung der Basis-Überbau-Theorie“ (Anm. 58), der Sieg des Sozialismus sei entgegen dem sog. Marxschen Determinismus bei Benjamin von der „Entscheidung der kämpfenden unterdrückten Klasse“ abhängig. Man könnte langsam müde werden, diesen durch häufige Wiederholung nichts an Richtigkeit gewinnenden Gemeinplatz zu entkräften. Entgegen Kaisers Vorurteil machen für Marx „die Menschen ihre Geschichte selbst“, mit jener Einschränkung freilich, daß dies „nicht aus freien Stücken . . . sondern unter unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ geschieht (MEW 8, S. 115). Abgesehen von den deutlichen Verbindungen zu Benjamins Baudelaire-Arbeit, die Kaiser nicht anführt, wären die Thesen zu lesen als Versuch, in ihrer historischen Situation ein sol-

ches marxistisches Verständnis der Geschichte noch festzuhalten. Kaiser aber versteht diese „Zeitsituation“ nur als Hinzukommendes (vgl. 37). Seine Blindheit für Benjamins Festhalten an Marx geht soweit, daß er, wo Benjamin über eine halbe Seite Marx zitiert und paraphrasiert (These XI, vgl. MEW Bd. 19, S. 15/16) noch darüber spekuliert, wie sich diese Ausführungen gegen Marx selbst richten könnten (38). Hier, im Verweis auf Marx' Kritik des Gothaer Programms hat auch Benjamins Fortschritts- und Sozialdemokratiekritik ihren theoretischen Ort. Die Metaphorik des Messianischen, in die sich Benjamins Gegenvorstellungen kleiden, kann Kaiser schließlich nur mit dem Mantel der Unhinterfragbarkeit bekleiden (69 f.) Kaisers Versuch einer immanent-unhistorischen Rekonstruktion der Benjaminschen Gedanken kommt jedenfalls nicht über jene Grenze hinaus, die ein Diktum Marxens über Bruno Bauer bezeichnet — es wird ihm nämlich die „philosophische *Phrase* der wirklichen Frage die Frage selbst“ (vgl. MEW 3, S. 82). Hartmut Stenzel (Freiburg)

Grenz, Friedemann: Adornos Philosophie in Grundbegriffen. Auflösung einiger Deutungsprobleme. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1974 (321 S., br., 24,— DM).

Daß im politischen Streit um das Werk Adornos dessen Sachgehalt verlorengegangen sei, motiviert den Autor zu seiner Arbeit. Die Kritik von rechts habe sich an den vermeintlichen Folgen seiner Philosophie erregt, die von links an ihrer vermeintlichen Folgenlosigkeit (9 f.). Grenz versucht nun, diesen Sachgehalt wesentlich werkimmanent-philologisch zu erarbeiten, wobei er unterschiedslos aus dem Gesamtwerk Adornos zitiert, ohne Hinweise auf die Entstehungszeit der herangezogenen Schriften zu geben. Er sieht sein Verfahren durch das Ergebnis bestätigt, wonach das Werk Adornos in sich keine Brüche aufweist: „daß es kaum einen Begriff gibt, den er (Adorno) nicht an einer Stelle, zuweilen ist diese sogar noch in ungedruckten Texten versteckt, genau und präzise auf das Phänomen bezieht, dessen Ausdruck er sein soll. Bei genauer semantischer Überprüfung ergibt sich, daß die übrigen Verwendungen des Begriffs diese Bestimmung voraussetzen, auch wenn sie erst nachträglich, in einem späteren Text etwa, gegeben wird“ (12).

Inhaltlich sieht Grenz das Werk Adornos dadurch als bruchlose Einheit charakterisiert, daß jeder Satz eine geschichtsphilosophische Pointe habe (12). Bei seinem „begrifflichen Durchgang durch die Geschichtsphilosophie Adornos“ (12) entschlägt sich der Autor allerdings jedweder Kritik an seinem Gegenstand, was durch seine Methode keineswegs gefordert würde. Selbst wenn er im Verlaufe seiner Arbeit Begriffe Adornos aus anderen — oder gegen andere — Autoren (vor allem Hegel, Marx, Lukács, Benjamin) entwickelt, bleibt der Autor meist bloßer Referent.

Doch Grenz ist keineswegs nur auf reine Philologie aus. Vielmehr sucht er in seiner Arbeit durchgehend, Adornos Denken als histo-

risch-materialistisch darzustellen: Z. B. sei Adornos und Horkheimers „Dialektik der Aufklärung“ zu verstehen als „Ergänzung der Marxistischen Geschichte der ökonomischen Basis der Gesellschaftsgeschichte“, da „es den gleichen Vorgang unter dem Gesichtspunkt der Kultur behandelt“ (20). Dabei werde dann die Kritik der politischen Ökonomie ersetzt durch die Kritik dessen, was an deren Stelle getreten sei: durch die Kritik der bürgerlichen Soziologie (20).

Entscheidend sei Adornos Analyse der (Kultur-)Geschichte seit 1850. Zu diesem Zeitpunkt habe — nach Adorno — die „Realmöglichkeit der Veränderung der Welt“ (175) bestanden, diese sei aber versäumt worden. Von hier nehme Adornos „negative Geschichtsphilosophie“ (17) ihren Ausgang, müsse Dialektik umschlagen in negative. Nach Adornos emphatischem Begriff der Wahrheit, der in dem Zustand der Gesellschaft gedacht wird, in welchem Herrschaftsfreiheit verwirklicht wäre (61), hätte sich um 1850 Wahrheit in der Geschichte manifestieren können. Seither müsse als Ergänzung neben Hegels Satz vom Ganzen, das das Wahre sei, Adornos Satz vom Ganzen als dem Unwahren treten (133). Dieses Ganze als Unwahres zu denken sei die Aufgabe seiner kritischen Theorie (150). Das Zusammenfallen von Theorie und richtiger Praxis sei im falschen Zustand der Gesellschaft allerdings vertagt (150). Dies verdeutlicht Adornos These von der tendenziell auf den Faschismus zutreibenden „Geschlossenen Gesellschaft“ (17 ff.), in welcher die Klassenantagonismen immer weniger erfahren werden können, weil in ihr das kapitalistische mit dem Vergesellschaftungsprinzip selber weitgehend identisch sei (19), und in welcher die Frage nach dem Proletariat zur „grimmen Scherzfrage“ (Adorno, 29) geworden sei.

Der Autor versucht zu zeigen, daß die Tatsache, daß Adornos Philosophie Praxisfeindlichkeit unterstellt werde, im wesentlichen auf die Interpretation des politischen Verhaltens von Adorno durch z. B. Krahl und H. H. Holz zurückgehe (149). Adorno habe sich nur für seine Person geweigert, an Aktionen teilzunehmen, seine Philosophie aber enthalte den Begriff der verändernden Praxis, wenn sie dabei auch an der „Arbeitsteilung“ zwischen Theorie und Praxis (151) festhalte: „Krahl und alle praktizistischen Kritiker müssen unterstellen, daß das Prinzip der Parteilichkeit jene Versöhnung von Theorie und Praxis nicht etwa nur antizipiere, sondern unmittelbar selber sei. Solche Versöhnung bestimmt Adorno als Schein“ (151 f.).

Der Rezensent stimmt Grenz insoweit zu, als ihm scheint, daß die Frage noch nicht ausdiskutiert ist, ob Adornos Philosophie historisch-materialistisch sei oder nicht.

Thomas Brandt (Marburg)

Meyer, Thomas: Zwischen Spekulation und Erfahrung. Einige Bemerkungen zur Wissenschaftstheorie von Jürgen Habermas. makol verlag, Frankfurt/M. 1972 (72 S., br., 6,— DM).

Die Sekundärliteratur über das wissenschaftliche Werk von Habermas hat inzwischen beträchtlichen Umfang angenommen; seine theoretischen Äußerungen zu so heterogenen Bereichen wie Psycho-

analyse, Anthropologie, Sprachwissenschaft, Hermeneutik und Ethik werden international diskutiert; und wenn man der Laudatio D. Henrichs anlässlich der Verleihung des Hegelpreises an Habermas Glauben schenken will, so hat man in diesem „schon heute in der Linie der Nachfolge von Marx den wichtigsten Theoretiker seit Georg Lukács zu sehen“. Daß diese Behauptung reichlich gewagt ist, dürfte inzwischen feststehen, meldete doch erst jüngst die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in einem Artikel über das Starnberger Max-Planck-Institut, daß es „keinen Zweifel“ daran geben könne, „daß Jürgen Habermas und seine Mitarbeiter gerade nach den gesellschaftlichen Universalien suchen, die unsere Grundordnung vor Strukturveränderungen bewahren“; das Starnberger Forschungszentrum sei so etwas wie eine „Frühwarnanlage gegen Gefährdungen unserer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung“. Die F.A.Z. weiß offenbar, wovon sie spricht.

Wie wenig in der Tat Habermas dem Marxismus theoretisch und praktisch verpflichtet ist, wird nicht zuletzt daraus deutlich, daß er im Zusammenhang wissenschaftstheoretischer Reflexionen die Frage nach der Wahrheit und der Möglichkeit allgemeiner Anerkennung der Wahrheit in die Frage nach der Herstellung vernünftiger Konsense auflöst, die ihrerseits wiederum auf einer ethischen Grundeinstellung, nämlich der „Leidenschaft der Kritik“, basieren sollen. Was jeweils als gesellschaftlich wahr anerkannt werden kann und muß, wird an die subjektive Konsensfähigkeit und -bereitschaft des in praktische Diskurse eingebundenen Individuums delegiert. Solche Fähigkeit setzt aber voraus, daß das betreffende Individuum über eine elaborierte bürgerliche Identität verfügt. Zugespitzt läßt sich sagen, daß Habermas' theoretisches Interesse darauf zielt, herauszufinden, wie sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen eine stabile und zugleich genügend flexible bürgerliche Identität herauszubilden vermag, die sich den wechselnden Anforderungen eines Systems raschen sozialen Wandels — freilich eines Wandels, der systemimmanent ist — gewachsen zeigt. Derartige Vorstellungen hatte Habermas bereits in „Erkenntnis und Interesse“ (1968) ansatzweise entwickelt, in dessen entscheidenden Passagen die Verfahrenslogik der Psychoanalyse zum Modell umfassender gesellschaftlicher Aufklärung und Emanzipation avancierte — dort ist die Rede nicht von der Emanzipation der ökonomisch ausgebeuteten Klassen, sondern von den privaten Lernprozessen eines privilegierten bürgerlichen Bildungspublikums auf der analytischen Couch. Ich sehe nicht, wie diese Form von Privatheit je gesellschaftlich werden könnte.

Meyers Kritik an Habermas' wissenschaftstheoretischen Konzeptionen greift, ohne auf deren implizite und explizite politischen Konsequenzen näher einzugehen, das Dilemma einer Theorie auf, die, „zwischen Spekulation und Erfahrung“ hin- und hergerissen, es weder der einen noch der andern Seite ganz recht zu machen vermag. Optiert Habermas einerseits für die Annahme geschichtsunspezifischer Gattungsvermögen (sog. Erkenntnisinteressen), so konfrontiert er seine Theorie andererseits mit dem Postulat, daß sie empi-

risch gehaltvoll, d. h. historisch fallibel zu sein habe. Stelle Habermas noch in der Hegelpreisrede die Behauptung der Notwendigkeit von „allgemeinen und unvermeidlichen Präsuppositionen“ auf, so votiert er andererseits dafür, daß Objektivität und Wahrheit einer Theorie an wissenschaftlich regulierte Erfahrungskontrollen gebunden sein müssen — wobei unter „wissenschaftlich“ durchaus das verstanden wird, was der bürgerlichen Wissenschaft in ihrem Selbstverständnis als wissenschaftlich gilt.

Zu all dem fällt allerdings auch Meyer nicht viel mehr ein, als die innertheoretischen Aporien im Habermasschen Oeuvre aufzuzeigen. Mögliche und eigentlich fällige politische Schlußfolgerungen werden ausgespart. Man hat sogar den Eindruck, daß Meyer die Probleme und Schwierigkeiten eines „nachmarxischen Marxisten“ (16 ff.) ohne größere Einschränkung akzeptiert, daß er lediglich mit der Art ihrer wissenschaftlichen Bewältigung nicht einverstanden ist.

Hans-Martin Lohmann (Offenbach)

Schmidt, Alfred: *Geschichte und Struktur*. Carl Hanser Verlag, München 1971 (141 S., br., 7,80 DM).

Wie schon früher setzt sich Schmidt auch in diesem Essay mit dem französischen Strukturalismus und seinem systembildnerischen „Angriff auf die Geschichte“ auseinander. Zur Diskussion steht diesmal die durch die Althusser-Schule vorgeschlagene Marx-Rezeption, in der Schmidt den Versuch erkennt, durch eine Neuinterpretation der politisch-ökonomischen Theorie des historischen Materialismus letzterem nicht zwar die geschichtliche Dimension überhaupt auszutreiben, wohl aber die Rolle einer intentionslosen Darstellung der Geschichte als eines subjektiver Vermittlung baren „Transformationsprozesses gesellschaftlicher Strukturen“ (15) zuzuweisen. Gegen diesen, einen theoretischen „Anti-Humanismus“ und „Anti-Historizismus“ propagierenden, objektivistischen Interpretationsversuch, der unter anderem darin resultiert, daß die Marxschen Arbeiten in scharfer Trennung einer die Frühschriften umfassenden „ideologischen“ Phase und einer vornehmlich durch „Das Kapital“ repräsentierten strukturalistisch-wissenschaftlichen Spätphase zugeordnet werden, will Schmidt einen Marx, der vielmehr durchgängig „den subjektiv-objektiven Doppelcharakter des geschichtlichen Prozesses in den Mittelpunkt seiner Erwägungen (rückt)“ (14), in Schutz nehmen.

Wie Schmidt aber einerseits gegen den Strukturalismus darauf insistiert, daß auch und gerade im „Kapital“ „strukturanalytisch und geschichtlich zugleich“ (38) verfahren werde, so zieht er andererseits mit dem Strukturalismus die traditionelle Versicherung in Zweifel, daß für die Kritik der Politischen Ökonomie „Erkenntnis . . . mit der Historiographie ihres Gegenstandes einfach zusammenfällt“ (39). Diese Versicherung begegnet nach Schmidt „*erkenntnistheoretische(n)* Schwierigkeiten“ (38), die dem strukturalistischen Ansatz ein-

beschränktes Recht verleihen. Schmidt sieht sie um das traditionell problematische Verhältnis von „Forschungs-“ und „Darstellungsweise“ in der Marxschen Theoriebildung zentriert. Die Kompliziertheit des Verhältnisses von empirischer „Forschungs-“ und systematischer „Darstellungsweise“ will er durch eine Rück Erinnerung an das Verfahren der Hegelschen Logik dartun, dem er, anders als die Strukturalisten, Modellcharakter für den Marxschen Theoriebildungsprozeß zubilligt. Unbeschadet seiner zahlreichen empirisch-historischen Vorarbeiten hat demzufolge Marx nach dem Vorbild Hegels einer Darstellungsweise den Vorzug gegeben, die unter heuristischer Abstraktion von der realen Entstehungsgeschichte kapitalistischer Produktionsverhältnisse und in kritischer Verarbeitung der abstrakten Kategorialität der bürgerlichen politischen Ökonomie, „die bürgerliche Gesellschaft . . . als geschlossenes, aus sich selbst erklärbares System“ (55) „unter dem Aspekt ihrer gewordenen Struktur“ (56) begreife und konstruiere. Methodologisch entspringt nach Schmidt diese Vorgehensweise der Hegelschen Einsicht in die Opportunität eines „progressiv-regressiven“ Erkenntnisverfahrens, das, aller falschen Unmittelbarkeit entgegen, Geschichte unter der festgehaltenen Voraussetzung ihrer Resultate reflektiert und begründet und sich in dieser Absicht die von Schmidt polemisch akzentuierte und fast schon kantisch eingefärbte Freiheit herausnimmt, anknüpfend an die fix abstrakte Kategorialität der fortgeschrittensten bürgerlichen ökonomischen Theorien, ein entwicklungsgeschichtlich unter heterogenen Voraussetzungen Gewordenes als eine aus sich heraus werdende Totalität begrifflich-systematisch zu rekonstruieren. Der Sache nach sieht Schmidt diese Vorgehensweise durch die den „universalhistorische(n) Ort des Kapitalismus“ (65) definierende, objektive Eigenart der bürgerlichen Gesellschaft legitimiert, ihre kontingenten historischen Voraussetzungen sich einzuverleiben und in systemimmanente Prämissen ihrer eigenen erweiterten Reproduktion umzubilden.

Insbesondere diese sachliche Rechtfertigung der Marxschen Vorgehensweise führt Schmidt zwar zu der Einsicht, „daß die logische Methode, recht verstanden, die zugleich dem geschichtlichen Verlauf angemessenste Methode ist“ (74). Wenn er dennoch an seiner zentralen These einer unaufhebbar spezifischen Differenz von Geschichtsschreibung und Systemanalyse festhält, so offenbar in der Absicht, der — Geschichte liquidierenden — strukturalistischen Verabsolutierung des Systemgedankens das gegengewichtige Konzept einer systemsprengenden Geschichtsmächtigkeit vorzuhalten. Dem marxistischen Strukturalisten, der im „ontologischen Rückfall“ (83) Geschichte nurmehr als streng immanente Funktion einer objektiven Systementwicklung gelten lasse, stellt Schmidt einen humanistischen Marx gegenüber, der im Bewußtsein, daß der Grund des „Systems“ allemal die Geschichte, die Vergangenheit, bleibe, nicht nur „immer wieder auf die Knotenpunkte zurück(kommt), an denen die immanente ‚Darstellung‘ einer geschichtlichen weichen muß“ (74), sondern mehr noch das „System“ auf eine Geschichte hin antizipiere, die ihm

als solchem den Garaus zu machen bestimmt sei. Mit dieser Verwandlung der Geschichte in einen quasi transzendentalen Grenzbegriff des „Systems“ tendiert allerdings Schmidt dazu, dem Strukturalismus in Marxens Namen das systematisch weite Feld einer „auf un-absehbare Zeit“ „gleichsam fortwuchern(den)“ „falsche(n) Gesellschaft“ (75) kampflos zu überlassen. Zwar weiß er natürlich, daß es Marx wesentlich darum gegangen ist, „die jetzigen Bedingungen der Produktion als *sich selbst aufhebende* und daher als *historische Voraussetzungen* für einen neuen Gesellschaftszustand setzende“ (74; zit. aus den Grundrissen) zu begreifen und also die historische Absicht revolutionärer Praxis mit der theoretischen Einsicht in die als bestimmte Negation wirksamen immanenten Selbsterstörungstendenzen des „Systems“ strikt zu verschränken. Aber da er zugleich einem Systembegriff huldigt, der die gesellschaftlichen Verhältnisse als geschichtsfeindlichen objektiven Verblendungszusammenhang erscheinen läßt und der ihm per Fußnote die Notwendigkeit eingibt, „die strukturalistische ‚Geschichtsfeindlichkeit‘ aus dem *realen ‚Einfrieren‘* der geschichtlichen Bewegung ab(zu)leiten“ (137), steht er in der Gefahr, den „subjektiv-objektiven Doppelcharakter des geschichtlichen Prozesses“ (14), den die Marxsche Verschränkung festhält und den ein von Schmidt gering geschätzter „unreflektierte(r) Historismus“ (76) immerhin zu wahren trachtet, zugunsten einer lebensphilosophisch angehauchten Lehre von Geschichte machender subjektiver Spontaneität aufzulösen. Tatsächlich tritt denn auch in der Schmidtschen Abhandlung an die Stelle von Krise und Klassenkampf ein Nietzsche abgelauschtes „Aufbrechen“ „träge(r) Strukturen“ (13) und ein dem „fichteanisch“ „großartigen Impuls“ (104) Gramscis entlehnter „revolutionäre(r) Humanismus“ (32). Die Frage ist, ob auf diesem Weg einer Verklärung der potentiell spontanen „Geschichte“ zur Gegenmacht gegen das aktuell verdinglichte „System“ Schmidt sich nicht eben des „ontologischen Rückfall(s)“ (83) schuldig macht, dessen er Althusser zeiht.

Ulrich Enderwitz (Berlin/West)

Thoreau, Henry David: Walden oder Leben in den Wäldern. Diogenes Verlag, Zürich 1971 (341 S., br., 9,80 DM).

Im Woodstock-„Zeitalter“ gewann das Werk Thoreaus besondere Aufmerksamkeit. 1854 erschien es erstmals in Neuengland und war gegen die Inhumanität der Geld- und Konsumwirtschaft des amerikanischen Kapitalismus gerichtet. Eine ökonomische Alternative dazu konnte und wollte Thoreau aber nicht anbieten.

„Unsere Nation selbst mit all ihren Fortschritten, die übrigens alle äußerlich und oberflächlich sind, ist gerade solch ein schwerfälliges, veraltetes, mit allem Hausrat vollgepfropftes Institut, voller Schlingen und Fußangeln, ruiniert durch Luxus und leichtsinnige Ausgaben, durch Mangel an Berechnung und an einem würdigen Ziel, wie Millionen von Familien im Land“ (99). Gegen die unein-

sichtigen, ungerechten — vielleicht auch irrationalen — Ansprüche einer Gesellschaft, die seine individuellen Bedürfnisse nicht zu befriedigen vermochte, versuchte Thoreau, sich in die Wälder zurückzuziehen. Mit eigener Hände Arbeit wollte er dort die Zufriedenheit finden, die ihm die Gesellschaft verweigerte. Thoreaus Theorie beinhaltet aber keine Rückzugs-idee im Sinne des Flüchtlens, wie sein ständiger Protest gegen die Gesellschaft beweist. Er weigerte sich z. B., einem Staat, der weder seine eigenen Interessen noch die der Allgemeinheit repräsentierte, Steuern zu zahlen, was ihm eine Nacht Gefängnis einbrachte. Berühmt ist in diesem Zusammenhang sein Essay „Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“ — auf dem Hintergrund dieser Affäre im Gefängnis während dieser einen Nacht geschrieben —, der sehr stark Mahatma Gandhi und Martin Luther King beeinflusste, wie auch den gesamten Pazifismus in Nordamerika.

Die Utopie von Walden basiert auf zweieinhalbjähriger Erfahrung. Geschäftlich war sie ein Mißerfolg, wie Richartz im Vorwort zur deutschen Ausgabe herausstellt. „Thoreaus Grundmotiv für das ‚Walden‘-Experiment lautet: Wie erlangt man wirkliche Freiheit? ... Um frei zu sein, muß man Bindungen aufgeben. Gold, Ruhm und andere Vorteile müssen gleichgültig werden, und schließlich ist es die Gleichgültigkeit selbst, die man hinter sich läßt“ (Vorwort, 15).

„Walden“ ist das Werk eines kritischen Individuums, das seinen Protest gegen die Gesellschaft literarisch ausdrückt. Thoreau war ein Einzelgänger, vermochte darum zu seinen Lebzeiten nicht eine politische Bewegung richtungweisend zu bestimmen. Stellt man ihm seinen Zeitgenossen Marx gegenüber, so wird ersichtlich, daß dessen Kampf für die Umwälzung der Gesellschaft durch politische revolutionäre Organisation diametral der „Strategie“ Thoreaus entgegengesetzt ist.

Obwohl Thoreaus Parole der Weigerung einer gemäßigten Variante des Anarchismus nahekommt, finden sich seine Anhänger durchweg unter den Pazifisten. Ekkehard Kurth (Berlin/West)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Dressler, Wolfgang: Einführung in die Textlinguistik. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1972 (VIII, 135 S., br., 15,— DM).

Mit diesem Buch liegt der erste Versuch zu einer zusammenfassenden Beschreibung bisheriger textlinguistischer Ansätze vor. In den letzten zehn Jahren ist außerhalb und innerhalb der Linguistik immer wieder die Forderung nach dem Aufbau eines Forschungsbereichs „Textlinguistik“ bzw. „Texttheorie“ unter Zugrundelegung

bzw. Einbeziehung theoriebildender Prinzipien und Analyseverfahren der Linguistik erhoben worden. Disziplinen außerhalb der Linguistik wie z. B. Ästhetik, Literaturwissenschaft, Pädagogik, Dokumentations- und Übersetzungstheorie formulierten bestimmte Problemerkataloge, deren Bearbeitung interdisziplinär zu geschehen habe. Dabei sollte der Linguistik innerhalb dieser Zusammenarbeit mehr die Rolle des Zulieferers von Analyseverfahren, terminologischen Apparaturen und Teilergebnissen zukommen. Wenn dagegen mit der Forderung nach einer Textlinguistik Erwartungen auf eine stärkere theoretische Fundierung einer einzelnen Disziplin wie z. B. der Literaturwissenschaft verbunden wurden, erhoffte man sich einen entsprechenden Gewinn von einer Linguistik in der Rolle einer Grundlagenwissenschaft. Überlegungen zur Problematik dieser der Linguistik zugeschobenen Rolle sind allerdings weder bei Dressler noch bei den meisten anderen (Text-)Linguisten zu finden.

Innerhalb der Linguistik ergaben sich Anstöße zum Aufbau einer Textlinguistik in mehrfacher Hinsicht aus ihrem Entwicklungsgang. Während der Untersuchungsgegenstand der Rhetorik und Stilistik älterer Prägung immer schon vollständige Texte waren, beschränkten sich linguistische Untersuchungen bis vor relativ kurzer Zeit auf den Satz als Domäne. Zur Erklärung der Verweisungsfunktion einzelner sprachlicher Elemente wie z. B. Pronomina und anderer Pro-Formen war es im Rahmen von syntaktischen und semantischen Beziehungen zwischen Sätzen bzw. Propositionen immer schon notwendig gewesen, über den Satz als oberste Einheit hinauszugehen. Ferner machten Ergebnisse zu psycholinguistischen und soziolinguistischen Fragestellungen zur Satzkomplexität und Sprechstilen textlinguistische Überlegungen zur Kohärenz von Äußerungsfolgen und innerhalb ganzer Texte auch für die Schulpraxis interessant. In der letzten Zeit lenkte das verstärkte Interesse für Fragen der linguistischen Pragmatik innerhalb und außerhalb des sprechakttheoretischen Rahmens (Austin, Searle, Wunderlich) die Aufmerksamkeit auf Probleme der Kohärenz unter pragmatischen Gesichtspunkten, z. B. bei Frage-Antwort-Relationen. Dabei galten die Interessen nicht nur dem Aufbau einer „Textgrammatik“ mit „Text“ als Domäne, sondern auch — unter beträchtlicher Erweiterung des Untersuchungsbereichs — dem Text als Element eines „kommunikativen Handlungsspiels“ und einer „Texttheorie als Theorie der sprachlichen Kommunikation“ (vgl. jetzt S. J. Schmidt. *Texttheorie*. München 1973). Zentrale Fragen der Textlinguistik waren bisher: Was ist ein Text, etwa im Unterschied zu einer bloßen Anhäufung von Sätzen? Was ist die Bedeutung eines Textes, was ist eine (linguistische) Interpretation, und wie kommen solche Interpretationen zustande? Welche Texttypen gibt es, und wie lassen sie sich abgrenzen etc., d. h. Fragen, die in den originären Bereich der Sprachwissenschaft gehören und mit weiteren zusammen unmittelbare Relevanz für schulische Unterrichtsziele haben (Förderung der aktiven und passiven Kommunikationsfähigkeit).

Angesichts dieses gesamten Hintergrundes ist die durch Unterschiede des Interesses, der Methode und Terminologie sowie des Abstraktionsgrades bedingte buntgescheckte Vielfalt bisheriger Beiträge mit „Textlinguistik“ als prestigegeladenem Etikett nicht weiter verwunderlich. Gerade in diesem Bereich hat sich eine auch sonst von Linguisten gern geübte bewußtlose, weil sich entweder gar nicht oder aus unreflektierten forschungspraktischen oder nur technischen Gründen legitimierende Abstraktionslust insofern verhängnisvoll auf Ergebnisse ausgewirkt, als bei der Etablierung von Textstrukturen oft nicht mehr erkennbar ist, was denn damit eigentlich beschrieben und zu welchem Zweck erklärt werden soll. Bei dem Bemühen um die Konstruktion einer immer mehr zum Wunschtraum gerinnenden „Textgrammatik“ verrannte man sich durch Festhalten an falschen Modellen der Satzgrammatik in eine Betriebsblindheit, die den Prozeßcharakter einer pragmatisch zu fundierenden Textkonstitution sowie Textformen und -inhalte als individuell und sozial bedingte institutionelle Verkehrsformen und Elemente von historisch bedingten Kommunikationsstrukturen völlig aus dem Blick verlor. Dresslers Buch blendet durch die Ausklammerung der Pragmatik aus der Linguistik (4) und durch die manchmal bis zur Unverständlichkeit knappe Darstellungsweise die wichtigsten Textkonstituenten aus; andererseits ist seine Darstellung in der Reichhaltigkeit der aufgezählten Fragestellungen und Einzelergebnisse zum Glück weniger borniert, als es sein Bekenntnis zu einer „Textgrammatik“ als Arbeitsziel (5, *passim*) und zu der Schule der generativen Semantik (4) zunächst vermuten lassen.

Im Einleitungsteil (1—15) wird ein nützlicher Katalog von Fragegruppen der Textlinguistik aufgestellt, wozu sich jedoch im weiteren Teil des Buches insbesondere dort, wo es über „Textgrammatik im eigentlichen, puristischen Sinn“ (4) hinausgeht, nicht immer Antworten finden. Auf eine einigermaßen brauchbare und operationalisierbare Arbeitsdefinition von „Text“, die zumindest für heuristische und didaktische Zwecke sinnvoll gewesen wäre, wird wenig Wert gelegt. „Text ist eine nach der Intention des oder der Sender und Empfänger sprachlich abgeschlossene Spracheinheit, die nach den Regeln der Grammatik der jeweils verwendeten Sprache gebildet ist.“ (1, Anm. 2) Dieses Desinteresse ist vordergründig schon deshalb leicht erklärbar, weil eine ehrgeizigere Explikation von „Text“ gleichzeitig den Widerspruch zwischen Dresslers Anspruch auf eine Linguistik unter Ausschluß der pragmatischen Komponente und seinem ständigen Rückgriff auf pragmatische Kategorien noch deutlicher gemacht hätte (vgl. die Behandlung performativer Verben 20, der Sprechsituation 2, die sogar programmatisch verkündete Verbindung von Semantik und Pragmatik 66, Dialogprobleme 74 u. a.). Auf eine kurze Darstellung von forschungsgeschichtlichen Vorstufen der Textlinguistik (5—15), wobei allerdings wichtige Autoren der Literaturwissenschaft, bei denen Textlinguisten bedeutende Anleihen zu machen pflegen (z. B. Ingarden), unverständlicherweise ausgelassen werden, folgt der Hauptteil. Er behandelt unter dem program-

matisch zu verstehenden Titel „Textgrammatik“ syntaktische und semantische Fragen von übersatzmäßigen Beziehungen, weniger allerdings von ganzen Texten und Texttypen, u. a. Rolle des Themas von Texten, Fragen der syntaktischen und semantischen Kohärenz, Handlungsrollen und dramatis personae, Texterwartung, -anfang und -schluß, Funktion von Konjunktionen und anderen Textkonnectoren, Analyse einiger „Texttypen“ wie Dialog, direkte und indirekte Rede, Verhältnis von Hypotaxe und Parataxe. Der dritte Abschnitt „Textpragmatik“ (Einbettung des Textes in die kommunikative Situation, 94—101) umfaßt in einer viel zu knappen Darstellung Konversationspostulate, Modalität, Rolle von Sprecherintentionen und — viel zu ungenau — die von Präsuppositionen (kommunikative und linguistische Voraussetzungen von Ausdrücken und Äußerungen). Der letzte Teil (102—115) bespricht die interdisziplinäre Rolle der Textlinguistik, wobei sich die große Literaturübersicht des Autors leider weniger in der Formulierung von Problemstellungen als in Literaturhinweisen in den Anmerkungen niederschlägt. Bibliographie, Sachindex und ein Register mit Erklärungen von Termini schließen den Band ab.

Auch wenn man Dresslers informative Zusammenfassung nicht als bloßes Nachschlagewerk und als Dokumentation eines bestimmten Forschungsstandes (Abschluß des Manuskripts: 1971) für linguistische Bastel-Fanatiker auffassen darf, werden mit sprachwissenschaftlichen Fragestellungen wenig vertraute Leser von sich aus vermutlich nicht die Umsetzung des Inhalts für die Bearbeitung eines spezifischen Zusammenhangs leisten können. Diese Feststellung betrifft sicherlich an einer sprachdidaktischen Praxis orientierte Bedürfnisse etwa der aktiven „Textherstellung“ und passiven „Textanalyse“, wo Arbeiten wie *Sprache und Praxis* (Leipzig 1972) gewiß nützlicher sind. Gründe für diese Schwierigkeiten liegen nicht nur in der unangemessenen Konzeption der hier intendierten „puristischen“ Textgrammatik oder in der fehlenden Behandlung von Textsorten mit größerer Nähe zu einer kommunikativen Realität und gar nicht in den notwendig verschiedenen Interessen einer mehr theorie- oder mehr didaktikbezogenen Darstellungsweise. Sie liegen vielmehr in der Abblendung der pragmatischen Dimension schon als bloßer Perspektive, was sich besonders in der unbefriedigenden Behandlung der Textsemantik zeigt und in der fehlenden Formulierung großflächigerer Problemstellungen, etwa auf den Ebenen der Argumentationstheorie, Rhetorik oder Ideologiekritik, sowie im Fehlen eines kommunikationstheoretischen Rahmens. Gerade solche Reliefs hätten es dem Leser ermöglicht, die in zahllosen Abschnitten und Unterabschnitten verstreuten Informationen zusammenbringen zu können. Zu fragen ist, ob es bei dem trümmerhaften Zustand der Disziplin nicht besser gewesen wäre, entweder keine „Einführung“ in dieser knappen Form zu schreiben oder, wenn doch, aus heuristischen und didaktischen Gründen auf eine mehr umgangssprachliche Formulierung von Problemstellungen als nur eine von mehreren Reflexionsstufen zurückzugehen. Ähnliches ist ja bereits in einigen Arbeiten

G. Ungeheuers und in den mehr an Textfunktionen orientierten Arbeiten von Dresdner Textlinguisten versucht worden, deren Ansätze man allerdings bei Dressler ebenfalls vergeblich suchen wird.

Dietrich Hartmann (Berlin/West)

Kallmeyer, Werner, u. a.: Lektürekolleg zur Textlinguistik. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974. Bd. 1: Einführung (XII, 288 S., br., 12,80 DM); Bd. 2: Reader (VII, 304 S., br., 12,80 DM).

Die vorliegenden Bände sind Überarbeitungen von Lehrmaterial und Aufsätzen, die beide von dem Projekt „Linguistik im Fernstudium“ an der Universität Bielefeld erarbeitet und in mehreren Kontaktstudienkursen für die Fortbildung von Gymnasiallehrern seit 1970 in Nordrhein-Westfalen verwendet worden sind. Wie das „Funk-Kolleg Sprache“ ist auch dies Unternehmen ein Dokument für die Expansion linguistischer Methoden und Ergebnisse in den Schulbereich, genauer: ein Beispiel für das, was Universitätslinguisten ihren Kollegen in der Schule im Rahmen der Lehrerweiterbildung präsentieren.

Anders als das „Funk-Kolleg Sprache“ mit seinem relativ breiten Spektrum von Teilgebieten der Linguistik zielt das „Lektürekolleg“ auf die Vermittlung eines spezielleren Themenbereichs ab. Im ersten Band lassen sich deutlich zwei Teile unterscheiden. Ein erster, kleinerer Teil (1—89) ist ausdrücklich als Einführung in die Linguistik konzipiert und in erster Linie auf die Vermittlung eines Überblicks über sprachwissenschaftliche Grundbegriffe und Grundsatzfragen angelegt. Behandelt werden relativ weitgespannte Themenstellungen wie Gegenstandsbereich der Sprachwissenschaft, verschiedene Konzeptionen von „Sprache“ und Sprachtheorien, allerdings so summarisch, daß ein wenig mit Sprachwissenschaft vertrauter Leser kaum einen Einblick in die Prinzipien der Sprach- und Grammatiktheorie bekommen kann. Es folgt die Entwicklung eines Kommunikationsmodells, wobei erste Umrisszeichnungen der zugrundegelegten Bedeutungstheorie sichtbar werden, die sich an Arbeiten zur lexikalischen Semantik des französischen Strukturalisten Greimas anlehnt. Unter „Kommunikation und Grammatik“ werden verschiedene Grammatikkonzeptionen behandelt sowie die Darstellung der pragmatischen, semantischen und syntaktischen Komponente der Grammatik. Die Erörterung einiger linguistischer Beschreibungsverfahren schließt den ersten Teil ab.

Der zweite, größere Teil (90—252) ist als Einführung in die Textlinguistik gedacht. Unter „Überblick über einige textlinguistische Forschungsansätze“ (90—96) werden einige Ergebnisse von Wunderlich, Harweg, Daneš, Petöfi wiederum außerordentlich knapp referiert: dazu werden sie in den folgenden Kapiteln z. T. noch einmal

dargestellt wie die von Weinrich oder Harweg oder bleiben für den Rest des Buches folgenlos. Mit den Kapiteln „Referenz und Textkonstitution“ (97—176) und „Verweisung im Text (Textphorik)“ (177—252) werden zwei Themenbereiche der Textlinguistik diskutiert, einmal um das Zustandekommen von „Bedeutung“ und zum anderen den syntaktischen und semantischen Zusammenhang von Sätzen bzw. entsprechenden Strukturen innerhalb von Texten zu erklären. Die wichtigsten der in den einzelnen Abschnitten vermittelten Informationen werden jeweils abschließend in Merksätzen zusammengefaßt. Eingestreute Aufgaben sollen das Verständnis vertiefen. Lösungsvorschläge zu den im Text gestellten Aufgaben, eine nach den einzelnen Abschnitten gegliederte Auswahlbibliographie und Register schließen diese Darstellung ab.

Angesichts der erklärten Zielsetzung der Projektarbeit zur Lehrerweiterbildung und dem momentan dringend erforderlichen Ausbau einer Grundlage von Lehr- und Lernmitteln für die gegenwärtig laufende Reform der Sekundarstufe II (Einführung des Kursystems) ist die durchgängig fehlende Reflexion auf gegenwärtige oder zukünftige schulische Unterrichtsziele völlig unverständlich; diese Feststellung gilt ebenso angesichts des fehlenden Begründungszusammenhangs für die Auswahl der Themenbereiche. Leider werden auch keine Erfahrungen mit dem hier vorgelegten Konzept in den mit dem Programm gekoppelten Kolloquien mitgeteilt. Sicher wird man sich immer wieder vergegenwärtigen müssen, daß viele der in Richtlinien und Rahmenplänen formulierten Unterrichtsziele, die in den Aufgabenbereich einer sprachwissenschaftlich fundierten Lehrerausbildung gehören, von der Forschung zum großen Teil überhaupt noch nicht eingeholt sind; schon deswegen wird man auch keinen bis in die letzten didaktischen Feinheiten ausgeführten Lehrgang oder Kursplan erwarten können. Mit Entschiedenheit ist aber daran festzuhalten, daß die Inhalte der Lehrerweiterbildung nicht in der bloßen Übernahme nicht weiter auf ihre Verwendbarkeit befragter und zudem recht zeitbedingter Ergebnisse des universitären Forschungsbetriebes in der Textlinguistik, einer sehr vorläufigen und fragwürdigen Reflexionsstufe, bestehen können, wie es hier praktiziert worden ist. Zu fordern ist dagegen eine Abkehr von der Verabsolutierung wissenschaftssystemimmanenter Gliederungen und Disziplinunterteilungen und den sich daraus ergebenden Aufgabenbeschreibungen zugunsten einer Orientierung an schulischen Fragestellungen und den Erfordernissen, die sich daraus für die Lehrerausbildung im Studium oder in der Weiterbildung ergeben. Sie schließen sicherlich auch Fragen der Textlinguistik ein, dann aber mit Perspektiven auf ihre Anwendbarkeit.

Die Gliederung der Darstellung in einen mehr allgemeinen, Orientierung vermittelnden und einen thematisch spezielleren, mehr problemorientierten Teil ist im Prinzip aus methodischen Gründen sinnvoll, insbesondere deswegen, weil es zu Beginn des Projekts (Ende 1970) noch keine deutschsprachigen Einführungen in die Linguistik gab. Allerdings ist die hier getroffene Auswahl an Grund-

lageninformation nicht immer einsehbar, da vieles entweder zu knapp und daher mißverständlich oder wie z. B. die Ausführungen zur Sprechakttheorie (17 ff., Kap. 3) und die Darstellung von verschiedenen Grammatikkonzeptionen für den weiteren Gang der Darstellung überflüssig ist. Letztes rührt wohl von der nicht zutreffenden Behauptung, daß das Ziel jeder linguistischen Tätigkeit die „Konzeption einer Grammatik“ (XI) sei. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Abriß hätte hier bessere Dienste getan, indem dieser an bereits vorhandenes Vorwissen hätte anknüpfen können.

Wenn mit den Ausdrücken „vom Satz zum Text“ und „vom Text zum Satz“ ein allerdings nur sehr grobes Raster zur Einordnung von bisherigen textlinguistischen Arbeitsrichtungen skizziert werden kann, so ist diese Einführung zumindest ihrem ausdrücklich formulierten textgrammatischen Programm nach zu der letzten Gruppe zu rechnen (vgl. 24—25). Über die Einheit „Text“ hinaus wird die gesamte Kommunikationssituation zum Gegenstandsbereich der Textlinguistik gerechnet, wobei „Text“ ausdrücklich auf die Analyseebene von Äußerungen (utterances), d. h. auf die Ebene des aktualisierten Sprechvermögens bezogen wird (24). Die Ausführungen zu dem beanspruchten methodologischen Ansatz erscheinen jedoch sowohl in sich selber als auch in dem Verhältnis zu dem folgenden Teil aus verschiedenen Gründen sehr widersprüchlich. Das Verhältnis von aktualisierten Texten auf der Ebene des Sprechens und potentiellen Texten wird deswegen nicht klar, weil man die Ausführungen zur Konstituierung von „Textbedeutung“ besonders in Kap. 5 wohl kaum mit gutem Gewissen auf die Ebene des Sprechens beziehen kann. Als allgemeine Bestimmung der Textlinguistik wird formuliert: „Mit Textlinguistik bezeichnen wir die Wissenschaft, die zum Ziel hat, die Voraussetzungen und Bedingungen der menschlichen Kommunikation sowie deren Organisation zu beschreiben“ (24). Zunächst ist bei der Markierung eines derart weiten und zwar nicht nur additiv oder Beziehungen aufdeckenden, sondern vom Anspruch her als einheitlich aufgefaßten Gegenstandsbereichs die Beibehaltung des Namens „Textlinguistik“ statt „Theorie der Kommunikation“ bzw. „Kommunikationssoziologie“ nicht einsehbar. Letzten Endes liegt das Hauptinteresse des Buches doch auf einem Untersuchungsbereich, der eben nicht, wie beansprucht, durch Phänomene des aktualisierten Sprach- und Kommunikationsvermögens und durch das „natürliche Vorkommen von Sprache“ (24) gebildet wird, sondern in einem Bereich, der sich in durchaus traditioneller Weise durch die Abstraktion von realen Kommunikationsprozessen in Richtung auf idealisierte Sprechsituationen ergibt, eingeschränkt dazu doch wieder auf die rein sprachlichen Elemente des Kommunizierens als „Text“. Schwerer wiegt noch ein weiterer Einwand: Wenn in der „Einführung“ von der Notwendigkeit gesprochen wird, Texte als Elemente des kommunikativen Verhaltens zu untersuchen, so liegt dem hier ausdrücklich, wie bei vielen anderen Linguisten, sofern sie sich solche Fragen überhaupt stellen, jedoch unausgesprochen die Vorstellung einer face-to-face-Kommunikation zugrunde. Dieser Ansatz ist leicht

ablesbar aus dem Aufbau entsprechender Kommunikationsmodelle, in diesem Buch etwa S. 28 ff., ferner bei der Verwendung von Ausdrücken wie „Interaktionsgesellschaft“ (49) und bei dem unreflektierten Gebrauch von Elementen einer nicht näher bestimmten Rollentheorie (z. B. 48 ff.). Daß der an einer Situation der direkten Kommunikation orientierte Ansatz zur Erklärung von Phänomenen nicht-individualer, sondern überindividualer Kommunikation (Massenmedien) und gesellschaftlicher Informationsprozesse nicht ausreicht, liegt auf der Hand. Überhaupt ist unklar, wie der soziale Charakter von Sprache und sprachsoziologische Fragestellungen bei diesem Ansatz ins Spiel kommen können. Die im Prinzip als Inhalt der Lehrerausbildung wichtige Einbeziehung erkenntnistheoretischer Fragestellungen, die für die Behandlung insbesondere referenzsemantischer Probleme erforderlich sind, hier im ersten und besonders fünften Kapitel, ist als Beitrag zu dem Bereich „Sprache und Wirklichkeit“ grundsätzlich zu begrüßen; sie muß jedoch bei der hier eingeführten Begrifflichkeit wie dem des „Wirklichkeitsmodells“ (z. B. 32 ff.) scharfen Widerspruch hervorrufen. Mit „Wirklichkeitsmodell“ eines Sprechers ist in der Einführung das Korrelat zu sprachlichen Äußerungen gemeint, von dem jedoch nicht weiter ausgesagt wird, ob es einen individuellen oder sozialen, einen (sozial)psychologischen oder anderen Charakter hat. Hier haben es sich die Autoren wirklich zu bequem gemacht und eines der wichtigsten Probleme der Sprachwissenschaft und Sprachphilosophie durch einen Kraftakt scheinbar aus der Welt geschafft.

Der „Reader“ umfaßt Aufsätze zur Textlinguistik, die innerhalb des Projekts verwendet wurden und hier noch einmal abgedruckt sind. Sie werden in Gruppen zusammengefaßt, die der Gliederung der „Einführung“ entsprechen. Jeder Aufsatz ist mit einem erläuternden Vorspann versehen, dazu findet sich zu Anfang der unter den jeweiligen Gruppenthemen versammelten Arbeiten eine kurze Einleitung. Unter „Kommunikation und Text“ findet sich J. Frese: „Sprechen als Metapher für Handeln“, G. Ungeheuer: „Aspekte sprachlicher Kommunikation“, S. J. Schmidt: „Skizzen zu einer Texttheorie“, U. Oomen: „Systemtheorie der Texte“; unter „Bedeutungskonstitution im Text“ der lesenswerte Aufsatz von E. Coseriu: „Lexikalische Solidaritäten“ sowie Beiträge zur Semantiktheorie von Greimas. Schließlich trifft man unter „Verweisung und Textkohärenz“ u. a. auf den vorzüglichen Aufsatz von I. Bellert: „Über eine Bedingung für die Kohärenz in Texten“, der allerdings damit bereits zum fünften Mal abgedruckt wird. Dietrich Hartmann (Berlin/West)

Prücha, Jan: Sowjetische Psycholinguistik. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1974 (142 S., br., 14,— DM).

Die sowjetische Psycholinguistik bezieht ihren programmatischen Anspruch, Sprechen und Denken als Teil der bewußten und zweckgerichteten menschlichen Tätigkeit zu erklären, aus der Tätigkeits-

theorie in der Form, wie sie von der sowjetischen Sprachpsychologie zugrundegelegt wurde. Sie versteht sich als Theorie der „Sprech-tätigkeit“, für die der historische Zugang zum menschlichen Bewußtsein methodisches Prinzip ist. Die Entstehung des menschlichen Bewußtseins wird zurückgeführt auf „tradierte und individuell erworbene soziale und historische Erfahrung“ (31). „Das Hauptziel ist nicht die Analyse einiger abgeschlossener Produkte der psychischen Prozesse (z. B. Eignungen, Fertigkeiten, Charakterzüge usw.), sondern die Analyse ihres Ursprungs und ihrer Herausbildung in der Tätigkeit des Menschen“ (31). Nach einer kurzen Einführung in diese Grundannahmen (vgl. dazu auch das Vorwort von Wilfried Stöltzing, in dem eine knappe problemgeschichtliche Einordnung der Ziele der sowjetischen Psycholinguistik vorgenommen wird) gibt Průcha einen Überblick über die Hauptarbeitsgebiete, Ergebnisse und Verfahren der sowjetischen Psycholinguistik. Die theoretische und experimentelle Forschung konzentriert sich auf vier Bereiche (35): 1. das Verhältnis von Sprechen und Denken und der Prozesse des „inneren Sprechens“; 2. neurophysiologische, neuropsychologische und psychopathologische Mechanismen der Sprech-tätigkeit; 3. der kindliche Spracherwerb; 4. psychologische Aspekte des Lernens und Lehrens von Erst- und Zweitsprache.

Die Linguistik kann in der Sowjetunion auf eine ebenso lange Tradition wie die Psychologie des Denkens und Sprechens zurückblicken. Ihre Zusammenarbeit mit der Sprachpsychologie (als Psycholinguistik) datiert ungefähr ab Ende der 50er Jahre, als sich mit der Rezeption der strukturellen Linguistik und der behavioristisch geprägten amerikanischen Psycholinguistik neue Möglichkeiten zur Behandlung alter Probleme eröffneten. Die Auseinandersetzung mit der nicht-sowjetischen Linguistik, die während der Stalin-Zeit aussetzte, wurde seit Ende der 50er Jahre mit der Diskussion über den Strukturalismus in der Sprachwissenschaft wieder aufgenommen. Im Zusammenhang mit der Konstruktion struktureller, grammatisch-logischer Modelle wurde die Diskussion um die Sprache-Denken-Relation neu belebt, wobei man die Einheit von Erkenntnis- und Kommunikationsaspekt neu akzentuierte. Ein eigenes Kapitel widmet Průcha der Darstellung konkreter Ergebnisse, Hypothesen und Theorien der sowjetischen Psycholinguistik der 60er Jahre. Es geht dabei um psychophonetische, neurolinguistische sowie um grammatische und semantische Modelle des individuellen Sprachverhaltens. Die Darstellung wurde für die deutsche Ausgabe (Org. „Soviet Psycholinguistics“, Den Haag 1972) durch einen Anhang bis zum Stand Oktober 1973 erweitert. In den letzten Jahren stellt der Autor eine stärkere Orientierung auf konkrete Forschungsaufgaben fest, die sich von zwei Anwendungsbereichen ableiten: einmal aus dem Bereich des Lernens und Lehrens von Mutter- und Fremdsprache, zum andern aus dem Bereich der Massenkommunikation und der Probleme der Propaganda.

Ob die eingangs genannten Intentionen der sowjetischen Psycholinguistik (historische Analyse, Aufweis des Sozialen am Individuel-

len) eingelöst werden, wird von Průcha nicht befriedigend beantwortet, da er in seiner Kritik zu allgemein bleibt. Er beläßt es bei Feststellungen wie „... die Produktion von ad-hoc-Hypothesen [findet] in manchen Fällen ohne den gesamten notwendigen theoretischen Hintergrund [statt]“ (64; vgl. z. B. auch seine Bemerkung zur Linguistik, 52). Es hätte herausgearbeitet werden müssen, daß die theoretische Basis der sowjetischen Psycholinguistik in vielen Arbeiten zumindest nicht sichtbar ist, daß die Theorie der Sprechfähigkeit Gefahr läuft, auf die psychophysiologische Ebene der Sprech-Tätigkeit verkürzt zu werden. Wie der Anteil des gesellschaftlichen Bewußtseins am individuellen — und umgekehrt — aussieht, bzw. wie er in der psycholinguistischen Analyse festgehalten werden könnte, bleibt auch in der sowjetischen Psycholinguistik weiterhin Programm.

Trotz der Einwände ist das Buch all denen dringend zur Lektüre zu empfehlen, die einen Einblick in Grundgedanken, Hauptprobleme und die reiche Tradition der sowjetischen Forschung zum Thema Denken und Sprechen gewinnen wollen. Průchas Buch enthält neben der übersichtlichen inhaltlichen Darstellung auch Hinweise auf Periodika, Zeitschriften, Sammelbände und Monographien, mit deren Hilfe der interessierte Leser selbst weiterarbeiten kann. (Dies setzt in vielen Fällen Russischkenntnisse voraus.) Außerdem werden die wichtigsten Kongresse, Symposien und Konferenzen der sowjetischen Linguisten und Psychologen sowie die institutionellen Zentren der psycholinguistischen Forschung angegeben.

Gisela Schulz (Berlin/West)

Leibfried, Erwin: Kritische Wissenschaft vom Text. Manipulation, Reflexion, transparente Poetologie. J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1970 (360 S., br., 30,— DM).

Den dogmatisch verwirrten Germanisten bietet Leibfried die Transzendentalphilosophie Husserlscher Prägung zur wissenschaftstheoretischen Rechtfertigung des Methodenpluralismus in der Literaturwissenschaft an. „... daß eine Erkenntnis des jeweiligen Gegenstandes nur durch eine Einstellungskompilation (einen Methodenpluralismus) zu erreichen“ (8), mithin „die unkritische Verketzerung des Methodenpluralismus kurzfristig“ (9) sei, scheint ihm durch „die sachnahen Analysen Husserls“ (1) hinreichend bewiesen; denn „die Sache selbst, als komplexes und vielschichtiges Gebilde, erschließt sich nicht in einer unbeweglichen und starren, monopolen Einstellung: also durch eine Methode“ (8). „... die Sache selbst schattet sich in den Einstellungen ab, so daß diese als Varianten sich erweisen, deren Konstante das Objekt selbst ist“ (9). Voraussetzung für einen funktionierenden Methodenpluralismus ist die ontologische Trennung der Methoden und der ihnen zuzuordnenden Gegenstandsbereiche: Nur der, der seine Methode „im Griff“ (37) hat, der nicht wie Habermas durch „die Ineinssetzung von Mathematisierung und

Anwendbarkeit, von Verstehen und Applikation, von Reflexion und Emanzipation: von theoria und praxis ... Fundierungsverhältnisse vermengt“ (63), der sich keiner „Vermischung“ (49), keiner „Kontamination von Typen“ (53), keiner „Äquivokation“ (60), keiner „Verwechslung von Tatsachenfeststellungen und Wertungen dieser Tatsachen“ (24) schuldig macht, der nicht „vermengt“ (65), „verunklärt“ (ebd.) oder wie Auerbach seine begrifflichen Voraussetzungen aus lauter Bosheit einfach verschweigt (vgl. 113; 202; 213), darf überhaupt hoffen, daß er den ihm zustehenden „Punkt an der Sache im Griff“ (49) hat.

Der saubermännische Impetus bleibt nicht ohne Folgen für die Strategie des Buches. Ihm entspricht auf Seiten der von Leibfried vertretenen und von ihm als „kritische(n) Theorie des Bewußtseins“ (38) präsentierten „reine(n) Methodenlehre“ (70) Husserls eine sorgfältige Entdialektisierung aller vorgefundenen Begriffe, die sich als „(systematische) Theoretisierung der Phänomene“ (2) gibt und aus „Wortmagie und Manierismus“ (71), aus „Spekulation ... (wie bei Hegel)“ und „Normierung ... (wie bei Gottsched oder Stai-ger)“ (236), aus dem ganzen „skeptische(n) und relativistische(n) Chaos, das sich selbst ad absurdum führt“ (124), die vielfältig starre Ordnung einer durch „Varianten“ und „Konstante(n)“ (9), „Innenhorizont(s)“ (94) und „außenhorizonthafte(n) Phänomene“ (95), „Aktuelles Habituelles“ (96) und die „möglichen Wies der jeweiligen Auffassungen“ (58) konstituierten „neue(n) Theorie (= Ontologie der Literatur)“ (121) zimmert.

„Zunächst handelt es sich nur um Ordnungskategorien, Ordnung wird bei der wachsenden Menge an Literatur immer wichtiger ... Typen sind Schachteln, in die man konkrete Texte legen kann“ (242). „... wenn ... streng zwischen Regionalem, Eidetischem, Subeidetischem, Ideal- oder Realtypischem, Subtypischem und Individuellem getrennt wird“ (256), kann es weder zu „Verwirrungen“ (ebd.) beim interpretierenden Subjekt noch zu Entstellungen beim interpretierten Material kommen; „denn die reine Theorie ist, solange sie sich ihrer ontologischen Relevanz bewußt bleibt, keine Gefahr für die Erkenntnis des Faktischen. Die Theorie bestimmt nur, was möglich ist; sie kann damit nicht das verändern, was wirklich ist ... Wer auf diese Unterschiede in der Ausweisung (...) der Bereiche achtet, wird nie das tatsächlich Erlebte und Verstandene durch Theorie entstellen können“ (269). Umso bedeutsamer erscheint es, daß Leibfrieds Impetus auf Seiten des literaturwissenschaftlichen Materials, das er mit geradezu universalistischem Anspruch auf den drei Ebenen a) einer phänomenologischen Kritik herkömmlicher Interpretationsmethoden, b) einer praktischen „Ontologie der Region Text“ (235) und c) einer Interpretation von Texten bearbeitet, eben die Entstellungen reproduziert, gegen die er sich richtet. Besonders seine Kritik der herkömmlichen Interpretationsmethoden, die er global als „habituell verfestigte(r) Einstellungen“ (130) disqualifiziert, macht deutlich, daß Leibfried seine eigenen „habituell verfestigte(n) Einstellungen“ jedenfalls nicht reflektiert hat und sie daher folgerichtig

und mit fehlerhafter Sturheit immer wieder ins Spiel bringen muß. So konstruiert C. G. Jung nicht etwa anders als Freud, sondern „er differenziert hier genauer, indem er andere seelische Grundkräfte einführt und ... über Freuds Unbewußtes hinausgehend (...) das kollektive Unbewußte an(setzt)“ (146); und über die „Unklarheiten und Grenzverwischungen“ in der Kunstdebatte „am Beginn der marxistischen Ära“ weiß Leibfried zu berichten: „Trotzki etwa meinte, daß ein Kunstwerk zuerst nach seinen eigenen Gesetzen, den Gesetzen der Kunst, beurteilt werden sollte; aber die Tatsache seiner Emigration zeigt, daß sich diese Ansicht nicht durchsetzen konnte“ (152). Krank die „Ontologie der Region Text“ in ihrer radikal auf „eine phänomenologische Ursprungerhellung der Begriffe“ (227) gerichteten Zielsetzung eher an einer gewissen Dürre ihrer Erhebungen, dergestalt, daß etwa „der Vorgang der Konzeptualisierung: Begriffsbildung in der Literaturwissenschaft“ (ebd.) ebensogut am 2. CV wie an einem Beispiel aus der Literaturwissenschaft abgehandelt werden kann (229—231), so bringt die praktische „Analyse von Brechts Gedicht ‚Tannen‘“ (285) den ganzen Reichtum einer wie immer unfreiwillig zum Ausdruck gebrachten Subjektivität zurück. In seiner Darstellung der „Psychologische(n) Methoden der Analyse von Dichtung“ (142) hatte Leibfried als typisches Beispiel für die Freudsche Assoziationstechnik folgende Argumentation aus Weinbergs Kafka-Interpretation angeführt: „Wenn im Werk Kafkas ‚Vögel‘ auftauchen, dann wird argumentiert: mit ‚Vogel‘ ist assoziativ ‚Dohle‘ verbunden. Dohle heißt aber auf tschechisch ‚kavka‘, das ist gleich Kafka. Also weisen Vögel auf den Dichter selbst hin“ (148). Jetzt produziert er selbst und assoziiert „beim zweiten Lesen“ des Brecht-Gedichts („In der Frühe/Sind die Tannen kupfern./So sah ich sie/Vor einem halben Jahrhundert/Vor zwei Weltkriegen/Mit jungen Augen.“ S. 285), da er weiß, „wie es ausgeht“, zu „‚kupfern‘ ... K(anonen) Kugel“; denn „durch das K, das Ku, auch das metallisch“, wird er „an Krieg (und Kugel)“ (288) erinnert. Aber „diese Deutung“, die über die antiquierten Kriegsvorstellungen eines Literaturwissenschaftlers vielleicht ebenso viel aussagt wie über das Brecht-Gedicht selbst, „hat“, natürlich, „nichts zu tun mit willkürlichen Assoziationen etwa im Sinne des neuesten amerikanischen Myth Criticism, wo Freud-Jungsche Theoreme auf Dichtung angewandt werden. Was entwickelt wird, ist eine aus der Sache selbst sich ergebende notwendige Folgerung: daß nicht jeder in dieser Weise assoziiert, ändert nichts daran, daß diese Assoziation im Gegenstand liegt“ (ebd.) „oder, wie Husserl sagt, jegliche Argumentation schreitet im Zick-Zack voran“ (266). Ilse Bindseil (Berlin/West)

Stephan, Inge: Johann Gottfried Seume. Ein politischer Schriftsteller der deutschen Spätaufklärung. J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1973 (VI, 300 S., Ln., 42,— DM).

In den Jahrzehnten nach seinem Tode viel gelesen, fristet Seume heute nurmehr eine Randexistenz als der Spaziergänger der deut-

schen Literaturgeschichte. Angesichts dieser Situation ist das Erscheinen der Studie von Inge Stephan zu begrüßen. Nach der positivistischen Biographie von Planer/Reißmann aus dem letzten Jahrhundert liegt hiermit zum ersten Mal eine monographische Arbeit über Seume vor. In einem knappen biographischen Teil faßt Stephan die Lebensstationen Seumes zusammen, um so die Knotenpunkte zu bestimmen, an denen sich Seumes persönliche und weltanschauliche Entwicklung mit den umfassenden Widersprüchen seiner Zeit verknüpft.

Johann Gottfried Seume (1768—1810) war Lyriker und Reise-schriftsteller, vor allem aber politischer Publizist mit antifeudalen und demokratischen Intentionen. Sein Leben und Werk ist exemplarischer Ausdruck der widersprüchlichen Situation der deutschen Intelligenz zwischen feudalabsolutistischer Reaktion und bürgerlicher Revolution. Als Sohn eines Bauern, der an der Fron zugrundegeht, erfährt er früh die Unmenschlichkeit des Feudalsystems; gleichzeitig ist es indessen der Feudalherr, der ihn zum Studium schickt. Der Theologie entfliehend, gerät er hessischen Werberrn in die Hände und wird im Dienste der britischen Kolonialmacht nach Amerika verschifft. Auf der Suche nach einem Ausweg aus der deutschen Misere geht er in den Militärdienst des unter Katharina II. von vielen Deutschen als Hort der Aufklärung verehrten Rußland; in russischen Diensten erlebt er in Warschau die Zerschlagung des polnischen Freiheitskampfes. Bekannt wurde Seume vor allem durch seinen Fußmarsch nach Syrakus und zurück, für ihn ebenfalls eine Form des Ausbruchs aus den beengten deutschen Verhältnissen. Später schloß sich eine Reise nach Rußland an.

Die literarische Ausbeute dieser Reisen, der „Spaziergang nach Syrakus im Jahre 1802“ und „Mein Sommer 1805“, machen den Kern seines Werks aus: Reisetagebücher, deren Blick vor allem den realen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen der Menschen gilt, literarische Instrumente zur Kritik der deutschen Verhältnisse. Zuge-spitzter Ausdruck dieser Kritik sind die posthum veröffentlichten „Apokryphen“, die äußerst scharfsichtig die politischen und ideologischen Widersprüche Deutschlands im Angesicht der Französischen Revolution widerspiegeln.

Seume blieb stets seinen atheistischen, naturrechtlichen und republikanischen Auffassungen treu. Walter Benjamin nannte ihn „eine der bewunderswertesten Gestalten des Bürgertums“. Seine Grenzen liegen dort, wo es um die Verwirklichung der Ideale geht. Ihm blieb nur die Hoffnung auf einen aufgeklärten Monarchen. Dessen Ausbleiben führte notwendig zu Resignation.

Stephan setzt sich in bewußten Gegensatz zu den bisherigen Seume-Darstellungen, die durchweg das Schicksal Seumes als Resultat seines widerspenstigen „Charakters“ bestimmen: „Das Interesse kann jedoch nicht dem ‚Sonderling‘ gelten, sondern hat sich zu richten auf das, was Seume mit seiner Zeit und seinen Zeitgenossen verbindet, sowie auf die besonderen Faktoren, welche für den Verlauf

seines Lebens und die Gestaltung seiner literarischen Produktion bestimmend waren. Seumes Charakter wird also nicht (...) als ultima ratio akzeptiert, sondern nur als Ergebnis einer Entwicklung, deren Bedingungen und Phasen zu untersuchen sind“ (14). Diese Entwicklung wird von Stephan wesentlich als Abfolge von Integrationsversuchen bestimmt, deren Scheitern, vor allem der plebejischen Herkunft Seumes zugeschrieben, von diesem mit dem Bruch mit seinen jeweiligen Lebensverhältnissen beantwortet wird.

Im Hauptteil ihrer Arbeit versucht Stephan, die politischen, philosophischen und ästhetischen Positionen Seumes in ihrer Entwicklung zu rekonstruieren. Dabei stützt sie sich auf eine umfassende Materialbasis. Insbesondere versucht sie, die Problemstellungen in Seumes Werk zu kontrastieren mit anderen zeitgenössischen Äußerungen hierzu. Es ist ihr Verdienst, zum ersten Mal mit Anspruch auf Vollständigkeit die wissenschaftlichen und popularisierten Darstellungen zu Seumes Leben und Werk zusammengetragen zu haben. Man vermißt allerdings eine kritische Auseinandersetzung mit der dokumentierten Sekundärliteratur. Dadurch, daß Stephan umfassend von historischen und sozialhistorischen Forschungsergebnissen Kenntnis nimmt und sich nicht auf eine immanente Untersuchung der Werke Seumes beschränkt, unterscheidet sie sich ebenfalls positiv von der bisherigen Seume-Rezeption in der Literaturwissenschaft.

Die literarische Tätigkeit Seumes versucht Stephan mit der These der „Politisierung der Literatur in Theorie und Praxis“ (125) zu erfassen. Angesichts der Herausforderung, die die Französische Revolution für die Autonomie der Künste darstelle, sei dies die Alternative gegenüber den „wirklichkeitsfremden ästhetisierenden und esoterischen Standpunkte(n), die sowohl von maßgeblichen Exponenten der Klassik wie der Romantik vertreten wurden“ (125). Diesen Ansatz sucht sie in der Untersuchung der nichtfiktiven Teile des Seumeschen Werks, hier des Reiseberichts und des Aphorismus zu konkretisieren. Es wird dargestellt, wie Seume in der Auseinandersetzung mit der bildungsbürgerlichen Tradition des Reiseberichts in seinem „Spaziergang nach Syrakus“ und mehr noch in „Mein Sommer 1805“ nach Formen der politischen Aussage strebt. Als zentrales ästhetisches Problem stellt sich dabei das Verhältnis von „Bericht und Reflexion“ (155). Den spezifischen Charakter der Aphorismen Seumes („Apokryphen“) kennzeichnet Stephan durch das „Pathos der aggressiven Vernunft“ (160), das sich der Auflösung in Witz und Ironie widersetzt und so imstande ist, den kämpferischen, gesellschaftskritischen Intentionen Ausdruck zu verleihen. Diese Untersuchungen der „poetische(n) Praxis“ (140) Seumes können, wie Stephan selbst vermerkt, nur „erste Ansätze einer Deutung“ (140) sein, deren Fortführung von zur Zeit der Drucklegung des rezensierten Buches noch in Arbeit befindlichen Studien zu erwarten ist.

Es bleibt indessen eine Reihe weiterer offener Fragen festzuhalten, die bei Stephan nicht gestellt oder nicht mit zureichenden Mitteln

angegangen sind; Fragen, deren Beantwortung notwendig ist, soll die Beschäftigung mit Seume zur Entzifferung einer verschütteten Tradition demokratischer deutscher Literatur beitragen. Elementare philologische Voraussetzung wäre die Bereitstellung einer angemessenen Seume-Auswahl in Buchform, der vorauszugehen hätte eine — von Stephan nicht geleistete — kritische Auseinandersetzung mit der gegenüber den Seumeschen Werken geübten Editionspraxis: dies sowohl unter dem Gesichtspunkt der Auswahl als auch der Textgestalt.

Die Rekonstruktion des Werkes von Seume für eine zeitgenössische Öffentlichkeit setzt darüber hinaus unabdingbar die Auseinandersetzung mit der Rezeptionsgeschichte voraus, d. h. die Untersuchung der wechselnden Indienstnahme Seumes. Bei Stephan reduziert sich diese Aufgabe auf einen überaus knappen Literaturbericht, der sich mit der äußerlichen Registratur einiger „Mißverständnisse“ (2) begnügt; daß diese „Mißverständnisse“ System haben, eng mit der deutschen Geschichte nach Seumes Tod zusammenhängen, wird von ihr nicht gesehen. Sie verzichtet auf die Frage nach den in der Vergangenheit aufgrund je konkreter gesellschaftlicher Konstellationen wahrgenommenen Möglichkeiten, auf Seume sich zu beziehen, Möglichkeiten, die ihr Maß nicht nur an einem wechselnden Grad philologisch-historischer Treue haben, wie es der von Stephan programmatisch verwendete Begriff der „rationalen Literaturanalyse“ (p. 9, 11 et al.) supponiert. Dieser Verzicht führt sie dann mit Notwendigkeit zu einem abstrakten Verdikt der in der DDR wie ansatzweise in der BRD unternommenen Versuche, Seume mit Blick auf die Gegenwart zu lesen; für sie ist dies „bedenkenlose Aktualisierung“ (13), ein Vorwurf, der seine Eingängigkeit dadurch gewinnt, daß es natürlich auch in der DDR in Bezug auf Seume unhistorische, unvermittelte Versuche der Aktualisierung gegeben hat. Stephan wird jedoch in ihrer Kritik nicht so konkret, sie enthebt sich der Aufgabe, Kriterien für eine bedachte, d. h. die historische Differenz reflektierende Aktualisierung Seumes zu formulieren.

Wesentlicher Mangel der Arbeit Stephans ist ihre Unfähigkeit, die Begriffe und Auffassungen Seumes konsequent historisch in ihrer Entwicklung zu analysieren. Zwar macht sie einige biographische Momente nutzbar, deren gesamtgesellschaftliche Bedeutung gesehen wird, auch wird die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands einbezogen, doch nur quasi als Hintergrundmaterial. Wie sich die Begriffe und Anschauungen Seumes aus der wirklichen Entwicklung heraus erklären lassen, kann sie nur ungenügend aufzeigen. So unterliegt sie der Tendenz, an Fragestellungen wie der des Verhältnisses von Seume zur Republik oder seiner Stellung zur Aufklärung abstrakt-metaphysisch heranzugehen und eine autonome Dynamik der Begriffe zu hypostasieren.

Rainer Kawa (Marburg)

Fritz, Axel: Ödön von Horváth als Kritiker seiner Zeit. Taschenbücher der Wissenschaft, Bd. 1446. List Verlag, München 1973 (291 S., br., 12,80 DM).

Es ist das erklärte Ziel der Arbeit von Fritz, Horváth als Kritiker der sozialen und politischen Verhältnisse Deutschlands und Österreichs zwischen den Kriegen darzustellen. Dieser Ansatz entspricht einer wesentlichen Problemschicht in Horváths Werk, er formuliert sich aber auch aus einem Widerspruch zu jener Variante der Horváth-Interpretation, die seine Gestalt eher auf das Irrationale und Intuitive zu reduzieren sucht. Verf. seinerseits leugnet keineswegs den durchaus vorhandenen metaphysischen Einschlag im Werk Horváths (besonders in den Romanen); auch ist Horváths Wende um 1933, die nicht nur eine Abkehr vom Volksstück, sondern auch eine „Verlagerung der Perspektive von der kollektiven Moral zur individuellen“ mit sich bringt (23), mehrmals expliziter Gegenstand der Analyse. Was die Gründe für diese Wandlung betrifft, so bleibt es freilich bei Mutmaßungen; Fritz verweist u. a. auf Horváths Exilsituation. Wesentlicher scheint die radikale Wandlung der gesamten politischen und sozialen Situation mit dem Beginn der faschistischen Diktatur eingewirkt zu haben. Es ist kaum möglich, sich Horváths Volksstücke nach 1933 bruchlos fortgeführt zu denken. Das Element dieser Dramaturgie, in dem sie sich allein herstellen und entfalten konnte, war offenbar die gesellschaftliche Szenerie der 20er Jahre. Maßgebend für Horváths nach 1933 eher individualistische Problem-sicht, wie sie in den Romanen „Jugend ohne Gott“ und „Ein Kind unserer Zeit“ zu beobachten ist, war ferner, wie Fritz mit Grund annimmt, ein resignierendes Mißtrauen in kollektive Prozesse und Lösungen, deren Manipulierbarkeit er als Lehre aus dem Sieg des Faschismus gezogen hatte. Anzumerken bleibt allerdings, daß das zeitkritische Potential auch dieser Romane nicht unterschätzt werden darf.

Etwa seit Mitte der 20er Jahre ist das Zeitgeschehen definitiv im Blickfeld Horváths, die Perspektive kritisch-links. Dabei stellt Horváth die politische Szenerie mehr oder minder vereinfachend antithetisch dar: hier konservativ-reaktionär, dort progressiv-links, wobei er in der dramatischen Vergegenwärtigung, etwa im „Sladek“ oder in der „Italienischen Nacht“, gern auf vorgefertigtes Sprachmaterial zurückgreift. Der immer wieder montierte Propagandajargon des konservativen und völkischen Heimatkultes, seine antisemitischen und militaristischen Phrasen diskreditieren diesen wirkungsvoll. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Horváth in den „Endfassungen“ manches abschwächte. Es ist ein wesentliches Verdienst dieser Arbeit, neben den bekannten Texten auch die Masse der kaum bekannten Entwürfe mit heranzuziehen. Der satirisch-karikaturistischen Schärfe, mit der die Rechtsradikalen gezeichnet werden, entspricht auf der Seite der Vertreter marxistischer Ideen (vgl. Martin in der „Italienischen Nacht“) eine diskrete Ironisierung, die nach Fritz eine „Distanz zum Gegenstand“ schafft und so Horváths eigene

Skepsis verrät. Es ist tatsächlich kaum zu bestreiten, daß in Horváths Werk marxistisch inspirierte Elemente höchst selten begegnen, am deutlichsten noch in dem frühen Stück „Revolte auf Côte 3018“, dessen scharfe Kapitalismus-Kritik den Schluß fordert, die Verhältnisse seien allein revolutionär zu ändern (aber die Arbeiter diskutieren zugleich über die moralische Legitimation von Gewalt).

Die Verallgemeinerung ist zulässig, daß Horváths Werk in all seinen Phasen eine Kritik des Faschismus in dessen verschiedenen Phasen darstellt, und zwar eine überaus hellsichtige Kritik, wie etwa das „Sladek“-Stück beweist. Umso auffälliger ist, daß die Darstellung der faschistischen Diktatur, wie sie Horváth in den beiden genannten Romanen aus den 30er Jahren versucht, weder analytisch noch erzählerisch befriedigt. Beide sind zu allgemein gehalten in ihrer Darstellung konkreter politischer Wirklichkeit; Peripheres drängt sich vor, wie etwa die Kriminalhandlung in „Jugend ohne Gott“. Immerhin wird man zugeben, daß wesentliche Elemente des Faschismus, etwa seine Ideologie der Gewalt, sein Militarismus, in beiden Romanen vorzüglich herausgearbeitet werden.

Im zweiten, dem gewiß besten Kapitel seiner Arbeit, versucht Verf. eine minutiöse Bestandsaufnahme des gesamten Komplexes der Horváthschen Sozialkritik. Horváths hauptsächliches Interesse gehört dem Mittelstand, seinem sozialen Verhalten, seiner Mentalität. Die ökonomischen Einbußen der Inflationsjahre hatten zu einer breiten Schicht von Kleinbürgertum geführt, „die sich finanziell kaum noch vom Proletariat unterscheidet, aber ideologisch an ihrer Mittelstandsmentalität festhält“ (120). Dementsprechend gliedert sich für Horváth der Mittelstand in den „gehobenen mit beibehaltenem Sozialprestige und den gesunkenen mit beibehaltenen Illusionen von Sozialprestige“ (122). Erstaunlich ist die Tatsache, daß die revolutionären Ansätze um 1918/19 kaum Resonanz in Horváths Werk finden, ein Faktum, das Verf. u. a. aus den wenig genauen Kenntnissen der Zeitgenossen über diese Vorgänge zu erklären versucht. Horváths Gestaltungsart, seine stilistisch-dramaturgischen Möglichkeiten scheinen jedoch per se an den degradierten, kleinbürgerlichen Mittelstand gebunden. Man hätte sich eine stärkere Problematisierung eben dieses Defizits gewünscht; schließlich hängt der fast durchgehende Eindruck von politisch-sozialer (und entsprechend individuell-psychologischer) Ausweglosigkeit in Horváths Arbeiten mit eben dieser Problematik zusammen, deren sich Horváth selbst wohl bewußt war. Indirekter sozialrevolutionärer Appell und Skepsis mischen sich in eigenartiger Weise, wodurch Horváth näher etwa an Musil heranrückt, als dies auf den ersten Blick einleuchtend scheinen mag.

In der politischen Komödie „Figaro läßt sich scheiden“, die Mitte der 30er Jahre entstand, vertritt Horváth schließlich das Konzept einer „humanen“ Revolution, einer Revolution mittels Pädagogik. So wird man, die Akzente abwägend, Verf. zustimmen, wenn er Horváths Entwicklung wie folgt beschreibt: seine „Auffassung und Darstellung des Revolutionsbegriffs verläuft von marxistischer Sicht und

einem — wenn auch zeitlich begrenzten — Glauben an Berechtigung und Wirksamkeit einer sozialistischen Revolution über ein Stadium der Skepsis zu einer an sich respektablen Vorstellung von einer ‚humanen‘ Revolution, für die er aber keine überzeugende historische und politische Verankerung findet ...“ (173). Im letzten Abschnitt der Arbeit zeigt sich, daß Horváths „Wende“ um 1933 auch ihre stilistischen Konsequenzen hatte. Obwohl realistische Stilzüge weiterhin dominieren, finden Formen der Bildlichkeit wie Symbol und Allegorie wieder Eingang; ja sogar die Märchenform ist anzutreffen.

Fritz' Arbeit ist vor allem deskriptiv gehalten, sie ist und will nicht mehr sein als detaillierte Bestandsaufnahme mit nur partieller Problematisierung der Horváthschen Ansätze.

Helmuth Widhammer (Regensburg)

Peter, Lothar: Literarische Intelligenz und Klassenkampf. „Die Aktion“ 1911—1932. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1972 (221 S., br., 17,80 DM).

Peters Buch, eine detaillierte Analyse der wichtigsten expressionistischen Zeitschrift „Die Aktion“, schließt eine Lücke in der Expressionismus-Forschung, die die politischen Aspekte der „Aktion“ bisher vernachlässigte. Darüber hinaus leistet Peter einen wichtigen Beitrag zur Diskussion des Verhältnisses von (literarischer) Intelligenz und Arbeiterklasse.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist der Politisierungsprozeß expressionistischer Schriftsteller während des Ersten Weltkrieges. Peter arbeitet die Möglichkeiten und Grenzen expressionistischer Gesellschaftskritik heraus, indem er dem konsequenten Antimilitarismus die „Tendenz zur Ästhetisierung des Politischen“ (21), die „Perpetuierung eines bürgerlichen Kunstideals“ (24) und in sich widersprüchliche idealistische Gesellschaftsauffassungen gegenüberstellt. Auch gegen Ende des Krieges und im Verlauf der revolutionären Ereignisse in Europa bleibt — bei allem Bemühen um ein solidarisches Verhältnis zum Proletariat — das Bewußtsein der meisten Intellektuellen überlagert von einer ethisch-utopischen, pazifistischen oder einer revolutionär-utopistischen Grundhaltung, die die „Revolution als Aufruhr und Rebellion der leidenden Menschheit“ (133), „als geistige und sittliche Bewegung“ (ebd.) interpretiert, mit „an bürgerliche Kategorien gefesselten Vorstellungen von gesellschaftlichen Inhalten der proletarischen Revolution“ (130).

Bei aller Antibürgerlichkeit sind die meisten „Aktions“-Autoren, so lautet eine Grundthese Peters, an ideologische Strukturen des Bürgertums letztlich gebunden und können somit den Übergang zu proletarischen Schriftstellern nicht vollziehen. Die politische Praxis expressionistischer Autoren, z. B. in der „Bremer Räterepublik“ (Ludwig Bäumer, Heinrich Vogeler) und der „Münchener Räterepublik“ (Ernst Toller, Erich Mühsam), die politische Entwicklung der

„Aktion“ nach dem Kriege zum „Spartakusbund“ linkskommunistischer Organisationen (1926) und nicht zuletzt auch Pfemferts eigene Annäherung an anarchistisch-linksradikale Strömungen, korrespondieren mit den skizzierten Bewußtseinsstrukturen, die Peter überzeugend herausarbeitet.

Dennoch dürfen nicht die Versuche übersehen werden, die Annäherung an das Proletariat praktisch werden zu lassen. Etwa bei Oskar Kanehl, Max Herrmann-Neiße, Albert Ehrenstein, Erich Mühsam (nach der Zerschlagung der Revolution in München) und anderen entwickelt sich ein neues, anderes Bewußtsein von den Aufgaben des Schriftstellers und seinem politischen Standort. Gleichzeitig entsteht eine Agitationslyrik, die ästhetisch neue Qualitäten aufweist: „Die Fetischisierung des poetischen Wortes als politische Potenz wich einer Instrumentalisierung des Gedichtes und mithin der Einsicht, daß Poesie nicht eo ipso gesellschaftliche Wirkung erlangt, sondern der Umsetzung in revolutionäre Praxis bedarf, soll die ihr inhärente politische Intention verwirklicht werden“ (136). Damit wird eine sich durch die bisherige Expressionismus-Forschung hindurchziehende Behauptung widerlegt, die Schlußphase des Expressionismus sei eine literarisch uninteressante Modebewegung von ästhetisch minderwertigem Rang.

Peter liefert mit seiner fundierten Analyse der „Aktion“ auch reichhaltiges Material für eine kritische Rezeption der sog. „Expressionismus-Debatte“. Die Debatte selbst streift er allerdings nur kursorisch, die Positionen Brechts z. B. werden nicht diskutiert.

Hermann Korte (Bochum)

Scharang, Michael (Hrsg.): Über Peter Handke. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1972 (393 S., br., 10,— DM).

Handke, Peter: Ich bin ein Bewohner des Elfenbeinturms. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1972 (233 S., br., 5,— DM).

Handke, Peter: Wunschloses Unglück. Residenz Verlag, Salzburg 1972 (99 S., gb., 12,80 DM).

Die Besprechungsrituale der offiziösen Kritik dokumentiert der Band „Über Peter Handke“; die Textauswahl ist ein Potpourri aus Rezensionen und Aufsätzen, denen zumeist Sensibilität nicht abgesprochen werden kann, wohl aber analytische Schärfe. Es dominieren die liberalen Großkritiker und Handke-Verehrer, die jeweils mit mehreren Beiträgen aufwarten (Bohrer, Baumgart, Karasek, Rühle, Wendt, Iden); einige österreichische Dichter dürfen argen Unsinn, den sie für Witz halten mögen, äußern; die konservative Position ist auch vertreten (Werner Weber, Krämer-Badoni, Ignée, Schulze-Vellinghausen). Dagegen erscheint die marxistische Handke-Kritik, deren Auseinandersetzung mit der bürgerlichen das Zentrum eines solchen Buches bilden sollte, nur am Rand und per Kontext neu-

tralisiert (Michael Schneider, Michael Springer, Jörg Zeller). So kommt am Ende doch bloß eine Werbe-Broschüre des Suhrkamp Verlags heraus.

Daß Handke ein Perfektionist ist, ein ästhetischer Technokrat und Sprachpragmatiker, der gesellschaftspolitische Probleme auf ihre literarische Dimension verkürzt; ein Narziß, der sein Leiden an der eigenen Kaputtheit in immer neue Kunststücke zu stilisieren versteht; ein vormaliger Priesterzögling, der Angst, Scham und Ekelgefühle ontologisiert; dessen masochistische Empfindlichkeit nicht selten sadistisch sich kehrt; ein typisch bürgerlicher Künstler, parasitär dem Geschehen immer gegenüber lauernd, nie darin verstrickt; die Oberfläche der Konsumwelt abtastend statt hinter sie zu blicken auf das, was sie bedingt — um solcher Erkenntnisse willen muß sich der Leser erst durch ein Sammelsurium von für den Augenblick geschriebenen Theater- und Literaturkritiken quälen.

In einer Vorbemerkung zu seinen unter dem Titel „Ich bin ein Bewohner des Elfenbeinturms“ gesammelten Aufsätzen äußert Handke den Unwillen, „beim Schreiben eine fremde Rolle, die eines Kritikers, eines Kommentators, eines Wohl- oder Übelmeinenden mit Hilfe beliebig verfügbarer Begriffe einzunehmen“. Er zieht es vor, „schöne genaue Geschichten zu schreiben“, und fordert den Leser auf, auch seine Aufsätze als Geschichten zu rezipieren. In dieser Bemerkung artikuliert sich einerseits die verständliche Scheu vor den kulturkritischen Ritualen bürgerlicher Rezensenten, die tatsächlich mit einer ziemlich zufälligen und oberflächlichen Begrifflichkeit operieren, zugleich aber Theoriefeindschaft, die sich gegen wissenschaftlich analytisches Denken generell sperrt. Es ist die Erfahrung der Verdinglichung, die Handke (wie seine Vorbilder Kafka und Robbe-Grillet) erstarren läßt, weil er sie ahistorisch begreift. So rettet er sich in ein minutiöses Registrieren von Wirklichkeitsplittern, zwingt die Sprache, Einzelheiten, über die sie in ihrer Allgemeinheit hinwegzueilen möchte, so genau wie möglich zu beschreiben. Im Detail wird der Zweifel an einem ungebrochenen Verhältnis von Sprache und Wirklichkeit bei Handke produktiv; oft bestürzende Beobachtungen werden fixiert. „Das Wasser war so ruhig, daß die Oberseite der Blätter, die darauf schwammen, ganz trocken blieb.“

Unberührt von allen Anpassungsvorgängen oder Politisierungsprozessen seiner Kollegen ist Peter Handke ein konsequenter Bewohner des Elfenbeinturms geblieben, aus welchem er zu Zeiten revolutionärer studentischer Euphorie bisweilen angeekelt schmähende Artikel über die angeblich sprachlosen und denkfaulen Demonstranten verschickte. Am Ort der Selbstbeobachtung und des immanent literarischen Denkens fühlt sich Handke trotz gegenteiliger Versicherungen (etwa in dem langen Gedicht „Leben ohne Poesie“, das die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrer Silvesterausgabe 1972 veröffentlicht hat) noch immer relativ wohl.

Oder zeigt Handkes neuester Prosatext „Wunschloses Unglück“ ein anderes Bild? Das Buch behandelt Leben und Selbsttötung der Mutter des Autors in chronologischer Folge; zu Anfang, in der Mitte

und am Ende des Textes finden sich Reflexionen über Widersprüche und Schwierigkeiten, die sich beim Schreiben einstellten. Es ist möglich, die Lebensgeschichte der Mutter als naiv realistischen Bericht zu rezipieren. Erst bei genauem Lesen des Textes, der aus einzelnen Erfahrungen zusammengesetzt ist, bemerkt man seine Künstlichkeit, eine bewußt hergestellte Spannung zwischen dokumentarischen und fiktiven Elementen. Handke hat sich der im Grund trivialen Story geschämt und sich satzweise reflektierend von ihr distanziert. Trotz eines relativ hohen Abstraktionsgrads ist „Wunschloses Unglück“ ein betont schlichtes Buch. Der Autor verzichtet auf Modernismen; er hat es nicht mehr nötig, mit präziöser Dunkelheit aufzutrupfen im Stil seines Erstlings „Die Hornissen“ (1966), der ja im selben Milieu spielt wie jetzt „Wunschloses Unglück“. „Diese Geschichte hat es nun wirklich mit Namenlosem zu tun, mit sprachlosen Schrecksekunden. Sie handelt von Momenten, in denen das Bewußtsein vor Grausen einen Ruck macht.“ Hat Handke diesen in den reflektierenden Passagen mehrfach erhobenen Anspruch eingelöst? Hat er das Entsetzen, das ihn beim Erinnern des traurigen Lebens und des einsamen Todes seiner Mutter überfiel, sprachlich konkretisiert?

Wie allemal beschreibt Handke präzise die komplizierten Vorgänge in einem privilegierten Bewußtsein, das Schmerzen im Hirn angesichts ganz ‚normaler‘ Vorgänge. „Kurze Momente der äußersten Sprachlosigkeit und das Bedürfnis, sie zu formulieren — die gleichen Anlässe zum Schreiben wie seit jeher.“ Einer extremen Lebenssituation, zum Beispiel der Nervenkrankheit seiner Mutter gegenüber, versagt der Dichter Handke, weil er sich dem kreatürlichen Leiden erst gar nicht aussetzt, sondern es verdrängt. Dann erst kann er einen von häufig übergelaufener Milch schwarz gewordenen Elektrokocher mit derselben distanzierten Aufmerksamkeit fixieren wie den von Tabletten aufgeblähten Bauch der Leiche seiner Mutter. Noch immer drückt sich Handke, der einst empfahl, „an Wildwestfilmen das Sterben zu erlernen“, um die Erfahrung physischer und psychischer Schocks herum, die jedem einzelnen in der Wirklichkeit täglich zugefügt werden und ihn zunächst stumm, dann stumpf und endlich totkrank machen. Handke läßt seine Mutter in poetischen Sätzen verschwinden; er formuliert ganz allgemein. „Das bloße Existieren wurde zu einer Tortur.“

Ohnehin nimmt der Sohn die Mutter erst im Nachhinein eigentlich wahr, beim Versuch, ihre Voraussetzungen, ihre Erscheinung und Handlungsweisen, Sätze und Gesten zu rekonstruieren. Sich selbst hat er dabei fast ganz ausgespart. Handke schildert die rückständige bäuerliche Umwelt, in der seine Mutter leben mußte, ihre geschlechtsspezifische Erziehung, die Ausweglosigkeit ihrer Lebensform, ihr unterdrücktes Lernbedürfnis, die Verhinderung der Ausbildung von Individualität, das erzwungene Verstummen, die Einsamkeit. So deutet er zwar Sozialisationsbedingungen an, verschweigt aber zugleich, wie er sich aus dieser Welt befreien, wie er ein anderer werden konnte, und wie sein Verhältnis zur Mutter konkret war. Man hat

den Eindruck, Familienfotos zu betrachten, auf denen eine Person überklebt ist.

Ein Ausweichmanöver, von komplizierten und oft divergierenden Rechtfertigungsversuchen durchsetzt, auch mit dem individuellen Eingeständnis des Autors versehen, daß er mit seinem Gegenstand nicht zurechtgekommen ist. An einigen Stellen darf man sogar Selbstkritik vermuten: „Ich beschäftige mich literarisch, wie auch sonst, veräußerlicht und versachlicht zu einer Erinnerungs- und Formuliermaschine.“

Michael Buselmeier (Heidelberg)

Schivelbusch, Wolfgang: Sozialistisches Drama nach Brecht. Drei Modelle: Peter Hacks — Heiner Müller — Hartmut Lange. Hermann Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1974 (246 S., br., 9,80 DM).

Der Versuch, Hacks, Müller und Lange als die einzig legitimen Nachfolger eines Brecht zu erweisen, dessen Spätwerk Zeugnis ablegen soll vom stillen Widerstand gegen die „ideologischen Gegebenheiten in der DDR“ (16), basiert auf folgender, aus den Brecht-Studien von Reiner Steinweg (Auszüge in *alternative*, H. 78/79, 14. Jg. 1971) übernommenen Ausgangsthese: Im Vergleich zum Lehrstück-Typus, dem „revolutionären Ansatz für ein *Theater der Zukunft*“, seien „die Schaustücke des epischen Theaters Kompromisse . . ., Formen, die der konterrevolutionären Entwicklung seit 1932 Rechnung tragen“ (10). Die von Brecht mit dem Lehrstück intendierte Aufhebung des ‚systems spieler und zuschauer‘ und seine Prognose ihrer endlichen Realisierbarkeit in der klassenlosen Gesellschaft, „wo das interesse des einzelnen das interesse des staates ist“ (BBA 521/96), wird von Schivelbusch demzufolge gewendet als Kritik an der „neuen sozialistischen Gesellschaft“ der DDR, welche sich bis heute unfähig erwiesen habe, diese „revolutionäre“ Variante der Brechtschen Dramaturgie zu realisieren (14).

Allerdings ist diese Kritik in sich höchst widersprüchlich, insofern der Verfasser nicht umhin kann zuzugestehen, daß die „reformistische Lösung“ des Brecht-Theaters nach 1948, obzwar ihrem Wesen nach „Rückschritt“ und „Revision“, als die „realistische“ sich herausstelle, wenn man sie „im Zusammenhang der realen gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung betrachte“ (11).

Die Konstruktion eines prinzipiellen Gegensatzes zwischen der sozialistischen Gesellschaftstheorie und der „für Brechts Dramaturgie konstitutiven Kategorie der Veränderbarkeit“ (15) dient ihm dazu, „die Ansätze des späten Brecht hinsichtlich einer größeren Betonung des *Poetischen*“ in der Kunst (18) als erzwungene, gleichsam sklaven sprachliche Abwanderung „in die Historie als ästhetischer Provinz“ und somit als Kennzeichen eines Schaffens zu ‚erklären‘, das ohne „Bezug“ auf die „DDR-Gegenwart“ stattgefunden haben soll (16). Die schon im ‚Kleinen Organon‘ 1948 formulierte Absage an die ‚antikulinarische‘ Stoßrichtung der Lehrstückphase muß demzufolge

dahingehend umgefälscht werden, daß hier „die ästhetische Genuß-Funktion“ fürs Theater noch nicht „ausdrücklich“ akzeptiert sei (19).

In der folgenden Einschätzung des Werks von Hacks, Müller und Lange wird postuliert, daß deren Status als ‚Brecht-Nachfolger‘ sich im wesentlichen an dem vermeintlich gleichen Konflikt erweise, den auch der Vorgänger mit dem kulturpolitischen „Reformismus“ der DDR ausgetragen haben soll: das schon für Brecht konstatierte Scheitern am Gegenwartsstoff, das seine ‚Nachfolger‘ — nach anfänglicher, teilweise hart kritizierter Erprobung am aktuellen Thema — ihre Zuflucht zur Adaption antiker Mythen nehmen ließ, sei für ‚dialektische‘ Gestaltung sozialistischer Wirklichkeit symptomatisch. Demnach soll dialektische Gestaltungsweise nur möglich sein durch „Emanzipation von der Unmittelbarkeit“ direkt-realistischer Darstellung, welche „in den griechisch-mythologischen Parabeln“ der Hacks, Müller und Lange „ihren vorläufigen Abschluß“ gefunden habe (203).

Mit dem an Korschs und Negts Stalinismuskritik anknüpfenden Bekenntnis zur Dialektik als eines „das Bezugssystem der Produktivkräfte ... transzendierenden Denkens in Widersprüchen“ (40) und der darin enthaltenen Abstraktion von der die Lösung gesellschaftlicher Widersprüche garantierenden Umwälzung der ökonomischen Basis eng verbunden ist der gegen die sogenannte „harmonisierende Dramatik“ erhobene Vorwurf, sie gestalte „das Erbe der stalinistischen Vergangenheit“ reproduzierend (202), Konflikte nur, „um sie lösen zu können“ (43). Hier artikuliert sich ein auf kritische Bewußtheit Anspruch machendes Unbehagen an der prinzipiellen Lösbarkeit von Problemen. In diesem Zusammenhang ist auch Schivelbuschs Bevorzugung des tragischen, die Menschen ungeachtet der neuen Gesellschaftsordnung „zerbrechenden“ Konflikts aufschlußreich (43). Aber der hier in Neuauflage sich präsentierende Streit eines aristotelischen, kathartischen gegen ein episches, dialektisches Theater hat tiefere Wurzeln: die durchgängige Tendenz, lediglich den *Konflikt* als *real* zu begreifen, nicht aber seine — etwa in Baierls „Feststellung“ — vorgeführte Beilegung durch praktische Arbeit, gründet im prinzipiellen Zweifel, daß die eine Seite des dort vorgeführten Widerspruchs zwischen Kleinbauer und LPG, die als Lösung dargestellte und schließlich aus Einsicht akzeptierte Sozialisierung, die objektive gesellschaftliche Wahrheit für sich habe. Schivelbusch sagt: „die als objektiv vorausgesetzte gesellschaftliche Wahrheit“ (45). ‚Dialektisch‘ kann ihm zufolge nur der Widerspruch heißen, der „Subjektivität“ und „gesellschaftliche Norm“ als unversöhnliche beschreibt (46). Demnach schließen sich eine „didaktisch-konstruktive“, als Tribut an „drängende“ Realität“ abgewertete (58) und eine „offene, unentschiedene, widerspruchsvolle, dialektische“ (31) Darstellungsweise prinzipiell aus.

Diese Laudatio auf eine den subjektiven Faktor eingreifenden Handelns eliminierende Dramatik mündet in der Theorie einer „kommunistischen Tragödie“ (202 f.). Im Anschluß an Peter Szondis „Bestimmung des Tragischen als einer dialektischen Modalität“ gelangt Schivelbusch dahin, „die Begriffe dialektisch und tragisch sinn-

gemäß synonym“ zu verwenden (211), und meint sich dazu auf Brechts „Maßnahme“ und Heiner Müllers „Mauser“ berufen zu können — ein nur als Manuskript vorliegender und darum nicht überprüfbarer Lehrstückversuch (1970), den der Verfasser für die historische Weiterentwicklung des Brecht-Stückes hält. Die Dialektik beider Stücke wird dahingehend bestimmt, „daß die kommunistische Humanität, um sich zu realisieren, als bestimmte Negation der bestehenden Inhumanität auftreten, d. h. inhuman auftreten muß“ (212), wobei der Fortschritt von „Mauser“ darin bestehen soll, „die Kritik der Humanität (angeblich das Thema der ‚Maßnahme‘) und die Kritik der Inhumanität“ revolutionären Handelns zu vereinen und demnach „gesellschaftliches Handeln“ als „eine Einheit von Widersprüchen (Humanität — Inhumanität)“ zu begreifen (221/223). Dem als „inhuman“ gewerteten und somit unbegriffenen revolutionären Handeln („Nicht zufällig ist den Worten *Revolver* und *Revolution* die Wurzel gemeinsam“, 218!) die utopische Zielvorstellung eines abstrakten Humanitätsideals gegenüberstellend, offenbart diese Betrachtungsweise ihren bürgerlich-moralistischen Charakter nicht zuletzt in der Formel vom notwendigen „Verlust revolutionärer ‚Unschuld‘“ (214).

Doch ist dies nicht der einzige „Verlust“, den Revolutionen nach Schivelbuschs Auffassung nach sich ziehen, denn „weil der Sozialismus sich für den *ganzen* Menschen interessiert — im Unterschied zum Kapitalismus, den nur die Arbeitskraft des Menschen interessiert —, ruiniert er in seiner Aufbauphase zunächst den ganzen Menschen“ (217 f.): Die Interpretation von „Mauser“ als die „radikalisierte Form“ der in Müllers Produktionsstücken dargestellten, das Individuum beim „Aufbau des Sozialismus ... entfremdenden Arbeit“ (ebd.) stellt nachgerade wieder auf den Kopf, was auf den Füßen veränderter Produktionsverhältnisse — von Schivelbusch unbemerkt — schon längst im Gange ist.

Mit Ausnahme von Hartmut Lange haben die behandelten Autoren dieser Konzeption nie entsprochen beziehungsweise — so Peter Hacks und Heiner Müller — die zeitweise geübte Kritik bezüglich einer abstrakt-dialektischen Gestaltungsweise im Laufe ihrer Entwicklung entkräftet oder gegenstandslos gemacht.

Gertrud Schmidt (Marburg)

Soziologie

Berger, Peter L.: Zur Dialektik von Religion und Gesellschaft. Elemente einer soziologischen Theorie. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1973 (XIII, 195 S., br., 24,— DM).

Den Beitrag von Bergers „Dialektik“ zur soziologischen Grundlagendiskussion könnte man durch einen Sonderpreis für geschickte Verpackung alter Pluralismusideologie honorieren. Das Buch ver-

diente über solch kulinarisches Interesse hinaus keine besondere Beachtung, wenn es sich nicht einer arg zurückgebliebenen Disziplin annehmen würde: der Religionssoziologie, die seit Weber und Troeltsch die Reichweite ihrer Erklärungsversuche freiwillig einschränkt, den Theologen zuliebe.

Berger räumt das allzu Verstaubte auf den Müll. Er sieht Religion ohne Rest als *menschliches Produkt*, wie alle anderen Bestandteile „immaterieller Kultur“ soziologisch hinterfragbar (7, 26 ff.). Zugleich erledigt er den *speziellen* Antimarxismus der Religionssoziologen, die in ihrem Reservat bis heute ziemlich ungestört behaupten, marxistische Theorie — bequemerweise an *Kautsky* exemplifiziert — negiere die „Wirksamkeit“ von Religion. Bergers Hinweis auf den Zusammenhang von materieller und immaterieller Produktion und die Funktion verselbständigter Überbauphänomene bei Marx (41 ff.) war notwendig, um die Frage, ob Religion „wirksam“ oder „bloße Widerspiegelung“ sei, endgültig als Scheinproblem zu entlarven. So kam Berger zu seinem Ruf als Nonplusultra religionssoziologischer Kritik.

Bergers Vokabular scheint eine Perspektive anzudeuten, die über Aufräumarbeit hinausreicht. Er hat offenbar das symbolisch-interaktionistische Konzept, in dem Wirklichkeit gleich der Summe individueller Bewußtseinsinhalte ist, modifiziert. In der „Einladung zur Soziologie“ (1963, deutsch 1969) galt ihm Gesellschaft noch als „Spiel“ beliebiger Rollenzuweisung und -akzeptierung, und Soziologie als „neutrale“ Wissenschaft der Aufklärung darüber, daß die Dinge nicht so sein müssen, wie sie sind, sondern beliebig verändert werden können (vgl. die Rezension von F. Haug in *Das Argument* 53, S. 338 f.). In der etwas anspruchsvolleren Neukonzeption einer „Wissenssoziologie“ („Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“, zus. mit Th. Luckmann 1966, deutsch 1970) gestand Berger der gesellschaftlichen Wirklichkeit immerhin einen „schwankenden Objektivitätszustand“ zu, hielt aber daran fest, daß „Objektivierung“ allein Produkt des Bewußtseins sei (dort 62 ff.). In der „Dialektik“ nun, die bereits 1967 im amerikanischen Original erschien, heißt es: „die gesellschaftlich errichtete Welt legitimiert sich selbst kraft ihrer objektiven Faktizität“, jedoch verlange ihr krisenhafter Charakter nach „Sekundär-Legitimationen“, die gewöhnlich in Form von „Wissen“ verschiedener Komplexität internalisiert werden (30 ff.). Die Legitimationstheorie und die These von der „gesellschaftlichen Steuerung“ aller sozialen Prozesse (47 ff.) sollen die Dominanz subjektivistischer Momente in der „Wissenssoziologie“ abbauen; eine klare Verhältnisbestimmung fehlt jedoch.

Das hat Folgen für Bergers Vorstellungen von einer funktionalen Analyse der Religion. Seine allgemeinen Thesen überraschen zunächst im Rahmen bürgerlicher Religionssoziologie: Religion umhüllt gesellschaftliche Strukturen mit dem Schleier der *Mystifikation*, läßt sie als Naturgegebenheiten erscheinen (79 ff.). Sie wurde zum „verbreitetsten und bewährtesten Medium für Legitimierung“ und *Entfremdung*, weil sie einen „überempirischen Kosmos“ suggeriert,

in dem die wirklichen Produktionszusammenhänge verschwimmen — z. B. verweist Eschatologie gesellschaftliche Widersprüche auf künftige Harmonisierung, und „Fragen nach dem ‚Warum‘ institutioneller Gebilde“ können erst einmal in solche nach der „Gerechtigkeit Gottes“ und dann bequem in solche nach der „Sündhaftigkeit des Menschen“ transformiert werden (29 ff., 32, 52 ff., 76 f.). Religion konstruiert also eine kritisch schluckende „Plausibilitätsstruktur“ der Gesellschaft. Entfremdung kann nur zusammen mit dieser Religion aufgehoben werden (79 ff.).

Doch bleibt das so allgemein, daß die Kritik nicht praktisch zu werden braucht. Marx wird dazu stark „gereinigt“: Aufhebung von Entfremdung bedeutet nach Berger, subjektiv falsche *Kognitionen* zu korrigieren (81 ff., 90), da er Marx' Auffassung, sie „sei die Folge gewisser historischer ‚Sünden‘ der Gesellschaftsordnung“, als „pseudotheologische“ Revolutionsutopie abtut (83 Anm. 5). Daß nun Subjektives schwerer als Objektives wiegt, ist dann doch das durchgängige Moment Bergerscher Soziologie. Neu ist, daß er dem ganzen antimaterialistischen Arsenal bürgerlicher Soziologie einen kritischen Touch geben will. Er „integriert“ vor allem *Durkheim*, *Weber*, *Gehlen* und *G. H. Mead*: er postuliert abstrakt das „Bedürfnis“ des *Produzierens*, das der Suche nach „Sinn“ und den Widerspruch zwischen Individuum und Gesellschaft als „*anthropologische Konstanten*“; gesellschaftlich konstant sei die permanente *Anomie*drohung — ein Sammelbegriff für Unordnung, Instabilität, Krisen, Tod und Leiden —, der man nur durch Internalisierung von *Ordnung* („sinnhafter *Nomos*“) entgehen könne; ein Pluralismus subjektiver „Sinnwelten“ sei dann Naturzustand von Gesellschaft (29, 54, 82, 147 ff.).

Mit der Formel vom Doppelcharakter der Religion glaubt Berger Marx und die bürgerliche Soziologie versöhnen zu können, ohne daß er sich aber auf Marx' Version bezieht: die „Dialektik“ bestehe darin, daß Religion, als Schutz vor Anomie produziert, sich als entfremdende Macht verselbständigt (83 ff.). Hinter solchen Hülsen verschwinden konkrete gesellschaftliche Widersprüche; und so kann Berger, nachdem er zunächst den Verlust des religiösen „Sinndeutungsmonopols“ im Verlauf der gegenwärtigen „Säkularisierung“ als Chance zur „Ent-Entfremdung“ begrüßt, gleich auf die Suche nach einer neuen Religion gehen: sie soll menschliche „Grenzsituationen“ als „Transzendenzen“ interpretieren, das Individuum vor Anomie und unreflektierter „Zeitbefangenheit“ bewahren (101 ff. und „Auf den Spuren der Engel“ 1969, deutsch 1970). Der Vergleich mit *Luhmanns* religionssoziologischer Suche nach Systemstabilität drängt sich spätestens hier auf.

Bergers Inkonsequenz macht sein Buch dennoch wichtig. Es demonstriert, wie sehr sich die kritische Forderung, gesellschaftliche Verhältnisse von ihrem Naturwüchsigkeitsschein zu befreien, und die kurzschlüssigen Hypostasierungen von Individualismus, Pluralismus und „anthropologischen Konstanten“ widersprechen. Berger mußte oberflächlich bleiben; seine konkretesten Aussagen finden sich in dem inhaltsleeren, freilich recht hübschen Vergleich kapita-

listischer „Marktwirtschaft“ mit religiöser Konkurrenz und Kartellbildung (132 ff.). Immerhin hat er die Stellen angedeutet, an denen Religionssoziologie einhaken kann: die Fragen nach den Produktions- und Traditionsprozessen immaterieller „Kultur“ allgemein und besonderer Religion speziell und die nach der jeweiligen Funktion. Wer hier empirische Antworten sucht, kann nicht mehr gleichgültig gegenüber divergierenden Inhalten des Überbaus sein. Er muß dann Bergers Abstraktion aufbrechen und entweder die Mystifikation konkreter Produktionsverhältnisse aufspüren oder aber den kritischen Anspruch kassieren. In diesem Sinn pädagogisch wertvoll ist kaum ein anderes religionssoziologisches Buch.

Traugott Schöffthaler (Berlin/West)

Boschmann, Rüdiger: *Laßt Frauen wieder Frauen sein.*

Von falschen Bildern und modernem Leben. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch-Gladbach 1973 (264 S., br., 25,— DM).

Boschmanns Buch erscheint im Glanzumschlag; ein voller weiblicher Kirschenmund streckt sich dem Betrachter verlangend entgegen. Gutklingende Mottos an jedem Kapitelanfang werden gerahmt dargeboten. Das Buch strahlt Solidität gepaart mit einem gewissen Stich ins Erotische aus.

„Im ganzen Tierreich — und vor allem unter den Säugetieren lautet die Antwort auf die klagende Frage ‚was wollen Frauen oder Weibchen?‘ ... ‚Sie wollen ihre Kinder!‘“ (79) Das ist des Autors Credo vom wahren Wesen der Frau. Er bemüht das Sozialverhalten von Affen, Ratten und Meerschweinchen, tut zwischendurch auch einen Griff in die psychoanalytische Traumdeute-Kiste: und schon stehen sie nackt vor uns. Adam mit seinem „Kampftrieb“, Eva mit ihrem „Brut- und Pflegeinstinkt“. Natürlich kann, darf und will sie daher auch nicht etwa außerhalb ihres Hauses Arbeit verrichten. (Ist es ein Zufall, daß dieses Buch gerade jetzt, zu Zeiten wirtschaftlicher Rezession, veröffentlicht wird?)

Dieses einfache und durch wenig modernes Klimborium vertuschte konservative Bild von den Geschlechtern verdient trotz seiner offensichtlichen Idiotie und obwohl es hundertmal widerlegt ist, einige Beachtung. Es dient nämlich als Folie für eine nicht ganz ungeschickt aufgemachte Diffamierung der Frauenemanzipationsbewegungen seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Nicht daß der Autor etwa über diese Bescheid wüßte! (So ist ihm sichtlich noch nie der Gedanke gekommen, sich darüber zu informieren, ob es etwa verschiedene Frauenbewegungen mit unterschiedlichen Zielen gibt.) Er weiß aber dafür um so besser, „was alle wissen“: daß Frauenbefreierinnen häßlich, unweiblich, männerhassend sind! „Die meisten extrem engagierten Frauenrechtlerinnen ... sind orgasmusunfähig“ (226) und möchten ihren schönen, gütigen, weiblich-brutpflegenden Artgenossinnen die Emanzipation nur aufschwätzen, um sie unzufrieden zu machen. Kein Wunder, daß ein Viertel der Frauen in der Bundesrepu-

blik „lieber ein Mann“ sein möchte und 13 % sich nicht recht entscheiden konnten, welchem Geschlecht sie angehören möchten. Daran sind nicht etwa die miesen Verhältnisse, unter denen viele Frauen arbeiten und leben müssen, schuld — Gott bewahre! Dieses Ergebnis beweist nur, daß Frauen — dank der Beschimpfung der traditionellen Frauenrolle durch die Emanzipationswütigen — verunsichert sind und „in unserer Gesellschaft keine Chance mehr sehen, ihre Weiblichkeit gesund auszuleben“ (135). Gedroht wird den emanzipierten Frauen (dies sind vorwiegend solche, die gerne einen Beruf ausüben) natürlich mit den seelischen Krüppelkindern, die die echte Mutter-Kind-Beziehung nicht erfahren durften, sowie sogar überhaupt mit Entzug der Ehe. „Wer von Emanzipation, von partnerschaftlicher Familie redet, sollte Mut genug haben, zuzugeben, daß Gleichberechtigung und Ehe einander ausschließen.“ (130)

Auf den harten Kern gebracht, klingt dies zwar alles keineswegs raffiniert, neuartig oder interessant. Jedoch wird die Verpackung dieser Aussagen manche „Brigitte-Leserin“ unsicher machen. Klagelieder über die Unmenschlichkeit der Maschinen, die Verschmutzung der Umwelt, Hochhäuser, betonierte Kinderspielplätze, Industriearmsch u. ä. finden natürlich in vielen Lesern ein hallendes Echo. Bringt man diese Klagen in Verbindung damit, daß — angestachelt von der Emanzipationsbewegung a) Frauen eben im Begriff sind, die Ansammlung industrieller Scheußlichkeiten durch ihre Mitarbeit noch zu vermehren, sie b) kraft ihres instinkthaften Hanges zum Gesunden und Naturhaften uns alle aus dieser häßlichen Welt herausziehen könnten: dann wird doch manch ausgepumpte Sekretärin sich abends fragen, ob ihre eigentlichen Wünsche von Boschmann nicht vielleicht doch richtig erraten wurden?

Denn der Autor besitzt auch ein Rezept für eine bessere Gesellschaft: die sogenannte „Qualitätsgesellschaft“. In ihr wird durch radikales Senken der Kinderzahl sowie durch Produktion qualitativ hochwertiger Produkte an Stelle des „Industrierarmsches“ ein Volk von im Grünen lebenden, makrobiotisches Gemüse essenden, „eine Ernte prachtvoller Babys“ (236) hervorbringenden Menschen geschlechtsspezifisch heranwachsen. Elektronisch ferngesteuerte Kommunikationszentren sollen verhindern, daß daraus triste grüne Schlafstädte werden. Der Beruf kann somit vom heimischen Bürossessel aus ausgeübt werden — und mit diesem gigantischen Gedankensprung nach vorwärts zeigt Boschmann wiederum, daß er durchaus ein Mensch der Moderne ist. Wie dies alles gemacht wird? Ganz einfach: durch die „mündige Hausfrau“ — ein Zentralbegriff in des Autors Utopie. Die „Qualitätsgesellschaft“ wird verwirklicht, „wenn sie (Frauen) nicht mehr einzeln, sondern alle und planvoll ihre Nachkommenschaft stark einschränken, und zwar so stark, daß die Industrie gezwungen ist, die jetzt schon vorhandenen technischen Möglichkeiten menschenwürdig zu nutzen“ (174). Für Frauen nämlich — übrigens natürlich nicht für die degenerierten emanzipierten — ist diese Qualitätsgesellschaft eine „innere Notwendigkeit, der sie instinktiv folgen“ (184).

Aber sogar Boschmann sieht ein, daß Frauen beim Herbeiführen dieser neuen Welt sich nicht nur auf ihren Instinkt oder hübsche Augenaufschläge verlassen können und daß trotz Senkung der Geburtenrate einiges schief gehen könnte. So überwindet er seine eigene Abneigung gegen außerhäusige Tätigkeit der Frauen sogar so weitgehend, daß er ihnen „Zusammenschluß in Vereinen“ empfiehlt, von denen ihm ausdrücklich als der beste der „Deutsche Hausfrauenbund e. V.“ erscheint. Durch diese Vereine nun sollen Politiker beeinflußt werden: vorwiegend durch Briefe an Parlamentarier, Leserbriefe an prominente Zeitungen, Diskussionen über Boschmanns Buch, Anfragen an das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und ähnliche, erfahrungsgemäß außerordentlich wirksame Aktivitäten. Abzuraten sei jedoch unbedingt von Gewerkschaften. „Gesellschaftspolitische Veränderungen von Wert streben sie nicht an“ (210), weiß der Autor zu berichten. Deswegen werden sie auch an seiner vollautomatisierten Qualitätsgesellschaft kaum interessiert sein — im Gegenteil! „Übrigens auch für Gewerkschaften ein haarsträubender Ausblick, wenn man es recht bedenkt — Maschinen lassen sich nicht *organisieren*“ (172).

Sein Einblick in andere gesellschaftliche Probleme und Zusammenhänge soll exemplarisch durch das folgende Zitat gekennzeichnet werden: „Der größte Wirtschaftsboß aller Zeiten, der sich mit dem mächtigsten Bankier verbindet und zu seinen Freunden einen Pressezar zählt, ist hilflos gegenüber dem Gesetzgeber.“ (211)

Eva Jaeggi (Berlin/West)

Nave-Herz, Rosemarie: Das Dilemma der Frau in unserer Gesellschaft: Der Anachronismus in den Rollenerwartungen. Luchterhand-Arbeitsmittel, Neuwied-Berlin/West 1972 (165 S., br., 12,80 DM).

Der Band stellt eine Materialsammlung von Texten und statistischen Daten zur Einführung in eine ‚Geschlechter-Soziologie‘ dar. Herausgegeben vornehmlich für Gruppen- und Einzelarbeiten erfolgte die Zusammenstellung unter „methodisch-didaktischen Gesichtspunkten“.

Auf eine rein deskriptive, kommentarlose Darstellung statistischer Vergleiche von Mädchen und Jungen folgt eine Sammlung von Analysen der geschlechtsspezifischen Unterschiede. Dabei werden kultur-anthropologische, sozial-historische und sozial-psychologische Erklärungsversuche der beobachteten geschlechtsspezifischen Unterschiede vorgestellt, sowie die Fragwürdigkeit der Zuordnung bestimmter Eigenschaften zum Geschlecht. Die Konsequenzen der Geschlechterrollendifferenzierung als Polarisierung in Familie, Arbeitswelt und parlamentarischen Institutionen werden konstituierend für das „Dilemma der Frau in dieser Gesellschaft“ gesehen. Die Orientierung der Frau an die vorgegebenen Normen bewirke den Anachronismus in den Rollenerwartungen, d. h. den Zwiespalt zwischen Tradition und

Modernität (66). Dieser Zwiespalt wird sich nach Meinung der Herausgeberin nicht zu einem sozialen Konflikt, mit der Chance der grundlegenden Veränderung, ausweiten, weil das Konfliktbewußtsein und der daraus resultierende Veränderungswille nicht vorhanden seien und der Konfliktgegner nicht bekannt sei (67). Zwar wird den seit 1967/68 bestehenden Frauengruppen attestiert, eine Bewußtseinsveränderung herbeiführen zu wollen, doch sei ihr mangelnder Erfolg nicht zuletzt auf eine nicht genaue Benennung des Konfliktgegners zurückzuführen. Nave-Herz benennt dagegen eine Vielzahl von Konfliktgegnern (angefangen von Frauen, die sich aus Angst vor Veränderungen gegen die Emanzipationsbestrebungen richten, über „Institutionen wie Kirche, Wirtschaft u. a., alle jene, bei denen eine Emanzipation der Frau [und des Mannes] zu weitreichenden Veränderungen führen würden“ [68]. Eine Zusammenstellung, die beim Stande der polit-ökonomischen Forschung den Leser nicht zufriedenstellen kann.

Die Auswahl der Texte erfolgte angeblich unter dem Gesichtspunkt möglichst großer Unterschiedlichkeit in den Argumenten und der Argumentationsweise. Dies mag auf der Erscheinungsebene zwar zutreffen, doch nicht auf der inhaltlichen. Der Tenor der Materialsammlung ist einheitlich apologetisch und systemimmanent. Gedankliche oder bereits praktizierte Modelle der Überwindung der anachronistischen Situation der Frau z. B. Großfamilien, Kommunen werden nicht genannt, sowenig wie die Stellung der Frau in sozialistischen Ländern. Will man bloß eine Bestandsaufnahme bürgerlicher Sozialwissenschaft zum Thema ‚Rolle der Frau‘, so ist dieses Buch zu empfehlen, nicht zuletzt wegen seines ausführlichen tabellarischen Anhangs. Erwartet der Leser jedoch Denkanstöße für die Weiterarbeit an dem Problemkreis, für die Überwindung des status quo der Frau in unserer Gesellschaft, so wird er enttäuscht werden.

(Peter Blanke-Lewandowsky, Oberursel)

Hervé, Florence: Studentinnen in der BRD. Eine soziologische Untersuchung. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1973 (206 S., br., 12,80 DM).

„Die Frauen sind Stiefkinder der Bildung“ (187). Ihre Benachteiligung im Ausbildungswesen hat sich nur graduell verbessert, „der traditionelle Rückstand der Frauen in Beruf und Bildung (wurde) nicht ausgeglichen, sondern erheblich vergrößert“ (182). Zu diesem Ergebnis führt Hervé ihre Leser über einen präzisen historischen Abriß der weiblichen Erziehung und Bildung seit dem 19. Jahrhundert. Sie entschlüsselt und benennt die Faktoren, die eine Hochschulausbildung beeinflussen, deren Wirksamkeit zwar sattsam bekannt ist, die aber wegen ihrer Beharrungstendenzen immer wieder erschüttern. Als Ursachen für die Benachteiligung der Frauen nennt sie: Bildungssystem, ökonomische Schranken, Sprache, Vorurteile, Motivation, häusliche Umgebung, besonders Bildungsniveau und

Erziehungspraktiken des Elternhauses. Im Kapitel „Zur Lage der Studentinnen“ wird deutlich, wie befangen die Studentinnen besonders der nicht-sozialistischen Länder im ‚Weiblichkeitswahn‘ sind. Ihre Studienwahl unterliegt bewußt oder unbewußt traditionellen Kriterien („schöngestige und unproduktive Fächer“ [59] sowie solche, die mütterlich-pflegerische Haltung verstärken, werden bevorzugt gewählt), Studentinnen leiden mehr unter dem anonymen Massenbetrieb der Universität, den Vorurteilen des Lehrkörpers und der Studentenschaft, sie brechen öfter das Studium ab und bewältigen die Hierarchie der möglichen Ausbildungsabschlüsse seltener als ihre männlichen Kollegen. Aufschlußreich ist auch der Abschnitt über die Lage der verheirateten Studentinnen, besonders derer mit Kind. Materiell und gesellschaftlich werden sie diskriminiert (79), andererseits beweist der erhöhte Anteil der über dreißigjährigen Frauen eine Bewußtseinsveränderung der Studentinnen, die ein wegen Schwangerschaft und Kindererziehung abgebrochenes Studium wieder aufnehmen, sobald ihre soziale Lage dies ermöglicht. Beachtenswert scheint mir ein weiteres Ergebnis dieser Studie, das auf die große Kluft zwischen Vorstellungen und Berufsaussichten (113) bei Studentinnen hinweist. Mädchen werden offensichtlich weniger informiert und somit weniger auf ihre Berufswahl vorbereitet. Die Berufsperspektiven sind entsprechend eingeschränkt, besonders Studentinnen, die aus der philosophischen Fakultät kommen, haben wenig Berufschancen, die ihrer Qualifikation entsprechen (113). Im Kapitel „Berufliche Perspektiven der Akademikerinnen“ weist Hervé deren Diskriminierung nach. „Die Bildungsleiter der Mädchen ist nicht nur kürzer, sondern auch enger als die der Männer“ (142).

Im letzten Teil setzt sich die Autorin mit der Einstellung und dem Einfluß gesellschaftlicher Institutionen auf das Frauenstudium auseinander. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in fünf abschließenden Thesen zusammengefaßt, die durch programmatische Schriften linker Gruppen bereits bekannt sind, die aber durch ihre hier dargelegte wissenschaftliche Fundierung neues Gewicht erlangen. Die Untersuchung ist lesenswert, sie gibt klar und verständlich einen Überblick über die Situation der Studentinnen in der BRD, der oft durch Vergleich mit Daten aus der DDR umso eindrucksvoller erscheint. Ihr Literaturverzeichnis sowie die zahlreichen Statistiken und graphischen Darstellungen lassen sie zu einem zu Orientierungszwecken hilfreichen Arbeitsmittel werden.

Petra Blanke-Lewandowsky (Oberursel)

Grohs, Gerhard, u. Bassam Tibi (Hrsg.): Zur Soziologie der Dekolonisation in Afrika. Texte zur politischen Theorie und Praxis. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1973 (299 S., br., 5,80 DM).

Die sechs Autoren dieses Bandes fühlen sich jener Richtung der Afrika-Forschung zugehörig, „die die ‚Wertfreiheit‘ der Wissenschaft

als Ideologie erkannt und bewußt ihr erkenntnisleitendes Interesse formuliert hat: die allseitige Emanzipation von Ausbeutung und Herrschaft auf globaler Ebene, die "Vermenschlichung der gesellschaftlichen Verhältnisse" (8). Darum verstehen die Verfasser unter Dekolonisation auch nicht allein den historischen Prozeß, in dessen Rahmen Kolonien zu völkerrechtlich souveränen Staaten wurden; vielmehr gehen sie davon aus, „daß mit der Erlangung der völkerrechtlichen Souveränität der Dekolonisationsprozeß keineswegs vollendet ist: er wird es erst dann sein, wenn sich die Länder der Dritten Welt auch sozial emanzipiert haben“ (7).

Den Prozeß einer so verstandenen Dekolonisation versuchen die Autoren exemplarisch am Beispiel einiger afrikanischer Staaten aufzuzeigen. Im ersten Teil werden für Nordafrika Algerien und Tunesien ausgewählt, im zweiten Teil ist Ostafrika durch Tanzania, Sambia und Uganda vertreten, und im dritten Teil stehen Ghana und die Volksrepublik Kongo exemplarisch für die Staaten West- und Äquatorialafrikas. Dabei konzentrieren sich die meisten Beiträge auf die sog. postkoloniale Periode und versuchen dabei die Auswirkungen der Kolonisation darzustellen, um so die weitere Entwicklung in einen historischen Zusammenhang stellen zu können. Hier wäre kritisch zu fragen, warum nicht auch ein Beispiel für einen Dekolonisationsprozeß gegeben würde, bei dem die koloniale Struktur bereits überwunden ist, eine neo-koloniale von vornherein ausgeschaltet wird, aber eine völkerrechtliche Anerkennung noch nicht stattfand. Eine Darstellung der Dekolonisation in den „zonas libertas“ der portugiesischen Kolonien hätte den exemplarischen Charakter der ausgewählten Beispiele sicherlich noch erhöht.

Die verschiedenen Beiträge orientieren sich vor allem an der Analyse von Frantz Fanon, die er in seinem Buch „Die Verdammten dieser Erde“ (Frankfurt/M. 1966) gegeben hat. Die dort aufgezeigten Faktoren wurden von den Autoren zum größten Teil berücksichtigt: „Die Funktion der nationalen Bourgeoisie; die Rolle des nationalen Führers; die Situation der Bauern, Arbeiter und Arbeitslosen; die Organisation und Funktion der Armee; die Beziehung der nationalen Parteien zu den Massen der Bevölkerung; die sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Abhängigkeitsstrukturen; Funktion und Ziele des Bildungssektors“. Eine Integration dieser verschiedenen Faktoren fordert von den Autoren interdisziplinäres sozialwissenschaftliches Arbeiten, was ihnen auch zum großen Teil gelungen ist. — Der Anhang des Buches enthält eine Bibliographie, die nach den verschiedenen Staaten gegliedert ist. Hervorzuheben ist, daß auch eine Menge deutschsprachiger und allgemein zugänglicher Literatur aufgenommen wurde, so daß sie nicht allein der Fachdiskussion unter den Afrikanisten dient.

In seinem Beitrag „Der Dekolonisationsprozeß Algeriens — Vom revolutionären Befreiungskrieg zum Militärregime“ stellt sich Tibi dem „Algerien-Mythos“ eines erfolgreichen Entwicklungsmodells entgegen und liefert eine gründliche Analyse der Entwicklung des Landes von der kolonialen Eroberung bis zur Gegenwart. Dabei un-

tersucht er den algerischen Befreiungskrieg unter dem Gesichtspunkt, inwieweit er als Revolution anzusehen ist, und versucht dann das algerische Entwicklungsmodell zu analysieren. Tibi kommt zu dem Schluß, daß Algerien heute ein vom Militär beherrschtes Land ist, in dem zwar Modernisierungsprozesse vorangetrieben werden, nicht aber der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft (74). Tibi versucht aufzuzeigen, wie sich eine revolutionäre Befreiungsbewegung im Verlauf der postkolonialen Entwicklung zu einer konservativen Kraft entwickeln kann, wie diese Entwicklung bereits in der Struktur der nationalen Bewegung angelegt ist (78), wie unter der Oberfläche der vom Militärregime beschworenen klassenlosen Nation nach wie vor soziale Konflikte schwelen (75) und daß in der algerischen Gesellschaft demokratische Strukturen gegenwärtig nicht existieren (77). — In seinem zweiten Beitrag „Die tunesische Unabhängigkeitsbewegung und ihr Werdegang im Dekolonisationsprozeß — Vom Antikolonialismus zum ‚konstitutionellen Sozialismus‘“ skizziert Tibi die Rolle des nationalistischen Kleinbürgertums bei der Dekolonisation. Er zeigt auf, wo die Grenzen seines Antikolonialismus liegen und charakterisiert das von dieser Klasse aufgebaute Herrschaftssystem. Der Aufsatz von Grohs „Tanzania — Zur Soziologie der Dekolonisation“ macht deutlich, „daß es in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit weder gelungen war, ein Modell einer sozialistischen afrikanischen Gesellschaft zu entwerfen, noch die Widersprüche einer weitgehend noch in kolonialen Strukturen lebenden Landwirtschaft, Industrie und Handelsorganisation zu überwinden“ (132). Grohs kommt am Ende seiner Analyse zu dem Schluß, daß das tansanische Modell die durchdachtste Konzeption des Sozialismus in Afrika darstellt, daß es aber in zunehmendem Maße auf seine Grenzen stößt, die durch ein von der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus geprägtes Weltsystem determiniert werden (144). — Wohlmuth legt in seinem Beitrag „Sambia — Modell einer gescheiterten Dekolonisation“ die Schwerpunkte auf die Interpretation der Unabhängigkeit in Sambia, die wesentlichen Dispositionen in der sambianischen Entwicklung, die Determinanten der Abhängigkeit, die ökonomische Position der verschiedenen sozialen Gruppen, die Rolle der sozialen Institutionen und Gruppen im Dekolonisationsprozeß und die Ergebnisse der sambianischen Dekolonisierungspolitik nach 1964. Wohlmuth erkennt, daß der Sozialismus in Sambia als „staatliche Politik der Verbesserung von Lebensbedingungen der Sambianer“ interpretiert wird (148). Die grundlegenden Voraussetzungen dafür, nämlich die Änderung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse, werden in Sambia nicht benannt und realisiert. So ist es möglich, daß heute eine kleine parasitäre Schicht den Staatsapparat kontrolliert (149). Die Dekolonisation ist in Sambia gescheitert. — Dem Aufsatz von Ute Luig „Ugandas Weg über die koloniale in die neokoloniale Abhängigkeit“ liegt die zentrale These zugrunde, „daß es weder Milton Obote noch Idi Amin gelingen konnte, die kolonial induzierten und verschärften inneren und äußeren Widersprüche aufzuheben“ (191). Sie legt dar, daß alle

Maßnahmen zur Erringung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit vorwiegend deklamatorischen Charakter hatten, während dabei die Erhaltung der kolonialen, exportorientierten Wirtschaftsstruktur verstärkt wurde (191 f.). — Die Analyse von Tetzlaff „Ghana: Fehlgeschlagene Versuche der Befreiung“ geht davon aus, daß drei verschiedene Einflußfaktoren die geschichtliche Entwicklung bewirkt haben: das koloniale Erbe (historische Komponente), die auswärtige imperialistische Bedrohung (internationale-System-Komponente) und die Existenz einheimischer Ressourcen humaner und materieller Art (nationale Komponente) (219). Tetzlaff konzentriert sich auf die nationalen Akteure, „die angesichts vorgegebener Umstände (koloniales Erbe und imperialistische Bedrohung) die politische Dekolonisation in ökonomische Emanzipation zu transformieren versuchten“ (219). Der Beitrag analysiert den Kampf um wirtschaftliche Selbstbestimmung in Ghana von 1949 bis 1972 und untersucht dabei im besonderen die auftretenden gesellschaftlichen Widersprüche und das Verhältnis von nationalen Führern und den mobilisierten Massen. — Varga zeigt in seinem Aufsatz „Sozialismus durch die Armee? Die Volksrepublik Kongo“, daß dies der einzige afrikanische Staat ist, der sich nicht auf die diffuse Ideologie eines „afrikanischen Sozialismus“ beruft, sondern sich die Theorie des Marxismus-Leninismus zu eigen macht und die bewußte marxistisch-sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zum Ziel hat (265). Der Beitrag zeigt deutlich, auf welche Kräfte sich die Führer der VRK bei diesem Prozeß stützen können. Die Macht liegt eindeutig in Händen des Militärs, die Legitimation der Machtausübung jedoch in der Berufung auf die kongolesische Arbeiterpartei, den Marxismus-Leninismus, die Interessen der Arbeiterklasse und der Bauern und nicht auf allgemeine nationale oder panafrikanische Interessen (266). Varga ordnet dem kongolesischen Weg nur einen begrenzten Modellwert zu (290), der aber zur wahren Dekolonisation Afrikas beiträgt (291).

Hans-Martin Große-Oetringhaus (Münster)

Erziehungswissenschaften

Roth, Karl Heinz, und Eckard Kanzow: Unwissen als Ohnmacht. Zum Wechselverhältnis von Kapitel und Wissenschaft. Edition Voltaire, Berlin/West 1971 (442 S., br., 19,— DM).

Im Vorwort zur II. Auflage beklagen die Autoren, daß ihre Arbeit bislang auf so wenig meßbare Resonanz, etwa in Form von Rezensionen, gestoßen sei (409). Gemessen am Anspruch, die Arbeit möge zu einer „neuen revolutionären Strategie“ (6) der „Neuen Linken“ beitragen, ist diese Enttäuschung begreiflich. Die Ursachen für das Ausbleiben der Resonanz sind jedoch mit Sicherheit zuerst durch die

Arbeitsweise der Autoren selbst begründet. Wenn nämlich Wissen zu Macht werden soll, dann muß auch an die Vermittelbarkeit des Wissens gedacht werden.

Kanzow und Roth setzen bei ihren „Grundrissen einer Analyse der Wissenschafts- und Bildungspolitik des bundesrepublikanischen Herrschaftskartells“ offensichtlich die Lektüre der 3 „Kapital“-Bände voraus. So heißt es auf der dritten Seite dieser „Grundrisse“: „Die antagonistische Beziehung zwischen Profitstreben und Wachstums-gleichgewicht, die gesetzmäßig zum tendenziellen Fall der Profitrate führt, ist zunächst nur der kapitalistische Ausdruck dafür, daß die Arbeitskraft, die allein Wert und Mehrwert schafft, die Steigerung von Wert- und Mehrwertproduktion gerade dadurch bewerkstelligt, daß sie wachsende Mengen vergangener Arbeit anwendet. Gerade aus dem Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate ist also der Zwang zum Wirtschaftswachstum im Kapitalismus nachzuweisen“ (9).

Für Leser also, die mit marxistischen Kategorien bereits umzu-gehen vermögen, kann die Analyse zur Aktualisierung dienen. Dar-überhinaus haben Kanzow und Roth sehr viel politologische und ge-schichtswissenschaftliche Literatur mit verarbeitet. So ist beispiels-weise im Absatz „Wissenschaft, Technik und Qualifikation in der dritten Phase der reellen Subsumtion“ (133) ein wichtiger Hinweis zur Atomkriegswissenschaft und -politik der USA nach 1945: „Ob-wohl inzwischen in der historischen Forschung detailliert aufge-schlüsselt, ist die Tatsache noch immer nicht in das Bewußtsein vieler selbst sozialistisch denkender Köpfe gedrungen, daß der Abwurf der ersten beiden Atombomben über Japan Bestandteil des brutal be-rechneten antisowjetischen Einkreisungsmanövers des US-Imperia-lismus seit der Schlußphase des zweiten Weltkriegs — und nichts sonst! gewesen ist.“

Der zweite Teil der Arbeit enthält u. a. Beiträge zur „Reform und Restauration der Berufsausbildung“, zum „dreigliedrig organi-sierten Bildungswesen“ als dem „wichtigsten Instrument zur Repro-duktion der Klassenherrschaft“ sowie zur allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Diese Beiträge sind zwar nun auch ohne vorheriges Marx-Studium lesbar, dafür sind sie aber in der bildungs-politischen Reformarbeit überhaupt nicht verwendbar, da von den unzähligen Zitaten kein einziges bibliographisch belegt ist.

Dazwischen findet sich immer wieder massiv Unverständliches; etwa bei einer Untersuchung von Unternehmerbewußtsein: „Was bis-lang sich aufzumachen schien, der elektronischen Datenverarbeitung einen neuen ehernen Faschismus entgegenzusetzen, schlägt zumindest teilweise in Zersetzung falschen Bewußtseins um. Diese Phänomene gilt es genau zu registrieren“ (172).

Völlig unmotiviert werden den Beiträgen abschließend „Konse-sequenzen für eine kommunistische Bildungs- und Wissenschaftspoli-tik“ aufgepfropft, die sich obendrein als realitätsfremd und von ihrer Intention her als eher antikommunistisch erweisen: „Den Bankrott der ‚reformlinken‘ Grenzträgerarbeit von SHB-MSB vor

allem im VDS gilt es aber vorauszusagen, wenn es gelingen soll, das opportunistische Volksfrontkartell (!) zwischen linker SPD und DKP auch (!) im Bereich des Bildungswesen und der Wissenschaft rechtzeitig von den Massen zu isolieren“ (404).

Wolfgang Lumb (Berlin/West)

Hüfner, Klaus, u. Jens Naumann (Hrsg.): Bildungsplanung: Ansätze, Modelle, Probleme. Ausgewählte Beiträge. Texte und Dokumente zur Bildungsforschung. Herausgegeben vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1971 (365 S., br., 32,— DM).

In diesem Reader sind grundlegende Texte zur Bildungsplanung vereinigt. Vor- und Nachteile der beiden „klassischen“ Modelle bürgerlicher Bildungsökonomie (Ertragsraten-Ansatz und manpower approach) stehen im Zentrum der Erörterungen. Während der Ertragsraten-Ansatz monetäre Größen wie Kosten und Erträge verwendet — zum einen um verschiedene Bildungsalternativen zu vergleichen, zum anderen um „Humankapital“-Investitionen anderen „Kapital“-Investitionen gegenüberzustellen —, arbeitet der manpower approach mit Personen, die nach verschiedenen Merkmalen wie Alter, Ausbildung und Beruf gegliedert werden. Ersterer versucht, Kriterien für eine optimale Allokation der Ressourcen, d. h. die optimale Zuordnung knapper Mittel, abzuleiten; letzterer verknüpft die Entwicklung des Bildungssystems mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, um den zukünftigen Bedarf der Wirtschaft an Absolventen der verschiedenen Stufen und Zweige des Bildungssystems zu ermitteln.

Aufgrund offensichtlicher Mängel wurde inzwischen versucht, die Ansätze weiterzuentwickeln; diese Tendenz wird bereits in dem vorliegenden Buch deutlich. Der Ertragsraten-Ansatz kann — wenn überhaupt — nur Gültigkeit für Ausbildungsentscheidungen in privatwirtschaftlichen Unternehmen beanspruchen. Die restriktiven Prämissen des manpower approach hingegen führten zu einer Weiterentwicklung empirisch-diagnostischer Art, die den Bereich national-ökonomischen Denkens tendenziell überschreitet. In einer Gesellschaft aber, für die Privateigentum an Produktionsmitteln konstitutiv ist und in der die Wissenschaft vom gesellschaftlichen Produktionsprozeß institutionell abgetrennt ist, bleibt vieles der wissenschaftlichen Untersuchung und Überprüfung unzugänglich. Das dadurch mitverursachte Forschungsproblem vor allem im statistisch-empirischen Bereich, oft als systembedingtes Prognosedefizit bezeichnet, ist nicht nur methodischen, sondern vor allem gesellschaftlichen Ursprungs. Es ist darum durch wissenschaftliche Kritik allein nicht aufzuheben.

Zu den Beiträgen im einzelnen: Der methodische Ansatzpunkt der Analyse von F. Edding, „Der Ausbau der Hochschulen bis 1980“ (33—51), ist die Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum (Veränderung des Sozialprodukts pro Kopf) und relativem Hochschulbesuch;

zum einen werden die ermittelten Relationen einzelner Länder miteinander verglichen (Querschnittsanalyse), zum anderen wird eine Zeitreihenanalyse für ein bestimmtes Land erstellt. Die Planungsrelevanz derart ermittelter Ergebnisse diskutieren D. Berstecher und B. Dieckmann, „Planung und Prognose mit Hilfe internationaler Vergleiche“ (52—64, Auszug).

Bezieht sich die Argumentation Eddings im wesentlichen auf einen zweidimensionalen Eigenschaftsraum (globales Wirtschaftswachstum einerseits, Studierende andererseits), so werden in den nächsten Beiträgen differenziertere Schemata für die Analyse des Verhältnisses zwischen Wirtschaftswachstum und Bildungsstand der Erwerbsbevölkerung herangezogen. Die zentrale Prämisse dieser Arbeiten besteht in der Annahme von Produktionsfunktionen mit fixen Faktoreinsatzproportionen, d. h. Arbeitskräfte gelten nach Ablauf ihrer Ausbildung als spezialisierte Produktionsfaktoren, die nur schlecht oder überhaupt nicht substituierbar sind. Für G. Bombach, „Langfristiger Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften und Wirtschaftswachstum“ (67—95), stellt sich das Problem, wie vom Wachstum des Sozialprodukts auf den Bedarf an Arbeitskräften rückgeschlossen werden könne. Die Ermittlung des zukünftigen Sozialprodukts (Projektion oder Zielgröße; autonome Variable oder Instrumentvariable), die Frage des optimalen Aggregationsgrades (Aufgliederung nach Wirtschaftszweigen, nach Bildungsniveaus oder nach „Funktionen“) sowie das Problem der Vorausschätzung des Ersatzbedarfs sind zentrale Punkte seiner Argumentation.

Unter dem Titel „Bildungsbedarf und Wirtschaftswachstum — Ein Planungsmodell“ (96—131) entwickeln J. Tinbergen und H. C. Bos ein makro-ökonomisches Wachstumsmodell zur Analyse des Sozialproduktwachstums und des dafür erforderlichen Einsatzes von Arbeitskräften mit Sekundar- und Hochschulausbildung. Das Modell besteht aus sechs Gleichungen, die die Beziehungen zwischen Produktionsvolumen, Erwerbsbevölkerung mit Sekundar- und Hochschulausbildung, neu hinzugekommener Erwerbsbevölkerung mit Sekundar- und Hochschulbildung sowie den Schüler- und Studentenzahlen auf beiden Niveaus zum Ausdruck bringen.

In seinem Beitrag „Der Bedarf der Wirtschaft an Hochschulabsolventen“ (132—151, Auszug) versucht H. Riese, den vorher von Bombach und Tinbergen/Bos abstrakt-theoretisch entwickelten Manpower-Ansatz für die BRD zu operationalisieren. Um die Struktur der Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften und ihre Änderungen im Zeitablauf detailliert untersuchen zu können, unterteilt er, ausgehend von einer hypothetisch vorgegebenen jährlichen Wachstumsrate des Sozialprodukts von 4 % bis zum Jahr 1981, das Bruttozialprodukt in 45 Wirtschaftsgruppen. Die Arbeitskräfte in diesen 45 Wirtschaftsgruppen wiederum werden in 55 Berufsklassen und die Hochschulabsolventen der Berufsklassen in 67 Fachrichtungen aufgeteilt. Die Bemerkung, die Aussagekraft seiner Modellkonstruktion sei nicht nur durch den Manpower-Ansatz und dessen methodische Implikationen determiniert, sondern auch durch das in

der BRD nur beschränkt vorhandene statistische Material begrenzt (132), verweist auf unsere zu Anfang geäußerten Bedenken hinsichtlich der Möglichkeiten von Wissenschaft und Planung unter kapitalistischen Verhältnissen. Damit etwas wissenschaftlich erforscht werden kann, muß es der Wissenschaft zuallererst zugänglich sein. Aufgrund offensichtlicher Mängel hat H. Riese sein Modell inzwischen reformuliert (vgl. die Rezension über Heindlmeyer, in diesem Heft, S. 969 ff.).

Als Beispiel dafür, daß man sich von der dem Begriff der Produktionsfunktion naheliegenden Kategorie des ökonomisch bewerteten Outputs löst und auch auf der Inputseite hinsichtlich der Faktoreinsatzverhältnisse stärker die sozialen als die technologischen Determinanten in den Vordergrund rückt, können die Beiträge von R. Stone, „Ein Modell des Bildungswesens“ (152—169), von der Manpower-Projektgruppe, „Aktive Bildungspolitik und Beschäftigung“ (170—189), sowie von C. C. Abt, „Entwurf eines Modells für die Beurteilung von Kosten und Erträgen im Bildungswesen“ (277—316), gelten. Die Manpower-Projektgruppe am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Westberlin untersucht, inwieweit durch Disparitäten zwischen den Qualifikationen der Absolventen bestimmter Bildungsgänge einerseits und den gegebenen Anforderungen des Beschäftigungssystems andererseits ein Innovationspielraum für die Entwicklung des letzteren entsteht und gegebenenfalls bewußt geschaffen werden kann. Hierzu liegen weitere Arbeiten vor auf der theoriegeschichtlichen Ebene (W. Armbruster: Arbeitskräftebedarfsprognosen als Grundlage der Bildungsplanung, Berlin/West 1971), auf der theoretisch-konzeptionellen (W. Armbruster et al.: Expansion und Innovation, Berlin/West 1971) sowie auf einer konkret-empirischen (D. Hartung et al.: Politologen im Beruf, Stuttgart 1970).

Die im Reader gegen die referierten Modelle vorgetragenen Einwände verstehen sich größtenteils als immanente Kritik und stellen Vor- und Nachteile des Manpower-Ansatzes sowie des Ertragsraten-Ansatzes heraus; nur wenige Einwände weiten sich aus zu einer grundsätzlicheren Kritik.

C. A. Anderson und M. J. Bowman entwickeln „Theoretische Überlegungen zur Bildungsplanung“ (193—211, Auszug) aus der Sicht einer ökonomischen Schule, die die Bedeutung von Marktmechanismen betont, und gelangen zu dem Schluß, daß sowohl der Manpower-Ansatz als auch der Ertragsraten-Ansatz spezifische Schwächen aufweisen.

In seinem Modell für „Eine ökonomische Interpretation der privaten Nachfrage nach formaler Bildung“ (212—234) analysiert M. Blaug die Beziehungen zwischen Bildungsplanung und Arbeitskräfteplanung. Er wirft den Vertretern des Manpower-Ansatzes vor, die Beziehungen zwischen „Bildungsmarkt“ und Arbeitsmarkt weitgehend zu vernachlässigen.

K. Hüfner unterscheidet in seiner „systemimmanenten“ und methodologischen Kritik „Zur Planungsrelevanz des Ertrags-Kosten-Modells“ (235—253) eine wachstumsorientierte und eine im engeren

Sinne investitionsorientierte Argumentationsebene. Den Optimierungsanspruch, der von den neoklassischen Bildungsökonomern erhoben wird, weist er zurück.

Eine grundsätzlichere Kritik findet sich in den Beiträgen von H. G. Rolff, „Die Determinanten der Nachfrage nach Bildungsplätzen“ (254—276), „Bildungsplanung als Innovationsprozeß“ (319—347) und J. Naumann, „Regelungs- und Entscheidungsprozesse in der Bildungsplanung“ (348—362): Einmal bedarf die Nationalökonomie als Fachwissenschaft der Systemtheorie als umfassender Disziplin, um Planungsprobleme komplexer sozialer Systeme angemessen formulieren zu können (Naumann). Komplexe Probleme können nicht innerhalb von a priori gegebenen, historisch gewachsenen Disziplinen gelöst werden, ohne sich der Willkür disziplinärer Schranken zu unterwerfen (Hüfner). Problemorientierte Forschung verlangt nach einem interdisziplinären Vorgehen. Ob die Verwendung formaler System- und Entscheidungstheorien uns einer Lösung der Probleme näherbringt, mag bezweifelt werden. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß der Anspruch, komplexe Probleme der Bildungsplanung auf der Grundlage eines fachökonomisch restringierten Kategorienapparates zu analysieren, selbst von Nationalökonomern erstmals grundsätzlich bestritten wird. Zum anderen stellt das scheinbare Erfassen von künftigen Zuständen komplexer sozialer Systeme lediglich als Funktion der Zeit, wie es in Trendextrapolationen vorgenommen wird, noch keine Theorie der Entwicklung sozialer Systeme dar. Derartige Versuche disqualifizieren sich als Zahlenspielereien. Hier zeigt sich, daß die unreflektierte Anwendung statistisch-mathematischer Verfahren auf ein schlecht oder überhaupt nicht verstandenes Phänomen zu einer Schein-Exaktheit führt, die in Wirklichkeit in den Bereich der Science-fiction gehört und nicht als Grundlage bildungspolitischer Entscheidungen verwendet werden kann (257).

Arno Bammé und Eggert Holling (Berlin/West)

Bunk, Gerhard P.: Erziehung und Industriearbeit. Modelle betrieblichen Lernens und Arbeitens Erwachsener. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1972 (461 S., br., 38,— DM).

Nach alter deutscher Wissenschaftstradition steht Gerhard P. Bunk über den Parteien. Das, was er unter dem Titel „Industriepädagogik“ vorstellt, soll „weder den ‚Kapitalisten‘ noch den ‚Proletariern‘ nützen, sondern ganz einfach dem Menschen und dem für uns unausweichlichen Produktionsprozeß — zu dessen Humanisierung“ (Vorwort). Das Buch wurde von den Kapitalisten ausgezeichnet: Es erhielt 1971 den Ersten Preis des Constantin-Paulssen-Preises.

Bunk ist ein typischer Vertreter traditioneller deutscher Berufspädagogik. In den vier Teilen seines Buches stellt er vier kapitalpädagogische Modelle vor: das Modell Dienst — Mensch und Arbeit (F. W. Taylor); das Modell Gott — Mensch und Arbeit (A. M. Friedrich); das Modell Werk — Mensch und Arbeit (K. Arnhold); das Modell Mit-

mensch — Mensch und Arbeit (Elton Mayo). Bunk versucht zu zeigen, ob und wie die verschiedenen Techniken zur Unterwerfung der Arbeitskraft unter das Kapitalverwertungsinteresse — er nennt solche Techniken „Fähigmachen“ und „Bereitmachen“ — funktionieren, ob „pädagogische Maßnahmen“ geeignet sind, „um die durch Dichotomie bzw. Verfremdung hervorgerufenen Konflikte zu beseitigen“ (2). Pädagogik bedeutet ihm dabei „Menschenführung als (ein) Hinüberführen des Menschen aus einem Zustand in einen anderen“ (6). Es entspricht dem funktionalistischen Verständnis, das in diese Definition einging, daß nichts darüber ausgesagt wird, wer die Führer sind, warum sie führen, wer die Geführten sind und wohin sie geführt werden. Das Ergebnis der Modell-Überprüfung lautet: Alle Modelle sind heute nicht mehr akzeptabel. Heute komme es auf die „Aktivation“ an: „Aktivation meint hier die Auslösung von Aktivitäten im arbeitenden Menschen für alle wesentlichen Lebensbereiche“ (401). Damit ist aber nicht die Selbstorganisation der Produzenten gemeint, nicht die öffentliche Kontrolle des Produktionsprozesses, nicht die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung.

Das ist kapitalpädagogischer Humanismus. Es ist der heruntergekommene Humanismus, der sich auf verschiedene Weise in allen vier Modellen offenbart und der im Falle von Friedrich und Arnhold folgerichtig in faschistisches „Gedankengut“ mündete. Bunk kritisiert solche Auswüchse, er kritisiert auch die mechanistische Menschenauffassung des Begründers der Arbeitswissenschaft, F. W. Taylor (1856—1915), aber im wesentlichen ist er mit den Ideologen des Kapitals einverstanden. Über Taylors Bemühungen, den Versuchsarbeiter Schmidt zu dressieren, schreibt Bunk: „(..) eingebettet auf dem Wege zur Selbständigkeit des Menschen ist dies Vorerziehung und als solche Erziehung schlechthin. Kein anderer Tatbestand liegt beim Anlernen eines Arbeiters vor, der anfangs noch nicht die letzten Einsichten seines Tuns zu durchschauen vermag. Der permanente Prozeß der Erziehung führt auf Dauer gesehen zur einsichtsvollen leistungsfördernden Willensbildung“ (33). Was hier so „pädagogisch“ dahergestelzt kommt, ist schlicht Infamie; und es ist keine Ausnahme: Sentenzen dieser Art häufen sich in Bunks Buch. Über das „totale Bereitmachen der Betriebsangehörigen“ bei Henry Ford meint Marx-Kenner Bunk: „Damit unterscheidet sich dieser ‚gebende Kapitalismus‘ wesentlich von dem ‚räuberischen‘ bzw. nehmenden Kapitalismus, den K. Marx im Auge hatte. Auf diese Weise ist der Weg aus der Unfreiheit gewiesen. (..).“ (43).

A. M. Friedrich (1892—1963) war Krupp-Oberingenieur, Gottsucher und ein Wegbereiter des deutschen Faschismus. „Bis zum Hereinbrechen des Nationalsozialismus“ (81), so Bunk, war Friedrichs Lebenswerk abgeschlossen: Er brauchte „Gott-Mensch-Arbeit“ nur noch in „Ehre-Volk-Dienst“ umzubenennen (151). Daß dieses Lebenswerk, das auf peinliche Weise die Rationalisierungsbestrebungen des deutschen Kapitals nach dem Ersten Weltkrieg mit abstrusem Seelengeklingel („göttlicher Kraftstrom“; „seelische Behandlung des Werks“; der Führer im Betrieb, der „Richter“ und „Berater“ ist und „seelische

Lösung“ stiftet) verband, — daß dieses Lebenswerk direkt den deutschen Faschismus mit aufbaute, diese Tatsache entgeht Bunk. Noch etwas entgeht ihm: Wo sind die von Friedrich so genannten „zersetzenden Menschen“ (110), die sich in seine „Werksgemeinschaft“ nicht einordnen wollten, nach 1933 hingekommen?

Wie Friedrich war auch Karl Arnhold (1884—1970) Ingenieur, Kapitalideologe und Propagandist faschistischen Staats-, Werks-, Schicksals- und Notgemeinschaftstums. Er war Leiter des 1925 von Kohle- und Stahlindustriellen eingerichteten Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung (DINTA). Von Oswald Spengler als „Orden der Ingenieure“ gedacht, machte es sich die „Entsorgung“ der Arbeiter, die totale Erfassung aller Lebensbereiche im Interesse der Kapitalverwertung zur Aufgabe. Der „Werksggeist“ ging um. 1933 formierte er sich. Bunk: „Bei Hereinbrechen des Nationalsozialismus“ (200) war das DINTA-Gedankengut ausgeformt. Das DINTA ging 1935 in der faschistischen Deutschen Arbeitsfront auf; Arnhold und Friedrich wurden führende NS-Funktionäre. Der DINTA-Geist lebte weiter. Er lebt noch heute in der „Menschenführung“.

Zu Elton Mayos (1880—1949) berühmten Hawthorne-Experimenten und zu den darauf beruhenden Human Relations schließlich weiß Bunk folgendes mitzuteilen: „Es besteht ein Dilemma zwischen der rationalen (Sach-),Logik‘ der Betriebsleitung und der irrationalen (Personen-),Psychologik‘ der Arbeiter“ (303). Die Gleichsetzung des Profitinteresses der Herrschenden mit Rationalität einerseits und des Autonomie-Interesses der Beherrschten mit Irrationalität andererseits ist ein Hauptkennzeichen funktionalistischer Sozialwissenschaft im allgemeinen und kapitalkonformer Qualifizierungslehre im besonderen. Die Qualifizierungslehre im Produktionsbereich — also etwa Betriebspädagogik, Menschenführung, Ausbildung der Ausbilder und neuerdings Berufsforschung — ist, im Gegensatz zur schulischen und universitären Qualifizierung, von einer materialistisch orientierten Sozialwissenschaft bisher kaum beachtet worden: Die Notwendigkeit verstärkter Forschung und Praxis in diesem Gebiet drängt sich nach der Lektüre des Buches auf. Im übrigen ist diese Lektüre mühselig: Das Buch zeichnet sich durch eine abstrakt-holprige Sprache aus, deren wesentliche Merkmale Wurzeldeutsch („Quellengründe“, „Wurzelgründe“, „Wurzelboden“, „Nährboden“), Amtsdeutsch (i. o. g. S.; sozus., m. a. W., szt., o. g.) und Militärdeutsch („Ideen blitzen als strategische Brennpunkte auf“) sind.

Andreas Kunze (Darmstadt)

Heindlmeyer, Peter, Uwe Heine, Hans-Jochaim Möbes und Hajo Riese: Berufsausbildung und Hochschulbereich. Eine quantitative Analyse für die BRD. Hrsg. Hochschul-Informationssystem GmbH, HIS Hochschulplanung 13. Verlag Dokumentation, Pullach bei München 1973 (182 S., br., 28,— DM).

Die vorliegende Studie ist eine Auftragsarbeit für die HIS GmbH, einer von der Stiftung Volkswagenwerk gegründeten und vom Bund

mitfinanzierten „Denk- und Systemfabrik“, deren Aufgabe u. a. darin besteht, Daten für die Hochschulentwicklung zu liefern (vgl. Frankfurter Rundschau vom 11. 1. 1973). Das Buch zerfällt in zwei Teile: in einen konzeptionellen, in welchem Riese, Professor für Wirtschaftstheorie und -politik an der FU Berlin, seine bedarfspolitischen und bedarfstheoretischen Gedanken zur Analyse und Prognose der Expansion des Hochschulbereiches entwickelt (3—44), und in einen prognostischen Teil, in dem Riese und seine Mitarbeiter die Integration von Ausbildungsgängen in den Hochschulbereich in der BRD bis 1991 skizzieren (46—182).

Angebot und Bedarf an Akademikern werden in dieser Studie getrennt untersucht. Auf der *Angebotsseite* wird nach herkömmlicher Methode (vgl. Das Argument 76, 14. Jg., 1972, S. 906 f.) ermittelt, wie groß die Zahl der Hochschulabsolventen in den kommenden zwanzig Jahren sein wird, wenn man das bisherige Bildungssystem beibehält. Als Zielwert übernehmen Riese und seine Mitarbeiter die Empfehlung des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1971, wonach bis 1980 30 % der Personen entsprechenden Alters ein Hochschulstudium aufnehmen werden, und schreiben diesen Wert bis 1991 fort (47, 52). Die Prognose des Akademikerbedarfs erfolgt nach dem „manpower approach“: in den einzelnen Wirtschaftszweigen durch Vorausschätzung von Wirtschaftswachstum und Produktivität (71—75), bei den Versorgungsdienstleistungen über Dichtezeffern (87, 89), bei Lehrkräften an Schulen und Hochschulen über eine Schüler- und Studentenprognose (96 bis 105). Allerdings wird dieser produktions-theoretische Ansatz durch die Einbeziehung vertikaler und horizontaler Substitutionsspielräume sowie durch die Angabe von Ober- und Untergrenzen des Bedarfs modifiziert.

Die solchermaßen ermittelten Zahlen werden in einer abschließenden Tabelle (158) einander gegenübergestellt. Die Methode der abschließenden Bilanzierung ist bereits aus dem kombinierten Angebots- und Nachfragemodell bekannt. Neu ist, daß dem künftigen Angebot an Absolventen nach der traditionellen Hochschulstruktur der Absolventenbedarf bei Durchführung der vorgeschlagenen Reformen gegenübergestellt wird. Die Tabelle zeigt, für welche Fachrichtungsgruppen mit einem Überangebot bzw. Angebotsengpaß zu rechnen ist, falls keine Neustrukturierung des Bildungswesens erfolgt. Mit dem Ergebnis ihrer Berechnungen wollen Riese und Mitarbeiter die Notwendigkeit einer Reform der Hochschulausbildung untermauern und die Richtung weisen, in der sie zu erfolgen hat, damit die erwarteten 30 % Hochschüler pro Altersjahrgang vom Arbeitsmarkt absorbiert werden können. Gefordert wird ein (Gesamt-) Hochschulsystem,

- dessen Studiengänge um solche Fächer zu erweitern sind, die bisher nur außerhalb der Hochschule vertreten sind,
- das differenziertere Abschlußmöglichkeiten als bisher anbietet,
- dessen Bildungsinhalte neu zu konzipieren sind,
- dessen Fächerkatalog um neue, gesellschaftspolitisch relevante Ausbildungsmöglichkeiten zu erweitern sind.

Wenngleich auch diese Studie im nationalökonomischen Kategorienapparat befangen bleibt, läßt sie sich zweifellos als Weiterentwicklung der bildungsplanerischen Ansätze interpretieren. In die Überlegungen Rieses und seiner Mitarbeiter fließen curriculare Aspekte ein und deuten auf eine Verschiebung des Erkenntnisinteresses nationalökonomisch fundierter Bildungsplanung hin. Der Rahmen einer bisher vorwiegend fachökonomisch borniert geführten Diskussion wird tendenziell gesprengt. Bildungsplanung, in der Vergangenheit nur allzu oft mit einfachen Prognosemodellen identisch gesetzt, welche dann häufig zum Zwecke von Kapazitätsberechnungen (gerade auch seitens der HIS GmbH) verwendet wurden, kann ohne Beachtung der curricularen Aspekte „Inhalte“ und „Strukturen“ nicht sinnvoll betrieben werden. Weil veränderte „Inhalte“ auch die Nutzung vorhandener Kapazitäten verändern oder neue Bedarfsstrukturen entstehen lassen, gehören sie zu den wichtigsten Parametern einer Planung im Bildungsbereich.

Auch bei dieser Studie zeigt die Vielfalt der explizit und implizit getroffenen Annahmen deutlich, wie schwierig mit dem vorhandenen statistischen Material eine fundierte Prognose zu erstellen ist. Die historischen Schranken des Kapitals setzen auch der Verwissenschaftlichung von Prognose und Planung Grenzen. Die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise macht von vornherein jede aktive Planung zu einem fragwürdigen Unternehmen. In einer Gesellschaft, für die Privateigentum an Produktionsmitteln konstitutiv ist und in der die Wissenschaft vom gesellschaftlichen Produktionsprozeß institutionell abgetrennt ist, bleibt vieles der wissenschaftlichen Untersuchung und Überprüfung unzugänglich. Das dadurch mitverursachte Forschungsproblem vor allem im statistisch-empirischen Bereich, oft als systembedingtes Prognosedefizit bezeichnet, ist nicht nur methodischen, sondern gesellschaftlichen Ursprungs. Es ist darum auch durch wissenschaftliche Kritik allein nicht aufzuheben.

Arno Bammé (Berlin/West)

Blinkert, Baldo: Die Situation von Abendgymnasien und Kollegs in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsgg. vom Deutschen Bildungsrat. Gutachten und Studien der Bildungskommission, Bd. 31. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1974 (98 S., br., 19,50 DM).

Die vorliegende Arbeit beschränkt sich darauf, vorhandenes Datenmaterial der relevanten Untersuchungen über den Zweiten Bildungsweg zu analysieren und Kriterien zu finden für eine Einstufung des Zweiten Bildungswegs in eine reformierte Sekundarstufe II.

Aufgrund des aufgearbeiteten Zahlenmaterials gelingt es Blinkert nachzuweisen, daß die intendierte sozialpolitische Funktion des Zweiten Bildungswegs (Chancengleichheit) genausowenig erfüllt ist wie dessen pädagogische und bildungspolitische Forderungen (Aufhebung des Mangels an qualifizierten Kräften, Behebung des Lehrer-

mangels etc.) (21 ff.). Der Anteil der Abiturienten an Abendgymnasien und Kollegs liegt zwischen 3—4 % der Gesamtabiturientenzahl; selbst die Zahl aller Absolventen des Zweiten Bildungswegs, also einschließlich Fachschulen und sonstiger Institutionen, bleibt immer noch unter der 10 %-Grenze. Damit sind die erwähnten Funktionen beide *quantitativ* nicht erfüllt (23 ff.). Die ohnehin benachteiligten Arbeiterkinder sind, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, auch am Zweiten Bildungsweg unterrepräsentiert. Im Gegensatz hierzu sind die mittleren Schichten (Kinder von Angestellten, Beamten und Selbständigen) überrepräsentiert (24 f.). Bei den bereits am ersten Bildungsweg stark diskriminierten weiblichen Teilnehmern ist die Diskrepanz am Zweiten Bildungsweg sogar noch größer: „nur 16 % der Absolventen von Abendgymnasien und nur 12 % der ehemaligen Kollegiaten an der Universität sind Frauen“ gegenüber 24 % am ersten Bildungsweg. Damit ist der Faktor „Chancengleichheit“ auch *qualitativ* nicht erfüllt (27 f.). — Ebenso wenig kann die Ausbildung an Abendgymnasien und Kollegs als „berufsbezogen“ gelten. Ursprünglich hatte man mit der Berufsbezogenheit der Ausbildung am Zweiten Bildungsweg eine Verbindung von Theorie und (absolvierter beruflicher) Praxis beabsichtigt (22 f.). Blinkert kann mit Hilfe der vorliegenden Daten nachweisen, daß die große Mehrzahl der Studierenden an Abendgymnasien und Kollegs die Möglichkeit einer „radikalen beruflichen Umorientierung“ wahrnimmt. Dieser Tatbestand (radikaler Berufswechsel) ist denn auch in neueren Reformvorschlägen berücksichtigt (38 ff., 57 f.). Sie orientieren sich an Entwicklungstrends, die in praktizierten Reformansätzen an einigen Kollegs und Abendgymnasien zu beobachten sind: „die traditionelle Organisation des Unterrichts im Klassenverband wird zugunsten des Kurssystems aufgegeben; es werden Möglichkeiten angeboten, das Abitur schrittweise abzuschließen; differenzierte Ausbildungspläne erlauben die Bildung fachlicher Schwerpunkte; demokratische Strukturen in den Institutsumordnungen und Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Unterrichtsthemen sollen dem Bedürfnis nach eigenverantwortlichem Lernen entgegenkommen; der Fächerkanon wird reduziert, um intensivere Arbeitsmöglichkeiten in einzelnen Schwerpunkten zu sichern; ‚neue‘ Fachgruppen wie Methodenlehre, Linguistik, Informatik werden aufgenommen, um eine bessere Vorbereitung auf das Universitätsstudium zu ermöglichen“ (94).

In dem *gegenwärtigen* Bildungssystem bieten die Abendgymnasien und Kollegs — im Widerspruch zu ihrer ursprünglichen Intention der „Berufsbezogenheit“ — ihren Teilnehmern die Möglichkeit zur radikalen beruflichen Umorientierung. Sie unterstützen die Interessen der Studierenden an einer Korrektur einmal gefällter Entscheidungen über das berufliche Betätigungsfeld. Hierin sieht Blinkert eine wesentliche Funktion dieser Einrichtungen in einem zukünftig *reformierten* Bildungssystem (92 f.), weil es zwar (lt. Strukturplan und sozialpolitisch durchaus wünschenswert) vertikale Flexibilität zuläßt, aber nur um den Preis einer relativ frühzeitigen Schwerpunktbildung

in der Sekundarstufe II (91), d. h. also letztlich auf Kosten einer Begrenzung der Wechselmöglichkeiten zwischen verschiedenen beruflichen Schwerpunktbereichen (93). Dieser Mangel könnte durch einen innerhalb des Bereiches „Weiterbildung“ neu konzipierten Zweiten Bildungsweg gemildert werden.

Das Verdienst Blinkerts besteht darin, bisher nur verstreut vorliegende Analysen, Informationsschriften einzelner Institutionen etc. gesammelt und aufgearbeitet zu haben. Entsprechend dem Charakter der Studie als Auftragsarbeit bleiben die gesellschaftlichen Ursachen der Misere des Zweiten Bildungswegs außer Betracht.

Ingrid Reschenberg (Berlin/West)

Verres-Muckel, Marita: Lernprobleme Erwachsener. Befunde und Konzepte für die praktische Arbeit. Kohlhammer Verlag, Stuttgart — Berlin/West — Köln — Mainz 1974 (160 S., br., 18,80 DM).

Ausgehend von der Frage, „warum Erwachsenenbildung (EB) immer noch vorrangig auf einen Teilnehmerkreis beschränkt ist, der keineswegs die allgemeine Bevölkerungsstruktur repräsentiert“, unternimmt die Autorin den Versuch, das Problem der anscheinend geringeren Lernfähigkeit bzw. -bereitschaft älterer Menschen einer interdisziplinär angelegten Analyse zu unterziehen. Das erkenntnisleitende Interesse ist dabei vornehmlich praktisch orientiert: es sollen die wichtigsten Determinanten des Lernens Erwachsener diskutiert werden, die vor allem in der Arbeiterbildung Berücksichtigung finden müssen.

In zwei Kapiteln beleuchtet die Autorin die gegenwärtige Situation der Erwachsenenbildung in der BRD, in der die technokratische Berufsw Weiterbildung unter kapitalistischen Bedingungen im Vordergrund steht und zugleich z. B. in Volkshochschul-Veranstaltungen „Schöne Künste, Botanischer Garten oder Yoga als Frustrationsausgleich mit letztlich stabilisierender Wirkung“ geboten werden. Solange solche Lernangebote vor allem für Arbeiter so sehr „im Gegensatz zur allgemeinen Lebenserfahrung“ (126) stehen, braucht man sich über mangelnde Teilnahmemotivationen der angesprochenen Zielgruppen nicht zu wundern. — Die Kritik trifft aber nicht einfach die gegenwärtigen Träger der Erwachsenenbildung, vielmehr weist die Verfasserin nach, daß der „Lernfatalismus“ der meisten Lohnabhängigen letztlich das Resultat sozioökonomischer Strukturbedingungen ist, die sich bereits niederschlagen in einem Sozialisationsprozeß, der auf eine „bedingungslose Unterwerfung unter die privaten Interessen des wirtschaftlichen Verwertungsprozesses“ ausgerichtet ist (92). Lebensbedingungen und Lern- bzw. Leistungsfähigkeit Erwachsener, vornehmlich der sogenannten „Unterschicht“-Angehörigen, werden untersucht, wobei sich wichtige Thesen vor allem im Abschnitt über „soziale Integration, Bildung und Bewußt-

sein“ finden. Hier sind Mechanismen verdeutlicht, mit denen integrativ-subordinative anstelle emanzipativer Einstellungsinhalte bzw. Werthierarchien vermittelt werden: „Die permanente Erfahrung, sich kritiklos der Autoritätshierarchie unterwerfen zu müssen, um den reibungslosen Ablauf des Produktionsprozesses zu gewährleisten, prägt sein (des Arbeiters) Bewußtsein und seine Verhaltensweisen“ (94). Von diesen Mechanismen ist das Milieu gekennzeichnet, in dem schon die heranwachsenden Arbeitskinder ihre wesentliche Prägung erhalten: „Die Weitergabe von ‚Befehlen‘ in der Familie stellt einerseits einen Kompensationsmechanismus dar und zielt gleichzeitig auch bei den Kindern auf kritiklose Anpassung zur Aufrechterhaltung des eigenen psychischen Gleichgewichts“ (94).

Arbeiterbildung muß notwendigerweise so unmittelbar wie möglich an die konkreten Lebensbedingungen anknüpfen. „Gerade betriebsnahe, gewerkschaftlich orientierte Bildungsarbeit . . . bietet die Möglichkeit, exemplarisch die Hintergründe von Konfliktsituationen aufzuzeigen, die in betrieblicher und gesellschaftlicher Herrschaftsorganisation begründet sind“ (124). — Die Autorin war früher selbst mehrere Jahre lang als Arbeiterin tätig. Trotzdem ist sie nicht der Versuchung erlegen, eine von Aufstiegsideologie durchsetzte Arbeiterbildung zu propagieren. Vielmehr hält sie sich bei der Betrachtung des inhaltlichen Auftrags einer sozialistischen Erwachsenenbildung an Harke, der 1968 Erwachsenenqualifizierung charakterisierte als „die Aus- und Weiterbildung Erwachsener (vorwiegend Werk­tätiger) in institutionalisierter Form mit dem Ziel der Erhöhung ihrer Allgemeinbildung und der Verbreiterung und Erhöhung ihrer fachlichen (beruflichen) Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, um sie zu befähigen, durch allseitige Weiterbildung ihrer Persönlichkeit wirksamer als bisher an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse teilzunehmen. Sie hilft vor allem bei der Entfaltung der Selbstbildung und Selbsterziehung der Werk­tätigen“ (15). Sollen erwachsene Arbeiter für fortschrittliche Bildungsinhalte gewonnen werden, so ist es zwar notwendig, aber noch nicht hinreichend, deren aktuelle Lebensbedingungen zu kennen. Es ist daher nicht „Psychologismus“, wenn Verres-Muckel *auch* ausführlich die wichtigsten psychophysischen Alterungsprozesse im Hinblick auf die Lern- und Leistungsfähigkeit Erwachsener kritisch diskutiert. Wissenschaftliche Befunde über Dimensionen, Ursachen und Wirkungsweisen allgemeiner Lernschwierigkeiten und -störungen überhaupt hat sie in einer umfassenden Weise systematisch ausgewertet. Eine besondere Rolle spielt dabei das Problem der sog. negativen Interferenzwirkung zwischen den neuen Informationen einerseits und dem in der Vergangenheit durch selektive Verstärkungsmechanismen zunehmend homogenisierten „Weltbild“ andererseits. Die Bedeutung der Selektion schon beim Wahrnehmungsprozeß darf nicht unterschätzt werden (vgl. Holzkamp: Sinnliche Erkenntnis — Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, 1973).

Elfriede Dieckhöfer (Münster)

Junk, Wilfried, und Klaus Hagner: Mitbestimmung in der Schule? Schule als Übungsfeld politischen Handelns. Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht, Modell 16. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1972 (50 S., br., 5,— DM).

Der Band bietet ein Unterrichtskonzept, das in einem Zeitraum von rund sieben Doppelstunden das Bewußtsein der Schüler für ihre Emanzipation entwickeln will. — In der Unterrichtseinheit wird versucht, mit den Schülern herauszufinden, warum die „Schülermitverantwortung“ (SMV) nicht funktioniert, um daraus entsprechende praktische Schlüsse zu ziehen. Den Autoren ist klar, daß Schülermitverantwortung ohne Mitbestimmung bedeutungslos ist. Gerade weil die legalen Möglichkeiten nicht ausgeschöpft sind, wurde diese Unterrichtseinheit geplant. Die Rechtsverordnung zu § 49 des Hessischen Schulverwaltungsgesetzes von 1970 nämlich bietet an, „die Schule den Schülern als politisches Übungsfeld zu öffnen, ein Feld, in dem sich nicht nur politisches Denken, sondern auch politisches Handeln vollzieht“ (16). „Politisches Handeln beginnt in diesem Zusammenhang mit der Aufgabe, die bestehende Schulordnung zu verändern bzw. Neuentwürfe mitzugestalten“ (21).

Inhaltliche Grundlage für alle Etappen bilden fiktive, aber realitätsbezogene Schulordnungen, die eine autoritär, wobei Ordnung, Disziplin und Verbote an erster Stelle stehen, durch die sich Schüler nur fremdbestimmt sehen, die andere antiautoritär in dem Sinne, daß von den Schülern Entscheidungen gefordert werden zu *allen* Fragen, auch, wenn sie sie im allgemeinen nicht durchschauen können. Ziel der Unterrichtseinheit ist, die Schüler zu motivieren, ihre anfangs emotionalen Entscheidungen (zumeist für die zweite Schulordnung) zu revidieren, um dadurch zu differenzierten Urteilen zu gelangen. Neben den Stellungnahmen der Schüler kommt darum den Abstimmungen am Ende jeder Etappe große Bedeutung zu, da hierdurch Schülern und Lehrern der Grad des Erkenntniszuwachses aufgezeigt wird. In den nächsten Lernschritten werden Rechte und Pflichten von Schülern und Lehrern diskutiert, das Problem der Machtausübung in der autoritären Schulordnung bis hin zu den in der Rechtsverordnung angebotenen Möglichkeiten für Schüler, an der Erstellung einer neuen Schulordnung mitzuarbeiten. „Die Aufgabe des Lehrers, der diese Unterrichtseinheit mit seiner Klasse erarbeitet hat, endet mit dem Aufzeigen der legalen Möglichkeiten zur Realisierung der erarbeiteten Vorschläge. Die weiteren Schritte sind nun dem Engagement und der Aktivität der Schüler überlassen“ (45). Darum darf auch das Ergebnis nicht im „theoretischen Rahmen“ steckenbleiben; darüber hinaus soll es aufzeigen, daß „das begrenzte Problem ‚Schulordnung‘ auf Grundprobleme der Gesellschaft hinweist“ (47). — Außerhalb Hessens sind Modelle dieser Art noch nicht anwendbar. Dort ist es für Lehrer und Schüler besonders vordringlich, die Forderung nach Mitbestimmung zu verstärken, um ihr eine rechtliche Grundlage zu verschaffen. Ekkehard Kurth (Berlin/West)

Psychologie

Bloom, Benjamin S.: Stabilität und Veränderung menschlicher Merkmale. Verlag Julius Beltz, Weinheim/Berlin/Basel 1971 (267 S., br., 20,— DM).

Bloom sammelt und diskutiert die Ergebnisse einer Reihe von — während der letzten Jahrzehnte und zumeist in den USA durchgeführten — statistischen Erhebungen, deren objektiven Zusammenhang er durch das ihnen gemeinsame Interesse an „human characteristics“ und ihrer Entwicklung gegeben findet. Bei diesen Erhebungen handelt es sich — entsprechend der die „menschlichen Merkmale“ unter dem Gesichtspunkt ihrer „Stabilität und Veränderung“ thematisierenden Fragestellung — vornehmlich um Längsschnittuntersuchungen.

Das Spektrum der „Merkmale“, die einer dergestalt genauen Vermessung zugänglich gemacht erscheinen, ist beachtlich. Es reicht von der „Körpergröße“ über „Intelligenz“ und „Schulleistungen“ bis zu „Interessen, Einstellungen und Persönlichkeitsmerkmale(n)“. Wer allerdings vom Verfasser erwartet, daß er auf eine für die inhaltliche Diskussion der Meßergebnisse unentbehrliche Erörterung des zugrunde gelegten Merkmalsbegriffs sowie der materialien Bestimmungen des jeweils vermessenen einzelnen „Merkmals“ sich einläßt, wird enttäuscht. Ob es nun um „gemessene(n) Intelligenz“ (103), ob um die „Messung der Persönlichkeit“ (191) geht — als Funktions- und Verhaltensweisen, die um ihrer quantifizierenden Bestandsaufnahme willen vorweg spezifisch qualifiziert werden müssen, bleiben die „Merkmale“ vollständig außer Betracht. In der Tat wird ihre materiale Qualifikation von Bloom so wenig problematisiert, daß angesichts des sie ereilenden Scheins naturwüchsiger Objektivität schließlich als Identifizierungs- und Beglaubigungskriterium der behaupteten Merkmalseinheit nurmehr ein nominalistischer Konsens über die Einheit des behaupteten Merkmals übrigbleibt. Diese Konsequenz wird überaus deutlich am Beispiel der in Opposition gesetzten und prompt als geschlechtsspezifisch realisierten beiden „Persönlichkeitsmerkmale“ der „Aggressivität“ und der „Abhängigkeit — Passivität“.

In diesem Fall führt der totale Verzicht auf die Erörterung und Definition des „characteristic“ unter inhaltlich-genetischen Gesichtspunkten nicht nur zu Zweifeln an der Sachhaltigkeit des quantifizierenden Maßnehmens insofern, als Bloom mit dem schwarzen Verdacht sich herumschlagen muß, „die in Schätzwerte umgeformten Beobachtungen“ möchten „eher Indikatoren der äußeren Manifestationen der Persönlichkeit und nicht Indikatoren der mehr tiefliegenden Persönlichkeitsmerkmale“ (175) sein. Er führt mehr noch zu einem regelrechten Konkurs des Meßverfahrens insoweit, als die Verflüchtigung der beiden „menschlichen Merkmale“ zum geschlechtsspezifisch sortierten gesellschaftlichen Rollenverhalten

Bloom am Ende die Vermutung nahelegt, „der Unterschied zwischen Jungen und Mädchen in der Stabilität von Aggression und Abhängigkeit“ sei „vielleicht ein Artefakt der verwendeten Beobachtungs- und Rating-Techniken in vielen Untersuchungen“ (ebd.). Indes ist diese versprengte Einsicht durchaus unvermögend, Bloom an der Solidität des Unternehmens im ganzen irre werden zu lassen. Mag schon der Glaube an die Objektivität dieses oder jenes, als Datum blindlings aufgelesenen und zur Merkmaleinheit erklärten Erscheinungssyndroms ins Wanken geraten; was Bloom allemal bleibt, ist die Hoffnung, nicht nur das Merkmal durch den Rekurs auf die „tieferen Aspekte der Persönlichkeit“ (ebd.) in seiner wahren Erscheinung dennoch dingfest machen, sondern es auch „durch feinere Meßmethoden“ (ebd.) schließlich eben des kontinuierlichen Daseins überführen zu können, dessen als seiner eigenen Existenzgrundlage an sich nur der Meßvorgang selber bedarf.

Die durch das Meßverfahren durchgesetzte Vereidigung der Merkmaleinheiten auf eine im Rahmen ausschließlich quantitativer Veränderungen sich haltende stabile Entwicklung sieht sich nun allerdings mit der Tatsache konfrontiert, „daß Wachstum und Entwicklung *nicht* in gleichen Einheiten pro Zeiteinheit stattfinden“ (225) und daß etwa „die Persönlichkeitsentwicklung, zumindest in der frühen Kindheit, keine einfache lineare Entwicklung über die Zeit hinweg ist“ (195). Angesichts dieses tendenziell skandalösen Faktums zieht sich Bloom mit offenkundiger Erleichterung auf die „Übereinstimmung“ der „Ergebnisse von Längsschnittdaten“ mit den Resultaten „der psychoanalytischen Literatur“ (ebd.) zurück. Am Ende sind es ausgerechnet die im Interesse „objektiver(e) und genauere(r) Information“ (ebd.) angeblich abgedankten qualitativen „Theorien zur Persönlichkeitsentwicklung“ (ebd.), die es Bloom ermöglichen, die Sprünge in der Entwicklung nicht nur als integrierenden Bestandteil der Stabilität der Entwicklung sich gefallen zu lassen, sondern mehr noch als wesentlichen Fund des quantifizierenden Maßnehmens zu usurpieren.

Bei alledem bleibt die als Stabilität der Veränderung gefaßte Kontinuität der Entwicklung Blooms Hauptinteresse. Wo diese zu wünschen übrigläßt, hält er zur Erklärung solchen Mangels eine ganze Batterie möglicher Unsicherheitsfaktoren bereit. Als subjektive Störfaktoren bieten sich, neben dem immer gegenwärtigen Verweis auf die Unfertigkeit der Meßinstrumente, vor allem „Unterschiede in der Kompetenz der Beobachter“ (158) oder mangelnde Kooperationsbereitschaft der Versuchspersonen an. Objektiv ist es vornehmlich die Umwelt, die im Verdacht steht, die Kontinuität der Entwicklung zu beeinträchtigen. Aber sowenig der Faktor Umwelt mehr sein soll als eine unvermeidliche Zusatzbestimmung und Randbedingung der anthropologisch autonomen Wachstumsbedingungen jener zu Merkmalen ontologisierten Verhaltensweisen, sowenig kann die fleißig propagierte Berücksichtigung dieses Faktors mehr als die Aussicht eröffnen, „daß die Einführung der Umwelt als Variable einen bedeutsamen Unterschied in unserer Fähigkeit zur Vorhersage des

Reifestatus eines menschlichen Merkmals ausmacht“ (202). Die Kostproben, die Bloom von dieser allemal nur erst geplanten „Einführung der Umwelt“ in die Beobachtung liefert, sprechen für sich. Zweck der Begriffslosigkeit, in die bei dieser Gelegenheit Bloom regelmäßig verfällt (vgl. u. a. 96 ff. die Stellungnahme zum Verhältnis Intelligenz-Umwelt oder 216 ff. die Ausführungen zur Möglichkeit von Umweltveränderungen durch „ältere und relativ extreme Menschen“), ist es offenbar, jede Reflexionsform zu vermeiden, die mit dem Anspruch einer soziologischen Analyse den Merkmalen auf den Leib ihrer anmaßlichen Naturwüchsigkeit rücken und der Umwelt am Zeug ihrer für die Merkmale konstitutiven Historizität flicken könnte.

Ulrich Enderwitz (Berlin/West)

Kühn, Ekkehard: Kinder zwischen Leistung und Konsum. Erziehung in der Wohlstandsgesellschaft. Katzmann Verlag, Tübingen 1972 (88 S., br., 10,80 DM).

Das Buch ist offensichtlich mit Blick auf den ständig sich vergrößernden Kreis der an Erziehungsfragen Interessierten geschrieben. Kühn erfüllt deren Ansprüche und Erwartungen hinsichtlich der Verständlichkeit, sein Stil ist flüssig und einprägsam, so daß Zweifel an seinen Aussagen beim Durchschnittsleser nicht leicht aufkommen. Kritisches Lesen ist aber geboten bei der großzügigen (wenn nicht schlampigen) Art, mit der hier scheinbar wissenschaftliche Ergebnisse in die Argumentation eingebaut werden. Beispielsweise referiert er, daß 45 % aller Mütter in einer Befragung „Artigkeit“, „Gehorsam“ und „Wohlerzogenheit“ als Erziehungsziele angeben (19), ohne im Text zu erwähnen, daß die Umfrageergebnisse bereits 1959 veröffentlicht wurden.

Kühn gibt sich auch im geschichtlichen Abriß zur Unterdrückung des Kindes kritisch. Doch was ist von einer Darstellung zu halten, die über den Einfluß der Industrialisierung auf die Situation des Kindes, der Frau und der Familie berichtet, daß „die Mutter (zum ersten Mal) wenigstens in bescheidenem Rahmen Zeit und Gelegenheit (hatte), als selbständige Erzieherin hervortreten“ (17)? Die Zerstörung ganzer Generationen durch Kinder- und Frauenarbeit wird dabei ebenso wenig erwähnt wie der Kampf der Arbeiterklasse für bessere Arbeits-, Ausbildungs- und Lebensbedingungen.

Auch bei den Betrachtungen über die Situation der Kinder in der bundesrepublikanischen Gesellschaft bevorzugt der Autor eine Mischung aus teilweise abgegriffenen Beispielen und Problematisierungen, aus Allgemeinplätzen und Plattheiten (Kinder sind erfolgreiche und gesuchte Werbeträger, Kinder sind gewinnbringende Zielgruppen vieler Wirtschaftszweige, Kindern wird im Vergleich zu Hunden und Autos weniger Lebensraum rechtlich zugesichert u. dergl. mehr). Seine Einschätzung der Gesamtschule ist ebenso unkritisch und in offener Unkenntnis des allgemeinen Standes der Diskussion getroffen, wenn er sie — ohne Anspruch und Wirklichkeit

zu trennen — als Instrument zur Befreiung des Kindes, zur Gewährung von Chancengleichheit interpretiert (66 f.).

Kühn plädiert für die Einrichtung von Elternschulen (analog Fahr-schulen), in denen ein sozial-integrativer Verhaltensstil (83) erlernt werden solle, der es den Eltern ermögliche, ihren Kindern zu Selbstverwirklichung zu verhelfen, hin zu einer Öffnung zur Gesellschaft, weg von der Isolation der Kleinfamilie. Er verleitet seine Leser zu glauben, daß pädagogische Konzepte der echten Selbst- und Mitbestimmung unabhängig von der Infragestellung der gegebenen Bedingungen gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion verwirklicht werden können. Dieser apologetischen Position entspricht die naive Aufforderung an den Staat, Erziehungsstätten zur Verfügung zu stellen, die (unter seiner Aufsicht) die sozialisationsbedingten Defizite frühzeitig auffangen können.

Petra Blanke-Lewandowsky (Oberursel)

Peukert, Kurt Werner: Sprachspiele für Kinder. Programm zur Sprachförderung in Vorschule, Kindergarten, Grundschule und Elternhaus. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1973 (185 S., geb., 22,— DM).

Peukert geht bei seinen didaktischen Überlegungen zur kindlichen Spracherziehung und -förderung davon aus, daß der kindliche Spracherwerb eine „Übersetzung der Erwachsenensprache in einen Spielraum (. . . ist), in dem nicht nur ein uneigentlicher Sprachgebrauch möglich ist, (. . .) sondern auch eine Vermittlung des eigentlichen Sprachgebrauchs gewissermaßen nebenbei und durch die Anwesenheit des etablierten Sprechers gelingt (. . .)“ (173). Die im Buch dargestellten Sprachspiele sollen diesen Übersetzungsvorgang erleichtern und meistern helfen. In den Übungen zum Hören, zum Bedeutungsunterscheiden, zum Sprechen, zum Rollenspielen in Dialogform und zum Verneinen sowie in den Übungen zum logischen Verständnis, Erschließen von Sachzusammenhängen und Üben von Satzmustern wird „dieses Abweichen von Bedeutungen und konventionellen Sprachakten“ vollzogen, „um die Uneigentlichkeit des kindlichen Sprechens als Voraussetzung für die Steigerung des Sprechkönnens zu verstärken“ (173). Bei sachgerechtem Umgang mit den Texten wird die Förderung von Intelligenz und Kreativität und damit implizit späterer Schulerfolg versprochen. Der Erfolg sei abhängig von der kontinuierlichen Arbeit mit den Texten, d. h. dem regelmäßigen Vorlesen und Besprechen des Inhalts mit den Kindern.

Aufbau und Inhalt des vorliegenden Buches sind an den Wertvorstellungen der Mittelschicht orientiert: Deren Klischees sind ungebrochen übernommen: So werden z. B. Frauen (26) nur im häuslichen Arbeitsbereich gezeigt. Die in Kursiv gedruckten Hinweise für Eltern und Vorleser über den pädagogischen Sinn einzelner Sprachspiele müssen Eltern entmutigen oder einschüchtern, die den Umgang mit Büchern nicht gewohnt sind. Ein Zitat soll dies beispielhaft belegen: „Der Vorleser kann sein Verständnis mit dem Verständnis der Kin-

der vergleichen, und er *muß* (Hervorhebung P. B.) die Chance dieses Vergleichs nutzen, indem er mit den Kindern über die Unterschiede des Verstehens spricht. Auf diese Weise läßt sich (...) kindliches Sprachverstehen prüfen und mit den Vorurteilen, Konventionen und Normen der nichtkindlichen Sprache vergleichen“ (185).

Geht man einmal davon aus, daß Peukert sich allein bei „gebildeten Eltern“ verständlich machen kann, so bietet er dem solchermaßen begrenzten Leserkreis kaum Anregungen für die sprachliche Förderung seines Nachwuchses, die dieser nicht schon jetzt in der sprachlichen Kommunikation selbstverständlich praktiziert (wie z. B. Worterklärungen oder Darstellen von Sachzusammenhängen, das Spiel mit der Sprache, Bilden unsinniger Worte etc.). Peukert nutzt nicht einmal die Chance, in seinen Sprachspielen die u. a. auch durch Sprache sich verfestigenden (Macht)-Strukturen von Über- und Unterordnung (z. B. im Verhältnis von Erwachsenen zu Kindern) in menschlichen Beziehungen zu problematisieren oder beispielsweise die soziale Funktion des Unterschieds von Hochsprache und Dialekt zu verdeutlichen, um wenigstens auf diesem Gebiet die Vorschulerziehung zu bereichern.

Die beim Lesen des Buches aufgekommenen Bedenken sind untrennbar mit der Skepsis gegenüber der Vorschulerziehung an sich verknüpft. Wieweit können von Institutionen initiierte Lernprozesse, Defizite der primären Sozialisation kompensieren? Welche Kinder profitieren letztendlich von der Vorschulerziehung? Peukerts Buch trägt nicht dazu bei, das Dilemma der Vorschulerziehung zu verringern, es verdeutlicht im Gegenteil nur die Diskrepanz zwischen ihren Zielsetzungen und ihren bisher gefundenen Möglichkeiten.

Petra Blanke-Lewandowsky (Oberursel)

Redl, Fritz: *Erziehung schwieriger Kinder. Beiträge zu einer psychotherapeutisch orientierten Pädagogik.* R. Piper Verlag, München 1971 (262 S., br., 14,80 DM).

„Die Frage, wie man Liebe weckt, die in Identifizierung umgewandelt werden kann ... ist eines der vordringlichsten Erziehungsprobleme“ (127). Diese Fragestellung ist Hauptthema der ansonsten recht unzusammenhängenden Aufsätze und Vorträge des vorliegenden Bandes. Redl arbeitet seit 1936 in den USA, vorwiegend mit „emotional gestörten und sozial auffälligen Kindern aus der Unterschicht“ (17). Das oben vorgestellte Hauptproblem, mittels des Vehikels der „Liebe“ eine Identifikation der meist aus Slums und Elendsvierteln amerikanischer Großstädte stammenden Jugendlichen mit ihren Erziehern zu erreichen, modifiziert sich jedoch im Lauf der Lektüre: Es geht ihm um den Aufbau von „Kontrollen von Innen“, mittels derer die Jugendlichen gezwungen werden sollen, sich „realitätsgerecht“ zu verhalten (20). Zu diesem Zweck bedient sich Redl gängiger psychoanalytischer und gruppenpsychologischer Methoden, deren Einsatz er wie folgt motiviert: „Die Schwierigkeit bei einigen unserer Kinder besteht u. a. darin, daß sie im sozialen Bereich

kurzsichtig (sind) ...“ (55). „Es erübrigt sich vielleicht, hinzuzufügen, von welcher Bedeutung es, strategisch gesehen, ist, daß diesen Kindern auf der Stelle in einem Gespräch die ‚Realität einmassiert‘ wird ...“ (56). Nirgends erklärt Redl, was denn unter sozialer Kurzsichtigkeit der Slumkinder zu verstehen sei, auch bleibt verborgen, welche sozialen und politischen Verhaltensnormen ihnen durch den Erzieher „einmassiert“ werden sollen. Es gibt aber genug Hinweise, die darauf schließen lassen, daß nichts anderes als die Unterwerfung unter die bestehende soziale Un-Ordnung erzwungen werden soll.

Redl entwickelte zur Durchsetzung seiner pädagogischen Ziele eine „umfassende Milieuthherapie“, die versucht, Elemente der klassischen psychoanalytischen Therapie in einem sog. Life-Space-Interview anzuwenden. „Differenziert und ausgearbeitet beinhaltet das Konzept der ‚umfassenden Milieuthherapie‘ alles, vom unterstützenden Gebrauch der speziellen Einflüsse und Erlebnisse im Leben des Kindes bis zu der Ansicht, daß manchmal der Einfluß der ‚Milieu-Bestandteile‘ an sich schon einen ‚therapeutischen Schritt‘ ermöglichen kann“ (50). Das Life-Space-Interview soll eine Art von „emotionaler ‚Erster Hilfe‘“ unter Verwendung von „Ereignissen aus dem alltäglichen Leben“ darstellen (53). Zu alldem werden dem Leser erklärende Beispiele aus dem Internatsleben beigefügt.

Über weite Strecken hinweg zeichnen sich die Texte Redls durch Unwissenschaftlichkeit aus. Ein völlig unergiebiges 50seitiges Traktat zur „Disziplin in der Schule“ (152) schließt mit Ratschlägen an die Lehrkräfte, die der hiesigen Illustriertenpropaganda entnommen sein könnten: „Verlassen Sie sich ein wenig mehr auf sich selbst, auf Ihre ‚Persönlichkeit‘ und auf Ihren Sinn für Humor“ (200). Als wenig hilfreich für die pädagogische Theorie und Praxis dürften sich auch Definitionen wie die folgende erweisen: „Wenn ‚Gruppenemotionen‘ besprochen werden, muß man sich darüber im klaren sein, daß diese sich nicht in einem Vakuum bilden, sondern Ereignisse sind, die zwischen den Menschen entstehen, die die Gruppe bilden“ (102). Redl erhielt für seine politisch-pädagogische Arbeit eine der höchsten diesbezüglichen Auszeichnungen, die „White House Citation“ als Ehrung für sein „Verdienst um die psychosoziale Gesundheit der Kinder der Vereinigten Staaten“ (18).
Wolfgang Lumb (Berlin/West)

Geschichte

Varain, Heinz Josef (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland. Neue Wissenschaftliche Bibliothek Bd. 60. Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln 1973 (398 S., Ln., 38,— DM; br., 28,— DM).

Die vorgelegte Textauswahl soll „im Fortgang der Geschichte der Rolle dominanter Interessenverbände im Entscheidungsprozeß der

politischen Gesellschaft nachgehen“ (11). Varain, für den der „Kampf um Anteil und Herrschaft im Wirtschafts- und Sozialleben“ das wesentliche Organisationsziel der Interessenverbände ist, beginnt seine Einleitung mit einer Darstellung der Organisationsbestrebungen in der Phase liberaler Marktbildung, die im wesentlichen während der Großen Depression abgeschlossen wurde. Steuer-, zoll- und handelspolitische Erörterungen konnten seit der Einführung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts nicht mehr mit der agrarisch-feudal oder im günstigsten Fall liberal-merkantilistisch orientierten Bürokratie ausgehandelt werden, sondern mußten das Problem der „Massenbindung“ reflektieren, das — wie Varain treffend formuliert — die „Führungsgruppen“ vor die Aufgabe stellte, „Zeichen der Identifikation“ zu setzen, indem sie sich der ordnungspolitischen und nationalistisch-chauvinistischen Stereotypen bediente: „Die Massenwerbung und -indoktrination galt einer Politik, die über die unmittelbar wirtschaftlichen Ziele hinaus zu deren Sicherung verfassungs- und sozialpolitisch einen Wall gegen liberale und sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Kräfte zugunsten eines zwischen dominierenden Interessen aufgerichteten Kompromißkartells errichten sollte“ (15). Weitere Phasen deutscher Verbandsgeschichte werden nach Varain durch die Kriegswirtschaftsperiode, durch die Inflation (16) und den Faschismus gekennzeichnet, dessen Funktion in der „staatlich reglementierten Unterordnung des Faktors Lohnarbeit unter das Kapital ganz erkennbar“ wird (19). Die sich auf die Bundesrepublik beziehende jüngste Phase der Verbandsgeschichte wird in Übereinstimmung mit der Restaurationsthese (21) als überaus stark von den Unternehmerverbänden geprägt empfunden: „Die Interessen der Produktion pflegen, wenn sie auftreten, selten mit Glacéhandschuhen zu erscheinen“ (22; Fritz Berg). Die Selbstfinanzierungsraten der Industrieunternehmen waren als „Resultat der umfassenden Steuervergünstigungen“ und der hohen Gewinnrate außerordentlich hoch, und „da die Löhne, fast wie durch ein Wunder, konstant blieben, wurde eine inflationistische Lohn-Preis-Spirale vermieden, und ausgedehnte Gewinnmargen entwickelten sich bei hohen und ziemlich stabilen Preisen“ (21). Die Gewerkschaften, deren Stellung in dieser Zeit selbst als Tarifpartei nicht ungefährdet war (21), werden von Varain in Anlehnung an Briefs als „abhängige Variable im doppelten Sinn“ bezeichnet, „abhängig vom Wirtschaftssystem und von seinem Prozeß, den aber nicht sie, sondern ihre Kontrahenten auf dem Arbeitsmarkt durch ihre Investitionsentscheidungen in ganz wesentlichen Zügen bestimmen“ (22).

Die von Varain ausgewählten Abhandlungen und Buchausschnitte sind nicht unter übergreifende Fragestellungen, Epochen der Verbandsgeschichte oder Verbandstypen subsumiert, sondern reihen sich chronologisch aneinander. Zu Recht ist der grundlegende, wenn auch zu sehr an der Oberfläche der Verbandsphänomene bleibende Aufsatz von G. Schulz an den Anfang gestellt worden, wird sich doch in fast allen Verbandsgeschichten auf ihn berufen. Die folgenden Abhandlungen behandeln Spezialfragen der Interessenvertretung

bis zur Reichsgründung, ohne daß die Bedeutung der Beiträge für eine historisch gesättigte Theorie der Verbandsbildung, -wirksamkeit oder -typologie ersichtlich würde, wie sie etwa W. Fischer in seinem Aufsatz „Staatsverwaltung und Interessenverbände im Deutschen Reich 1871—1914“ ansatzweise aufführt. Fischer erfaßt sowohl die verteilungspolitische als auch die ideologische Funktion der Interessenverbände und konstatiert zu Recht als Besonderheit des deutschen Verbandssystems, „daß die Auseinandersetzungen der Interessenverbände untereinander nicht nur zu vorübergehenden Bündnissen der Produzenten gegen die Nichtproduzenten führte(n), wie in anderen Ländern auch, sondern daß dieses Bündnis sich als eines der staatstragenden Schichten gegen die umstürzlerischen verstand“ (155). Wenngleich Fischer die zu sehr auf die Analyse des plebiszitär-autoritären Verbandswirkens angelegten Organisationsgeschichten von Puhle, Kaelble u. a. (die unerklärlicherweise nicht in dem Sammelband zu finden sind!) mit der Forderung kritisiert, den Einfluß der Verbände auf den administrativen Entscheidungsprozeß zu beachten bzw. zu untersuchen, scheint seine eigene Grundthese, „daß die Organisation, Funktion und Wirkungsweise von Interessenverbänden im Deutschen Reiche vor 1914 bereits der Verfassung einer ausgebildeten parlamentarischen Demokratie entsprach, ohne daß diese Staats- und Regierungsform selbst schon vorhanden war“ (157), weder mit der Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts noch mit der Wirklichkeit innerverbandlicher Willensbildung in vollem Einklang zu stehen. Die Verbandsgeschichten verdeutlichen den nahezu unerschütterlichen Einfluß, den z. B. Kreise der Schwerindustrie im CVDI oder Großagrariern im BdL besaßen, der rücksichtslos zur Konservierung gruppenegoistischer Klassenstandpunkte, auch um den Preis der Verbandsspaltung, ausgespielt wurde. Dem Prinzip der parlamentarischen Demokratie (wenn man diesen Begriff überhaupt in die Verbandsforschung einführen will) widersprachen sowohl die oligarchische Verbandsstruktur als auch die realiter weitgehend fehlende demokratische Willensbildung. Kaelble, dessen Untersuchungen über die Berliner Unternehmer in der Frühindustrialisierung nicht einmal im Literaturverzeichnis zu finden sind, vertritt z. B. mit gutem Grund die These, die informellen und formal institutionalisierten Verbindungen von Unternehmen und Administration hätten die Parlamentarisierung der Verfassung verhindert.

Innerverbandliche Konflikte als Folge gesellschaftlicher Differenzierung verdeutlicht die DDR-Historikerin Helga Nussbaum, deren Beitrag, neben Dieter Schäfers Abhandlung über den „Deutschen Handelstag auf dem Weg zum wirtschaftlichen Verband“ und Winklers Studie über „Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus“, am konsequentesten die Verbände in ein differenziertes und differenzierendes Konfliktmodell einfügt. Während Schäfer den Handelstag als Instrument des gewerblich-industriell angesiedelten Bürgertums in der Auseinandersetzung mit dem spätaristokratischen Agrarstaat sieht, behandelt Nussbaum die Differenzen, die innerhalb des gewerblichen Bürgertums infolge der

Herausbildung von schwerindustriellen und leichtindustriellen Interessen entstanden — ein Prozeß, der sich auf die Verbandsstruktur z. B. durch die Entstehung des antifeudalen Hansa-Bundes auswirkte.

Die Abschnitte des Sammelbandes, die sich mit den Interessenverbänden der Bundesrepublik befassen, sind, bis auf Braunthals schon „klassisch“ zu nennenden Aufsatz über den BdI und Tudykas Abhandlung über das Röhrenembargo, weit mehr um Theoriebildung bzw. -beschreibung bemüht als die stärker historisch angelegten Abhandlungen und vermitteln (etwa anhand der Thesen von Krüger, Naschold, Offe, aber auch Varain und Bernholz) einen ersten Einblick in die derzeitige Verbandstheorie.

Da der Herausgeber weder seine Auswahl begründet noch Kritik oder Ergänzung vorträgt, bleibt der Eindruck eines fehlenden Zusammenhangs zurück. Während er auf den ersten 250 Seiten offensichtlich handbuchartig informierende Intentionen hatte und aus bisweilen unerklärlichen Gründen rein erzählende und methodisch wenig charakteristische Buchausschnitte aufnahm (etwa Wachenheim, Wehler, K.-G. Werner sogar zweimal), vermag er die Ansätze einer theoretischen Durchdringung der Verbandsentwicklung nicht schlüssig aufzunehmen. Die in den vergangenen Jahren erörterten Verbandskonzepte (hier sei nur an Huber, Kaiser u. a. erinnert), die Pluralismus-Debatte oder die in den Anfängen stehende Diskussion über den „Organisierten Kapitalismus“ bleiben dunkel. Das Literaturverzeichnis ist willkürlich zusammengestellt und (vor allem für die ersten Abschnitte) lückenhaft. Peter Steinbach (Berlin/West)

Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke (Hrsg.):

Die bürgerlichen Parteien in Deutschland.
Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Zwei Bände, VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1968 und 1970 (806 S. und 974 S., Ln., 52,— M je Band).

Innerhalb der Arbeitsteilung der DDR-Geschichtswissenschaft fällt dem Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena die Aufgabe zu, die Geschichte der bürgerlichen Parteien und Interessenorganisationen und neuerdings insbesondere die Geschichte der nicht-proletarischen demokratischen Kräfte zu erforschen. Als Resultat dieser Forschungsarbeit, in die auch die Studenten, insbesondere die Examenskandidaten, einbezogen sind, erschien das vorliegende zwei-bändige Werk. In alphabetischer Reihenfolge werden — vom Alldeutschen Verband bis zum Zentrum — alle politisch relevanten bürgerlichen Organisationen seit dem Vormärz behandelt. Jedem Artikel ist ein Kapitel „Quellen und Literatur“, dem zweiten Band ein sehr ausführliches Personenregister angefügt. Schon die Materialfülle, die hier zusammengetragen und systematisiert wurde, ist imposant. Es gibt in der Geschichtswissenschaft in deutscher Sprache nichts Vergleichbares über diesen Gegenstand. Aber auch die Aufbereitung und

Darbietung dieser Stoffmassen sind vorzüglich gelungen. In methodischer Hinsicht kann dieses Werk als repräsentativ für die Geschichtswissenschaft der DDR gelten. Es demonstriert in jedem einzelnen Artikel auf sehr eindrucksvolle Weise, welchen Erklärungswert materialistisch angelegte Analysen gegenüber den hierzulande noch weithin dominierenden besitzen. Dies gilt auch dann, wenn man mit einzelnen Interpretationen nicht einverstanden ist. Im Vergleich mit den in der BRD verbreiteten sozialwissenschaftlichen und historischen Nachschlagewerken (vgl. dazu meinen Literaturbericht in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ 1974/3) schneiden diese Bände in bezug auf Materialreichtum, Sorgfalt und analytische Durchdringung des Stoffs ausgezeichnet ab.

Reinhard Kühnl (Marburg)

Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Westdeutscher Verlag, Köln/Op-laden 1971 (750 S., br., 33,— DM).

Im Vorwort teilt der Verfasser mit, daß sein „Grundverständnis der Politik . . . wesentlich von Michael Freund geprägt“ wurde, einem den rechten Flügel der bundesrepublikanischen Politikwissenschaft repräsentierenden Wissenschaftler. „Dem Interesse der Bundeszentrale für politische Bildung“ sei es zu danken, daß die langwierige Arbeit fortgesetzt werden konnte (7). Kaack behandelt in diesem „Versuch einer Gesamtdarstellung der deutschen Parteigeschichte und -soziologie“ in den ersten fünf Kapiteln die Geschichte der deutschen Parteien von den Anfängen des Parlamentarismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zur Bundestagswahl 1969 und in den folgenden systematischen Kapiteln die Rahmenbedingungen des Parteiensystems, die Binnenstruktur der Parteien, die Rekrutierung und Struktur der politischen Führungselite und den Zusammenhang zwischen Parteiensystem und politischem System. Ein ausführliches „Autoren- bzw. Titelregister“ soll zugleich ein Literaturverzeichnis ersetzen.

Ein solcher Extremfall von bienenfleißiger, ideologisch beschränkter positivistischer Faktenhuberei ist mir schon lange nicht mehr begegnet. Man könnte die gigantische Materialsammlung zu zweit- und drittrangigen Fragen eine ungeheure Vergeudung qualifizierter menschlicher Arbeitskraft nennen, wenn sie nicht objektiv eine klar erkennbare politische Funktion hätte und unter dem Blickpunkt der Irreführung der Leser, der Blockierung jeder Möglichkeit des Begreifens politischer Zusammenhänge und der Abtötung des genuinen Interesses für politische Probleme, also der Stabilisierung des bestehenden Herrschaftssystems, alles andere als Vergeudung wäre. Aber auch dieser simple Positivismus, der sich in einem endlosen Aneinanderreihen oft zusammenhangloser, immer aber auf die oberflächlichste Oberfläche beschränkter Fakten äußert, hat seine

politischen und methodischen Prämissen. Sie lauten: „Die Rekrutierung der politischen Führungskräfte dürfte letztlich die wichtigste Aufgabe der Parteien in der parlamentarischen Demokratie sein.“ „Die Analyse wird bewußt nicht über ‚innerparteiliche Demokratie‘ als zentralen Begriff konzeptualisiert, weil das allzu leicht eine präformierende Einengung impliziert.“ (Man beachte, wie gestelzt dieser einfache Gedanke daherschreitet!) „Dabei wird vom gegebenen politischen System ausgegangen und nicht nach prinzipiellen Alternativen zu diesem System gefragt . . .“ (14 f.).

Engt man die wissenschaftliche Fragestellung vor vorneherein in dieser Weise ein und beschränkt man die Untersuchung auf das formale parlamentarische und parteipolitische Getriebe, ohne die Frage nach dem Inhalt und dem Sinn dieses Getriebes überhaupt zu stellen, so ist der Erkenntnisgegenstand bereits so zugerichtet, daß die „analytische Deskription“ (15) gefahrlos einsetzen kann. Im Kapitel über die Finanzlage der Parteien der BRD erfährt der Leser beispielsweise, was in den Rechenschaftsberichten der Parteien steht, daß Spenden eine wichtige Rolle spielen und daß besonders in den Bundestagswahljahren gespendet wird. Wer wem mit welchen Zielen spendet, bleibt gänzlich im Dunkeln. Wer annimmt, er werde im Kapitel über die „Arbeitgeberverbände“ Näheres über die Einwirkung des Kapitals auf dem politischen Willensbildungsprozeß erfahren, wird dort belehrt, daß sich die „Arbeitgeber“ schon 1965 Sorgen machten „um ihren Einfluß in der Politik“, weil zu wenige Unternehmer politisch aktiv seien. Allerdings läßt der Verfasser offen, ob sie nicht vielleicht „im Hintergrund“ doch Einfluß ausgeübt haben (460 f.).

Der theoretische Ertrag besteht hauptsächlich in der Formulierung einiger Wenn-Dann-Relationen der folgenden Art: „Nimmt eine Partei die Funktion der Mehrheits- bzw. Regierungspartei wahr, steigt mit der Dauer dieser Vorherrschaft die Tendenz zur Verharschung und Immobilität der Führungsgruppen. Nimmt eine Partei die Funktion einer Minderheits- bzw. Oppositionspartei wahr, steigen mit fortdauernden Mißerfolgen die Chancen einer Ablösung der Führungsgruppen“ (689 f.). Nützlich ist das Buch als umfangreiche und sorgfältige Zusammenstellung der bürgerlichen wissenschaftlichen Literatur zu diesem Gegenstand. Kritische Literatur kommt nur sehr sporadisch vor.

Reinhard Kühnl (Marburg)

Vogel, Bernhard, Dieter Nohlen u. Rainer-Olaf Schultze: Wahlen in Deutschland. Theorie — Geschichte — Dokumente 1848 bis 1970. Walter de Gruyter Verlag, Berlin/West-New York 1971 (465 S., br., 38,— DM).

Die Forschungsgruppe „Wahl der Parlamente“ des Heidelberger Instituts für Politikwissenschaft beabsichtigt, „für alle Länder der Welt — und untereinander vergleichend — das Vordringen der Wahl

als Mittel der Bestellung von Repräsentativorganen darzustellen“ (VII), also auch Entwicklung und Eigenart der verschiedenen Wahlsysteme. Bereits erschienen ist der erste Band, der sich mit den Staaten des europäischen Kontinents befaßt. Das vorliegende Buch beruht hauptsächlich auf zwei Beiträgen dieses Bandes: dem Kapitel „Begriffliche Einführung in die Wahlsystematik“ und der Ländermonographie „Deutschland“.

Nützlich und wertvoll ist der letzte Teil des Buches, der eine gute Zusammenstellung der wichtigsten wahlstatistischen Daten von 1848 bis 1970 Quellen von der preußischen Städteordnung 1808 bis zum Wahlrecht der BRD und der DDR und eine umfangreiche Bibliographie umfaßt. Der theoretische Teil baut auf der Lehre von Dolf Sternberger auf, für die zwei Thesen grundlegend sind: Erstens wird die kapitalistische Gesellschaft als „demokratisch-pluralistisches“ System verstanden, in dem ein Konkurrenzkampf um politische Macht stattfindet und das durch Wahlen die Repräsentation der verschiedenen Meinungen und Interessen gewährleistet. Ihm stehen die „kommunistischen Parteidiktaturen“ gegenüber, die „monistisch“ strukturiert sind und Konkurrenz von Kandidaten und Interessen nicht zulassen. Zweitens wird der konkreten Form des Wahlrechts eine wesentliche Bedeutung für Bestand und Entwicklung der parlamentarischen Systeme beigemessen; konkret: das Mehrheitswahlrecht garantiert eine starke Regierung, eine kontrollfähige Opposition und also die Stabilität des Gesamtsystems am besten.

Diese Thesen bestimmen auch den historischen Teil des Buches. Wenn auch z. B. die Legende der Hermens-Schule, der Aufstieg des deutschen Faschismus sei primär eine Folge des Verhältniswahlrechts gewesen, abgelehnt wird (152), so bleibt doch insgesamt eine beträchtliche Überschätzung technischer und institutioneller Regelungen gegenüber sozio-strukturellen Komponenten erhalten.

Woher die „Meinungen“ kommen, die dann in Wahlen sich artikulieren, welche politische Funktion und welchen Machtanteil die gewählten Repräsentanten eigentlich haben, welche Rolle demokratisch weder legitimierte noch kontrollierbare Machtgruppen spielen, wo soziale Herrschaft letztlich verankert ist — alle diese Fragen sind nur einer Wissenschaft zugänglich, die einen Begriff von Gesamtgesellschaft hat und sich nicht auf den organisatorisch-institutionellen Aspekt beschränkt.

Reinhard Kühnl (Marburg)

Ritter, Gerhard Albert (Hrsg.): Die deutschen Parteien vor 1918. Neue Wissenschaftliche Bibliothek 61. Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln 1973 (406 S., Ln., 38,— DM; br., 28,— DM).

Der Sammelband folgt einer relativ weitgefaßten Parteikonzeption. Für Ritter sind Parteien „alle auf die Beeinflussung der staatlich-öffentlichen Willensbildung gerichteten formellen und informellen Gruppen . . . , die gemeinsame politische Grundtendenzen und ein

zumindest rudimentäres, von anderen Gruppen abgesetztes Gruppenbewußtsein besitzen, nicht auf Angehörige eines Standes oder Berufes beschränkt sind und das Bestreben ... haben, ihre Repräsentanten in einem Parlament vertreten zu sehen und ihre politischen Vorstellungen gegen konkurrierende Gruppierungen durchzusetzen“ (9). Diese Definition erweist sich als formalisiert genug, um verschiedene parteihistorische Ansätze, Interpretationen und Methoden vorzustellen.

Einleitend umreißt Ritter die verschiedenen Phasen deutscher Parteiengeschichte und ordnet seinen Gegenstand in übergreifende Probleme wie die Parlamentarisierungsdebatte, die Industrialisierungsproblematik, die Zentralisierungsbestrebungen, die Integrationsthese und die Interessenartikulation ein, ohne jedoch komparativ angelegte Konzeptionen angelsächsischer Parteitheorie und -geschichte (etwa La Palombara) zu berücksichtigen oder zur Leitfragestellung zu machen. Da der Charakter des deutschen Parteiwesens „wesentlich von den Bedingungen seiner Gründungszeit, der sozialen, wirtschaftlichen und konfessionellen Struktur der verschiedenen Gebiete Deutschlands und der Stärke der obrigkeitstaatlichen Elemente im Herrschaftssystem des Reiches und der deutschen Einzelstaaten (vor allem Preußen) geprägt“ (10) wurde, sieht Ritter das deutsche Parteiensystem der Jahre nach 1918 ebenfalls wesentlich geprägt durch die Verfassungsstruktur des Konstitutionalismus, dessen Kennzeichen es war, die Funktion des Parlaments in weitem Maße einzuschränken, die Einflußmöglichkeiten der Parteien stark zu begrenzen und von der formellen Regierungsgewalt auszuschließen.

Die Herleitung des Parteiensystems aus dem frühen 19. Jahrhundert folgt einerseits dem Argumentationsstrang der Hegels Begriffe aufnehmenden Geistesgeschichte, für die „Partei“ in negativer Wertbesetzung nur „Exponent partikularistischer Interessen“ war; andererseits führt er zu Recht die um 1800 bestehende „geschlossene bürokratisch-militärische Organisation“ an, für die Parteien ein „wenn auch in ihrer Bedeutung keineswegs zu ignorierender Fremdkörper im politischen Herrschaftssystem der von außerparlamentarischen bürokratisch-feudalen Eliten geleiteten Staaten“ blieben (11). Folge und Ausdruck dieses Nebeneinanders war der sogenannte „Geheimratsliberalismus“, der zu einem Zusammenarbeiten der liberalen Parteien mit den „liberalen Elementen“ der Bürokratie führte und schließlich den Klassenkompromiß begründete, d. h. mit Ritter: „daß die Parteien stillschweigend oder ausdrücklich unter Verzicht auf weitergehende Reformen ihren Frieden mit dem bestehenden System machten und sich ihm in ihren Verhaltensweisen anpaßten“ (ebd.). Die aus dieser Haltung entspringende „Systemkonformität“ (12) führte am Beginn des 20. Jahrhunderts dahin, daß die Parteien „nicht die Übernahme der politischen Verantwortung durch Parlament und Parteien, sondern lediglich die Ausdehnung des Einflusses des Reichstages im Hinblick auf Gesetzgebung und Feststellung des Budgets sowie eine Art Vetorecht über die Person des vom Monarchen vorgeschlagenen Kanzlers beansprucht(en)“ (12). Indem Ritter die Par-

teilingeschichte in die Parlamentarisierungstendenzen einordnet (vgl. etwa 14), nähert er sich einer sozialhistorischen Sichtweise an, die versucht, die sozialen Interessen zum Bestimmungskriterium von Parteistandpunkt, Parteitaktik und Parteipolitik zu machen. Während er jedoch den Gegensatz von Parteien und Regierung zu sehr als verfassungshistorisches Problem beschreibt, ohne die hinter beiden sichtbar zu machenden sozialen Kräfte zu sehen, scheint ihm das späte 19. Jahrhundert durch eine „immer engere Verflechtung der Parteien mit wirtschaftlichen und sozialen Interessen und das Zurücktreten allgemein politischer und verfassungspolitischer Fragen“ (15), nicht zuletzt infolge der Ausweitung des Verbandswesens, charakterisierbar zu sein. Die hinter diesen Definitionen und Thesen sichtbar werdende Konzeption ist sich der Ambivalenz der Parteiorganisationen bewußt, sowohl interessebedingtes Artikulations- und politisches Emanzipationsinstrument sein zu können, als auch sozialdefensive, akklamativ-plebiszitäre und integrative Funktionen wahrzunehmen. Diese Konzeption hätte jedoch dahin zu führen, gesellschaftliche Konträrpositionen, die u. a. auch in ihrer Genese skizziert werden müßten, und den Stellenwert der Parteien als Ausdruck von Klassenauseinandersetzungen zu bestimmen. Daß dieses Anliegen, welches in vorbildlicher Weise von H.-J. Puhle am Beispiel des ‚Bundes der Landwirte‘ und der Deutsch-Konservativen Partei ausgeführt wird, nicht voll zum Tragen kommt, ist wahrscheinlich weniger Ritter anzulasten, als es vielmehr die Situation der deutschen Parteigeschichtsschreibung reflektiert, die erst allmählich das grundlegende und wertvolle, wenn auch einige konkret sozial- und parteihistorische Fragen — etwa nach der Sozialstruktur — offenklassende Handbuch von D. Fricke (Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Leipzig 1968/1970) rezipiert und weiterführenden Fragestellungen erschließt.

Ritter gruppiert die verschiedenen Aufsätze und Buchausschnitte in zwei Hauptteile, deren erster den „Charakter des deutschen Parteiwesens und seine sozialen, ökonomischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen“ behandelt und nach dem „Scheitern der auf Parlamentarisierung der Reichsverfassung und eine umfassende Demokratisierung des politischen Herrschaftssystems drängenden Tendenzen in Deutschland vor 1918“ (ebd.) fragt. Zum Abdruck kommen u. a. Nipperdey, der in Übereinstimmung mit Schieders Ansätzen die „ideologische Orientierung und das damit oft verbundene gestörte Verhältnis zur Wirklichkeit“ als „Grundfigur“ des deutschen Parteiwesens benennt, Lepsius, der die verschiedenen „sozial-moralischen Milieus“ der Parteien nicht zuletzt in ihrem Einfluß auf die soziale Bewegung und die Verfassungsentwicklung beschreibt, und der englische Historiker Sheehan, der von der Ausweitung der staatlichen Funktionen und des Wahlrechts nach den leider zu biographisch-abstrakt bleibenden Veränderungen der parlamentarischen Führungsgruppen fragt. Begrüßenswert ist der vollständige Abdruck der 1912 zuerst erschienenen Abhandlung Emil Lederers, eines kritischen bürgerlichen Sozialwissenschaftlers des Kaiserreiches, dessen kriti-

sche Rezeption, u. a. durch Kocka, eingeleitet ist. Lederer untersucht den Zusammenhang von Interessenartikulation und Parteiensystem, konstatiert eine ausgeprägt interessegeleitete Parteipolitik und fragt, indem er auf von Marx formulierte Thesen zurückgreift, nach den Vermittlungsmechanismen zwischen sozialen Interessen und politischem Verhalten. Seine Abhandlung ist trotz der Kritik, die man an seiner zu idealtypisch angelegten Analyse der frühparlamentarischen Willensbildung und der mangelhaften Unterscheidung von Ökonomisierung des Parteiwesens und Ständesystem üben muß, die eigentliche Neuentdeckung dieses Sammelbandes. Lederers Aufsatz ist die einzige der einleitenden Abhandlungen, die unter ausdrücklichem Bezug auf Klassenauseinandersetzungen Parteien und Verbände als Ausdruck sozialer Kräfte und Bewegungen sieht — eine Konzeption, die auch bei Nipperdey zu erkennen ist, wengleich sie durch die These von der ideologischen (und hier sehr im Sinne einer ideenmäßigen) Fixierung der Parteien auf die Auseinandersetzung von Prinzipien reduziert wird.

Der zweite Teil des Sammelbandes behandelt, unter berechtigter Vernachlässigung der — zudem wenig erforschten — kleineren Parteigruppen, die einzelnen Parteien. Den Aufsätzen und Buchauschnitten über die konservativen, die liberalen und demokratischen Parteien (eine Zusammenziehung, die mir recht fragwürdig zu sein scheint, sowohl wegen der Politik als auch wegen der Sozialstruktur und Programmatik der linksliberalen Parteien), das Zentrum und die „politische Arbeiterbewegung“ wird jeweils eine sorgfältige Einleitung vorangestellt, welche die aufgenommenen Beiträge in den größeren Forschungszusammenhang stellt und weiterführende bzw. noch offene Forschungsprobleme benennt. Mir scheinen die Abhandlungen über die bürgerlichen Parteien sowohl in den Forschungsstand als auch in parteihistorische Methoden gut einzuführen. Besonders wichtig ist der Aufsatz Puhles über „Radikalisierung und Wandel des deutschen Konservatismus vor dem Ersten Weltkrieg“, der, seine 1966 abgeschlossenen Arbeitsergebnisse mit Hilfe des aktuellen Forschungsstandes neu fassend, die „Verformung“ konservativer Ideologie (171) als Folge des „Einbruchs der verspätet und ruckweise vorangetriebenen Industrialisierung in eine politisch und sozial weitgehend rückständige Gesellschaft“ begreift. Sein Ansatz, der „traditionelle Obrigkeits- und Interventionsstaat“ Preußen mit seinen „spätefeudal agrarischen Herrschaftsstrukturen“ hätte mit „seiner im Notfall jederzeit kurzzuschließenden sozialen Status-quo-Garantie der Militärverfassung“ durchaus „neo-ständischen, bonapartistischen und autoritären Verformungen“ (165) Vorschub geleistet, ermöglicht es, die Dimensionen des sogenannten „Klassenkampfes von oben“ (Sauer, Rosenberg u. a.) quellenmäßig reich belegt auszuloten. Daß Parteien vor allem innerhalb sozialer Auseinandersetzungen Kräftefaktoren darstellten, zeigen auch Gall für die frühparlamentarische Zeit, in der das Bürgertum stets Rücksicht auf die mit dem alten Staat zusammengehenden Eliten nehmen mußte, denen gegenüber der überparteiliche Charakter zu betonen war, und besonders

Gustav Schmidt. Schmidt untersucht die These, „daß das Bürger-tum als soziale Klasse der Parlamentarisierung des Staatslebens und damit dem Anschluß der deutschen an die westeuropäische Verfas-sungsentwicklung keinen entscheidenden Wert mehr beimaß“, und stellt — zumindest für die Nationalliberale Partei — die Gegenthese auf, ihrem Selbstverständnis nach sei die Position der National-liberalen als „politischer Partei der Mitte“ dadurch geprägt worden, daß eine „Polarisation in Reaktion und radikale Demokratie“ hätte verhindert werden sollen (209). Wenngleich seiner Kritik an der Gleichsetzung von Gesamtbürgertum und Nationalliberalismus zu folgen sein wird, so sind doch seine Thesen zunächst von nur be-grenzter Tragweite, weil sie nicht vom Selbstverständnis der Partei abstrahieren und den Anspruch der Nationalliberalen, in der „Rolle der Regierungspartei als Wegbahner des modernen Staates“ (214) zu wirken, als Realitätsprojektion nehmen. Seine Thesen wären durch-aus, und dies gegen die einschränkende Vorbemerkung Ritters (189), mit einer Gegenposition wie der des DDR-Historikers Schwab zu konfrontieren und zu korrigieren gewesen, wodurch die doch weit-entwickelte DDR-Geschichtsforschung über die bürgerlichen Par-teien, wie sie in Jena vertreten wird, in den auch methodisch-metho-dologischer Diskussion dienenden Sammelband eingefügt worden wäre.

Der Abschnitt über den politischen Katholizismus wird von einer wichtigen Abhandlung Morseys beherrscht, der die ambivalente Stellung des Zentrums, sowohl Blitzableiter als auch Träger der Reichspolitik zu sein, herausarbeitet und — im Gegensatz zu der von der Wählerbasis her argumentierenden Volksparteikonzeption (vgl. etwa Nipperdey!) — die Aktivität der Partei zum Bewertungskrite-rium macht. Morsey konstatiert, daß sich das Zentrum „allzu“ weit-gehend „an Methoden und Ziele, an Kulturbild und Wertrangord-nung des Kapitalismus und damit an einen Staat, der von der organi-sierten Arbeiterschaft als Staat der besitzenden Schichten bekämpft wurde“, anglich (287) und der „Gefahr einer Übersteigerung des na-tionalen Volkstumsgedanken“ erlag (ebd. und 289 ff.).

Der am schlechtesten konzipierte Teil des Sammelbandes scheint mir der Abschnitt über die politische Arbeiterbewegung zu sein. Köllmanns Aufsatz, von dem sich Ritter zu distanzieren scheint (310) und auf den man wegen des Abdrucks an anderer Stelle der NWB gut hätte verzichten können, geht den Ursprüngen der Sozialpartne-rschaft nach und befürwortet unkritisch die — wie auch immer ge-artete — Integration der Arbeiterschaft in den Staat.

Insgesamt gesehen, informiert der Band über den Stand und die Möglichkeiten der westdeutschen Parteigeschichtsschreibung. Im Ge-gensatz zu dem mit ihm in engem inhaltlichen Zusammenhang ste-henden Reader über die deutschen Interessenverbände werden hier die methodischen Ansprüche der Buchreihe eingelöst; allerdings hät-ten unbedingt Aufsätze von DDR-Historikern aufgenommen werden müssen, denen Ritter bescheinigt, die „historische Parteienforschung ... durch eine Reihe von auf breiter Quellenbasis beruhenden Mo-

nographien, vor allem über die liberalen Parteien ... gefördert zu haben" (19). Indem Ritter häufig auf ältere Abhandlungen zurückgreifen mußte, die noch nach Jahrzehnten, methodisch gesehen, neuartig wirken, verdeutlicht er, daß die westdeutsche Parteienforschung einen großen Nachholbedarf hat. Der Band geht zu sehr von der Vorstellung aus, Parteien hätten vor allem eine integrierende, mithin systemstabilisierende Funktion (vgl. etwa Lepsius, Sheehan, Conze, Köllmann), während ihre Eigenschaft, Ausdruck sozialer Kräfte zu sein, nur sehr verhalten zum Ausdruck kommt. Werden die Parteien einerseits als Instrumente des Klassenkampfes (von oben!) aufgefaßt (so bei Puhle), so werden andererseits in historisch-pädagogischer Absicht die negativen Auswirkungen der Parteiagitation auf den ‚politischen Stil‘ beklagt. Die allzusehr auf die Erscheinungen der politischen Kultur gerichteten Untersuchungen können jedoch leicht den Blick von signifikanten Problemen ablenken.

Peter Steinbach (Berlin/West)

Boockmann, Hartmut, Arnold Esch, Hermann Heimpel, Thomas Nipperdey, Heinrich Schmidt: *Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland. Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 1.* Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1972 (191 S., br., mit 25 Abb. u. 1 Karte, 32,—DM).

Erst 1972 erschien mit jahrelanger Verspätung Band 1 der Reihe, nachdem seit 1958 immerhin Bd. 2—37 publiziert wurden. Doch gelang es dem Initiator H. Heimpel mit seinem Institut in dieser Zeitspanne nicht, das geplante Handbuch der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine zustande zu bringen. In der gegenwärtigen Krise des bürgerlichen Geschichtsdenkens kommt der Geschichte der Geschichtsschreibung und der Organisationsformen der bürgerlichen Geschichtsforschung eine wichtige Bedeutung für die Standortüberprüfung zu. Eingehende Untersuchungen über die wenigen bisher veröffentlichten Abrisse über Geschichtsvereine, Organisationsformen oder die zahlreichen verklärten vereinsgeschichtlichen Darstellungen hinaus vermöchten unter aktuellen Fragestellungen wichtige Aufschlüsse im einzelnen zu geben über Fortschritt und Reaktion in der bürgerlichen deutschen Historiographie, über das enge Wechselverhältnis von Politik und Geschichtsschreibung, über die jeweilige soziale und politische Funktion der einzelnen Strömungen der Historiker, über die Problematik von Historismus und Sozialgeschichte und ihre Traditionen für das heutige bürgerliche Geschichtsdenken, über die Stellung der bürgerlichen Historiker zum historischen Materialismus usw. Die augenblickliche Buntscheckigkeit der Auffassungen, ihre mannigfaltigen Widersprüche, der anhaltende und neu entfachte Streit der Schulen sind ein untrügliches Zeichen dafür, daß die permanente Krise des

bürgerlichen Geschichtsdenkens keineswegs überwunden ist. Das ist wohl auch die eigentliche Ursache dafür, daß sich die geplante Gemeinschaftsarbeit bürgerlicher Historiker nicht verwirklichen ließ, weil ein einheitlicher Maßstab für die Analyse und Methode des Herangehens an die Handbuchthematik nicht zu finden war. Gerade die herkömmliche Geschichtsschreibung über historische Vereine und Organisationsformen bedürfte einer gründlichen Revision, doch sind die Spezialkenner zumeist noch stark in den traditionellen Gleisen eng vereinsgeschichtlich-beschönigender Sicht eingefahren. Wie dem auch im einzelnen sei, unter dem anspruchsvollen Obertitel werden nunmehr zwei Aufsätze allgemeiner Natur und drei sehr spezielle Studien zusammengefügt.

Nipperdey urteilt einleitend über den „Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jh.“. Er beschreibt zunächst das Phänomen Verein und die Vielfalt seiner Formen und Ziele, sodann die Ursachen der Vereinsbildungen, anschließend geht er auf das Verhältnis der Vereine zu Stand und Klasse ein, behandelt dann Spezialisierung und umgreifende Interessen der Vereine, und erst danach befaßt er sich näher mit dem Verhältnis der Vereine zu Gesellschaft und Staat. Nipperdeys sozialgeschichtliche Betrachtungsweise ist dadurch gekennzeichnet, daß sie in erster Linie von voluntaristischen und geistesgeschichtlichen Phänomenen ausgeht und die materiellen Grundlagen der Sozialstruktur, die darauf beruhenden gesellschaftlichen Beziehungen, Interessen, Auseinandersetzungen und Kämpfe erst in zweiter Linie berücksichtigt. Seine Ausgangspunkte lauten: Der Verein ist zunächst eine voluntaristische Organisation — der aufkommende Individualismus ist die Voraussetzung für die Assoziation — individualistisch sind auch die Organisationsprinzipien der Vereine. Daher gruppiert Nipperdey die Ursachen der Vereinsbildung nach den Motiven, die sich aus dem Selbstverständnis der Vereinsmitglieder ergeben; jedoch glaubt er die Frage nach den ökonomischen, sozialen, politischen und geistig-religiösen Ursachen beiseite lassen zu können, weil sie für dieses Selbstverständnis seiner Ansicht nach ursprünglich geringe Bedeutung hatten. Ein solches Herangehen an Fragen der Sozialstruktur erfaßt methodologisch bestenfalls interessante Elemente und Teilzusammenhänge, aber nicht das soziale Gesamtsystem, das die konkreten Voraussetzungen gebiert, auch wenn im Nachhinein Überlegungen über die Beziehungen der Vereine zu der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft und zum bestehenden Staat geknüpft werden. Aber auch das Bild der Sozialstruktur, das Nipperdey über die von ihm behandelte Periode zeichnet, läßt ein Eingehen auf entscheidende gesellschaftliche Kräfte und ihre Dynamik vermissen. Der Staat wird der Gesellschaft gegenübergestellt. Welche soziale Klassen ihn jeweils tragen, in jener Periode der Feudaladel, ist methodologisch für Nipperdey kein tragendes Prinzip, da er überhaupt das Kriterium sozialer Klassen und Klassenkämpfe nur am Rande verwendet. So wird auch nicht deutlich, daß die behandelte Zeitspanne die Epoche des revolutionären Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in Europa ist. Für Nipper-

dey ist der Staat nicht Kampfobjekt verschiedener sozialer Klassen, sondern (z. B. im Vormärz!) der Inaugurator und sogar Hüter der bürgerlichen Gesellschaft. Die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft wird daher von Nipperdey in einen evolutionären Prozeß verwandelt. Die Bedeutung der Revolutionen von 1789, 1830, 1848 sowie die der Bismarckschen Revolution von oben, für die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft spielt nur eine Nebenrolle. Die fortschrittlichen antifeudalen Tendenzen des Bürgertums und seit 1830 besonders der erstarkenden demokratischen Kräfte auch im Vereinswesen, die Beziehungen von Verein und Frühformen der Parteien werden unzureichend in die Überlegungen einbezogen. Eine derartig interpetierte Sozialstruktur und eine derartige typologisierende Methodologie lenken hauptsächlich auf subjektive Faktoren der Vereinsentwicklung und vernachlässigen ihre objektiven Voraussetzungen, Bedingungen, Begleitumstände, Wirkungen und Ergebnisse. Gerade für das Verständnis der sozialen Strukturen bürgerlicher Interessenorganisationen leisten die entsprechenden Stichworte mehr, die in dem von Jenaer Historikern unter Leitung von Dieter Fricke veröffentlichten Handbuch über die bürgerlichen Parteien in Deutschland von 1830—1945 (2 Bde., Leipzig 1968/70) vereint sind. Darauf ist Nipperdey ebenso wie auf andere marxistische Arbeiten freilich nicht eingegangen.

Noch stärker geistesgeschichtlich orientiert ist der Aufsatz von Hermann Heimpel „Geschichtsvereine einst und jetzt“, die erweiterte Fassung eines 1963 bereits gedruckten Vortrages. Ein Überblick über die Entstehungsphasen der Geschichtsvereine registriert von 1779 bis 1819 die Genesis sogenannter gemeinnützig-patriotischer Vereine, von 1819—1848 die der als vormärzlich bezeichneten Vereine, nach 1849 die Gruppe der im liberalen Kompromiß erreichten Erholung, der Organisation und Wissenschaft, schließlich die 4. Phase der Gründungen nach 1890, die Gruppe der sogenannten Selbstverständlichkeiten. Sozialgeschichtliche Überlegungen treten bei Heimpel weitgehend hinter vereinsgeschichtliche Motivationen, Organisationsformen, erzielte Leistungen und die Frage ihres Verhältnisses zur akademischen Historie zurück. So bleiben die im einzelnen kenntnisreichen Schilderungen ohne echte Verknüpfung zur jeweiligen Sozialstruktur und ihrer Dynamik. Daß sich in der Entwicklung der deutschen Geschichtsvereine die historisch fortschrittliche Aufstiegsphase des Bürgertums ebenso widerspiegelt wie dessen Übergang zu einer reaktionären — antidemokratischen, chauvinistischen und expansiven — Politik, kommt in Heimpels Darstellung nicht zum Ausdruck, die diesen widersprüchlichen Prozeß in eine vornehmlich aufsteigende Kontinuität zur Verwissenschaftlichung verklärt. Die vormärzlichen Geschichtsvereine z. B. sind nach Heimpel im wesentlichen zwar deutschvaterländische, aber doch konservative, der Bewahrung des Bestehenden dienende Gebilde. Eine derartige Einschätzung ist nur möglich, wenn man die fortschrittlichen antifeudalen Tendenzen vieler Geschichtsvereine und ihrer führenden Mitglieder, die Karl Obermann beschrieben hat (in: Studien über die deutsche Geschichtswis-

senschaft, hrsg. J. Streisand, Bd. 1, Berlin 1963), ebenso mißachtet wie die Tatsache, daß sie entgegen der konservativ gerichteten Staatshistorie beitragen zu einer wirklichen Kenntnis der Geschichte des deutschen Volkes, seiner Lebensweise und seiner Leistungen. Erst recht vernimmt man nichts über die verhängnisvolle Rolle, die die Geschichtsvereine besonders seit 1871 bei der Verherrlichung der Obrigkeiten, vor allem aber des Militarismus und der Verpreußung Deutschlands, nach 1918 bei der Stimmungsmache für den Revanchismus spielten.

Die drei speziellen Studien sind von sozialgeschichtlichen und soziologischen Fragestellungen noch weiter entfernt. Dabei hätte sich der Aufsatz, den H. Schmidt über „Landesgeschichte und Gegenwart bei J. C. B. Stüve“ schrieb, geradezu angeboten, die ganze Widersprüchlichkeit des bourgeoisen Politikers und Landesgeschichtlers Stüve (1798—1872) im Zusammenhang mit der Entwicklung der Sozialstruktur und der sozialen Kämpfe und Kompromisse des Bürgertums zu beschreiben. Auch Esch, der über „Limesforschung und Geschichtsvereine“ eine detailreiche Abhandlung beisteuert, hat für diese Fragen keinen Blick, er begnügt sich mit — wie der Untertitel aussagt — „Romanismus und Germanismus, Dilettantismus und Facharchäologie in der Bodenforschung des 19. Jhs.“. Fast ein Drittel des Bandes füllt der Beitrag von Boockmann über „Das ehemalige Deutschordensschloß Marienburg 1772—1945. Die Geschichte eines politischen Denkmals“; die Ausstattung mit 25 Abbildungen und einer Karte kommt allein ihm zugute. Boockmann berichtet über die Geschichte der Denkmalpflege in einer Weise, die das spannungsgeladene und in dieser Zeitspanne für die Polen so tragische deutsch-polnische Verhältnis unzureichend in Erscheinung treten läßt. Er bescheidet sich eingangs mit der lakonischen Feststellung, daß der Preußenkönig Friedrich II. 1772 das polnische Preußen „erworben“ hätte. Die spätere Einbettung des Kultus um die Ordensburg in die Ostmarkenpolitik des wilhelminischen Kaiserreiches wird in wenigen Seiten kommentarlos vorgezogen. Mit vorsichtiger Kritik schildert Boockmann die Funktion der Marienburg, die sie als sogenannte Grenzlandfeste seit 1918 für den deutschen Revanchismus bekam. Für die Zeit nach 1933 ist ihm freilich hauptsächlich interessant, wieweit sich Architektur der Burg, Ordensgeschichte usw. bruchlos oder mit Schwierigkeiten für die nazistische Ideologie in Anspruch nehmen ließen. Obwohl Boockmann versichert, daß heute die deutschen Interpretationen des realen Bezuges auf die Burg entbehren, hat man den Eindruck, daß durch die faktenreiche Beschreibung Reminiszenzen wachgehalten werden sollen. Methodologisch sind die fünf Studien ein Beispiel dafür, wie stark der traditionelle idealistische Historismus in der bürgerlichen Geschichtsforschung noch immer ist.

Hans Schleier (Leipzig)

Puhle, Hans-Jürgen: Von der Agrarkrise zum Präfaschismus. Thesen zum Stellenwert der agrarischen Interessenverbände in der deutschen Politik am Ende des 19. Jahrhunderts. Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge Nr. 54. Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1972 (60 S., br., 4,80 DM). (I)

Winkler, Heinrich August: Pluralismus oder Protektionismus? Verfassungspolitische Probleme des Verbandswesens im deutschen Kaiserreich. Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge Nr. 55. Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1972 (37 S., br., 4,60 DM). (II)

Die beiden Abhandlungen wurden zuerst im Jahre 1971 im Institut für Europäische Geschichte Mainz im Rahmen eines Kolloquiums über „Wirtschaftsverbände und Politik in den 1890er Jahren“ vorgetragen. Sie setzen sich mit den gegenwärtigen Tendenzen und Interpretationen der Verbandsforschung des Kaiserreichs auseinander, weisen aber auch auf offene Fragen und Aufgaben weiterer Forschungen hin.

Puhles Vortrag fußt im wesentlichen auf seiner Dissertation über den Bund der Landwirte, nutzt aber die Gelegenheit, diese vor mehreren Jahren abgeschlossene Studie in den Zusammenhang gegenwärtiger Forschungstendenzen zu stellen, die sich durch ein „Arsenal analytischer Begriffe und erklärender Termini“ (I, 6) auszeichnen. Ihm scheint heute „vor allem die umfassende Verknüpfung der entfalteten Begriffe, der verifizierten theoretischen Erklärungsmodelle, Motivationsmuster und empirischen Analysen zu einem — wenn auch lückenhaft bleibenden — Gesamtbild“ vorrangige Aufgabe zu sein, um die „zusammenfassende und synoptische, systematische Aufarbeitung der fraglichen Epoche“ voranzutreiben (I, 6 f.). Eine umfassende Analyse kann und will er nicht liefern, sondern nur die Frage nach den „Funktionen der Staatsmacht gegenüber den organisierten Kräften der ‚Gesellschaft‘“ (I, 8) exemplarisch behandeln. Als Voraussetzung und Bedingung organisierter Interessenvertretung macht Puhle in politischer Hinsicht die verspätete Industrialisierung, eine „politisch und sozial weitgehend rückständige Gesellschaft“ und den „traditionellen Obrigkeits- und Interventionsstaat“ Preußen namhaft, dessen Gewicht durch das „offene“ Verfassungssystem des Reiches nicht gemindert werden konnte (I, 9 f.). Die politische Praxis wurde einerseits durch die „kurzfristig aufscheinenden Parlamentarisierungsansätze“, andererseits durch „Bismarcks bonapartistische Praktiken“ geprägt, die ihren Ausdruck in einer „Ausweitung, Mobilisierung und Manipulation der öffentlichen Meinung“ sowie in der „Herausforderung einer allmählich stärker werdenden Arbeiterbewegung“ fanden, welche, „real und ideologisiert, die Besitzenden in Aristokratie und Bürgertum kontinuierlich zu stärkerer Solidarisierung veranlaßte“ (I, 10). Die Gesellschaft spaltete sich nach Puhle in Kräfte der „Demokratisierung und Emanzipation“ und solche des „status quo“; beide befanden sich zumindest im Bismarckreich in einem „relativen gesellschaftlichen Klassengleichgewicht“, das die

Existenz einer „weitgehend verselbständigten staatlichen Exekutive“ ermöglichte. Bei dieser Gelegenheit (I, 12 f.) führt Puhle ausdrücklich das Bonapartismusmodell („das marxistische Modell von der Verselbständigung der Staatsmacht bei Klassengleichgewicht und zunehmender Instrumentalisierung bei -ungleichgewicht“; I, 13, Anm. 10) ein, um Unterschiede zwischen dem „System Bismarck und dem Wilhelminischen System“ kenntlich zu machen (ebd.). Die Berechtigung dieses Konzeptes für das Bismarckreich wird nicht in Frage gestellt, obgleich seine Marx- und Engels-Kenntnis ihn zu kritischer Distanz veranlassen sollten. Inwiefern bestand wirklich ein Klassengleichgewicht? Ist es berechtigt, die französische Ausgangslage und die Herrschaftstechnik Napoleons III. auf Preußen zu übertragen, wie es z. B. auch Hochkonservative oder Linksliberale taten? Die Bonapartismus-Problematik erschöpft sich nicht in dem Komplex der verselbständigten Führungsspitze (vgl. dazu MEW 18, 258), sondern auch in der Beurteilung der Ausgangslage (Engels über Bismarck: „Gute Idee, den Bonaparte gegen den Bürger spielen zu wollen mit den Junkern hinter sich, statt der Bauern“; MEW 31, 227) und der historischen Entwicklung (vgl. MEW 18, 513). Das Bonapartismus-Konzept Puhles begründet die Zäsur, welche im Gegensatz etwa zu Stegmann (I, 51 f.) im Abgang Bismarcks gesehen wird, „bot“ doch der „wilhelminische Rest-Cesarismus ohne Caesar [?] bei zunehmender Polarisierung (und Organisation) des politisch-sozialen Gesamtsystems den aktiveren Gruppen der Besitzenden in größerem Umfang Gelegenheit, direkt Koalitionen miteinander einzugehen bzw. Konflikte untereinander auszutragen und die Staatsmacht stärker in eine Mittlerfunktion zu drängen und zu instrumentalisieren“ (I, 13). Wird hier nicht die Frage des bonapartistischen Herrschaftsmodells weitgehend reduziert auf die „bonapartistischen Mittel“ (I, 51)?

In ökonomischer Hinsicht macht Puhle die Strukturkrise der Landwirtschaft, die „progressive“ Bevölkerungsumsichtung, sinkende Produzentenpreise und eine größere Bedeutung der Industrie für das Entstehen der landwirtschaftlichen Interessenorganisationen verantwortlich. Puhle skizziert sorgfältig die verschiedenen älteren „Träger“ landwirtschaftlicher Organisationen einschließlich ihrer regionalen Sonderformen, die ständischen Vorläufer der späteren Landwirtschaftskammern, die christlichen Bauernvereine, die schutzzöllnerische „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ und die bayrischen Bauernbünde, bevor er die Entwicklung des Bundes der Landwirte skizziert. Diese Abschnitte wie auch seine anschließenden Thesen zum „Stellenwert“ (I, 46 ff.) der landwirtschaftlichen Interessengruppen fassen seine früheren Studien zum BdL zusammen, ergänzen sie darüber hinaus aber durch die Aufnahme der Diskussion des die deutsche Geschichte ‚belastenden‘ „politischen Stils“. Hier steht Puhle in der Gefahr, die historische Kontinuität zu sehr mit geistesgeschichtlichen und politisch-pädagogischen Begriffen darzustellen. Von seiner eigenen Forderung, nicht nur „nach dem Gewicht einzelner Organisationen und Gruppen und

ihres resp. Einflusses in einem vorgegebenen *ceteris-paribus*-System zu fragen“ (I, 7) rückt er m. E. ab, indem er die Rolle des BdL als Faktor des politischen Entscheidungsprozesses relativ isoliert und sehr hoch ansetzt: „Sie repräsentierten am deutlichsten von allen Interessengruppen die ungebrochen feudalen Elemente in einem Staat, der sich gerade durch den hohen Stellenwert feudaler Relikte in seinem sozialen und politischen System von den westeuropäischen Staaten unterschied“ (I, 50).

Gegen Puhle scheint mir auch daran festgehalten werden zu müssen, das Kaiserreich als — in sich freilich differenzierte — Einheit zu betrachten. Sowohl die von der Sammlungsideologie herkommende Periodisierung (1897/98) als auch die von der Agrarpolitik beeinflusste Zäsursetzung sind berechtigt wie unberechtigt zugleich. Bonapartistische und cäsaristische Elemente der politischen Struktur sollten nicht zu sehr getrennt werden, indem man sie zu sehr an Personen koppelt. Sie wurden bereits in den politischen Broschüren und Artikeln der Kaiserzeit in oberflächlicher Anlehnung an das bonapartistische Herrschaftssystem Napoleons III. verwandt. Marx und Engels benutzten das Bonapartismus-Modell in einem sozialwissenschaftlich fundierten Sinne und gewichteten die personalen Komponenten unterschiedlich. Das Bonapartismus-Modell ist trotz einiger Ansätze bisher keineswegs zufriedenstellend auf das deutsche Kaiserreich angewandt worden; um so mehr ist es zu begrüßen, daß Puhle den bisher überwiegend für das Bismarckreich verwandten Terminus auf den gesamten Zeitraum des Kaiserreiches übertragen hat.

Winkler muß als derzeit bester Kenner der kleinbürgerlich-mittelständischen Bewegung Deutschlands seit dem Kaiserreich betrachtet werden. Sein Vortrag geht stärker als Puhles vom kontroversen Forschungsstand aus. Wie für Frankreich stellt er für Deutschland einen „staatlich gestifteten Pluralismus“ fest, d. h. die staatliche Anerkennung war eine „Vorbedingung“ der Verbandsbildung (II, 5 f.). Winkler umreißt die verschiedenen Ausprägungen von Interessengruppen, die sich durch ihren ‚Doppelcharakter‘ auszeichneten, waren sie doch einerseits Informanten der staatlichen Verwaltung, andererseits als Selbstverwaltungsorgane Teilbereiche der gesellschaftlichen Organisation. Besonders früh schlossen sich die Kapitaleigentümer zusammen. Sie vermochten infolge der staatlichen Anerkennung ihrer Funktion (etwa in der Form der Handelskammer) und durch die „Delegation staatlicher Befugnisse“ in dem sich zuspitzenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit eine günstige Ausgangsposition für kommende Auseinandersetzungen zu sichern: „In dem Maß aber, wie sich die sozialen Konflikte zwischen Arbeit und Kapital zuspitzen, schließt jede Delegation staatlicher Befugnisse an Gruppen der Kapitaleigentümer notwendigerweise eine Diskriminierung der Arbeitnehmerseite ein. Die wirtschaftspolitische Privilegierung wird zur gesellschaftspolitischen“ (II, 7 f.). Wie Winkler nachweist, waren die Beziehungen zwischen den halbstaatlichen Organisationen und den „freien“ Industrieverbänden, personalmäßig gesehen, äußerst eng, „da die Handelskammern einen erheblichen Teil der korporativen Mit-

glieder der Spitzenverbände stellten“ (II, 9). Ähnliche Organisations- und Rekrutierungsprinzipien stellt Winkler auch für die übrigen Interessengruppen fest. Besonders konzentriert er sich auf die Vertretungen von Handwerk und Industrie. Das Handwerk gibt infolge der kaum jemals vollständig beseitigten Zunftverfassung, die relativ rasch in Innungen und Handwerkskammern überführt wurde, ein gutes Beispiel für „jene Zwischenzone institutioneller Verzahnungen von ‚Staat‘ und ‚Gesellschaft‘, in der die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Interesse fast völlig verschwammen“ (II, 12). Dieser „Doppelcharakter des deutschen Verbandswesens“ führte zur Bildung relativ aggressiv argumentierender Verbände, die formal nicht mit der staatlichen Administration verbunden waren.

Winkler beschränkt sich nicht darauf, nur einen organisationshistorischen Zustand zu beschreiben. Er fragt auch nach den Nutznießern jener Organisationen und liefert damit einen wichtigen Beitrag zur Untersuchung der politischen Bewegung und der Klassenauseinandersetzung im Kaiserreich. Der „organisatorische Protektionismus“ nutzte einerseits Landwirtschaft und Handwerk, andererseits aber den herrschenden Eliten: „Die Erweiterung und Stabilisierung der sozialen Basis des Obrigkeitsstaates war das ausschlaggebende Motiv hinter einer Entscheidung, die sich formell als Expansion der Selbstverwaltung legitimieren konnte.“ (II, 18)

In einem zweiten Abschnitt skizziert Winkler die Geschichte berufsständischer Organisationsversuche, mit denen Bismarck z. B. Parlamentarisierungstendenzen unterlaufen wollte. Waren zunächst „antiparlamentarische Ressentiments“ und „berufsständische Ideologien“ nur rudimentär vorhanden (II, 23), so breiteten sie sich „offenkundig in einem proportionalen Verhältnis zu den Stimmengewinnen“ der SPD aus (II, 25). Nun erst wurden Kammern gebildet, die überwiegend den Selbständigen und Besitzenden dienten, während die Etablierung von Arbeiter- und Arbeitskammern verhindert wurde.

In einem abschließenden Abschnitt wird der „Neumerkantilismus“ (II, 28), eine Umschreibung des Interventionsstaates, in seinen Auswirkungen auf den Entstehungsprozeß der Verbände untersucht. „Verkammerung“ bestimmter gesellschaftlicher Gruppen“ ist für Winkler in den neunziger Jahren eine „unsichtbare Subvention“ zugunsten von Gruppen, die sich als Industrialisierungsoffer fühlten“ (II, 29), mit anderen Worten: „soziale Erhaltungsintervention“ (II, 30) als Bestandteil einer umfassenden Feudalisierung des Bürgertums. Als vorteilhaft für die Absicherung gesellschaftlicher Positionen machte sich seit 1890/1900 die Arbeitsteilung bemerkbar, die sich zwischen Kammern, Verbänden und Parteien ergeben hatte. Die verschiedenen Adressaten in Verwaltung und Öffentlichkeit ließen sich auf diesen drei Ebenen (zu denen sich die Presse gesellte) in optimaler Weise erreichen; die Wähler sprach man infolge der Verbandsdomestizierung und einer „plebiszitär-demagogischen Überreaktion“ (II, 32) in spezifischer Weise an: „formal die Methoden demokratischer Massenmobilisierung nutzend, mobilisierte dieser Verband

(d. h. der BdL) in Wahrheit Massen gegen die Demokratisierung des überkommenen politischen Systems“ (ebd.). Für Winkler läuft die Entstehung der Verbände nicht parallel zur Herausbildung einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft, vielmehr „trug die Gouvernentalisierung des deutschen Verbandswesens . . . dazu bei, das wenigstens latent demokratische Potential freier Vereinigungen zu schwächen“ (ebd.).

Im Gegensatz zu Puhle, der von dem nicht näher beschriebenen Ideal eines akzeptablen demokratischen „politischen Stils“ her urteilt, bewertet Winkler die von ihm beobachteten Tendenzen unter Verwendung politökonomischer Termini, indem er unter Bezug auf Rudolf Hilferding die „staatliche Interessenregulierung im Bismarckreich“ als eine „Vorform“ des „Organisierten Kapitalismus“ begreift. Wie Puhle sieht jedoch auch er im „korporativen Antiparlamentarismus“, dem Kennzeichen einer „politischen Kultur“, „in der ständische und absolutistische Strukturen die industrielle Revolution ungebrochen überdauert hatten, . . . eine der wesentlichen Vorbelastungen der deutschen Demokratie überhaupt“ (II, 37).

Beide Arbeiten fassen den derzeitigen Stand der Verfassungs- und Verbandsgeschichte des deutschen Kaiserreichs zusammen. Sowohl die Aufnahme des Bonapartismus-Modells als auch des „Organisierten Kapitalismus“ wird sich als Anregung für künftige Untersuchungen des 19. Jahrhunderts erweisen. Peter Steinbach (Marburg/L.)

Grosser, Dieter: Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. Studien zur Regierungslehre und internationalen Politik Bd. 1, Martinus Nijhoff Verlag, Den Haag 1970 (230 S., br., 25,— DM).

Hauptintention Grossers ist die „Frage, warum in den deutschen Parteien vor 1918 die Bereitschaft zur Durchsetzung des parlamentarischen Systems und damit zum Griff nach der Macht kaum vorhanden war“ (IX f.), obwohl der Einfluß des Reichstages und damit der Parteien seit 1890 in einem Maße stieg, das sogar von einer „Demokratisierung des Konstitutionalismus“ (Frauendienst) zu reden nahelegte.

Grosser untersucht an Hand von Nachlässen führender Parteipolitiker, den Akten der Nationalliberalen Partei, wichtiger parteipolitischer Zeitschriften, gedruckter Protokolle und umfangreicher Literatur die Haltung der deutschen Parteien zur Verfassungsreform in den Jahren 1907 bis 1914 sowie — im zweiten Teil der Arbeit — Realität und Ideologie des Verfassungswandels im Weltkrieg. Einleitend entwickelt er aus einer systematischen Diskussion der kaiserzeitlichen Verfassungstheorie seine Kernthese, daß „im Kaiserreich starke parlamentarische Gruppen an der Übernahme der Regierung nicht interessiert (waren), und zwar nicht nur, weil sie die damit verbundene

Verantwortung scheuten, sondern vor allem, weil sie dem politischen Konkurrenten nicht die gleiche Chance zur Regierungsausübung einräumen wollten“ (3). Grosser muß mithin die Kontinuitätsthese ablehnen, die den Konstitutionalismus — in Anlehnung an Carl Schmitt — als ‚dilatatorischen Kompromiß‘ interpretiert, aus dem sich der Parlamentarismus Weimarer Prägung entwickelte bzw. ein Parlamentarismus noch im Kaiserreich hätte entwickeln können.

Als Hauptursache der verfassungspolitischen Passivität der Parteien sieht Grosser jedoch nicht nur die Furcht vor einer parlamentarisch abgesicherten Initiative des politischen Gegners, die selbstverständlich entscheidende soziale Konsequenzen hätte zeitigen müssen, sondern das im Konstitutionalismus angelegte Prinzip der Interessenvertretung, daß „auf dem Gebiet wirtschaftlicher und sozialer Interessenvertretung erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten auf die Gesetzgebung gewährte“ (4), da die Regierung Mehrheiten initiieren mußte (7) und „daher dazu neigte, den Parteien in Fragen, die die Herrschaftsstruktur nicht gefährdeten, entgegenzukommen“ (4). Die soziale Konfliktstruktur des Kaiserreiches wird indirekt mit dem Zwang zum Sozialimperialismus als einem Mittel zur „Sicherung und Ausweitung des Außenhandels“ umschrieben, um den mit der Industrialisierung aufgetretenen Spannungen „zwischen der gewaltig wachsenden Arbeiterschaft und den bürgerlichen und aristokratischen Klassen“ und den Anpassungsschwierigkeiten der Landwirtschaft (5 f.) wirksam begegnen zu können. Damit benennt Grosser das Problembündel, vor das sich der Konstitutionalismus als ein feudal-aristokratische und bürgerliche Verfassungsziele verbindender Kompromiß gestellt sah. Während Grosser die Bülowische, gegen Zentrum und vor allem gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Blockpolitik als im Einklang mit dem Konstitutionalismus stehend empfindet, obwohl sie dahin führte, daß Zentrum und Konservative „in einem bisher stets der Regierung vorbehaltenen Bereich die Initiative“ an sich rissen, würde diese Parlamentarisierungstendenz durch den „Antiparteieneffekt“ der deutschen „bürgerlichen Öffentlichkeit“ (11) abgeblockt, der sich in einer scharfen Kritik am Parlament und vor allem an den Parteien äußerte. Den Antiparteieneffekt benennt Grosser — hier ganz im Einklang mit Fraenkel und G. A. Ritter — als „wirkungsvollen Stabilisierungsfaktor des konstitutionellen Systems. . . , weil die bloße Vorstellung einer Parteiregierung von der Mehrzahl der bürgerlichen Wähler abgelehnt wurde“ (15).

Nachdem Grosser Differenzierung und sozialen Standort der einzelnen Parteien analysiert hat, untersucht er die Stellung der Parteien zur Verfassungsreform im Zeitraum 1907 bis 1914. Die Sozialdemokratische Partei sah Ende 1906 im Parlamentarismus vorwiegend ein Mittel, „durch Agitation und Interessenvertretung Wähler zu gewinnen“ und — laut damaliger Aussage Kautskys — schließlich das parlamentarische System als „Instrument der Diktatur des Proletariats“ zu benutzen, während die Revisionisten hofften, im Bündnis mit „radikalen bürgerlichen Parteien“ eine „allmähliche Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft ein-

leiten zu können“ (38). Unter dem Eindruck der ‚Hottentottenwahl‘ von 1907 verstärkten sich reformistische Tendenzen gegen die Bestrebungen des linken Parteiflügels und mündeten schließlich in den Wahlaufruf von 1912, der u. a. Einflußnahme auf die Außenpolitik, eine traditionelle Domäne des Monarchen, forderte und sich auf diese Weise zu der Aufgabe bekannte, die bürgerlichen Parteien zur Realisierung ihrer genuinen Zielvorstellungen zu zwingen (vgl. 54). Die SPD selbst hing dabei weniger dem Ideal eines bürgerlichen Parlamentarismus englischer Prägung an als dem ‚demokratischen Parlamentarismus‘ mit dem Ziel einer „Selbstregierung des Volkes durch das Mittel des Parlaments“. Wenn Kautsky sich gegen Korrektivfunktionen des Plebiszits einsetzte, da „die Volksgesetzgebung zum Plebiszit für eine starke Regierung werde“, so reflektierte er sowohl die Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit bonapartistisch-cäsaristischen Herrschaftstechniken als auch die plebiszitäre Massenaktivierung durch konservative Interessengruppen.

Hatte die sozialdemokratische Partei eine Parlamentarismuskonzeption, die zwar taktische Beweggründe (als Konsequenz aktueller historisch-politischer Erfahrungen), aber auch funktionale Analysen und politisch-soziale Intentionen umgriff, so erschöpfte sich die Position der bürgerlichen Parteien in der Ablehnung möglicher Vorstöße der Sozialdemokraten und der Linksliberalen gegen das konstitutionelle System. Die Linksliberalen waren (wie auch einige Nationalliberale) in mancher Hinsicht eine Ausnahme, da sie wußten, „es gäbe im Reich und in den großen Einzelstaaten längst eine unverantwortliche, verborgene Parteiherrschaft der Konservativen und Klerikalen, und es komme darauf an, diese Kryptoparteiregierung in eine verantwortliche Parteiregierung umzubilden“, die gegen den konservativ-klerikalen Primat gerichtet sei.

Nationalliberale, Zentrum und Konservative wiesen jeden Gedanken an eine Parlamentarisierung weit von sich: Die Nationalliberalen, da ihnen die „Politik der wechselnden Mehrheiten immer noch als die zweitbeste Lösung“ nach Bülow's Block erschien (75); das Zentrum (mit Ausnahme Erzbergers), da es als Mittelpartei „die Ausübung eines starken Einflusses auf die Regierung der Übernahme der Regierung durch die eigene Partei“ vorzog (81); die konservative Partei bereits per definitionem (81 ff.), wodurch sie die Kritik am konstitutionellen System verstärkten (86). An dieser Haltung änderte sich auch während des ersten Weltkrieges nichts. Die Mehrheitssozialdemokratie besaß weiterhin kein einheitlich durchdachtes Konzept, wenn man von der Forderung des allgemeinen Wahlrechts für Preußen absieht. Die Nationalliberalen strebten eine „engere Fühlung zwischen Regierung und Parlament“ an (117). Das Zentrum verharrte in seiner Furcht, von einer sozialliberalen Koalition majorisiert zu werden. Mit den Nationalliberalen stimmte es in der Forderung einer „deutschen Form des Parlamentarismus“ überein, derzufolge die Übernahme von Regierungsämtern grundsätzlich allen Parteien offenstehen sollte (vgl. 139 ff.). Die Überführung des Konstitutionalismus in den Parlamentarismus fand infolge dieser parteipolitischen

Passivität in der Spätphase des Krieges nicht statt und wurde 1918/19 mit wirksamen Elementen direkter Demokratie konfrontiert, die sich als Gegenmodell des bürgerlichen Parlamentarismus verstanden. Dabei ist Grosser der Ansicht, daß unter Berücksichtigung bestimmter Kriterien der parlamentarischen Kompromißbereitschaft „einige wesentliche Voraussetzungen für die Ausbildung eines funktionsfähigen parlamentarischen Systems, vor allem die Milderung der prinzipiellen Gegensätze zwischen der SPD und den bürgerlichen Mittelparteien, die Fähigkeit, Sonderinteressen auszugleichen, das Übergewicht der parlamentarischen Führungsgruppe über die außerparlamentarischen Parteiinstanzen . . . wenigstens im Ansatz im Parteiensystem vor 1915 vorhanden (waren)“ (215). Grosser gelingt es, durch eine genaue und sorgfältige Analyse und Interpretation verfassungspolitischer und -theoretischer Äußerungen die Verfassungskonzeptionen, aber auch die ambivalente Realität des Verfassungswandels darzustellen.

Wie viele Parlamentarismus-Studien (vgl. etwa die Kritik Kühnls an Beyme im Argument 83, S. 1022 f.) leidet auch die Arbeit Grossers daran, daß die Parlamentarismusproblematik nur oberflächlich in den säkularen Wandlungsprozeß politischer und sozialer Strukturen eingeordnet wird, die gerade in Deutschland besonders kompliziert waren. Kann man die Parlamentarisierungsversuche nicht als eine verspätet aufbrechende Klassenauseinandersetzung begreifen, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts durch den Klassenkompromiß von 1848/49 und die Reichsgründung, die ‚Revolution von oben‘, gemildert bzw. verschoben wurde? Signalisiert die spezifisch deutsche Parlamentarisierungsproblematik nicht die verspätete deutsche Form bürgerlich politischer Emanzipation? Hätte die Parlamentarisierung, die in England und Frankreich dem Bürgertum die Einflußnahme auf gesamtstaatliche Zielbestimmungen ermöglichte, in Deutschland nicht Hauptanliegen eines gegen die Aristokratie kämpfenden Bürgertums sein müssen, das sich infolge der späten Industrialisierung bereits von der Arbeiterschaft bedroht wähnte und aus dem Gefühl der Bedrohung heraus auf eine konsequente Durchsetzung der in seinem objektiven Interesse liegenden Parlamentarisierung verzichtete, so daß diese — wie bereits 1870 — auch um die Jahrhundertwende zum Anliegen der Sozialdemokratie wurde? Die sozialhistorische Dimension der Parlamentarisierung als einem Ausdruck bürgerlicher politischer Emanzipation hätte sich auch durch die Berücksichtigung einzelstaatlicher Parlamentarisierungsversuche ausloten lassen. Grosser erwähnt nur beiläufig die u. E. bezeichnende bayerische Episode, die Hertling an die Spitze der bayerischen Regierung brachte. Bis zum Jahre 1912 wurde in Bayern eine Sozialpolitik gemacht, die der Arbeiterbewegung in einzelnen Punkten in sozialreformerischer Absicht entgegenkam und sogar die Organisierung von Staatsarbeitern selbst gegen den Widerstand der Berliner Bürokratie tolerierte. Der diese Sozialpolitik tragende, von SPD und Gewerkschaften akzeptierte bayerische Ministerpräsident wurde schließlich durch eine antisozialdemokratische, unternehmerfreundliche Front von Krone und Zen-

trumspartei gestürzt. Während das Zentrum im Reich also eine Parlamentarisierung zu verhindern strebte, trieb es in Bayern faktisch die Parlamentarisierung voran, weil sich eine konservative, unternehmerfreundliche und parlamentarisch abgesicherte Regierung gegen die arbeiterfreundlichen Maßnahmen der in sozialpolitischer Hinsicht besonnener früheren bayerischen Regierung verwenden ließ.

Grosser erliegt bisweilen der Gefahr, von einer rein pragmatisch-kooperativen Position, die weniger nach den historisch-politisch bedingten Komponenten der Parlamentarismuseinschätzung fragt (wie sie etwa für die SPD in ihrem kommunal- und landespolitischen Engagement zu liegen scheint) als vielmehr von dem Sachzwang und der technokratischen Funktionalität parlamentarischer Mehrheits- und Koalitionsbildung ausgeht, her zu urteilen. Die Parlamentarisierungsproblematik wird damit ihrer sozial-historischen Bezüge enthoben und zur Frage politischer Herrschaftstechnik. Dieser Einschätzung korrespondiert dann eine relativ harte Kritik an grundsätzlichen (nach Grosser vielleicht zu „kompromißlosen“) Einschätzungen parlamentarischer Initiativen und ein wohlwollendes Referieren und Werten kooperativer Parteiflügel (wie etwa der Revisionisten) oder des linken Flügels von Zentrum und Nationalliberaler Partei. Dieses zu technokratische Verständnis, das grundlegende Differenzen zwischen Parteien, Interessengruppen und Parteiflügeln nicht in ihrer scharfen Gegensätzlichkeit zum Ausdruck bringen kann, führt dann zu einer allzu optimistischen Einschätzung des für die Jahre 1917/18 zu Recht konstatierten Parlamentarisierungspotentials. Wie das deutsche Bürgertum im Kaiserreich die Parlamentarisierung aus Furcht vor dem Klassenfeind nicht durchsetzte, verzichtete es nach 1930 auf Parlamentarismus und Demokratie, um des Klassegegners Herr zu werden. Untersuchungen des Klassenkampfes in Deutschland werden an Grossers Arbeit nicht vorbeikommen.

Peter Steinbach (Berlin/West)

Düding, Dieter: *Der Nationalsoziale Verein 1896 bis 1903. Der gescheiterte Versuch einer parteipolitischen Synthese von Nationalismus, Sozialismus und Liberalismus. Studien zur Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts — Abhandlung der Forschungsabteilung des Historischen Seminars der Universität Köln Bd. 6.* R. Oldenbourg Verlag, München-Wien 1972 (211 S., Ln., 42,— DM).

Diese Dissertation liefert den bisher umfassendsten Beitrag zur Erhellung einer nur vorübergehend bestehenden linksliberalen Parteigruppierung, die in einer doppelten Kontinuität gesehen werden muß. Zum einen in der von Düding weitgehend unbeachteten Kontinuität zum Faschismus, die in dem Versuch der Nationalsozialen sichtbar wird, die Arbeiterschaft in einem bürgerlich-antisozialistischen, nationalistisch-machtstaatlichen Sinne zu integrieren, der politischen Arbeiterbewegung gleichzeitig zu entfremden und durch

an der Oberfläche bleibende „Sozialreformen“ zu befrieden. Und zum anderen in der, von Düding unter dem Einfluß der sozialliberalen Koalition über Gebühr betonten sozialliberalen Kontinuität, die der Verfasser mehrfach zur modischen Legitimierung seines Themas heranzieht (etwa 10, 199).

Das nationalsoziale Konzept bestand nach Düding darin, „die divergierenden politischen Strömungen des Nationalismus und des Sozialismus für den Verein zu konstitutiven politischen Ideengehalten zu machen. Dies geschah, indem man einerseits im Bürgertum um Verständnis für eine aktive Sozialpolitik warb, andererseits um die Weckung des nationalen Gedankens in der Arbeiterschaft bemüht war“ (9). Die zumindest proklamierte Synthese von Liberalismus und Sozialismus läßt den Nationalsozialen Verein nach eigenem Verständnis schließlich als „Protagonist einer ‚gesamtliberalen‘ Bewegung, eines neuen, regenerierten proletarisch-bürgerlichen Gesamtliberalismus“ erscheinen.

In seiner Darstellung, die Düding als einen „Kompromiß zwischen systematischer und chronologischer Untersuchung“ versteht (14), versucht er eingangs, die gesellschaftlich-politischen Antagonismen zu benennen, die Programmatik und Taktik des Nationalsozialen Vereins prägten. Dem Junkertum als einflußreichster Gruppe der alten Elite stand eine gespaltene bürgerliche, sekundär integrierte (Sauer) Bewegung gegenüber: die nationalliberale Gruppierung, die die anti-emanzipatorische Sammlungspolitik mittrug und „auf der Ebene des Kompromisses mit der monarchisch-konservativen Staatsgewalt (kooperierte)“, und den linksliberalen Gruppen (das „fortschrittliche Bürgertum“ [16]), die — zumindest verbal — auf ihrer Forderung „von der Priorität der politischen Freiheit vor der nationalen Einheit“ beharrten (ebd.). Beide Einstellungen des Bürgertums wertet Düding zu Recht als verschiedene Richtungen „bürgerlicher Emanzipationsbestrebungen“, ohne daß er sich mit den dahinter verborgenen Emanzipationskonzeptionen auseinandersetzt. Die Differenzierung des Bürgertums liefert Düding zufolge eine wichtige Ursache und gleichermaßen die Folie für die Entstehung verschiedenster liberaler Gruppierungen (18). Den zweiten Hauptgrund für die Gründung des Nationalsozialen Vereins vermutet er in der anwachsenden Arbeiterbewegung, die in ihrer sozialen Problematik von den liberalen, in der Beurteilung der sogenannten „Sozialen Frage“ zum Manchestertum tendierenden Parteien zunächst nicht erkannt wurde.

Innerhalb des skizzierten weitgefaßten Rahmens rekonstruiert Düding in einer für die von Schieder beeinflusste moderne geisteshistorische und organisationsgeschichtliche Parteienforschung typischen Weise die Lösung einer kleinen Gruppe jüngerer Christlich-Sozialer um Friedrich Naumann von Stöckers antisemitischer Bewegung in der Absicht, eine eigenständige Arbeiterbewegung zu gründen, deren Kennzeichen die Ablehnung des Marxismus und die Befürwortung von Reformen — z. B. in Zusammenarbeit mit dem revisionistischen Flügel der SPD und den Gewerkschaften — war. Daß sich langfristig nicht einmal dieses Ziel durchhalten ließ, wurde bereits in der Grün-

dungsphase des Vereins an der Argumentation des „klassenkämpferischen Bourgeois“ Max Weber (W. J. Mommsen), des liberal-konservativen und gegenüber den rechten Parteigruppierungen kompromißbereiten Sohm und des — verglichen mit diesen — „proletarisch“ orientierten Göhre sichtbar (53 ff.). Der Konsens der verschiedenen Richtungen, die durch Naumann integriert wurden, rückte bereits von den ursprünglichen, anti-agrarischen Positionen ab (48) und schuf durch die Synthese von nationalistischer Macht- und sozial-reformerischer Innenpolitik die Voraussetzung für die Unterstützung der imperialistischen und zwangsläufig auch der militaristischen Politik des deutschen Reiches.

Der vom Vereinsvorstand ins Auge gefaßte und angestrebte soziale Standort, der sich z. B. in den sorgfältig geplanten Wahlkreisanalysen und Wahlkampftechniken niederschlug (vgl. 124 ff. u. ö.), wurde seit 1898 zunehmend verlassen zugunsten einer hinter der Volkspartei-Ideologie versteckt bleibenden (59) Orientierung an der letztlich antisozialdemokratisch-staatsbejahenden sogenannten bürgerlichen Intelligenz. Seit dem Übergang zur imperialistischen Politik wurde die nationalsoziale Parteiideologie einerseits geprägt durch eine schwammige und emotionale Sozialismusvorstellung („Die, die unten sind, wollen sich hinaufarbeiten, wollen bessere Nahrung, mehr Bildung und mehr Macht haben. Und indem sie das alles zusammenfassen, was ihre Kulturhöhe weiter in die Höhe hebt, sagen sie ‚Sozialismus‘“ [64, Naumann]), andererseits durch einen „hypertrophen Nationalismus“ (67 ff.), der sich zu einer menschenverachtenden, präfaschistischen Anglophobie auswuchs, die z. B. das Hinmorden hunderttausender christlicher Armenier durch die dem Reich freundlich verbundenen Türken im Interesse des „deutschen Herrenvolkes“ (71, Anm. 41) stillschweigend hinnahm. Die „Hunnenrede“ Wilhelms II. („Gefangene werden nicht gemacht“) wurde von Naumann aus kampftaktischen Gründen gegen den Widerstand des Vereins ausdrücklich gutgeheißen (74) und ethisch abgesichert: „Die Ethik, deren Nährboden die Zivilisation sei, habe aber keine Daseinsberechtigung dort, wo die Zivilisation fehle“ (75).

Die Verherrlichung des Kaisers als Symbol des imperialistischen Machtstaates mündete schließlich in die — ebenfalls präfaschistische — Konzeption eines plebiszitär abgesicherten, bonapartistischen, den Reichstag mediatisierenden Kaisertums des einen Mannes, „der am Schalthebel der großen Dynamomaschine des Deutschtums sitzt, und demgegenüber kann der Akkumulatorenbetrieb des Parlamentarismus nicht eine gleichwertige politische elektrische Kraft entfalten“ (83, Naumann). Bedeutsam ist, daß Naumann die machtstaatliche Position akzentuiert vertrat, während Göhre gegen den liberal-konservativen Sohm stärker die „energische Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes“ betonte — übrigens gegen Naumann: „Jeder Ruck nach links reißt mir den finanziellen Boden weiter unter den Füßen weg“ (91) — und eine die Haltung der Gewerkschaften verteidigende Politik anlässlich des Hamburger Hafentarbeiterstreiks (109 ff.) und der Zuchthausvorlage (114 ff.) durchsetzte. Auch das

Koalitionsrecht wurde — in radikal-liberaler Haltung zwar — verteidigt (116). Die Reichstagswahlen von 1898 und 1903 verdeutlichten endgültig, daß der Verein keine reale soziale Basis besaß. Die klassenpolitische „Zwitterstellung“ (100) zahlte sich nicht aus. Nach der Reichstagswahl von 1903, die eine vernichtende Niederlage brachte, löste sich der Verein auf.

Die Untersuchung Düdings liefert eine umfassende Darstellung einer wichtigen, weil ideologisch bis heute nachwirkenden, liberalen Parteigruppierung, die ihre Bedeutung auch für künftige Untersuchungen des Liberalismus erweisen wird. Sein sozialhistorischer Ansatz, der einerseits die besondere Situation des Liberalismus als bürgerlicher Emanzipationsbewegung umgrenzen will und andererseits den historischen und sozialen Standort des Nationalsozialen Vereins in den Klassenauseinandersetzungen der wilhelminischen Zeit sondiert, greift jedoch insofern zu kurz, als er weder nach der konkreten sozialen Trägergruppe des Vereins (nach Geldgebern, Wählern, Einflüssen anderer Interessengruppen) — von einzelnen Beispielen abgesehen — noch nach den tieferen Ursachen der spezifischen politischen Emanzipationsbestrebungen des deutschen Bürgertums fragt. Sieht man gemeinhin die Kompromisse von 1848/49 und 1866 als Meilensteine veränderter bürgerlicher Emanzipationsbestrebungen (wie auch Düding in leicht modifizierter Form anzunehmen scheint), so ließe sich dagegen die Frage erheben, ob nicht die bürgerliche Emanzipation in dem gegen Parlamentarisierung und soziale Demokratisierung und Emanzipation gerichteten historisch-politischen System (wie es etwa durch die Reichsverfassung von 1871 strukturiert und durch den inneren Kampfkurs Bismarcks geprägt wurde) die von Düding einleitend beschriebene Entwicklung nehmen mußte, da die gesellschaftlichen Antagonismen infolge der Behauptung der alten Eliten, der entwickelten und zahlenmäßig bedeutenden Arbeiterbewegung sowie des in verschiedenste Interessenrichtungen tendierenden Bürgertums in entscheidendem Maße kompliziert wurden und keineswegs dichotomisch waren.

Während die politische Arbeiterbewegung ihre Aufgabe nicht zuletzt darin sah, politische Zielvorstellungen des Bürgertums zu verwirklichen und bisweilen sogar gegen Übergriffe zu verteidigen, soweit sie demokratisierend wirkten und damit auch der Arbeiterbewegung nutzten, mußte die bürgerliche Bewegung versuchen, den von links drängenden „Klassengegner“ zu neutralisieren und zu vereinnahmen, gegebenenfalls aber auch in der Auseinandersetzung mit den alten Eliten auszunutzen. Teile des nationalliberalen Bürgertums arbeiteten (vor allem in Preußen) mit dem z. B. von Max Weber durchaus benannten eigentlichen Klassenfeind zusammen, was letztlich dahin führte, daß die alten Herrschaftsinstrumente (Verwaltung, Diplomatie, Militär) bis zum Weltkrieg relativ unangefochten in junkerlich-aristokratischer Hand blieben. Der sowohl nach rechts wie nach links klassenkämpferische Linksliberalismus versuchte demgegenüber, zu einem liberal-sozialreformerisch geprägten Bündnis mit dem rechten Flügel der Sozialdemokratie zu gelangen.

Das Klasseninteresse verlangte freilich, die das Bürgertum gefährdenden Ansätze zu kappen bzw. abzublocken; dennoch war die Aufnahme einzelner sozialreformerischer Forderungen der Preis, der für die Chance entrichtet werden mußte, eine antikonservative Massengrundbasis zu erhalten. Daß man dieser Basis jedoch mißtraute, zeigen die plebiszitär-bonapartistischen Vorstellungen (vgl. etwa 82 f.), die hinter Naumanns Konzeption von „Demokratie und Kaisertum“ stehen. Diese Vorstellung heißt auch die Frage nach der nationalsozialenationalsozialistischen Kontinuität neu stellen, die Düding nur moralisierend (71) streift. Auch latent vorhandener Antisemitismus, Herrenvolk-Ideologie und darwinistische Konzeptionen weisen in diese Richtung. Ist der Nationalsozialismus u. a. nicht durch eine anti-emanzipatorische Massenaktivierung zu charakterisieren, die — unter anderem! — auch sozialreformerisch gerichtet zu sein vorgibt? In diesem Zusammenhang ist es von Nachteil, daß Düdings Untersuchung mit der Selbstauflösung bzw. Überführung des Vereins in die „Freisinnige Vereinigung“ endet; eine wenn auch nur skizzenhafte Darstellung der weiteren Wirksamkeit der Vereinsmitglieder wäre sicherlich ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Kontinuitätsproblematik gewesen.

H.-J. Puhle hat in seinen grundlegenden und methodisch vorbildlichen Untersuchungen über den agrarischen Konservatismus präfaschistische Elemente konservativer Ideologie herausgearbeitet und die Kontinuitätsfrage mit anderen neu gestellt. Zeigt Düding nicht ergänzend, daß sich ähnliche Elemente — allerdings in einer industriegesellschaftlichen Variante — in einer politischen Bewegung finden lassen, zu deren Vorsitzenden sich heute sozial-liberale Parteipolitiker und Gesellschaftstheoretiker bekennen? Diese Frage nach der kaum zu quantifizierenden Wirkungsgeschichte des Vereins soll jedoch nicht die Bedeutung Naumanns für die politische Emanzipationsbestrebung des Bürgertums im Kaiserreich leugnen, die z. B. auch — bei aller Kritik — von sozialdemokratischen Publizisten erkannt wurde. Naumann in methodisch sauberer, wenn auch immanent vorgehender, sich zuweilen zu sehr mit dem Untersuchungsobjekt identifizierender Weise in die Klassenauseinandersetzung des wilhelminischen Reiches gestellt zu haben, ist das Verdienst Düdings.

Peter Steinbach (Berlin/West)

Karis, Thomas, und Gwendolen M. Carter (Hrsg.): From Protest to Challenge — A Documentary History of African Politics in South Africa 1882—1964; Bd. I: Protest and Hope 1882—1934, bearb. von Sheridan Johns III, Hoover Institution Press, Stanford/Calif. 1972 (378 S., Ln., 66,50 DM); Bd. II: Hope and Challenge 1935—1952 by Thomas Karis, Hoover Institution Press, Stanford/Calif. 1973 (536 S., Ln., 61,90 DM).

Die Oxford History of South Africa begann eine allgemeine süd-afrikanische Historiographie, die die nichtweißen Bevölkerungsgrup-

pen als eigenständigen Faktor historischer Entwicklung sieht; mit der dokumentarischen Geschichte afrikanischer Politik wird die Edition der entsprechenden Quellen aufgenommen. Das Gesamtwerk ist auf drei Bände konzipiert und wird die Periode von 1882 bis 1964 umspannen. Der Titel soll die Entwicklung der afrikanischen Politik in dieser Zeit schlagwortartig charakterisieren.

Der erste Band erfaßt den Zeitraum von 1882 bis 1934 unter den Schlagworten: „Protest und Hoffnung“. Die von der Gründung der frühen modernen politischen Bewegung „Imbumba Yama Afrika“ im Ost-Kapland 1882 bis zur Reorganisation der weißen Parteien in der Weltwirtschaftskrise reichende Entwicklung ist in drei Perioden untergliedert: 1. Afrikanische Politik und das politische System vor der Unionsgründung, 1882—1909, 2. Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) entsteht: Verschärfter Protest und Appell an das Ausland, 1910—1920, 3. Neue Versuche zu wirkungsvoller Organisation und Repräsentanz, 1921—1934. Der Bearbeiter gibt für jeden der Teile eine Einführung, die kurz die allgemeine politische Entwicklung skizziert und dann näher auf die im jeweiligen Zeitabschnitt wirkenden Organisationen und Persönlichkeiten afrikanischer Politik und die für diese wesentlichen Probleme eingeht. In chronologischer Ordnung folgen Leitartikel aus von Afrikanern für Afrikaner herausgegebenen Presseorganen, Reden afrikanischer Politiker, Konferenzprotokolle, Aussagen vor Untersuchungsausschüssen über Probleme der nichtweißen Bevölkerungen, Petitionen, Resolutionen und Erklärungen, Auszüge aus Protest- und Wahlkampfschriften und politischen Analysen. Zur Orientierung sind im Inhaltsverzeichnis die Dokumente einzeln aufgeführt; Personen- und Institutionenindex erschließen Querverbindungen zu anderen Dokumenten und zum einführenden Text; eine Chronologie wichtiger Ereignisse hilft bei der zeitlichen Einordnung. — Die Herausgeber verweisen im Vorwort auf die immensen Schwierigkeiten, unter denen sie in einer gleichgültigen bis feindseligen Umgebung das Material in Südafrika sammelten, aus dem hier eine Auswahl veröffentlicht wird. Diese Sicherung und Veröffentlichung von Quellen, an deren Sammlung und Erhaltung das amtliche Südafrika kein Interesse hat, ist ein Verdienst der Herausgeber und ihrer Helfer im Lande, die es unter den herrschenden Umständen vorziehen müssen, ungenannt zu bleiben.

Politische Analyse und geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung finden reichhaltiges Material zu den — heute unglaublich bescheiden wirkenden — Emanzipationsforderungen afrikanischer und anderer nichtweißer Führer im Rahmen der Kapp-Politik vor 1910, zu dem Widerstand der Afrikaner und Kap-Farbigen gegen den mit der Ablösung der britischen Herrschaft verbundenen Ausverkauf nichtweißer Interessen durch die Unionsgründung, zu dem durchgehenden Protest gegen die Schmälerung afrikanischen Bodenbesitzes, Einschränkung der Bewegungsfreiheit etc. im Zuge sich verfeinernder Gesetzgebung zur Sicherung und zum Ausbau weißer ökonomischer und sozialer Privilegien bis hin zu den Versuchen parteilich-gewerk-

schaftlicher Organisation in der Industrial and Commercial Union (ICU) von Klements Kadalie, der in den 20er Jahren erstmals für eine kurze Zeit eine Mobilisation der afrikanischen Massen erreichte. Die Weltwirtschaftskrise, von deren Härte die Afrikaner stärker noch als alle anderen Gruppen getroffen wurden, und der Auftakt zur Durchsetzung scharfer anti-afrikanischer Politik mit der Vereinigung der großen weißen Parteien zu einer Sammlungsbewegung unter Hertzog und Smuts bilden den Abschluß dieses Bandes. — In der Eindringlichkeit ihrer Sprache, Rationalität der Argumente und Klarheit der Analyse wie im Appell an gefühlsmäßige Solidarisierung erscheinen viele der Dokumente über den Zweck wissenschaftlicher Forschung und politischer Analyse hinaus auch geeignet als Zeugnisse, mit deren Hilfe Interesse und Sympathie für die Forderungen der Afrikaner in Südafrika geweckt werden sollten. Die hier zu findenden Beispiele legitim und begründet gestellter Forderung nach Gleichberechtigung und Gerechtigkeit machen es erstaunlich, wie lange am Prinzip der Gewaltlosigkeit festgehalten und an Moral und Rationalität der weißen Herren appelliert wurde, so daß in unablehnbarer Konsequenz der heute beschrittene Weg gewaltsamer Befreiung zur einzigen noch bestehenden Möglichkeit wird.

Es sind jedoch auch einige gravierende Mängel zu nennen: Eine im Anhang angebotene allgemeine Skizze der neueren Südafrika-Literatur ersetzt nicht Quellen- und Literaturhinweise zu den einführenden Texten; eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen ist so nicht möglich, da die vorliegenden Arbeiten oft konträr sind und vielfach nur die lückenhafte Rekonstruktion von Vorgängen erlauben, während die vom Herausgeber unternommene Studie, die möglicherweise Aufklärung verschafft, noch unzugänglich ist. Die beigegebenen Indices und die allgemeinen Einführungen ersetzen nur teilweise Anmerkungen und Erläuterungen zu oft auch Spezialisten nur vage bekannten Namen, Begriffen und Vorgängen, so daß die Interpretation der Dokumente oft beträchtlich erschwert ist. Schließlich legt die Auswahl die Frage nahe, ob nicht die radikalen, revolutionär-proletarischen Persönlichkeiten und Ideen, die sich zum Beispiel im Pan-Africanist Congress der 60er Jahre artikulieren, stärker hätten vertreten sein müssen.

Drei Teile umfaßt der jetzt vorliegende 2. Band: Der Teil 1 stellt den Widerstand gegen die „Eingeborenenvorlagen“ der Regierung Hertzog-Smuts 1935 bis 1937 dar, von dem eine Wiederbelebung und Sammlung der afrikanischen politischen Bewegungen der Union ausging, die in der Gründung der „All African Convention“ (AAC) gipfelte. Der Teil 2 (für die Jahre 1937 bis 1949) dokumentiert die Auseinandersetzungen zwischen gemäßigten und militanten Strömungen des afrikanischen Nationalismus in und um den wieder erstarkten Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), in deren Verlauf sich die Jugendliga gründete und aus der das Programm direkter Aktionen von 1949 entstand. Am Rande sind wichtige Grundsatzdokumente außerhalb des ANC dargeboten. Der Teil 3 gilt dem einsetzenden gemeinsamen Widerstand aller nichtweißen Gruppen gegen die Anfänge der

afrikaansen Apartheidpolitik 1950—1952, der in der „Defiance Campaign“ den Höhepunkt findet. Chronologie, ein knapper Überblick über die Literatur. Namen und Institutionsindex bilden den Anhang. Wiederum ist jedem Teil eine allgemeine historische Einführung vorangestellt.

Anders als im ersten Band beschränken sich die Einführungen in die jeweilige Entwicklung für Teil 2 und 3 nicht auf knappe allgemeine Darstellungen, sondern sind detailliert informierende und sorgfältig belegte Aufsätze eigenen Gewichts. Und darin wird ausgeglichen, daß in der Dokumentation die nichtweißen Organisationen außerhalb und im Gegensatz zum ANC recht peripher vertreten bleiben und die radikaldemokratischen weißen und multirassischen Bewegungen ganz ausgeschlossen bleiben, denn in der Gesamtdarstellung wird wenigstens deutlich, daß auch sie wesentlichen Anteil an der Entwicklung politischen Bewußtseins im afrikanischen Nationalismus hatten. Auch in dem zweiten Buch sind die Dokumente sorgfältig ausgewählt. Fast alle sind bedeutsam für die aktuelle politische Diskussion um Südafrika. Wichtigster Punkt für die Beurteilung des Bandes sollte jedoch sein, daß er die Entstehung der Befreiungsbewegungen und das erste Auftreten heutiger politischer Führer der Afrikaner Südafrikas darstellt und damit zu wesentlichen Aussagen über diese Organisationen — auch in ihren konzeptionellen und persönlichen Differenzen — gelangt. Hans Detlef Laß (Hamburg)

Binder-Krauthoff, Kristine: Phasen der Entkolonialisierung. Eine Analyse kolonialpolitischer Relikte in Afrika auf der Grundlage historischer Prozesse in Ghana und der Elfenbeinküste. Verlag Duncker und Humblot, Berlin 1970 (185 S., br., 39,80 DM).

Tetzlaff, Rainer: Koloniale Entwicklung und Ausbeutung. Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutsch-Ostafrikas, 1885—1914. Verlag Duncker und Humblot, Berlin 1970 (309 S., br., 58,60 DM).

Nachdem die DDR-Forschung in den fünfziger Jahren angefangen hatte, die deutsche Kolonialgeschichte aufzuarbeiten, wofür die reichen Bestände des Potsdamer Archivs eine gute Basis boten, und ihr Augenmerk besonders auf Ostafrika und Südwestafrika (F. Müller, K. Büttner u. a.) richteten, beginnt nun auch die westdeutsche Forschung diesen Teil deutscher Geschichte kritisch zu analysieren. Das Buch des jungen Berliner Historikers Rainer Tetzlaff kommt fast gleichzeitig mit zwei anderen Studien heraus: John Iliffes, *Tanganyika under German Rule 1905—1912*, Cambridge 1969 und Detlef Balds, *Deutsch-Ostafrika 1900—1914*, München 1970. Vergleicht man diese drei Bücher untereinander, so gibt Iliffes Buch den systematischsten Überblick, Balds Buch mehr Details über die Entwicklung der Verwaltung in Deutsch-Ostafrika und Tetzlaff die gründlichste Analyse des Verhältnisses von europäischen Siedlern und afrikanischen

schen Arbeitern. Allen denen, die bis heute (so zuletzt der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Dichgans in „afrika heute“ 1972, Nr. 15) behaupten, daß die europäischen Siedler ein reiner Segen für die afrikanische Wirtschaft gewesen seien, zeigt Tetzlaff, daß der ständig steigende Bedarf der deutschen Siedler nach Arbeitern, die schlecht gepflegt, mißhandelt und ausgebeutet wurden, alle Ansätze einer „wohlmeinenden Fürsorgepolitik“ der deutschen Kolonialverwaltung zur bloßen Alibifunktion für die nackten Ausbeutungsinteressen des deutschen Imperialismus werden ließen.

Das interessanteste Kapitel des Buches ist zweifellos der 3. Teil über „Soziale Probleme in der Kolonie“. Hier wird das Selbstverständnis der Siedler als „Herrenschicht“ analysiert und die Ursachen des Maji-Maji-Aufstandes (1905—1907), der von tansanischen Historikern heute zu den wichtigsten Ereignissen der Geschichte Tansanias gezählt wird, weil man von daher ein antikolonialistisches, nationales Selbstbild entwerfen kann.

Die Reformpolitik Dernburgs und von Rechenbergs, die auch Iliffe relativ positiv beurteilt, wird von Tetzlaff auch in ihrer Begrenztheit gezeigt. Es war eben nicht möglich, eine „aufgeklärte Politik“ zu betreiben, ohne die Rechte der Afrikaner zu erweitern und sie vor der Ausbeutung durch die Siedler zu schützen. Von Rechenberg stand zwischen den nationalistischen Kolonialambitionen in Berlin und den egoistischen Interessen der Siedler in Ostafrika. Diesen Zweifrontenkrieg mußte er verlieren, zumal er selbst letzten Endes nur ein wohlmeinendes Patriarchat über die Eingeborenen anzubieten hatte.

Tetzlaff schreibt mit Recht in seiner Zusammenfassung, daß „das koloniale Mandat, dem Mutterland Profite zukommen zu lassen, nur auf Kosten der afrikanischen Bevölkerung erfüllt werden konnte. In dieser Hinsicht schlossen sich Kolonialpolitik und Humanität wechselseitig aus“ (282). — Ab und zu passiert es leider auch diesem kritischen Autor, die Terminologie der Siedler zu übernehmen („Mutterland“), was aber eher die Folge zu großer Nähe zu den Quellen ist, als eine Frage der Einstellung. Auch hier hätte wohl die in angelsächsischen Ländern übliche Einholung kritischer Anmerkungen von Fachkollegen vor Veröffentlichung der Studien als nützliches Korrektiv dienen können, um mehr Distanz zu den Quellen zu gewinnen. Diese Kritik soll jedoch den Wert der Studie nicht vermindern.

Kristine Binder-Krauthoff, eine Doktorandin von E. K. Francis, bringt in ihrer soziologischen Studie „Phasen der Entkolonialisierung“ keine neuen Informationen aufgrund von Quellenstudium, sondern versucht durch eine Sekundär-Analyse der Literatur über die Entwicklung Ghanas und der Elfenbeinküste ein „Ablaufmodell der Entkolonialisierung“ zu entwerfen.

Solche Modelle, seit Parsons und seinen Schülern sehr beliebt, aber auch kritisiert, haben den Vorteil, komplexe historische Zusammenhänge übersichtlich zu machen, ohne allerdings die Wirklichkeit je-

mals widerspiegeln zu können. So wird durch die Darstellung der Autorin die Verantwortung der Kolonialverwaltung für zentralistisch-bürokratische Systeme nach der „Unabhängigkeit“ afrikanischer Staaten und die parasitäre Funktion ihrer Eliten recht deutlich gezeigt. Andererseits aber ähneln solche Systeme insofern sehr stark juristischen Wirklichkeitsreduzierungen — wie Niklas Luhmann sie am eindrucksvollsten zu explizieren weiß — daß sie nach Herrschaftslegitimierungen recht formal fragen, aber den Zusammenhang von Theorie und Praxis nicht durch Analyse der gesellschaftlichen Widersprüche festmachen können (oder wollen).

Es werden zwar Organisationen, Verbände und Eliten und ihre Konflikte gekennzeichnet, aber das Interesse der Massen fällt weitgehend aus dem Schema heraus.

Folgerichtig meint die Verfasserin in ihrer Zusammenfassung (175) „Es mag verwundern, daß ‚Demokratie‘, ‚Diktatur‘ oder ‚Sozialismus‘ und ‚Kapitalismus‘ etc. nicht als abhängige Variablen eingeführt wurden. Solche Arten von Aussagen jedoch waren nicht Ziel der Analyse“. Wen soll das wundern? Gerhard Grohs (Berlin/West)

Schaefer, Jürgen: Deutsche Militärhilfe an Südamerika. Militär- und Rüstungsinteressen in Argentinien, Bolivien, Chile vor 1914. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1974 (310 S., Ln., 39,— DM).

Der Verfasser stellt seine Arbeit in den Rahmen der von Hallgarten, Fischer und Wehler ausgehenden deutschsprachigen Forschung zum Imperialismus vor 1914. Entsprechend ist sein methodisches Vorgehen: die Aussagen werden durch umfangreiches, nicht veröffentlichtes Quellenmaterial gesichert. Im wesentlichen stützt er sich auf die Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn und des Deutschen Zentralarchivs Potsdam — Quellen, mit deren Hilfe nicht minder eindeutig als mit der Krupp-Denkschrift „Erfahrungen im Kriegsmaterialgeschäft im Ausland“ die Mechanismen imperialistischer Militärpolitik bloßgelegt werden. Vielleicht durch die Fülle und das Gewicht dieses Materials verführt, beschränkt sich Schaefer weitgehend auf die Darstellung der imperialistischen Metropole, und dabei wieder auf einen Aspekt, nämlich die „indirekt-informelle Herrschaft“ (Wehler) über die ökonomisch abhängigen Satelliten. So fruchtbar diese Einschränkung für die Erkenntnis der Funktionsweise imperialistischer Politik auch ist: außer Sicht bleiben bei Schaefer die allgemeinen Bedingungen für diese Art von Herrschaft in Südamerika. Sein Ausgangspunkt ist das Bedürfnis der deutschen Rüstungsindustrie vor 1914 nach Export ihrer Güter, für welche im Inland nicht genügend Nachfrage besteht, um die hohe Produktionskapazität auszulasten. Die Reorganisation der südamerikanischen Armeen zu Ende des 19. Jahrhunderts bietet zwar den unmittelbaren Anlaß für den Einstieg der deutschen Schwer-

industrie ins Südamerikageschäft, sie ist aber selbst sozialer Ausdruck einer tiefgehenden ökonomischen Umwälzung in Südamerika, in deren Folge verschiedene Länder des Kontinents zu führenden Rohstoffexporteuren der Welt werden. Auf diese ökonomischen Entwicklungsprozesse in Südamerika selbst geht Schaefer eben nur ganz am Rande ein. Ein Verzicht, der ihn darum bringt, die Gesamtheit imperialistischer Verwertungsbedingungen und -prozesse darstellen zu können, um dann *einen* Aspekt darin sinnvoll einzuordnen.

Die Militärpolitik des Deutschen Reiches gab für die Krupp, Löwe und Ehrhardt den eigentlichen Hebel zum Einstieg ins Südamerikageschäft ab: eine „Politik der langsamen ideologischen Beeinflussung ... im Sinne der Schaffung einer deutschfreundlichen, professionalisierten Elite“ in den südamerikanischen Armeen (81), die ohnehin im Begriff waren, nach europäischem Vorbild durch die Professionalisierung zu „Erziehungsinstitutionen“ des Staates gemacht zu werden. Die zahlreichen nach Südamerika (u. a. nach Chile, Argentinien und Bolivien) als Militärinstruktoren entsandten preußischen Offiziere initiierten und kontrollierten die „prusificacion“ von 7 der 10 südamerikanischen Armeen. Da diese Offiziere z. T. in sehr kurzer Zeit zu einflußreichen militärischen und auch politischen Positionen im „Gastland“ aufstiegen, vermochten sie dem vor 1885 sozial bedeutungslosen Offizierskorps zu gesellschaftlich-politischem Einfluß zu verhelfen und trugen so zur Durchdringung der südamerikanischen Gesellschaften mit deutsch-militaristischem Gedankengut bei. Einen noch intensiveren Effekt hatte die Ausbildung südamerikanischer Offiziere in Deutschland. Ein hoher Prozentsatz vor allem der chilenischen und argentinischen Offiziere erhielt in preußischen Truppenteilen und Kriegsakademien ideologisches und militärisches Rüstzeug; Offiziere, die in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg entscheidende politische Funktionen innehatten bzw. wie im Fall Uriburus in Argentinien, im Fall Ibañez' in Chile faschistische Militärdiktaturen errichteten, waren vor 1914 in die deutsche Lehre gegangen. Die so durch das „Zusammenspiel der deutschen Militärbehörden einschließlich des Kaisers und der deutschen Diplomaten auf der einen und der deutschen Rüstungsindustrie auf der anderen Seite“ (151) betriebene Militarisation einer Anzahl von südamerikanischen Republiken legte den Grundstein für die Eroberung der Waffenmärkte des Kontinents durch die deutschen Rüstungskonzerne. Es blieb — und darin stellt sich dem Verfasser richtig der Sinn des ganzen Unterfangens dar — nicht nur bei den Waffenmärkten: bis 1913 war Deutschland nach Großbritannien der wichtigste Handelspartner Südamerikas geworden und nahm schon Mitte der 30er Jahre dank der ungebrochenen Kontinuität der deutschen Politik wieder die gleiche Position ein: „Die deutsche Regierung hatte mit ihrer Militärpolitik nicht nur ein wirksames Mittel gefunden, die gegenseitige Sympathie zu steigern (was sich in der Neutralitätspolitik einiger lateinamerikanischer Staaten während der Weltkriege bezahlt machte, P. M.), und nicht zuletzt die deutschen Kapital- und Handelsinteressen, insbesondere die der Schwer- und Rüstungsindu-

strie zu fördern, ohne die Konkurrenten aus Europa und den USA durch dieses indirekte Vorgehen (im Gegensatz zum direkten in China 1897, Venezuela 1902 und Marokko 1911, P. M.) eine Möglichkeit zur Bekämpfung des fortschreitenden deutschen Einflusses zu geben“ (180).

Dem Einsatz gleicher Mittel zur Erreichung gleicher Ziele durch den Weimarer und den Nazi-Staat widmet Schaefer einen besonderen Abschnitt. Jedoch macht dieser Ausblick — wohl entsprechend der Imperialismus-Definition Mommsens und Wehlers — 1945 halt. In nur einem Satz werden die USA als die Nachfolger der deutschen Politik in Südamerika vorgestellt (214). Dabei zeigt doch die vorliegende Arbeit der Forschung, die sich seit E. Lieuwens „Arms and Politics in Latin America“ mit der Rolle des Militärs in Lateinamerika beschäftigt, daß der lateinamerikanische „Militarismus“ nicht als Produkt exotischer Verhältnisse, sondern wesentlich als Exportartikel der imperialistischen Metropolen zu werten ist, als ein Mittel, die Abhängigkeit der Satelliten weiterhin aufrechtzuerhalten. Und daß die BRD zu diesen Exporteuren zu zählen ist, hob noch einmal der bayrische Innenminister bei seinem Besuch in Chile im August 1974 mit dem Verweis auf die „traditionell freundschaftlichen Beziehungen beider Staaten auf militärischem Gebiet“ deutlich hervor.

Peter Meisenberg (Köln)

Mai, Joachim: Das deutsche Kapital in Rußland 1850 — 1894. Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Band 4. Hrsgg. von Prof. Dr. Johannes Schildhauer. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1970 (255 S., Ln., 35,— M).

Dieser bislang detailliertesten Untersuchung zum Problem des deutschen Kapitalexports nach Rußland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts liegen Archivmaterialien des zaristischen Finanzministeriums und der wichtigsten Petersburger Aktienhandelsbanken sowie Akten der Regierungen Preußens und des Deutschen Reichs über den Wirtschaftsverkehr mit dem zaristischen Reich zugrunde; außerdem hat der Verfasser Restbestände der Archive der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, der Berliner Börse, weiter zahlreiche Betriebsarchive in der DDR und die zeitgenössische russische und deutsche Wirtschaftspresse ausgewertet.

Mai weist aufgrund dieses außerordentlich reichhaltigen Quellenmaterials überzeugend nach, daß für die rasch wachsende, teilweise bereits hochkonzentrierte und mit dem Bankkapital verschmolzene deutsche Industrie der Waren- und Kapitalexport in das ökonomisch weniger weit entwickelte zaristische Reich, in dem sich die organische Zusammensetzung des Kapitals auf einem niedrigeren Niveau befand und die industriellen Produktionskosten in der Regel weitaus geringer, die Verkaufspreise hingegen sehr viel höher waren als in Deutschland,

eine ständige Quelle für hohe Extraprofite bedeutete. Besonders stark waren die Positionen des deutschen Kapitals im russischen Eisenbahnwesen — hierhin flossen allein in den Jahren 1865 bis 1876 417 Mio. Rubel (900 Mio. Mark) (61, 222). Aber auch im Bankwesen, in der Erdölindustrie, dem Bergbau, der metallverarbeitenden Industrie, der chemischen Industrie, der Textil- und der Gasproduktion sowie im Handel gab es bedeutende deutsche Investitionen. Insgesamt belief sich der deutsche Kapitalexport in den Jahren 1850 bis 1894 auf rund 1 Mrd. Rubel (mehr als 2 Mrd. Mark) (225), so daß das deutsche Kapital unter den ausländischen Beteiligungen lange Zeit den ersten Rang innehatte; erst Mitte der neunziger Jahre wurde es von dem französischen und belgischen Kapital überflügelt.

Die politischen Folgen des deutschen Kapitalexports bestanden in einer Absicherung der zaristischen Autokratie, die wirtschaftlichen Folgen in einer beschleunigten Kapitalkonzentration und Monopolbildung in Rußland und Deutschland sowie einer Entwicklung der Produktivkräfte in den profitbringenden Anlagesphären. Eine allseitige und kontinuierliche Entfaltung der Produktivkräfte in Rußland wurde jedoch durch den Rückfluß der Gewinne und die Schuldentrückzahlungen der zaristischen Regierung an das ausländische Kapital verhindert; ebenso verzögerte sich die Entwicklung einer eigenständigen russischen Industrie. Die Studie geht auch an verschiedenen Stellen auf die Lage der Arbeiterklasse in den deutschen Unternehmen ein. In dem transkaukasischen Kupferbergwerk Kedabeg, das 1864 von den Brüdern Siemens für nur 77 000 Rubel erworben wurde, verdiente um die Jahrhundertwende ein Hauer, an dessen Arbeitsplatz Temperaturen von 32 bis 40° herrschten, während einer achtstündigen Schicht 1 Rubel. Die Sortierarbeiten besorgten 12 bis 15jährige Jungen, die 45 bis 60 Kopeken am Tag verdienten. Die Wohnungen der Arbeiter bestanden durchweg aus Erdhöhlen (96 f.).

Gert Meyer (Marburg)

Glasneck, Johannes: Kemal Atatürk und die moderne Türkei. Mit 22 Abbildungen und 4 Karten. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1971 (334 S., Ln., 11,80 M).

Aus folgenden Gründen verdient das Leben und Werk Mustafa Kemal Atatürks heute noch ein gewisses Interesse: Einerseits beziehen sich fast alle politischen Gruppierungen in der heutigen Türkei in ihrer Politik auf das Vermächtnis Atatürks: Die illegale Türkische Kommunistische Partei in ihrer Forderung nach antiimperialistischer Außenpolitik und freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion, ebenso wie die Generäle, die mit ihrem Ultimatum vom 12. März 1971 unter Berufung auf das Vermächtnis Atatürks die Regierung Demirel zum Rücktritt zwangen und die parlamentarische Demokratie faktisch beseitigten. Welche politische Richtung entspricht dem Vermächtnis Atatürks?

Andererseits äußert sich die Misere der bürgerlichen Geschichtsschreibung auf einem kaum anderen Gebiet anschaulicher als in den Biographien über Atatürk. Diese oft eklatanten Geschichtsfälschungen trugen zur widersprüchlichen Auslegbarkeit des Werkes von Atatürk erheblich bei. Während in den ausländischen Biographien dem Leser mal ein „grauer Wolf“, mal ein „zweiter Tschingis-Chan“ oder „Geist auf dem Pferderücken“ vorgestellt wurde, war der offiziellen türkischen Geschichtsschreibung stets daran gelegen, Atatürk, was wörtlich Vater der Türken heißt, so zu überliefern, daß er diesem Namen genügt. Diesem Anliegen widersprechende Dokumente wurden verboten, so z. B. die Memoiren seines Kampfgefährten aus dem Befreiungskrieg, Kazim Karabekir Paschas. Wie nun die Autoren Leben und Werk Atatürks deuteten, hing von ihrem politischen Standpunkt ab. So wollte z. B. einer der bekanntesten Atatürk-Biographen, Dagobert von Mikusch, sein Werk — in über sieben Sprachen übersetzt — als eine „stille Mahnung“ an das deutsche Volk verstanden wissen, um dem „langersehnten Führer“ den Weg zur Macht zu ebnen. Wie ist die historische Rolle Atatürks einzuschätzen? Ist er einer jener „großen Männer, die Geschichte machen“, oder geschah es auch in seinem Falle so, wie Friedrich Engels schrieb, „daß der Mann sich jedesmal gefunden (hat), sobald es nötig war“? Von einer neuen: Atatürk-Biographie eines DDR-Autors erwartet der Leser primär eine Antwort auf diese Fragen.

Glasneck stellt im vorliegenden Buch Atatürk als einen national-bürgerlichen Revolutionär vor: Er organisierte nach der Niederlage des Osmanischen Reiches und der Besetzung der Türkei durch die Entente-Imperialisten und ihrem griechischen Helfer den antiimperialistischen Befreiungskampf und führte ihn bis zum siegreichen Ende; er ersetzte das feudal-klerikale osmanische System durch ein bürgerlich-kapitalistisches und praktizierte als Präsident der jungen Republik eine Politik der sozialen Reformen im Innern, des Friedens und der Unabhängigkeit nach außen.

Diese Feststellungen sind keine neuen Erkenntnisse für die Geschichtsforschung. Was den bürgerlich-kapitalistischen Charakter der kemalistischen Revolution und die Frage anbetrifft, warum sie sich nicht in eine sozialistische transformierte, bleiben die Ausführungen Glasnecks ohne Originalität: Das durch die Entmachtung feudalklerikaler Schichten entstandene Machtvakuum habe die traditionell-bürgerliche Militär- und Beamten-schicht ausgefüllt, da die Arbeiterklasse zu schwach gewesen sei. Auch Atatürk habe bürgerliches Klassenbewußtsein gehabt, trug er doch seit 1916 den Pascha-(General-)Titel. In dieser zentralen Frage bleibt die vorliegende Arbeit weit hinter dem mit der Analyse Kurt Steinhaus' (Soziologie der türkischen Revolution, Frankfurt a. M. 1969) erreichten Forschungsstand zurück.

Auffallend ist die betont positive Beurteilung des von Atatürk eingeschlagenen Weges im türkischen Befreiungskampf und der von ihm praktizierten Politik. Hier kommt die Tendenzwende in der

sowjetischen Geschichtswissenschaft zum Ausdruck, besonders in der Frage der Rolle Atatürks innerhalb der nationalen Befreiungsbewegung. Bei G. ist er nicht mehr der antikommunistische Diktator, wie ihn die Kommunistische Internationale zu seinen Lebzeiten bezeichnete, sondern ein Vorbild für die „Dritte Welt“ auf dem Wege der nichtkapitalistischen Entwicklung. Dieser Tendenzwende ist es wohl zuzuschreiben, daß die von zahlreichen Autoren kritisierten Seiten Atatürks bei G. nicht auftauchen oder in einem ganz anderen — positiven — Licht erscheinen. G. führt aus, daß Atatürk die Kandidatenlisten zu den Wahlen zur Nationalversammlung selber zusammengestellt habe. Er führt dies jedoch auf die damalige Gefahr einer Konterrevolution zurück und lehnt die These ab, daß Atatürk ein Diktator gewesen sei: Höchstens ein Diktator wider Willen! (221 f.). Auch die Kommunistensäuberungen, die übrigens immer nur am Rande erwähnt werden, erklärt — oder besser: entschuldigt — G. damit, daß Atatürk schließlich ein national-bürgerlicher Revolutionär gewesen sei.

Überhaupt unzureichend sind die Ausführungen über die Funktion der türkischen Linken in der kemalistischen Revolution. G. begnügt sich hier mit kurzen Randbemerkungen, wobei selbst solche hervorragenden Führer wie Sefik Hüsnü unerwähnt bleiben. Dies enttäuscht um so mehr, als in der bereits vorliegenden Literatur diese Kapitel der türkischen Geschichte besonders vernachlässigt worden sind und G. zudem im Vorwort verspricht, die Veröffentlichungen der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung während der Lebzeiten Atatürks sowie die Forschungsergebnisse der sowjetischen Geschichtswissenschaft zu berücksichtigen, die sich „schon seit langem intensiv mit der neuesten türkischen Geschichte und dem Platz, den Kemal Atatürk darin einnimmt“ (7 f.) beschäftigt.

G. geht auf die Auseinandersetzung zwischen den „Kemalisten“ und den Partisanenführern über die Frage ein, ob die damals bestehenden Partisanentruppen ausgebaut oder durch eine neue reguläre Armee ersetzt werden sollten. Er erkennt auch zutreffend, daß die Entscheidung zugunsten der regulären Armee den Charakter des antiimperialistischen Kampfes — national-bürgerlich, statt sozialistisch — geprägt hat. Überraschenderweise befürwortet er jedoch diese Entscheidung und verschweigt dabei, daß die türkischen Kommunisten und die Kommunistische Internationale für den Ausbau der Volksmiliz gekämpft haben. Die Abberufung des Kommandeurs der Südwest-Front, Ali Fuad Pascha, begründet G. fälschlicherweise mit dessen Niederlage in einer Schlacht. Atatürk führt jedoch in seiner „Großen Rede“ aus, daß er diesen Schritt deshalb unternommen habe, weil Ali Fuad die Idee des Partisanenkrieges zu sehr beherrzt und mit dem berühmten Partisanenführer Tscherkesse Ethem sympathisiert habe. Als Ali Fuad von der Front nach Ankara kam, wurde er von der Bevölkerung als ein Volksheld gefeiert, und Atatürk mußte ihn als Botschafter nach Moskau schicken, um seinen starken Einfluß auf den Befreiungskampf zu behindern. Er war kein Schlachten-Verlierer, wie G. behauptet.

Was den erwähnten Führer der 1. Fliegenden Kolonne, Tscherkesse Ethem, anbetrifft, so lief dieser, von den regulären Truppen geschlagen, schließlich zum Feind über, um sich nicht der regulären Armee Atatürks zu unterstellen. Es wurde nun wiederholt behauptet, daß dieser mächtige Partisanenführer unter dem starken Einfluß der Kommunistischen Internationale gestanden habe und einen Gegenpol zu Atatürk im Befreiungskampf bilden sollte. Auf diese diffamierenden Behauptungen geht G. überhaupt nicht ein und bemerkt lediglich: „Doch die Regierung der Großen Nationalversammlung benutzte Ethems Verrat, um einen vernichtenden Schlag gegen die linken Kräfte zu führen“ (148).

So knapp über die türkische Linke, so ausführlich berichtet G. über die antiimperialistische Solidarität zwischen den Kemalisten und den Bolschewiki. Doch ein dunkles Kapitel dieser Beziehungen wird auch von ihm nicht erhellt: die Armenien-Frage. Kazim Karabekir Pascha, Kommandeur der türkischen Ostarmee an der Armenien-Front, berichtet in seinen bereits erwähnten Memoiren von einem Geheimabkommen zwischen Ankara und Moskau, welches ihn daran gehindert habe, im Herbst 1920 das gesamte Armenien zu besetzen. Vielmehr habe er einen Teil dem Einmarsch der Roten Armee überlassen müssen. Bei G., der diese Memoiren nicht kennt — leider hat er die türkischsprachige Literatur nicht berücksichtigt — finden wir folgende, wenig überzeugende Version: „Türkische Militärs wie Karabekir sahen in den Armeniern Erbfeinde, die es zu vernichten gelte. Die sowjetische Regierung forderte Ankara verschiedentlich auf, nicht zu den Waffen zu greifen, und bot sich als Vermittler an ... Am 28. September jedoch ging die türkische Ostarmee zum Gegenangriff ... über. Die türkischen Streitkräfte eroberten in diesem Feldzug das Gebiet von Kars und Ardahan ... Ein neuer bewaffneter Aufstand des armenischen Volkes unter Führung der Bolschewiki, der am 29. November begonnen hatte, blieb diesmal siegreich. Das armenische Revolutionskomitee bat Lenin um Hilfe, und am 2. Dezember nahmen die Aufständischen mit Hilfe von Teilen der 11. Roten Armee Jerewan ein“ (158 f.).

Über die historische Rolle Atatürks als Führer der türkischen Revolution schreibt G. abschließend: „Daß es gerade Mustafa Kemal war, lag daran, daß er über den stärkeren Willen und die größere Weitsicht verfügte als eine Reihe anderer Personen, die durchaus auch diesen Platz einnehmen könnten“ (300). Zu dieser zutreffenden Feststellung gelangt der Leser jedoch nicht bei der Lektüre des Buches. Vielmehr gewinnt man den Eindruck, daß die türkische Revolution nicht erfolgreich gewesen wäre ohne Mustafa Kemal Pascha. Immerhin heißt es über seinen Tod: „Mit Atatürk wurde auch die heroische progressive Periode der bürgerlich-nationalen Befreiungsbewegung der Türkei zu Grabe getragen“ (297).

Trotz dieser Einwände gehört die vorliegende Biographie zu den diskutablen in der deutschsprachigen Literatur.

Sefik Alp Bahadır (Berlin/West)

Soziale Bewegung und Politik

Brandes, Volkhard: Die Krise des Imperialismus. Grenzen der kapitalistischen Expansion und der Wiederaufbau der Arbeiterbewegung. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1973 (106 S., br., 6,— DM).

Schon der Untertitel deutet die Intention des Verfassers an: er will nicht nur in die imperialismustheoretische Diskussion eingreifen, sondern auch in der Kontroverse um eine revolutionäre Strategie neue Standpunkte markieren. Mit der Verschärfung der Klassen- gegensätze in den imperialistischen Ländern (98) sieht Brandes Chancen für eine Rekonstruktion der Arbeiterbewegung heraufziehen. Um diese Prognose abzusichern, versucht er die wesentlichen Veränderungen in der ökonomischen und sozialen Struktur des Nachkriegskapitalismus aufzuzeigen (7). Dabei geht es ihm vordringlich um die von manchen Imperialismustheoretikern (z. B. Jalée, Magdoff) bejahte Frage, ob die Entwicklung des Kapitalismus im Weltmaßstab zur Herausbildung eines Generalkartells tendiert, das die immanenten Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise weitgehend neutralisiert und damit wesentliche Krisenfaktoren auszuschalten vermag (20 f.), so daß — wie es bis Ende der sechziger Jahre den Anschein hatte — dieses System nur noch durch äußere Faktoren gefährdet wird.

Der unerwartete Nachkriegsaufschwung ging mit der Wiederherstellung eines funktionsfähigen Weltmarktes einher. Bereits in dieser Phase war die Weltwirtschaft durch das wachsende Gefälle zwischen den einzelnen kapitalistischen Industriestaaten einerseits sowie diesen insgesamt und der „Dritten Welt“ andererseits gekennzeichnet. Der damit einhergehende Kampf um die Aufteilung der Einflußsphären verschärfte sich mit dem rapiden „Anwachsen des europäischen und japanischen Kapitalextorts und dem relativen Rückgang der Macht des US-Auslandskapitals“ (46 f.). Brandes will zeigen, daß die vielfach behauptete Herrschaft des amerikanischen Kapitals in Westeuropa und Japan faktisch nicht existiert (26 f.) und daß von einer imperialistischen Integration unter amerikanischer Suprematie keine Rede sein kann (41). Auch die EWG, deren Gründung die Konkurrenz auf dem Weltmarkt weiter verschärfte, scheint gegen interimperialistische Friktionen nicht unbedingt gefeit zu sein. An dieser zunehmenden Verschärfung der Weltmarktkonkurrenz, an den Weltwährungskrisen und an der Inflation demonstriert der Verfasser, daß die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals schließlich trotz internationaler Kapitalverflechtung und zwischenstaatlicher Vereinbarungen in die globale Krise des Kapitalismus zu münden droht. Im Gegensatz zu anderen Autoren meint Brandes, daß langfristig weder Staatsinterventionismus noch Rüstungsproduktion diese Entwicklung aufhalten können.

Da Brandes die Kumulation der in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen selbst angelegten Widersprüche für die prima causa der weltweiten Krise des Kapitalismus hält, argumentiert er stringent, wenn er betont, daß die Zukunft des imperialistischen Systems letztlich von der ökonomischen und politischen Entwicklung in den Metropolen abhängt. Deshalb schließt er auch aus, daß „externe“ Faktoren wie die Existenz der „Dritten Welt“ und die Ausweitung des sozialistischen Lagers destruktiv auf das imperialistische System einzuwirken vermögen. Die Tatsache, daß die „Dritte Welt“ partiell noch immer zum Internum des kapitalistischen (metropolitanen) Akkumulationsprozesses gehört und ihn bedingt, woraus die Interdependenz von Entwicklung und Unterentwicklung erwächst, ist für Brandes' Argumentation kaum von Bedeutung. Er fragt vielmehr, ob die „Dritte Welt“ durch ihre nationalen Befreiungsbewegungen die ökonomische und politische Abhängigkeit abstreifen und dem imperialistischen System als antagonistische Welt bedrohlich gegenüber treten kann. Selbst für den Fall, daß in diesem Lager proletarische Revolutionen siegen, glaubt Brandes diese Frage kategorisch verneinen zu müssen. Im Gegenteil: die Bedrohung, die dem Kapitalismus potentiell von der Peripherie her erwachsen könnte, werde um so illusorischer, je mehr nicht nur die rückentwickelten Länder insgesamt in Abhängigkeit zu den Metropolen geraten, sondern je umfassender auch die Kontrolle werde, die das imperialistische System über die sozialistischen Länder erlange (10, 21, 73).

Hier (84) unterläuft dem Verfasser im Eifer der zuvor ansonsten durchaus plausiblen Stalinismus-Kritik ein bedenkllicher Lapsus. Ohne mit entsprechenden Fakten aufzuwarten, egalisiert er die strukturelle Abhängigkeit, die für die Situation der rückentwickelten Länder kennzeichnend ist, und die Abhängigkeit der sozialistischen Länder vom Weltmarkt. Nur weil er in die Intentionen der kapitalistischen Länder, via Osthandel die Rohstoffquellen des sozialistischen Lagers unter Kontrolle zu bringen und deren sozio-ökonomische Struktur den eigenen Bedürfnissen anzupassen, gleich den Erfolg mit hineininterpretiert, kann er leugnen, daß die Existenz des Sozialismus — neben anderen Faktoren — die Stabilität des kapitalistischen Systems gefährdet. Auch wenn der historischen Kritik des Autors an der inneren Entwicklung der sozialistischen Länder und an ihren Außenbeziehungen in einigen Punkten beizupflichten ist, muß ihm doch andererseits entgegengehalten werden, daß Tendenzaussagen von solchem Gewicht ohne adäquate empirische Basis der imperialismustheoretischen Diskussion abträglich sind. Brandes begnügt sich damit, die sozialistischen Länder als Staatsbürokratien zu etikettieren und einer reaktionär-etatistischen Außenpolitik zu bezichtigen; welche Faktoren nun aber exakt den etablierten Sozialismus so disponieren, daß er dem Einfluß des imperialistischen Systems auch strukturell unterliegt und damit definitiv als Katalysator der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus ausscheidet, erfährt der Leser nicht.

Das Resümee der vorliegenden Studie lautet: die Zukunft des Kapitalismus wird sich in den Metropolen selbst entscheiden. Da weder die verelendeten Massen in den rückentwickelten Ländern noch die sozialistischen oder kommunistischen Parteien außerhalb des kapitalistischen Lagers auf dessen Entwicklung einzuwirken vermögen, kommt nur das Proletariat in den Metropolen als Träger der gesellschaftlichen Umwälzung in Betracht. So bestimmt Brandes diese Prognosen stellt, so vage bleibt doch sein Ausblick auf die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung: „Sollte in absehbarer Zeit eine neue sozialistische Partei entstehen, so wird diese nicht direkt aus einer der bereits existierenden linken Organisationen hervorgehen, sondern das Resultat der Vereinigung heute noch zersplitterter linker Gruppen und Fraktionen im Prozeß der Entfaltung der Klassenkämpfe wie auch einer wachsenden Polarisierung zwischen systembejahenden und potentiell revolutionären Kräften in den reformistischen Massenorganisationen sein“ (97). Frank Niess (Heidelberg)

Benedict, Hans-Jürgen: Von Hiroshima bis Vietnam. Eindämmungsstrategie der USA und ökumenische Friedenspolitik, Sammlung Luchterhand, Darmstadt/Neuwied 1973 (323 S., br., 9,80 DM).

Die weitgehend durch die antikommunistische Eindämmungsstrategie der USA bestimmte Epoche der Nachkriegsgeschichte „wird in der vorliegenden Untersuchung kontrastiert mit dem Versuch des Ökumenischen Rates der Kirchen, durch eine an dem Modell der internationalen Rechtsordnung orientierte Friedenspolitik korrigierend auf diese Eindämmungsstrategie einzuwirken“ (9 f.). Gestützt auf die Erkenntnisse der „revisionistischen“ Historiographie in den Vereinigten Staaten (Williams, D. Horowitz, Kolko u. a.), zeichnet der gleichermaßen geschichtswissenschaftlich kompetente und theologisch versierte Autor ein Bild jener Epoche amerikanischer Außenpolitik, die mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki begann, mit der Instrumentalisierung der Vereinten Nationen für die amerikanische Strategie und der militärisch-politischen Einkreisung der sozialistischen Länder durch die Vereinigten Staaten ihren Fortgang nahm und vorerst mit dem Bombenterror der USA gegen die Zivilbevölkerung Nordvietnams im Dezember 1972 einen Höhepunkt erreichte.

Der Verfasser zeigt auf, wie die Vereinigten Staaten aus der antifaschistischen Kriegsallianz ausscheren und — unter den Maximen der traditionsreichen Open Door Policy (zusammenfassend 174) — zur globalen antikommunistischen Eindämmungsstrategie übergingen. Daß sie unter dem rhetorischen Deckmantel der containment-Politik und unter den unverfänglichen Auspizien der — faktisch allerdings von ihnen dominierten — Vereinten Nationen in Wirklichkeit alles daran setzten, um die Expansion ihrer Einflußsphäre zu erwirken, weist Benedict am Verlauf des Koreakrieges nach. Nicht

von ungefähr stellt er diesen Konflikt im Rahmen einer breitangelegten Fallstudie in den Mittelpunkt seiner Untersuchung. Läßt sich doch daran aufgrund der günstigen Quellenlage und dank der Evidenzen, die neuere historische Forschungen dem Wust von antikommunistischen Kreuzzugsparolen, Friedensdeklamationen und politischen Akten abgewonnen haben, mit einem Höchstmaß an Präzision beweisen, daß das Grundaxiom der amerikanischen Außenpolitik der Nachkriegszeit — ihr sei das Gesetz des Handelns durch die ständige Expansion und Infiltration des Kommunismus gegen die „freie Welt“ aufgezwungen worden — der Tatsachen entbehrt. Schließlich charakterisiert der Autor die amerikanische Intervention in Indochina, die mit der Finanzierung der französischen Kriegführung durch die USA Anfang der fünfziger Jahre begann (198) und mit der „Vietnamisierung“ des Konflikts unter der Nixon-Administration nur scheinbar zu Ende ging — denn gleichzeitig fand eine Ausdehnung und barbarische Intensivierung des amerikanischen Bombenkriegs statt — als Bestandteil der Eindämmungsstrategie.

Während die im Ökumenischen Rat zusammengeschlossenen Kirchen in der Anlaufphase des Kalten Kriegs noch ganz auf die Verrechtlichung der internationalen Politik gesetzt (50) und z. B. die Polizeiaktion der UNO gegen Nordkorea gutgeheißen (71), folglich also beim damaligen Stand der Dinge die amerikanische Position unterstützt hatten, distanzierten sie sich zu Beginn der siebziger Jahre um so deutlicher von der Außenpolitik der Vereinigten Staaten, je krasser der Widerspruch zwischen der missionarischen Rhetorik und der imperialistischen Praxis dieser Politik wurde. Im gleichen Maße, wie die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg anwuchs, verstärkte sich die Opposition der Kirchen gegen die amerikanische Intervention.

Zwar vermag der Autor durch seine Darstellungsweise die Reaktionen der nichtstaatlichen internationalen Organisation (INGO) Ökumenischer Rat auf eine systematische und rigide Machtpolitik wie die amerikanische gleichsam oszillographisch festzuhalten. Die Antwort auf die Frage aber, wie sich denn nun der Anteil dieser Organisation an der friedensfördernden Substruktur, welche die INGOS in ihrer Gesamtheit „innerhalb des durch Droh- und Gewaltpolitik gekennzeichneten internationalen Systems“ (10) bilden, konkret historisch bemißt, bleibt er — von einigen vorsichtigen Spekulationen abgesehen (z. B. 246) — dem Leser schuldig.

Frank Niess (Heidelberg)

Laqueur, Walter: Europa aus der Asche. Geschichte seit 1945. Axel Juncker Verlag, München/Zürich/Wien 1970 (459 S., Ln., 29,50 DM).

Der Autor, der in London das mit der „Wiener Library“ vereinigte „Institute of Contemporary History“ leitet und gleichzeitig in Boston als Professor der Brandeis University Politikwissenschaft und Ideen-

geschichte liest, ist unbefangen und ehrgeizig genug, die erste Darstellung der Geschichte Europas seit Kriegsende zu wagen, die nicht nur die politische, sondern auch die gesamte soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklung des Kontinents erfaßt. Um die uferlose Fülle des Stoffs in den Griff zu bekommen, zertrennt der Autor schon formal, was er als kohärente Entwicklung zu durchleuchten beabsichtigt: er behandelt einleitend die frühe Nachkriegszeit bis zum Ende der Stalin-Ära, wendet sich im folgenden Kapitel den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungstendenzen zu, um dann auf die gesonderte kulturgeschichtliche Analyse einen weiteren Abschnitt zur politischen Geschichte von 1953—1969 folgen zu lassen. Jeder dieser vier Teile wiederum ist nach chronologischen, sachlichen und politisch-geographischen Gesichtspunkten aufgliedert. Dieser Modus procedendi geht nicht nur auf ein methodisches Dilemma zurück, sondern reflektiert zugleich die geschichtswissenschaftliche Position des Verfassers: die historiographischen Verbindungslinien zwischen den verschiedenen Entwicklungstendenzen sind rar, weil Laqueur ihre Interdependenz offenbar nicht zu sehen vermag. Der Anspruch einer all-dimensionalen Geschichtsbetrachtung, der im Zuschnitt der Materie steckt, täuscht darüber hinweg, daß der Autor Geschichte im herkömmlichen Sinne schreibt. Wie sehr der Autor der Tradition der bürgerlichen Geschichtswissenschaft verhaftet ist, demonstriert er vor allem in seiner Analyse der politischen Entwicklung Europas seit 1945. Es fällt nicht nur auf, daß er die Haupt- und Staatsaktionen in den Mittelpunkt seiner Betrachtung stellt, sondern er verfällt ebenso wie die meisten Vertreter der konservativen Historikerzunft dem Hang zum Personalisieren und Psychologisieren. Während er die Charaktere und Handlungen der Staatsmänner und Diplomaten, die seit der Konferenz von Jalta für die europäische Politik verantwortlich zeichneten, ausführlich beschreibt, handelt er die sozialen und ökonomischen Triebkräfte der jüngsten Geschichte nur beiläufig ab. Da er sich hierbei auf die quantitative Bestandsaufnahme, die Wachstumsanalyse und die formalistische Organisations- und Institutionssoziologie kapriziert, ist er außerstande, den Rahmen herkömmlicher sozialgeschichtlicher Interpretationen zu sprengen. Mit der Apologie der kapitalistischen Produktionsweise und der bürgerlichen Gesellschaft verbindet sich bei Laqueur ein Antikommunismus, der zwar hier und da konvergenztheoretisch oder „postideologisch“ aufgezügelt ist, der insgesamt aber dennoch die antiquierten militanten Züge trägt. Seine grundsätzlichen antikommunistischen Ressentiments bewegen den Autor dazu, alles, was die bürgerliche zeitgeschichtliche Literatur zur Rechtfertigung der westlichen Position im Antagonismus der Systeme an Klischees aufgeboten hat, ungeprüft zu übernehmen. In der vorliegenden Darstellung des Ost-West-Konflikts fehlt weder die These vom ständigen sowjetischen Expansionismus (z. B. 54), noch läßt sie das totalitarismustheoretische Verdikt über die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten vermissen (z. B. 78). Daß der kalte Krieg dem Westen von der Sowjetunion aufgezwungen wurde (106), ist für Laqueur ebenso unumstößliche Gewißheit wie die

Behauptung, daß die einseitigen deutschlandpolitischen Maßnahmen der westlichen Alliierten notwendige defensive Reaktionen auf illegitime sowjetische Vorstöße waren. Auch für den historiographischen Umgang mit der antikapitalistischen Opposition in den westlichen Ländern hat der Autor die sattsam bekannten Klischees zur Hand. Entweder diffamiert er diese Bewegung als ferngesteuert und genuin orthodox, oder er würdigt ihre politische Bedeutung herab, indem er — wie im Falle der Studentenrevolte — zu ihren Motivationen biologische Bedürfnisse (205), Langeweile und Frustrationen (263) zählt.

Enttäuscht wird jedoch nicht nur der politisch und sozialgeschichtlich interessierte Leser, sondern auch derjenige, der Laqueurs Monographie in die Hand nimmt, um daraus Aufschlüsse über die kulturgeschichtlichen Entwicklungstendenzen in Europa nach 1945 zu gewinnen. Mehr als eine tour d'horizon, die platt und undifferenziert die wichtigsten philosophischen, literarischen und anderen künstlerischen Strömungen streift, wird ihm nicht geboten.

Das Prädikat, das Laqueurs Buch verdient, muß auch aus zwei formalen Gründen ungünstig ausfallen. Zum einen legt der Autor eine journalistische Nonchalance an den Tag, die — verstärkt durch die sprachlichen Mängel der Übersetzung — dem wissenschaftlichen Anspruch abträglich ist, und zum anderen enthält die Darstellung eine Fülle von Datierungsfehlern (z. B. 92, 101, 107, 249, 344) und anderen falschen Informationen (z. B. 109, 111 f., 352, 361).

Frank Niess (Heidelberg)

Hax, Karl, u. Willy Kraus (Hrsg.): Industriegesellschaften im Wandel. Japan und die BRD. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1970 (251 S., br., 5,80 DM).

Der deutsche und japanische Kapitalismus weisen in ihrer Entwicklung auffällige Gemeinsamkeiten auf (relativ späte, dann aber rasche Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise bei gleichzeitiger Beibehaltung halbfeudaler, obrigkeitsstaatlicher politischer Herrschaftsformen, Diskrepanz zwischen ökonomischer Potenz und imperialistischen Expansionsmöglichkeiten, daraus resultierend eine auf Neuverteilung der Welt gerichtete Politik usw.), die sich vor 1945 im Militärbündnis zwischen strukturell sehr ähnlichen Herrschaftssystemen und nach 1945 in der Entwicklung von Satelliten der USA zum Konkurrenten des nordamerikanischen Kapitalismus, in einer langanhaltenden Hochkonjunktur während der Rekonstruktionsperiode und tendenziell abnehmenden Zuwachsraten nach dem Fortfall dieser Sonderbedingungen ausdrücken. Einen Vergleich der gegenwärtigen Systeme anzustellen, ist also eine durchaus sinnvolle Fragestellung.

Der vorliegende Sammelband will die Ergebnisse einer „deutsch-japanischen Wirtschafts- und Sozialtagung“, die im Oktober 1969 an der Universität Bochum stattfand, einer breiteren Öffentlichkeit be-

kanntmachen. Die Beiträge stammen größtenteils von Professoren der Wirtschaftswissenschaft aus der BRD und Japan. Außerdem verfaßten einen Beitrag der Geschäftsführer des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften und der Geschäftsführer des Deutschen Industrieinstituts. Es geht um Wirtschaftswachstum, Einkommens- und Beschäftigungsstruktur, soziale Sicherung, „Arbeitgeber-/Arbeitnehmerbeziehungen“, Unternehmensführung und Entwicklungshilfepolitik.

Die Beiträge entsprechen in Terminologie, Fragestellung, Methode und Resultat der Funktion, die Wirtschaftswissenschaft im gegenwärtigen Kapitalismus hat. D. h. sie enthalten zwar allerlei informative Angaben, da diese Wissenschaft ja nicht nur ideologische Funktion hat, sondern zugleich Instrumente zur Bewältigung ökonomischer Probleme bereitstellen soll und also einen gewissen Bezug zur Realität haben muß. Nur geht es eben um die Bewältigung im Interesse des Kapitals, und entsprechend sind Fragestellung und Methode ausgerichtet. Freilich kommt auch die Komponente der Verschleierung nicht zu kurz.

Als „wichtigste Voraussetzung“ für hohes Wachstum gilt „das Vorhandensein von Unternehmerpersönlichkeiten“, daneben ein bestimmter „Volkscharakter“, der „großen Arbeitswillen“ und „Nationalbewußtsein“ hervorbringe (187 f.). Daß auch auf japanischer Seite hier Sachwalter der herrschenden Klasse sprechen, kommt etwa in der Klage zum Ausdruck, der „Arbeitswille der Mehrheit des Volkes“ und das „Sendungsbewußtsein der führenden Schichten“, auf denen das Wirtschaftswachstum der Vorkriegszeit beruht habe, drohe heute verloren zu gehen. Aus dem „Streben nach reinem Lebensgenuß“ erwachse „die Gefahr, daß Arbeitswille und Arbeitsbereitschaft stark absinken“ (16 f.). Vom desolaten Zustand der Schulen, Krankenhäuser und Wohnungen, von der enormen Umweltzerstörung, vom Mietwucher, vom Elend der Rentenempfänger und dergleichen profanen Dingen in Japan ist nicht die Rede. Sie stehen im scharfen Kontrast zu den imposanten Zuwachsraten und zeigen, wem diese abgepreßt wurden und wer den Nutzen davon hatte.

Immerhin wird deutlich, daß die Periode des „Wirtschaftswunders“, die auch in Japan — infolge ähnlicher Bedingungen wie in der BRD — die fünfziger Jahre prägte, durch ein „deutliches Absinken der Lohnquote“ gekennzeichnet war, d. h. durch eine besonders hohe Ausbeutungsrate (48), daß weiter die „Nivellierungstendenzen“ sich nur auf die Einkommen der Lohnabhängigen beziehen, während bei den Selbständigen eine „Zunahme der Einkommenskonzentration“ stattfand (58), die durch die staatliche Finanzpolitik begünstigt wurde, und daß schließlich die hohe Ausbeutungsrate in Japan ermöglicht wird durch die stark patriarchalische, quasi-feudale Struktur der Industriebetriebe, die ein hohes Maß an persönlicher Abhängigkeit der Arbeiter bedingt.

Leider entwickelt auch der Gewerkschaftsvertreter (Heinz Markmann) keine wissenschaftliche Alternative zu den übrigen Autoren. Er begreift die „parlamentarische Demokratie als die Staatsform der

pluralistischen Gesellschaft“, das „Regelsystem, an das die sozialökonomischen Gruppen und ihre Organisationen gebunden sind“, als grundsätzlich richtig und nur im Detail „verbesserungsbedürftig“ und die „wachsende Verteilungsgerechtigkeit“ als das Hauptproblem (131 f.). Daß die ungleiche Verteilung der Produkte ihre Ursache in der ungleichen Verteilung der Produktionsmittel und der kapitalistischen Organisation der Produktion hat, wird nicht einmal erwähnt; die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften, die — konsequent genommen — genau auf diesen Kern sozialer Herrschaft zielen, sind hier unterschlagen. Reinhard Kühnl (Marburg)

Tibi, Bassam: *Militär und Sozialismus in der Dritten Welt. Allgemeine Theorien und Regionalstudien über arabische Länder.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1973 (347 S., br., 9,— DM).

Der Band enthält vier Kapitel, die den Anspruch haben, Theorie und empirische Forschung zu verneinen, um zu einer historisch orientierten Analyse zu gelangen (8). Das ausführliche Anfangskapitel beschäftigt sich mit Referierung sozialwissenschaftlicher Entwicklungstheorien amerikanischer und „sowjetmarxistischer“ Herkunft, die als Grundlage für die Konstruktion militärsoziologischer Theorien dienen. Tibi konzipiert hier eine Konformität zwischen den amerikanischen auf der einen und den „sowjetmarxistischen“ militärsoziologischen Ansätzen auf der anderen Seite und kommt zu der Schlußfolgerung, daß die beiden Erklärungsversuche nicht die tatsächliche Rolle des Militärs in den Transformationsprozessen in den Ländern der Dritten Welt zu bestimmen vermögen. Deshalb versucht er, „ein eigenes Interpretationsmuster zu entfalten, das auf allgemeinen, historisch gewonnenen Begriffen beruht“ (8). Auf dieser Basis versucht er, seine Regionalstudien (Kap. 2—4) durchzuführen. Das zweite Kapitel befaßt sich vorwiegend deskriptiv mit der geschichtlichen Entwicklung des Militärs im Osmanischen Reich, in Ägypten des 19. Jh. und in Marokko und Algerien unter dem Kolonialsystem. Das dritte Kapitel ist der Untersuchung der Rolle des Militärs in Ägypten seit 1952 gewidmet. Ein Exkurs über das Agrarexperiment in Tunesien soll als Vergleich zwischen nicht-militärischem und Militärregime dienen. Das vierte Kapitel, das sich mit der aktuellen Entwicklung in Ägypten „unter der Herrschaft des Militärs“ und deren Verflechtung mit einigen Militärregimen in den arabischen Ländern befaßt, soll die These Tibis untermauern, „daß die militärische Herrschaft in diesen Ländern eine fortschrittliche soziale Transformation verhindert“ (9). — Aufgrund des Umfangs und der zahlreichen Einzelprobleme, die das Buch Tibis in sich birgt — der größte Teil ist bereits in Aufsatzform erschienen —, beschränkt sich die folgende Besprechung auf Tibis allgemeinen theoretischen Ansatz.

Schon in dem Vorwort des Buches formuliert Tibi seine Hauptthese: „Das Militär gilt in der amerikanischen Entwicklungssoziologie

als Träger des sozialen Wandels. Interessanterweise wird dem Militär in der sowjet-marxistischen Literatur eine ähnliche Funktion zugeschrieben: Die Militärs werden als national-revolutionäre Kraft dargestellt und als Träger der ‚national-demokratischen‘ Revolution, die die Entwicklungsländer auf einem ‚nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg‘ zum Sozialismus führe“ (7). Um diese These zu erhärten, referiert Tibi zunächst die amerikanische Modernisierungstheorie: Die dominierende These sei, daß das Militär als „Subjekt des Modernisierungsprozesses und als Avantgarde des sozialen Wandels“ angesehen wird (12). Die Funktion des Militärs werde der Modernisierungstheorie anhand der Kategorien „Traditionalismus“ und „Modernismus“ untersucht, und die Militärs würden als „modernisierende Elite“ bestimmt (15). Die Modernisierungstheorie ist primär „als Handlungstheorie konzipiert, die sich auf die nicht-ökonomischen Bedingungen der Industrialisierung konzentriert, so daß der Prozeß des sozialen Wandels, in dessen Verlauf die ‚traditionelle‘ Gesellschaft in eine ‚moderne‘ transformiert wird, als ein Prozeß der Transformation von Norm- und Wertsystemen erscheint, die nicht weiter abgeleitet werden“ (15). Die Geschichte werde so auf einen Prozeß der Modernisierung reduziert (16). „Als Produkte der Modernisierung werden ausgegeben: zunehmender Universalismus der Wertorientierung, stärkerer Individualismus, Demokratisierung, Leistungs- und Zweckorientierung und zunehmender Grad von Rationalität“ (17). Tibi kommt zu der allgemeinen Einschätzung, daß der politische Stellenwert der Modernisierungstheorie darin liege, a) jede Entwicklung in der Dritten Welt außer der kapitalistischen auszuschließen, b) die Politik des Kolonialismus und Imperialismus zu verschleiern bzw. sogar durch seine angebliche Modernisierungsfunktion zu verherrlichen und c) durch die Hervorhebung der politischen Stabilität jeden revolutionären Wandel zu perhorreszieren (18).

Um die angebliche Konformität zwischen der amerikanischen und sowjetischen Sozialwissenschaft bezüglich der Funktion des Militärs zu beweisen, versucht Tibi im Abschnitt b (39) die sowjetischen Theorien vorzutragen. Auf knapp 12 Seiten (39—51) berichtet er über die Theorien der „nationaldemokratischen Revolution“ und des „nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges“, zieht Vergleiche zur amerikanischen Militärsoziologie und entwickelt schließlich hieraus seine These der Konformität der amerikanischen und „sowjetmarxistischen“ Interpretationen. Die Theorie des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges wird von Tibi oberflächlich und sogar verfälschend vorgetragen. Der Verfasser behauptet, daß die sowjetischen Autoren den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg als den einzig gangbaren für die Entwicklungsländer dargestellt hätten (40). In der Tat ist diese Deutung nirgendwo in der sowjetischen Literatur belegbar. Die lateinamerikanischen Staaten werden z. B. — aufgrund der sozial-ökonomisch und politisch herangereiften Bedingungen für eine relativ rasche sozialistische Umwälzung — in der Regel nicht unter die Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklung subsumiert. Darüber hinaus wird die Wahl des Weges für die afro-asiatischen Länder von

bestimmten ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen abhängig gemacht. Zwei Zitate des sowjetischen Autors V. L. Tjagunenko, dessen Arbeiten auch als Beweis für Tibis Argumentation herhalten sollen, verdeutlichen unsere Interpretation: „In den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien ist die sozialistische Revolution gewöhnlich Ergebnis der Vollendung der nationalen Befreiungsrevolution. In denjenigen dieser Länder, in denen die sozialökonomische und die politische Situation für den unmittelbaren Übergang der Macht in die Hände der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen günstig ist, können die nationaldemokratischen Aufgaben während des sozialistischen Aufbaus vollendet werden. Dort jedoch, wo die Bedingungen für den unmittelbaren Kampf um den Sozialismus noch nicht herangereift sind, kann die Vertiefung der nationaldemokratischen Revolution sich auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungswege vollziehen, der letztlich zum Sozialismus führt“ (Autorenkollektiv, Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern, Bd. 3, Berlin/DDR 1970, S. 289). Ferner schreibt V. L. Tjagunenko: „Die Aufstellung des Programms des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges bedeutet jedoch keineswegs, daß die Lösung der sozialistischen Revolution dort, wo dafür die notwendigen Voraussetzungen bestehen, zurückgenommen wird“ (Ders., a.a.O., S. 297). — Weiter behauptet Tibi, daß die Konstruktion des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges verdeutliche, „daß die sowjetische Entwicklungstheorie das Phasenschema der stalinistischen Philosophie übernommen hat, wonach es verschiedene gesellschaftliche Entwicklungsstadien, von der Sklavenhalter-Gesellschaft bis zum Kommunismus, gibt“ (41). Aber gerade die Konzipierung einer Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklung zeigt, daß die marxistische Unterscheidung der Gesellschaftsformationen nicht als dogmatisches Schema begriffen wird. Der Verfasser konstruiert demgegenüber die merkwürdige These, daß die Strategie der Sowjetunion im internationalen System durch die Modifikation des „Phasenschemas“, also durch die Entwicklung der Theorie des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges, legitimiert wird (42). Als Beweis führt Tibi die Hervorhebung der Notwendigkeit einer intensiveren wirtschaftlichen und politischen Beziehung zwischen den sozialistischen Ländern und den schwach entwickelten Ländern in der Konzeption des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges an (42). Es ist an dieser Stelle daran zu erinnern, daß die Ansätze der Theorie des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges auf Marx und Engels zurückgehen (vgl. z. B. die Aufsätze in MEW, Bd. 18, Berlin/DDR 1971, S. 556—567; 584—586 und 663—674 und Bd. 19, Berlin/DDR 1972, S. 107—112 und 384—406), wenngleich auch unter den Bedingungen der damaligen ungeteilten Herrschaft des Kapitalismus ihre Aktualität nicht groß war. Nach der Oktober-Revolution modifizierte Lenin diese Ansätze und gab bekanntlich den Anstoß für die Erforschung dieser Frage, indem er auf dem II. Kongreß der Komintern sagte: „die Kommunistische Internationale muß auch den Leitsatz aufstellen und theoretisch begründen, daß die zurückgebliebenen Länder mit Unterstützung des Proletariats der fortgeschrittensten

Länder zur Sowjetordnung und über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus gelangen können, ohne das kapitalistische Entwicklungsstadium durchmachen zu müssen“ (LW, Bd. 31, Berlin/DDR 1970, S. 232). Seither war diese These Gegenstand der Diskussion in der Komintern, vor allem auf dem VI. Kongreß (1928), wobei der Begriff „nichtkapitalistischer Entwicklungsweg“ explizit (von Kuusinen) eingeführt wurde. Daß aber die Diskussion darüber — bei der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Faschismus — unterbrochen wurde, dürfte auch für Tibi verständlich sein. Die Wiederaufnahme der Diskussion über die Möglichkeit der nichtkapitalistischen Entwicklung für gewisse Länder der Dritten Welt nach dem 2. Weltkrieg ist nicht auf die Legitimation der modifizierten Strategie der Sowjetunion zurückzuführen, wie Tibi behauptet (42), sondern vielmehr auf die historisch neu entstandenen ökonomischen, politischen und militärischen Bedingungen im Weltmaßstab: Zusammenbruch des Kolonialsystems, Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und nicht zuletzt die Erweiterung und Festigung des sozialistischen Weltsystems. — In der konvergenztheoretischen Sicht des Verfassers erscheint die Intensivierung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen der Länder des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges zu den sozialistischen Staaten als Satellitenverhältnis (42).

Die Referierung der Theorien über die „nationaldemokratische Revolution“ und den „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg“, deren Komplexität durch die auch noch verfälschende Heranziehung lediglich dreier Autoren keineswegs auch nur ansatzweise vermittelt wird, dient Tibi als Grundlage für die Bestimmung des Stellenwerts des Militärs in der sowjetischen Entwicklungstheorie. Schon der Titel dieses Abschnitts deutet auf die Entstellung der sowjetischen Forschungsergebnisse: „Das Militär als Träger der ‚nationaldemokratischen Revolution‘, die einen ‚nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg‘ impliziert: Die sowjetmarxistische Interpretation“ (39). Auch eine solche Behauptung findet man jedoch nirgendwo in der sowjetischen Literatur. Vielmehr wird ganz deutlich nach der sozialen und politischen Herkunft des Militärs differenziert und sein Stellenwert durch Berücksichtigung historischer, regionaler und sonstiger Bedingungen und Besonderheiten bestimmt. Ferner wird das Militär nicht schlechthin — wie Tibi behauptet (50) — als progressiv hingestellt. (Vgl. für viele: A. A. Iskenderow: Nationale Befreiungsbewegung — Probleme, Gesetzmäßigkeiten, Perspektiven, Berlin/DDR 1972).

Salim Ibrahim (Marburg)

Adler, Gerhard: *Revolutionäres Lateinamerika*. Eine Dokumentation. Ferdinand Schöningh, Paderborn 1970 (216 S., br., 10,80 DM).

Als Ausgangspunkt legt Adler seiner (nur unzulänglich als solche gekennzeichneten) Dokumentation die Feststellung zugrunde: „Der Ruf nach Revolution wird angesichts der Zustände in Lateinamerika

verständlich“ (17). Was aber ist „Revolution“? Dies sei „der vielschichtigste und undifferenzierteste Begriff des politischen Vokabulars“ (11). Diese „Begriffsverwirrung“ sei — wie Adler durchaus richtig konstatiert — dem Umstand geschuldet, daß angesichts der zugespitzten sozialen Verhältnisse in Lateinamerika kaum eine der politischen Richtungen unterschiedlichster Provenienz, die auf Massenwirksamkeit hoffen, auf das Attribut „revolutionär“ verzichten will. Die hierdurch beabsichtigte Wirkung ist bei Adler selbst sichtbar, da er in keiner Weise zur Klärung des Begriffs beizutragen vermag. Sein — allerdings nur knapp skizziertes — Revolutionsverständnis (15 f.) ist an sozialreformistischen und bürgerlichen „Modernisierungskonzeptionen“ orientiert und setzt das soziale „Hauptanliegen der Revolution“ mit den „Bemühungen zur Abschwächung der Klassengegensätze“ (15) gleich. Hierunter begreift er ein politisches Spektrum, das Kuba, Mexiko und Argentinien umfaßt und von Fidel Castro bis zu „Peróns faschistischem Programm“ (16) und der „Revolution in Freiheit“ eines Eduardo Frei reicht. Da dies alles gleichermaßen „revolutionär“ ist, gebührt letzterem der Vorrang, denn während Fidel Castro (ebenso wie Perón und dem von der Armee unterstützen ehemaligen brasilianischen Diktator Vargas) „die Demokratie (...) (kein) echtes Anliegen war und ist“ (16), setzt Frei „die Beteiligung der Gesamtbevölkerung am politischen Leben“ „an erste Stelle“ (16) — eine Behauptung, die seit dem chilenischen September nicht unbedingt an Glaubwürdigkeit gewonnen hat.

Entsprechend diesen in der Einleitung dargelegten Überlegungen ist die nachfolgende Dokumentation aufgebaut. Sie gliedert sich in achtzehn Komplexe, von denen jeder durch einen kurzen Kommentar erläutert wird. Hiervon sind zwölf kirchlichen (davon elf katholischen) oder kirchlich beeinflussten Richtungen, Gruppierungen und Organisationen gewidmet. Die Dokumente belegen zwar zum einen, daß sich auch die offizielle katholische Kirche dem Druck der gesellschaftlichen Situation nicht gänzlich verschließen kann; des weiteren zeigen sie, daß sich die sozialen Widersprüche auch in einer Polarisierung des christlichen Lagers zeigen, welche zur Entstehung einer Opposition vor allem aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften und des niederen und mittleren (vereinzelt auch des hohen) Klerus geführt hat. Andererseits dokumentieren die wiedergegebenen Materialien in der Mehrzahl solche Positionen, die (mit Ausnahme von Camilo Torres, dessen Programmatik trotz äußerlicher Militanz jedoch ebenfalls nicht über reformistische Ansätze hinausreicht) bei aller politischen Heterogenität christdemokratischen Reformkonzeptionen als bewußter Alternative einer sozialen Revolution verpflichtet sind. Expliziter Zweck der einseitigen, kirchliche Meinungen überbetonenden Gewichtung der Dokumentation ist es, den Eindruck zu beheben, „Castro und Guevara hätten das progressive Gedankengut für sich gepachtet“ (7; im gleichen Zusammenhang wird nebenbei der Mord an Che Guevara zur „Erschießung“ umgebogen).

Von den verbleibenden sechs Abteilungen der Dokumentation befassen sich drei mit der kubanischen Revolution, der Gründung der

Lateinamerikanischen Solidaritätsorganisation und „Guevaras Aufruf zum Aufstand der Dritten Welt“. Hierbei wird der 1970 bereits erkennbare Annäherungsprozeß der kubanischen Politik an die Sowjetunion und die mit ihr verbundenen sozialistischen Länder übergegangen und somit lediglich die in den sechziger Jahren noch vorherrschende Verabsolutierung der Erfahrungen der kubanischen Revolution aufgezeigt. Jeweils eine Abteilung behandelt die Ideologie der peruanischen „APRA“ (wobei der abgedruckte „Fajista-Kodex“ zwar einen Einblick in deren organisatorische und politisch-moralische Grundsätze vermittelt, aber keinerlei Auskunft über ihre politische und soziale Programmatik erteilt), „Chinas Konzept für die lateinamerikanische Revolutionsbewegung“ und den „offizielle(n) Moskauer Standpunkt zur revolutionären Entwicklung in Lateinamerika“. Läßt der Herausgeber den Auffassungen der „Peking-Rundschau“ immerhin noch vierzehn Seiten zukommen, so ist ihm die Position der Sowjetunion nur ein einziges Dokument und ganze sechs Seiten (inklusive des allerdings um Sachlichkeit bemühten Kommentars) wert. Die kommunistischen und sozialistischen Parteien wie die nichtchristlichen Gewerkschaften Lateinamerikas kommen überhaupt nicht zu Wort, was angesichts des Anspruchs, mit den „hier gesammelten Dokumente(n) (...) ein breites Panorama revolutionären Gedankenguts“ (7) zu vermitteln, doch erstaunen läßt.

Den Abschluß bilden ein statistischer Anhang zu den sozialen und wirtschaftlichen Zuständen Lateinamerikas (der kein Zahlenmaterial zur Eigentums- und Klassenstruktur enthält), eine kurze Chronologie zur lateinamerikanischen Geschichte seit 1791 und ein ausgewähltes Literaturverzeichnis, welches freilich sehr „ausgewählt“ ist und sich in der Angabe von Sekundärliteratur nahezu ausschließlich auf bürgerliche Darstellungen beschränkt. Jürgen Harrer (Marburg)

Breuer, Wilhelm M.: Sozialismus in Kuba. Zur politischen Ökonomie. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1973 (293 S., br., 14,80 DM).

Mit diesem Buch versucht Breuer die Summe aus seinen früheren Einzelanalysen der kubanischen Revolution zu ziehen und eine Gesamtdarstellung der sozialökonomischen Entwicklung Kubas vorzulegen, die von der Integration der karibischen Insel in das spanische Kolonialreich (1511) bis zur „Produktionsschlacht“ in der Gran Zafra, der großen Zuckerernte von 1970, reicht.

Seine Monographie, die ausdrücklich den Rahmen einer ökonometrischen Studie sprengt (4), gliedert er akkurat so auf, wie es der Stoff verlangt, soll die spezifische Problematik der Übergangsgesellschaft transparent werden. Um das Verständnis für die Ausgangsbedingungen der kubanischen Revolution zu fundieren, untersucht er im ersten Abschnitt zunächst die sozialökonomischen Konsequenzen, die sich aus dem kolonialen bzw. halbkolonialen Status Kubas unter spanischer bzw. (seit 1898) nordamerikanischer Herrschaft er-

gaben und zu den typischen Phänomenen der Abhängigkeit, Deformation und Unterentwicklung addierten. Bis 1959 stellte die kubanische Wirtschaft — dies ist Breuers Fazit — eine Exklave ausländischen Kapitals dar. Diese katastrophale Situation motivierte Fidel Castro und die „Bewegung des 26. Juli“, den Kampf gegen die korrupte Batista-Diktatur aufzunehmen, und eben dieses Elend — gepaart mit hemmungsloser Repression — erklärt auch, weshalb der Guerillakampf in der Sierra Maestra und die subversiven Aktionen bzw. Streiks in den Städten binnen zweier Jahre eine genügend breite soziale und politische Basis fanden, um mit dem Sieg der Rebellenarmee enden zu können.

Daß sich die kubanische Revolution, die bis dahin vor allem das politische Vermächtnis des Freiheitshelden José Martí, also die „Doktrin eines anarchisierenden Sozialismus“ (61) beschworen und die liberalen, sozialreformerischen und antiimperialistischen Grundsätze der Verfassung von 1940 propagiert hatte, ohne eine eigene konsistente Ideologie aus marxistischen Einsichten zu entwickeln, nach 1959 zusehends radikalisierte bis hin zur Proklamation ihres sozialistischen Charakters im Frühjahr 1961, erklärt Breuer im zweiten Teil seiner Studie zutreffend mit dem materiellen Entwicklungsgang der Revolution. (Damit desavouiert er jene bürgerlich-antikommunistischen Interpretationen (57 ff.), die diese Wende mit dem Odium des Verrats und der Verschwörung zu behaften suchen.) Nachdem die „nationale Einheit“ der Januartage des Jahres 1959 an der gesellschaftspolitischen Brisanz der ersten Agrarreform zerbrochen war, verschärfen sich bis Ende 1960 Zug um Zug mit weiteren Nationalisierungen die Klassenkonflikte innerhalb der kubanischen Gesellschaft und nahmen die von den USA ausgehenden Repressalien zu. Diese antagonistischen Prozesse „führten zum Wandel der sozialen Basis der Revolution und der ideologischen Positionen ihrer Führer“ (62).

Die sozialökonomische Transformation Kubas, die Breuer im dritten und vierten Kapitel seines Buchs „unter dem doppelten Aspekt der Veränderung der Produktionsverhältnisse und der Analyse der seit 1959 verfolgten Entwicklungsstrategien“ (1 f.) untersucht, mußte mit einer Beseitigung jener Entwicklungshemmnisse beginnen und fortschreiten, die vor 1959 die skandalöse Deformation der kubanischen Wirtschaft bewirkt hatten, als da in erster Linie waren: die eindimensionale Außenwirtschaftspolitik, die Eigentumskonzentration und die Hypertrophie des Zuckersektors, Faktoren, die nach sich zogen und wiederum stabilisiert wurden durch: beschränkte Exportmöglichkeiten, geringe Kaufkraft, geringer Mechanisierungsgrad in der Landwirtschaft, niedriges Qualifikationsniveau und niedrige Investitionsraten im industriellen Bereich (23 ff.).

Nachdem sie mit der Agrarreform und der Nationalisierung der meisten Industriebetriebe den unerläßlichen Übergang zu gesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen eingeleitet und Ansätze gesellschaftlicher Planung und Leitung entwickelt hatte, verfolgte die ku-

banische Revolution zwischen 1959 und 1963 eine Entwicklungsstrategie, die auf die Diversifizierung der Landwirtschaft und auf die forcierte Industrialisierung abzielte (93). Zwar erbrachte diese Strategie bis 1961 ein beträchtliches wirtschaftliches Wachstum, zumal immense ungenutzte Ressourcen aktiviert werden konnten. Das amerikanische Embargo, die Rohstoffabhängigkeit, das Ersatzteilproblem, das niedrige Ausgangsniveau der Produktivkräfte und die Defekte des Planungssystems fielen jedoch zu obstruktiv ins Gewicht, als daß die eigentlichen Ziele dieses Programms — die Beseitigung der Monokultur und die Importsubstitution — hätten erreicht werden können.

Deshalb entschloß sich die kubanische Regierung, umzudisponieren und eine neue Entwicklungsstrategie zu verfolgen: auf der Basis einer weiteren Expansion sozialistischer Eigentumsformen (131 ff.) verlagerte sich das Schwergewicht der Entwicklungspolitik ab 1964 „von der Industrie auf die Landwirtschaft, und hier erhielt der Zuckersektor als der traditionell exportorientierte Zweig der kubanischen Wirtschaft eine weitgehende Priorität“ (160). Schließlich spitzte sich diese Strategie, in der die Industriepolitik vornehmlich auf die Erfordernisse des Agrarsektors abgestimmt wurde (Elektrizität, Baustoffe, Erdöl, Düngemittel etc.), auf das durchaus auch politisch motivierte Ziel einer Zuckerproduktion von 10 Millionen Tonnen für das Jahr 1970 zu.

Die Gründe für das partielle Scheitern dieses Entwicklungsmodells versucht Breuer im letzten Kapitel seiner Arbeit zu bestimmen. Obwohl die Bilanz der sozialökonomischen Entwicklung Kubas bis 1970, die er darin aufmacht, erhebliche Defizienzen ausweist (so vor allem die Stagnation oder Reduktion der Pro-Kopf-Produktion), kann er doch einige bedeutende Fortschritte registrieren, die zusammen mit den vorläufigen Resultaten der seit 1970 verfolgten Reformansätze zu mehr Optimismus Anlaß geben, als Paul M. Sweezy und Leo Huberman 1969 zu zeigen wagten, als sie ihre zweite Monographie über die kubanische Revolution vorlegten: die Nivellierung der Unterschiede in den Lebenslagen, die Vollbeschäftigung und das Sozialversicherungssystem, ganz zu schweigen von der außerordentlichen Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Expansion des Ausbildungssektors (202 ff.).

Daß Breuer diese beiden Bereiche, die objektiv und aus der Sicht der Revolutionsregierung für die Transformation der kubanischen Gesellschaft konstitutiv sind, nur in einigen Marginalien abhandelt (204 f., 239 ff.), und daß er die Koexistenz der Planungsmodelle (Budget-Finanzierungs-System und wirtschaftliche Rechnungsführung) oder die Dominanz des einen oder anderen beschreibt, ohne die seit 1963 geführte richtungweisende theoretische Diskussion breit genug zu rekonstruieren, ist zum Inhaltlichen kritisch anzumerken. Zahlreicher sind die formalen Mängel (z. B. falsche Titelwiedergabe [60], falsche Datierungen [44, 61 f.], fehlende Anmerkungsziiffern im Text [241, 253] etc.), die auch der weniger pedantische Leser monieren wird.

Frank Niess (Heidelberg)

Cardenal, Ernesto: In K u b a. Bericht von einer Reise. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1972 (386 S., br., 24,— DM).

Im Sommer 1971 hielt sich Cardenal, Lyriker und katholischer Geistlicher aus Nicaragua, auf Einladung der Revolutionsregierung einige Wochen in Kuba auf. Er nutzte die Gelegenheit, sich ein authentisches Bild von der jüngsten Entwicklung der kubanischen Revolution zu machen, über die sich gerade damals eine Welle von Denunziationen ergoß. Das Zurückbleiben der Produktionsziffern in der Gran Zafra — der großen Zuckerernte von 1970 — hinter den hochgesteckten Erwartungen, der „Fall Padilla“ und die Verabschiedung eines neuen Arbeitsgesetzes im März 1971 wurden von der bürgerlichen Presse in der westlichen Welt zum willkommenen Anlaß und Vorwand genommen, um das neueste Stadium der kubanischen Revolution als stalinistischen Irrweg eines ehemals bemerkenswerten sozialistischen Modells zu diffamieren. Mit der Sensibilität des Literaten und in der kritischen Solidarität des Lateinamerikaners, der ermessen kann, was der Aufbruch einer Gesellschaft aus der Unterentwicklung bedeutet, sah sich Cardenal im kubanischen Alltag um, mit der Absicht, genau zu erfahren, wie sich dazu der Stalinismus-Vorwurf verhielt. Für ihn als Geistlichen und Schriftsteller lag es nahe, dies vor allem in kirchlichen und literarischen Kreisen zu tun. In vielen seiner Gespräche und Beobachtungen taucht die Frage auf, ob die kubanische Revolution das religiöse Leben mit Verfolgung und das künstlerische mit unerträglicher Repression bedroht habe. Beide Fragen muß er am Ende grundsätzlich verneinen. Mit zwei Einschränkungen allerdings. Die katholische Kirche, die zu den rückständigsten Lateinamerikas gehört, ist in die gesellschaftliche Isolation geraten, weil sie sich noch bis in jüngste Zeit als Sammelbecken für die im Lande gebliebenen antikommunistischen Kräfte angeboten hat. „Je sozialistischer die Revolution wurde, desto antirevolutionärer wurden die Katholiken, und daraus folgte, daß die Revolutionäre immer antireligiöser wurden.“ (291) Und im künstlerischen Bereich mußte Cardenal eine gewisse Revision der ursprünglichen Politik überall dort feststellen, wo die frühere „Entscheidung, die Ausdrucksfreiheit zu wahren, bis an die Grenze ging, wo sie zur Ausdrucksfreiheit der Konterrevolution“ wurde (so die kubanische Schriftstellerunion im Zusammenhang mit der „Affäre“ Padilla).

Cardenal will mit seinem Reisebericht allerdings nicht nur den Stalinismus-Verdacht entkräften, sondern auch aus eigener Anschauung schildern, welche Ergebnisse die strapaziösen Entwicklungskampagnen der vergangenen Jahre für die Kubaner gebracht haben. Da ihm die vorrevolutionären kubanischen Verhältnisse noch lebhaft in Erinnerung und die derzeitigen Verhältnisse in anderen lateinamerikanischen Ländern bestens vertraut sind, interessiert sich Cardenal besonders für die Fortschritte, die im Kampf gegen die Unterentwicklung erzielt wurden, und erst in zweiter Linie für die spezifischen Transformationsprobleme des sozialistischen Kuba. Po-

sitiv vermerkt der Autor vor allem, daß sich die Wohnsituation der Kubaner enorm verbessert hat, daß das Bildungswesen gewaltig expandierte und daß die medizinische Versorgung heute den Vergleich mit hochentwickelten Ländern ohne weiteres aushält. Obwohl Cardenal als offizieller Gast der kubanischen Regierung einige Privilegien genoß, ist ihm die allgemeine Knappheit an Lebensmitteln und anderen Konsumgütern keineswegs entgangen (etwa 21 ff.). Er berichtet ungeschminkt über die vielerlei Erscheinungsformen und Folgen des Mangels, aber er hält sich nicht larmoyant darüber auf. Vielmehr weiß er mit seinen zahlreichen kubanischen Gastgebern — Schriftstellern, Arbeitern, Studenten und Bauern — die Knappheit als den Preis zu verstehen, den die ganze kubanische Gesellschaft heute noch zu entrichten hat, um künftig in den vollen und selbstbestimmten Genuß ihrer Ressourcen zu kommen. Überhaupt ist dies der Vorzug von Cardenals Bericht, daß er den antisozialistischen Argumenten nicht nur quantitative Erfolgsbilanzen entgegenstellt, sondern daß er auch die qualitativen Sprünge in der sozioökonomischen Entwicklung recht genau beschreibt. Frank Niess (Heidelberg)

Brigada XX. Aniversario (Hrsg.): Reise nach Cuba. Tatsachen und Erinnerungen von Teilnehmern einer internationalen Arbeitsbrigade in der Provinz Habana. Freundschaftsgesellschaften West-Berlin — Kuba und BRD — Kuba, Berlin-West und Bielefeld o. J. (1974) (40 S., Großformat, br., 3,50 DM).

Diese Broschüre enthält den Erlebnisbericht einer westdeutsch-westberliner Arbeitsbrigade, die im Herbst 1973 sechs Wochen lang in Kuba weilte. Vor allem während ihres vierwöchigen Arbeitseinsatzes, aber auch während ihrer 14tägigen Rundreise durch die Insel, die ihnen viele Möglichkeiten bot, selbständig Erkundigungen einzuholen, führten die Brigadisten mit Kubanern aus den verschiedenen Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion zahlreiche Gespräche, von denen sie einige ausführlich wiedergeben, die anderen resümierend verarbeiten. Wenn es auch nicht die Absicht der Verfasser war, eine theoretisch fundierte sozialökonomische Studie vorzulegen, so ergeben sich doch aus den gut systematisierten Gesprächen und Beobachtungen mehr als nur Anhaltspunkte für ein wissenschaftliches Begreifen der kubanischen Entwicklung. Außerdem dokumentiert der Bericht selbstkritisch einen Lernprozeß der Autoren von utopischen Auffassungen zum Verständnis der realen Probleme der kubanischen Revolution.

Durch den ganzen Bericht zieht sich das Problem der Mobilisierung und Vervollkommnung der gesellschaftlichen Arbeit. Die Autoren fanden viele Indizien dafür, daß sich die Mehrheit der kubanischen Arbeiter aus eigener Einsicht ständig die Fähigkeit anzueignen versucht, industrielle Produktionsprozesse technisch zu beherrschen und ökonomisch anzuwenden, die Arbeiterklasse also nicht nur Objekt,

sondern auch Subjekt ihrer historisch notwendigen Disziplinierung ist. Die kubanische Führung sieht einen wesentlichen Bestandteil dieses Prozesses in der auf umfassender politischer und ökonomischer Schulung beruhenden Entwicklung der sozialistischen Demokratie, wozu die Verfasser eine Fülle von Informationen vorlegen. Vor allem in den Betrieben spielen Diskussionen mit Entscheidungskompetenz bereits jetzt eine erhebliche Rolle. Aber auch gesamtgesellschaftliche Entscheidungen werden von der Basis direkt beeinflusst, wie aus der von den Brigadisten miterlebten Diskussion um die — hier dokumentierten — Thesen des XIII. Gewerkschaftskongresses hervorgeht. So wird verständlich, daß sich die kubanischen Gesprächspartner eindeutig mit den Beschlüssen dieses Kongresses identifizierten.

Besonderes Interesse zeigten die Gäste aus der BRD und aus Westberlin an Problemen des Bewußtseins und des „neuen Menschen“. Viele Fragen beziehen sich auf das im Aufbau begriffene System materieller Hebel. Die Kubaner konnten ihre eigenen schmerzlichen Erfahrungen mit idealistischen Irrtümern ins Feld führen, aus denen sie gelernt haben, daß die Entwicklung der Produktivkräfte in einem sozialistischen Land langfristig nur gelingen kann, wenn die Produzenten in Industrie und Landwirtschaft spüren, daß ihre Anstrengungen zu einer Verbesserung ihres Lebensniveaus führen. Das überall angetroffene Selbstbewußtsein der kubanischen Arbeiter und ihre Identifizierung mit der Revolution sind nach den Beobachtungen der Berichterstatter darauf zurückzuführen, „daß die Kubaner täglich, aufgrund ihrer eigenen sinnlichen Erfahrungen, sich bewußt sind, daß dies *ihr* Land ist und nicht mehr den ‚misters‘ und den kubanischen Ausbeutern gehört“ (24). Worin diese täglichen Erfahrungen konkret bestehen, verdeutlichen die Worte eines Musikers: „Wenn man Dich in Deinem Land fragt, was die Revolution bei uns verändert hat, dann sage ihnen: Vor der Revolution hatten von 6 Mill. Kubanern ungefähr 1 Mill. genug zu essen, Kleidung, die Möglichkeit einer ausreichenden Schulbildung, feste Wohnungen, medizinische Versorgung, gesicherte Arbeitsplätze. Heute, 14 Jahre später, hat jeder der inzwischen 8,5 Mill. Kubaner zu essen, Kleidung, gründliche medizinische Versorgung, gute Schulen und alles das, was vorher ein Privileg von wenigen war“ (9). Die Berichte aus den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bestätigen diese Aussage. Sie machen sogar deutlich, daß selbst in der Phase der primären Akkumulation, selbst in einer durch Kolonialismus und Imperialismus verwüsteten Gesellschaft, viele materielle und psychische Bedürfnisse der arbeitenden Menschen schon bald besser befriedigt werden können als in den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern — vom alten Kuba und dem übrigen Lateinamerika ganz zu schweigen —, wenn die Anarchie des profitgelenkten Marktes ersetzt wird durch die bedürfnisorientierte gesamtgesellschaftliche Planung. Diese historischen Erfolge der kubanischen Revolution verführen die Autoren aber nicht dazu, die noch bestehenden großen, z. T. auf eigenen Fehlern, z. T. auf dem Erbe der Vergangenheit beruhenden Schwierigkeiten zu verschweigen.

Vor allem wegen der ökonomischen Blockade durch den Imperialismus wäre die schnelle Überwindung des Elends breiter Massen nicht möglich gewesen, hätte sich nicht die eigene Kraft der kubanischen Arbeiterklasse auf die Solidarität sozialistischer Staaten stützen können. Diese „echte Entwicklungshilfe“ (22) empfinden die Kubaner als Verpflichtung, ihrerseits allen Völkern zu helfen, die sich unter noch ungünstigeren Bedingungen gegen den Imperialismus behaupten müssen. Dieser aktive, hier mit zahlreichen Beispielen belegte proletarische Internationalismus hat eine wesentliche Triebkraft in der Einsicht der Kubaner in die ständige Bedrohung ihrer Leistungen durch den Imperialismus. Der Coup der internationalen Reaktion gegen das Volk von Chile hat bestätigt, daß Kuba nach wie vor auf internationale Solidarität angewiesen ist. Der Bericht der Brigada XX. Aniversario ist gut geeignet, bei uns das Verständnis der kubanischen Entwicklung als Voraussetzung für Solidarität zu fördern. Da er im Buchhandel nicht erhältlich ist, teilen wir mit, wo er gegen Voreinsendung von DM 4,— bestellt werden kann: Dagmar Wolf, 58 Hagen, Gertrudstr. 9. Bernd Schüngel (Berlin/West)

May, Elmar: Che Guevara. In Selbstzeugnissen und Bild-dokumenten. Rowolts Monographien, Hamburg 1973 (151 S., br., 4,80 DM).

Der Autor, der 1935 nach Südamerika emigrierte und dort mehr als dreißig Jahre verbrachte, hat sich — unangefochten von den wissenschaftlichen Erkenntnissen der vergangenen Jahrzehnte — seinen eigenen Reim auf die Stagnation und das Elend in den Ländern des Subkontinents gemacht: „Es ist erwiesen, daß sich die Unterentwicklung in den lateinamerikanischen und anderen Ländern nicht mit Begriffen wie Kapitalismus und Imperialismus erklären läßt. Sie stellt vielmehr das Ergebnis mannigfachen menschlichen und politischen Versagens während einiger Jahrhunderte dar. Die Sünden der Kolonisation und mannigfache Formen der Ausbeutung sind nicht zu leugnen, ebensowenig aber auch der nicht selten mangelnde Wille oder die unzureichende Bereitschaft der eingessenen Bevölkerung, den Lebensstandard zu heben“ (122). Die Zukunft Lateinamerikas — so urteilt May — liegt nicht im gewaltsamen Umsturz, sondern in „sorgfältig geplante[m] öffentlichem Einsatz . . . , verbunden mit sozialer Einstellung der wirtschaftlich starken Klassen“.

Von dieser Warte aus das Leben des Ernesto Che Guevara zu beschreiben, ohne das Politische biographisch zu reduzieren oder zu verfälschen, ist schwer möglich. Der Autor aber ist sichtlich um Konsistenz bemüht. Er rekonstruiert den Weg des jungen Guevara bis zu seiner ersten Begegnung mit den kubanischen Revolutionären um Fidel Castro in Mexiko, „dem sozialistisch verbrämten Staat und Freihafen für Revolutionsflüchtlinge“ (34), als die Odyssee eines von eskapistischer Abenteuerlust, karitativen Attitüden und Kompensationsgefühlen getriebenen Rebellen wider bürgerliche Moral und

Konventionen. Der zweite Abschnitt im Leben Ches, der am 25. November 1956 begann, als die Yacht „Granma“ mit 83 kubanischen Partisanen an Bord den mexikanischen Hafen Tuxpan mit Kurs auf Kuba verließ, und am 31. Dezember 1958 mit der Einnahme des wichtigen Verkehrsknotenpunktes Santa Clara durch die Rebellenarmee unter Guevara endete (46), firmiert bei May als „Guerillo-Abenteurer“ (37). Daß dieser pejorative Unterton und die aus anderen Darstellungen übernommene Version, wonach die Rebellenarmee fast nirgends auf ernsthaften Widerstand der demoralisierten Batista-Truppen stieß, der Absicht entspringen, die historische Bedeutung des kubanischen Befreiungskriegs zu bagatellisieren und seine soziale Verankerung in Abrede zu stellen, ist evident. Um so bemerkenswerter scheint es, daß der Autor mit dem Namen Che Guevara gerade jene Leistungen der Guerilla verbindet, die zu den wichtigsten sozialen und politischen Prämissen der kubanischen Revolution gehörten: agrarpolitische Instruktionen, infrastrukturelle Maßnahmen, administrative Neuerungen und medizinische Fürsorge (39 f., 45 f.). Das Organisationstalent, die Führungsqualitäten und die intellektuellen Fähigkeiten, die Che während dieser Phase der kubanischen Revolution erfolgreich unter Beweis gestellt hatte, reichten freilich nicht hin — so sieht es May —, um ihn für die Funktion eines „Generalmanagers“ zu befähigen, die er während der ersten Jahre nach dem Sturz der Batista-Diktatur neben Fidel Castro faktisch wahrnahm (53). Als Präsident der Nationalbank und als Industrieminister mußte Guevara versagen, weil er nie aus der Rolle des passionierten Dilettanten herauswuchs. Den Mythos, der sich um die letzten Lebensjahre und den Tod Che Guevaras rankt, moniert der Verfasser nur, um an anderen Legenden zu wirken. In Ungnade gefallen und — auch wegen persönlicher Rivalitäten mit Fidel Castro — aus Kuba exiliert, stürzte sich Che in das „kongolesische Abenteuer“ (87) und in sein letztes „Guerilla-Unterfangen“ (91) in Bolivien, weniger — so will es scheinen —, weil er den Sturz der Gewaltherrschaft intendierte, sondern weil er darin Chancen für seine persönliche Rehabilitierung und die praktische Erprobung seiner Revolutionsstrategie sah.

Da May mit nur wenigen und dünnen Strichen den theoretischen Beitrag Che Guevaras zur Revolutionsstrategie und Übergangsproblematik in dieses Lebensbild eines Gescheiterten einzeichnet, mag es nicht verwundern, wenn er schließlich ganz dem Hang zum Psychologismus verfällt und resümiert: „Es ist das dämonisch Treibende im Persönlichkeitskern des revolutionären Führers, daß er sich nicht als Einzelmensch fühlt, sondern als Träger eines historischen Zwangs. Che ist Opfer dieses Zwangs geworden“ (123 f.).

Frank Niess (Heidelberg)

Debray, Régis, und Salvador Allende: Der chilenische Weg.
Luchterhand Verlag, Neuwied 1972 (176 S., br., 7,80 DM).

Es gibt kaum eine tragischere Lektüre als die Niederschrift des Gesprächs, das Régis Debray — in Fragen der latein-amerikanischen

Revolution nicht nur theoretisch bewährt — mit Salvador Allende geführt hat, zu einem Zeitpunkt, als das chilenische Experiment sich der Zerreißprobe näherte. — Allende legt Wert auf die Feststellung, daß seine Partei, der Partido Socialista von Chile, nichts mit der europäischen Sozialdemokratie zu tun hat (76). Was man Sozialdemokratismus zu nennen gewohnt ist, ist dem Führer der Unidad Popular nicht zur Last zu legen. Er hat eine klare Vorstellung vom Klassenkampf und von der zwingenden Notwendigkeit, Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, Intellektuelle unter der Führung der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuterklassen zu einigen. Er weiß nur zu gut, daß Wahlsieg und Präsidentenamt nicht zu verwechseln sind mit der Eroberung der Macht: „Gegenwärtig ist das Volk an der Regierung, und seitdem kämpft es um die Macht, mit einem Programm, das der Unidad Popular ist, und mit einer Vorhut, die gebildet wird von zwei marxistischen Parteien, der Sozialistischen und der Kommunistischen (und zwei andern Parteien bürgerlicher Provenienz) . . . , wir haben eine Klassenregierung, weil die vorherrschende Ideologie in ihr die der arbeitenden Klasse ist“ (88). Allende sieht seine Regierung als Wegbereiter der Machtübernahme auf legalem Weg, als Instrument der Überwindung des bürgerlichen Staates. Die in der Verfassung vorgesehene Volksabstimmung werde das Zweikammersystem abschaffen, die Volkssouveränität, verkörpert in der *einen* Kammer, verwirklichen.

In einem modellhaft präzisen Essay, dem Interview vorangestellt, analysiert Debray die in der Geschichte Chiles tief verankerte bürgerlich-demokratische Tradition. Vor uns erhebt die klassische Fragestellung Lenins: Wer — wen? Allende glaubte die Bourgeoisie mit ihren eigenen Spielregeln matt setzen zu können. Debray zeigt mit großer Genauigkeit, wie die Bourgeoisie gerade diese Spielregeln zur Falle machte. Noch weiß Debray nichts vom tragischen Ausgang des gefährlichen Experiments. Aber er weiß, wie die Falle gestellt wird. „Das Schlüsselwort all dieser Debatten, die von der Bourgeoisie und ihren Kommunikationsmitteln behaglich zu einem nationalen Drama aufgebauscht werden, ist nicht die Revolution, oder die Gerechtigkeit, oder die Befreiung, oder das Proletariat, sondern die *Legalität* als Tabuwort, als obsessives Leitmotiv, als sichtbarer Einsatz“ (10). — So formuliert Debray, das komplexe Problem der Fehleinschätzung Allendes zusammenfassend. Nach Ansicht des Rezensenten ist jedoch Allende nicht vorzuwerfen, daß er versucht hat, die Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie für einen gewaltlosen Übergang zur Macht auszunützen. Die Einigung der demokratisch gesinnten Volksmassen, Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, Intellektuelle, christlich gesinnte Menschen, nationaldemokratisch denkende Teile der Bourgeoisie, war und ist unter den Bedingungen von Chile die Voraussetzung des Weges zum Sozialismus. Der Fehler Allendes war, daß er, aus Furcht, den Bruch der Legalität von seiten der Reaktion zu provozieren, die Möglichkeiten der Legalität nicht voll ausgenützt hat. Die Gemeindewahlen vom April 1971 zeigten eine steigende Popularität des Allende-Regimes. Eine Offensive in Rich-

tung auf Verfassungsänderungen (Einkammersystem) wäre vielleicht möglich gewesen. Die Gegner waren auf jeden Fall entschlossen, gestützt auf die CIA, Allende die Macht nicht auszuliefern. Aber der Zusammenstoß wäre 1971 aussichtsreicher gewesen als 1973. Es ist leicht, im nachhinein Kritik zu üben. Aber es scheint, daß Allende, in Verkennung der Entschlossenheit der Reaktion, die Offensive der Massen gebremst, die Vorbereitungen auf eine außerparlamentarische Konfrontation verzögert oder gar verhindert hat (vgl. dazu die Analyse von Paul M. Sweezy in „Monthly Review“ Nr. 7/74).

Gefragt, ob er sich je die Möglichkeit eines Bürgerkrieges vorgestellt, ob er ihn gefürchtet habe, antwortete Allende mit einem „Ja“, von dem nicht ganz klar ist, ob es sich auf die Möglichkeit eines Bürgerkrieges oder auf die Furcht vor ihm bezieht. Allende verweist seinen Gesprächspartner auf die Ermordung des Generals Schneider am Vorabend der Kongreßentscheidung über die Bestätigung der Präsidentenwahl. „Wenn die Reaktionen etwa den Oberbefehlshaber des Heeres entführt hätten, wären wir zweifellos am Rande des Bürgerkrieges gewesen. Sie waren darauf aus, die bewaffneten Streitkräfte zu provozieren, um sie gegen den Kongreß einzusetzen“ (97). Auch in dieser Stunde glaubte Allende noch nicht an den Staatstreich des Militärs. Wenn die Reaktion sich außerhalb der Legalität stellte, so würde das Volk ebenso antworten, sagte der Präsident im Gespräch. (Das kommt der Formel von Otto Bauer auf dem Linzer Parteitag der SPÖ [1926] nahe: Gewalt nur, wenn die Reaktion mit Gewalt beginnt. Ein Jahr später war die Ringstraße vom Blut der gegen die Klassenjustiz protestierenden Arbeiter gerötet.)

Während Allende die Chefs des Sicherheitsdienstes verdächtigt, setzt er sein Vertrauen in die bewaffneten Streitkräfte. „Ich bin keineswegs ein Deich, aber wenn das (die illegale Gewaltanwendung) geschähe, würde es zweifellos evident werden, daß die Reaktion die Spielregeln nicht einhält, die sie selbst geschaffen hat.“ (99) Es folgt die von heute gesehen tragischste Passage des Gesprächs: „Im Falle Chiles wird, wenn sie mich ermorden, das Volk seinen Weg weitergehen ... mit dem Unterschied vielleicht, daß alles viel härter, viel gewaltsamer werden wird.“ Es werde für die Massen zur objektiven Lehre werden, daß diese Leute vor nichts zurückschrecken. „Ich stelle diese Möglichkeit in Rechnung, ich biete sie nicht an, ich erleichtere sie nicht, ich lebe auch nicht in der Sorge, daß das geschehen könnte.“ (100) — Falls die Reaktion die Legalität verletze, würde dann Allende auch die Legalität verlassen?, wollte Debray wissen. Allende: „Wenn die Reaktion uns einen illegalen Schlag versetzt, dann werden wir ihr hundert versetzen, das steht fest.“ — Was Allende bei Lenin hätte lernen können, aber nicht gelernt hat, ist, daß so etwas nicht spontan geschieht, sondern vorbereitet werden muß. In diesem Zusammenhang ist eine Äußerung interessant, die Luis Corvalan, Generalsekretär der KP Chiles, dem Korrespondenten der brasilianischen Zeitschrift „Visao“, der ihn auf der KZ-Insel Dawson besuchen durfte, gemacht hat. Nach diesem vom „Informations-Bulletin/ Ma-

terialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien“ (Nr. 5/1974) wiedergegebenen Interview soll Corvalan gesagt haben, „die chilenischen Kommunisten hatten das Geschehene geahnt und davor den Präsidenten Allende gewarnt. Sie waren auf die Ereignisse ideologisch, aber nicht militärisch vorbereitet.“

Bruno Frei (Wien)

Harding, Leonhard, und Heide Traeder: Krisenherde in Afrika, Reihe Entwicklung und Frieden. Hrsg. Wissenschaftliche Kommission des Katholischen Arbeitskreises für Entwicklung und Frieden. Chr. Kaiser Verlag, München 1972 (113 S., br., 8,80 DM).

Der vorliegende Band enthält zwei Aufsätze, die als Diskussionsgrundlagen der Sektion Frieden des Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden im Sommer 1969 vorlagen und heute dem Ziel dienen sollen, „die Aufmerksamkeit auf diese anderen Krisenherde (nicht nur des südlichen Afrikas, W. K.) zu lenken“ (9, Vorwort von Franz Ansprenger).

Heide Traeder versucht in ihrem Aufsatz: „Viele Biafras? — Integrationskonflikte in Schwarzafrika am Beispiel von Nigeria, Sudan und Kenia“ die Kriege in Nigeria und Sudan und die Spannungen zwischen der asiatischen Minderheit und afrikanischen Mehrheit Kenias als „typisch afrikanische Konflikte“ (11) zu begreifen. Sie geht von der Existenz nachkolonialer Nationalstaaten aus, deren Eliten den Staat für den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß für notwendig halten und zur Integration der Bevölkerung einem am Staat orientierten Nationalismus propagieren. Das besondere Interesse dieser Eliten an den Führungspositionen innerhalb der Staaten ließe sich nur dann mit dem allgemeinen nationalen Interesse verbinden, wenn es den Eliten gelänge, sich der Unterstützung einer heteronomen Bevölkerung zu versichern, deren Heteronomie sich aber integrationshemmend auswirke. Traeder begreift deshalb die Konflikte in Nigeria, Sudan und Kenia als Integrationskonflikte, die Ausprägungen als Konflikte zwischen den Eliten, die ihre jeweilige Basis zu mobilisieren versuchen, oder als Basiskonflikte, in die die Eliten hineingezogen werden, annehmen können,

An diesem Ansatz erscheint vieles problematisch: der Elitebegriff, die Vorstellung von den Konflikten als Integrationskonflikten, die Beschränkung auf die Herleitung der Konflikte aus dem „Erbe der Kolonialzeit“ (31); man möchte meinen, daß dieser Ansatz nicht einmal hinreicht, um die Konfliktsituationen angemessen zu bezeichnen. Am Elitebegriff soll dies demonstriert werden. Traeder führt aus: „Allen Angehörigen der modernen Eliten ist eine moderne Ausbildung gemeinsam. Ansonsten ist zu unterscheiden zwischen verschiedenen Gruppen: Verwaltungselite, Parteielite, reine Bildungselite . . ., Wirtschaftselite, militärische Elite“ (12, Fußnote). Ohne daß eines dieser Kriterien zutrifft, werden auch die durch „indirect rule“ konser-

vierten traditionellen Herrscher als (traditionelle) Elite bezeichnet (13). Insgesamt erscheint das Kriterium der Ausbildung höchst unzureichend, da die Angehörigen der „Eliten“ fundamentale Interessengleichheiten aufweisen können, die die Politik viel stärker motivieren als etwa gemeinsame ethnische Herkunft oder die Ausübung von gleichen Funktionen. Dazu kommt, daß ihr politisches Handeln sich nicht nur am Ziel der nationalen Entwicklung orientieren kann, sondern durch Kapital- und Großmachtinteressen wenigstens mitdeterminiert wird. Diejenigen Länder, die, im Bewußtsein dieser Konstellationen, einen konsequenten Weg der nationalen Entwicklung verfolgen, z. B. Tansania, Zambia, Guinea, haben bislang diese „typisch afrikanischen Konflikte“ noch nicht erlebt. Von daher erscheint es als höchst unzureichend, die beschriebenen Konflikte nur als „Erbe der Kolonialzeit“ zu bezeichnen; sie sind ebenso solche des Neokolonialismus und Imperialismus.

Der Aufsatz von Harding: „Die Isolierung der Republik Guinea — Ein Entwicklungsland zwischen Selbstbehauptung und Großmachtinteressen“ versucht den letztgenannten Zusammenhang wenigstens zu thematisieren und weist damit schon implizit auf den Mangel im theoretischen Ansatz des ersten Aufsatzes hin. Harding untersucht „das offenkundige Scheitern der Politik Sekou Tourés ... auf seine Ursachen und Konsequenzen im internen, im innerafrikanischen und im internationalen Bereich“ (35). Der Politik Tourés und ihrem Scheitern liegen nach Harding zwei fundamentale Widersprüche zugrunde: der Gegensatz zwischen „Sekou Tourés Ansatz ... der Behauptung der nationalen Unabhängigkeit ... und den Interessen der Großmächte“ (61), der ein Scheitern der guinesischen Politik unausweichlich macht, und der Gegensatz zwischen „den Notwendigkeiten einer marxistisch orientierten Planwirtschaft und den Erfordernissen einer De-facto-Basierung auf marktwirtschaftlichen Gegebenheiten“ (62). Harding glaubt, daß die Zielsetzungen Tourés — Blockfreiheit und weltweite Unabhängigkeit — sich unter diesen Bedingungen als unrealistisch erwiesen haben (und für jedes andere Land heutzutage unrealistisch sind) und die „weltweite Isolierung“ (66) das unausweichliche Ergebnis sein mußte.

Die Konsequenzen, die er hinsichtlich der Entwicklungspolitik der BRD zieht, sind widersprüchlich. Harding empfiehlt der Bundesregierung die Realisierung der Vorschläge der Kirchen in der BRD, die „langfristig“ dem „Wohle des betreffenden Landes“ (68) dienen könnten. Die Vagheit dieser Vorstellungen korrespondiert der schlechten Wirklichkeit; es bleibt erst einmal, wie es ist, ohne Perspektive für die betroffenen Länder. Diese und ihre Bevölkerungen sind die Leidtragenden, Untersuchungsobjekte für die ratlos bleibenden Wissenschaftler.

Der Anhang des Buches enthält offizielle Dokumente über Nigeria, Sudan, Kenia und Guinea, die teilweise zum ersten Male in deutscher Sprache zugänglich sind.

Werner Korte (Gießen)

Ökumenische Projektgruppe „Angola-Sonntag“ (Hrsg.): Angola — Informationen und Modelle. Lehr- und Info-Heft. Ev. Akademie, Arnoldshain o. J. (143 S., br., 2,— DM). (a)

Ökumenische Projektgruppe „Angola-Sonntag“ (Hrsg.): Angola will frei sein. Schulheft. Ev. Akademie, Arnoldshain o. J. 1,— DM). (b)

Evangelisches Missionswerk in Südwestdeutschland e. V. (Hrsg.): Schwarz kann nicht ziehen. Ev. Akademie, Arnoldshain Stuttgart 1973. (122 S., br., 3,— DM). (c)

Nur zu beziehen durch den Herausgeber.

Evangelisches Missionswerk in Südwestdeutschland e. V. (Hrsg.): Schwarz kann nicht ziehen — Methodische Anregungen für Lehrer und Veranstalter. Ev. Akademie, Arnoldshain o. J. (32 S., br., 2,— DM). (d)

Im Schulunterricht wird der Themenbereich „Südliches Afrika“ in der Regel, wenn überhaupt, nur flüchtig oder verzerrt erarbeitet. Dies ist kaum verwunderlich, da es bisher auch an geeigneten Schulbüchern, Arbeitsheften und Informationsmaterialien mangelte. Die vorliegenden Werkbücher sind ein Beginn, diese Lücke zu schließen. Außerdem können die Materialien auch effektiv in der Jugend- und Erwachsenenarbeit eingesetzt werden, es wurde versucht, Informationsmaterialien mit Anregungen zu deren Aufarbeitung zu kombinieren.

Nach dem in (a) ausgedrückten christlichen Selbstverständnis der Herausgeber ist ein Christ, „wer die Menschen und ihre Verhältnisse zu sehen und zu durchschauen versucht und so für sie arbeitet, daß sie nicht bleiben, wie sie sind, sondern sich ändern in mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit und mehr Frieden“ (4). Darum ist es wichtig, daß die Zusammenhänge zwischen Hunger, Arbeitslosigkeit und Unterdrückung in der Dritten Welt und der Gleichgültigkeit hierzulande und die Zusammenhänge zwischen Armut dort und Reichtum hier erkannt werden (4). Diese Erkenntnis soll exemplarisch am Beispiel Angolas erarbeitet werden, denn „Angola steht für viele Formen der Unterentwicklung und der Unterdrückung. Wer an einer, z. B. an dieser Stelle, lernt, wird empfindlich für Unrecht an anderen Stellen“ (4). In die Aufarbeitung der Problematik werden aber auch die anderen bisherigen afrikanischen Kolonien Portugals Mozambique und Guinea-Bissau mit einbezogen. — Im ersten Teil des Buches werden verschiedene Fragen aufgeworfen, Grundinformationen geliefert und Dokumente bereitgestellt. Sie befassen sich mit Portugal als Kolonialmacht, dem Erziehungswesen in den Kolonien, der Rassenpolitik, den Wirtschafts- und Arbeitsverhältnissen, dem militärischen und wirtschaftlichen Interesse Europas und der NATO, insbesondere der BRD, schließlich mit den Perspektiven des Befreiungskampfes. Der zweite Teil des Buches ist der religiösen Aufarbeitung der Problematik gewidmet und enthält Gebete, Lieder (mit Noten) und Texte für den Gottesdienst. Der dritte Teil enthält Vorschläge für „Themenparties“, der vierte Tips, Ideen und Vorschläge für konkrete Aktio-

nen. Im fünften Teil wird ein Unterrichtsmodell (10. Schulj., Sekundarstufe II) mit formulierten Lernzielen, Inhalten, Methoden und Medien vorgestellt. Schließlich wird auch ein Seminarmodell für die Erwachsenenbildung entwickelt. Am Schluß findet man eine Bibliographie leicht zugänglichen Materials, Filme- und Adressenverzeichnis. Das Buch enthält gutes Karten-, Schaubilder- und Zahlenmaterial.

Parallel zum Lehr- und Info-Heft haben die Herausgeber ein Schulheft erarbeitet (b). In ihm finden sich Berichte aus Angola, Kurzbiographien von Befreiungskämpfern, Gedichte und Lieder aus Afrika und ein erdkundlicher Anhang. Außerdem stellen die Herausgeber Materialien (wie Angola-Zeitung, Poster-Serie, Fotoausstellung und Schallplatte) für die praktische Arbeit zur Verfügung. Das Buch will die Problematik in Angola nicht wissenschaftlich aufarbeiten, sondern Informationen in leicht verständlicher Weise geben und eine Übertragung der gewonnenen Erkenntnisse für die Öffentlichkeitsarbeit ermöglichen. Dabei ist das christliche Interesse der Herausgeber deutlich zu erkennen. Doch werden dadurch die politischen Informationen nicht verfälscht und die didaktisch-methodischen Anregungen in ihren Einsatzmöglichkeiten nicht eingeschränkt.

Auch in (c) soll die Rassen- und Vorurteilsproblematik exemplarisch erarbeitet werden. Für den exemplarischen Ansatz wurden die Republik Südafrika und z. T. auch Namibia (ehem. Südwestafrika) gewählt, da hier die Struktur einer Rassengesellschaft besonders deutlich zu erkennen ist. Da auch dieses Buch für den „Nichtfachmann“ gedacht ist, wurden deshalb eine Anzahl von wichtigen, sonst schwer zugänglichen und verstreut veröffentlichten Dokumenten aufgenommen. Im Gegensatz zum Angola-Werkbuch, in dem eine Gliederung nach dem Einsatz und Gebrauch der Materialien vorgenommen wurde, werden die Dokumente in diesem Buch in sieben inhaltliche Themenbereiche gegliedert. Im Mittelpunkt steht die Analyse der gesellschaftlichen Struktur in der Republik Südafrika. Neben dem kontroversen Südafrikabild (Themenbereich 1) und dem historischen Hintergrund (Themenbereich 2) werden ausführlich die juristischen, ökonomischen und politischen Verhältnisse dokumentiert (Themenbereich 3). Der Themenbereich 4 befaßt sich mit der Lage der südafrikanischen Kirchen und ihrer Stellung zur Rassenproblematik und dem Antirassismusprogramm des ökumenischen Rates der Kirchen. Die Themenbereiche 5, 6 und 7 versuchen einen unmittelbaren Bezugsrahmen zu unserer eigenen Gesellschaft und zum individuellen Verhalten herzustellen. Daher werden im Themenbereich 5 die engen wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen der BRD und Südafrika aufgezeigt. Themenbereich 6 befaßt sich all-gemein mit der Vorurteilsproblematik. Im Themenbereich 7 sollen Anregungen zur Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in der BRD geliefert werden, doch bildet dieses Kapitel leider den schwächsten Teil des Buches. Für eine echte Öffentlichkeitsarbeit werden keine konkreten Möglichkeiten aufgezeigt und keine Modelle geliefert. Die nach Themenbereichen gegliederte und mit sehr leicht zugänglicher,

deutschsprachiger Literatur ausgestattete Bibliographie und die Angaben von Filmen, Dia-Serien, Schallplatten, Kartenmaterialien und Kontaktadressen geben Hilfen zum praktischen Einsatz des Werkbuches. Für die Verwendung im Schulunterricht hat der Herausgeber speziell einen methodischen Teil abgefaßt, der als Sonderheft erschien (d). Es enthält keine ausgeführten Unterrichtsentwürfe. Eine solch strenge Vorprogrammierung wäre sicherlich in Blick auf die Zielgruppe (Sekundarstufe 1 und 2) auch nicht unbedingt hilfreich. Der methodische Teil enthält zunächst eine Begründung der Thematik im Unterricht, den theologischen Aspekt und die Formulierung von allgemeinen Unterrichtszielen. Ausführlich wird dann die Erarbeitung der Vorurteilsproblematik behandelt und in einigen didaktischen Erwägungen die Verbindung zu den Interessen der Schüler hergestellt. Zum Schluß werden zu den einzelnen Themenbereichen Unterrichtsziele und methodische Vorschläge für den Unterricht formuliert.

Hans-Martin Große-Oetringhaus (Münster)

Ansprenger, Franz, u. a. (Hrsg.): Wiriyamu. Eine Dokumentation zum Krieg in Mozambique. Reihe Entwicklung und Frieden, Materialien 2. Hrsgg. von der Wissenschaftlichen Kommission des Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden. Christian Kaiser Verlag/Matthias-Grünewald-Verlag, München/Mainz 1974 (235 S., br., 16,50 DM).

Das Zentrum dieser Dokumentation bilden die am 10. Juli 1973 in der „Times“ veröffentlichten Berichte der „Burgos-Priester“ über Massaker, die Mitte Dezember 1972 in den Dörfern Wiriyamu, Juwau, Chawola (Provinz Tete) von portugiesischen Kolonialtruppen verübt worden sind; die Zahl der Opfer — vor allem Frauen, Kinder und Greise — belief sich auf über 400. Die Authentizität dieser Berichte wird durch weitere Stellungnahmen von Priestern und Missionaren, die in diesem Band wiedergegeben sind, erhärtet. Ausführlich wird auch die Reaktion der portugiesischen Behörden, der Presse der westeuropäischen Länder sowie besonders der Kirchen dokumentiert; weiter finden sich einige Hintergrundmaterialien zur Geschichte des Befreiungskampfes.

Die Massaker wurden oftmals mit der Behauptung abgestritten, der Ort Wiriyamu existiere überhaupt nicht, und die Metzeleien seien von der Befreiungsbewegung FRELIMO oder aber von afrikanischen Soldaten der Kolonialtruppen durchgeführt worden, die von ihren weißen Vorgesetzten nicht zurückgehalten werden konnten. Eine besonders „originelle“ Interpretation der Greuel wurde am 3. August 1973 vom „Rheinischen Merkur“ veröffentlicht. Danach hätten der tschechoslowakische und der sowjetische Geheimdienst 1972 beschlossen, „einen neuen Propaganda-Trick zu erfinden... In der Fälscherküche der achten Abteilung (wurde) ... aus vielen kleinen Mosaiksteinchen das ‚Großmassaker in Wiriyamu‘ fabriziert. Dann begann die zweite Phase der Operation ‚Wiriyamu‘. Unter den schwarzen Studenten der ‚Lumumba-Universität‘ in Moskau und der

„Universität des 17. November“ in Prag wurden vier Mitarbeiter des sowjetischen und des tschechoslowakischen Geheimdienstes ausgesucht, die mit dem Gerücht über das „Massaker von Wiriyamu“ präpariert werden sollten. Ihre Aufgabe bestand darin, dieses Gerücht unter der schwarzen Bevölkerung Mozambiques zu verbreiten... Anfang 1973 flogen dann die vier Afrikaner über London nach Tansania ab“ (153). — Jedoch auch diese Art der „Berichterstattung“ hat die terroristische Praxis des portugiesischen Kolonialsystems nicht verschleiern können, das sowohl in Übersee wie in Portugal selber auf immer heftigeren Widerstand gestoßen war. Die Erhebung vom 25. April 1974 markierte einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur endgültigen Beseitigung seiner fünfhundertjährigen Existenz.

Gert Meyer (Marburg)

Hollstein, Walter: *Kein Frieden um Israel.* Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1972 (283 S., br., 4,80 DM).

In einem Leserbrief, der am 24. Oktober 1973 in der Frankfurter Allgemeinen veröffentlicht wurde, nahmen 16 deutsche Professoren zum letzten Nahostkrieg wie folgt Stellung: „Als Europäer, die sich der jahrhundertelangen Demütigung und Verfolgung der Juden bewußt sind, haben wir die Siedlung einer großen jüdischen Bevölkerung in ihrem alten Lande und die daraus resultierende Gründung des Staates Israel mit Entschiedenheit begrüßt.“ Sie „bedauern, daß die unnötige Flucht von Hunderttausenden von Arabern es damals verhindert hat, ein Beispiel für die Zusammenarbeit mehrerer Nationen in einem Staat zu schaffen. Wir lassen es dahingestellt, ob die Politik Israels seit 1967 alle Möglichkeiten der Verständigung ausgenutzt hat. Es geht aber für Israel in seiner Auseinandersetzung mit seinen Nachbarn um das nackte Überleben, für die arabischen Staaten nicht“. Das jüdische Volk suche „nicht Expansion seiner Grenzen, sondern Sicherheit der Existenz“. Etwa zur gleichen Zeit erschien das Ergebnis einer Meinungsumfrage des Allensbacher Instituts, demzufolge 57 % der westdeutschen Bevölkerung Sympathien für Israel hegten, während nur 8 % Verständnis für die Araber zeigten.

Hollstein versucht, diese Sichtweise zu korrigieren. Seine These lautet: Die Zionisten hatten das Ziel, ganz Palästina zu übernehmen und die Palästinenser zu entwurzeln. Ihr bisheriger Erfolg läßt sich dadurch erklären, daß sie einige wesentliche Vorteile unerbittlich ausnutzten. Die Meinung, daß die Zionisten ein friedliches Zusammenleben mit den palästinensischen Arabern angestrebt hätten, d. h., daß die Ausdehnung ihrer Herrschaft über ganz Palästina nicht beabsichtigt war, sei falsch. Diese Meinung sei mit zahlreichen geschichtlichen Verfälschungen über die Welt verbreitet worden. In seiner Darstellung hat der Verfasser die äußerst umfangreiche und ergiebige englische und französische Literatur sowie andere einschlägige Quellen verarbeitet. Schon die Tatsache, daß der deutsche Leser

mit diesem Stoff bekannt gemacht wird, stellt an sich einen erfreulichen Beitrag zur Nahostforschung in der BRD dar.

Der Verfasser zeigt: Schon am Anfang dieses Jahrhunderts war es die bewußte Politik der jüdischen Einwanderer, sich von den Palästinensern abzusondern. Sie schufen nicht nur ihre eigene Sprache und eigene Schulen, sie bauten eine Wirtschaftsordnung auf, von der sie die Palästinenser ausschlossen. Die jüdische Gewerkschaft weigerte sich bis 1960, Araber als Mitglieder aufzunehmen, und bestand darauf, daß in jüdischen Betrieben nur Juden arbeiteten. Arabische Waren wurden von den Einwanderern boykottiert. Das Land, das von den Zionisten gekauft wurde, wurde im Namen des jüdischen Volkes gekauft, was zu dem Ergebnis führte, daß es von Nicht-Juden nicht zurückgekauft werden konnte. Die Juden in Palästina entwickelten Organe mit staatsähnlichen Funktionen, die gelegentlich sogar gegen die Zuständigkeit der Mandatsregierung verstießen.

Der Machtvorsprung der Zionisten hat folgende Gründe: Der Mandatar ermöglichte ihnen weitgehend uneingeschränkte Einwanderung. Trotz wiederholter Feststellungen von britischen Untersuchungsausschüssen, daß die Zionisten die Übernahme von Palästina beabsichtigen, tat die britische Regierung bis 1939 nichts, um die Einwanderung und die Landkäufe einzuschränken. Der Mandatar bevorzugte die jüdische Wirtschaft z. B. bei der Zollpolitik. Innerhalb der britischen Armee wurde eine jüdische Armee ausgebildet; gemeinsam gaben sie schon 1939 dem palästinensischen Widerstand den Todesstoß. Das von dem Mandatar eingegangene Versprechen, die Selbstbestimmung „der Eingeborenen“ zu fördern, wurde in keiner Weise eingelöst. Darüber hinaus hatten die mit dem Kapitalismus vertrauten Einwanderer einen großen technischen und organisatorischen Vorsprung, während die Palästinenser in einem Feudalsystem lebten, dessen führende Familien miteinander zerstritten waren. So wurden die Palästinenser, wie ein anglo-amerikanischer Ausschuß berichtete, „von der Macht des westlichen Kapitals, das die jüdische Bevölkerung repräsentiert, überwältigt“. Dies bedeutete u. a., daß die jüdischen Bauern, die auf ein hochentwickeltes Kreditsystem zurückgreifen konnten, die „Eingeborenen“, die keine derartige Finanzierungsmöglichkeiten hatten, verdrängen konnten. Die gelegentlichen zionistischen Beteuerungen, daß sie nur ein Zusammenleben mit den Palästinensern anstrebten, können angesichts dieses Verhaltens nicht ernst genommen werden. Die Absichtserklärungen zahlreicher zionistischer Führer, ganz Palästina zu übernehmen, finden viel eher eine Bestätigung in der tatsächlichen Entwicklung. Der Verfasser läßt ungeklärt, wann sich die zionistische Bewegung diese Zielsetzung zu eigen gemacht hat. Wir dürfen aber auf Grund seiner Ausführungen annehmen, daß dies schon vor der Mandatszeit im Verlauf der Kolonisierung geschah.

Die Vertreibung der Palästinenser fing schon vor der Unabhängigkeitserklärung Israels und dem Eingriff der arabischen Armeen an. Damals führte die jüdische Armee eine Anzahl großangelegter

Angriffe gegen palästinensische Ziele durch, die zum größten Teil außerhalb der Grenzen lagen, die Israel von der UNO zugedacht waren, wobei in keinem der Fälle palästinensische Angriffe vorausgegangen waren. Yigal Allon verwendete den Begriff „Säuberung“ für die Eroberung dieser Gebiete. Menachem Begin, dessen Terroristengruppen das Massaker von Deir Jassin ausführten, rechtfertigte diesen „Sieg“ damit, daß er für die Entstehung des Staates Israel notwendig gewesen sei. Bei der Vertreibung der Palästinenser im Kriege 1948 wurde die schreckliche Erinnerung an Deir Jassin psychologisch ausgenutzt.

Nachdem der neue Staat entstanden war und etwa 77 % von Palästina erobert hatte, trat diese Zielsetzung immer wieder in Erscheinung. Hier sei an eine Äußerung Ben Gurions erinnert, die er während der Auseinandersetzung über den Teilungsplan in zionistischen Kreisen abgab: Er gebe sich mit dem Plan zufrieden, weil er vorläufige Grenzen schaffen würde; sein Endziel wäre die Besetzung ganz Palästinas. Auch nach dem Kriege wurden Palästinenser vertrieben, ohne daß sie Widerstand geleistet hätten. Das Eigentum der Vertriebenen wie auch vieler im Lande verbliebener Palästinenser wurde durch ein Sondergesetz beschlagnahmt, wenn sie, wie kurzfristig auch immer, zwischen dem Datum des Teilungsplans und März 1950 von ihrem Wohnsitz „abwesend“ waren. Die Palästinenser wurden grundsätzlich als Bürger zweiter Klasse behandelt. So konnten sie sich nach ihrer Unterstellung unter die israelische Militärverwaltung nur mit Passierscheinen bewegen, und diese wurden ihnen, während der großen jüdischen Einwanderungswellen, für Industriestädte verweigert. Als neueres Beispiel sei ein Gesetz erwähnt, das im Ergebnis eine Art Kindergeld für Familien mit fünf Kindern oder mehr vorsah, allerdings nur für jüdische und nicht für arabische Familien.

Die Untersuchung zeigt, daß es auch in der Zeit zwischen den Kriegen von 1948, 1956 und 1967 um die Ausdehnung des Staates Israel ging. In diesem Zusammenhang gibt der Verfasser u. a. einen guten Überblick über die weiteren Vertreibungen, Kolonisierungen und Gebietsansprüche. Über seine Angaben hinaus hätte der Verfasser noch zusätzliches Material erwähnen können, das seine These noch stärker untermauert hätte. So hätte er mehr aus den Berichten der UNO-Generäle entnehmen können, die die Vorgänge an den Grenzen beobachtet hatten. Man vermißt einen Hinweis auf U Thants Angebot, UNO-Truppen auf israelischem Gebiet zu stationieren, das er vor seiner Zustimmung zum Abzug von ägyptischem Boden machte. Hierzu gehört auch die Tatsache, daß Israel damals den Eindruck erweckte, daß die ägyptische Blockade der Straße von Tiran verheerende Folgen für die israelische Wirtschaft haben müßte. In der Tat lehnte Israel einen Kompromißvorschlag ab, der die Fortsetzung seiner Belieferung mit Öl auf ausländischen Schiffen durch die Straße von Tiran sichergestellt hätte.

Es ist bedauerlich, daß ein so sachliches Buch wie das von Hollstein anscheinend keinen Einfluß auf die öffentliche Meinung gehabt hat.

Es ist aber nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß nicht nur die Massenmedien, sondern Hochschulprofessoren, die z. T. auch Fachkollegen von Prof. Hollstein sind, diese Tatsachen weiterhin übersehen und den alten Israel-Mythen weiter nachhängen.

Kenneth M. Lewan (München)

Falin, Valentin, u. a.: Geschichte der sowjetischen Außenpolitik. 1945—1970. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1971 (653 S., Ln., 19,80 DM).

Meissner, Boris, u. Gotthold Rhode (Hrsg.): Grundzüge sowjetischer Außenpolitik. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart-Berlin/West-Köln-Mainz 1970 (175 S., br., 16,80 DM).

Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.), unter Mitwirkung von Wilfried von Bredow: Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919/1970. Dokumentation und Analyse. Droste Verlag, Düsseldorf 1970 (504 S., Ln., 32,— DM).

Die wissenschaftliche Erforschung internationaler Politik ist lange Zeit nur sporadisch betrieben worden. Erst in den letzten Jahren wird eine intensive Diskussion über theoretische und methodologische Probleme dieser Forschungsrichtung geführt und erscheinen vermehrt Bücher, die sich mit Grundsachverhalten internationaler Beziehungen beschäftigen. Besonders umstritten — Reflex der allgemeinen wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzung zwischen Neopositivisten und Marxisten — sind die Fragen, welche Relevanz die geschichtlichen und sozialökonomischen Bedingungen für die internationale Politik haben sowie in welcher Weise internationales System und innere Verhältnisse der einzelnen Staaten zusammenhängen. Gerade am Beispiel der Sowjetunion entzündeten sich die Differenzen etwa daran, inwieweit die internationalen Verhältnisse „verfremdet auf die eigene Ideologie und Praxis der UdSSR“ (W. Abendroth) zurückwirkten und wie sich diese Rückwirkung und innergesellschaftliche Entwicklungen gegenseitig bedingen.

Vom Bewußtsein dieser Problematik ist in den drei Büchern, die hier zu besprechen sind, wenig zu spüren. Soweit sie überhaupt zur Sprache kommt, wird sie ohne nähere Begründung und Erörterung entschieden. In der „Geschichte der sowjetischen Außenpolitik“ ist die Außenpolitik von den innenpolitischen Vorgängen in der Sowjetunion losgelöst; die gegenseitige Bedingtheit internationaler und innerer Elemente wird nicht reflektiert. Ähnlich isoliert werden oft auch die Geschehnisse in anderen Ländern betrachtet, so etwa, wenn die Krise in der CSSR 1968 in Vernachlässigung sozialökonomischer Gegebenheiten fast ausschließlich auf die „Wühltätigkeit“ des Imperialismus zurückgeführt wird (605, vgl. 452/453). Die Trennung von Außen- und Innenpolitik trägt wohl auch dazu bei, daß in der Darstellung die außenpolitische Entwicklung der UdSSR allzu geradlinig verläuft; Fehler, Rückschläge, Niederlagen, Alternativen scheint es nicht gegeben zu haben. Wie der Entscheidungsprozeß vor sich

ging, bleibt im Dunkeln (vgl. etwa die Kuba-Krise, 464—465). Gerade darüber hätten die führenden Mitglieder der KPdSU und Diplomaten, die neben einigen Wissenschaftlern im Autoren- und Redaktionskollektiv mitarbeiteten, wichtige Aussagen machen können. So liegt der Wert dieses Buches allein in zahlreichen nützlichen Informationen über Aktionen der sowjetischen Diplomatie, die meist gut belegt sind. Damit hat man ein brauchbares Nachschlagewerk zur Hand, das allerdings nicht ohne Ergänzung benutzt werden sollte.

Den Autoren des von Meissner und Rhode edierten Sammelbandes geht es um Kontinuität und Wandel, Konstanten und Variablen zaristischer und sowjetischer Außenpolitik. Boris Meissner fragt allgemein danach, Gotthold Rhode im Hinblick auf die russische Polenpolitik von Peter dem Großen bis Chrusčev, Gerhard Wettig untersucht die russische Deutschland-Politik von 1815 bis 1969 und Heinz Brahm die russische China-Politik. Diesen Aufsätzen liegen Vorträge zugrunde, die im Mai 1969 auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung in Bad Wiessee gehalten wurden. In schöner Offenheit erklären die Herausgeber im Vorwort (7/8), daß sie in den Sammelband nur die Referate aufgenommen hätten, in denen die „Kontinuität zwischen der sowjetischen und zaristischen Außenpolitik stärker zum Ausdruck kommt als in einigen anderen Referaten auf der Tagung, in denen sie fast ganz in Frage gestellt wurde“.

Meissner sieht die Kontinuität in dem aus der geographischen Lage Rußlands abgeleiteten „niemals ruhende(n) Drang zur erobernden und kolonisierenden Expansion“ (10) und im ausgesprochenen Klassencharakter“ der zaristischen und sowjetischen Außenpolitik — die jetzt herrschende „Hochbürokratie“ wie die „feudal-bürokratische Schicht“ im Zarismus stehen allen Reformen des Systems mißtrauisch gegenüber (13). Hinzu komme, daß das orthodoxe Christentum, das den russischen Nationalcharakter geprägt habe, durch die „Staatsideologie“ des orthodoxen Kommunismus abgelöst worden sei (14). Als „spezielle Triebkräfte“ der sowjetischen Außenpolitik bezeichnet Meissner das „weltrevolutionäre“ (16 ff.), „nationalistische“ (22 ff.) — hier sei die Kontinuität am deutlichsten — und das „totalitäre“ Element (27 ff.), dem er am meisten Bedeutung beimißt und einen prinzipiellen Unterschied zur traditionellen Diplomatie zuschreibt. Kennzeichen der totalitären Struktur seien vor allem die „unbeschränkte Parteiautokratie, die totale Kontrolle ‚von oben‘ und die am ideologischen Leitbild orientierte Planung“ (27). Erst wenn die „totalitäre(n) Substanz“ aufgelöst werde, könne man von einer „wirklichen Entspannungspolitik“ und einer „Abkehr vom Sowjetimperialismus“ sprechen (34). — Für Rhode sind zwei grundsätzliche Zielsetzungen gegenüber Polen in der zaristischen wie in der sowjetischen Außenpolitik vorhanden, nämlich die „Erhaltung des Erreichten und die Sicherung der eigenen Existenz gegen jeden Angriff“ (49) sowie die „imperiale Beherrschung eines Bereiches, der die Grenzen der alten Ruß erheblich überschreitet“ (55). Ebenso ähneln sich die Alternativen der jeweiligen Politik: Beeinflussung und Beherrschung oder

Reduzierung Polens beim ersten Ziel (49/50), Politik mit oder gegen Deutschland beim zweiten (55/56). Die Konstanten der russischen Polen-Politik seien so stark, daß auch heute in absehbarer Zeit keine Änderung zu erwarten sei (59/60). Allerdings stellt Rhode immerhin eine mögliche Ausnahme fest, nämlich die Zeit zwischen 1920 und 1939 — vielleicht „Ausdruck einer anderen, neuen, realeren und vernünftigeren Außenpolitik Lenins“ und deren Nachwirkungen (54). Damit relativiert er selbst seine These von der Stärke jener Konstanten. — Rhode wie Meissner argumentieren trotz aller geschichtlichen Fakten, die sie anführen, weitgehend unhistorisch. Rhode ordnet die jeweilige Politik in sein relativ breites Schema ein, ohne nach den jeweiligen Ursachen, nach dem gesellschaftlichen Zusammenhang zu fragen. Beide meinen, den ökonomischen Faktor (Meissner 14/15) und „sozialkritische oder weltrevolutionäre Gedankengänge“ (Rhode 57) von ihren Begründungszusammenhängen ausschließen zu können. Dadurch kommt es zu zahlreichen Kurz-Schlüssen. — Differenzierter geht Wettig vor. Er sucht mit einem systematischen Ansatz nach den „Unverzichtbarkeitsvorstellungen, deren Bezugsrahmen und (den) Einzelnutzensvorstellungen, die den Verhaltensmustern der russischen Führungsgruppen gegenüber den Deutschen und ihren staatlichen Repräsentanten zugrunde liegen“ (67). Die Unverzichtbarkeitsvorstellungen sind in den verschiedenen Perioden „die Konservierung der bestehenden Ordnung“ (67), ein ausgeglichenes Kräfteverhältnis in Europa (72), ein „Existenzsicherungsbedürfnis“ (73), „die unbeugsame Kampfansage an die staatliche Umwelt“ (76). Bezugsrahmen sind abwechselnd das jeweilige internationale System bzw. die weltrevolutionäre Bewegung (68, 74) und der eigene Staat (71, 73, 75, 84). Obwohl die einzelnen Thesen präziser begründet werden als bei Meissner und Rhode, fehlt auch hier — von einigen allgemeinen Hinweisen abgesehen — die Verbindung der außenpolitischen Konzeptionen mit den jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungen. Außerhalb des Blickfeldes bleibt daher etwa die Frage, inwieweit außenpolitische Situationen auf alternative politische Konzeptionen innerhalb Rußlands gewirkt haben. Die jeweiligen Führungsgruppen scheinen geschlossen und konsequent zu handeln, manchmal lassen sie sich nur durch ihre festen Vorstellungen zu Fehlkalkulationen verleiten (72/73, 82). — Brahm will erst einmal die Fakten über die chinesisch-russischen Beziehungen erarbeiten, weniger Modelle vorstellen. Er verbindet das mit einigen Hieben gegen die neomodischen Historiker, die die Ergebnisse der Sozialwissenschaften und der Strukturforschung nutzen wollen (96). Allerdings ist seine Darstellung durchaus nicht frei von vorgefaßten Meinungen, die auf seine Faktenzusammenstellung wirken (vgl. 101, 105, 109, 110). Sozialökonomische Gegebenheiten fehlen — auch das dürfte auf eine „Theorie“ zurückzuführen sein. — Ebenfalls eine Faktenaufbereitung ist der Aufsatz von Dahm. Er versäumt jedoch nicht, Schlußfolgerungen daraus zu ziehen: An sich sei ein Krieg zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China unwahrscheinlich, könne aber doch ausbrechen, wenn sich die

innere Lage in einem der Länder zuspitzen würde. Auf jeden Fall werde China die Rolle einer Weltmacht spielen wollen (142—144, vgl. 161).

Leider kann auch die von Jacobsen und v. Bredow herausgegebene Dokumentation nicht völlig zufriedenstellen. Im Mittelpunkt stehen „Konzeptionen“ gegenüber Osteuropa, die im Deutschen Reich bzw. nach 1945 in der BRD vorgelegt wurden (5). In den Einleitungen zu den einzelnen Kapiteln wird versucht, neben den Erläuterungen zu den Dokumenten auch weltpolitische Einflüsse auf die deutsche Ostpolitik und innenpolitische Strömungen zu kennzeichnen. Von einer „Analyse“ — wie es im Untertitel des Buches heißt — zu sprechen, wäre allerdings übertrieben. Merkwürdig berührt die Methode, für die „wissenschaftliche(n) Belege“ auf einen Aufsatz von Jacobsen in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ (5. 12. 1970) zu verweisen (495). — Darüber hinaus bleiben trotz der Hinweise in den Einleitungen viele „Konzeptionen“ im luftleeren Raum — ihre Rolle für die tatsächliche Politik und ihre Beziehung zu innenpolitischen Vorgängen werden nicht immer klar. Im übrigen sind die Auswahlkriterien nicht in jedem Fall einleuchtend: Sind beispielsweise die Konzeptionen der westdeutschen Ostpolitik im Zusammenhang mit der sowjetischen Note vom März 1952 mit zwei Artikeln von Paul Sethe in der FAZ (267—271) wirklich erfaßt? Innerhalb dieser Einschränkungen wird das Buch als Nachschlagewerk seinen Nutzen haben.

Heiko Haumann (Freiburg i. Br.)

Ökonomie

Kalmbach, Peter: Wachstum und Verteilung in neoklassischer und postkeynesianischer Sicht. Duncker und Humblot, Berlin/West 1972 (232 S., br., 64,40 DM).

Der größte Vorzug der vorliegenden Arbeit ist in der ausgezeichnet gelungenen Diskussion der postkeynesianischen Wachstums- und Verteilungstheorie zu sehen. Dies verdient deshalb besondere Beachtung, da die neoklassischen Theoretiker — an ihrer Spitze der nobelpreisgekrönte P. A. Samuelson sowie R. M. Solow — heute geradezu das Monopol der Interpretation sämtlicher theoretischer Ansätze in der Ökonomie für sich beanspruchen. Neben den Modellen der postkeynesianischen Theoretiker behandelt und kritisiert Kalmbach jedoch auch repräsentative neoklassische Modelle. Damit ermöglicht er dem Leser, sich der Verschiedenheit dieser beiden bürgerlichen Theorien bewußt zu werden, die gerade die Neoklassiker immer wieder zu verwischen suchen.

Worum geht es? Kalmbach beschäftigt sich mit der Frage, „inwieweit es mit den inzwischen von der modernen Wachstumstheorie ent-

wickelten Instrumentarien möglich ist, die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Wachstum und Verteilung wieder aufzunehmen“ (16). Mit der neoklassischen und der postkeynesianischen Variante sind in der neueren Wachstumstheorie zwei miteinander konkurrierende Hauptströmungen vorhanden, die den Zusammenhang zwischen Wachstum und Verteilung analysieren. Im ersten Hauptteil entwickelt Kalmbach einfach gehaltene Modelle, die, gleichwohl hinreichend zur Charakterisierung der neoklassischen Theorie sind. Im Zentrum der neoklassischen Variante steht eine sogenannte Parabel, deren wichtigste Aussagen kurz umrissen werden sollen: Man gehe von einer sich im Gleichgewicht befindlichen Wirtschaft aus, in der die Arbeitskräfte vollbeschäftigt sind. Das Sozialprodukt und der Produktionsmittelbestand — das „Kapital“ — wachsen mit einer positiven, nicht weiter erklärten Rate der Bevölkerung und des ebenfalls unerklärten technischen Fortschritts. Die Profitrate, der Kapitalkoeffizient und die Verteilung bleiben konstant und der Reallohnsatz wächst mit der durch den technischen Fortschritt vorgegebenen Rate. Die Unternehmer verwandeln die Ersparnisse der Bevölkerung in Investitionen, sorgen als bloße Transformationsagenten des gesamtwirtschaftlichen Spar„willens“ — recht eigentlich funktionslos — für Vollbeschäftigung und volle Auslastung der Kapazitäten. Die Parabel beschreibt damit die idyllische Welt eines Schlaraffenlandes, die mit der Realität einer kapitalistischen Gesellschaft nichts gemein hat. Ihre trotz alledem vitale Existenz in den Hörsälen und Lehrbüchern kann daher nur noch ideologisch begründet werden. Leider legt sich Kalmbach entsprechende Fragen nicht vor.

Neben den bereits genannten Eigenschaften lassen sich die Modelle noch durch folgende Annahmen charakterisieren: Es wird nur ein Produkt produziert, das sowohl zur Investition wie zur Konsumtion verwandt werden kann. Folglich existieren auch keine relativen Preise und somit auch keine Bewertungsprobleme für die zentralen ökonomischen Größen. Alles läßt sich in Einheiten des universellen Gebrauchswerts ausdrücken und messen. Da die Sparsumme die Investitionen bestimmt, kann die Sparfunktion als „Akkumulations“-Funktion angesehen werden.

Kalmbach betrachtet nun verschiedene stetige Wachstumspfade und kommt zu echt neoklassischen Resultaten, die einen gesicherten Zusammenhang zwischen Profitrate und Lohnsatz sowie zwischen Kapitalkoeffizient und Kapitalintensität zu ergeben scheinen. Diese Zusammenhänge sind aber, wie der Autor in Anlehnung an einige postkeynesianische Theoretiker zeigt, alles andere als gesichert: Sobald mit einer endlichen Zahl von Techniken ein jeweils verschiedenes Kapitalgut produziert wird, lösen sich die neoklassischen Zusammenhänge in blassen Dunst auf. Die Beziehungen zwischen Profitrate, Lohnsatz, Kapitalkoeffizient und Kapitalintensität sind nur in der Parabelwelt und in einem ganz speziellen 2-Sektoren-Modell (mit gleicher Kapitalintensität) gesichert. Im Kreuzfeuer der Kritik an der neoklassischen Parabel steht deren Konzept vom Produktionsfaktor „Kapital“. Wie Kalmbach zeigt, verschleiert nur ein Trick die Tat-

sache, daß ein physisches Ding namens „Kapital“ nicht existiert. Sobald man zu Modellen mit heterogenen Kapitalgütern übergeht, zeigt sich, daß Kapital nicht mehr in physischen Einheiten gemessen werden kann, sondern mit Preisen bewertet werden muß. Daraus folgt, daß die neoklassischen Theoretiker die Profitrate nicht korrekt ableiten können, weder aus der „Grenzproduktivität des Kapitals noch aus der „rate of return“, weil diese technisch verstandenen Größen außerhalb der Parabelwelt nicht ohne weiteres definierbar sind.

Kurz und knapp werden sodann Grundelemente postkeynesianischer Wachstumstheorie skizziert; der für das Verständnis dieser Theorie wichtigste Gedanke ist „die Keynessche Einsicht, daß es unangebracht ist, in den Investoren die Vollzugsbeamten der Sparer zu sehen, die stets eine dem Sparen entsprechende Investition durchführen. Die Investition ergibt sich vielmehr grundsätzlich unabhängig vom gesamtwirtschaftlichen Sparen und — ein entscheidender Punkt der ganzen Argumentation — schafft sich das entsprechende Sparen selbst“ (29). Gegenüber der Neoklassik bietet die postkeynesianische Theorie — wie Kalmbach im 2. Hauptteil nachweist — eine befriedigendere Theorie der Profitrate. Sie wird bei gegebener Sparneigung durch die Akkumulationsrate bestimmt, allerdings gilt dies nur auf stetigen Wachstumspfaden. Auch für heterogene Kapitalgüter ist die Profitrate eindeutig bestimmbar. Die Darstellung der postkeynesianischen Wachstums- und Verteilungstheorie ist überzeugend. Die Interpretation der Auffassungen von N. Kaldor, L. L. Pasinetti und J. Robinson zeigt, daß trotz einiger erstaunlich unkeynesianischer Annahmen — etwa der Annahme der Vollbeschäftigung — die Theorien durchaus keynesianisch sind. Für sie alle gilt, daß die Rolle der Investitionen und der Investitionsänderungen entscheidend ist. Im übrigen gelingt es Kalmbach hier, so ziemlich alle Interpretationen neoklassischer Theoretiker zurückzuweisen und sie als Versuche zu entlarven, der postkeynesianischen Theorie letztlich neoklassische Interpretationsmuster und -Annahmen aufzupropfen. Die Verteilung wird bei den Postkeynesianern durch die Profitrate bzw. die Profitquote bestimmt. Kalmbach betont, daß damit natürlich keine explizite Theorie des Lohnsatzes bzw. der Lohnquote vorliegt. Es charakterisiere gerade die postkeynesianische Theorie, in den Modellen einen Freiheitsgrad zu akzeptieren und diesen zu besetzen. Die Besetzung mit dem postkeynesianischen Konzept der Profitrate sei freilich nicht die einzige Möglichkeit, man könnte sie auch mit dem Lohnsatz, z. B. über eine Theorie des Werts der Arbeitskraft, vornehmen. Für die Neoklassik sind diese Fragen natürlich nicht existent. Kalmbach bleibt bei ihrer abschließenden Beurteilung überraschend zurückhaltend. Obwohl er deren Schwächen sehr genau herausgearbeitet hat, begnügt er sich hier mit einigen Floskeln; immerhin mag diese unangemessene Zurückhaltung darin begründet liegen, daß seine Arbeit als Dissertation an der Universität München eingereicht wurde.

Der Aufbau des Buches ist klar, die Darstellung einfach und übersichtlich; alle mathematischen Ableitungen sind in insgesamt 5 An-

hänge verwiesen, so daß man dem Text recht problemlos folgen kann. Das Buch eignet sich daher auch für Leser, die mit der neueren Wachstumstheorie noch nicht vertraut sind.

Michael Krüger (Berlin/West)

Kregel, J. A.: Rate of Profit, Distribution and Growth: Two Views. Macmillan, London 1971 (222 S., Ln., £ 3,50).

Kregel stellt eine Reihe von neoklassischen und keynesianischen Wachstumsmodellen übersichtlich gegenüber. „The main thesis is that the determination of the rate of profit and the inclusion of a theory of distribution is necessary in the analysis of growth.“ (115) Die zwei im Titel erwähnten Auffassungen lassen sich am besten mit den Stichworten „Cambridge (Mass.)“ und „Cambridge (Engl.)“ kennzeichnen, auch wenn nicht alle ausgewählten Theoretiker am Massachusetts Institute of Technology oder an der University of Cambridge tätig sind. Dies, weil das Buch eine Zusammenfassung der „current economic controversy in relation to economic growth“ (IX) sein will, d. h. eine Kontroverse, die bald zwanzig Jahre andauert und hauptsächlich von den beiden genannten Universitäten geführt wird. Der wichtigste Streitpunkt, wenngleich das nicht immer offen zum Ausdruck kommt, ist die Rolle der Einkommensverteilung. Die Nationalökonomie hat im vorigen Jahrhundert nicht von ungefähr den Anschluß an Ricardo und Marx verpaßt. Äußerer Anlaß dazu waren Schwierigkeiten mit der Bewertung von Waren in Arbeitszeit und beim Übergang vom Wert- zum Preissystem. Es wäre natürlich gewesen, an diesen Problemen anzusetzen und die vorgefundene Theorie weiterzuführen. Doch die Entwicklung verlief anders, und erst mit Piero Sraffas „Production of Commodities by Means of Commodities“, Cambridge (England) 1960, wurde die alte Problematik wieder aktuell. Das Buch beginnt mit einer Darstellung der Sraffaschen Theorie und der mit ihr verwandten Wachstumstheorie v. Neumanns. Vorbereitend kommt hinzu die „surrogate production function“ von Samuelson, die ihren Anspruch nach der Kritik an den makroökonomischen Produktionsfunktionen und an der Grenzproduktivitätstheorie der Einkommensverteilung begegnen soll, welche besonders im Gefolge Sraffas virulent geworden war. Samuelson wird der genannten Problematik jedoch nicht gerecht, da seiner Argumentation die Annahme einer — marxistisch ausgedrückt — in allen Sektoren gleichen organischen Zusammensetzung des Kapitals zugrunde liegt (Kap. 2, 3). In der Festlegung ihrer Annahmen waren die Neoklassiker freilich nie sonderlich gehemmt. Kregel gibt auf knapp 50 Seiten eindrucksvolle Beispiele dafür. Bei Tobin (Kap. 4) und Solow (Kap. 5) ist die eigentliche Frage nicht, worin ihr Beitrag zum Verständnis des Wirtschaftswachstums besteht, sondern wieso sie überhaupt in dem Ruf stehen, dazu Bedeutendes beigetragen zu haben. Es gelingt Kregel jedenfalls, schnell und ohne großen Aufwand herauszuarbeiten, wie dürftig ihre Modelle sind. Bei Solow wird gezeigt, daß dieser trotz seiner gegen-

teiligen Behauptung immer noch mit einem Grenzprodukt eines Dings namens Kapital arbeitet, das der Profitrate gleich ist. Mehr Platz und weniger Kritik räumt Kregel den Vertretern von Cambridge (Engl.) ein. Bei Harrod (Kap. 8) heißt es flüchtig in einer Fußnote, „he has never been explicit as to the problem of aggregation and units of measurement for the variables“ (106). Niemand hätte aber Einwände erhoben, wenn Kregel hier selbst eingesprungen wäre, wo er doch, und zu Recht, diese Frage bei Samuelson und Solow für sehr wichtig hält. Auch bei Kaldor (Kap. 9) wird die Frage nicht durchleuchtet. Dies mag damit zusammenhängen, daß Kaldor zumindest seit 1962 eine Messung des Kapitals (Menge der Produktionsmittel) ablehnt. Trotzdem führt er für ein goldenes Zeitalter, in dem alle Erwartungen in Erfüllung gehen, eine Profitrate ein. Die Begründung liest man am besten bei Kaldor nach. Kregel selbst schürft hier nicht sonderlich tief: die Profitrate sei „... exceptionally difficult to discuss when it is remembered that Kaldor has explicitly ruled out the necessity of valuing the stock of capital“ (133).

Kapitel 10 faßt Pasinettis Verallgemeinerung des Kaldorschen Wachstumsmodells zusammen. Pasinetti berücksichtigt die Möglichkeit, daß die Arbeitnehmer regelmäßig sparen und damit ein zusätzliches Einkommen in Form von Zinsen beziehen. Ihre Sparquote geht dann aber nicht in die Bestimmung der Profitquote und der Profitrate ein, wie man erwarten könnte. Ausschlaggebend sind vielmehr die (relative) Kapitalzunahme bzw. die Investitionsquote und die Sparquote der Kapitalisten. Ob es diese Beziehungen oder der ganze Ansatz Pasinettis waren, die neoklassische Empfindlichkeiten berührt haben, ist schwer zu sagen. Auf jeden Fall strengten sich 1966 Modigliani-Samuelson tüchtig an, um Pasinettis Ergebnisse zu „erklären“ und zu kritisieren. Natürlich steht zu diesem Zweck eine Produktionsfunktion bereit, die sich Pasinetti gerade erspart hatte. Nachzulesen ist die „Klarstellung“ bereits im Kapitel 6; Kregel wollte ja Neoklassisches in der ersten Buchhälfte beisammen haben. Wie er hervorhebt (93), beruht das Modell von Modigliani-Samuelson auf der Annahme gleicher Kapitalintensität in jedem Produktionssektor, ist also schon aus diesem Grund völlig unbrauchbar. Im Kapitel 11 finden wir eine ausführliche Darstellung der Wachstumstheorie von Joan Robinson. Diese englische Ökonomin hat mit ihrer Kritik der Neoklassik Hervorragendes geleistet; aber auch sie arbeitet mit heroischen Annahmen und argumentiert kaum mit Bezug auf die gesellschaftliche Realität. „Mrs. Robinson makes it clear that is highly misleading to draw any theoretical or policy conclusions from this approach“ (153). Ein Widerspruch ergibt sich trotz dieses Eingeständnisses, wenn sie schreibt: „The analysis can be extended to any degree of refinement, but the more complicated the question the more cumbersome the analysis. In order to know anything it is necessary to know everything, but in order to talk about anything it is necessary to neglect a great deal“ (178).

Zum Schluß hätte sich Kregel eigentlich zu seiner Hauptthese (s. o.) äußern müssen. Auch wäre es angebracht gewesen, klipp und klar

inhaltlich zu formulieren, welches denn die „two views“ der Profitrate sind. Die eine, die neoklassische, ist bekannt: Grenzprodukt des Wunderdings „Kapital“. Aber die andere? Vermutlich ist ein mathematisch darstellbarer Zusammenhang zwischen Wachstumsrate und Profitrate gemeint, aber dies wird nicht deutlich. Es wird eben nicht herausgearbeitet, was die gemeinsame Grundlage der anti-neoklassischen Position sein soll. Der kurze Hinweis, die Ersparnis bestimme in den neoklassischen Modellen nicht die Investition, ist zu wenig (149). Gesamteindruck: Das Buch ist eine Art kritisches Nachschlagewerk für Leute, die mit den Grundlagen der Wachstumstheorie schon einigermaßen vertraut sind. Gianfranco Accardo (Berlin/West)

Harrod, Roy: Economic Dynamics. Macmillan, London 1973 (195 S., br., £ 2,95).

Harrod ist weithin bekannt als der Vater der modernen Wachstumstheorie. Die Stunde Null schlug angeblich mit seinem Aufsatz von 1939 „An essay in dynamic theory“. Während des Krieges kam kein Widerhall, aber später zog die Arbeit immer mehr Aufmerksamkeit auf sich, zumal der Verfasser daraus das Buch „Towards a Dynamic Economics“ machte. Als neuerdings eine gründlich überarbeitete Auflage fällig wurde, zog Harrod es vor, ein ganz neues Buch zu liefern. Dem Titel nach handelt es sich um eine Fortsetzung des Werkes von 1948, der Inhalt entspricht dem aber nicht. Da plaudert einer vor sich hin, übernimmt dies und jenes aus früheren Zeiten, greift aktuelle wirtschaftspolitische Probleme kurz auf, mischt persönliche Erinnerungen bei und hütet sich peinlich davor, irgendeinen Faden erkennbar werden zu lassen. Die Auseinandersetzung mit der Literatur der 50er und 60er Jahre, die oft auf ihn bzw. auf seine Unklarheiten Bezug nimmt, beschränkt sich auf wenige lose Bemerkungen in Kap. 3.

Eine Einleitung zu dem, was das Buch ausführen will, fehlt zwangsläufig. Kap. 1, das von der Überschrift her eine solche erwarten läßt, befaßt sich mit der Unterscheidung zwischen Statik und Dynamik, Mikro- und Makrotheorie, Klassik und Neoklassik. Es wird dann das bekannte Tripel tatsächliche, gewünschte, natürliche Wachstumsrate erläutert (Kap. 2) und die Unstabilität kapitalistischen Wachstums unterstrichen (Kap. 3). Dem Kapitalkoeffizienten ist das ganze Kap. 4 gewidmet, ohne daß die Frage diskutiert würde, wieso er in Harrods Ansatz als konstant erscheint. In den übrigen Kapiteln sucht der Verfasser nach wirtschaftspolitischen Mitteln, um der Unstabilität des Wachstums entgegenzuwirken. So redet er ein bißchen über Zinssätze (Kap. 5), Inflation (Kap. 6), Außenhandel (Kap. 8) und internationale Kapitalbewegungen (Kap. 9). Eine Kasuistik des Auseinanderklaffens der drei oben genannten Wachstumsraten ist auch da (Kap. 7). Zum Schluß findet sich ein „general survey“: bloß wovon?

Gianfranco Accardo (Berlin/West)

**Ästhetik
und Kommunikation**
Beiträge
zur politischen Erziehung

17

LIP-LARZAC
Lehrlingsarbeit
Berufsverbote

D. Wittenberg u. L. Baier: LIP-LARZAC

L. Baier: LARZAC. Bericht über den Kampf französischer Bauern gegen den „Kolonialismus nach Innen“

D. Wittenberg: Zur Diskussion der Erfahrungen von LIP in der BRD

Autorenkollektiv: Politische Arbeit mit Lehrlingen. Bericht über ein Unterrichtsprojekt

Autorenkollektiv: Funktion der Berufsverbote im Ausbildungssektor — Überlegungen zu ihrer Abwehr

5. Jahrgang, Oktober 1974, Heft 3

Erscheint jährlich in vier Heften. — Doppelheft 10,— DM, im Jahresabo 8,50 DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Scriptor Verlag, 6242 Kronberg/Ts., Schreyerstr. 2

NEUBUS FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

251

K. Smolle: Apartheid in Kärnten

M. Siegert: Österreichs Ulster

A. G. Frank: Ökogorillas, Chicago-Mafia in Chile

I. Illich: Gesundheitsverbrecher. Wider den medizinischen Hygienewahn

J. Scholmer: Streit der weißen Götter. Der Deutsche Arzt beginnt zu zweifeln

M. J. Warth: Der LSD-Magnat und sein Agent

M. Veits: Ich sah Zehntausende flüstern, aber niemand hörte zu

P. Turrini: Schlachtet die Kritiker

M. Siegert: Was hat Turrini gegen Onanie?

H. Huppert: An der Filmfront! Majakovski, Vertov und die LEEF

H. Pataki: Rote Burg. Majakovski in Wien

W. Kofler: Familienverrat

21. Jahrgang, November 1974, Heft 11

Erscheint in 12 Heften im Jahr, z. T. in Doppelheften. — Einzelheft 5,— DM, 35 öS; im Jahresabo 3,60 DM, 25 öS, für Studenten 2,50 DM, 17,50 öS. — Bestellungen über Buchhandel und Neues Forum, A 1070 Wien, Museumstr. 5

Blätter für deutsche und internationale Politik

10 '74

Kommentare und Berichte

Ch. Butterwegge u. H. Hudy: Die rechte Herausforderung
J. Ostrowsky: Zum Prozeß der Dekolonialisierung im südlichen Afrika

H.-B. Reuvers: Zehnter internationaler Hegel-Kongreß

Hauptaufsätze

K. D. Bredthauer: Peking, die CDU/CSU und der Prozeß der Entspannung

J. Räuschel: BASF — Anatomie eines multinationalen Konzerns

G. Sprigath: Die Entwicklung in Kambodscha und die USA

Th. Neumann: Wissenschaft und Verantwortung

K. Krusewitz u. G. Kade: Die Umweltkatastrophe des Hans Magnus Enzensberger (II)

Medienkritik

G. Giesenfeld: Genres und Gebrauchswert (4: Le Louche)

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufruf zum Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit am 7. 12. 74 in Bad Godesberg

Manifest gegen Berufsverbote und Sondergesetz des Bundes demokratischer Wissenschaftler

Beschäftigungsrückgang in der BRD von 1962 bis 1972 durch technischen und strukturellen Wandel

19. Jahrgang, Oktober 1974, Heft 10

11 '74

Kommentare und Berichte

K. Ehrler: Strauß ante portas?

H.-H. Storck: Vor der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes

Hauptaufsätze

R. Opitz: Über die aktuelle Bedeutung der Volksfrontidee und ihre Prinzipien

D. Albers, E. Spoo, J. Schleifstein, Th. Schiller: Weitere Stellungnahmen zu Jean Améry's Appell „Für eine Volksfront dieser Zeit“

G. Kade u. D. Ipsen: Die Inflations- und Krisendebatte in den USA

Beiträge führender amerikanischer Ökonomen zur Inflations- und Krisendebatte in den USA

Allgemeine Krise des Kapitalismus? Eine marxistische Diskussion

L. P. Maier: Spanien — Agonie der Diktatur?

V. Gransow: „Einheit der Nation“ und „Kulturnation“ als Kampfbegriffe

Medienkritik

B. Kirchhoff: Kritik ohne Perspektive

Dokumente zum Zeitgeschehen

J. Améry: Für eine Volksfront dieser Zeit. Prinzipien einer aktuellen Linken

19. Jahrgang, November 1974, Heft 11

Herausgeber: Hilde Bentele †, Wilfried Frhr. v. Bredow, Gerhard Gollwitzer †, Urs Jaeggi, Gerhard Kade, Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder †, Helmut Ridder, Robert Scholl †, Fritz Strassmann, Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen, Ernst Wolf †. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 5,— DM; im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten, Schüler, Wehr- und Ersatzdienstleistende 3,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 15, Vorgebirgstr. 183

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE

8 '74

J. Becher u. P. Friedrich: Objektive Gesetze in Natur und Gesellschaft

E. Lasso: Zur Wirkungsweise der Gesetze des Sozialismus

H. Hörz: Das Verhältnis von Kausalität und Gesetz in der Physik

N. Fichtner: Gesellschaftliche Aspekte von Information und Erkenntnis

H. Ullrich: Karl Marx' „Zur Judenfrage“

9 '74

W. Keil, J. Trobisch u. L. Tyb'l: Der objektive Inhalt von sozialistischem Internationalismus und Patriotismus

H. Friedt: Der Kampf gegen den bürgerlichen Nationalismus als einer Waffe des Antikommunismus

K. H. Teßmann: Zur Kritik des technologischen Determinismus

22. Jahrgang, Juli, August 1974

22. Jahrgang, September 1974

Erscheint monatlich. — Einzelheft 6,— DM, Jahresabo 72,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Buchexport, DDR 701 Leipzig, Leninstr. 16

LENDEMAINS

ZEITSCHRIFT FÜR FRANKREICH-
FORSCHUNG UND
FRANZÖSISCHSTUDIUM

Spendenaufwurf

In der BRD und Westberlin studieren etwa 16 000 Studenten Französisch im Hauptfach. Es gibt aber keine einzige Zeitschrift, die regelmäßig und wissenschaftlich fundiert über Frankreich und die Frankreichforschung berichtet. Michael Nerlich ist es gelungen, für LENDEMAINS namhafte Fachleute zu gewinnen (Ständige Mitarbeiter: W. Alff, H. H. Baumann, K. U. Bigott, M. Bock, P. Brockmeier, U. L. Figge, H. U. Gumbrecht, François Hincker, Lothar Peter, W. Pollak, R. Rohr, O. Stahlberg, J. Schramke, Jacques Seebacher, France Vernier). LENDEMAINS will aber nicht nur Fachleute unterrichten, sondern auch Leser informieren, die aus den Problemen Frankreichs Vergleiche zur Situation unseres Landes ziehen wollen.

Es war nicht möglich, einen Verlag zu finden, der nicht unzumutbare politische oder finanzielle Bedingungen gestellt hätte. Herausgeber und Mitarbeiter von LENDEMAINS sind bereit, das Projekt voranzutreiben, auf Herausgeber- und Redakteurshonorare zu verzichten und die Zeitschrift im Verlag Sozialistische Politik erscheinen zu lassen. Für diesen Zweck brauchen sie ein Startkapital (ca. 8000—10 000 DM), das Spenden und Fördererabonnements erbringen sollen. Über die Verwendung der Spenden und Fördererabonnements erfolgt Abrechnung.

Bisher ist das Erscheinen des ersten Heftes im Frühjahr 1975 gesichert. Das Erscheinen der weiteren Hefte hängt vom Erfolg der Förderer- und Abonnementenkampagne ab.

LENDEMAINS soll 4mal im Jahr erscheinen. Umfang: ca. 140 S., Heftpreis 7,— DM, im Abo 6,— DM, im Studentenabo 5,— DM. Fördererabo: ab 50,— DM. Überweisungen auf Postscheckkonto Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik GmbH, Nr. 620 10-107 PSA Berlin-West. (Bei Überweisung bitte angeben: S = Spende, F = Fördererabonnement, StA = Studentenabo, A = Abo)

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

6 '74

Neue Probleme der Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse

Kommentare: Massenarbeitslosigkeit — ihre Folgen und Alternativen; CDU droht der Einheitsgewerkschaft

H. Schäfer: Zum Verhältnis von Ökonomie und Politik

W. Gerns u. K. Steinhaus: Verstaatlichung bei demokratischer Kontrolle

W. Petschick: Methoden des Versuchs der Integration der Arbeiterklasse in das herrschende System

H. Machelett: Gesellschaftskritische Vorstellungen der Gegenwart — Der Weg zum Sozialismus

R. Eckert u. A. Seiderer: Einige neuere Tendenzen in der Entwicklung der SPD und die Frage der Aktionseinheit

J. Büscher: Neofaschistische und autoritäre Entwicklungen in der BRD

R. Castillo: Lehren und Perspektiven der Revolution

O. B. Iwanow: Zur Geschichte der sowjetisch-chinesischen Beziehungen

W. R. Beyer: Zauberformel „Gesellschaftsontologie“

Interview zum nationalen Freiheitskampf Irlands

Bericht über den 11. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall

12. Jahrgang, November/Dezember 1974

Erscheint alle zwei Monate. — Einzelheft 3,— DM, im Jahresabo 2,50 DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt/M. 50, Hedderheimer Landstr./78a

<i>Popper, Karl Raimund: Objektive Erkenntnis (W. Haberditzl)</i>	845
<i>Dahrendorf, Ralf: Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx (B. Frei)</i>	910
<i>Garaudy, Roger: Die große Wende des Sozialismus (B. Frei)</i>	912
<i>Holz, Hans Heinz: Strömungen und Tendenzen im Neomarxismus (B. Frei)</i>	914
<i>Arnold, Heinz Ludwig (Hrsg.): Walter Benjamin (K. Inderthal)</i>	916
<i>Unsel, Siegfried (Hrsg.): Zur Aktualität Walter Benjamins (L. Wawrzyn)</i>	918
<i>Kaiser, Gerhard: Benjamin, Adorno (H. Stenzel)</i>	921
<i>Grenz, Friedemann: Adornos Philosophie in Grundbegriffen (Th. Brandt)</i>	923
<i>Meyer, Thomas: Zwischen Spekulation und Erfahrung. Einige Bemerkungen zur Wissenschaftstheorie von Jürgen Habermas (H. M. Lohmann)</i>	924
<i>Schmidt, Alfred: Geschichte und Struktur. Fragen einer marxistischen Historik (U. Enderwitz)</i>	926
<i>Thoreau, Henry David: Walden oder Leben in den Wäldern (E. Kurth)</i>	928

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Dressler, Wolfgang: Einführung in die Textlinguistik (D. Hartmann)</i>	929
<i>Kallmeyer, Werner, u. a.: Lektürekolleg zur Textlinguistik (D. Hartmann)</i>	933
<i>Prucha, Jan: Sowjetische Psycholinguistik (G. Schulz)</i>	936
<i>Leibfried, Erwin: Kritische Wissenschaft vom Text (I. Bindseil)</i>	938
<i>Stephan, Inge: Johann Gottfried Seume (R. Kawa)</i>	940
<i>Fritz, Axel: Ödön von Horváth als Kritiker seiner Zeit (H. Widhammer)</i>	944
<i>Peter, Lothar: Literarische Intelligenz und Klassenkampf. „Die Aktion“ 1911—1932 (H. Korte)</i>	946
<i>Scharang, Michael (Hrsg.): Über Peter Handke (M. Buselmeier)</i>	949
<i>Handke, Peter: Ich bin ein Bewohner des Elfenbeinturms (M. Buselmeier)</i>	949
<i>Handke, Peter: Wunschloses Unglück (M. Buselmeier)</i>	949
<i>Schivelbusch, Wolfgang: Sozialistisches Drama nach Brecht (G. Schmidt)</i>	950

Soziologie

<i>Berger, Peter L.: Zur Dialektik von Religion und Gesellschaft (T. Schöfthaler)</i>	952
<i>Boschmann, Rüdiger: Laßt Frauen wieder Frauen sein (E. Jaeggi)</i>	955
<i>Nave-Herz, Rosemarie: Das Dilemma der Frau in unserer Gesellschaft: Der Anachronismus der Rollenerwartungen (P. Blanke)</i>	957

<i>Hervé, Florence: Studentinnen in der BRD (P. Blanke)</i>	958
<i>Grohs, Gerhard, u. Bassam Tibi (Hrsg.): Zur Soziologie der Dekolonisation in Afrika (H. M. Große-Oetringhaus)</i>	959

Erziehungswissenschaften

<i>Roth, Karl Heinz, u. Eckard Kanzow: Unwissen als Ohnmacht Zum Wechselverhältnis von Kapital und Wissenschaft (W. Lumb)</i>	962
<i>Hüfner, Klaus, u. Jens Naumann (Hrsg.): Bildungsplanung (E. Holling)</i>	964
<i>Bunk, Gerhard P.: Erziehung und Industriearbeit (A. Kunze)</i>	967
<i>Heindelmeyer, Peter, u. a.: Berufsausbildung und Hochschulbereich (A. Bammé)</i>	969
<i>Blinkert, Baldo: Die Situation von Abendgymnasien und Kollegs in der BRD (I. Reschenberg)</i>	971
<i>Verres-Muckel: Marita: Lernprobleme Erwachsener (E. Dieckhöfer)</i>	973
<i>Junk, Wilfried, u. Klaus Hagner: Mitbestimmung in der Schule (E. Kurth)</i>	975

Psychologie

<i>Bloom, Benjamin Samuel: Stabilität und Veränderung menschlicher Merkmale (U. Enderwitz)</i>	976
<i>Kühn, Ekkehard: Kinder zwischen Leistung und Konsum (P. Blanke)</i>	978
<i>Peukert, Kurt Werner: Sprachspiele für Kinder (P. Blanke)</i>	979
<i>Redl, Fritz: Erziehung schwieriger Kinder (W. Lumb)</i>	980

Geschichte

<i>Varain, Heinz Josef (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland (P. Steinbach)</i>	981
<i>Fricke, Dieter (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland (R. Kühnl)</i>	984
<i>Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems (R. Kühnl)</i>	985
<i>Vogel, Bernhard, u. a.: Wahlen in Deutschland (R. Kühnl)</i>	986
<i>Ritter, Gerhard Albert (Hrsg.): Die deutschen Parteien vor 1918 (P. Steinbach)</i>	987
<i>Boockmann, Hartmut, u. a.: Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert (H. Schleier)</i>	992
<i>Puhle, Hans-Jürgen: Von der Agrarkrise zum Präfaschismus. Thesen zum Stellenwert der agrarischen Interessenverbände in der deutschen Politik am Ende des 19. Jahrhunderts (P. Steinbach)</i>	996
<i>Winkler, Heinrich August: Pluralismus oder Protektionismus. Verfassungspolitische Probleme des Verbandswesens im deutschen Kaiserreich (P. Steinbach)</i>	996